

Das Copyright für diesen Text liegt bei Regulin, Roland...bitte ggf. Spenden an ihn (<http://rrredaktion.eu/>)

Teil 1. Alles in dieser Welt ist im Vertragsrecht, auch in unserem Justizapparat: Wir müssen uns das mal auf der Zunge zergehen lassen, Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte sind alle in einer Organisation, und zwar in der IBA, International Bar Association. Wo bleibt hier die Rechtsfindung? Deutschland war, ist und bleibt für die Welt unberechenbar? Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel, viele Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit. [Deutschland](#) bringt die ganze Welt ins Chaos und suchen jetzt in [Trump](#) den Schuldigen, obwohl sein Vorgänger Obama, gemeinsam mit der CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP, bereits alles in die Wege geleitet haben, Deutschland spielt dabei wieder die Schlüsselrolle, “ Die Achse des BÖSEN?“ Wir nennen unseren Gesprächspartner erst einmal Herr Diplomat und bringen das 1. Interview hier in voller Länge, ungekürzt, im O-Ton aufgezeichnet am 2.2.2017. Ein spätere Filmaufzeichnung wird es auch geben. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Kommentare werden ungekürzt veröffentlicht, die Fragen der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom Diplomat beantwortet. Es wird demnächst auch eine Live, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt



Herr Diplomat, bleiben wir vorläufig mal bei dieser Anrede. Zuerst möchte ich Ihnen für die Gelegenheit dieser Interviewserie danken, diese wichtigen Interviews mit Ihnen zu führen, würden sie uns etwas von sich erzählen?: Ich danke ihnen vielmals für die Einladung, es ist mir eine Freude und eine Ehre hier sprechen zu können um das Ganze auch zu dokumentieren. Mein Name macht im Moment nicht so viel Sinn, den hier in Deutschland offenzulegen, ich bevorzuge es momentan einfach mit dieser Anrede „Herr Diplomat.“ Ich habe früher im technischen Bereich begonnen und habe mich dann im wirtschaftlichen Bereich engagiert, auch im Bankenbereich usw., ich bin dann immer mehr in diesen Bereich der sogenannten kommerziellen Themen gekommen. Kommerziell ist nichts weiter wie Handelsrecht. Handelsrechtliche Themen, also alles wo überall Handel betrieben wird, Vertragsrecht usw. und so fort. Über diese ganze Arbeit hinweg bin ich immer mehr in diesen Bereich reingekommen, wie internationale Zusammenarbeiten, Verträge, Vertragsgestaltungen und was so alles dazu gehört. Und irgendwann wurde eine sehr große Organisation, die international agiert, auf mich aufmerksam und hat mir dann angeboten, mit sofortiger Wirkung als Diplomat, in Mission nennt sich das Ganze dann, zu agieren, so dass ich einen gewissen Schutz erfahre durch diese Organisation, denn ungeachtet dessen, dass ich niemals, zu keinem Zeitpunkt eine feindliche Grundeinstellung habe, wobei das ist jetzt nicht 100prozentig richtig. Als ich angefangen habe mit den ganzen Themen und mich dort in der Ohnmacht bewegt habe und in der Unwissenheit auch sehr viele Fehler machte und dann sehr viele Restrektionen vom System erfahren musste, war sehr häufig auch eine feindliche Grundeinstellung da. Aber im dem Maße, wie ich gelernt habe, wie dieses System arbeitet und

im dem Maße, wie ich gelernt habe, wie das System funktioniert und ich dann feststellen mußte, dass, wenn die Gegenseite in Ehre und Wahrheit und ehrenhaft agiert, merkte ich plötzlich, dass das ganze System durchaus sinnvoll struktuiert ist und in diesem neuen Status ist es für mich jetzt auch möglich Dinge zu bewirken. Aus diesem Gefühl heraus was ich entwickelt habe in den letzten 2 bis 3 Jahren, wie das System tatsächlich arbeitet und wie es tatsächlich aufgebaut ist, muss ich heute einfach sagen, dass das System an sich, so wie es aufgebaut ist, gut ist für die Menschen.

Was sind ihre Beweggründe die Menschen in der Welt über Deutschland aufzuklären?:

Wenn ich mir genau überlege, am Anfang habe ich mir sehr viel Ärger eingehandelt, weil ich falsch handelte, weil ich viele Dinge nicht begriffen habe, weil mir das Wissen gefehlt hat und über all diese Jahre hinweg, wo ich das jetzt praktiziere, selbst praktiziere, muss ich feststellen, dass viele in meinem Umfeld dieses Wissen nicht haben und sich sehr, sehr viel Ärger damit auch einhandeln. Meine Berufung oder mein Idealismus resultiert eigentlich daraus, dass ich anderen die Chance geben möchte, diesem System weniger feindlich, sondern einfach rational und nüchtern zu begegnen. Das Ganze ist ein Geschäft und nichts weiter als ein Geschäft, und ich möchte eigentlich beitragen, dass es mehr Menschen gibt, die konstruktiv und mit Verstand, mit nüchternem Verstand, sich an diesem System beteiligen, aber dazu ist Wissen erforderlich. Und dieses Wissen wird leider nicht über die öffentlichen Medien, schon gar nicht von Schulen verbreitet, sondern was dort rüberkommt, ist ausschließlich nur Propaganda.



Archiv

Sind sie das, was man zwischenzeitlich in Deutschland allgemein als Reichsbürger bezeichnen würde?: Heute wird ja jeder Kritiker pauschal als sogenannter Reichsbürger beschimpft. Man sieht auf den Tonaufnahmen jetzt nicht mein Schmunzeln. Diesen Begriff [Reichsbürger](#) bekomme ich sehr häufig gesagt und erzählt. Das ist, ich würde einfach mal sagen, ein, man sagt dazu in der Juristik auch – wo einfach Leute etwas sagen, um sich zu schützen, eine Schutzbehauptung. Was ist eigentlich ein Reichsbürger, ich habe mir schon viele Gedanken gemacht, zumal ich das öfters höre. Also jemand, der sauber arbeitet, der Kritik übt, der versucht konstruktiv mitzuarbeiten und nicht alles hinzunehmen, ist also nach der momentanen Formel unserer sogenannten Bundesregierung ein Reichsbürger. Das ist jetzt auch nicht gerade lokal begrenzt, in anderen Ländern nennt man sie anderes, hier nennt man sie halt Reichsbürger. Ich finde das äußerst bedenklich mit einer solchen pauschalen Vorvorurteilung Menschen die einfach nur ihr Recht in Anspruch nehmen wollen, die kritische Fragen stellen, einfach dort hineinzuworfen, die nicht mal etwas Böse im Schilde führen. Sicherlich, es gibt immer „Solche und Solche“. Es gibt immer Leute, die sehr emotional an die Dinge herangehen und damit sehr große Probleme verursachen, nicht nur bei sich selber, sondern auch bei anderen. Aber es gibt auch sehr viele, die sehr konstruktiv und klare Fragen stellen und auch ein Recht auf eine Antwort haben. Und diese dann mit propagandistischen Mitteln, wie diese Reichsbürgeraktion unseres Thomas De Maizière zu denunzieren, das finde ich sehr unter der Gürtellinie und ist eigentlich dem immer behaupteten, rechtsstaatlichen, demokratischen, freiheitlichen Grundgedanken, was die Bundeskanzlerin von sich gibt, definitiv nicht gerecht.

Gerade wir hier in Zentraleuropa müßten doch wissen, wie so etwas abläuft, wenn jetzt gerade solche Verunglimpfungen stattfinden, wie gerade diese mediale Verunglimpfung von

Reichsbürgern, dann sollten wir doch in der Geschichte einfach zurück schauen. Es war schon mal so, schon einmal wurden Menschen verunglimpft, man hat sie am Ende eingesperrt, man hat ihnen schlimmstes angetan und völlig ungeachtet von irgendwelchen Hautfarben, von religiösen Interessen oder was auch immer, es spielt keine Rolle, es gibt keinen Grund mit Pauschalurteilen Menschen zu verunglimpfen, um sie dann in eine Schublade zu schieben, aus der sie nicht mehr heraus kommen und handlungsunfähig werden. Natürlich ist es völlig klar, dass gewissen Handlungsweisen dieser Bundesregierung absolut nicht nachvollziehbar sind, besonders nicht auf Grund dessen, was in den Medien veröffentlicht wird. Aber dass Menschen kritisch sich äußern und dafür bestraft, bishin ausgegrenzt werden und sogar schlimmeres. Mir wurde schon schlimmeres angedroht, wenn ich über Skandale offen spreche. Dass zeugt nicht von einer rechtsstaatlichen Struktur und hat nichts zu suchen in einem System, in dem von freiheitlicher, demokratischer Rechtsstaatlichkeit gesprochen wird. Ich werde sehr häufig gefragt, ja diese vielen Leute, die jetzt zu uns kommen, aus den vielen andern Ländern. Es ist ein großes komplexes Thema, allein dieses Thema Flüchtlinge. Man muß einfach sehen, es gibt selbstverständlich Länder, in denen es furchtbar zugeht, wo Menschen keine andere Möglichkeit mehr sehen als zu fliehen. Niemand fragt: warum es in diesen Ländern so aussieht, niemand fragt, was die Ursachen sind, aber man schickt diese Leute aus ihrer Heimat fort. Sie werden aus ihrer Heimat gerissen, sie müssen ihre Heimat verlassen. Sind auf der Flucht, werden hier aufgenommen, werden hier mit Mißtrauen aufgenommen und die Menschen, die hier leben werden überschwemmt mit fremden Gedanken in ihrer eigenen Kultur. Und effektiv genau betrachtet, wenn man die Hintergründe kennt, hat alles, was hier geschieht einen rein wirtschaftlichen Hintergrund. Es geht nur um wirtschaftliche Hintergründe, es hat nichts mit Menschlichkeit zu tun, Humanität, dass ist etwas was mich an diesem ganzen System sehr sehr stark stört, es ist die Verlogenheit in diesem System. Es geht um wirtschaftliche Gründe, ausschließlich und hat nichts mit irgendwelchen humanitären Gründen zu tun. Inzwischen stelle ich fest, auch viele Deutsche suchen sich eine neue Heimat und wandern aus.



Ist Deutschland eine GmbH? Ist Deutschland tatsächlich eine Firma? Wenn man sich mit den Menschen draußen unterhält, hört man sehr oft das Wort GmbH im Zusammenhang der BRD. Begründet wird das damit, dass die Ministerien, sogar der Bundestag usw. eine Steuernummer besitzen, dass man statt über Gebühren von Umsätzen spricht, auch die Justiz spricht davon und der Gerichtsvollzieher erst recht. Deshalb ja, Deutschland ist eine Firma. Das ist in der Tat firmenähnlich, weil Firmen haben eine Steuernummer. Wobei, wir müssen hier mit der Begriffsdefinition aufpassen, denn Deutschland ist in der Form nirgends registriert. Es gibt heute ein Germany, früher gab es mal eine Bundesrepublik Deutschland, bis 1995, 2005 wurde dann Germany daraus. Germany ist eine Firma, an dieser Stelle ist vielleicht wirklich eine Hauptkritik anzubringen an dem gesamten System, dass ist die fehlende Transparenz. Durch die fehlende Transparenz entstehen viele Missverständnisse und viel unsinniges Zeug, was auch im Netz herumgeht, was einfach so nicht stimmt. Die Bundesrepublik oder Germany ist keine GmbH, dass ist völlig unmöglich, weil dann müsste sie ja bei sich selbst gemeldet sein. Also geht das nicht. Aber Germany ist ein Verwaltungskonstrukt, dass unternehmerisch aufgebaut ist. Das ist wohl, glaube ich, die präzisere Formulierung. Die Bundesrepublik ist also, ich nenne sie jetzt einfach mal so, sie ist eine Verwaltungskonstruktion, die unternehmerisch agiert, Umsatz- und Gewinn orientiert ist und damit ist sie automatisch eine Firma. Was man jetzt genau einen Staat nennen könnte, ist dies eine Definitionssache.

eine Firma? Es gibt so viele Leute, die behaupten, ja die sind dort und dort eingetragen, in dem und dem Handelsregister bei Upig? und wo weiter und sofort. Es gibt etwas viel besseres. Ich empfehle jedem die Lektüre der Seite www.sec.gov. Das ist die Security Exchange Commission, das ist die Börsenaufsicht in New York. Und jeder der möchte, kann da mal hineinschauen und geht in das Suchsystem, dass nennt sich Edgar und gibt dort mal ein: Federal Republic of ... und dann wird er staunen, welche Firmen es alles gibt. Dass z.B. das Unternehmen Federal Republic of Poland in der Wallstreet 14 ihren Sitz hat. Einfach reingehen und schauen und sich überzeugen. Was hat ein Staat, ein sogenannter Staat, der von sich behauptet unabhängig zu sein in einer Börsenaufsichtsliste zu suchen?

Einfach nur mal ein Tipp, es ist alles im Vertragsrecht, und wir gehen ständig Verträge ein, in verschiedensten Art und Weisen. Das fängt an mit dem ganz normalen Vertrag, wo ich unterschreibe, beim Arbeitsvertrag, der Vertrag für Mobilfunk und so weiter und so fort. Aber bei vielen Verträgen, die wir eingehen, ist uns gar nicht bewusst, dass wir überhaupt Verträge eingehen. Und dass ist eigentlich der Punkt, wo wir viel sensibler werden müssen. Wo wir auch viel genauer hinsehen müssen, wo und mit wem wir Verträge abschließen. Stillschweigen ist immer Vertragszustimmung, dass vergessen die Menschen. Wenn mir also jemand etwas schickt und ich widerspreche nicht und schicke es nicht zurück, dann habe ich diesen Vertrag angenommen. Viele denken da nicht daran, sie bekommen etwas zugeschickt, irgendwelche Werbepost von irgendwelchen Unternehmen, die sich zum Teil auch Amtsgericht nennen und dann stimmen sie zu, in dem sie einfach nichts tun. Dass ist das schlimmste, was ich tun kann. Aber ein Punkt liegt mir hier wirklich am Herzen und dass ist der wesentlichste Vertrag, den wir überhaupt nur haben, dass sind Gesetze. Alle Gesetze sind Verträge, ich nenne sie immer die AGB'S für die Nutzung von Personen. Weil die Bundesrepublik hat nämlich einen Vertrag mit den UN, dass hatten wir schon angesprochen. Und dieser Vertrag beinhaltet auch, dass die Bundesrepublik befugt ist, Personen herauszugeben. Das bedeutet nichts weiter wie, die Bundesrepublik gibt mir als Mann eine Person und ich kann dann mit dieser Person in der Bundesrepublik agieren.

Und alles was ich tue innerhalb dieser fiktiven Welt der Bundesrepublik ist nichts weiter, wie fahre ich mit einem Auto, auf einer Straße. Bin ich, weil ich mit dem Auto auf einer Straße fahre, deshalb ein Auto? Nein, ich bin es nicht. Ein Thema auf das wir später noch einmal darauf zu sprechen kommen. Also die AGB's also die Gesetze der Bundesrepublik regeln alles, was mit Personen zu tun hat. D.h es gibt einmal das Zivilrecht, das bedeutet nichts weiter wie, das sind die Verträge zwischen den Personen untereinander. Was muss ich einhalten gegenüber den anderen Personen, wenn ich meine Person nutze? Und es gibt das sogenannte Strafrecht. Wenn ich diese Person nutze, um der Firma, die sich Staat nennt, also Schaden zuzufügen, sprich ich schreibe sozusagen Rechnungen an Amts- oder Landgerichte und Finanzämter, dann handle ich gegen die Interessen des Staates unter der Nutzung dieser Person. Und das sind alles Verträge, mehr nicht. Und, wenn ich gegen diese Verträge verstoße, gibt es Vertragsstrafen. Und diese Vertragsstrafen nennen sich z.B. Bußgelder. Dass sind nichts weiter wie Vertragsstrafen. Und diese Gesetze werden auch herausgegeben, das heißt sich sage bewusst herausgegeben, weil sie sind Verträge. Ein

Vertrag wird herausgegeben und deshalb müssen diese Verträge veröffentlicht werden. Und, wenn niemand widerspricht, gelten diese Verträge, also Gesetze als angenommen. Deshalb gibt es den sogenannten Bundesanzeiger. Alles, was im Bundesanzeiger veröffentlicht wird an Gesetzen und niemand widerspricht, der hat diesen Vertrag angenommen. Und dieser Vertrag gilt für die Nutzung von Personen. Und diese Verträge müssen auch versichert sein, jeder Vertrag muss versichert sein. Es muss ja sichergestellt sein, dass, wenn jemand der einen Vertrag anwendet, dadurch einen Schaden erleidet, dann muss er in irgendeiner Form versichert

sein. Und deshalb sind alle Verträge, also alle Gesetze ebenfalls versichert. Dass weiss nur niemand. Und der, der diesen Vertrag herausgibt, der Versicherer sozusagen, der muss auch die Haftung übernehmen für diese Verträge. Und, wenn er die Haftung für diese Verträge nicht übernimmt, dann sind diese Verträge nicht geltend. Also hat dieses Gesetz keinen Geltungsbereich oder es hat keine Einführung oder es ist nie veröffentlicht worden. Solche Gesetze gibt es in der Bundesrepublik und zwar zu Hauf. Und man muss sich natürlich fragen, warum es solche Gesetze gibt. Warum man Gesetze keinen Geltungsbereich gibt, oder warum gewisse Leute ihre Papiere nicht mehr unterschreiben.

Es geht alleinigt um die Haftung. Ausschließlich um die Haftung. Und, wenn ein Gesetz, keinen Geltungsbereich hat, und wenn ein Gesetz nicht veröffentlicht wurde, dann haftet der, der das Gesetz anwendet. Es ist sehr einfach. D.h. jemand, der einen Vertrag anwendet, der nicht autorisiert ist, diesen Vertrag anzuwenden, dann muss er dafür die Haftung übernehmen. Das ist völlig logisch. Und dass ist der Unterschied, was ich auch immer wieder versuche den Menschen klar zu machen. In dem Maße wie wir anfangen die Bundesrepublik auf die Bundesrepublik begrenzt, in dem Maße wie wir anfangen die Bundesrepublik nicht mehr als staatliche absolute Struktur zu sehen, sondern als Verwaltungskonstrukt, dass man auch als Unternehmen bezeichnen könnte in dem Maße begreifen wir, wie dieses System arbeitet. Und in all diesen Jahren, wo ich jetzt arbeite, habe ich fast keine Willkür erlebt, sondern immer nur die konsequente Anwendung von Vertragsrecht und die konsequente Anwendung von Vorschriften, weil wenn der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, der einen Arbeitsvertrag und Vorschriften hat, diese nicht einhält, dann ist er in seinen Handlungen nicht mehr versichert und verliert seinen Job. Und deshalb müssen wir immer überlegen, wenn wir also auf eine Behörde gehen und Dinge einfordern, die ausserhalb der Verträge sind, dann wird der Mitarbeiter dort nicht mitmachen können, weil er würde seinen Arbeitsplatz verlieren, weil er nicht mehr versichert ist.



Die Menschen draußen beklagen sich immer über das Wort GEZ, Gebühreneinzugszentrale, d.h. ja heute ARD-ZDF-Deutschland Radio oder über das OWiG, Ordnungswidrigkeitengesetz. Ist beides in dieser Form gültig oder nicht? Also das Wörtchen „gültig“, muss ich jetzt gleich erst mal in Frage stellen. Verträge sind geltend, d.h. ich bevorzuge es, wenn über solche Dinge gesprochen wird – prinzipiell das Wort geltend zu verwenden. Weil gültig sind für mich nur Dinge, die zwischen Männern und Frauen gemacht wird, also im Menschenbereich gemacht wird. Und hat im fiktiven Staats- oder Firmenrecht nichts zu suchen. Das nur so ganz am Rande. Fangen wir erst einmal mit dem Ordnungswidrigkeitengesetz an. Das Ordnungswidrigkeitengesetz gilt ja nur für Schiffe mit einem Hoheitszeichen usw.. Es ist auch nie verkündet worden, also es wurde nie veröffentlicht, und das heißt, dieses Gesetz ist im Prinzip da. Und wie ist es doch so schön heißt, wenn ein Vertrag existiert und der Vertragspartner keine Deckungszusage macht, ist immer die Frage: Wer übernimmt dann die Haftung.



Eine Zwischenfrage: Das Ordnungswidrigkeitengesetz wird ja immer in Verbindung mit Bußgeldern gebracht. Egal, ob du falsch parkst oder sonstige Dinge tust, ist das nur reine Abzocke? Ja, richtig. Es gilt ja in der Bundesrepublik die sogenannte

Straßenverkehrsordnung. Und, wenn jemand gegen die Straßenverkehrsordnung verstößt oder gegen irgendwelche Vorschriften, dann bedeutet das ja nur, das ich gegen geltende Verträge verstoße und ich nenne das mittlerweile, diese Bußgelder auch als Risikozuschlag. D.h. die Herausgeber dieses Vertrages Straßenverkehrsordnung sagen, ich verhalte mich vertragswidrig und damit gefährde ich die sogenannte öffentliche Sicherheit und dann sind zusätzliche Gebühren fällig und die nennt mal dann einfach Bußgelder. Das ist alles, das ist das ganze Spiel. Die Frage ist nur die, der, der den Vertrag anwendet, ohne das jemand den Vertrag versichert hat, geht damit auch in volle Haftung. Und das ist das, was man immer die private Haftung nennt. D.h. ich habe keine Personen mehr, die ich nutzen kann, sondern ich missbrauche die Person, die mir die Bundesrepublik gegeben hat, damit ich mich in der Konstruktion Bundesrepublik bewegen kann, um mir entweder einen Vorteil zu verschaffen, in dem ich z.B. durch die Stadt mit 100 fahre, was im Prinzip ein Wahnsinn ist. Aber es gibt Leute die fahren tatsächlich mit 100 durch die Stadt. Und die sind auch ein Sicherheitsrisiko, aber dass ist mit Geld nicht aufzuwiegen. Diese ganzen OWiG-Geschichten und Bußgelder simulieren immer, dass dadurch mehr Sicherheit entstehen würde, dass ist Unsinn. Wenn die Leute verantwortungslos fahren, dann fahren sie verantwortungslos. Das hat keinen Einfluss. D.h. das Ordnungswidrigkeitengesetz ist im Prinzip nie veröffentlicht worden. Jeder, der es anwendet, tut es unter seiner eigenen Haftung, unter seiner privaten Haftung. Und da es nicht bemängelt wird, wie heißt es so schön: wo kein Kläger, da kein Richter. (**Anmerkung:** Siehe in Köln, 400.000 falsche [Knöllchen](#) – Reker wollte das Geld behalten. Ganz Deutschland und Ravensburg sind vermint, wir wurden zur Bußgeldrepublik, nur um die Kassen zu füllen, Gier frisst also doch Hirn?)

Die Geschichte mit dem ARD-ZDF Deutschland Radio betrachte ich mal als einen genialen Trick. Der führt aber extrem weit. Prinzipiell ist es so, dass Forderungen nur von rechtsfähigen Personen herausgegeben werden dürfen. D.h. jemand, der eine Forderung schreibt, muß rechtsfähig sein. Wenn nun jemand eine Forderung herausgibt, ich benutze jetzt diese Terminologie um sie einfach nur zu schulen für die weiteren Interviews, wenn also jemand eine Forderung herausgibt, dann hat er die Haftung dafür bis zum Beweis der Uneinbringlichkeit, so nennt man das Ganze. D. h. jemand, der eine Forderung herausgibt kann die Forderung nicht einfach löschen, sondern der Geschäftsführer des Unternehmens, das die Forderung herausgegeben hat, wie z.B. Südwestfunk Radio, haftet für diese Forderung, bis er bewiesen hat, das der Forderungsempfänger nicht bezahlen kann. So, dass kann sehr problematisch werden, weil er muss ja dann versichert werden. D.h. der Vorsitzende von Südwestfunk Radio muss entsprechend versichert sein. D.h. man gibt deshalb sicherheitshalber keine Forderung heraus, sondern man überträgt eine Anspruchsstellung an eine nicht rechtsfähige Organisation. Diese nicht rechtsfähige Organisation nenne ich ARD-ZDF-Deutschland Radio, sie betreibt dann ein Beitreibungsverfahren ohne Rechtsfähigkeit. Was absolut nicht zulässig ist. Und da sie damit bei manchen nicht durchkommen, die werfen dann die Dinger einfach in den Papierkorb, wo sie eigentlich auch hingehören oder aber sie gehören im Prinzip besser zurück geschickt, weil kein Vertragsinteresse besteht.

Kommt dann irgendwann der Gerichtsvollzieher?: Ja, über den Gerichtsvollzieher konventiere ich, so nennt man das im Kommerziellen, konventiere ich von einer nicht rechtsfähigen Organisation einer Anspruchsstellung an einen Gerichtsvollzieher und über den Gerichtsvollzieher wird das dann zu einer sogenannte Haftung. Unter der Haftung des Gerichtsvollziehers unter dessen Versicherung. Weil er haftet dann mit seiner Versicherung für die Eintreibung. Das ist praktisch, äußerst praktisch. D.h. es gesamte Haftung wird auf die Gerichtsvollzieher verlagert. So, und wenn er das nicht macht, nicht spurt, dann bekommt er Ärger. Jetzt muss man dazu wissen, dass ein Gerichtsvollzieher wesentlich mehr Geld bekommt für eine Vermögensauskunft, wie für die Beitreibung dieses Geldes. Dass sind nur ein paar Euro

für eine Beitreibung. Aber eine Vermögensauskunft bringt richtig Geld, bei einer Vermögensauskunft steckt noch ein bisschen mehr dahinter. Also Faktum ist eines: Auch hier gilt wieder Vertragsrecht und die Menschen, die jetzt gegen dieses ARD-ZDF-Deutschland Radio kämpfen, sie kämpfen an der falschen Stelle. Sie kämpfen mit und gegen einen Staatsvertrag und sowieso ganz Deutschland ist eine Firma. Es ist alles Unsinn. Die Leute müssen nach den Verträgen schauen, sie müssen nach der Rechtmäßigkeit einer Forderung schauen und es gibt den Begriff nach der ungebührlichen Forderung. Eine ungebührliche Forderung ist eine Forderung, die aus Lieferung und Leistung besteht. D. h. wenn keine Lieferung und Leistung erbracht wurde und diese nicht dokumentiert wurde, kann keine Forderung gestellt werden. So, d.h. was man immer sehr häufig mit diesen Leuten tut, die nennt man dann irgendwann Reichsbürger, weil man ihnen ungebührliche Forderungen stellt. Weil, sie schreiben Forderungen an Amtspersonen, obwohl sie ja keine Leistung erbracht haben. Genau das macht dieses System ja auch, ARD-ZDF Deutschland Radio, mit den ganzen Bußgeldverfahren usw. D.h. es ist etwas auf Gegenseitigkeit, aber auch hier gilt wieder Vertragsrecht. Und eines möchte ich an dieser Stelle vielleicht anmerken: Vertragsrecht beinhaltet auch Durchsetzung. Wenn ich also einen Vertrag habe und kann diesen Vertrag nicht durchsetzen, dann werde ich diesen Vertrag auch nie nutzen können zu meinem Vorteil. Weil es ist immer eine Frage der Durchsetzungsfähigkeit.

Dann sind wir jetzt wir jetzt schon beim nächsten Punkt, diese ganzen Haftbefehle, Gerichtsurteile, Verfügung, die werden alle nicht mehr unterschrieben. Zumindest, dass was wir bekommen. Wir bekommen ja nur noch sogenannte vollstreckbare Ausfertigung. Weil, wer weiß schon, dass ein Haftbefehl oder eine Verfügung oder ein Gerichtsurteil, dass das Obligationen sind. Das sind sogenannte Leistungszulagen, es sind Wertpapiere. Und Wertpapiere kann man doch nicht so einfach kopieren. Jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie kaufen sich eine Daimler Benz Aktie kopieren die 10 mal und verkaufen sie dann. Dann bekommen sie doch auch Ärger. Also kann man ein Wertpapier nicht einfach kopieren. Und diese Haftbefehle, Gerichtsurteile und Verfügungen sind Wertpapiere, sind Obligationen. Und die werden im Original unterschrieben und sofort geltend gemacht. Mit ihnen wird Handel betrieben. Und deshalb gibt es davon keine beglaubigten Kopien, weil ein beglaubigte Kopie hat den gleichen Wert, wie das Original. Und deshalb bekommen wir nur sogenannte vollstreckbare Ausfertigungen, die keine Unterschrift tragen. D.h. auch hier machen die alles richtig. Was aber nicht richtig läuft, ist die Tatsache, dass wenn ich ein sogenanntes Gerichtsurteil oder einen Haftbefehl oder eine Verfügung die meistens Bußgeld behaftet ist, mit Bargeld mit Liquidität ausgleiche, dann müßte mir normalerweise dieses Papier im Original zurück gegeben werden oder aber das Geld was ich übergebe, müßte sauber verbucht werden. Und beides erfolgt nicht. Weder wird dieses Geld sauber verbucht, dass nennt man übrigens Steuerbetrug noch bekomme ich den Haftbefehl oder diese Sachen im Original, weil ich habe ja dann ausgeglichen. Und dort ist die Krux an der ganzen Geschichte. D.h. im Prinzip muss ich einfach sagen, das System arbeitet nicht sauber in dem was es tut bzw. es schafft keine Transparenz von dem, was wirklich da ist. Und dass ist der Hauptvorwurf, der hier entsteht, ob das gültig ist oder nicht gültig ist, ob irgendetwas geltend ist oder nicht geltend ist, es geht darum, dass wenn ich Verträge herausgebe und wenn ich Verträge in die Welt setze, dann habe ich die auf Gegenseitigkeit auch einzuhalten. Und wenn der Vertragspartner nicht vollumfänglich über alle Vertragsgegenstände informiert wird, dann nennt man das Täuschung im Rechtsverkehr. Das ist erschleichen von Vertragsrecht. **Meistens liest man auf den Urteilen, welche man zugestellt bekommt, mit einem Stempel versehen, beglaubigt von XY.** Richtig, es ist beglaubigt, dass es ein Original gibt, aber mehr auch nicht.



Sie benutzen immer die Begriffe, privat und öffentlich. Was bedeutet denn privat und öffentlich in ihrer Terminologie? Also die Terminologie ist nicht von mir, sie ist international üblich. Das nur mal prinzipiell. Öffentlich/privat: Ich fange einmal mit „privat“ an, das ist wesentlich einfacher. Privat ist alles was zwischen Männer, Frauen auf der menschlichen Ebene geregelt wird. D.h. alles, was Menschen machen ist privat, das hat nichts mit Staat oder irgendetwas zu tun. Man sagt sogar Männer und Frauen oder Männer und Weiber, auch die Kirche verwendet diese Begriffe. D.h., dass alles was außerhalb des öffentlichen Protokolls geregelt wird, ist privat. D.h. es ist unter privater Haftung, es kann nicht versichert werden. Und jemand der unter privaten Bedingungen agiert, wie z.B. privat activities, der kann durchaus mal mehr verlieren, als nur seinen Kontostand, da geht dabei auch das eine oder andere Mal ein Leben hinüber. Weil es ist unbegrenzte Haftung. Interessant an dieser Stelle ist vielleicht die Anmerkung, dass es Verträge gibt, die geheim sind, also privat. Man sagt in der Regel auch, was privat ist, hat in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Es ist privat und streng vertraulich. Da kommt dieser Begriff her, d.h. alles wo das Wort geheim auftaucht, geheim ist immer privat, Geheimdienst, geheime Verträge. Was haben in einem Rechtsstaat geheime Verträge zu suchen? Das ist doch dann privat, d.h., wenn Verträge ausgehandelt werden zwischen den Unternehmen Großbritannien, Frankreich, USA und der Bundesrepublik und es sind Geheimverträge, dann sind das doch Privatverträge von den sogenannten Gesellschafter, der Geschäftsführer dieser Unternehmen. Und nichts anderes. Das ist spannend, wenn man es mal unter diesem Aspekt betrachtet. Und deshalb gibt es eben Dinge, die sind für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Aber, was ist jetzt die Öffentlichkeit? Die Öffentlichkeit sind die Personen.

Das Personenrecht. Alles, was im Öffentlichen stattfindet in diesen fiktiven Welten sind öffentliche Vorgänge und da gilt das sogenannte öffentliche Recht. Und das öffentliche Recht, ist das Recht, dass die erworben haben, die die Verträge dafür haben, die Lizenzen dafür erworben haben. Und die haben diese Rechte. D.h. ich nenne es Fiktion und d.h. in der Fiktion sind also Personen aktiv, es ist das öffentliche Recht. D.h. das Recht für die Nutzung dieser Personen aktiv. Im Gegensatz dazu sind die lebenden Wesen. Und ich möchte an diese Stelle mal einen kleinen Tipp abgeben. Beschäftigen sich einmal mit Kaiser Justinian. Kaiser Justinian hat nämlich festgestellt, ein Mann und ein Weib, ein lebender Mann und ein lebendes Weib dürfen die Rechte nicht eingeschränkt werden. Weil diese Rechte sind uns von Gott gegeben. Gott alleine hat das Recht unsere Rechte einzuschränken und sonst niemand. Wie wollen sie eine soziale Struktur aufbauen mit Männern und Weibern direkt?, das funktioniert nicht. Weil, sie dürfen ja die Rechte nicht einschränken. Also wurde eine fiktive Welt geschaffen. Und diese fiktive Welt besteht aus Personen. Diese Personen werden uns zugeordnet und über diese Personen ist es dann möglich, Recht durchzusetzen. D.h. jeder Mann und jedes Weib bekommt eine Person gestellt von dem Lizenznehmer, in dem Falle der Bundesrepublik. Und mit dieser Person agiert er im diesem fiktiven System das sich Bundesrepublik nennt.

Und wenn dieser Mann und dieses Weib die Person mißbrauchen, um sich zu bereichern, z.B., dann hat diese Verwaltungsstruktur das Recht, die Rechte von Personen einzuschränken. D.h. sie können die Rechtsfähigkeit, die Geschäftsfähigkeit bishin sogar über die absolute Verfügungsberechtigung einzuschränken. D.h. diese Firma, die sich Staat nennt hat zwar alle Rechte über Personen, aber hat keine Rechte gegenüber Männern und Weibern. Und das ist das Kernproblem gewesen, was Kaiser Justinian hatte vor ca. 2000 Jahren, was dazu geführt hat, dass die „Persona“ überhaupt entwickelt wurde. D.h. dieses fiktive Element, über das es

möglich ist, Menschen, die nicht diszipliniert sind, zu disziplinieren. Nur was heute daraus geworden ist, ist ein Sklaven-System, in dem man Menschen, die es wagen, die Verwaltungsstruktur zu kritisieren, einem kommerziellen Druck aussetzt sind, den ich zwischenzeitlich als kommerzielle Inquisition bezeichnen würde. D.h. die Rechte von Männern und Weibern werden systematisch eingeschränkt, solange der Mann und das Weib, das die Person nutzt, einknickt und einlenkt und wieder bereit ist, freiwillig den Strukturen der Vorgaben zu folgen. Also den Verträgen zu folgen. Jetzt könnte natürlich der geneigte Leser sagen, was erzählt der da, der baut sich eine eigene Welt auf. Ich empfehle jedem, der diesen Text liest, sich einmal das Einführungsgesetz des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuschauen. Und zwar den §10 und den § 7. Eine Person unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört, das steht da drin. Und einfach mal diese Dinge lesen und das ist der Unterschied zwischen der Bundesrepublik und vielen anderen Firmen, die sich Staat nennen. Hier in Deutschland wird sehr gründlich gearbeitet, da wird alles festgehalten. Das ist auch der Grund, warum schätzungsweise 80-85 % aller Gesetze auf diesem Planeten in Deutschland geltend sind. Weil wir so gründlich sind, weil wir das alles so sauber machen. Und wenn man anfängt, die Gesetze als das zu lesen, was sie wirklich sind, nämlich die AGB's für die Nutzung von Personen, dann wird klarer, dass alles was hier stattfindet sauber ist und präzise durchgeführt wird.



Sind wir also keine Personen? Solange wir uns als Person, gleich als Sache deklarieren lassen, gelten wir dann für die Politik als geistig minderbemittelt? Ein Job-Center verbietet einer Harz IV Person die Arbeitssuche. Und weil sie das vehement ablehnt, wird diese Person nach Aktenlage vom Amt als geistig behindert eingestuft. D.h., dann darf sie sich keine eigene Arbeit mehr suchen. Zusatzfrage, wie bewerten sie die Bargeldabschaffung. Das sind sehr komplexe Themen. Ich empfehle bezüglich dieser ersten Frage die Lektüre des §7 EBGB, Einführungsbuch Bürgerliches Gesetzbuch. Darin steht: Die Rechtsfähigkeit und die Geschäftsfähigkeit unterliegen einer Person, sie unterliegen dem Recht des Staates, dem die Person angehört. Soviel zum Thema über unsere Staatsangehörigkeit. D.h. die Rechtsfähigkeit unterliegt dem Recht des Staates. Das Recht des Staates ist es, diese Privilegien aufrecht zu erhalten oder zu entziehen, das ist ein Betreuungsverfahren. Das bedeutet also, der Staat hat zu jedem Zeitpunkt das Recht einem Mann oder einem Weib die Verfügungsberechtigung über eine Person zu entziehen. Und alleine daran sollten wir schon erkennen, dass wir keine Personen sind. Weil, wie kann es jemand wagen, meine Rechte als Mann einzuschränken. Das ist überhaupt nicht möglich, das sind Gott gegebene Rechte.



Zwischenfrage: Spiegelt sich das auch wieder, wenn Menschen im Krankenhaus liegen, und die Angehörigen nichts zu bestimmen haben? Ja, genau. Da geht es noch um etwas anderes. Die Bundesrepublik hat durch die Tatsache, dass sie diesen Lizenzvertrag hat mit der UN, die Pflicht die Körper der Treugebenen, so sag ich dazu. Das sind die Männer und Weibern, die ihre Werte zur Verwaltung übergeben haben, d.h. alle Werte gehören uns. Und die Bundesrepublik hat die Pflicht strukturell alles zu tun, dass die Körper am Leben erhalten werden. D.h. die Körper müssen am Leben erhalten werden. Und deshalb wurden ja auch diese ganzen Menschenrechtskonventionen geschrieben. Die haben nichts weiter, wie die Aufgabe Körper zu schützen, damit das Lizenzgeschäft weiter läuft. Man muß

es ganz brutal so betrachten, wie es ist. Egal wo ich hinsehe, egal was ich mache, es geht immer gegen die Person. Was allerdings geschieht und dass geschieht durch unwissende Mitarbeiter im sogenannten öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst ist der Dienst in einer Fiktion, auch hier wieder. Die Mitarbeiter sind nicht informiert, sie wissen nicht was sie tun. Es schützt sie zwar nicht vor Strafe, die irgendwann erfolgen wird, aber sie wissen es nicht. Man könnte es fast schon als Gehirnwäsche bezeichnen, was ihnen eingebleut worden ist, sie sind eine Person. Und wenn ich Fernseh schaue und sehe dann innerhalb einer halben Stunde, in irgend einen Krimi, wird der Begriff „Person“ mindestens 30 mal genannt. D.h. es ist eine richtige Gehirnwäsche, der wir ausgesetzt sind. Eine regelrechte, psychologische Kriegsführung gegenüber einem gesamten Volk!

Und ich frage jetzt hier einfach mal provokativ: Wer ein Auto fährt ist doch kein Auto. Ich werde doch nicht zum Auto, weil ich ein Auto fahre. Und das ist die Person. Ich werde doch nicht zur Person, nur weil ich eine Person nutze. Und, wenn ich mir das ganze auch hier wieder vertragsrechtlich anschau, mit der Person, die die Bundesrepublik herausgibt kann ich mich in dem System der Bundesrepublik bewegen. Wenn ich aber dieses Kartellgebiet verlasse, brauche ich einen Nachweis, eine Versicherung, dass ist mein Reisepass, mein Personalausweis, damit ich ein fremdes Kartellgebiet betreten kann. Wenn ich das nicht dabei habe, dann darf ich es nicht betreten. Weil ich muss irgendeinen Nachweis haben. Auch hier sehe ich wieder, es sind Verträge. Denn die Person, die die Bundesrepublik heraus gibt, wir müssen uns das klarmachen. Die Bundesrepublik hat einen Vertrag mit der UN, einen Lizenzvertrag. Und muss diesem Lizenzvertrag nachkommen. Um diesem Lizenzvertrag nachzukommen, bitte immer daran zu denken, es geht um Geld. Es geht um Liquidität, es geht um Werte. Und um das abrechnen zu können, ist ein Konto erforderlich. Ein Personenkonto. Und dieses Personenkonto ist der Mann, der dieses Konto bekommen hat, das lassen wir jetzt einfach auf den Mann begrenzt. Der ist der Verfügungsberechtigte über dieses Konto. Aber der Eigentümer dieses Kontos, das ist die Bundesrepublik oder die Bank. Deshalb ist die Bank Eigentümer des Kontos. Der Eigentümer deines Geldes? Nein, der Eigentümer des Kontos, nur des Kontos. Und die Bank hat, aufgrund der Tatsache, wo wir jetzt bei der Bank sind, aufgrund der Tatsache, dass die Bank Eigentümer ist, hat sie die sogenannte ausgleichende Verbindlichkeit. D. h. die Bank ist verpflichtet, die internationalen Vorschriften für Bilanzierungen einzuhalten.

Die lauten GAAP oder in Europa IASEFRS. Und das heißt, dieses Konto muß immer auf 0 gehalten werden. Es gibt jeden Tag um 18:00 Uhr einen Abgleich. Dann muss dieses Konto auf 0 sein. D.h. Aktiva und Passiva müssen 0 sein. Das ist die Verantwortung der Bank. Aber die Bank macht das unter meiner Haftung, weil ich bin ja der Verfügungsberechtigte. Und um die Verfügungsberechtigung zu erlangen, muß ich einen Vertrag unterschreiben. Wir sind schon wieder im Vertragsrecht. Und in dem Vertrag steht eine unbegrenzte Haftungszusage. Ein Thema, mit dem wir uns noch beschäftigen werden, bei den weiteren Interviews im Bereich Zwangsversteigerung und Insolvenzrecht. Auch das spielt dort rein. D.h. wird sind in einem Netzwerk von Verträgen gefangen, ohne es zu wissen. Und ohne zu wissen, wie die tatsächliche Haftung von uns aussieht. D.h., alles was in der Bundesrepublik gemacht wird, ist alles im Vertragsrecht unter unserer Haftung. D.h. wir haben immer die Haftung dafür und die ganze Haftungen, die entstehen werden über ein Konto abgerechnet, das die Person darstellt. Es gibt die verschiedensten Konten, es gibt die ständig laufenden Konten wie die Steuer-ID Nummer, es gibt die Sozialversicherungs-Nummer. Das ist wahrscheinlich die Nummer die die meistens Leute interessiert, die sich intensiver mit kommerziellen Dingen beschäftigen. Das zeigt dann auch auf unser sogenanntes Freistellungskonto, auch das ist ein Thema für ein ganzes Interview, alleine dieses sogenannte Freistellungs-Konto. Das System an sich ist sehr klug aufgebaut, es ist auch sehr einfach. Nur wir denken falsch. Unser Thema ist immer, dass wir die Dinge nur von einer Seite betrachten, obwohl diese Medaille immer zwei Seiten hat. Und, wenn ich immer

nur auf der einen Seite schaue, werde ich immer sagen, die Münze trägt einen Adler, die Zahl sehe ich nicht. Dazu muss ich die andere Seite der Münze betrachten. Und, nur wenn ich beide Seiten der Münze betrachte, dann kann ich sagen ich habe eine Münze mit einem Adler und einer Zahl darauf. Und dann ist das Bild vollständig. Und dieses vollständige Bild das wird uns unterschlagen. Und das ist die Person, eine Person hat nämlich Vorteile und Nachteile.



Archiv

Es werden also Gebühren für die Verwaltung erhoben? Richtig, genau. Ich muss jetzt ein bisschen ausholen. Wir müssen ein bisschen philosophisch werden. Wenn wir das genau betrachten, sind wir keine Eigentümer, von egal was. Wenn wir das jetzt mal aus der Ebene betrachten nicht aus der religiösen sondern einfach aus einer übergeordneten Ebene heraus, sind wir nichts weiter als Nießbrauchsnehmer. Das ist ein altes Wort, d.h. ich habe das Recht etwas zu nutzen. Wir alle schaffen diese Werte zu jedem Zeitpunkt, wir bauen die Kraftwerke, wir bauen das alles auf und wir stellen das einer zentralen Verwaltung zur Verfügung. D.h. wir übertragen die Rechte der Nutzung einer zentralen Verwaltung. Und diese zentrale Verwaltung hat die Pflicht dafür zu sorgen, dass wir mit Wasser, mit Strom, mit Lebensmitteln, mit Autos und mit allem versorgt werden. Und dafür, für diese Arbeit, hat diese Verwaltung Rechte. Und zwar Rechte auf Ausgleich, d.h. sie hat Verwaltungsgebühren. Und diese Verwaltungsgebühren werden über die Personen erhoben. Das führt uns aber zu der Kernfrage: Wenn also die ganzen Kraftwerke, die gehören ja nicht der Bundesrepublik, sie ist ja weder Besitzer noch der Eigentümer, sie ist ja höchstensfalls Nutznießer von all diesen Strukturen und wir haben sie mit unserer Arbeitskraft aufgebaut. Es wird uns immer erzählt die ENBW oder wie sie alle heißen, die haben ja Eigentümer, weil sie Geschäftsanteile haben. Das können wir im Bereich Insolvenzrecht mal besprechen. Es ist eben nicht so, wenn ich Anteile an einer Firma erwerbe oder einer Aktiengesellschaft, dann erwerbe ich ja nur Anteile an den Gewinnen. Und das sieht man auch im Insolvenzrecht oder auch im Strafgesetzbuch, dass ich ja nur Verwalter von etwas bin. Um es jetzt kurz zu fassen, die Bundesrepublik nutzt es mit ihren Subunternehmen und mit all dem was hier steht, die Nutzung wird uns in Rechnung gestellt. Und wir bezahlen dafür, dass mit unseren Werten etwas produziert wird. Das ist schizophren, es geht nicht darum, dass wir nichts bezahlen sollen und dass wir für nichts aufkommen müssen, sondern es geht darum, dass die Verpflichtung, einen Ausgleich zu erbringen, immer gegenüber der Gemeinschaft erfolgt. Das hat mit der Bundesrepublik überhaupt nichts zu tun. D.h. dieser sogenannte Staat, der das alles betreibt hat selbstverständlich ein Recht darauf für seinen Aufwand entlohnt zu werden. Und für die Betreiber dieser Verwaltungskonstruktion, die sich Staat nennt, haben auch ein Recht darauf entlohnt zu werden, weil immerhin stellen sie sogenannte Liquidität zur Verfügung. Aber, dass eine Kilowatt-Stunde Strom 2,9 Cent in der Herstellung kostet und uns dann 29 Cent berechnet werden, da entsteht die Frage, warum das so ist. Und diese Frage ist berechtigt.



Gehört eigentlich der Grund und Boden auf dieser Welt nicht dem Volk? Warum bezahle ich dann den Boden und keine Miete an den Staat oder an die Kommune? Das ist eine sehr gute Frage. Die Frage ist, wer kauft den Grund und Boden. Wir müssen uns mal anschauen, wer macht das. Wenn wir uns mal den Besitzer anschauen, dann steht da drin,

der Kaufmann handelt immer unter seinem Namen. Ja, wem gehört der Name. Der Name einer Person unterliegt dem Recht des Staates, dem die Person angehört. Also wem gehört jetzt der Name. D.h. das Verrückte ist einfach das, dass wir hier Rechtsgeschäfte abwickeln in der Fiktion. Und diese Fiktion kann überhaupt nicht über Eigentum verfügen, das geht nicht, das ist völlig unmöglich. D.h. ich würde jetzt einfach mal sagen, das ist ein Nießbrauchshandel, d.h. wir handeln den Nießbrauch. Niemand kann Eigentum erwerben, ich nenne das immer, dass ist simuliertes Eigentum, das geht gar nicht. Wenn man jetzt ganz weit zurückgeht. Die alten Indianer wußten, dass man für Grund und Boden kein Eigentümer sein kann. Das gehört alles der Schöpfung, es ist Allgemeingut, es gehört allen. Und dass kann ich nicht erwerben, aber ich kann das Recht erwerben, auf diesem Grund und Boden zu leben. Also den Nießbrauch zu erwerben. Diese Nießbrauchsgeschichten wurden in der Bundesrepublik so etwas von eingeschränkt und ausgegliedert in den ganzen Gesetzen, deshalb gibt es ja auch so wenig Nießbrauch in Deutschland. Man spricht immer von Eigentum und meint eigentlich Nießbrauch. D.h. wenn ich es einmal jetzt so betrachte, es fairer Weise betrachte, ich erwerbe ein Grundstück, weil ich möchte auf dem Grundstück leben und ein Haus bauen. D.h. ich erwerbe mir das Recht des Nießbrauchs. Und für das Recht des Nießbrauchs muss ich der Gemeinschaft ein Ausgleich geben. So könnte man es betrachten und dann passt es für mich auch wieder. D.h. dieses Geld, was dann fließt muß eigentlich in den Topf der Gemeinschaft und das bedeutet einer sozialen Gemeinschaft. Und dann macht es Sinn, dass hat nichts in dem Topf von irgendwelchen Superreichen oder Gemeinden zu tun, die sich dadurch noch mehr Liquidität beschaffen wollen, sondern es ist Gemeineigentum. D.h., wenn wir diesen Gedanken Eigentum mal wirklich gründlich überdenken, so ist es völlig klar, Eigentum gibt es nicht. Und schon gar nicht in der fiktiven Welt der Personen. Wenn also die Bundesrepublik von Grund- und Bodeneigentum spricht, dann ist das nur eine Simulation von Eigentum und mehr nicht.

Dann wäre es doch wesentlich vernünftiger und sinnvoller, wenn man nicht einen Einmalbetrag für Grund und Boden bezahlt, sondern eine kleine Miete ein Leben lang in das Gemeinwohl. Genau, richtig. Aber die Frage ist prinzipiell, warum muss ich für etwas bezahlen muss, wo ich eigentlich der Besitzer bin. Dass ist die große Frage. Ich bin der Besitzer. Das Problem an dem ganzen Spiel ist, bei dem aktuellen Bildungsstand den wir haben, würde das System kollabieren, wenn es präzise genau so arbeiten würde, wie es eigentlich gedacht ist. Alle, die ganze Welt, gehört allen Männern und Weibern und Kindern. Und jeder hat das Recht, dass was er schafft selber zu nutzen oder es der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, wie z.B. ein Kraftwerk, eine Straße, ein Haus. Und der, der ein Haus baut, braucht etwas zum Essen. Also ein anderer, der Lebensmittel produziert, der stellt die Lebensmittel zur Verfügung. D.h. es ist alles ein kommunales System, wo Menschen zusammenarbeiten, jeder bringt seine Talente und sein Können ein und das wird dann alles von einer zentralen Struktur verwaltet und die nennt sich Staat. Das klingt alles wunderbar, nur wenn der Staat umsatz- und gewinnorientiert arbeitet, zu Gunsten einiger weniger, dann haben wir die Konstruktion, die wir heute haben, wo Menschen ausgeplündert, enteignet werden. Und manche nicht einmal genug zu Essen haben und andere mit einem Mausclick 1 Mio. verdienen um sich damit ein schönes Leben machen können.



Da wir alle nur als eine Sache behandelt werden, haben wir keine wirklichen Rechte. Ist das nur in Deutschland so? Warum wird keine Transparenz geschaffen? Also es ist nicht nur in Deutschland so, wir neigen gerne zum egozentrischen, Deutschland als Mittelpunkt der Welt zu betrachten. Dem ist nicht so, Deutschland in nur eines von vielen Systemen weltweit. Es ist in Frankreich, Spanien, USA überall das gleiche Thema,

das einzige ist nur, hier in Deutschland war man besonders gründlich bei der Strukturierung und bei der Regelung durch Gesetze. Das ist der Hauptunterschied. Wir müssen es einfach so sehen, ich habe einmal einen sehr netten Satz gelesen, der lautete so in etwa: „nicht die Politik regiert die Welt, sondern Liquidität und Geld“. Wir hatten ja schon vorher das Thema mit der Bargeldabschaffung usw. das hatte ich vergessen noch zu beantworten. Und genauer betrachtet ist es so, Liquidität regiert die Welt und sonst nichts. D.h. der, der die Liquidität kontrolliert, kontrolliert alles. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, was Liquidität überhaupt eigentlich ist. Es gibt da das berühmte Märchen, dass die Banken Liquidität aus nichts schaffen, also Geld aus dem Nichts. Wir müssen jetzt auch einmal klären, was ist was. Was ist Geld, was ist Bargeld, was ist Liquidität. Es gab einmal eine Zeit, da gab es noch die D-Mark. Die D-Mark war eine sogenannte Schuldverschreibung. d.h. die Bundesbank hat unter ihrer Haftung diese Schuldverschreibungen heraus gegeben und wir Männer und Frauen in Deutschland per Unterschrift die Haftung dafür übernommen. D.h. dass war der berühmte Kreditantrag, man nannte das früher auch bestellen von Liquidität oder bestellen von Bargeld.

Dann hat die Bundesbank mit diesem Auftrag von unserer Seite das Geld gedruckt und herausgegeben. Das diese Menge natürlich begrenzt werden musste ist klar, aber das sind sehr komplexe Mechanismen, auf die ich jetzt nicht eingehen möchte. Faktum ist auf jeden Fall eines, jede Form von Liquidität wird unter unserer Haftung, also von den Männern und Frauen herausgegeben, von den sogenannten Notenbanken, weil diese Notenbanken die Lizenz dafür haben. Und das heißt Liquidität hat immer zwei Seiten, zum einen ist es die Haftung, zum anderen ist es die Möglichkeit. Was das jetzt genau ist, ob das Bargeld ist oder Liquidität auf einem Konto also sogenanntes Giralgeld oder Buchgeld ist, spielt effektiv keine Rolle. Es gibt nur einen kleinen Unterschied, das man mit dem Bargeld auch nicht transparente Geschäfte machen kann zum einen, zum anderen können die Geldflüsse nicht richtig kontrolliert werden. Und das Hauptprobleme ist, dass im Prinzip diese Schuldverschreibungen ansich einen Wert darstellen. Diesem ansich einen Wert darstellen, wurde ein Riegel vorgeschoben mit der Einführung des Euros. Der Euro sind nur bunte Papierzettelchen. Wer es nicht glaubt, kann sich gerne einmal die Rede von Jens Weidmann anhören, die auf der Seite der Deutschen Bundesbank zu hören ist und zwar vom Sept. 2012 oder 2013. Da hat es das auch klipp und klar gesagt.

Der Euro ist also nichts weiter als bunte Papierzettelchen, die Kinder wissen, dass es auf Baumwollpapier gedruckt ist, mehr ist es nicht. Die tatsächliche Liquidität hat immer zwei Seiten, d.h. das ist die Aktiva und die Passiva in der doppelten Buchführung, Auf der Aktiva-Seite ist der Kaufwert einer Währung und auf der Passiva ist die Haftung dafür. Und die Haftung dafür übernehmen wir alle. Wenn also Liquidität herausgegeben wird durch die Bundesbank und jemand sammelt diese Liquidität wieder ein und schafft sie zur Seite, dann ist immer ein Mangel an Liquidität da. Und es müssen immer neue Kredite aufgenommen werden. Und immer mehr müssen für diese Kredite die Haftung übernehmen. Und so werden unsere Rechte immer mehr von einer kleinen Gruppe in Anspruch genommen. D.h. dieses Märchen, von Geldschöpfung aus dem Nichts ist falsch. Das ist wieder eines von den vielen Märchen, die im Netz herum gehen. Faktum ist, dass wir unsere Ansprüche auf alle Werte die es gibt weltweit aufgeben, zu Gunsten von Liquidität, die wieder eingesammelt wird. Das ist ein riesiges Thema, aber über diesen Weg wird alles kontrolliert. Weil, wer die Liquidität kontrolliert, sagen wir es einmal so, wer die Herausgabe der Liquidität kontrolliert, der kontrolliert die Welt. Weil, der keine Liquidität hat, der kann sich nichts zum Essen kaufen, so ist das System aufgebaut. Er kann sich keine Wohnung leisten und nichts anderes. Und der Zugang zu dieser Liquidität erfolgt ausschließlich über die Person.

Auch hier wieder, behält sich diese Firma, die sich Staat nennt, das Recht vor, diese Person zu kontrollieren und sie zu disziplinieren, so dass diese Person in ihrem Sinne genutzt wird, nämlich im Sinne der Gesetze, die sie herausgegeben hat, der hat auch die Verträge. Und dass ist auf der ganzen Welt so. Wir haben nur hier, in Zentraleuropa, das sich momentan Bundesrepublik nennt, eine Sondersituation. Weil, es gab mal eine Zeit, dass ist schon über 80 Jahre her, dass ein gewisser Herr der Meinung war, er müßte jetzt Krieg führen. Wie auch immer das zustande gekommen ist, spielt keine Rolle. Also haben sich die Firmen Russland, Großbritannien, Frankreich und wie sie alle hießen entschlossen, jetzt Krieg zu führen um die Kartellgrenzen. Weil dieses 3. Reich wollte seine Kartellgebietsgrenzen erweitern, was natürlich nicht im Sinne der UN war, sie hatten ja ihre Verträge. Und diese Kartellgebietserweiterung führte dann zu einem Krieg, der dann am Ende dazu führte, dass die Firmen USA, Großbritannien und Frankreich das Gebiet des 3. Reiches besetzt haben. Sie haben also das Kartellgebiet übernommen. Sie haben also ein Firmengelände übernommen, dass hat nichts mit Staatsgebiet zu tun und sonst irgendwas. Es ist ein Firmengelände, d.h. ein Kartellgebiet, wo man Lizenzgebühren erarbeiten kann. Um mehr ging es nicht, es ging immer nur ums Geld. Da ja nach den ganzen internationalen Verträgen Plünderungen verboten sind, die Lektüre des SHAEF-Gesetz Nr. 52 Nr. 1 d und f. Da steht nämlich, die inhaftierten Personen werden beschlagnahmt. Wir sind doch alle in wohnhaft hier. Die Personen sind in wohnhaft, d.h. sie sind inhaftierte Personen. Und alles, was an den Personen über die Person abgewickelt wird, ist beschlagnahmt. Es ist also eine Plünderung durch die Hintertür unter Umgehung der HLKO und der Genfer Abkommen. Jeder muß doch zugeben, dass ist sehr geschickt gemacht, das ganze. Und das hat solche Formen angenommen, dass mittlerweile hunderte von Milliarden Dollar in die USA fließen, weil, wer sich mal den Bundeshaushalt anschaut und die Steuereinnahmen anschaut, der stellt da einen gewissen Betrag fest, der nicht unerheblich ist. Der nirgends ausgewiesen wird, wo dieses Geld wohl hinfließt?



Wie ist das mit den feindlichen Übernahmen? Und wie nennt man das noch, wenn Gelder eingefroren werden, um damit Staaten zu erpressen? Dieses Verfahren nennt man international die „Mareva Injunction“ Die Mareva Injunktion ist das Einfrieren oder das Beschlagnahmen von Konten von Firmen die sich Staat nennen. Auch hier sieht man wieder ganz eindeutig, das hat nichts mit irgendwelchen freien, souveränen Staaten zu tun. Das sind Unternehmen, die haben Konten und diese Konten werden alle zentral verwaltet. Die Hauptverwaltung ist das Department of the Treasury in den USA, die hat mit den USA aber nichts zu tun, die sitzt in Washington D.C.. Und die Steuereintreiber von diesem Department ist die IRS, Internal Revenue Service. Und die können zu jedem Zeitpunkt auf jedes Konto weltweit zu greifen. Ob das jetzt das Konto von Egon Müller ist oder das Konto der Republik Frankreich oder der Volksrepublik sonst wer, es spielt keine Rolle. Sie können auf jedes Konto zu jedem Zeitpunkt. Weil es alles nur Unternehmen sind in Unterlizenz. So, d.h. die feindliche Übernahme nenne ich es immer dann, wenn Kartellgebietsgrenzen nicht eingehalten und gewisse Kräfte der Meinung sind, sie müssen ihr Kartellgebiet erweitern oder die Kontrolle darüber erlangen. Siehe Lybien, siehe Syrien, siehe Iran, siehe Afghanistan, jetzt kommt noch die Türkei, Ungarn und Rumänien hinzu, Griechenland ist schon mitten drin, andere EU Länder werden folgen. Immer das gleiche Spiel. D.h. man erweitert einfach seinen Einflussbereich und dass versucht man natürlich so zu regeln, dass nicht zu viel Aufsehen entsteht. Auch daran sieht man wieder, dass die Kernverträge von diesen Firmen, die sich Staaten nennen eingehalten werden. Sie werden eingehalten, man versucht zu tricksen. Alle Tricks zu nutzen, um an fremde Kartellgebiete heranzukommen, um z.B. die Kontrolle über Öl, Gas, Wasser zu bekommen. Um die Kontrolle über Staatsgebiete zu bekommen bis hin zum Fördern von Putsch in irgendwelchen Staaten in dem über irgendwelche sogenannte Stiftungen oder irgendwelche

Organisationen, über Geheimdienste werden dann Revolutionen angezettelt. Es ist immer das gleiche Spiel, dass nenne ich feindliche Übernahme.

Was bedeutet die Plünderungsklausel nach den Verträgen der Genfer Abkommen? Also normalerweise ist Plünderung in besetzten Gebieten verboten. D.h. es ist verboten, den Männern und Weibern dort etwas wegzunehmen. Es ist nicht möglich. Als Beispiel: Wenn ich eine Milliarde Dollar hätte und ich würde ihnen die eine Milliarde Dollar zur Verwaltung übertragen. Jetzt würden sie aber zwischendrin insolvent werden. D.h. sie wären privat insolvent, aber meine Milliarde wäre immer noch bei ihnen. Dann würde ja die Vollstreckung der Insolvenz nicht gegen mein Vermögen laufen, weil sie sind ja nur der Treuhandverwalter dieses Vermögens, ist ja klar. D.h. meine Milliarde ist bei ihnen trotzdem noch sicher, obwohl ein Insolvenzverwalter ihr privates Vermögen verwaltet. Ist klar. D. h., sie sind Treuhandverwalter meines Vermögens und das unterliegt nicht der Vollstreckung. Und so ist es auch bei den Staaten, d.h., diese Staaten sind ja nur fiktive Konstruktionen, die eine Lizenz erworben haben für die Verwaltung eines Gebietes. Und die Männer und Frauen, die in diesem Land leben und ihre Werte dort haben unterliegen mit ihrem Vermögen nicht dieser Plünderung oder nicht dieser Vollstreckung, geht ja gar nicht. Es ist ein fremdes Vermögen und deshalb gibt es ja auch die HLKO und das Genfer Abkommen, in dem ganz klar drinsteht, dass Plünderungen nicht zulässig sind. Und d.h., dass Abtransportieren der Werte ist nicht zulässig, sie dürfen es nicht. Natürlich wurde damals im 3. Reich nach dem 2. Weltkrieg dagegen verstoßen, da alles abtransportiert wurde. Aber es wurde auch geschickt gelöst, es wurde einfach in Staatsvermögen über transferiert. Es wurde alles gemacht und der, der das gemacht hat, für wen der wirklich gearbeitet hat, das steht in den Sternen. Das wird irgendwann auch mal in die Öffentlichkeit kommen.



Welche Konsequenzen hat dies auf uns Menschen in Deutschland? Die Konsequenz ist sehr einfach, alles ist im Vertragsrecht und dass ist ja auch der Grund, warum ich heute hier einfach mal meine Interview Serie begonnen habe. Die ganze Welt ist im Vertragsrecht, alles ist im Vertragsrecht. D.h. es gibt weltweit Verträge auf Gegenseitigkeit, die müssen nicht, die können, die sollten eingehalten werden. Wenn jemand die Verträge nicht einhält, dann muß er mit den Konsequenzen leben. Es ist einfach so, zu mir hat mal jemand gesagt, es gilt die nominative Kraft des Faktischen, d.h. Faustrecht. Der, der sich durchsetzen kann, kann auch seine Verträge durchsetzen. Und wir Männer und Frauen haben leider unsere Kraft aufgegeben, wir haben es aufgegeben, uns für uns selber einzusetzen. Wir geben unsere Rechte ab, wir delegieren, wir haben einen Steuerberater, wir haben einen Rechtsanwalt, wir haben einen Psychiater, wir setzen unsere eigenen Interessen nicht mehr selber durch. D.h. wir geben unsere Rechte immer mehr auf . Und in dem Maße, wenn wir anfangen unsere Rechte wieder einzufordern und zwar mit Maß, mit Ziel, mit Verstand, klug, nicht aggressiv. In dem Maße werden wir dafür sorgen, dass man uns unsere Rechte wieder zurück geben muß, die wir angeblich aufgegeben haben. Weil Rechte werden immer nur verliehen. Und wenn wir hier in Deutschland, und da sage ich ganz bewusst in Germany im Herzen aller Gesetzgebungen anfangen, unsere Rechte wieder einzufordern, die wir haben und sie waren keine Schenkungen. Rechte sind immer nur verliehen, daraus entstanden auch in früheren Zeiten die Lehen. Lehen wurden vergeben. Rechte werden verliehen.

Und ich kann nur Rechte verleihen, die ich selber habe. Ich kann nur Rechte vergeben, die ich selber habe. Und es werden Rechte verliehen mittlerweile an Unterorganisationen wie z.B. der Justiz, die gar nicht existieren. Die Justiz hat gewisse Rechte nicht und ein Haftbefehl ist ein

Recht, was die Justiz nicht hat. Keiner hat das Recht auf den Körper eines Menschen zuzugreifen. Dass ist Geiselnahme. Und das sind die Punkte, worüber man mal diskutieren müsste, worüber wir nachdenken müssen. Wo sind die Grenzen? Ein Mann, der einen andern Mann tötet wird selbstverständlich mit einem Haftbefehl erst einmal in Gewahrsam genommen, ist völlig klar. Um Schuldfragen zu klären und um zu Verhindern, dass er weiter tötet, das ist überhaupt keine Frage. Aber warum man Menschen wegen OWiG, wegen Bußgeldern einsperrt, mittlerweile um sie zu zwingen, zu bezahlen, Den Haag nennt das sogar Foltermethoden. Dass sind Themen, die auf den Tisch müssen. Warum wird das gemacht, warum wird ein Mensch wegen 10 EURO OWiG oder [GEZ](#), oder wegen Gerichtsgebühren, oder zur Abgabe einer Versicherung, ins Gefängnis gesperrt für einen Tag und bis zu sechs Monaten. Es ist relativ einfach, um diese Art von Haftung zu decken. Man nimmt den Körper zur Deckung von Haftungen und dass ist nicht zulässig. Und da müssen wir hier in Deutschland, weil wir sind dafür prädestiniert, uns mal Gedanken machen, wie weit wir eigentlich gekommen sind. Das ist keine Aufforderung einen Kleinkrieg gegen Behörden zu führen, die sich Behörden nennen oder gegen die Mitarbeiter. Auch nicht gegen die Kleinen, sondern lasst doch bitte die kleinen Leute in Ruhe, schlägt euch nicht mit Rechtspflegern rum oder mit irgendwelchen Gerichtsvollziehern. Die können sowieso nichts machen. Das sind nur Erfüllungs- Handlungsgehilfen. Geht an die Chefs, geht oben an die Chefs und dann müssen wir schauen, dass die Chefs einmal ein bisschen Druck bekommen.

Weil dort ist diese Wahrnehmung da, die wissen genau was unten abläuft. Sie können nämlich ihre Erfüllungsgehilfen beauftragen, die völlig unwissend sind. Machen wir eine Rechtspfleg in Deutschland, das bedeutet wir pflegen unsere eigenen Rechte wieder. Wir pflegen unsere eigenen Rechte wieder und nichts anderes. Ich brauche keine Rechtspfleger, der meine Rechte pflegt. Dass tue ich selber, dafür bin ich alt genug. Und an der Stelle vielleicht noch eine kleine Anmerkung, das hatten wir kurz vorher mal erwähnt. Man geht letztendlich davon aus, das gilt übrigens weltweit, dass Menschen nicht in der Lage sind, ihre Rechte selber wahrzunehmen. Man stuft uns also als Kinder ein, das kann man zum einen nachlesen in den Rechtsgrundlagen oder in den Rechtsvermutungen der IBA, das ist die International Bar Association, das weltweite Sprachrohr der Juristen, in der alle Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte organisiert sind. Wir müssen uns das mal auf der Zunge zergehen lassen Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte sind alle in einer Organisation. Wo ist hier die Rechtsfindung? Wo ist hier die rechtliche Vertretung, wenn die alle in einer Organisation sind. Aber die sagen klipp und klar in ihren Rechtsvermutungen, dass ein Mann oder ein Weib nicht in der Lage sind ihre Rechte wahrzunehmen. Das ist eine Vermutung, eine Rechtsvermutung und auf Grund dessen werden wir als der Vernunft nutzend unfähig eingestuft, das ist übrigens auch in der Codex iuris canonici festgelegt. Auch dort werden wir als siebenjährige Kinder eingestuft. D.h. wir werden für unmündig erklärt, womit die Rechtsanwaltspflicht insbesondere bei Landgerichten begründet wird. Das hat auch einen versicherungstechnischen Hintergrund. Und diese ganzen Dinge sind wichtig, das sie auf den Tisch kommen.

Es war jetzt ein ganzer Haufen Informationen in sehr, sehr kurzer Zeit und ich könnte über fast jeden einzelnen Punkt mehrere Stunden referieren. Aber vielleicht regt es an, zu fragen, einfach zu fragen, zu den verschiedenen Themen und ich freue mich darauf, diese Fragen zu beantworten. Weil es wird Zeit, das wir hier in Zentraleuropa anfangen unseren Verstand wirklich wieder zu benutzen und unsere Rechte wieder wahrzunehmen. Es wird Zeit, dass wir beginnen die Logik zu nutzen, die Vernunft zu nutzen, Und es wird Zeit, dass wir beginnen „wehret den Anfängen“ oder „Trau schau wem“. Ich kann mich erinnern, in der Schule habe ich gehört, was damals alles vorausgegangen ist, in den Jahren 33-45. Wie Menschen wie Vieh abtransportiert wurden, ihrer Rechte beraubt wurden. Und wenn ich mich heute umsehe, sehe ich in erschreckendem Maße genau diese Dinge wieder, diese Tendenzen. Eine selbstgefällige

Justiz gepaart mit einem Finanzamt und mit der Wirtschaft, dass nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die einfachsten Fragen zu beantworten. Kritiker werden pauschal in eine Reichsbürger-Schublade geworfen, was nichts weiter ist wie Propaganda. Und über diesen Weg wird jeglicher Widerstand versucht zu brechen. Man wird der kommerziellen Inquisition zugeführt, d.h. man pfändet die Konten, man pfändet das Gehalt, man nimmt einem die Lebensgrundlage um einen zu zwingen auf Fragen zu verzichten. Und unser System, dass wir eigentlich haben möchten, dieses behauptete ein freiheitliches rechtstaatliches System zu sein, aber Demokratie lebt von den Fragen der Menschen. Von den kritischen Fragen, um genau diese Zeit, wie wir sie 33-45 hatten, um es nie wieder zu haben? Das ist doch die Lehre, die wir haben sollten und haben wir bis heute etwas daraus gelernt? Ich finde NEIN, und sieht man es auch in der Welt.



RRRedaktion, Fazit: Nach diesen umfangreichen Ausführungen ist erkennbar, früher war das höchste Gut für den Menschen die Freiheit und heute ist sie abgeschafft worden, „**Mit Sicherheit stirbt die Freiheit**“. Jetzt hat die Sicherheit, die uns übrigens nur vorgegaukelt wird, damit für die neue Weltordnung der gäsernen Menschen, die Bewegungsprofile und Big Brother im Schlafzimmer geschaffen werden können, die Freiheit des Menschen abgelöst. Die Politiker in Deutschland halten das Volk für Unmündig, Unfähig selbst entscheiden zu können. Jetzt leuchtet uns Journalisten auch ein, belegt durch unsere täglichen Recherchen, warum die Politik gegen den bundesweiten Volksentscheid ist, vor allem die CDU, CSU, sogar die bisherigen Bundespräsidenten, egal aus welchem Lager, stemmten sich bis heute dagegen.



Ich zitiere den neuen Präsidenten der USA, Herrn [Trump](#), “ Wir geben dem Volk die Macht aus Washinton DC zurück“ so etwas würde auch Deutschland gut tun. Vielen Dank Herr Diplomat, für die interessanten Ausführungen. In den nächsten Gesprächen werden wir das Thema: Politische Hintergründe von **Zwangsversteigerungen** und **Insolvenzen** von Personen in Deutschland, behandeln, man darf gespannt sein.

Teil 2: In diesem Gespräch werden wir das Thema, die finanzpolitischen Hintergründe von Zwangsversteigerungen in Deutschland, behandeln. Mit Verlusten und mit der Not der Menschen Kasse machen! Banken- und Justizmacht, ohne Schuss, kein Jus, da fängt das Problem für die Menschen in Deutschland bereits an. Wie unabhängig sind Richter/Innen, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher an Amtsgerichten wirklich? Wer im Amt hat bei wem sein Bankkonto? Wir müssen uns das mal auf der Zunge zergehen lassen: Allein in BaWü gibt es jeden Monat ca. 500 Zwangsversteigerungen, dass sind im Jahr 6000, nur in BaWü. Bei jeder Zwangsversteigerung entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden, der mindestens zehn Mal so hoch ist wie der Verkehrswert des Objektes was versteigert wird. Deutschland war, ist und bleibt für die Welt unberechenbar? Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel, viele Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit. [Deutschland](#) bringt die ganze Welt ins Chaos und suchen jetzt in [Trump](#) den Schuldigen, obwohl sein Vorgänger Obama, gemeinsam mit der CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP bereits alles in die Wege geleitet haben, Deutschland spielt dabei wieder die Rolle, “ Die Achse des BÖSEN?“ Wir nennen unseren Gesprächspartner erst einmal Herr Diplomat und bringen das 2. Interview hier in voller Länge, ungekürzt, im O-Ton aufgezeichnet am 9.2.2017. Ein spätere Filmaufzeichnung wird es auch geben. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie

können zu jedem Interview Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom Diplomat beantwortet. Es wird demnächst auch eine Life, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt!



Wir haben zuletzt über das Vertragsrecht gesprochen und kommen nun zum Thema: Zwangsversteigerungen, dieser Zusammenhang ist für den einen oder anderen sicher etwas irritierend. Ja, auf den ersten Blick sicherlich. Zwangsversteigerungsverfahren sind ja genau betrachtet nichts weiter wie Bereinigung von Vertragsverhältnissen durch sogenannte unabhängige Drittparteien. Und in der Regel soll diese Drittpartei ein Amtsgericht sein. An dieser Stelle muß ich aber die Frage stellen: Wer zahlt, der bestimmt, wer bezahlt also das Amtsgericht? Also wie unabhängig sind Amtsgerichte dann wirklich? Faktum ist eines, bei Zwangsversteigerungsverfahren geht es immer um Verträge, die nicht eingehalten wurden, also Vertragsbruch und die Konsequenzen für die Nicht-Einhaltung. D. h., eine Bank fordert ein, die dann quasi eine Vollstreckung durchgeführt, die eingestanden wird, wenn es zu einem Vertragsbruch kommt. Es ist alles kommerziell, manchmal muss man genauer hinsehen, wie es ist, aber es ist alles kommerziell, also es geht nur um wirtschaftliches. Es wird aber in der Öffentlichkeit als eine Amtshandlung verkauft. Aber letztendlich geht es darum eine Immobilie wieder in Liquidität umzuwandeln, um einen angeblichen Gläubiger zu befriedigen. [Selbsttitulierungsrecht](#) ist mit dem Grundgesetz unvereinbar! Das BVG beruft sich heute noch auf das Gesetz vom 22.9.1933. Steueroasen und [Offshore](#)-Finanzplätze, nicht nur in [Panama](#), auch Deutschland bietet Superreichen eine Steueroase. Hat die Bundesregierung die geschätzten, gebunkerten 50 Billionen US Dollar in Steueroasen, inzwischen überschritten? Wieviel haben Banken auf die Seite geschafft?

Handelt es sich bei den Zwangsversteigerungen um hoheitliche Akte? Hoheitlich in dem Sinne, dass natürlich vertragliche Rechte durchgesetzt werden, also Vertragshoheit. Aber, sie als hoheitliche Akte zu bezeichnen würde ich jetzt, wenn man vom Staatsrecht ausgehen würde, definitiv nein sagen. Es sind eher kommerzielle Akte und es geht definitiv um betriebswirtschaftliche Hintergründe. Aber selbstverständlich nimmt natürlich Germany seine Rechte aus den Lizenz Vereinbarungen, die sie getroffen hat, wahr. Und regelt im Prinzip das Verhältnis zwischen diesem Gläubigern und Schuldnern über seine kommerziellen Einrichtungen, wie z.B. Amtsgericht. Und ist normalerweise auch nicht das große Problem, aber gerade bei diesem Vorgang, speziell Zwangsversteigerung, ist es deshalb interessant, weil Germany hier offensichtlich, also für jedermann erkennbar, sich parteiisch verhält. Deshalb ist diese genauere Betrachtung auch sinnvoll, weil es hier doch um sehr große Werte geht, um sehr viel Herzblut. Weil der Häuslebauer, so nenne ich ihn im weitere Verlauf dieses Interviews, doch mit seinem ganzen Herzen sich diese Immobilie gewünscht hat und so weiter. Und die Bundesrepublik hier eindeutig Position bezieht und zwar für den Gläubiger. Und deshalb wäre es interessant, dass wir das Ganze hier mal näher betrachten, weil hier geht es ausschließlich um wirtschaftliche Interessen.

Also geht es hier um die Wahrung wirtschaftlicher Interessen? Ja, natürlich von Drittparteien. Ich muss noch einmal daran erinnern, Germany ist eine Verwaltungskonstruktion, ich würde sie als eine Art Franchising System der United Nations bezeichnen und sie ist in einer Art Vermittlerposition zwischen dem Menschen und einer exterritorialen Drittpartei. **Hans-Werner Sinn:** „Machen Sie der Enteignung ein Ende“. Deutschland befindet sich längst in

einem inflationären Prozess und soll für dumm verkauft werden. Exklusiv: Die Europäische Zentralbank will offensichtlich ihr Inflationsziel auf 4 Prozent erhöhen, sagt Hans-Werner Sinn im [Interview](#).



Wieso Drittpartei? Die Banken sind doch hier ansässig? Dass ist richtig, die Banken haben eine registrierte Filiale in Germany, es ist eine Lizenz, eine Bankenlizenz. Es ist, wie soll ich es bezeichnen, eine Art Charter-Vertrag. D.h. die Banken haben das Recht, sich innerhalb von Germany zu bewegen, innerhalb des Kartellgebietes, dafür haben sie eine Lizenz erworben. Diese Banken arbeiten alle mit internationalen Rechenzentren zusammen. D.h. sie unterliegen internationalen Bilanzierungsvorschriften, dass ist z. B. die GAAP, IAS/IFRS, d.h. diese Banken sind buchhalterisch international, also extritorial und da die ganze Welt eine Buchhaltung in der doppelten Buchführung ist, ist völlig klar, dass wir hier nicht von territorialen Interessen sprechen sondern von extritorialen. Wobei ich dieses territorial jetzt nicht als Grund und Boden bezeichnet würde, sondern rein verwaltungstechnisch. Es geht hier nicht um eine Wertung, auch hier wieder, es ist nur Geschäft. Wir bringen sehr gerne Emotionen rein, gerade bei der Zwangsversteigerung kommen sehr viele Emotionen hoch. Das ist nicht gut, es geht rein ums Geschäft, es geht um eine Klarstellung, warum das System so arbeitet. Das Thema Banken selbst ist, ich muss es zugeben, ein eigenes Interview. So umfangreich ist dieses Thema. Und dass sollten wir uns auch vormerken, weil es geht auch hier einfach darum, ich steige doch in kein Auto und fahre los, wenn ich nicht vorher einen Führerschein gemacht habe. Aber jeder von uns nimmt Kredite auf, Dispos, Kontokorrentlinien usw., arbeite also intensiv mit Banken in deren Vertragsrecht, ohne dass wir uns irgendwie mal Gedanken gemacht haben, wie das Ganze aufgebaut ist.

Vielleicht sollten wir das erst einmal erst eingrenzen. Ja, das sollen wir, das müssen wir sogar. Das ist ein Thema, da sind Stunden und Tage, wo wir über dieses Thema sprechen könnten. Deshalb begrenzen wir dieses Interview auf die Zwangsversteigerungen, und auch hier nur um das Wesentliche. Und das Wesentliche ist doch, eine Familie möchte ein eigenes Heim haben und die beiden Elternteile und ich muss jetzt wirklich sagen, beide Elternteile oder Partner, sind die nächsten 20, 25 bis 30 Jahre dafür bereit zu arbeiten. Denn das ist ja Faktum. Und deshalb ist die Entscheidung auch sehr weitreichend und sehr schwerwiegend. Deshalb erlaube ich mir einmal vorab einige Fakten zu erwähnen.



AFP

1. Alleine in Baden-Württemberg gibt es jeden Monat ca. 500 Zwangsversteigerungen, dass sind im Jahr 6.000, dass muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, nur Baden-Württemberg. Bei jeder Zwangsversteigerung entsteht ein volkswirtschaftlicher Schaden, der mindestens 10 mal so hoch ist, wie der Verkehrswert des Objektes, das versteigert wird. Und das sind Zahlen, einfach mal nachrechnen. Fast jede Immobilie unter der Verwaltung von Germany ist nicht mehr als Sicherheit für einen Immobilien-Kredit nutzbar. Das gilt seit dem 01.01.2017. Dass ist ein EU-weites Problem und ich würde sogar mal sagen, momentan ist es ein weltweites Problem. Darauf kommen wir aber später noch. Wahrscheinlich hat die europäische Union die Notbremse gezogen, und Immobilien an sich dürfen seit den 01.01.2017 nicht mehr als Sicherheiten für eine Kreditvergabe genutzt werden. Ausschließlich das Einkommen des Mannes und des Weibes werden dafür verwendet. Und es ist sogar so, dass

man ab 60. Jahren gar keinen Kredit mehr bekommt für eine Immobilie, dass ist gestrichen. Und wir werden aber im Verlauf des Interviews dieses Thema nochmals aufgreifen, warum das so ist.



Eine Zwangsversteigerung erfolgt doch nur dann, wenn der Schuldner nicht mehr zahlt, oder? Also, ohne jetzt vorweg greifen zu wollen, der Häuslebauer als Mann ist nicht der Schuldner, definitiv nicht. Die Person, die er allerdings zur Abwicklung nutzt, das ist also entsprechend § 17 HGB und § 7 und 10 EGBGB, ist der Schuldner. D.h. nur die Person ist der Schuldner. Es ist sehr, sehr raffiniert eingefädelt, dass muss man wirklich gestehen. Denn wenn dieses System sauber arbeiten würde, wäre es ein phantastisches System, dass tut es aber nicht. Das liegt auch an der Tatsache, dass es nicht transparent gestaltet ist. Eine Person hat nichts und stellt auch an sich keinen Wert da. Eine Person ist eine Sache, deshalb wird ja auch bei den Gerichten eine Sache verhandelt. Eine Person ist ein Buchungskonto zur Abwicklung von Gebühren und Kosten, also Haftungen, die bei der Nutzung von Allgemein-Gut entsteht und mehr ist das nicht. Es ist einfach nur ein Buchungskonto. Das einzige, was tatsächlich einen Wert hat, ist der Mensch selbst und seine Fähigkeit kreativ etwas zu erstellen, also Werte zu schaffen. Auch die Aussage mit den säumigen Zahlungen ist so nicht ganz richtig. es geht um einen provozierten Vertragsbruch, Ja ich sage provoziert. Weil manchmal ist es für die angeblich finanzierende Bank ein Interesse, dass es zu einem Vertragsbruch kommt, weil das Geschäft, dass dahintersteckt, ist immens.



Wieso angeblich? Die Eigenkapitaldecke einer Bank liegt in der Regel unter 1 %. Glauben Sie ernsthaft, dass die Bank Geld von Sparern verleiht oder ihr eigenes Geld? Das ist überhaupt nicht da. Das ist eines von den vielen Märchen, die verbreitet werden. Das glauben vielleicht sogar die Mitarbeiter an den Schaltern von den Banken oder die Sachbearbeiter. Die sind sogar davon überzeugt, dass ihre Bank den sogenannten Schuldnern Geld leiht. Die Bank schafft doch keine Liquidität aus dem Nichts. Auch das ist wieder so eine Verwirrtaktik, die hier verbreitet wird von einem gewissen Mann in der Regierung, von dem ich manchmal nicht genau weiss für wen er wirklich arbeitet. Es ist Unsinn Liquidität oder auch Geld genannt, entsteht aus der doppelten Buchführung, unter Nutzung unserer Sicherheiten. Das ist auch wieder ein Interview für sich, dass die Menschen begreifen, wie überhaupt Liquidität entsteht. Aber wir verlieren uns hier in diesem Thema, weil es ist wirklich sehr komplex und die doppelte Buchführung ist, ich sag einfachmal, gut angewendet, wäre sie sehr positiv für alle und es würde allen gut gehen. Es wäre also Wohlstand für alle, aber so, wie die doppelte Buchführung im Moment angewendet wird, ist sie nur zum Nachteil für uns alle, also in die Zukunft gedacht, möchte der deutsche Staat, **Armut** für alle. Aber bitte lassen Sie uns beim Thema Zwangsversteigerung Schritt für Schritt durchgehen, sonst verlieren wir uns komplett in diesem Gestrüpp Bankenrecht.

Also von Beginn an. Finanzierungsanfrage ist gleich Bestellung von Liquidität, unter der Haftung des Antragstellers, für die Person? Ja, das haben sie schon sehr gut formuliert. Also die Finanzierungsanfrage, dass nannte man früher auch Bestellung von Liquidität. Und um Liquidität bestellen zu können, muss ich Sicherheiten stellen. D.h. um diese Sicherheiten zu stellen, die müssen geprüft werden, wird dann Liquidität zur Verfügung gestellt, wenn genug Sicherheiten gegeben werden. Aber nicht dass, was man uns als Sicherheiten verkauft. Und der,

der den Antrag stellt, der muss die Haftung dafür übernehmen, in dem er nämlich seine Werte als Sicherheit hinterlegt. Also der Häuslebauer unterschreibt hier als vollhaftender Kaufmann mit seinem Namen für die Person. Und damit ist er auch in der Haftung und deshalb ist er derjenige, der auch die Liquidität, die Sicherheit gibt für die Liquidität und damit ist es seine eigene Liquidität. Weil er sichert sie ja auch ab. Damit ist letztlich der Mann in der Haftung und nicht die Person. Weil die Person hat nichts. Eine relativ komplexe Geschichte sehr einfach zwar, aber sie wird völlig verdreht dargestellt, weil man immer über die Person alles definiert und uns immer alles über die Person erklärt.



Eine Zwischenfrage: Warum wird dann bei der Zwangsversteigerung von den Banken meistens eine Wertberichtigung gemacht? Das Haus wird vorher hoch bewertet als die sogenannte Sicherheit für die Liquidität und, wenn es zur Zwangsvollstreckung kommt, wird das Haus plötzlich niedriger eingestuft, plötzlich Wertberichtigt. Ich muss es jetzt ganz brutal formulieren. Das Haus ist in dem Moment, wenn bereits der Antrag gestellt wird bezahlt. Von diesem Moment an bereits. Alles andere, was danach kommt, der Kreditvertrag, nenne ich Schenkungsvertrag. Das ist nichts weiter wie ein Banken-Rettungsprogramm und die Grundschuldbestellungs-Urkunde ist auch noch einmal ein Bankenrettungs-Programm und das Haus ist mindestens schon 100 bis 150 mal bezahlt. Aber es bekommt niemand mit, es läuft alles im Hintergrund ab. D.h. diese ganzen Bewertungsgeschichten das ist, ich nenne es einfach die Show im Vordergrund, ich kann es nicht anders formulieren. Wir kommen aber später noch auf dieses Thema zurück im weiteren Verlauf, es ist jetzt ein bisschen weit vorgegriffen. Kann ich es nochmal zurückstellen im Moment.

Also, die Finanzierung wird durch die Bank genehmigt, die Bank stellt also einen Kreditvertrag aus und besteht auf einer zusätzlich sogenannten Grundschuld-Bestellungsurkunde. Das ist eine sogenannte dingliche Unterwerfungsurkunde für die sogenannte finanzierende Bank. Dieser Vertrag wird dann durch den Häuslebauer unterschrieben, aber ihm werden dabei wesentliche Steuerunterlagen, die die Bank einreichen muss, unterschlagen und die wesentlichen Auskünfte über dieses Konto werden ihm auch unterschlagen. Sodass er eigentlich blind einen Vertrag unterschreibt, ohne alle Vertragsgegenstände zu kennen. Wenn der Häuslebauer diese ganzen Unterlagen anfordern würde, weil er es weiß, würde die Bank ihm keine Finanzierung geben. Deshalb verzichten die Wissenden, denn es gibt die Wissenden, die genau wissen, welche Formulare ich jetzt meine. Die verzichten freiwillig darauf, weil sie würden diese Liquiditätsbeistellung nicht bekommen. Also ich wiederhole noch einmal, die Liquidität ist meine eigene Liquidität, die die Bank nur quasi als Gate, als Port zur Verfügung stellt unter meiner Haftung. Mehr nicht. Und sie hat die Lizenz dafür, dass zu tun, dafür hat sie eine Bankenlizenz und das Recht auf Gebühren. Das war es aber auch schon.

So an dieser Stelle von mir eine ganz provokative Frage, wer hat schon einmal einen Kreditvertrag einer Bank durchgelesen? Ich gebe zu meiner Schande zu, bis vor einigen Jahren habe ich das auch nicht getan. Bei Versicherungsverträgen auch nicht. Wir sollten anfangen, endlich zu beginnen, Verträge durchzulesen und den Mut haben, Verträge auch zu modifizieren. An dieser Stelle ein kleiner Einwurf, suchen sie einmal in einem Kreditvertrag, in einem Versicherungsvertrag, den **Begriff: Euro**. Dass man mit Euro zu bezahlen hat. Spannend, mal so für jeden einzelnen. Die Frage ist doch, was ist denn ein Kreditvertrag tatsächlich und wer weiss denn, was eine notarielle Grundschuld-Bestellungsurkunde tatsächlich ist. Wer kennt sich mit Wertpapier-Recht aus, niemand. Weil die Leute, die Häusle bauen, oder Wohnungen kaufen

und die Männer und Weiber, die solche Verträge abschließen, haben alle keine Betriebswirtschaft studiert. Es sind keine Wertpapier-Spezialisten. D.h. auch hier wird wieder vertraglich mit uns gespielt und mit unserer Unwissenheit. Dieses System wird zum Zubrot für unsere Rechtsanwälte und Gerichten absichtlich so gestaltet, weil das meiste aus den Verträgen wird anschließend streitig gemacht. Man muss wissen, dass System in Deutschland ist auf Erpressung, Nötigung, Ausplünderung und auf Vernichtung von Volksvermögen aufgebaut, so läuft der Geldfluss hier, über die ganze Welt verteilt.

Wahrscheinlich niemand, woher auch. Das ist richtig, das bringt uns in der Schule niemand bei. Unseren Kindern wird beigebracht ein Sepa-Lastschriftmandat ordnungsgemäß auszufüllen. Für mich ist das übrigens vorsätzlicher Betrug. Es ist ein Betrugsdelikt, weil dieses Sepa-Lastschriftmandat, ich muss jedem davon abraten zu etwas auszufüllen. Es ist ein uneingeschränkter Zugriff und zwar unlimitiert auf das Konto zu jedem Zeitpunkt. Auch hier wieder könnten wir Bankenrecht im Interview mit einbauen. Hier möchte ich an dieser Stelle noch eine Bemerkung machen. Also diese Interview-Serie ersetzt keine Rechts- und Steuerberatung, das gilt auch für die Anfragen und Anrufe. Definitiv nicht, wir haben auch nicht vor, die Menschen in diesem Land entsprechend zu beraten. Es geht hier um reine Informationen, es geht hier um Hinweise, Aufklärung und vielleicht sensibilisiert das den einzelnen Leser, einfach mal seinem Rechtsberater oder seinem Steuerberater genauer zuzuhören. Weil genau betrachtet, wer von ihnen hat beim Häusle bauen, oder beim Wohnungskauf, also sprich bei einem Notar eine Rechtsbehelfsbelehrung, eine Widerspruchsbelehrung bekommen? Wer hat das bekommen? Kaufen sie doch im Internet etwas ein, sie machen mindestens 3 Mausklicks, sie müssen das alles bestätigen, dass sie belehrt worden sind, dass sie die AGB's gelesen haben usw. und so fort.



Wer macht das beim Notar? Niemand. D.h., somit ist diese Rechtsgeschäftsvermittlung juristisch gesehen, eigentlich nichtig. Weil das nicht erfolgt ist, es muss sogar schriftlich erfolgen. Genauso wie bei dem Vertragsabschluß nie auf die geltenden AGB's der Banken hingewiesen wird, weil die sind Vertragsgegenstand bei diesem Vertragsabschluß. Das muss drauf, das steht nicht drauf. Das ist juristisch höchst bedenklich. Die Abschließenden sind in der Regel juristische und betriebswirtschaftliche Laien und ein Rechtsanwalt, der eigentlich das ganze betreuen müsste, ist es zu 99 %, nach meinen Erfahrungen, ebenfalls, hier zählt vor allen der de Jure Spruch, „Ohne Schuss kein Jus“, da fängt das eigentliche Problem schon an. Und wer durchschaut das Ganze? Die wenigsten. Und die, die es wirklich durchschauen, die, die wirklich wissen, was im Hintergrund abläuft, die halten die Klappe. Weil, wenn ein Rechtsanwalt sich tatsächlich für seine Klienten einsetzen würde und sein Steuerberater, der wäre so schnell seine Konten los, so schnell könnte er gar nicht schauen. Ich will es nur etwas provozieren, weil Banken kontrollieren ja nicht nur uns, die Rechtsanwälte, die Steuerberater, die Gerichte, den Gerichtsvollzieher, auch die Bundesrepublik hat Konten, auch die Amts-Landgericht, OLG, BGH Richter haben Konten, auch die Stadtkämmerer, die Bürgermeister, die Oberbürgermeister, die Parteien, auch die Politiker haben Konten. Alle haben Konten bei den Banken. Und wenn die Banken nicht mitspielen, wer kontrolliert uns also? Nur eine provokative Frage. Die Macht der Banken geht soweit, sie suchen sich aus wer ein Konto haben darf, da ist das Gesetz, ein Recht auf Konten, reine Makulatur, die Praxis sieht ganz anders aus. Banken lehnen nach wie vor bei bestimmten Personengruppen nach wie vor ein Konto ab, oder sie versehen es mit gewaltigen Gebühren und mit Schikanen, so das der kleine Rentner, mit seinen 600 Euro Rente, es sein lässt. Man darf das ruhig als eine gesetzlich, geduldete Diskriminierung bezeichnen.

Zwischenbemerkung: Das können wir in der RRRedaktion nur bestätigen, unsere Recherchen und die Tests belegen das, auch die Allmacht der Banken und deren

menschenverachtende Folgen, in Zusammenarbeit mit den Gerichten und der Rechtspflege, können wir nur bestätigen.

Gibt es Menschen, die diese Antwort kennen? Ja, diese Menschen gibt es, in der Hochfinanz. Ich bin ihnen auch schon einmal begegnet, das sind zum Teil Banker, zum Teil im Versicherungsbereich, im Investmentbereich auch Rechtsanwälte im Hochfinanzbereich kennen diese Antworten. Aber erschreckenderweise ist es mir schön öfters passiert, dass selbst Direktoren von Sparkassen und Volksbanken die wahren Hintergründe nicht kennen. Und selbst führende Politiker kennen, scheinen keine Kenntnisse über die tatsächlichen Abläufe zu haben. Das ist erschreckend. Aber es hat System und dieses System wird international die „Need to know Basis“ genannt. D. h. jeder weiss genau so viel, dass er seinen Job machen kann und nicht mehr.

Aber ich würde vorschlagen, wir bleiben beim Thema, denn der Hintergrund von diesem ganzen Thema Zwangsversteigerung ist extrem komplex. Allein der Bankenbereich ist schon ein Interview mit 200/300 Seiten. Also bleiben wir dabei. Die Verträge sind unterschrieben, die Grundschuld ist bestellt, man achte auf die Worte: ich habe etwas bestellt. Und der Häuslebauer, Wohnungskäufer, bezahlt brav seine monatlichen Raten, bis irgendetwas dazwischen kommt. Wie es das Leben einfach so bringt. Ja, z.B. eine Krankheit. Ja, oder Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Kinder wollen studieren oder Kinder kommen plötzlich, weil Kinder haben das so ansich, dass sie Planungen plötzlich auf den Kopf stellen. Es gibt viele, viel Gründe, warum das Geld plötzlich knapp wird.

Und dann werden die Raten nicht mehr bedient. Ja genau. Und die Bank ist lt. eigenen Vorschriften, die ja jeder unterschrieben hat, die sogenannten AGB's, verpflichtet, wenn sich die wirtschaftliche Situation des sogenannten Kreditnehmers wesentlich verschlechtert, haben sie die Verpflichtung, das gesamte Engagement der Bank fällig zu stellen. Auch hier, achten sie einmal auf die Worte. Es heißt, diese Verpflichtungen werden fällig gestellt. D.h. es werden sofort alle Kredite zur Zahlung fällig. Der sogenannte Kreditnehmer wird dann in Verzug gesetzt und dann wird vollstreckt und mit doppelten, bis zu zehnfachen höheren Zinsen belastet. Und das daran Verrückte ist, ein Titel ist überhaupt gar nicht nötig, denn die Bank hat ja bereits 2-fach einen Titel bekommen. Zu einem mit der Unterschrift unter dem Vertrag, das nennt man auch die bedingungslose Unterwerfung. Das ist ein Pfandrecht auf alle beweglichen und unbeweglichen Sachen. Und wer das nicht glaubt, der möge doch mal z. B. die AGB's der Sparkassen anschauen und zwar den Abschnitt Nr. 21. Da steht das sogar wörtlich drin. Wir lesen die Verträge nicht, wir lesen die AGB's nicht. Und das zweite ist die Grundschuldbestellungsurkunde mit der räume ich ebenfalls eine bedingungslose Unterwerfung ein. D.h. hier habe ich zwei Vertragsgegenstände, die niemanden dem Unterzeichnenden zuvor erklärt hat, in Form einer Rechtsbehelfsbelehrung oder eine Widerspruchsbelehrung, die zur einer vollumfänglichen Insolvenz des sogenannten Kreditnehmers führen könnte.



Man darf dabei nicht vergessen, auch die eigenen Immobilien Abteilungen der Banken müssen Gewinne machen. Ja genau, deshalb werden Privatinsolvenzen zum Teil regelrecht durch Banken und Wirtschaft produziert und dann wird die Immobilie durch die Bank doppelt finanziert und der Schuldner, bleibt durch die Wertberichtigung des Objektes, auf

einen Rest der Schuld, auf Lebenszeit, sitzen und verarmt dabei. Bei dieser Art von sogenannten, notleidenden Buch-Krediten werden anschliessend alle Steuerzahler, über die Abschreibep Praxis der Banken, wir sprachen von der doppelten Buchführung, zur Kasse gebeten und schon wieder verdient die Bank, sie nennen es dann faule Kredite, siehe USA, Italien, Spanien Österreich und in anderen EU Ländern, so kam die sogenannte, buchhalterische Bankenpleite zu Stande, wo der Steuerzahler herhalten musste. Im übrigen, die halbstaatliche [Commerzbank](#) bekam das erste Rettungsgeld. Die nächste [Bankenpleite](#) steht bereits vor der Tür. Vorsorglich hat der deutsche Finanzminister alle Spareinlagen unter 100 000 Euro den Banken als Sicherheit freigegeben. Sie, alle müssen in Deutschland um ihre Einlagen bangen, davor kann ich alle nur warnen, die ihr Geld auf einer Bank haben, und das sind Billionen. Die sogenannte, gesetzliche Einlagensicherung reicht schon lange nicht mehr aus. **Anmerkung der RRRedaktion: Die Sparkassen haben kürzlich in einem Schreiben an ihre Kunden davor gewarnt, sie schreiben bei einer Notlage der Bank, müssen die Kunden in einer 7 Tage Frist ihr Geld bei der Bank anmelden. Wir können nur bestätigen, wie Banken in Deutschland mit ihren Kunden umgehen, unsere Recherchen belegen das, wir veröffentlichen demnächst alle diese Fälle in einem Buch, auch die, wo Richter (Richter/Innen), Politiker, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Staatsanwälte, Verwaltungsbeamte, sogar Polizisten als Handlungsgehilfen für die Banken handelten, für sie tätig werden.**

Das sind also die Vollstreckungstitel. Steht aus diesem Grund Deutschland auf der Liste von Volks-Eigentum ganz hinten, weil wir erst fördern um an das Geld der Kunden zu kommen und dann wieder wegzunehmen. Entstehen so die explosionsartige Grundstückspreise, der Zins- und Mietwucher? Ja, dass Thema Eigentum, dass hatten wir letztes Mal schon. Wir müssen da wirklich aufpassen, ich nenne es nochmal, es ist simuliertes Eigentum. Eine Person kann kein Eigentum haben. Aber wir müssen hier differenzieren, es gibt verschiedene Arten von Anspruchsstellungen, nenne ich sie mal. Es gibt zum ersten die sogenannte persönliche Forderung. Die persönliche Forderung sind Kredite, Dispos, Verfügungsrahmen oder Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, nennt man das auch. Und alles, was persönliche Forderungen sind und nicht aus Krediten, Dispos, Verfügungsrahmen und Lieferungen und Leistungen stammen, sind sogenannte ungebührliche Forderungen. Dass ist das, was man den sogenannten Reichsbürgern immer vorwirft. Das zweite ist, sind die dinglichen Forderungen, dass sind vollstreckbare Titel, die durch ein Gericht ausgestellt werden. D.h. eine dingliche Forderung ist vollstreckbar. Und nur dingliche Ansprüche sind vollstreckbar oder es gibt die sogenannte dingliche Unterwerfung. Das ist also die eigene Unterschrift unter einer Unterwerfungserklärung, das ist die Grundschuldbestellungsurkunde oder dingliche Unterwerfungsurkunde genannt. Und nur die beiden letzten Punkte, also dingliche Anspruchsstellung oder dingliche Unterwerfung sind vollstreckbare Titel. Ein Gerichtsvollzieher und ein Rechtspfleger dürfen nur dingliche Ansprüche vollstrecken und sonst nichts.

Das ist alles sehr komplex. Ja, und das wäre die Aufgabe von Germany als Verwaltungseinheit und Lizenznehmer, die Bürger hier in diesem Land zu schützen. Leider stellen sich die Richter, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Verwaltungen und Notare auf die Seite der Banken. Zumeist aus einer erschreckenden Unwissenheit und darüber gilt es einmal nachzudenken. Warum in diesen Ebenen kein Wissen vorhanden ist. Denn nun folgt, was folgen muss. Die Banken nutzen alle gewährten Sicherheitszusagen, achten sie auf die Worte, alle gewährten Sicherheitszusagen, denn wir haben dass ja freiwillig gegeben. Unwissend zwar, aber freiwillig. Des Häuslebauers, Wohnungskäufer ohne die er sein eigenes Geld nie bekommen hätte. D.h. der Häuslebauer bekommt sein eigenes Geld, weil er hat ja die Sicherheit dafür gegeben und die Bank tut jetzt so, als ab sie ihm Geld geliehen hätte. Es ist unglaublich. Ich hatte schon

Gespräche, auch mit Direktoren von Sparkassen und Volksbanken und es ist nicht einmal 1 % von diesen sogenannten Direktoren, die überhaupt wissen, wie Geldschöpfung funktioniert, erschreckend wer uns hier bedient.

Dies bedeutet dann die Zwangsversteigerung des Häusles und der Wohnung? Ja, denn der Häuslebauer oder der Wohnungskäufer hat jetzt in dieser Notlage lt. EU nur eine einzige Möglichkeit, diese Zwangsversteigerung zu verhindern. Es ist eine Schande, überhaupt von einer Möglichkeit zu sprechen, davon abgesehen. D.h. in der Regel hat der Häuslebauer, der Wohnungskäufer gepfändete Konten, er hat kein Geld mehr, er wird Mittellos gemacht, da steckt System dahinter. Er hat also keine wirtschaftliche Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen, sie kennen doch den Spruch, „Ohne Schuss, kein Jus“ und dann noch von einer Möglichkeit, sich zu wehren zu sprechen, ist eine Unverschämtheit. Also, welche Möglichkeiten hat er denn? Er hat eine, als aussichtslos zu bezeichnende Vollstreckungsabwehrklage. Das ist die Möglichkeit, die ihm das bundesrepublikanische Recht einräumt, es ist ein vorgespieltes Schein, ein Alibigesetz, um der Welt vorzugaukeln, man hätte in Deutschland eine Rechtsstaatlichkeit, nur das derjenige nicht zu seinem Recht kommt, darüber schreiben die Medien nicht und Prozesskostenhilfe gibt es auf Wunsch der Anwälte so gut wie kaum noch, es findet bereits im Vorfeld eine Vorverurteilung statt. D.h. mal auf den Punkt gebracht, der Häuslebauer darf erst einmal mehrere Tausend Euro, je nach Verkehrswert, also ca. 7 % des Verkehrswertes dem Anwalt und dem Gericht auf den Tisch legen. Und die leiht er sich meistens aus der Familie und von Freunden, damit er das überhaupt bezahlen kann, somit werden die auch gleich finanziell belastet.

Wer hat denn schon 7 % des Verkehrswertes? Richtig, dann beklagt der Anwalt den Titel, weil eine Vollstreckungsabwehrklage richtet sich gegen den Titel und fällt dabei immer auf die Nase. Er muss auf die Nase fallen, denn der Häuslebauer hat ja freiwillig einen Titel herausgegeben. Die sogenannte Grundschuldbestellungsurkunde oder auch dingliche Unterwerfungsurkunde genannt. Also wieso sollte er dagegen klagen, wenn er es herausgegeben hat. Er verliert also die Klage, also noch mehr Geld und an dieser Stelle die provokative Frage: Wovon sollen Anwälte und Amtsgerichte ohne dieses Geschäftsmodell Vollstreckungsabwehrklage leben? Dass ist ein riesiges Geschäft. Und zusätzlich verliert der arme Mann auch noch zusätzlich sein Häusle, seine Wohnung. Dass ist dann auch noch weg.

Und er bleibt auf den Restschulden sitzen, weil sein Haus, seine Wohnung wertberichtigt wurde. Ja, dass kommt noch dazu. Und danach sorgt die Bank durch den Gerichtsvollzieher und die Amtsgerichte als willfährige Erfüllungsgehilfen für die Handlungsunfähigkeit des sogenannten Schuldners, bis hin zur Privatinsolvenz. Schliesslich berufen sich die Banken darauf, sie sind ein Wirtschaftsunternehmen und keine soziale Einrichtung, von der Bank an der Seite des Kunden, von der Beratungspflicht, von Vertrauen und über das Abhängigkeitsverhältnis ihrer Kunden wollen sie nichts wissen. Wer nicht spurt wie die Bank es will, bekommt ein digitales Merkmal, kommt auf die schwarze Liste der Banken, es gibt informelle Absprachen und er bekommt bei keiner anderen Bank einen Kredit, nicht einmal ein Konto, geschweige denn eine Umschuldung.

Der Gerichtsvollzieher ist ein selbstständiger Unternehmer und nicht sozial, menschlich orientiert, oder? Ein Bankengeschäft ist auch Politik, oder? Natürlich klar, beim Gerichtsvollzieher kommt es auf seinen Charakter an, und wie er finanziell, Umsatzorientiert tickt, er ist ein selbstständiger Unternehmer, die nur Titel vollstrecken dürfen. Und diesen Vorgang nenne ich, die kommerzielle Inquisition. Sie haben richtig gehört, die kommerzielle Inquisition. D.h. dieser Vorgang, den ich so nenne, den habe ich mal gefunden und zwar in einem geheimen Bankenpapier, das habe ich mir dann herauskopiert. Da ist genau geschrieben,

beschrieben, wie eine Bank vorgehen muss, wenn sie einen notleidenden Schuldner hat und die Bank möchte natürlich noch ein paar Euro dazu verdienen. Ebenfalls befindet sich diese „Banker Manual“ wo ich das gefunden habe, in meinem Besitz, das wird auch als streng geheim bezeichnet. Und das Ziel, das steht übrigens auf diesem streng-geheimen Papier, ist die Herstellung der Handlungsunfähigkeit des behaupteten Schuldners. Weil, wie einmal eine Anwältin nach einem Zwangsversteigerungsverfahren gesagt hat, wir sorgen dafür, dass dieser Schuldner sich nie wieder wehren kann und darum geht es.



Linke

Anmerkung der RRRedaktion: Die Macht der Banken ist unbegrenzt. Das erleben wir bei unseren bundesweiten Recherchen öfters, auch bei den Banken – Prozessbeobachtungen. Solche Drohungen sprechen sogar Richter ungeniert vom Richtertisch aus. Ravensburg ist auch so ein Gerichtsbezirk, der Banken- und der Wucherzinsfreundlichkeit. Wir Journalisten nennen das, die gekauften Roben. Wir waren dabei, wie sich Banken Anwälte, mit einer Dreistigkeit, nach einem Prozess brüsteten, sogar im beisein von Zeugen, Zitat: „Das war uns klar das sie den (OLG) Prozess nicht gewinnen konnten, mit dem Vorsitzenden Richter GOLFE ich“ Zitat Ende. Wir haben erlebt, wie BGH Anwälte, wo Aussicht auf Erfolg bestand, nach einer der Bank zugestellten Klageschrift, sein Mandat plötzlich niederlegte, er verlangte nicht einmal ein Honorar. Bei der anschließenden Recherche wurde dann festgestellt, dass der besagte BGH Anwalt auf einmal für die Bank arbeitet, gegen diese er vorgehen wollte. Die Bank wollte mit dem gekauften Anwalt, eine Klage, einen Präzedenzfall, ein Grundsatzurteil vor dem BGH verhindern. Wir haben miterlebt, wie sogar das BVG für Banken mauschelte! Mandantenverrat gibt es überall in Deutschland, wenn es ums Geld für die eigene Tasche geht und wenn eine Karriere in Aussicht gestellt wird, man möchte ja mal Richter oder Staatsanwalt werden oder andere Prozesse gewinnen. Wir erleben bei den Recherchen, wie Gerichte, Richter Anwälte unter Druck setzen, um die Klage zu verhindern, wir erleben das Mandanten das Mandat kündigen müssen, weil der Anwalt inaktiv ist, die informellen Absprachen machen so etwas möglich, Datenschutz gibt es nicht wirklich in Deutschland. Ravensburg ist auch hier mit dabei. Die Staatsanwaltschaften spielen bundesweit das BÖSE Spiel der Banken mit, sie ermitteln nicht einmal, wenn Banken oder Steuerberater Betrug begangen haben, es kommt immer auf den Namen der Bank an, dass nennen wir Journalisten Strafvereitelung im Amt, dazu gehört natürlich auch die Ravensburger und Stuttgarter Staatsanwaltschaft.

Ja, aber der Häuslebauer ist doch selbst schuld. Immerhin hat es doch eine, wie sagten Sie nochmals, dingliche Unterwerfungsurkunde unterschrieben. Von Schuld würde ich nicht sprechen. Ich selbst habe in mehr als zwei Jahren im Rahmen meiner UN Missionstätigkeit als Diplomat recherchiert, um überhaupt die Zusammenhänge in Deutschland zu erkennen. Und ich verfüge definitiv über gute bis sehr gute betriebswirtschaftliche Kenntnisse. Wie soll da ein Laie überhaupt durchkommen. D.h. das Ganze ist so aufgebaut, dass der Laie keine Chance hat, hier auch nur ansatzweise zu begreifen, was hier gespielt wird. Aber es stimmt, der Häuslebauer, der Wohnungskäufer wurde von seiner Hausbank in Zusammenarbeit mit einem Unternehmen „Notariat“, das ist ein Unternehmen, dass ist keine staatliche Einrichtung, dass verkauft sich nur als solche. Und einem umsatz- und gewinnorientierten Unternehmen, dass sich Amtsgericht nennt aufs Kreuz gelegt. Wie soll ich es denn sonst nennen? Verzeihen sie die harten Worte. Aber es besteht von Seiten Germany

eine Fürsorgepflicht für die Menschen in diesem Land. Welches von Angela Merkel als freiheitlicher demokratischer Rechtsstaat überall in der Welt verkauft wird. Dann soll sie auch diesen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat leben. Aber, fällt Ihnen etwas auf, verehrter Leser, sie läßt das „sozial“ weg, auch die CDU Spitze spricht nicht mehr von sozial. Sie lassen schon seit einiger Zeit das „sozial“ weg. Das ist sicherlich ein Versehen von Merkel. Ich bin jetzt etwas sarkastisch, ich gebe es zu. Aber die Bundesrepublik hat eine Fürsorgepflicht, d. h. die Bundesrepublik ist als Treuhand-Unterverwalter, als das Department of the Treasury verpflichtet, dafür zu sorgen, dass es den Menschen in diesem Land an Nichts fehlt. Und das heißt auch sozial gesehen, menschlich gesehen und dort genau, dass ist der Punkt an dem wir das nächste Mal sprechen können.

Okay, dann würde ich sie fragen, könnte die Bundesrepublik da etwas unternehmen, gibt es da Ansätze? Das behandeln wir dann in der nächsten Folge 3. Ja, ich danke Ihnen für Ihre Zeit und würde mich freuen, wieder hier zu sein.

Teil 3: In diesem Fortsetzungs Gespräch werden wir das Thema, die finanzpolitischen Hintergründe von Zwangsversteigerungen in Deutschland erweitert behandeln. Mit Verlusten und mit der Not der Menschen Kasse machen! Banken- und Justizmacht, ohne Schuss, kein Jus, da fängt das Problem für die Menschen in Deutschland bereits an. Wie unabhängig sind Richter/Innen, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher an Amtsgerichten wirklich? Wer im Amt hat bei wem sein Bankkonto? Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel, viele Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit. Deutschland bringt die ganze Welt ins Chaos und suchen jetzt in Trump und bei den anderen die Schuldigen, obwohl Vorgänger Obama, gemeinsam mit der CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP, weltpolitisch bereits alles in die Wege geleitet haben, Deutschland spielt dabei wieder die Rolle, “ Die Achse des BÖSEN?“ Wir nennen unseren Gesprächspartner erst einmal Herr Diplomat und bringen das 3. Interview hier in voller Länge, ungekürzt, im O-Ton aufgezeichnet am 23.2.2017. Ein spätere Filmaufzeichnung wird es auch geben. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom Diplomat beantwortet. Es wird demnächst auch eine Life, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt! [Vorgehensweise ZV-Verfahren](#) (Siehe Anhang) Grafik über [Vorgehensweise](#) (Siehe Anhang). Ja, es gibt sogar sehr viele Ansätze, an dem Punkt muss man wirklich klar sagen, Germany also die Bundesrepublik hat die Pflicht, die Männer und Weiber in Zentraleuropa im Kartellgebiet Germany zu schützen. Die Arbeit haben sie und den Auftrag haben sie, besser gesagt. Sie sind eigentlich dazu aufgerufen als neutrale juristische Vermittler aufzutreten, weil die Menschen die dort in Not geraten sind, sind keine Juristen, sind ganz normale Leute von der Strasse. Und es gibt sehr einfache Ansätze, wie man ihnen helfen kann, weil hier treffen zwei Parteien aufeinander, dass sind einmal die juristischen Laien, die Rechts-Laien, das sind die Menschen die davon betroffen sind. Und das sind die Banken, die eigene Spezialabteilungen haben mit Rechtsanwälten, die nichts anderes machen, wie diese Verfahren. Und Gerichte sind doch eigentlich dafür da, Vermittler zu spielen zwischen den Banken und den Betroffenen. Und tun sie das, dass ist die grosse Frage. Weil, wer bezahlt die Gerichte. Es ist immer eine Frage, wenn eine Entität finanziert werden muss, also betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unterliegt.



Dann stellt sich die Frage, sind die Gerichte wirklich so frei wie sie es gerne behaupten, dass sie es sind? Genau, da wird sich jeder selber ein Urteil darüber bilden, wie frei Gerichte wirklich sind. Ich sehe viele Urteile, wo ich mir ernsthaft die Frage stelle, welche Kriterien zählen tatsächlich. Aber wir können ganz einfach anfangen. Alleine schon die Unterschriften unter diesen dinglichen Unterwerfungsurkunden oder auch Grundschuldbestellungsurkunde genannt, sind höchst fraglich. Wenn ich im Internet irgendwo etwas bestelle, bin ich gezwungen, mindestens zwei Klicks zu machen. Ich muß die Rechtsbehelfsbelehrung bestätigen und die Widerspruchsbelehrung muß ich bestätigen. Und vorher kommt kein Rechtsgeschäft zu Stande. Und es müssen zum Vertragsabschluß alle Vertragsgegenstände offengelegt werden. Dass ist hier aber nicht der Fall. Erstens gibt es weder eine Rechtsbehelfsbelehrung noch eine Widerspruchsbelehrung, die ich beim Notar gegenzeichne. D. h. der Notar wickelt im Auftrag der Bank eine vertragliche Regelung ab und zusätzlich werden noch Vertragsgegenstände zurückgehalten. Sie werden einfach nicht Preis gegeben, wie z. B., dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken immer Vertragsgegenstand sind. Das eine dingliche Urkunde im Eigentum des Erstellenden verbleibt, bis ein adäquater Ausgleich erfolgt ist, der sogenannte Eigentumsvorbehalt.

Alle diese Dinge sind nicht geregelt und werden auch nicht erklärt. Nur ausschließlich die Interessen der Banken werden in diesen dinglichen Unterwerfungsurkunden berücksichtigt. Und dann denkt man, ja gut, es kommt zu einem Vertragsbruch, die Menschen die dieses Haus finanziert haben können jetzt ihre Raten nicht mehr bezahlen und die Bank macht ihre vertraglichen Rechte geltend. Jetzt sollte man ja annehmen, dass sie wenigstens mit dieser dinglichen Unterwerfungsurkunde das ganze Verfahren betreiben, weil diese dingliche Unterwerfungsurkunde ist eine sogenannte Obligation. Das ist ein Wertpapier. Und dieses Wertpapier bedeutet nichts weiter wie, das ist ein Zugeständnis einer Leistung. D.h., die Menschen, die diese Haus oder Wohnungsfinanzierung gemacht haben, haben der Bank zugestanden, dass wenn sie den Vertrag nicht erfüllen, dann darf die Bank das Haus versteigern. Sie darf also in alle beweglichen und unbeweglichen Sachen eingreifen. Das ist ja auch in Ordnung, wenn eine Bank das vorlegt und man das auch unterschreibt, wenn alle Vertragsgegenstände zuvor auf den Tisch gekommen sind. Dass wird aber nicht getan. Desweiteren wird gar nicht mit einer Originalurkunde gearbeitet sondern die Banken verlieren die mal gerne oder sie ist irgendwie nicht mehr lesbar oder nicht mehr auffindbar. Also werden sogenannte vollstreckbare Ausfertigungen erstellt und mit dieser Kopie der Kopie eines Originals werden dann diese Verfahren gemacht.

Wie, das Original liegt nicht vor? Meistens nicht, ich habe es zumindest noch nicht erlebt. In der Regel vollstrecken Amtsgerichte, besser gesagt, machen Zwangsvollsteigerungen mit vollstreckbaren Ausfertigungen. Und diese vollstreckbaren Ausfertigungen werden, wahrscheinlich sogar ungeprüft, durch Notare erstellt. D.h. die Bank kann hingehen und sagen, wir brauchen eine vollstreckbare Ausfertigung. Dann wird das durch den Notar erstellt und für mich ist das international gesehen Wertpapierbetrug. Wenn das Original nicht zurückgegeben wird oder eine Kraftlos-Erklärung, die Möglichkeit gibt es ja nach bundesrepublikanischem Gesetz nach § 799 BGB und der muss durch den Halter der Bank, angeblichen Halter der Urkunde, also die Bank, abgegeben werden. Das bedeutet, dass die Originalurkunde quasi der Wert genommen wird, dann ist das eindeutig Wertpapierbetrug und nichts anderes. **Man nennt es auch international gesehen:** Illegal expanding of liability on collateral based assets. (Illegale Haftungserweiterung auf kollateral basierendes Anlagervermögen) Man beruft sich da auf

Gesetze, die es erlauben, dass der Inhaber der dinglichen Unterwerfungsurkunde eine Kopie anfordern kann, wenn das Original unlesbar ist oder verschwunden ist. Das ist ja auch in Ordnung, wenn wirklich mal ein Original verschwindet, was ja passieren kann oder es nach 25 Jahren nicht mehr lesbar ist, ist ja soweit in Ordnung. Aber das Original wird nicht für kraftlos erklärt, d.h. man nimmt dem Original nicht den Wert. Jetzt stellen Sie sich mal vor, das gleiche Amtsgericht würde, wenn jemand eine Aktie zehn mal kopiert und verkauft, was würden die dann machen?

Ja, dann würde sofort ein Betrugsverfahren eingeleitet? Ja, und das ist berechtigt, das ist absolut so richtig. Wenn jemand eine Aktie kopiert, zehn mal kopiert und verkauft, dann ist das Betrug. Wenn jemand einen 100 Euro Schein kopiert und ihn benutzt, dann ist es auch Betrug. Also, wenn diese sogenannten Leistungszulagen oder auch Obligationen gesagt einfach kopiert werden, dann ist das Betrug. Nur hier wird mit unterschiedlichem Recht gearbeitet. Und die Notare sowie das Amtsgericht verschaffen der Bank, also dieser betreibenden Partei oder man sagt auch dazu der antragsbefürwortenden Partei einen Vorteil. Und somit begeht das Amtsgericht Beihilfe zum Betrug. Und manchmal gehen die sogar hin und erstellen Eigentitel, also selber eigene Titel ohne gerichtliche Urteile. Das nennt man dann Selbsttitulierung? Ja genau!

Wie, die kommen dann mit eigenen Titeldokumenten? Ja, und sie behaupten dann, das wäre ein vollstreckbarer Titel. Ich habe es selber erlebt und ich erlebe es ständig in meinem Umfeld, dass z.B. Gemeinden, Städte, Landratsämter, Finanzämter mittlerweile sogar die IHK, OFD, ARD-ZDF-Deutschland Radio und wie sie alle heißen, die kommen alle mit eigenen Titulierungen. Und dann nennen sie den Vollstreckungsauftrag durch den Gerichtsvollzieher, den nennen sie dann einfach Titel. Und dieser Vorgang, ich hatte einen Situation, da hatte sich sogar ein Finanzamt definitiv auf diese Selbsttitulierung berufen und zwar basiert das Ganze auf einem Gesetz vom 22. September 1933, man beachte das Datum, in dem Banken im Oldenburger Land das Selbsttitulierungsrecht eingeräumt wurde und diese sogenannten Behörden, die berufen sich genau auf dieses Gesetz bei der Selbsttitulierung.



Ist das juristisch durchsetzbar? Ja, denn die Anwendung dieses Gesetzes wurde durch den BGH bestätigt. Das Urteil wurde dann durch das sogenannte Bundesverfassungsgericht, die Nummern habe ich Ihnen ja gegeben, aufgehoben aber nur wegen Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes lt. Grundgesetz. D.h. das Bundesverfassungsgericht hat die Rechtsauffassung vertreten, wenn einer selbsttitulieren darf, dann dürfen es alle tun. Und dass tun sie ja mittlerweile auch. Und das war ja genau diese Verweigerung der Haftungszusage der Rückversicherung von Germany, d. h. hier verweigert der Rückversicherer von Germany die Haftungszusage auf die Anwendung von Gesetze, wenn nicht alle die gleichen Rechte haben. Also genauer gesagt, entweder dürfen alle Selbsttitulierung betreiben oder keiner. Inzwischen betreiben alle Unternehmen, die sich Behörden nennen und auch ab und zu Banken die Selbsttitulierungspraktik. D.h. sie machen einfach einen eigenen Titel, sie erstellen den selber nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz. Und da Menschen in Vollstreckung in Not sind, die Rechtsanwälte nicht helfen können oder auch manchmal nicht wollen, haben sie gegen diese Vorgehensweise weder eine Chance noch eine Lobby. Und wo kein Kläger, da kein Richter. Wie will sich jemand der juristisch nicht versiert ist gegen solch einen Sumpf wehren?



Zwischenfrage: Ist unser Finanzsystem grausam, berechnend, sind die Gerichte nicht nur BLIND, sondern auch noch grausam? Gute Frage, ja genau, gut erkannt, zum Beispiel, die Gerichte, die Richter/Innen urteilen unterschiedlich, in Deutschland gibt es keine Rechtssicherheit. Das kann man jetzt wieder bei den Bausparkassenverträgen sehen, wo zugunsten der Bausparkassen, auch die der Banken, der BGH entschieden hat, sie machen den Weg für die Banken frei. Hier wird der Sparer, sprich der Häuslebauer, Wohnungskäufer oder der Sanierer, schon wieder einmal von der Finanzwirtschaft und von den Gerichten betrogen, um seine Zinsen gebracht, die Sparer werden im Stich gelassen, aber wehe der Sparer hätte seine Verträge nicht eingehalten, da wäre etwas los gewesen. Ganz einfach, man will an das gesparte, so wird Volksvermögen gezielt verschleudert, gar vernichtet. Deutschland hält sich derzeit nicht einmal an ihre unterschriebenen, internationalen Verträge, geschweige denn an die nationalen Verträge, warum sollen sie sich an diese Verträge halten, wenn sie es immer so drehen können, wie man es braucht?

Und, was geschieht jetzt mit den ganzen Urkunden? Das wird nicht offengelegt. Weder das Original noch die Kopie werden dem Herausgeber, also dem Häuslebauer, jemals zurückgegeben. Die werden genauso behalten wie die Kreditanträge, die Kreditverträge, behält die Bank ein. Manchmal, in ganz seltenen Fällen, kann es sogar passieren, wenn der Häuslebauer, Wohnungskäufer es danach zurückfordert, wenn er den Nerv noch dafür hat, dann bekommt er sie zurück. Aber in der Regel sind die verschwunden, d.h. diese Obligationen, Urkunden oder Obligationen, werden mit dem hundertfachen bewertet und gehandelt. Das sind ja Obligationen, das sind Wertpapiere und die landen dann in irgendwelchen geschlossenen Immobilien-Fonds, in irgendwelchen anderen Anlagen, zum Teil Risiko-Anlagen. Und so werden einfach Werte geschaffen, es werden Derivate geschaffen. Und wer hat nach einer solchen menschlichen Katastrophe wie einer Zwangsversteigerung noch den Nerv zu fragen, wo sind meine Urkunden. Niemand. Und dafür wird mit der kommerziellen Inquisition gesorgt. Und diese kommerzielle Inquisition ist die Herstellung der Handlungsunfähigkeit, über die wir ja auch schon gesprochen hatten. Wo ich Ihnen eine Grafik gegeben habe mit der Bitte diese zu veröffentlichen. Der gesamte Vorgang, wenn er denn so überhaupt rechtmäßig wäre, wäre es abgeschlossen, wenn die sogenannte finanzierende Bank alle Unterlagen und alle Sicherheiten nach der Zwangsversteigerung herausgeben würde. Da wäre die Justiz gefragt. Immerhin tritt diese als Immobilienvermittler, als Zwangsversteigerer auf, und da sitzen die Banker, auch Geschäftsleute und steigern billig mit. Ohne jegliche Haftungsübernahme. Man muss sich das einmal klar machen, die machen eine Versteigerung, eine kommerzielle Versteigerung einer Immobilie. Ungesichert, ohne Urkunden, ohne juristische Grundlage und übernehmen dafür noch nicht einmal die Haftung. Weil auch hier wieder, wo kein Kläger, da kein Richter. Versuchen Sie einmal ein Amtsgericht zu verklagen. Und wer übernimmt eigentlich die Absicherung des Verfahrens und wer übernimmt die Haftung für die illegal kopierte Urkunde, das sind alles wir. Wir Menschen hier in Deutschland, die das Häusle gebaut haben. Wir unterschreiben die Obligationen und dann wird unter unserer Haftung damit international Geschäft gemacht, siehe Deutsche Bank USA.

Ist das ein deutsches Problem? Nein, vor kurzem habe ich einen Bericht über J. Morgan gehört, genau das gleiche Thema. Es werden Urkunden kopiert, die werden einbehalten, die Häuser werden zwangsversteigert usw. Und an dieser Stelle möchte ich einmal an die Lehman Brother Skandale erinnern, da war genau das gleiche Thema. Da wurden Häuser, die hatten einen Wert von 520.000 \$ und wurden in irgendwelchen Immobilien-Fonds mit 2,5 Mio. \$

geführt. Und irgendjemand hat dann mal diesen Karton aufgemacht und hat nachgeschaut, was in diesem Karton drin ist, in diesem sogenannten geschlossenen Immobilien-Fonds. Und was war drin, nur Schrott. Dann sind diese ganzen Papiere hochgegangen. Gleiches gilt übrigens auch die diese sogenannten Kreditverträge, auch die nennt man im Fachjargon Obligationen. Es sind handelbare Leistungszusagen. Also, wenn ich jemandem eine Leistungszusage schriftlich gebe, dann kann mit dieser Leistungszusage Handel betrieben werden. Und der Wert dieses Leistungszusage resultiert aus der Fähigkeit von dem der sie gezeichnet hat, wie viel er aufbringen kann. Weil jeder, der einen Kreditvertrag zeichnet, der zeichnet den uneingeschränkten Zugriff auf alle beweglichen und unbeweglichen Sachen. D.h. die Bank hat nahezu ein unbegrenztes Pfandrecht auf alle Werte. Das überlegt sich niemand, der einen Kreditvertrag unterschreibt.



Wer überwacht das Ganze? Es gibt eine Organisation, die sehr weit oben angesiedelt ist, die nennt sich ITC ITC, International treasury control oder das „Office of [International Treasury Control](#)“, die sollten das eigentlich überwachen, aber wir werden sehen, im übrigen sie wohnen in Ravensburg, wie ich erfahren habe ist auch Ravensburg und das Land BaWü bereits angezeigt. Diese Organisation kann sich aktuell nicht durchsetzen, weil sie keine militärischen Möglichkeiten haben. Ich rede wirklich von militärischen Möglichkeiten. Und wird sogar im Netz verunglimpft, es werden sehr unsinnige Berichte über sie verbreitet, ich nenne es mal DEUTSCHE Propaganda. Die sollten eigentlich dafür da sein, solche Haftungserweiterungen zu unterbinden. Gut, schauen wir mal, was daraus wird. Eine Klage ist natürlich auch möglich, die ist extrem teuer und komplex. Ein Hochfinanzanwalt hat das einmal sehr gut formuliert. Er sagte mir, natürlich haben sie Recht, aber wie wollen Sie das einem Richter erklären, der zum Teil nicht einmal weiss, was ein tatsächlicher Kreditvertrag ist und was er darstellt. Kurz gesagt, wir sind gefragt, wir Menschen sind gefragt. Wir dürfen uns von dieser Reichsbürger Propaganda und den Drohbesuchen gewisser bundesrepublikanischer Organisationen einfach nicht beeindruckt lassen, Deutschland ist dafür bekannt immer auf andere zu zeigen, um von sich abzulenken, dass wissen wir auch bei der UN. Es sind Werte, und wir haben unsere Rechte vor langer langer Zeit aufgegeben. Wir haben darauf verzichtet, unsere Rechte wahrzunehmen. Und es liegt an uns, etwas zu ändern.

Wird sich eine große, internationale Kommission mit diesen Vorgängen auseinandersetzen müssen? Ja. immerhin ist diese von der UN für die Einhaltung des internationalen Wertpapierrechtes eingesetzt worden. Das ist dem ICC – International Chamber of Commerce, mit Sitz in Paris und die werden irgendwann einmal prüfen müssen inwieweit die Bundesrepublik gegen internationales Wertpapierrecht verstößt bei dieser Vorgehensweise. Das ist übrigens auch nicht auf Germany begrenzt, sondern dass wird überall so gemacht. Es ist natürlich sehr bedenklich, dass diese große internationale Kommission, die in der Bundesrepublik unter dem Namen ICC Germany e.V. agiert, fast nur Banken als Mitglieder hat. Vielleicht sollten wir Menschen uns einmal überlegen auch Mitglied dieser Organisation zu werden, um wie es sich für einen Verein gehört für Parität zu schaffen. Veränderung ist gefragt. Und zwar das Wissen für Veränderung und für die Tatkraft, dass wir etwas tun können. Und das ist der Grund für diese Interview-Serie. Das wir einmal anfangen, darüber nachzudenken, wenn wir Verträge unterschreiben, wenn wir Bürgschaften eingehen. Also, wenn wir für andere eine Bürgschaft übernehmen und wir fordern nachher die Originalpapiere nicht zurück, dann sind wir ewig in dieser Bürgschaft drin. Wir kommen da nicht mehr raus. D.h. wir müssen lernen, Verträge, die erfüllt worden sind unsererseits, wieder im Original

zurückzufordern. Das ist unsere Aufgabe. Das bedeutet, wir müssen erwachsen werden. Wir müssen aufhören, unsere Rechte anderen zu übertragen.

Also einem Anwalt, der dann schon dafür sorgt, dass es uns gut geht? Nichts, er schaut hauptsächlich nach seinen Pfründen, nach seinem Einkommen. Ich fordere auch die Menschen auf zu fragen. Fragen Sie, gehen Sie zu ihren Richtern, gehen Sie zu den Rechtsanwälten, treten Sie ihnen auf die Füße. Sie bekommen von mir eine Frageliste, die lasse ich über meinen Interviewpartner RRRedaktion, Roland Regolien veröffentlichen. Gehen Sie hin und stellen Sie Fragen. Kritische Fragen, Sie haben das Recht dazu. Und niemand hat das Recht, Sie dann als den sogenannten [Reichsbürger](#) zu titulieren, zu beschimpfen, nur weil Sie Fragen stellen. Und ich erlaube mir an dieser Stelle auch an die EU [GRCharta](#) Art. 41 Abs. 1, Abs. 2 zu erinnern. Dieser wird hierzulande gerne vergessen. Oder ist Germany etwa aus der europäischen Union ausgetreten? Aber aufgepasst, die EU GRCharta ist Personenrecht.

Wenn wir jetzt gerade beim Personenrecht sind, wer achtet übrigens auf den Bundesanzeiger? Ja niemand, wem von Ihnen ist aufgefallen, das unsere bundesrepublikanische Verwaltung im Dezember den § 80 und 81 des Strafgesetzbuches aufgehoben hat. D.h. es wird unter Strafe gestellt, wer einen Angriffskrieg vorbereitet. Wer bereitet hier wohl gerade einen Abgriffskrieg vor und möchte straffrei ausgehen? Denken Sie einmal darüber nach. Und denken Sie einmal darüber nach, warum niemand in diesem Lande einer Änderung unserer Gesetze widerspricht. Hat das schon mal irgendjemand getan? Einfach zu sagen, nein ich will das nicht. Und diese Wort, das müssen wir alle wieder lernen in diesem Lande. NEIN, nein ich lasse nicht mehr alles mit mir machen, ich bin nicht bockig, ich bin nicht zickig, ich bin kooperativ, aber erstmal lautet das Wörtchen: NEIN – und dann kann man immer noch weiter diskutieren und versuchen eine Lösung zu finden, ich bin auch gegen die ewig faulen Kompromisse, die Deutschland macht. Entscheidungen und Gerechtigkeit, ist ein gesunder und lebendiger Weg von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Unterdrückungen und Obrigkeit ist der falsche Weg. Vielen Dank für das Gespräch und ich freue mich sie bald wieder in Genf zu treffen, wo wir in einer Runde mit kompetenten Gesprächspartner ihre diversen Recherchen über Deutschland und über Ravensburg, wie erwünscht, besprechen und prüfen werden. **Schlussbemerkung der RRRedaktion: Die Qualität und Unabhängigkeit eines guten Richters ist, wenn er auch mit schlechten Gesetzen umgehen kann, was leider selten der Fall ist, wie wir bei unseren Recherchen feststellen!**

Teil 4: In dieser Fortsetzung`s – Gespräch werden wir das Thema, in zwei Teilen, Finanzamt und die Oberfinanzverwaltungen behandeln, Teil1 im O-Ton aufgezeichnet am 09.03.2017. Netzwerk Finanzamt und die weiße Folter! Im Würgegriff der Finanzämter und der Finanzminister? Warum vernichten Finanzämter Menschen und Firmen oder jagen sie aus dem Land? Zwangssteuer bedeutet gleich Lohnsteuer? Die Große Enteignung läuft bereits, „Vorsicht Gierige Geldgeier“, gleich das Ende des Wohlstands? Geldgier kennt keine Würde und Gier frisst Hirn? Arbeiten Steuerberater fürs Finanzamt? Arbeiten Rechtsanwälte für die Gerichte, haben sie deshalb nur ein Mandat, um in fremder Rechnung handeln zu können? Was ist der wahre Hintergrund, warum das Bargeld abgeschafft werden soll? Es werden derzeit Klagen vorbereitet zur Offenlegung der Kontenblätter (Trial Balance) der Finanzämter, weil eigentlich jeder Verfügungsberechtigter ist und ein Recht auf Einsicht hat. Wir, die RRRedaktion recherchieren gerade und durchleuchten die undurchschaubare CDU politische Finanzpolitik, ihre kreative Buchhaltungen, dass Finanzgebaren von **Ravensburg**, Weingarten. CDU schwarze Kassen? Mit welchem Rechenzentrum, (Buchhaltung) arbeiten sie zusammen, wer steckt alles dahinter? Die fehlende Transparenz wird untersucht. Ein spätere Filmaufzeichnung wird es auch geben. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen

oder Kommentare der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom Diplomat beantwortet und veröffentlicht. Es wird demnächst auch eine Life, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt! Nie wieder Krieg (ohne uns?) Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel. Viele unserer Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit und es werden gezielte PR Hetzkampagnen gestartet. Stürzt Deutschland die ganze Welt wieder ins Chaos?

Der Schöpfer hat uns in seiner unendlichen Weisheit ein Gehirn gegeben, in diesem Hirn laufen sehr interessante, biochemische Funktionen ab, diese nennt man auch Verstand. Der Schöpfer hat uns in seiner unendlichen Güte erlaubt diesen Verstand auch zu nutzen und alle Vorschriften die uns untersagen den Verstand zu nutzen sind Blasphemie.

Heute treffen wir uns wieder um über das Thema Finanzamt und Oberfinanzverwaltung zu sprechen. Dann die erste Frage: Woher kommt eigentlich die Steuerpflicht? Bevor wir über die Steuer überhaupt sprechen, müssen wir erst einmal klären, was Steuern überhaupt sind und dazu ist es erforderlich, einfach einmal wesentliche Dinge zu klären. Wer ist der Besitzer bzw. der Nießbrauch-Inhaber aller Werte in Zentraleuropa. Da denkt niemand darüber nach, wem das eigentlich alles gehört. Gehört es der Bundesrepublik oder Germany oder gehört es uns allen? Wer verwaltet diesen Besitz übergeordnet, warum kann er dies tun, wo kommt das eigentlich her. Und die dritte Frage ist, wer hat die Lizenz für die Unterverwaltung in dieser Art Franchising System, was Germany letztendlich ist, und wie sieht diese Unterverwaltung aus? Weil, letztendlich haben wir nichts weiter wie eine Verwaltung von Werten. Und diese Verwaltung von Werten sind unterlizenziiert durch das Departement of the Treasury, durch die United Nations. Und in dieser Zwickmühle, in diesem Verwaltungskonstrukt, steht mittendrin Germany.

Das hört sich aber sehr komplex an: Das ist es auch. Wenn man bedenkt, dass man eine Person ist, das Problem ist einfach das, man hat uns über Jahrzehnte hinweg erklärt, wir seien Personen, nicht Personen Verwalter. Und daraus resultiert die Komplexität. Aber damit habe ich Ihre Frage noch nicht beantwortet. Ihre ursprüngliche Frage ist relativ leicht zu erklären. Das Einkommensteuer Gesetz von Germany ist vom 16.10.1934, das Gewerbesteuer Gesetz ist vom 01.12.1936 und so weiter und sofort. Das ist keine Wertung, das ist Fakt. Und diese Aussage ist absolut wertfrei, denn alte Verträge wieder zu nutzen, also zu recyceln ist kein Verbrechen, weil diese Verträge ja auch Gesetze genannt werden, das sind nur Handlungsvorgaben innerhalb einer Verwaltungskonstruktion. Anrühlich würde ich hier höchstens die ersten Zeichnenden dieser Verträge bezeichnen, die später im Jahre 1947 als Mitglieder einer Diktatur bezeichnet wurden. Und diese Gesetze werden heute noch angewendet. Und das reduziert sich auch nicht auf diese beiden Gesetze, sondern es sind endlos viele Gesetze aus dieser Zeit, die heute noch angewendet werden.



Die Quelle dieser sogenannten Besteuerung resultiert also aus dem „Dritten Reich“? Da diese Gesetze aber heute noch angewandt werden, kann man dann von einem Vierten Reich sprechen? Ja, es ist sehr provokativ, aber naheliegend. Zumal es nicht die einzigen Gesetze sind, die aus dieser Zeit erneut umgesetzt wurden. Dieses Thema führt uns relativ weit, aber wir sollten darüber nachdenken, dass der Bundesgerichtshof mehrfach bestätigt hat, dass die Bundesrepublik die Völkerrechtssubjekts Nachfolge des Dritten Reiches ist. Aber bitte immer daran denken, Germany ist ebenso ein Unternehmen wie dies das Dritte Reich, die Weimarer Republik und auch das Zweite Deutsche Reich waren. Auch das ist

absolut wertfrei. Auch Verwaltungsfirmen können ordentlich arbeiten, wenn sie es wollen. Und ohne nun in die „guten alten Zeiten“ verfallen zu wollen, es wurde einmal schon ordentlicher gearbeitet in diesem Lande. Das einzige Problem ist die Ausrichtung, Unternehmen arbeiten prinzipiell Umsatz und Gewinn orientiert. Und daraus resultieren auch die ganzen Probleme, die wir haben, diese Ausrichtung. Und darin wird auch erkennbar, dass das Vorhandene in Germany nicht grundsätzlich die „Quelle des Bösen“ ist, aber durchaus Möglichkeiten zu Reformen bietet. Das war jetzt sehr diplomatisch ausgedrückt. Weil wir könnten mehr daraus machen, wenn wir sauber arbeiten würden. Und ich erlaube mir einfach, nachdem ich eine kurze Basis gegeben habe auch einmal zu erklären, wie die Lösungen aussehen könnten.

Ist dass der Grund, warum uns das Ausland diese Vorgehensweise heute noch vorhält?

Ja, davon können wir ausgehen, weil die Frage ist einfach die, wem nützt es etwas, also Klibono. Weil, wenn etwas so belassen wird, obwohl es eigentlich 1947 ein Urteil gab, in dem ganz klar gesagt wurde, dass Gesetze, die im Dritten Reich erlassen wurden in dieser Form nicht zulässig sind. Weil es eben eine Diktatur war, ist die große Frage die, warum werden die Gesetze nahezu unverändert wiederum im Bundesanzeiger veröffentlicht und was mich sehr erschreckt hat ist die Tatsache, dass in den 50ziger Jahren sogar mit Originalunterschrift dieses Diktators und seiner Schergen Gesetze veröffentlicht wurden im Bundesanzeiger. Ich empfehle dringend die Lektüre „aber bitte in den 50ziger Jahren“ und dann kommt man schon auf den Gedanken, dass die Bundesrepublik als Folgeorganisation des Dritten Reiches geplant und auch realisiert wurde. **Wer heute Fritz Bauer kommentiert, zeigt es sich, dass die Nachkriegszeit vieler dieser Schergen wieder in Amt und Würden gehoben hat?** Ja, dass nannte man damals die kalte Amnesty.

Ich denke mal, die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen: Ja, denn die Steuerlasten auf die Bürger steigen immer mehr. Ja, da passt der gleiche Spruch, wenn jemand sehr viel Steuern zahlen muß, hat er die Möglichkeit zu verhandeln. Aber versuchen Sie einmal mit 10.000 €Steuerzahlungen im Jahr zu verhandeln. Da werden Sie im Finanzamt ausgelacht. Aber kommen Sie einmal mit einer Steuerlast von 15 Mio., dann kommen Sie vielleicht mit 1 – 1,5 Mio. raus. Ja genauso funktioniert das. Steuern sind verhandelbar, aber nicht für den kleinen Mann. Diese Steuerlast ist genau der Punkt, über den es auch zu sprechen gilt. Germany ist nur ein Lizenznehmer für dieses Kartellgebiet, bitte denken Sie daran, Germany ist ein Unternehmen, Germany hat Verträge mit der United Nation und es ist ein Kartellgebiet. Und Germany hat den Auftrag, gegen Gebühr selbstverständlich, dieses Gebiet zu verwalten und Verrechnungskonten für die Nutzung dieser Werte herauszugeben, u.a. sogenannte Steuerkonten. Weil diese Werte befinden sich ja im Besitz von der Männern und Frauen, die hier herumlaufen, die hier ihre Werte eingebracht haben, die Eltern, die Großeltern und Urgroßeltern.



Wer hat dieses Land denn aufgebaut, unsere Bundespolitiker? Ja, natürlich auch mit, aber sie sind nur Mitbesitzer besser gesagt, nicht alleinige Besitzer, aufgebaut haben es die sogenannten Trümmerfrauen, also unsere Eltern und Großeltern und die jetzige Generation macht uns die Welt wieder kaputt. Denn die Werte sind im Besitz der sogenannten Treugeber. D.h. wir alle haben diese Werte zur Verfügung gestellt und die wurden nicht verschenkt, sondern nur zur Verfügung gestellt. Und da wir das alles nicht wissen und uns nicht darum kümmern, können einige wenige mit diesen Werten und unserem stillschweigenden

Einverständnis, machen was sie wollen. Ja es ist letztendlich unsere Verantwortung. Und es geht nicht darum einen Schuldigen zu suchen, sondern es geht darum, dass wir uns ganz bewusst machen, was tatsächlich abläuft. Wir Treugeber sind alle Männer und Weiber in Zentraleuropa, wir stellen also das Kollateral, das sind die Werte. Und ungeachtet dessen, dass wir wegen unserer Arbeitskraft ebenfalls als Kollateral bewertet werden, deshalb spricht man ja im Kriegsfall auch häufig von Kollateralschaden. Und Germany hat die vertragliche Lizenz die Verwaltung zu führen. Und diese vertragliche Lizenz nennt man auch hoheitliche Lizenz, eine Diskussion zu führen, mit Mitarbeitern des sogenannten Öffentlichen Dienstes, über hoheitliche Rechte, ist kontra-produktiv. Die Bundesrepublik hat hoheitliche Rechte über die Personen, nicht über die Treugeber. Denn Germany selbst gehört absolut nichts. Sie ist weder Eigentümer noch Besitzer von irgendetwas. Germany ist völlig pleite, die haben noch nie etwas gehabt. Und von all den verwalteten Werten ist alles im Besitz der Treugeber, der Männer und Weiber, die hier in Zentraleuropa leben und Germany ist einzig und alleine ein indirekt über uns autorisierter Treuhandverwalter unserer Werte.

Das heißt, Germany ist indirekt über eine Zentralverwaltung autorisierter Treuhandverwalter unserer Werte? Ja, dafür hat Germany auch Verträge bekommen und dafür erhält sie von den United Nations ein vertraglich gesichertes Gebiet, das man Bundesrepublik nennt, in dem sie gegen Lizenzgebühren die Verwaltungstätigkeit als Subunternehmen ausführen darf, das ist alles. Wir reden von einer rein wirtschaftlichen Konstruktion und mehr nicht, mit einem Treuhandverwalter, den wir natürlich bezahlen müssen und so weiter und so fort.

Somit gehören alle diese Werte in Deutschland den Menschen? Ja, das ist absolut richtig und ich finde es absolut positiv, dass muss man ganz klar formulieren. Uns gehört alles. Die Person ist nur unser Zugang dazu, aber unseren Männern und Frauen gehört alles. Und Sie alle, die das lesen, sollen das mal überdenken, was es bedeutet im Umgang mit allen Werten, die es hier in Zentraleuropa gibt. Steigen Sie in einen Zug und denken Sie daran es ist Ihr Zug, der gehört auch Ihnen. Dann haben Sie eine andere Einstellung dazu, dass irgendjemand diesen Zug beschädigt. Weil er macht mein Eigentum kaputt. Und da hier so viele Werte stehen, ist Germany, besser gesagt, die Treugeber dieser Region auch besonders kreditwürdig, deshalb haben wir auch Triple A. Wie kann es sein, dass ein Staat Triple A hat, die eine Firma ist? Eine Welt in der allen alles gehört mit einer Zentralverwaltung mit Unterverwaltung? Wir alle sind aufgefordert für die Gemeinschaft mit unsere Arbeitskraft zur Wertschöpfung einzubringen. Das ist doch genial oder? Sie merken an meiner Begeisterung, das ist fantastisch, das ist das, was wir eigentlich immer haben wollten. Eine eigentumslose Welt in der alle über alles verfügen dürfen, aber bitte verantwortungsbewusst. Und wenn das alles korrekt laufen würde, dann wäre daran absolut nichts auszusetzen. Und an dieser Stelle vielleicht ein kleiner Einwurf: Die ganze Welt ist so aufgebaut. Wir haben da keine Extra-Wurst.

Dann ist das noch viel unverständlicher, dass den Menschen hier zu Lande eine so hohe Steuer- und Gebührenlast aufgebürdet wird. Das ist nur die Spitze des Eisberges, aber lassen Sie uns dies anhand der Steuern erklären. Da Germany die Werte der Treugeber nutzt, um Renditen zu erwirtschaften, ist es nachvollziehbar, dass diese Renditen auch den Treugebern zugesprochen werden müssen. D. h., wenn jemand meine Sachen benutzt und damit Gewinne erwirtschaftet, habe ich natürlich auch ein Anrecht auf einen Anteil an den Gewinnen. Ist doch logisch. Um die individuellen Renditen zu errechnen und den aktuellen Kollateralstand zu bewerten, werden die Menschen dazu angehalten eine jährliche Einkommensteuererklärung abzugeben. D.h., es muss ja irgendwo ausgerechnet werden, wie hoch mein wertschöpfender Anteil an dem ganzen war. Und dieser kann dann ermittelt werden, wie hoch jede

Wertschöpfung war, die jeder einzelne Treugeber eingebracht hat und dafür stehen ihm selbstverständlich Renditen zu. Das ist doch logisch, oder?

Also, wer viel erwirtschaftet hat Anspruch auf eine höhere Rendite? Das sieht aber in der Praxis nicht so aus, schon garnicht beim arbeitenden Volk. Ja, das könnte man durchaus so denken. Wenn sauber gearbeitet würde, dann hätten wir auch in Deutschland ein anderes, besseres Ergebnis. Aber lassen Sie mich das etwas später ausführen. Ich muss hier noch ähnliche Grundlagen nacharbeiten. Also diese höheren Renditen resultieren im Prinzip auch daraus, dass der Einsatz der vorhandenen Werte zur Wertschöpfung diesen Investoren zugerechnet werden. D.h., ich muß damit es verwendet wird, zur Wertschöpfung, weil das bringt ja auch wieder eine Rendite. Also, alles ist ansich logisch aufgebaut und die Daten, wie jetzt diese Einkommensteuererklärung, die werden zu einer Art Business-Plan von Germany benötigt. D.h., diese Firma muss auch einen Business-Plan erstellen. Denn Germany muss, wie jedes andere Unternehmen auch, eine Liquiditätsplanung machen. Und die Beschaffung der Liquidität erfolgt durch die Bundesrepublik Deutschland, man nennt sie auch, Finanzagentur GmbH. Daher kommt auch dieser Unsinn mit der Bundesrepublik Deutschland GmbH, was völliger Quatsch ist. Das Ergebnis dieser Rendite-Ermittlung ist der Einkommensteuerbescheid. Der zeigt auf, wie hoch das Guthaben des Investors aus dem abgelaufenen Jahr ist. Also lassen sie es sich auf der Zunge zergehen. Sie bekommen eine Rendite Mitteilung am Jahresende, das nennt sich Einkommensteuererklärung, weil die Schuld besteht ja nur auf die Person und nicht auf den Investor. Und dieses sollte er sich nicht jährlich auszahlen lassen, sondern er sollte es im Gemeinschaftsvermögen belassen, weil alles andere wäre nicht sozial, sondern egoistisch. Jetzt stellen Sie sich das einfach mal vor, Sie bekommen also eine Renditemitteilung, das nennt sich in Deutschland Einkommensteuerbescheid, sie lassen sich das jetzt nicht auszahlen, sondern Sie geben es ins System zurück. Sie akzeptieren diese Rendite und sorgen dafür, dass die Liquidität im System bleibt. So wäre es eigentlich richtig.

Moment einmal, wir müssen doch die Steuern mit Euro bezahlen, sonst bekommen wir doch richtig Ärger mit dem Finanzamt oder? Auf den Einwurf habe ich gewartet, denn jetzt fangen die eigentlichen Probleme an im erklären. Sie beginnen mit einer uninformierten Verwaltungstruppe, man nennt sie auch die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes, und enden bei Treugebern, denen man seit ihrer Geburt erzählt, dass der Staatshaushalt mit Steuern bestritten wird. So ein Unsinn. Das ganze organisiert man mit einem undurchschaubaren Gestrüpp an Vorschriften. Man nennt das auch Gehirnwäsche. D.h., wir wurden dressiert, dass zu glauben, was man uns erzählt und die Medien spielen dabei eine Schlüsselrolle es so zu verbreiten, wie es ihnen die Politik vorschreibt.

Es ist ja auch kaum zu durchschauen. Eine Steuerpolitik für das Volk, was auf einen Bierdeckel passt, wird es in Deutschland nie geben, im Gegenteil es gibt immer mehr Vorschriften und Erlasse? Ja, da muss ich eine gewisse Absicht unterstellen, denn im Prinzip ist es ganz einfach. Wenn ich jetzt nicht ins allerletzte Detail gehe. Wir sind die, die die Werte schaffen und dass, was wir dafür benötigen, wird ebenfalls beigestellt durch uns. Also haben wir das Recht auf die Renditen sowie die Gewinne aus dem Einsatz unserer Werte. Die Bundesrepublik ist eine reine Sachverwaltung im Sachrecht. Damit sie den Verwaltungsaufgaben gerecht werden kann, gibt Germany juristische Personen heraus. Ein kleiner Einwurf an dieser Stelle. Bitte werfen Sie mal einen Blick in ihren Personalausweis bzw. Reisepass. Dort ist nicht der Familienname sondern nur der sogenannte Firmenname angegeben und auf dem Kinderpass steht auch nicht EU Bürger. Lesen Sie sich dann nocheinmal den § 28 Abs. 1, Nr. 1 der [Personalausweisverordnung](#) durch. Spannend. Wenn Sie wollen, können Sie dies in diesen Text einblenden. Das ist ein sehr interessanter Text dort. Zusätzlich möchte ich an dieser Stelle eine Anmerkung bringen. Es gibt das sogenannte United

States Steel menjor und darin steht, alles was in großen Blockbuchstaben geschrieben ist, ist ein Schiff, ein Toter oder eine Firma. Jetzt schauen Sie sich einmal an, wie die ihren Namen geschrieben haben im Personalausweis oder im Reisepass. Nur spasseshalber. Ist das alles nur Erfindung oder aus welchen Gründen ist es seit neuestem nicht mehr möglich auf Behörden irgendwelche Unterlagen zu bekommen, wo ihr Name normal geschrieben ist, wie es sich gehört. Als kleine Belustigung an dieser Stelle, weil wir schon darüber gesprochen haben, das alles was in großen Blockbuchstaben ein Schiff, ein Toter oder eine Firma ist, zu dem mache ich einen kleinen Einwurf, lesen sie sich doch einmal den Art. 27 des nicht für Germany geltenden Grundgesetzes durch, da wird von Kauffahrteischiffe gesprochen, was haben Kauffahrteischiffe im Grundgesetz zu suchen? Und warum nicht für Germany geltend? **Der Staat will jetzt wissen, wo die Deutschen sind – Elektronische Änderungen im [Personalausweisgesetz](#).**

Dann lesen sie auch mal den Art. 26 des Grundgesetzes durch und denken sie bitte daran, dass die Verwaltung von Germany den § 80, 81 des Strafgesetzbuches im Dez. 2016 aufgehoben hat. D.h. sie haben aufgehoben, dass die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe steht. Auf der andere Seite steht in dem sogenannten Grundgesetz Art. 26, dass es verboten ist einen [Angriffskrieg](#) von deutschem Boden zu führen. D.h. hier wurde etwas aufgehoben unter Umgehung des Art. 26 des Grundgesetzes. Was bedeutet das für Germany? Wenn das staatlich wäre, wäre es sehr seltsam. Da wir aber eine Firma sind, da dass alles hier eine Firma ist, bedeutet das einfach nur, dass diese Gesetzesaufhebung nicht versichert ist. Niemand übernimmt die Haftung dafür, dass die Geschäftsführung von Germany offensichtlich Krieg zu führen wünscht. Und Krieg wofür? Um die Renditen durch Erweiterung des Kartellgebietes zu steigern? Hat der Einzelne etwas von dieser wertsteigernden Maßnahme, was man auch Krieg nennt? Nein. Aber die Betreiber von Germany steigern ihre Margen und auch die Betreiber von der Europäischen Union auch. Was ja auch ein Unternehmen ist.. Und alleine nur darum geht es. **Es geht also nur um eine Steigerung der Umsätze und der Gewinne, es geht finazpolitisch nie um die Menschen?**

Artikel 26 wird in 10 Vorschriften zitiert:
(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.
(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

§ 80 StGB „Vorbereitung eines Angriffskriegs“ ist seit 1. Januar 2017 gestrichen. Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

Der gestrichene § 80 StGB: Der Bundestag hat am 1. Dezember 2016 das entsprechende Gesetz zur Änderung des [Völkerstrafgesetzbuches](#) angenommen – dagegen stimmte nur die Linksfraktion. Der § 80 wurde nicht ersatzlos gestrichen, sondern in einer veränderten Form in das seit 2002 im Rahmen des Beitritts zum Römischen Statut und damit zum Internationalen [Strafgerichtshof](#) seit 2002 in Deutschland geltende Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) als § 13 aufgenommen. Noch können Verbrechen der Aggression nicht geahndet werden. Erst müssen die Vertragsstaaten des Römischen Statuts mit einer Zweidrittelmehrheit ab 2017 dem zustimmen. Deutschland hat dies 2013 gemacht. Bislang ratifizierten erst 13 Staaten die Zusätze zu Artikel 8, zuletzt Palästina, 30 Staaten wären erforderlich.

Das ist ja unglaublich, aber nachvollziehbar. Wieso merkt das niemand? Weil uns Menschen systematisch das logische Denken und die Fähigkeit des Verknüpfens von Fakten verloren gegangen ist. Wir alle sind angehalten, wieder in eine Kontrollfunktion zu gehen und uns wieder aktiv an der Gestaltung unserer Welt zu beteiligen. Damit werden die Menschen in Deutschland pauschal, derzeit aktuell, in die Reichsbürger-Schublade gesteckt, wir erhlafen jede Menge Anfragen von besorgten Bürger. Dies zeigt einmal mehr, wie empfänglich insbesondere Mitarbeiter des sogenannten Öffentlichen Dienstes für Propaganda sind. Das sind harte Worte, aber leider wahr. Ich versuche ganz normal, mit diesen Leuten zu sprechen. Aber wir sollten die Mitarbeiter des sogenannten Öffentlichen Dienstes nicht als Sündenbock hinstellen, sondern als Aufforderung, dass unter Art.20 Abs. 4 des Grundgesetzes umzusetzen und die Gültigkeit und Einhaltung einzufordern. Oder wollen die Menschen in diesen Landen doch lieber wieder einen Krieg? Geplant durch eine immer chaotischer wirkende Bundesregierung, und das Volk stimmt allem durch ihr ewiges Stillschweigen zu. **Das Volk ist bereits daran beteiligt, der Militärhaushalt wird mit seinen Steuern bestritten, der gerade wieder aufgestockt wurde und nach der Bundestagswahl nochmals erweitert werden soll.** Ja, wir betrachten die Entwicklung in Deutschland mit großer Besorgnis, wir achten von außen her sehr genau darauf und haben den Blick auf Deutschland und gerichtet, weil Deutschland tut sich derzeit sehr schwer, ihre eigenen Gesetz einzuhalten und sich an die internationalen Verträge zu halten, dem müssen wir jetzt entgegenwirken. Ich freue mich, dass es noch Journalisten wie sie gibt, die sich kritisch solchen Themen stellen und seine Leser durch Aufklärung und Information sensibilisiert und versucht sie mehr zum politischen Denken anregt, herzlichen Dank dafür. Ich lade sie gerne einmal in die USA ein und bringe sie mit dort mit Persönlichkeiten zusammen, in Genf und in Bern sehen wir uns ja öfters.

Okay, das ist alles verständlich, aber bleiben wir beim Thema Finanzen: Ja, man verliert sich sehr schnell in diesen komplexen, aber sehr sehr durchdachten Konstruktionen. Finden sie diese Konstruktion gut? Ja, die Konstruktion ist phantastisch, wenn sie ordentlich umgesetzt werden würde und wenn die Parasiten dieses Systems, verzeihen Sie die harten Worte, nicht eine solche All- Macht hätten. Dies wäre nie so weit gekommen, wenn die Betreiber dieses Systems die Menschen, also die Treugeber, sich besser über die Bedingungen informiert hätten und wir früher nachgefragt hätten. Aber es ist an der Zeit jetzt zu fragen und es gibt eine Regel im Handelsrecht und die lautet: Wenn das fiktive System dem Menschen Schaden zufügt, dann muß das fiktive System der Wahrheit weichen. Es gibt auch einen anderen Spruch, der lautet: Das Gesetz darf dem Menschen keinen Schaden zu fügen.

Schaden fügt das Gesetz jeden Tag den Menschen zu, wir können ein Lied davon singen, was wir da alles erleben. Sind Sie der Meinung, dass da unsere Medien, die doch politisch sehr abhängig sind, eine grosse Verantwortungsvolle Rolle spielen, den Bürgern, sprich dem Volk die Wahrheit zu vermitteln? Die Frage ist hier, wer ist von wem abhängig? Die Politik hat eine große Abhängigkeit von den Medien. Weil, wenn die Medien entsprechende Berichterstattung machen, dann ist der Politiker sehr schnell nicht mehr im Amt. D.h., die Medien machen die Politik und die Medien werden kontrolliert von 5 Familien, weltweit. Somit würde ich es eher umformulieren, wie groß ist die Macht der Politik wirklich? Man nennt so ein politisches Schauspiel im englischen auch Punch & Judy Show oder auf Deutsch, Kasperle Theater. Es gibt wirklich nur ganz wenige Politiker, die das Rückgrat haben, einfach mal der Presse die Stirn zu bieten. Und ganz wenige Presseleute, so wie sie z.B., die auch mal den Mut haben, der Politik die Stirn zu bieten. Das sind Ausnahmerecheinungen und wenn ich jetzt gerade sehe, was ein Xi Jinping oder ein Vladimir Putin oder ein Donald Trump weltweit machen und was sie dafür für Prügel einstecken müssen durch die Presse und von Deutschland, könnte der falsche Eindruck entstehen, dass das was sie gerade tun vielleicht gut für uns ist und für einige wenige, die die Macht momentan kontrollieren, schlecht ist.

Als Journalist nenne so ein Rattenfängergeschwafel der Politik immer, den Komödien-Stadl, nur, den Komödien-Stadl schaue ich mir lieber im Fernsehen an und nicht im Bundestag. Aber ich zitiere auch gerne, ein guter Politiker muss auch ohne Rückgrat stehen können, zur Justiz sage ich klar und deutlich, ein guter und wirklich unabhängiger Richter muss auch mit schlechten Gesetzen umgehen könne, leider sind wir davon weit entfernt.

Und deshalb sitzen wir hier. Genau. Es geht um die Rückgabe der Eigenverantwortung und der beginnt beim Wissen und Erkennung des Selbstwertes. Aber lassen Sie uns zum Thema zurückkommen, weil wir wollten ja über das Thema Finanzamt sprechen und nicht nur über Politik. Es wird nun etwas komplizierter. Das Finanzamt gib ein sogenanntes Steuerkonto heraus, d.h., ein Finanzamt ist eine Art Bank. Das „Finanzamt“ ist der Eigentümer dieses Kontos und der Treugeber ist unter Nutzung der Person, die ihm Germany zur Verfügung gestellt hat, der Verfügungsberechtigte für dieses Steuerkonto. Deshalb darf auch niemand, ausser dem Verfügungsberechtigten selbst, über die dort ausgewiesenen Summen verfügen. Und jedes Mal, wenn das Finanzamt eine Verfügung von dem Steuerkonto ohne die Authorisierung des Verfügungsberechtigten durchführt, ist das ein Akt der Entmündigung und der Beweis, dass das Finanzamt Treuhandverwalter der Person ist und absolut verfügungsberechtigt ist. Dass zeigt uns eigentlich, wo wir mit unseren Rechten wirklich stehen. **Kommt da die Oberfinanzdirektion, sprich die OFD und deren Geldeintreiber mit ins Spiel?** Nein, dort noch nicht, dass kommt erst später. Weil die Oberfinanzdirektion hat die finanzielle Oberhoheit über Zoll, Landesoberkassen und Finanzämter, einer der mächtigsten Behörden, die in der Öffentlichkeit stehen und für den Staat das Geld eintreiben.

Das heißt, dass bedeutet, wir haben keine Rechte? Ja, über die Person haben wir keine Rechte. Wir sind alle, die Investoren, die vergessen haben, dass wir die Investoren sind. Und solange wir dies nicht ändern, wird sich auch das System nicht ändern. Warum sollten die Betreiber dieses sehr erfolgreichen Geschäftsmodell auch nur irgendwie ansatzweise etwas ändern. Aber wir sind die Begünstigten dieses Treuhandverhältnisses, dass hat uns nur niemand gesagt und wenn es mal gesagt wurde, haben wir es vergessen. Diese Begünstigung ist eine geldwerte Begünstigung, d.h. die Verweigerung der Auszahlung des Guthabens des Steuerkonto kommt einem Treuhandbruch, Entzug der Begünstigung gleich. Das ist ein schweres Verbrechen, viel schwerer als übrigens Diebstahl. Wir sollten aber nicht auf eine Auszahlung bestehen, sondern Germany erlauben, dieses Guthaben den zentralen Treuhandkonto, dass ist in einschlägigen Kreisen auch als Strohmankonto oder Freistellungskonto bekannt, zuzuschreiben. Also zu verrechnen. Und Germany selbst erhält eine Prämie bzw. eine Provision daraus, so wie es sich gehört. Denn ein Verwalter hat ein Recht auf eine ordentliche Entlohnung seiner Tätigkeit.

Und der Verwalter ist die Bundesrepublik? Ja, der Verwalter dieses Steuerkontos ist die Bundesrepublik und die von ihr beauftragten Unterverwaltung. Deren Gewinne von Einzelpersonen abgezogen werden, dass muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Z.B. ist der Gesellschafter der Bundesrepublik Deutschland, Finanzamt GmbH, nicht der Bund, sondern eine sogenannte private Person. D.h. die Gewinne aus dieser Geschäftstätigkeit werden individualisiert, man nennt das fälschlicherweise auch privatisiert, was völliger Unsinn ist. D.h. die Gewinne aus der Geschäftstätigkeit der Bundesrepublik Deutschland, der Finanzagentur GmbH, gehen an einen Einzelnen. Unvorstellbar das ganze. Und wenn wir nun diesen Ausgleich auf unserem Verrechnungskonto vornehmen, dann nennt man diesen Vorgang Akzept oder Annahme. D.h. wir sind verantwortlich und haftbar, wir sind dazu auch verpflichtet und wir sollten dies auch tun, diese Annahme zu machen und wir sollten dieses Konto, so wie es ist, akzeptieren, weil immerhin macht Germany auch die Verwaltung für uns, das ist kein

Unsinn, sondern so in der Hochfinanzpolitik festgelegt, in einer Resolution von 1933, die sogenannte House Joint Resolution und erneuert in einem Arbeitspapier ein sogenanntes Working Paper, des internationalen Währungsfonds, genannt The Chicago Plan Revisited. D. h., es sind offizielle Stellen, die das festgelegt haben, um das Treuhandsystem vor dem Missbrauch von Liquidität zu schützen.

Das alles ist sogar festgelegt? Ja ich würde es eher als eine Handlungsvorgabe bezeichnen. Immerhin gibt es internationale Verträge auf Gegenseitigkeit. Und deshalb machen solche überregionale auch Sinn. Und diese Handlungsvorgaben dienen der Stabilität des gesamten durch einen Fonds, den sogenannten internationalen Währungsfonds oder Internationaly Monitory Refund gesicherten Weltwährungssystems, d.h. das ganze Weltwährungssystem ist gesichert. Und dahinter sind Verträge und diese Verträge müssen eingehalten werden. Und deshalb ist das Bezahlen in einem Treuhandsystem mit Euros schädlich für das Treuhandsystem. Es gilt sogar als Verbrechen. Deshalb steht auch nirgends, sie können mal nach sehen, wenn sie wollen, in Bankverträgen, in Versicherungsverträgen, schauen Sie nach, sie werden nirgends die Bezahlung mit Euros finden. Die schleichen sich dann gerne mal raus mit der Formulierung, Bezahlung durch Abbuchung. Denn jeder Euro Buchgeld, Giralgeld, der herausgegeben wird, wird durch eine Bank, die haben die Lizenz dafür, herausgegeben und wird von den Treugebern durch Hinterlegung von Kollateral Vermögen gesichert. D.h. wir Männer und Frauen hinterlegen unser Kollateralvermögen als Sicherheit für die Herausgabe von Buchgeld, Giralgeld und Euro's . Und jetzt bezahlen wir die Nutzung unserer eigenen Werte mit Papierzettelchen oder Giralgeld, dass wir selber auch wieder gesichert haben. Das ist und nennt man Hochverrat.



Das heißt, dass wir alle die Haftung auf jeden Euro übernommen haben? Ja, wir haben die Haftung auf jeden Euro, weil wir haben unsere Kollateralansprüche als Sicherheit hinterlegt. Bitte denken Sie daran, das Finanzamt ist eine Bank. Eine Steuerkontenbank. Die verwaltet nur Steuerkonten über die in Anspruchnahme des Systems verrechnet werden, ein Verrechnungskontoverwaltung sozusagen und mehr nicht, es ist keine staatliche Einrichtung, es ist eine Bank. Mit diesem Akzept, mit dieser Annahme, kann man jedes öffentliche Konto, das für den Ausgleich von Renditen oder für die Abrechnung von Nutzung von Systemobjekten gedacht ist, ausgeglichen werden, d.h. ich bestätige Entnahmen aus dem System und dass ist eine Annahme, mehr nicht. Dazu ist die Freigabe durch den Verfügungsberechtigten, also den begünstigtesten Investor erforderlich. Das ist der Akzept und mit jeder Akeptverbuchung sinken die Staatsschulden, auch dass ist logisch. D. h. es ist nichts Böses was hier geschieht, sondern es ist etwas kaufmännisch absolut korrektes. Ich habe ein Verrechnungskonto irgendwo, ich habe andere, die ebenfalls ein Verrechnungskonto haben und es gibt eine Zentralverwaltung und jetzt wird einfach umgebucht von einem Verrechnungskonto auf das andere. Und das muss ich freigeben und die Freigabe nennt man Akzept. Germany und seine Subunternehmen könnten kaufmännisch absolut korrekt ihrer ausgleichenden Verbindlichkeit nachkommen, weil sie sind dafür zuständig, dass dieses Konto ausgeglichen sein muss. Germany und seine Subunternehmen und alle Verwaltungsunternehmen weltweit haben die sogenannte ausgleichende Verbindlichkeit. D.h. z.B. das Finanzamt muß jeden Abend um 18.00h Aktiva und Passiva des Kontos gleichgestellt haben, und wenn die nicht gleichgestellt sind, so müssen Verbuchungen über das sogenannte Verrechnungskonto vorgenommen werden. Wer weis das schon. D.h. dass Steuerkonto ist faktisch immer auf Null. Aktiva ist immer gleich Passiva. Es besteht für den Investor zu keiner Zeit eine Schuld, nur eine Haftung für die zur Verfügung gestellte Person, die es auszugleichen gilt. D.h. der Investor muss die Schuld, die auf die Person gebucht wurde annehmen, das ist der Akzept. und der Inhaber der Person ist

Germany und deshalb sind die Schulden der Person, die sogenannten internen Staatsschulden, es gibt nämlich interne und externe Staatsschulden und die Schulden der Personen sind die Staatsschulden. D.h. wenn alle Männer und Weiber hier in Zentraleuropa kaufmännisch korrekt arbeiten und das annehmen, als auch per Akzept ausgleichen würden, so dass eine Verrechnung der Konten möglich wäre, dann würden die Staatsschulden auf Null sinken.



Rico Albrecht

An die Verbraucher und an die Arbeitnehmer gerichtet. Gemeinsam mit der Wissensmanufaktur, Rico Albrecht, wurde ermittelt, dass man über 70 % Steuern zahlt, wir haben hier am Ende eine Steuerliste. Richtig, das ist absolut korrekt. Genau betrachtet ist das so, dass das das zahlen von Steuern im Prinzip ein Hochverrat ein Verbrechen ist, ein Verbrechen gegenüber den Menschen und ein Verbrechen gegen das Treuhandsystem. **Wir zahlen sogar die Investition einer jeden Firma, die dann in die Waren Kalkulation mit eingerechnet werden, d.h., deren Zinsen und die Abgaben an die Bank usw.** Ja, auch das ist richtig, dass müssen wir, und alles mit Euros, für die wir die Sicherung übernommen haben. Sie müssen sich einfach klar machen, das ganze Steuersystem ist mittlerweile so pervertiert, dass man sogar dazu übergegangen ist Steuern auf Steuern zu erheben. Wenn Sie tanken gehen, müssen sie 80 bis 90 Cent Mineralölsteuer und auf die Mineralölsteuer, darauf zahlen Sie noch eine Mehrwertsteuer zahlen. Und niemand merkt etwas oder die Leute wollen es nicht mehr merken. Und der Spruch, den ich sehr oft höre, wir können sowieso nichts tun, der ist schlicht und einfach falsch.

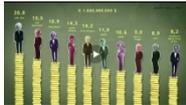


Als Journalist sage ich nur dazu, abwählen statt nicht wählen. Das gilt jetzt auch für das Dieserverbot in den Städten, hier geht es nur wieder darum, der Autoindustrie Umsätze per Gesetz zu verschaffen, es geht nicht wirklich um die Umwelt. Man sollte bedenken, man braucht weniger auf die Mineralölgesellschaften zu schimpfen, weil 70 % der Einnahmen kassiert ja der Staat, sprich der Finanzminister, weil die Steuern sind ja nicht zweckgebunden. Richtig. Hinzu kommt noch, dass versteuertes Einkommen, sprich die Rentner, die dann noch einmal Steuern auf ihre Rente zahlen müssen, dann kommt eine Almosenrente heraus und man schickt dich dann zum Sozialamt zur Grundsicherung (Sozialhilfe) und zur Tafel und Vesperkirche, damit du nicht verhungerst, was für ein Hohn. Richtig. Es hat Dimensionen angenommen, die kaum noch zu ertragen sind. Das ist ja auch der Grund, warum immer mehr Menschen anfangen sich zu wehren. Offensichtlich ist es so, dass die Menschen erst dann anfangen sich zu wehren, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Und das ist mittlerweile der Fall. Ich kenne sehr viele Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.



Ja, so erfahren und erleben wir Journalisten es auch! Ja es gibt immer mehr Reiche oder sagen wir so, denen es besser geht. Die Schere geht immer weiter auseinander und ich fürchte um den sozialen Frieden in Europa und auf der Welt. Und wer sich die Mühe macht, einmal amerikanische Nachrichten anzuschauen, also nicht die rosa-roten Nachrichten von

Europa über Amerika, sondern die richtigen Nachrichten. Der wird feststellen, dass dort eine solche Armut herrscht in diesem so phantastischen Land. Ich mag die Amerikaner, ich mag ihre Art. Ihre Politik wird jetzt hoffentlich besser. **In den USA hungert bereits jedes 9. Kind, Drogen, Krankheit, Suizid sind in den USA an der Tagesordnung. Und wer sich die Mühe macht, einmal kandische Nachrichten anzuschauen, der erfährt mehr über uns in Deutschland als wir selber, die in diesem Land wohnen.** Ja genau, wenn irgendjemand möchte, dann empfehle ich ihm einen kleinen Ausflug in die Vorstädte von Paris und einen kleinen Ausflug nach Glasgow, Edingburgh, wo eine solche gnadenlose Armut herrscht, dass haben wir alles noch vor uns, wenn diese Plünderung, so nenne ich sie, weiter voranschreitet, die ersten Anzeichen sind bereits vorhanden.



Das ist absolut nicht nachvollziehbar. Es ist auch sehr, sehr schwer. Weil wir verlassen die normale Denkweise. Man könnte auch sagen, es sei starker Tobak. Wir haben gelernt als Kinder, dass man alles mit Giralgeld/Buchgeld bezahlen muss, mit diesen bunten Papierzettelchen. Es ist ein generelles Problem, die ganze Ausrichtung unserer Denkweise, die Verhaltensweise, uns nicht so zu verhalten, das wir nicht sanktioniert werden. Das ist alles äußerst schwierig. D.h. ich setze mich einer erheblichen Kritik aus, ich setze mich großen Risiken aus, weil jeder der sich widersetzt, der erfährt was das System dann mit jedem Einzelnen anfängt. Ich hatte mal versucht, vom Finanzamt bestätigt zu bekommen, dass man Steuern mit einer Euro-Überweisung bezahlen muss. Und habe pikanterweise bis heute keine Auskunft erhalten, weil es steht nirgends. Es gibt auch die verrücktesten Blüten, dass kann ich hier einfügen, wobei ich auf diese Themen im zweiten Teil noch intensiver zu sprechen komme. Schauen Sie sich einmal die Allgemeinen Geschäftsbedingungen von ELstAM an. Ich habe einmal meinen amerikanischen Freunden erklärt wie unser Steuerprogramm heisst, dass man es ELstAM nennt. Ich habe schallendes Gelächter geerntet. So frech sind die, dass sie dieses Programm auch noch ELstAM (ELSTER) nennen. Und im § 6 steht, dass die Haftung auf Steuern unterliegen den Schenkungsrecht. Jetzt geht das Gerücht um im ganzen Netz, dass Steuern dem Schenkungsrecht unterliegen, das ist nicht richtig. Die Haftung auf Steuern unterliegen dem Schenkungsrecht. Und auf dieses Thema kommen wir das nächste Mal zurück. Was das denn genau bedeutet, warum das so ist. Und da erkennt man wiederum, dass alles nur Unternehmen sind, Gewinn, Umsatz orientierte Unternehmen, die nichts weiter machen wie eine saubere, kaufmännische Buchhaltung und uns erzählt man Dinge, die so nicht stimmen. Wir werden hinters Licht geführt, uns werden falsche Informationen gegeben und dass nennt man im juristischen, Täuschung im Rechtsverkehr und damit sind alle Verträge, die jemals geschlossen wurden mit uns Treugebern, Täuschung im Rechtsverkehr. Weil wir wurden nicht vollumfänglich über alle Vertragsbestandteile informiert. Und darüber sprechen wir das nächste Mal und wie genau das Steuersystem arbeitet und wie es funktioniert.

So denkt der Staat: Besitz kann Ballast sein, deshalb nimmt uns der Staat nach und nach immer mehr Besitz weg, weil man wünscht keinen zu großen Besitz. Eigentum darf es für das Volk in Deutschland ohnehin nicht geben!



Auf Steuerarten.com finden Sie eine Liste aller Steuerarten in Deutschland von A bis Z. Dass der Fiskus einem gerne in die Tasche greift, ist ja bekannt, aber hätten Sie gewusst, dass es so viele verschiedene Steuern bei uns in Deutschland gibt (bzw. [teilweise](#) gab)? Wirtschafts- und Steuerfaktor Mensch, in Deutschland wird das arbeitende Volk und der Sparer schwer bestraft. Steuervorauszahlungen sind zinslose Darlehen an den Fiskus.

Hinzu kommen noch Steuern auf Steuern, sogar Kinder zu haben steht schon unter Strafe. Die bereits versteuerten Renten werden ab Bezug nochmals versteuert oder werden als Einkommen mit dem noch arbeitenden Ehepartner zusammengelegt und dann höher versteuert. Mit Hinterlist zum Geld! Sogar Renten unter der Grundsicherung müssen nochmals versteuert werden, so die Auskunft am Finanzamt Ravensburg, **Frau Bartnitzke**, im Auftrag von OFD Heck, Amtsleiter Frank **Widmaier**, der bestimmte Steuerbescheide zur Chefsache macht und damit prahlt, dass die Steuereinnahmen in seinem Amt enorm ansteigen. Nur ein toter Rentner ist ein guter Rentner, daraufhin arbeiten die Finanzämter. Über die Beihilfe seines Vorgängers Sattler, Bilanzbetrug in Millionenhöhe, schweigt man sich aus. [Finanzamt Ravensburg](#), siehe unter Fall 10, auch das sind CDU Schäuble seine Finanzamtsmethoden. Das Finanzamt Ravensburg – Weingarten löst ihre Personalprobleme, ihren Personalnotstand, indem sie zum Beispiel, Einkommenssteuererklärungen einfordern, für rückwirkende vier Jahre, mit einer kuzen Abgabefrist von 4 Wochen, so ersparen sie sich die jährliche Abrechnung und trotzdem haben sie eine überlange Bearbeitungszeit. [BMF Steuern von A bis Z](#)



Finanzamtsgeier

Der Sparer bekommt keine Zinsen mehr, im Gegenteil er muss noch Zinsen für sein erspartes zahlen. Das Finanzamt verzinst Nachzahlungen, die sie selber verschleppt haben, mit 2,33 % Zinsaufschlag, §§ 233a der Abgabenordnung. Alles wird immer vom Brutto errechnet, obwohl der Mensch nur vom Netto leben kann, immer weniger NETTO vom BRUTTO, so will es der Staat. Die meisten Steuern werden an der Tankstellen abverlangt, auch die Investitionen der Wirtschaft, Kredite und deren Kosten zahlt der Kunde. Gesamt zahlt man durchschnittlich ca. 73 % [Steuern](#), dass kommt einer Enteignung gleich, so schaffen der Fiskus, der Bund, das Land und die Kommunen bewusst die Armut, es ist politisch alles so gewollt. Die Kommunen können und dürfen weitere Steuerarten erfinden. Die **Steuergeier** kennt in Deutschland keine Grenzen, man kann es auch als eine Art von Ausplünderung, als Vernichtung von Volksvermögen bezeichnen, der Volksmund spricht sogar von Schröpfer und Abzocker, weil Kindergärten, Schulen, Gesundheit und vieles andere kostet alles noch extra.



ARMUT für alle! Abgeltungssteuer, Baulandsteuer, Beförderungssteuer, Biersteuer, Bettensteuer, Börsenumsatzsteuer, Branntweinsteuer, Einkommensteuer, Energiesteuer, Erbschaftsteuer, Ergänzungsabgabe, Essigsäuresteuer, Feuerschutzsteuer, Gesellschaftsteuer, Getränkesteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Hypothekengewinn-Abgabe, Investitionssteuer, Jagd- und Fischereisteuer, Kaffeesteuer, Kapitalertragsteuer, KFZ-Steuer, Kinosteuer, Kirchensteuer, Körperschaftsteuer, Konjunkturzuschlag, Leuchtmittelsteuer, Lohnsteuer, Lustbarkeitssteuer, Mineralölsteuer, Maut, Mehrwertsteuer, Notopfer Berlin, Ökosteuer, Rennwettsteuer, Salzsteuer, Speiseeissteuer, Schankerlaubnissteuer, Schaumweinsteuer, Schenkungsteuer, Solidaritätszuschlag, Stromsteuer, Spielbankabgabe, Spielkartensteuer, Stabilitätszuschlag, Süßstoffsteuer, Tabaksteuer, Tanzsteuer, Teesteuer, Tonnagesteuer, Umsatzsteuer, Vergnügungssteuer, Vermögensabgabe, Vermögensteuer, Verpackungssteuer, Versicherungssteuer. **Weitere Steuern von Bund, Land und Kommunen sind bereits in Planung und sollen erst nach der Wahl bekannt gegeben werden. Die Flüchtlings- und Einwanderungskosten sind lt. Schäuble angeblich doch nicht gedeckt, also schon wieder**

eine Lüge, dass Volk würde damit nicht belastet werden, dass Volk wird mit allem belastet.

Teil 5: In dieser Fortsetzung`s – Gespräch, **Teil2**, zum Thema Finanzamt und die Oberfinanzverwaltungen, im O-Ton aufgezeichnet am 15.03.2017. **Der Feind der Wahrheit ist die Lüge.** Netzwerk Finanzamt und die weiße Folter? Das Gesetz darf dem Menschen keinen Schaden zufügen. Wenn die Fiktion dem Menschen Schaden zufügt, dann muss die Fiktion der Wahrheit weichen. Wenn also die Menschen, die nach Wahrheit streben vom Staat verunglimpft werden, so ist der logische Schluss, dass die Verfassung auf Lüge basieren muss. In der Folge vier sind noch Fragen offengeblieben, die hier weit gehend beantwortet werden sollen. Vielleicht kommt durch diese Informationen etwas mehr Licht ins Dunkel. Wir müssen unsere Werte auch für unsere Enkel und Urenkel erhalten. Dazu sind wir verpflichtet. Alle. Auch die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes. Und wer wider besseren Wissens handelt, haftet privat als Mensch. Deutschland BEWAFFNET sich! Nie wieder Krieg (ohne uns?) Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel. Viele unserer Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit und es werden gezielte PR Hetzkampagnen gestartet. Stürzt Deutschland die ganze Welt wieder ins Chaos? Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen oder Kommentare der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom UN Vertreter beantwortet und veröffentlicht. Es wird demnächst auch eine Live, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt!

Ein kleiner Junge hat in seinem Roman geschrieben: Viele Menschen wissen, dass ein Gehirn ein sehr empfindliches Körperorgan ist das man sehr schonen muss, also man sollte es nicht so oft benutzen und es hat sich mittlerweile sehr weit verbreitet das das Gehirn nicht mehr benutzt wird, eben weil es so empfindlich ist und weil es eventuell beim Nutzen ja zu sehr abnutzen oder beschädigt werden könnte, das führt dazu das mittlerweile immer mehr Menschen in einer Schonungshaltung rumlaufen.



(RRRedaktion) Renten-[Sauerei!](#) Fast sechs Millionen [Senioren](#) müssen Rentensteuer zahlen. Die Rentensteuer trifft immer mehr Senioren! 2012 (aktuellste Zahl) waren bereits 5,94 Millionen Personen mit Renteneinkünften steuerpflichtig. Das waren 2,2 Millionen (+758%) mehr als 2004 (letztes Jahr vor Inkrafttreten der neuen Rentensteuer). In Ravensburg versteuert das Finanzamt sogar die Renten unter der Grundsicherung. **Norbert Blüm:** „Die Rente ist den [Finanzhaien](#) ausgeliefert worden“. Millionen künftiger Rentner droht Altersarmut. Nicht nur, weil seit einiger Zeit viele Arbeitnehmer mit sinkenden Reallöhnen zu kämpfen haben.

Beim letzten Male sind sehr viele Fragen offengeblieben: Ja, das war auch sehr viel auf einmal. Wenn Sie erlauben fasse ich den letzten Abschnitt des letzten Interviews noch einmal zusammen. **Ja, das wäre sehr gut, aber vielleicht können Sie dabei etwas mehr Klarheit schaffen:** Alle Werte (Kollaterale) gehören dem Menschen und werden durch ein sehr kluges und sehr komplexes Treuhandsystem verwaltet. Die Werte (Kollateralansprüche) sind individuell per Wertermittlung über Generationen hinweg zugeordnet, d. h. Kollateralansprüche werden vererbt. Das ist so zu verstehen, wie bei einer Bank, bei der ich ein Guthaben besitze. Nur ist das Guthaben kein Liquiditätsguthaben, sondern eine

Anspruchsstellung an Kollateralwerte, auch Assets genannt. Die Abbildung dieser Assets nennt man Freistellungskonto oder auch Strohmannkonto. Wenn ich Werte schaffe (Lieferung und Leistung) und diese Wertschöpfung anmelde (z.B. mittels einer Einkommenssteuererklärung), dann erhalte ich eine Gutschrift auf dieses Konto. Wenn ich dem System Werte aus Lieferung und Leistung entnehme, so muß ich diese Entnahme bestätigen, denn diese Werte wurden ja von anderen Treugebern und Werteschaffenden eingebracht. Dazu bin ich auch ethisch/moralisch verpflichtet. Denn ebenso wie ich will, daß meine Wertschöpfung verrechnungstechnisch berücksichtigt wird, so sollen auch meine Entnahmen (z.B. Strom, Telefonnutzung usw.) abgerechnet und mit meinem Freistellungskonto verrechnet werden. Diesen Vorgang der Annahme von Leistungen anderer Treugeber nennt man Akzept bzw. Akzeptanz. Die Form ist an sich ganz einfach, wird aber kompliziert gestaltet. (evtl. bewußt?) Zusätzlich müß(t)en auch die Renditen aus der Kollateralnutzung dort verbucht werden. Dort habe ich allerdings noch keine Informationen, wie dies geregelt wird. Kleiner Schwank am Rande: Das Finanzamt fordert nach dreimaliger Abgabe einer Einkommenssteuererklärung diese immer wieder ein. Warum? Gewohnheitsrecht? Ich ermuntere die Menschen immer zu fragen: „Wenn ich schon für das Finanzamt arbeite, möchte ich bezahlt werden“. Oder arbeitet sonst noch jemand ehrenamtlich im Finanzamt? **Norbert Blüm:** „Die [Rente](#) ist den Finanzhaien ausgeliefert worden“! **Dazu zählt auch das Finanzamt!**

Bis jetzt ist alles ganz logisch und einfach: Das ist es auch. Wir wurden zum kompliziert Denken erzogen. Dieses Konto wird zentral über das Bundesschatzamt (Department of the Treasury) verwaltet. Alle Zugriffe auf dieses Konto bzw. Verrechnungsvorgänge finden dort statt. Dies bedeutet, daß die Franchising-Verwaltung GERMANY keinen direkten Zugriff auf dieses Konto hat. Deshalb scheint das tricksen die einzige Möglichkeit zu sein, die Konten der Treugeber zu plündern. Denn GERMANY hat eine Verwaltungslizenz der UN erhalten (wird also als Nation im Seerecht geführt). Diese Verwaltungslizenz ist aber nicht auf das Gebiet bzw. Grund und Boden einer der vielen Treuhandgebietsverwaltungen in Europa orientiert, sondern die Grenzen dieses Kartellgebietes haben nichts mit der Treuhandverwaltung selbst zu tun. Somit ist eine ständige Zuordnung erforderlich, denn die Menschen, die ihre Wurzeln z.B. in Ostpreußen haben, haben dort geerbte Kollateralansprüche. **Lassen Sie uns das aber auf sich beruhen. Das führt uns zu tief.** Deshalb nur abschließend dazu: Wir sind die Besitzer aller Werte. Diese werden fremdverwaltet. Die Fremdverwaltung nennt man Treuhandverwaltung. Dieser Treuhandverwaltung haben unsere Vorfahren vor vielen hundert Jahren unter Seerecht zugestimmt. Das ist ein Vertrag. Und Verträge dürfen nicht gebrochen werden. Und alle die, die aktuell sehr viel Verfolgung erfahren, haben zumeist Verträge gebrochen, von denen sie z.T. nicht einmal etwas wissen. Und das ist aus meiner Sicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist entmündigend für uns alle unter Anwendung des CIC (codex juris canonici), das uns alle pauschal zu Kindern unter 7 Jahre deklariert, die betreut werden müssen. Darauf beruft sich ja auch die Justiz im Rahmen der zwölf Rechtsvermutungen.

Wissen das die Verwaltungsmitarbeiter alles? Die Mitarbeiter in den unteren und mittleren Ebenen auf keinen Fall. Die in den höheren Ebenen ja. Aber diesen wird ein Eid auferlegt, zumeist bevor sie die Wahrheit erfahren. Danach wäre eine Veröffentlichung Eidbruch was extrem schwer bestraft wird. Also ohne den sog. Whistleblower zu nahe zu treten. Wenn sie tatsächlich eidbrechende Geheimnisträger wären, dann würde das System anders reagieren.

Ab welcher Ebene ist das alles bekannt? Das ist schwer zu sagen und wahrscheinlich auch unterschiedlich. Die „Need to know basis“ also jeder weiß nur das was er benötigt um seine Arbeit zu machen, dass führt bis ganz nach oben. Wolfgang Schäuble und Angela Merkel wissen es mit Sicherheit. Ebenso die oberen Ebenen der internationalen Finanzverwaltungen, aber auch dort ist z.T. nur selektives Wissen vorhanden. Ebenso muß davon ausgegangen

werden, daß die Leiter und Leiterinnen von Landessteuerämtern informiert sind. Diese sind aber durch Vorschriften blockiert – können also nur so handeln wie es in den Vorschriften steht – denn sonst wären sie bei Ihren Handlungen nicht mehr versichert. Denn alle Handlungen in Verwaltungen müssen versichert sein. Sonst sind diese Handlungen sog. ultra-vires Handlungen und führen zu Abmahnung und letztendlich zu Kündigungen. Stellen Sie sich mal diesen Druck vor, daß Sie durch Vorschriften gezwungen werden gegen Ihr Gewissen und die Menschlichkeit zu agieren. Ich möchte mit den Mitarbeitern des gehobenen Dienstes definitiv nicht tauschen. Aber vielleicht kommt durch diese Informationen etwas mehr Licht ins Dunkel und wir können diesen Mitmenschen die Last der Verantwortung etwas von den Schultern nehmen. Das ist übrigens meiner Meinung nach auch unsere Pflicht als Treugeber und damit Gläubiger dieses Systems. Und mein Interview bei ihnen ist die Aufforderung, den Menschen, die bereits sind Verantwortung zu übernehmen, diesen Mitarbeitern des gehobenen Dienstes, auch eine Chance zu geben. Die Menschheit pubertiert. D.H. sie testet die Grenzen aus. Das ist keine Böswilligkeit, sondern menschlich. Deshalb sind die, die Fragen stellen keine Feinde des Systems, sondern Freunde, die sich an einer Optimierung beteiligen wollen.

Das hört sich ja sehr versöhnlich an: Ist es auch. Dieses Interview ist deshalb auch kein Angriff auf das System, sondern ich befolge nur die Grundregeln dieses Systems, die lauten: Das Gesetz (für Personen) darf dem Menschen keinen Schaden zufügen. Wenn die Fiktion dem Menschen Schaden zufügt, dann muß die Fiktion der Wahrheit weichen. Wenn also die Menschen, die nach der Wahrheit streben verfassungsfeindlich dargestellt, so ist der logische Schluß, daß die Verfassung auf Lüge basieren muß. Denn der Feind der Wahrheit ist die Lüge. Aber lassen Sie uns die philosophischen Betrachtungen beenden. Das wäre ein eigenes Interview.

Wir waren beim Freistellungskonto stehen geblieben: Wir wissen nun also, was es mit diesem Freistellungskonto auf sich hat. Es ist absolut normal und nichts Böses oder gar verfassungsfeindlich. Es ist einfach nur ein Konto, auf das der Mensch und Verfügungsberechtigte per Unterschrift zugreifen kann. Die Höhe dieses Kontos liegt in unseren Regionen zwischen 200 und 500 Milliarden Dollar. In der Schweiz kann das durchaus in Richtung 1000 Milliarden Dollar gehen. In den sog. Dritte Welt Staaten besteht z.T. gar kein beleihfähiges Guthaben auf Kollateralkonten. Dies führt dazu, daß man selbst bei einem guten Einkommen in Südamerika keine Kredite von Banken bekommt. Denn dieses Konto wird nicht nur von uns als Nutzende der Erträge des Treuhandsystems genutzt, sondern auch als Sicherheiten-Konto für Liquiditätsbestellungen (sog. Kreditverträge) genutzt. Auf dieses Konto gewähren wir auch unbegrenzten Zugriff auf alle beweglichen und unbeweglichen Sachen im Falle des Vertragsbruches. Das nennt man ein Pfandrecht. Die Simulation ist nahezu perfekt und für Laien kaum zu durchschauen.

Und was hat das alles mit Steuern zu tun? Das war nur eine Einleitung, um diesen Vorgang zu verstehen. Denn ich muß leider noch etwas vorabschicken, was ich bereits das letzte Mal ausgeführt hatte. Denn GERMANY hat nicht nur die Verwaltungslizenz für dieses Kartellgebiet erhalten, sondern auch das Recht erhalten, Unterkonten zur Abrechnung zu eröffnen. Da GERMANY die Körper (also die Menschen) nicht direkt nutzen darf, wurde ein Interface geschaffen, so daß die fiktive Welt über dieses Interface auf die Menschen zugreifen kann. Dieses Interface nennt man Person. Dabei ist es irrelevant ob es sich dabei um eine juristische oder natürliche Person handelt. Also werden alle Systemnutzungen unter Nutzung dieses Interface abgerechnet. Und es entsteht eine Haftung über die Person. Bitte daran denken, daß die Person sich über den Namen im Besitz von GERMANY befindet und jegliche Rechtsgeschäfte entsprechend über den Namen abgewickelt werden. Alles was uns als staatlich verkauft wird, sind nur Simulationen von nicht gewinnorientierten (nicht existierende)

Rechtsgeschäften. Dies bedeutet, daß alles was GERMANY abrechnet, der Person (Konto) belastet wird und wir eine Haftungszusage (Akzept) abgeben müssen. Dazu sind wir vertraglich verpflichtet. Und jede Verweigerung ist eine Entehrung der Kartellverwaltung und damit auch der Treuhandverwaltung. Also ein Vertragsbruch. **Wir haben keine Verträge?** Das ist Unsinn. So lange wir die Person, die GERMANY herausgegeben hat, nutzen, stimmen wir den AGBs von GERMANY (also Verfassung + Gesetze) durch die Nutzung zu. Das ist einer der vielen Trugschlüsse.

Ja, denn wenn ich ein Auto bei einer Autovermietung anmiete, dann stimme ich ja auch den AGBs für diese Nutzung zu oder? Ja das ist ein sehr guter Vergleich. Und das genau, das sollten wir uns immer vor Augen halten. Die Person ist eine Sache bzw. ein Interface und die Nutzung dieses Interface ist gebührenpflichtig. Also ist GERMANY zuständig, daß solche Ausgleichsfreigaben für das Freistellungskonto zum Department weitergeleitet werden und das Konto des Treugebers (Person) ausgeglichen wird. Wie nun diese Akzeptanz erfolgt wäre, wenn sich die Kartellgebietsverwaltung an die Regeln hält, theoretisch zumindest, wäre gleichgültig. Es sind bestimmte Formregeln einzuhalten. Nichts Weltbewegendes. Die eine Variante ist, so wie wir es gewohnt sind, Buchgeld an den Herausgeber der Forderung zu übertragen (auch Überweisung oder Abbuchung genannt). Dies beinhaltet die Akzeptanz der Schuld für die Person und die Verbuchungsfreigabe für das Konto. Die Liquidität, die von allen Treugebern gesichert wurde, wird dem Kollateralkonto gutgeschrieben und GERMANY erhält dafür eine Verwaltungsgebühr. Wenn wir alle dieses Konto unter Einhaltung der internationalen Treuhandregeln nutzen könnten, würde nichts dagegen sprechen, aber darauf komme ich später noch. Faktum ist, daß die Nutzung von Liquidität z.B. zum Ausgleich des Steuerkontos, den internationalen Währungsfond und damit die Gemeinschaft belastet. Denn jede Nutzung von Liquidität beinhaltet Gebühren und Versicherungsprämien. Die bessere Variante ist die „bargeldlose“ Variante. Wir akzeptieren die Schuld auf dem Personenkonto und geben die Verbuchung frei. Auch dafür bekäme GERMANY seine Verwaltungsgebühren. Und der IWF wäre nicht belastet durch solche internen Buchungsvorgänge. Denn ohne Verbuchungsfreigabe darf GERMANY und seine Subunternehmen keine Verbuchungen vornehmen, da GERMANY nur der Inhaber des Kontos, nicht aber der Verfügungsberechtigte ist. Denn der Verfügungsberechtigte haftet ja mit seinem Kollateralanspruch für den Ausgleich des Personenkontos.

Das hört sich sehr einfach an und das wäre dann auch diese vielangekündigte bargeldlose Welt? Nicht ganz, denn es betrifft nur Verbuchungen unter Nutzung der Personenkonten von GERMANY und seinen strukturelevanten Subunternehmen. Nicht den Handwerksbetrieb, den Fachhandel und die Ladengeschäfte. Somit könnte niemals ganz auf das sog. Bargeld verzichtet werden. Aber die benötigte Menge wäre erheblich geringer. Und das ist definitiv im Interesse der Treuhandverwaltungen aber nicht im Interesse der Kartellgebietsverwaltungen und exterritorialen Banken. Bezahlung mit Liquidität zerstört das System und ist deshalb Hochverrat an allen anderen Treugebern.

Was sind strukturelevante Subunternehmen? Die bekannteren sind Aldi, Norma, Lidl usw. Dann Unternehmen wie Post, EnBW, Bahn usw. Dann Unternehmen wie Audi, VW, Mercedes usw. Also alles Unternehmen deren Aufgabe es ist, strukturell dieses Kartellgebiet aufrecht zu erhalten. Dazu gehören auch zusätzlich die Subunternehmen Amtsgerichte, Polizei, Landratsämter, Finanzämter und alle Städte und Kommunen, die allesamt Unternehmen sind und umsatz- sowie gewinnorientierte Ziele verfolgen. Das ist keine Wertung. Das ist Fakt. Man sieht es an vielen Kleinigkeiten. Wir haben verlernt genauer hinzusehen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Das bedeutet daß alles eine große Firma mit Subunternehmen ist? Ja, korrekt. Denn alles muß verwaltet werden und ein ca. 350 Jahre alter Vertrag verpflichtet die Betreiber dieses Systems, dieses System unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu verwalten. Und das wäre nicht das Problem, wenn da nicht die Gier ins Spiel käme. Dieser Ansatz mit immer weniger Arbeit immer mehr Liquidität zu bekommen. **Das scheint ein prinzipielles Problem zu sein.** Der Grund für dieses restriktive System, in dem man uns ständig Betrugsabsichten unterstellt und daraus das Recht einer überproportionalen Kontrolle abgeleitet wird. Dabei sitzen die „Betrüger“ an einer ganz anderen Stelle.

Und wo? Es gibt keine Lokalität zu nennen. Deshalb erlaube ich mir den Vorgang rein faktisch zu beschreiben ohne Namen und Subunternehmen zu nennen. Jede Kontoeröffnung, die immer unter der Haftung der Treugeber als Kreditgeber/Gläubiger erfolgt (man nennt das auch Vertragsabschluß), muß bei der IRS (Internal Revenue Service) in den USA gemeldet werden. Dazu gibt es spezielle Formulare. Der Haftende muß jedes Jahr darüber informiert werden, daß dieses Konto weiterhin unter Haftung des Gläubigers genutzt wird. Auch dafür gibt es ein Formular der IRS. Ich kenne niemanden der jemals ein solches Formular, wenigstens in Kopie, zugeschickt bekommen hat. Der Verpflichtung entledigen sich die Kontenschuldner (eröffnende Partei) durch eine Bußgeldzahlung an die IRS. Und die Summe dieses Bußgeldes ist lächerlich. Der Kontenschuldner hat gegenüber dem internationalen Buchungssystem die sog. ausgleichende Verbindlichkeit, dieser der Kontenschuldner jeden Tag nachkommen muß. D.H. jedes Personen-Konto ist jeden Tag aktiva + passiva = 0. Das ist reinste Buchhaltung in der doppelten Buchführung. Wenn nun also per Akzept ausgeglichen wird, so ist die kontenführende Partei berechtigt, die beiden Kontenbestandteile zu verrechnen, so daß aktiva = passiva = 0 ist. Dann kann das Konto gelöscht werden. Ansonsten bleibt dieses Konto bis zum Sankt-Nimmerleinstag bestehen unter der Haftung des Treugebers und Gläubigers. Und da die Person im Besitz von GERMANY ist, steigen die internen Staatsschulden immer weiter. Und wenn ein bestimmter Punkt erreicht ist, so gibt es einen sog. Staatskonkurs, bei dem einfach nur alle Konten abgeglichen werden. Und dann geht es wieder von vorne los. Alles völlig harmlos aber überflüssig, denn der Ausgleich per Akzept würde die regelmäßigen Staatskonkurse unnötig machen. Denn die Verwaltungsorganisation, die sich Staat nennt, hat keine liquiden Mittel, sondern verwaltet nur den Konkurs für die Treugeber/Gläubiger.

War die DM am Ende und man hat deshalb den EURO eingeführt? Nein die DM war noch eine richtige Schuldverschreibung, d.h., das war noch ein richtiges Wertpapier, wo eine richtige Wertpapiernummer aufgeführt wurde, zwei Unterschriften, damit wurden die internationalen Standarts eingehalten. Der Euro an sich, dieser Papierzettel ist überhaupt nichts mehr, er ist weder ein Wertpapier noch sonst irgendetwas. D.h. man hat die ganzen Wertpapiere, die Lira, France, Pesetas, die DM usw. vom Markt genommen, man hat sie dann irgendwo gelagert und hat diese dann durch bunte Papierzettelchen ersetzt.

Das ist ja fast nicht zu glauben: Und diese Staatskonkurse passieren regelmäßig? Ja und das ist auch nichts Schlimmes. Denn ein Konkurs ist doch nur eine Kontenbereinigung. Wir werden über dieses Thema noch beim Interview über das Insolvenzverfahren sprechen. **Aber wir bezahlen ja die Steuern mit Geld.** Genau, und hier geschieht das eigentliche Verbrechen gegenüber den Menschen. Sobald die Liquidität auf dem Personen-Konto eintrifft, hat der Kontenverwalter ein Problem, denn aktiva + passiva \neq 0 und er kann seiner ausgleichenden Verbindlichkeit nicht nachkommen. „Glücklicherweise“ gibt es die doppelte Buchführung. In GERMANY auch Doppik genannt. Und diese erlaubt eine Umbuchung innerhalb des Kontos auf ein sog. Verrechnungskonto, so daß der Kontenverwalter seiner ausgleichenden Verbindlichkeit nachkommen kann. D. h. die durch uns übertragene Liquidität landet auf einem Nebenkonto (über das übrigens Gustl Mollath gestolpert ist) und kann dort zuordnungsfrei

stehen bleiben. Bis zu diesem Zeitpunkt ist noch nichts verwerfliches geschehen. Doch was nun kommt ist haarsträubend. Denn diese Liquidität wird als herrenloses Treibgut eingestuft. Und da wir im Seerecht agieren, hat die findende Partei das Recht, dieses herrenlose Treibgut zu bergen, die Bergung zu melden und wenn sich innerhalb von drei Jahren niemand meldet, dann darf man seine Beute behalten. Diesen Vorgang nennt man action in recoupment. Bergungsrecht. Und diese Liquidität landet dann auf sog. offshore-Konten weltweit.

Das ist ja ein Skandal! Nein ist es nicht. Denn niemand meldet seine Rechte auf diese Liquidität an. Wir geben unsere Ansprüche an diese Liquidität auf. Somit hat der Bergende das Recht das Geborgene zu behalten. Wenn sich niemand meldet? Das Verbrechen ist die fehlende Transparenz. Und dort, genau dort gilt es anzusetzen.

Und was kann man tun? Wenn wir aktuell nicht mit Liquidität ausgleichen, so kommen die Nichtinformierten und pfänden die Konten, plündern die Häuser und leiten Insolvenzverfahren ein. Und dies alles mit der absoluten Überzeugung richtig zu handeln. Die, die wissen worum es geht, machen sich nicht die Finger schmutzig dabei. Motto: sollen die sich doch selbst informieren. Außerdem sind diese Handlungen (nach Vorschrift) alle versichert. Wenn das „hochgeht“ möchte ich nicht in der Haut der Versicherung stecken. Wir werden also durch Weiße Folter (erniedrigendes und entwürdigendes Verhalten zur Erzwingung totaler Unterordnung) gezwungen, deren Vorschriften zu befolgen. Das gilt nicht nur für Steuern, sondern für alle sog. öffentlichen Abgaben und Gebühren. Auf diese Weise wird die gesamte Liquidität, die wir Treugeber bei den Banken unter unserer Haftung bestellen, aus dem Verkehr gezogen, steht also nicht mehr für die Wertschöpfung zur Verfügung, wir Treugeber sind gezwungen wieder neue Liquidität zu bestellen und dabei unsere Kollateralansprüche als Sicherheit zu hinterlegen, diese offshore Konten sind Liquidität außerhalb des Systems (auch Schwarzgeld genannt), was zur Finanzierung von Vorgängen genutzt wird, über die ich hier weder sprechen kann noch will. Aber jeder kann seine Fantasie nutzen. Dies führt schrittweise zu einer Enteignung der Treugeber, die irgendwann keine Kollateralansprüche mehr zur Liquiditätsbildung hinterlegen können. Ich empfehle hierzu den Kinofilm (der vor kurzem erst im Fernsehen lief): In [Time](#) – Deine Zeit läuft ab!

Sie haben noch immer keine Lösung gesagt: Dazu bekommen Sie von mir noch Unterlagen, die sie dann veröffentlichen können. Prinzipiell arbeitet man nicht kostenlos für eine sog. Behörde. Wenn z.B. das Finanzamt von ihnen eine Leistung möchte (Einkommensteuerklärung), dann sollten sie im voraus dafür bezahlt werden. Wie jeder andere Mitarbeiter des FA auch. Das ist ihr Recht. Falls eine Forderung geltend gemacht wird, so fordern sie immer einen Lieferungs- bzw. Leistungsnachweis an. Denn jede Forderung ohne Lieferungs- bzw. Leistungsnachweis ist nach eigenen Angaben der Betreiber-Subunternehmen eine ungebührliche Forderung. Wenn der Ausgleich per Liquidität gefordert wird, so fordert man die gesetzliche Grundlage ein, aus der hervorgeht, daß der Ausgleich ausschließlich mit Liquidität möglich ist. (An Erfüllung statt) I.d.R gleiche ich das per Akzept aus. Das ist aktuell ein sehr schwieriges Ringen mit einem extremen Risiken. Ich muß Laien dringend davon abraten, sich irgendwelche Papiere zu besorgen und dann „mal kurz einen Akzept zu schreiben“. Das funktioniert nicht und führt den Laien meistens in eine wirtschaftliche Katastrophe. Denn das System setzt mit zunehmender Gewaltanwendung seine rein wirtschaftlichen Interessen durch. Wer Akzept schreiben möchte, muß vorher 100% sattelfest sein. Denn hierzu erfordert es sehr großes Hintergrundwissen und vorbereitenden Maßnahmen. Wer aus Konfliktvermeidungsgründen lieber mit Liquidität ausgleicht – was unter den aktuell gegebenen Umständen absolut nachvollziehbar und akzeptabel ist – sollte unbedingt einen Eigentumsvorhalt auf die geleistete Liquidität anmelden. Damit werden Bergungsvorgänge illegal. Alles weitere möchte ich den geneigten Leser bitten, es den Profis zu überlassen. Bitte

keine Aktionen mit irgendwelchen, helfenden Halbwissern. Im Interesse von ihnen und Ihrer Verantwortung z.B. ihrer Familie gegenüber.

An dieser Stelle vielleicht eine kleine Bemerkung: Nicht nur, dass sie nicht dafür bezahlt werden für Ausfüllung einer Einkommenssteuererklärung, die sie dann erstellen müssen in ihrer Freizeit, in ihrer Erholungszeit, nein, es ist ja auch so, dass die bundesrepublikanische Steuergesetze so komplex, so kompliziert sind, dass sie einen Steuerberater benötigen, damit sie den Auftrag des Finanzamtes erledigen können. Die Sachbearbeiter am Finanzamt nehmen nur ihre Erklärung an. Nicht nur das sie hinterher mit einer Forderung bestraft werden, nein sie müssen dann ja auch noch den Steuerberater bezahlen, d. h. sie müssen diese Dienstleistung auch noch bezahlen. Und das alles nur, weil das Finanzamt von ihnen eine Leistung anfordert?

Für uns Journalisten sieht das so aus, dass Behörden oder Gesetze dafür Sorgen, dass neue Wirtschaftzweige mit unserer Not Geld verdienen sollen, die wiederum beim Finanzamt landen. Ja genau und das schöne ist an dem ganzen, der Steuerberater, der bekommt ja nicht nur einen Auftrag, er erhält ein Mandat, d.h. der Steuerberater ist autorisiert unter ihrer Haftung mit dem Finanzamt zu verhandeln, genauso ist es bei einem Rechtsanwalt, d.h. jedes Mandat, dass sie erteilen, autorisiert den Steuerberater, ohne Rücksprache mit ihnen, mit dem Finanzamt eine Deal auszuhandeln. Ein Rechtsanwalt mit dem Gericht oder mit dem Staatsanwalt, hier nennt man das informelle Absprache. Man weiß dann schon vor der Verhandlung, wie es ausgehen wird, es gibt einen Kuhhandel, worüber sie der Rechtsanwalt nicht unbedingt informiert, er denkt dabei an seine Karriere und an die Gebührenordnung, weil der Prozess im Vorfeld bereits schon verloren ist.

Und die Unterlagen? Ich erlaube mir die Unterlagen immer so zu gestalten, daß es für alle nutzbare Hilfen darstellt. Es geht nicht darum das System lahm zu legen. Es geht darum, daß unsere Werte, auch die unsere Enkel und Urenkel erhalten bleiben. Dazu sind wir verpflichtet. Alle. Auch die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes. Und wer wider besseren Wissens handelt, haftet privat als Mensch. Und da ich aus alleine diesen Gründen handle, dies im Wesentlichen ehrenamtlich tue und immer das Wohl des Haupt-Treuhandsystems im Auge habe, gelingt es mir dann trotz massiver Angriffe der Kartellverwaltungen meine Aufgabe zu vollziehen.

In Folge sechs, geht es dann um das organisierte Wirtschaftssterben in Deutschland. Wie Unternehmer, Existenzgründer, Landwirte von Banken, Justiz, Gerichtsvollzieher, Politik, Rechtsanwälte und von Insolvenzverwaltern aufs Kreuz gelegt und ihren Mitteln beraubt werden und wer daran alles noch verdient! Auch Krieg, Arbeitslosigkeit, Asyl, die Flüchtlings- Auswanderungspolitik, die Kinder, Rentner und Hartz4 sind ein enormer Wirtschaftsfaktor, es geht nie um die Menschen, sondern nur ums Geld!

Teil 6: In diesem Fortsetzung`s – Gespräch geht es um das Insolvenzverfahren, im O-Ton aufgezeichnet am 30.03.2017. Deutschland ist wieder unmenschlich, so geht Deutschland derzeit mit den Menschen um, **argumentum ad hominem**, ([Argumentation](#) durch Denunziation!). Die Böse Null kommt aus dem Nichts und hat dem Volk nichts zu bieten! Das Insolvenzverfahren ist für viele Menschen eine existenzielle Katastrophe von der sich viele nie mehr in ihrem Leben erholen. Dazu gehört auch das neue Erbschaftssteuergesetz, es vernichtet Jobs und lässt Traditionsfirmen sterben, sie bewusst in die Insolvenz gehen! Eine gezielte Vernichtung von Volksvermögen, zur Förderung der Armut! Deshalb ist es sehr wichtig einmal die Hintergründe dieser unmenschlichen Verfahren zu durchleuchten. Verstöße gegen die Prinzipien von Treu und Glauben. Wir brauchen rechtliche Konsequenzen für Politiker und Beamte in Deutschland, die ihrem Land und dessen Bevölkerung schaden! Denn,

wer unmenschliche Vorschriften herausgibt oder diese BLIND befolgen, muß dafür auch die persönliche Haftung übernehmen. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen oder Kommentare der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom UN Vertreter beantwortet und veröffentlicht. Es wird demnächst auch eine Life, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt! Die ersten Fragen werden hier am Ende des Artikels beantwortet!



Die RRRedaktion sucht Betroffene und Geschädigte durch Zwangsversteigerung von Amtsgerichten, die sich einer Sammelklagen anschließen wollen. Wir, die RRRedaktion unterstützen gerade eine Sammelklage vor dem [ICC](#) Paris oder am [IGH](#) in Den Haag. Wegen (Germany) Beihilfe zum internationalen Wertpapierbetrug (Treuhandbruch). **Ziel des Verfahrens ist:** Die Einstellung aller laufender Verfahren und Rückabwicklung der vollzogenen Verfahren und Entschädigung, wie immer ist auch Ravensburg und Weingarten mit dabei. Wir recherchieren gerade in einer Zwangsversteigerung, (Esslingen), wo sich früher Anwälte und Richter zum Fest getroffen haben und anschliessend kam ein Finanzbeamter zu einer sehr verbilligten Wohnung, (170 000 Euro) weil die Polizei nicht ermittelt hat. Inzwischen wird schon in den Medien darüber berichtet, wie man sich als kleiner Verbraucher ein Immobilien Schnäppchen über Zwangsversteigerungen ergattern kann. Manche schämen sich nicht sich auf Kosten der Armut noch zu bereichern. Sogar die Kommunen, Bürgermeister mischen dabei mit.

„Wir waren jene, die wussten, aber nicht verstanden, voller Informationen, aber ohne Erkenntnis, randvoll mit Wissen, aber mager an Erfahrung. So gingen wir, von uns selbst nicht aufgehalten.“ (Roger Willemsen)

Zum Interview – Es ist ja kaum zu glauben, daß es bei den Insolvenzverfahren nur um Gläubigerinteressen gehen soll? Definitiv nein. Die meisten Gläubiger dieser Verfahren erhalten nur eine ganz geringe Quote von den geltend gemachten Forderungen. Deshalb ist die Befriedigung der Gläubiger absolut sekundär in diesem Verfahren. Jeder, der sich schon einmal als Gläubiger an einem solchen Verfahren beteiligt hat weiß das. **Die meisten Gläubiger gehen sogar leer aus?** Ja, die Einzigen, die sich an diesen Verfahren eine „goldene Nase“ verdienen sind i.d.R. die, die durch das Amtsgericht beauftragten Rechtsanwälte und deren Ehefrauen. **Die Ehefrauen?** Ja die meisten Partnerinnen von Insolvenzanwälten betreiben eine Immobilienfirma oder die Kanzleien betreiben selbst assoziierte Unternehmen zur Immobilienverwertung. Das ist ein Riesengeschäft zu Lasten der Betroffenen, die dabei i.d.R. alles verlieren, wofür sie ein Leben lang gearbeitet haben.

Eine menschliche Tragödie: Ja, und ein gnadenloses und unmenschliches Geschäft, wenn man die Hintergründe betrachtet. Aber lassen Sie uns strukturiert beginnen. Vielleicht fangen wir mit einem Wortspiel an. In dem Wort Insolvenz steckt das englische Wort to solve oder auch das italienische Wort solvere ... also lösen, auflösen in Lösung bringen. Also geht es hier um Flüssigkeiten um liquide Stoffe also Liquidität. Und wenn jemand nicht im Fluß ist, also nicht liquide ist, ist er insolvent.

Ein nettes Sprachspiel: Es geht so weiter. können sie sich an den Artikel 27 des sog. Grundgesetzes erinnern, in dem alle Kauffahrteischiffe eine einheitliche Handelsflotte bilden? Dies ist schon sehr interessant, daß dieser Begriff mitten im sog. Grundgesetz ohne jeden Bezug oberhalb und unterhalb Verwendung findet... Aber es geht noch weiter. Schauen wir uns den

§263, Nr. 3 Abs. 5 StGB an: „ ... Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen ... einen Versicherungsfall“ (darauf kommen wir später noch!) „vortäuscht, nachdem er oder ein anderer zu diesem Zweck eine Sache von bedeutendem Wert in Brand gesetzt oder durch eine Brandlegung ganz oder teilweise zerstört oder ein Schiff zum Sinken oder Stranden gebracht hat.“ **Sehr interessant.** Ja, schon wieder befinden wir uns im Nautischen. Es wird kein Flugzeug, kein Auto, kein Zug und auch kein Fahrrad erwähnt... aber schon wieder ein Schiff. Da könnte man sich doch provokativ fragen: befindet sich GERMANY vielleicht im Seerecht?

Und es wird definitiv kein anderes Fahrzeug erwähnt? Nein. Nur Schiffe. Das ist schon sehr ungewöhnlich. Wenn nun also jemand sein Schiff auf Grund gesetzt hat (zum Stranden gebracht), also das Schiff keine Flüssigkeit mehr unter dem Kiel hat, dann wird ein Spezialist benötigt, der das Schiff wieder (versichert) entweder in einen Hafen bringt, oder in sichere Gewässer leitet. Und dieser Kapitän (Insolvenzverwalter) ist zertifiziert (also versichert) und wird durch den Inhaber des Schiffes oder Bevollmächtigten Subunternehmen des Herausgebers des Namens beauftragt. Der Kapitän übernimmt das Schiff (Insolvenzverfahren) und führt es innerhalb von 7 Jahren zurück in sichere Gewässer. Das kostet natürlich etwas. Und das muß der Verursacher des Strandens dieses Schiffes bezahlen. Der Mensch, der das Schiff zum Stranden gebracht hat. Auf diese Weise werden die Kosten im Seerecht nach dem Verursacherprinzip verteilt. Und damit das Schiff schneller flott wird, wird die eigene Ladung (Liquidität ersten Grades) sowie die i.d.R. Fremdladung (Liquidität zweiten Grades = Lagerbestände) gelöscht. Und die Besitzer der Liquidität zweiten Grades (Lieferanten der nicht bezahlten Lagerbestände) werden unter Umgehung des verlängerten/erweiterten Eigentumsvorbehaltes einfach enteignet...

Das hört sich absolut abstrus an und bringt uns irgendwie nicht weiter. Ja, aber es ist wichtig zum Verständnis. Ich erinnere daran, daß alles was in großen Blockbuchstaben geschrieben ist entweder eine Firma, ein Toter oder ein Schiff ist... Bitte unbedingt einen Blick in den Reisepass / Personalausweis tätigen.

Aber was kann der Betroffene den tun, denn damit hat er ja keine Handlungshinweise? Handlungshinweise sind extrem schwierig, denn es geht hier um rein buchhalterische Vorgänge. Wenn ich beginne, mich mit einem Problem zu beschäftigen, dann muß ich erst einmal wissen, wo ich stehe. Sonst kann ich keine systematische Lösung erarbeiten. Der nächste Satz ist extrem wichtig: Die PERSON ist insolvent. Nicht der Mensch. Die PERSON wurde zum Stranden gebracht. Nicht der Mensch. Dieser ist nur handlungsunfähig, da das Vehikel, das im GERMANY gegeben hat, ist manövrierunfähig geworden. Und da der Mensch das (angeblich) nicht hinkommt, wird ihm „professionelle“ Hilfe zur Seite gestellt. So ist der eigentliche Gedankengang, der ja an sich nicht schlecht wäre, wäre der eingesetzte Kapitän kein Pirat.

Ja, Hilfe wäre vonnöten, aber der Mensch kommt doch bei diesem Verfahren unter die Räder. Ja – eher unter den Kiel – und das ist das Fatale an diesem Verfahren. Ich muß noch einmal in die Theorie. Was ist denn tatsächlich passiert? Der Mensch hat irgendwann die Schulden der Person nicht mehr bezahlen können. Das sind zumeist Steuerschulden und Schulden bei anderen sog. Behörden. Banken sind i.d.R. mit diesen Verfahren etwas zurückhaltender, denn der sog. Insolvenzverwalter verwaltet also die Insolvenz (er soll also gar nicht helfen) und kennt die Banken und deren Tricks sehr genau. Außerdem greift ein Insolvenzverwalter auch in die private Seite ein. Das nennt sich substanzieller Durchgriff. Das merkt man daran, daß Insolvenzverwalter zumeist extrem kurze Reaktionszeiten (72 Stunden) gewähren. Das ist im Öffentlichen nicht üblich.

Der Insolvenzverwalter ist also privat aktiv? So würde ich es nicht nennen. Aber er hat eine Aufgabe, die nur unter Einbeziehung der privaten Seite des Menschen lösbar ist. Denn er muß alle Konten abgleichen. Dies bedeutet den Abgleich der Aktiva, Passiva und aller Nebenkonten des angeblich Zahlungsunfähigen. Aber lassen Sie mich zuerst das Verfahren im Öffentlichen – also der Personenebene in wenigen Sätzen zusammenfassen:

Das scheint vonnöten, denn da sind Ebenen betroffen, die die wenigsten der Leser kennen. Das kennt wahrscheinlich noch nicht einmal der bearbeitende Rechtspfleger in dieser Dimension. Lassen Sie mich die Insolvenz vollständig auf den Punkt bringen:

1. Die Insolvenz betrifft immer nur die Person
2. Eine Person ist nur ein Konto mit vielen Unterkonten
3. Diese Konten sind nicht mehr gedeckt (Unterdeckung). Es gibt also viele z.T. behauptete Gläubiger.
4. GERMANY und die Unterverwaltungen können der ausgleichenden Verbindlichkeit für diese Konten nicht mehr nachkommen ? zumindest wird das behauptet. Somit müßte GERMANY diese Konten über die Verrechnungskonten ausgleichen.
5. D.h. GERMANY ist gegenüber der internationalen Hauptverwaltungen (z.B. Department of the Treasury) in der Haftung, denn das Unternehmen GERMANY muß eine Bilanz über ALLE Konten erstellen.
6. Diese Behauptung führt zu Verdacht, daß der Verwalter der Person – also der, der zum Ausgleich für seine Investments eine Person erhalten hat, seinen Verpflichtungen nicht nachkommen will bzw. seine Haftung verweigert
7. Die Verweigerungshaltung bzw. die fehlende Fähigkeit zum Ausgleich der Personenkonten führen zur Verpflichtung (§§ 17, 18 Abs. 1, 2 und 19 Abs. 2 InsO) der Gläubiger, einen Insolvenzantrag zu stellen, um andere Gläubiger zu schützen.
8. Damit geht die Verpflichtung des Kontenausgleichs an das beauftragte Subunternehmen Amtsgericht, das wiederum einen lizenzierten (also versicherten) Subunternehmer (Insolvenzanwalt) beauftragt, den Vorgang zu prüfen und wenn Masse in der Öffentlichkeit vorhanden ist, den Kontenausgleich innerhalb von sieben Jahren herbeizuführen.
9. Das Amtsgericht „entmündigt“ den bisherigen Personen-Kontenverwalter – präziser gesagt entzieht dem Investor (Mensch) die Verfügungsberechtigung für alle Personenkonten –, da jedes Amtsgericht ist Verfügungsberechtigter über jedes Personenkonto per se ist. Denn es gibt den Begriff der Verfügung an den Amtsgerichten...
10. Da die Versicherung des Amtsgerichtes mit diesem Vorgang belastet würde, was bei den entsprechenden Summen schnell zu einer Handlungsunfähigkeit der Amtsgerichte führen würde, muß ein externer Verwalter mit eigener Versicherung eingeschaltet werden. So wird die Haftung/Versicherung wiederum abgewälzt.
11. Nun ist es sicherlich nachvollziehbar, daß dieser externe Verwalter sehr hohe Versicherungsprämien zahlen muß (Risikozuschläge) usw.
12. Das heißt letztendlich, daß das Lebenswerk (geschaffene Werte im Öffentlichen) mancher Menschen für Haftungen, Haftungsübernahmen und Versicherungsprämien im Hochrisikobereich (Insolvenzverfahren) verbrannt wird.

Das ist wirklich extrem auf den Punkt gebracht ... und unmenschlich: Ja, es ist unmenschlich, denn es geht ausschließlich um das Geschäft, um Konten, um Bilanzen und um Gewinne, die auf Verrechnungskonten gelagert sind. Und der Betreiber von GERMANY hat absolut kein Interesse, Liquidität vom Verrechnungskonto auf eines der Personenkonten zu transferieren um das Konto auszugleichen. Das ist rein geschäftlich und absolut gnadenlos. Da ist keinerlei menschliche Komponente mehr vorhanden. Das hat auch nichts mit dem bürgerlichen Tod zu tun. Dieser wird mit diesem Kontenmodell umgangen. Denn ohne

Personenkonto ist der Investor – also der Mensch – in der fiktiven Firmenwelt – also z.B. GERMANY – absolut handlungsunfähig. **Wir haben in der RRRedaktion einige solche Insolvenz Fälle zur Recherche. Um nur einen Fall zu benennen, der Fall [Apitz](#), hier wurde alles vernichtet was man nur vernichten konnte, jetzt soll sogar die Mutter entsorgt werden, damit die SPD Gemeinde und der Bürgermeister an ihr Haus kommt.**

Und nach sieben Jahren ist das Verfahren dann abgeschlossen? So würde ich es nicht unbedingt nennen... Nach sieben Jahren ist das öffentliche Verfahren abgeschlossen. Alle Schulden werden vergeben und ausschließlich die Gebühren für die Verwaltung (Insolvenzverwalter) müssen noch bezahlt werden, bevor der Mensch wieder an das Ruder des Schiffes gelassen wird. Ist ja logisch. Erst Gebühren ... dann darf er wieder.

Logisch und gnadenlos, wie Sie schon sagten: Das Verfahren wäre an sich nicht einmal so problematisch, wenn man den betroffenen Menschen richtig einbinden würde und ihm die Möglichkeit gäbe, die Angelegenheit unter Nutzung seines privaten Freistellungskontos zu bereinigen. Aber das wäre ja dann kein Geschäft mehr und das wesentlichere Problem: Man müßte den Menschen erklären wer sie sind, was sie sind und über welche Möglichkeiten sie verfügen. Dann würde das System die emotionale Kontrolle – Schuldkomplex – verlieren und die Menschen wären plötzlich frei von Schuld. Das ist offensichtlich nicht im Sinne der Betreiber dieses Systems.

Aber geht es denn nicht um Gewinne? Es geht um Kontrolle und um ein perfides Kontrollsystem, in dem Menschen des sog. öffentlichen Dienstes dazu instrumentalisiert werden ihre Mitmenschen zu betrügen ohne daß sich die Betreiber dieses Systems dabei „die Finger schmutzig“ machen. Und es geht um einen legalisierten Zugriff auf die Kollateralkonten/Freistellungskonten der Investoren – Menschen –. Dieser ist, wie schon in vorangehenden Interviews gesagt, GERMANY nicht so ohne weiteres möglich. Sie erlauben, daß ich dazu ein ganz besonders pervernes Beispiel bringe?

Ja, denn die Verbreitung der Wahrheit scheint hier vonnöten zu sein. Es gibt eine Situation, wo ich schon sehr häufig eine nachvollziehbare Verständnislosigkeit der Betroffenen erlebt habe. Gleichzeitig ist es eines der perversesten Geschäftsmodelle das ich kenne. Beispiel: Da gibt es einen kleinen Handwerksbetrieb mit 3-5 Angestellten. Die meisten schon etwas älter. Vielleicht sogar schon über 55 Jahre usw. Dieser Handwerksbetrieb hat Liquiditätsprobleme, weil vielleicht sogar ein Auftraggeber der sog. öffentlichen Hand seine Rechnungen nicht bezahlt. Somit kann der Handwerksbetrieb seinen eigenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Aber der Betreiber dieses Handwerksbetriebes ist ein schlauer Fuchs und schafft es irgendwie, alle seine Lieferanten zu befriedigen. Nur bei der Krankenkasse schludert er ein wenig, weil er sich denkt: „die müssen ja ein Interesse haben, daß meine Mitarbeiter in Brot und Arbeit sind, dann bekommen die ja weiterhin ihre Beiträge“. Das mag für die Mitarbeiter der Krankenkassen in den unteren Ebenen stimmen, aber nicht für die Betreiber in der Chefetage. Deshalb reichen Kra(n)kenkassen nach Vorschrift selbst bei wenigen hundert Euro Beitragsrückstand – das ist sogar vertraglich geregelt – die Insolvenz für diesen kleinen Handwerksbetrieb ein. Und wenn was zu holen ist ...

Ja, das ist bekannt und vielerorts schon vollzogen worden, auch Ravensburg ist dafür bekannt. Aber das stimmt doch auch. Die Krankenkassen verlieren dabei Beitragseingänge. Ja, die Krankenkassen verlieren das Trinkgeld. Bitte verzeihen Sie den Sarkasmus. Wir reden hier von unglaublichen menschlichen Schicksalen. Die Betreiber kleiner Handwerksbetriebe verlieren in der Regel alles wofür sie und ihre Familien z.T. über Generationen gearbeitet haben und enden in Hartz IV. Manchmal ein paar ehemalige

Mitarbeiter dieses Handwerksbetriebes ebenso. Dann ist die Beute der Sozialversicherer noch größer.

Wieso die Beute? Das ist nicht nachvollziehbar. Wenn dieses Geschäftsmodell läuft, ist jeder Betroffene gezwungen Anträge auf Unterstützung bei verschiedenen Subunternehmen (Landratsamt, Sozialamt usw.) zu stellen. Jeder Antrag führt dazu, daß bei der Europäischen Union ein Antrag von GERMANY auf das sog. Private Budget gestellt wird. Dieses private Budget wird i.d.R. für einen notleidenden Investor (Mensch) genehmigt. Zur Bildung der dafür erforderlich Liquidität – denn der Notleidende benötigt ja Liquidität –, um seine Familie versorgen zu können (was für ein subtiler Betrug). Dazu wird das Kollateralkonto im Auftrag des Notleidenden – immerhin hat er ja diesen Antrag gestellt, daß sein Kollateral in Liquidität umgewandelt werden soll – unter der Haftung seines Kollateralanspruches Liquidität gebildet, die dann an die Sozialversicherer als Dienstleister ausgezahlt wird. Denn die Auszahlung erfolgt über die Person, also das Personenkonto. Denn etwas Anderes kann GERMANY und seine Subunternehmen gar nicht verwalten bzw. nutzen. Somit gelangt dann diese Liquidität unter der Haftung des Kollateral des Notleidenden über die Sozialversicherer am Ende beim der Familie des Notleidenden.

Was ja an sich auch positiv ist oder? Dazu war das Ganze ja auch gedacht. Jeder macht einmal Fehler und wir alle, die Gemeinschaft der Menschen tragen jemanden, dem ein Fehler unterlaufen ist mit und damit das alles sauber abgerechnet werden kann, gibt es ein großes Verrechnungskonto (Freistellungskonto). Das Problem aktuell sind die Gebühren, die GERMANY und seine Subunternehmen einstecken. Denn die Auszahlungssumme betrug vor drei Jahren 13.650 € pro Monat durch die EU an die Sozialversicherer. Nun ist wohl nachvollziehbar, daß sich so ein Vorschriftenmodell der Sozialversicherer lohnt. Und der, der diese Vorschriften entwickelt hat, hat sich dabei definitiv keine Gedanken um den Menschen, sondern eher um seine eigenen Gewinne aus der Verwaltung des Kartellgebietes GERMANY gemacht.

Wissen das die Mitarbeiter z.B. bei den Krankenkassen? Nein, denn sie werden mißbraucht. Selbst die Mitarbeiter der unteren Ebenen der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH wissen dies nicht. Aber die aus den oberen Ebenen wissen das. Und dort stammt diese Information her. Denn das Gewissen ist ein nicht zu unterschätzender Faktor. Da ist ja auch der Grund, warum sich immer mehr Menschen, auch im öffentlichen Dienst auflehnen. Und dann werden sie in Deutschland sofort als [Reichsbürger](#) denunziert und anschließend suspendiert. Wer sich in Deutschland nicht bedingungslos unterordnet ist künftig ein Reichsbürger, wir erhalten viele Klagen aus allen Schichten. **Ja, auch wir erhalten in der RRRedaktion Hinweise solcher staatlicher Vorgehensweisen.** Ja, auch wer ein Gewissen hat, wird in Deutschland zum Reichsbürger abgestempelt, sogar von seinen eigenen Kollegen. Denunziation ist einfacher als nachdenken. **argumentum ad hominem** ([Argumentation](#) durch Denunziation!) Gerade darüber sollten die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes einmal nachdenken. Den meisten ist doch zwischenzeitlich klar, daß alles im sog. öffentlichen Dienst nach Umsatz- und Gewinnprämissen abläuft. Und je klarer allen Menschen wird, daß nicht mehr unser Gewissen/Menschlichkeit/Solidarität unsere Handlungen leitet, sondern ausschließlich die Gewinnabsichten einiger Weniger, ohne daß wir es z.T. merken, um so mehr wird sich die uns angeborne Menschlichkeit und Solidarität wieder durchsetzen und das Plünderungssystem wird schwächer.



Archiv



Archiv

Deshalb ja auch diese Interviewserie um aufzuklären. Ja, genau deshalb. Darum geht es. Jeder hat die Wahl sich zu entscheiden, ob er sich gnadenlosen und unmenschlichen Gewinnmaximierungsvorgaben unterwirft, oder wieder nach seinem Herzen lebt. Und in dem Maße wie wir beginnen unserem Herzen zu folgen, verlieren die Betreiber dieses Systems ihre Schergen – liebe Leser verzeihen Sie das harte Urteil –, denn nur mit den nicht denkenden Schergen kann dieses System in dieser Form aufrechterhalten werden. Es ist genug da. Liquidität, Fähigkeit Werte zu schöpfen, Solidarität und Menschlichkeit. Man zwingt uns durch wirtschaftliche Druck unser Gewissen zu leugnen. Wir werden davon (psychisch) krank und anstatt etwas zu ändern, gehen wir zu einem Arzt und lassen uns Medikamente verschreiben, die uns wieder funktionieren lassen. Das ist der Teufelskreislauf, den es zu durchbrechen gilt. So sahen damals die Reichsbürgergesetze aus, mit denen Deutschland heute wieder alle Kritiker vergleicht: [Das Reichsbürgergesetz NamÄndG](#)

RRRedaktion – Das ist ja das, was ein berühmter Mann einmal sagte...Ja, „die Veränderungen, die Du Dir im Außen wünschst, müssen zuerst im Inneren geschehen“ **.oder so:** Sollte es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, die Welt ein Stückchen besser und menschlicher zu machen für uns, unsere Kinder und alle weiteren nachfolgenden Generationen? Fordern wir die Menschen, unsere Politiker, unsere Anwälte, die Medien, die Beamten, die Wirtschaft auf, endlich zu Handeln! Die Zeit ist reif. „Sei du selbst die Veränderung, die du in der Welt sehen willst!“ (Mahatma Gandhi)

Anmerkung: An die Bürger in Uniform, mehr Offenheit und Ehrlichkeit statt [Hinterlist!](#) Ist sich unsere heutige [Polizei](#), den Bürgern in Uniform bewusst, welche [Verantwortung](#) sie gegenüber unserer Geschichte von 1933-1945 haben? Was und wer war die [Polizei](#) damals, was sind in BaWü Strobl (CDU) und de Maizière (CDU) heute? Offener [Brief](#) eines Polizeibeamten!

Wir wissen doch alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel. Ist die Bundeswehr, die Polizei inzwischen zu einer PRIVAT Armee, PRIVAT [Polizei](#) geworden? Man merkt es am Schwur bei der [Bundeswehr](#) und bei der [Polizei](#). Der Schwur geht nicht mehr aufs Volk, sondern auf den Staat, Soldaten und Polizisten sind zu [Kombattanten](#) geworden, auch Söldner genannt? Dadurch fallen sie nicht mehr unter das Genfer Abkommen, zum Schutze von Zivilpersonen und Verwundeten (0.581.51) **Vergleich zur Nazizeit:** Da wurde auf Hitler, bzw. auf das 3. Reich geschworen, deshalb waren die [Rheinwiesenlager](#) völkerrechtlich legal = Völkermord, weil es sich um Söldner handelte! Wurden deshalb Menschen wie Müll in die [Rheinwiesen](#) gekippt?

In der Folge „Sieben“ geben wir unseren Lesern Handlungsanregungen für die Gewohnheitsrechtsverträge, gegenüber dem Finanzamt, dem Amtsgericht und für alle anderen sogenannten Behörden.

Leser Fragen und die Antworten: CH. M fragt:

•es wird von einem Lizenzvertrag, den die UN mit der Bundesrepublik angeblich hat, gesprochen. Wie genau heißt der bzw. da es ja dann ein öffentlicher Vertrag ist, ist der irgendwo einzusehen?

- ich habe ja durch die Ausstellung meiner Geburtsurkunde meine Person von der BRD bekommen. Das heißt, ich der Mann agiere durch diese in der fiktiven Welt dieser Verwaltung. Wenn nun aber z.B. diese Verwaltung mich unter Zuhilfenahme der kommerziellen Inquisition fertig machen will, und ich dann ausdrücklich sagen würde, daß ich nicht mehr für diese Person handle, hätten sie doch theoretisch keinen Zugriff mehr auf mich (meinen Körper) als Mann? Ich kann doch die Person benutzen, muss aber nicht, oder?
- wenn, wie der Diplomat schreibt, bei Herausgabe eines Gesetzes keiner widerspricht, so gelte dieser Vertrag als angenommen. Bedeutet das, daß ich als einzelner Mensch dort Widerspruch einlegen könnte? Wenn ja, mit welcher Konsequenz?
- im Text steht daß das 3. Reich seine Kartellgrenzen durch Krieg erweitern wollte, was gegen die Verträge der UN waren. Die UN wurden aber meines Wissens nach erst am 01.01.1942 gegründet. Meinte der Diplomat hier den Völkerbund, aus dem wäre aber das Dt. Reich ausgetreten?
- im Netz gibt es genug Beispiele, wie GEZ-Gebühren oder OwiG-Gebühren bei einigen trotz ihrer Zurückweisung dieser Vertragsangebote zwangsbeigetrieben wurden. Gibt es den hier keine offizielle Stelle (beispielsweise in der UN), an die man sich zwecks Beschwerde wenden könnte?
- ich las auch noch irgendwo in den Texten von einer Liste an Fragen, mit denen man mal Richtern, Staatsanwälten etc auf den Zahn fühlen könnte. Können Sie mir bitte diese zukommen lassen? Dazu würde ich Sie gerne bitten, nachfolgende Fragen an ihn zwecks Beantwortung weiterzuleiten.

Antwort: Zuerst einmal möchte ich die werten Leser der RRRedaktion um Verzeihung bitten, aber es ist weltweit aktuell extrem viel in Bewegung. Meine Kollegen und ich haben derzeit sehr viel um die Ohren.

Bereitstellung eines anonymer Servers: Es geht um die Verbreitung von Wissen, damit die Menschen selbst entscheiden können und sich aus der Fremdsteuerung lösen können. Es stimmt mich sehr traurig, daß diese Wahrheit anonym verbreitet werden muß, da jeder, der Wahrheit ans Licht bringt, offensichtlich gefährdet ist. Dieses System als ein freiheitlich demokratisches Rechtssystem zu bezeichnen ist schon sehr vermessen. Aber jede Verbreitung hilft. Ob anonym oder offen. Denn nur das Wissen um Zusammenhänge hält zurückgegebene Rechte (Trump / Putin), bei den Menschen.

Berliner Flughafen: Ich bitte jeden, der rechnen kann, einmal auszurechnen, wie lange ein Überschalljet, der in BER startet – und das auch noch in die „richtige“ Startrichtung – nach Moskau braucht. Und nun kann man sich mit etwas Fantasie eine entsprechend gefährliche Fracht vorstellen, die das Leben vieler Russischer Menschen gefährden könnte. Ich für meinen Teil denke, daß BER erst dann in Betrieb geht, wenn weniger Aggression von Seiten der absolutistisch wirkenden Machthabenden in Berlin gegenüber dem Handelspartner Russische Föderation ausgeht. Somit stimme ich dem Fragenden zu: Manchmal ist ein Vorwand besser als die Wahrheit.

Lizenzvertrag mit der Bundesrepublik: Dieser Vertrag ist privat, denn der Inhaber der Bundesrepublik/GERMANY ist keine Person, sondern ein Mann. Deshalb ist dieser Vertrag ebenso wenig einsehbar wie die anderen Privatverträge wie z.B. ZETA und TTIP, die ebenfalls zwischen den Inhabern der Firmen, die sich Staaten nennen geschlossen werden. Wieso sollte sich der Franchising-Nehmer von GERMANY auch in die Karten sehen lassen? Dies ist genauso wie in jedem anderen Unternehmen auch. Denn kein Unternehmer würde seinen Mitarbeitern einen Blick in die Firmenpolitik bzw. Geschäftspapiere gestatten, oder?

Nutzung der Person bzw. Verweigerung: Die Geburtsurkunde ist im Grunde ein BOND (Versicherung), der den Eltern des Kindes bei der Geburt übergeben wird. Die Basis dieses BONDS ist der Mutterkuchen, den die Eltern freiwillig den Betreibern dieses Systems überschreiben. Sie erhalten dafür eine Quittung, die das Kind später als eine Art Begünstigungsbestätigung nutzen könnte, wenn das System es erklären würde (wo ist eigentlich die Bedienungsanleitung für Personen?). Nicht der lebende Mensch ist die Basis für den BOND. Denn kein lebender Mensch darf (eigentlich) als Basis für einen BOND genutzt werden. Das wird nur im Strafprozessbereich (körperliche Haftung = Haftbefehl) gemacht. Die Person ist ein Konto, welches ich nutzen kann oder auch nicht. Ohne Konto hat niemand die Möglichkeit seine Geschäfte innerhalb der Firma GERMANY abzuwickeln. Deshalb benötigen Sie die Person und das zugehörige Investment-Bestätigungsdokument ... den Personalausweis/Reisepass. Ohne diesen Nachweis wird der Zugang zur Firmenstruktur (auch Staatsstruktur genannt) verweigert. Ohne diesen Nachweis gibt es nichts im System ... und ohne Person/Konto kann sich niemand im System von GERMANY bewegen. Versuchen Sie mal etwas zu überweisen ohne Konto. GERMANY hat immer und zu jedem Zeitpunkt Zugang zu dem Konto, denn GERMANY ist der „Eigentümer“ des Kontos. Deshalb ist es ja auch so einfach jedes beliebige Bankkonto einfach zu pfänden ... auch ohne Gerichtsurteil. Wir, die Investoren sind nur die Verfügungsberechtigten dieses Kontos und haben dafür eine Haftung. Und diese Haftungsseite versucht GERMANY zu manipulieren, indem GERMANY Vorschriften erfindet (auch Gesetze genannt) die GERMANY eine autorisierte Haftungsverschiebung ermöglicht (z.B. ARD ZDF Deutschlandradio). Und wenn der Investor sich weigert die Haftung anzunehmen, dann wird ihm Schritt für Schritt der Zugang zum System „abgedreht“, bis er wieder „spurt“.

Im Prinzip ist es ganz einfach: Wer nicht mitspielt wird aus dem Spiel ausgeschlossen. Und die Spielregeln werden durch das „demokratische“ GERMANY bestimmt. Die Spielregeln (Gesetze) werden im sog. Bundesanzeiger veröffentlicht. Und da niemand widerspricht gelten diese Spielregeln auch als akzeptiert. Also konkludente Zustimmung. Ungeachtet dessen, daß die sog. Justiz behauptet konkludentes Verhalten gibt es laut Gesetz nicht. Wer Schweigt stimmt zu.
Lange Rede kurzer Sinn: Verweigern bringt uns alle nicht weiter. Wir müssen handeln und Fragen stellen. Das System hinterfragen und viele dieser sog. Spielregeln (z.T. aus dem Dritten Reich) ad absurdum führen.

Gesetzesveröffentlichungen widersprechen: Das ist ein sehr interessantes Modell. Ja, jeder kann Widerspruch einlegen. Und es muß getreu der Regeln der behaupteten Demokratie bearbeitet werden. Der Vorgang landet beim Petitionsausschuß (Petit = Klein) – man macht unsere Eingabe klein – und versucht die Widersprechenden zum Diskutieren zu bewegen. Dies nennt man zur „Einlassung bewegen“. Wer diskutiert hat verloren. Die Konsequenz wäre, daß dieses Gesetz (AGB-Erweiterung für die Nutzung der Personen) nicht genutzt werden kann, bis der Widerspruch bearbeitet ist.
Werte Leser, Sie wissen was zu tun ist, oder?

UN und Kartellgebiet: Die Kartellgebietsregelungen wurden bereits 1814-1815 im Wiener Kongress festgelegt. Dort wurde dann die Liga der Nationen gegründet. Von diesem Zeitpunkt an wurde konsequent der Umbau dieser Welt (Welt nach vatikanischer Definition) vorangetrieben. Und wer nicht mitspielte (z.B. Deutsches Reich ... Libyen), der wurde „beseitigt“.

Das sog. Dritte Reich hatte eine andere Aufgabe. Aber das führt definitiv zu weit. Die Menschen in Zentraleuropa – die sog. Deutschen – sollten sich von dem Gedanken einer

Erbschuld lösen, denn Krieg ist ein Geschäftsmodell und dient u.a. auch über Bilanzverkürzungsmaßnahmen ausschließlich dem Geschäft. Und eine Schuld kann auch zum Geschäft werde, wie es deutlicher wohl kaum zu finden ist in der restlichen Welt. ARD ZDF Deutschlandradio Vollstreckungen. Das ist fast ein eigenes Interview.

Faktum ist: Gegen Faustrecht gibt es keine Gegenmittel. Und dieses Faustrecht findet in diesen Verfahren reichlich Anwendung. **Faktum ist auch:** Diese Organisation (ARD ZDF Deutschlandradio) ist nicht rechtsfähig und kann weder Forderungen herausgeben noch betreiben. Deshalb werden immer mehr sog. öffentliche Einrichtungen und deren unwissende Mitarbeiter mißbraucht. Es ist genau betrachtet das größte Betrugsprojekt von GERMANY der letzten Jahrzehnte. Das Modell ist mit dem IHK-Modell vergleichbar. Es wird behauptet, daß ein Vertrag abgeschlossen wurde (konkludent oder wer war dazu autorisiert? Wer haftet für diesen Vertragsabschluß? Wer ist die vertretungsberechtigte Partei bei dem Abschluß usw.) und daß nur die Gebühren für diesen Vertrag eingetrieben werden. Der Vertragsabschluß erfolgte durch eine Meldung beim Einwohnermeldeamt/ Gewerbeanmeldung. Weder bei der Meldung auf dem Einwohnermeldeamt noch bei der Gewerbeanmeldung wird der Zeichnende auf diesen Vertragsabschluß hingewiesen. Dies nennt man Täuschung im Rechtsverkehr, da dem Zeichnenden zum Zeitpunkt der Unterzeichnung nicht alle Vertragsgegenstände offengelegt werden. Ein anderer Begriff dafür ist der sog. hidden contract (versteckter Vertrag) bzw. der sog. hidden adhesive contract (der versteckte Anhangsvertrag). Beide Vertragsabschlüsse sind hochgradig kriminell und international geächtet, da diese Form der Vertragsabschlüsse ausschließlich in der organisierten Kriminalität für betrügerische Machenschaften genutzt werden. Desweiteren gibt es weder eine Rechtsbehelfsbelehrung noch eine Widerspruchsbelehrung. Denn immerhin ist das ein Vertragsabschluß, bei dem sich der Investor in eine Haftung begibt. Eine Strafverfolgung bei Anzeige findet nicht statt, da laut Staatsanwaltschaften kein öffentliches Interesse besteht, denn das öffentliche Interesse scheint die ausschließliche Eintreibung von Geld zu sein. Deshalb ermitteln die offensichtlich als Komplizen arbeitenden Staatsanwaltschaften nicht. Denn die öffentlichen Interessen sind erst dann berührt, wenn die Eintreiber dieser Gebühren beim Eintreiben einen wirtschaftlichen Schaden erleiden und daraufhin eventuell Arbeitsverweigerungen um sich greifen könnten. Dann und erst dann wird durch die Komplizen (Staatsanwaltschaft) ein Ermittlungsverfahren wegen Nötigung und Erpressung gegen den eigentlich Geschädigten eingeleitet. Das nennt man dann Gerechtigkeit... jeder muß doch bezahlen, oder? Es mangelt an Solidarität unter den Menschen. Und das macht sich das System zu nutze. **Fragen an öffentliche Stellen:** Daraus machen wir ein eigenes Interview.

Der Bundesverband Credit management e.V. informiert: Die Reform des Insolvenzrechtes geht in die entscheidende Phase. Nach jahrelanger Überzeugungsarbeit durch den Bundesverband Credit Management e.V. ([BvCM](#)) und seine Mitstreiter geht nun alles ganz schnell: Während in diesen Minuten im Rechtsausschuss des Bundestages noch über die Inhalte der zwischen CDU/CSU und SPD gefundenen Lösung im Streit um das Fiskusprivileg diskutiert wird, ist die Abstimmung über die finale Version des Reformgesetzes war bereits für den 16. Februar 2017, um 20.10 Uhr im Bundestag angesetzt. Die Reform des Insolvenzrechtes geht in die entscheidende Phase. Nach jahrelanger Überzeugungsarbeit durch den Bundesverband Credit Management e.V. (BvCM) und seine Mitstreiter geht nun alles ganz schnell: Während in diesen Minuten im Rechtsausschuss des Bundestages noch über die Inhalte der zwischen CDU/CSU und SPD gefundenen Lösung im Streit um das Fiskusprivileg diskutiert wird, ist die Abstimmung über die finale Version des Reformgesetzes bereits für den, 16. Februar 2017, um 20.10 Uhr im Bundestag angesetzt.

Der BvCM hatte die Diskussion um die Reform des Insolvenzrechtes zuletzt mit einem offenen Brief an die Minister Maas und Dr. Schäuble unterstützt. Die Teilnehmer des Bundeskongresses des Verbandes machten darin nochmals die Dringlichkeit der Reform angesichts der spürbaren Auswirkungen der Anfechtungsthematik auf die Bereitschaft zur Vergabe von Lieferantenkrediten deutlich. „Wir sind glücklich, dass sich unser jahrelanges Bemühen um eine Reform nun endlich auszuzahlen scheint“, so Rechtsanwalt Lutz Paschen, Hauptstadtrepräsentant des BvCM. „Wir hoffen, der Reform gelingt es, das angeschlagene Vertrauen zwischen den Geschäftspartnern wieder herzustellen“. Der Verband wird seine Mitglieder nach Verabschiedung des Gesetzes schnellstmöglich über die wesentlichen Änderungen informieren. Dem Bundesverband Credit Management (BvCM) gehören rund 1.200 Mitglieder an, die ein Volumen von knapp 900 Milliarden Euro an Kreditentscheidungen repräsentieren.

Teil 7: Die neue [Seidenstraße](#) wäre ein Segen für uns alle, ein Welt-Krieg der USA und Deutschland soll das aber verhindern. Sie sollten lieber gemeinsam beitreten, anstatt den Rüstungskonzernen, der Kauder, von der Leyen CDU (Heckler & Koch) Elite, zu noch mehr Gewinnen verhelfen. Habgier, Blut, Menschenleben, Völkermord für die Wirtschaft, ist nicht die Weltlösung. In dieser Interview Folge, im O-Ton aufgezeichnet am 20.04.2017, geben wir auch unseren Lesern Handlungsanregungen für die Gewohnheitsrechtsverträge, gegenüber dem **Finanzamt**, dem Amtsgericht und für alle anderen sogenannten Behörden. Jeder sollte vorsorglich den verlängerten Eigentumsvorbehalt für die mit Euro gezahlten Steuern anmelden. Denn solange kein adäquater Ausgleich erfolgt ist, bleibt jegliche Leistung, die erbracht wurde, im Besitz des Erbringers. Das ist ein Formular, das jeder ohne Probleme einbringen kann und sogar muss. Denn sonst begeht er kommerziellen Hochverrat an seinen Mitinvestoren in diesem Finanzsystem. > Das Formular wird noch ergänzt. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen oder Kommentare der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom UN Vertreter beantwortet und veröffentlicht. Es wird demnächst auch eine Life, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt! Ihre Fragen werden jeweils am Ende des nächstfolgenden Artikels beantwortet!

„Je weiter sich eine Gesellschaft von der Wahrheit entfernt, desto mehr wird sie jene hassen, die sie aussprechen!“



Wir haben nun sehr viel über den ganzen Aufbau und über die Strukturen gesprochen. Sie haben Hinweise gegeben und vielen Menschen zwar Mut gemacht, aber es fehlen einfach konkrete Handlungshinweise und viele der Leser fragen nach konkreten und machbaren Handlungshinweisen. Ja, das ist richtig. Es ist auch schwierig konkrete Handlungshinweise zu geben, denn wie jeder Mensch, so sind auch die Situationen jedes Individuums unterschiedlich. Somit sind individuelle Beratungen fast unmöglich, denn zu jeder Situation gibt es eine oder mehrere Entstehungsgeschichten in denen zumeist auch schon eine Lösung liegt. Aus diesem Grunde vermeide ich auch individuelle Beratungen, die nicht nur die Gefahr bergen mit diesem System wegen „illegaler“ Rechtsberatung zu kollidieren, sondern auch die Gefahr bergen eine große Verantwortung für einen Anderen zu übernehmen.

Aber die Menschen benötigen Hilfe, um sich selbst zu befreien. Ja, denn wir alle wurden nie dafür geschult, unsere Rechtsgeschäfte und genau darum geht es, selbst und

eigenverantwortlich abzuwickeln. Wir müssen den Mut, die Risikobereitschaft und das Selbstvertrauen haben wieder selbst in die Verantwortung für uns selbst zu gehen. Und das ist der Hintergrund für unser heutiges Interview. Ich erlaube mir Anregungen zu geben, wie sich die Menschen in einer ehrenvollen Art und Weise aus dieser Eisenklammer der kommerziellen Plünderung befreien können. Im späteren Verlauf werden wir auch über Lösungsmodelle sprechen.

Es gibt zwischenzeitlich sehr gute Referenten für diese Themen. Gute Referenten sind die, die keine Lösungen z.B. auf einer CD verkaufen und die Menschen dazu anregen, ihren Verstand und ihre Kreativität zu nutzen. Diese guten Referenten vermitteln ein breites Basiswissen in handelsrechtlichen Angelegenheiten und schulen die Teilnehmer in korrektem Handeln. Denn in dem Maße, wie die Menschen anfangen korrekt zu handeln, zwingen Sie die Plünderer des Systems in das unrechte Handeln, verstärkt in die üblichen Tricksereien und am Ende in das Faustrecht. Denn die Ohnmacht dieses Systems steigt täglich und Ohnmacht führt immer zu Gewalt. Das sieht man, wir beobachten es bereits bei dieser [Reichsbürger](#)-Phobie in den Behörden. In guten Seminaren halten sich auch maximal 20-30 Leute auf. Somit sind diese Seminare auch etwas teurer. Aber die Referenten können stärker auf das Individuum im Seminar eingehen. Gute Referenten ziehen auch den Teilnehmern nicht den letzten Euro aus der Tasche und haben i.d.R. immer eine soziale Komponente in den Seminaren.

Ein weiterer Erkennungspunkt für Seminare ist, daß es dort nie um „DIE Lösung“ geht, sondern immer um logische Zusammenhänge, die individuelle Lösungen eröffnen. Denn „DIE Lösung“ gibt es nicht. Auch Seminare, die einzig und alleine die wirtschaftliche Komponente beinhalten, halte ich langfristig für unvorteilhaft für die Seminarteilnehmer, da diese Seminare etwas versprechen was nicht haltbar ist. Jeder Seminarteilnehmer ist aus einem bestimmten Grund in die Situation gekommen in der er sich befindet. Und jeder kann sich selbst daraus befreien. Ein herauskaufen, so könnte man rein finanzielle Modelle auch nennen, führen zu keiner dauerhaften Weiterentwicklung der Teilnehmer. Aber darum geht es. Wir befreien uns selbst. Und jedes Seminar, das uns dabei hilft, ist Gold wert. Denn es macht uns unabhängig vom System und sog. Helfern.

Das ist aber wieder sehr philosophisch und keine echte Hilfe. Ja, es gibt Lösungsmodelle, die uns aus unserer eigenen Passivität befreien können. Zu den nachfolgenden Modellen stellen wir hier auch Beispieltex te vor. Ich erlaube mir nur davor zu warnen diese Texte ohne Verständnis einzusetzen. Das kann unter Umständen Probleme bereiten. Da der wer te Leser auf Formulierungen zurückgreift, die dazu führen, daß man ihm unterstellt diese nur verständnislos „abgekupfert“ zu haben, so ist der nächste Satz ein sehr wichtiges Element in solchen Briefen: „Auch wenn der nachfolgende Text nicht vollumfänglich durch den Ersteller dieses Schreibens erstellt wurde, so drückt dieser Text ungeachtet dessen in vollem Umfang die Rechtsauffassung des Erstellers dieses Schreibens aus und sollte infolgedessen die Aussagekraft und den Rechtsanspruch der aus nachfolgenden Ausführungen entsteht, zu keinem Zeitpunkt mindern“

Man drückt also aus, daß man auf so eine Art Zitat eines anderen zurückgreift, der genau in meinem Sinne formuliert hat. Ja, das ist so eine Art diplomatischer Stil. Man zitiert, um seine eigene Rechtsauffassung klar zu legen. Damit machen sich Diplomaten in ihren Aussagen unangreifbarer.

Ein weiterer sehr wichtiger Satz in einem Scheiben, das vielleicht ein wenig schärfer formuliert ist, oder auch Formulierungen enthält, die die Gegenseite stärker unter Druck setzt ist:

Statt nun zu diskutieren, fordern sie den Vertrag und alle vertragsrelevanten Schriftstücke an, die beweisen, daß Sie einen Vertrag mit dem Herausgeber des Haftungsangebotes haben. Falls der Vertrag und die zugehörigen vertragsrelevanten Schriftstücke nicht vorgelegt werden, so existiert auch kein Vertrag, der Gebühren in gleich welcher Form rechtfertigt. Es besteht also kein Vertragsverhältnis. Und wo kein Vertragsverhältnis besteht, entstehen auch keine Forderungen aus Lieferung und Leistung. > Das Beispiel eines Schreibens wird noch ergänzt.

Und glauben Sie daß damit das Thema ARD ZDF Deutschlandradio gelöst werden kann? Zumindest geraten dann alle die, die weitermachen in diesen illegalen Prozessen in die Position der vertragsbrechenden Partei. Damit wird die eigene Position besser. Selbstverständlich werden die Betreiber dieses Betrugsversuchs weiterhin versuchen, diese Gelder einzutreiben, damit auch weiterhin die „bescheidenen Rentenansprüche“ der Intendanten aufrechterhalten werden können. Denn immerhin haben diese jahrzehntelang die Menschen um die Wahrheit betrogen. Deshalb haben sie ja auch ein Recht auf den Judaslohn. Verzeihen Sie bitte diesen Sarkasmus.

Klare Worte an die sog. Mainstream-Medien, an meine Kolleginnen und Kollegen gerichtet. Ja und ein weiteres Betrugsmodell ist das Finanzamt und seine vorgeblichen vertraglichen Rechte. **Ja, wir in der RRRedaktion recherchieren gerade Bilanzbetrügereien, Veruntreuung im Amt und Mauschelleien, unter Beihilfe des Finanzamtes, die OFD Karlsruhe, Ravensburg und Aschaffenburg stehen derzeit an erster Stelle, wir bringen sie ins Gerede, welche Schlüsselrolle spielt die Frau vom CDU Oberbürgermeister Rapp am Finanzamt Ravensburg, Steuerfahndung Ulm? Die Staatsanwaltschaften und die Polizei verhindern die Ermittlungen und legen Betrug, wie so oft, unter Verschluss und die abhängige Justiz spielt dabei mit.**

Das ist ein wesentlich härterer Brocken als ARD ZDF Deutschlandradio. Ja, denn dort geht es um wesentlich mehr, als man den Menschen so mitteilt. Einmal im Jahr bekommen die Meisten Menschen eine Anfrage zur Erbringung einer ehrenamtlichen Dienstleistung. Das nennt sich auch umgangssprachlich die „Aufforderung zur Abgabe einer Einkommenssteuererklärung“. Und wer das nicht freiwillig tut, der bekommt eine Strafandrohung. Und wer dann immer noch nicht reagiert, dem bietet das Finanzamt eine geschätzte Rendite (Einkommensteuerbescheid) an, die für die Person von GERMANY eine Schuld darstellt. Und wer die Rendite nicht mit Euros bezahlt und dabei freiwillig gegen die Grundsätze des Internationalen Währungsfonds verstößt, der wird vollstreckt, bzw. am Ende für Insolvent erklärt. > (siehe Geschäftsmodell Insolvenz)

Den zumeist erforderlichen Dienstleister für das Finanzamt, den sog. Steuerberater, darf der Mensch auch noch bezahlen, denn die Steuergesetze sind ja auch noch so gestaltet, daß selbst Steuerberatermitarbeiter ständig auf Schulungen müssen. Ein interessantes, zusätzliches Geschäftsmodell. **Womit man alles Geld verdienen kann?** Ja, der Steuerberater erstellt dann für das Finanzamt eine Steuererklärung – für wen denn sonst, oder dachten Sie, daß diese Steuerberater-Person für Sie arbeitet? – Bitte nicht falsch verstehen... Aber wer braucht diese Erklärung? Sie oder das Finanzamt? Und wenn das Finanzamt dieses Formular für die Buchhaltung benötigt, dann sollen Sie auch den Dienstleister dafür entlohnen. Das ist doch logisch. Und wenn das nicht gewollt ist, dann können wir als Investoren wohl erwarten, daß die Struktur so vereinfacht wird, daß wir diese Dienstleistung für die Gemeinschaft selbst erbringen können, oder?

Folgende provokative Frage. Wie nennt man Nötigung und Erpressung zur unentgeltlichen Arbeit?

Also ich nenne so etwas Zwangsarbeit mit Existenzvernichtungsandrohung.

Ja, denn das Finanzamt übt sehr großen Druck auf die aus, die nicht „freiwillig“ mitmachen. Sie vernichten damit ganze Existenzen und Familien, im Auftrag der Politik, wir Journalisten nennen es, „Organisierte Vernichtung von Volksvermögen“! Ja richtig, der nächste Punkt ist die provokative Frage, warum ich Steuern mit Euros bezahlen muß. Das steht nirgends. In keinem einzigen Gesetz/AGB/Vertrag steht, daß Steuern mit Euros bezahlt werden müssen. Man schleicht sich i.d.R. mit der Formulierung heraus, daß diese Haftung mittels Lastschriftverfahren eingezogen wird... Das ist Betrug, denn hier wird in der doppelten Buchführung getrickst. Und über diesen Weg geht es einfacher. Der Betrug liegt nicht in der Steuerforderung. Die ist gerechtfertigt, denn es gibt Verträge aus der Nutzung der Person von GERMANY. Und jeder der die Person von GERMANY nutzt, ist verpflichtet die Gebühren dafür zu entrichten. Leider gibt es keine Konkurrenzanbieter von Personen. Deshalb nenne ich ja auch die Gebiete dieser Unternehmen, die sich Staaten nennen auch Kartellgebiete.

Es sei noch die Frage gestattet, wann und wo das Finanzamt eine Leistung erbracht hat, die eine Forderung rechtfertigt. Ach so ... es ist ja für die Gemeinschaft ... Warum kann man dann die Steuern, sofern es sich um echte Forderungen aus Lieferung und Leistung handelt, nicht anders ausgleichen? Z.B. durch Sozialarbeit oder man arbeitet diese Schuld beim Finanzamt ab. Das ist doch auch für die Gemeinschaft. Bieten Sie doch dem Finanzamt an, die Steuerschuld abzarbeiten. Also einen echten Gegenwert anstelle von bunten Papierzetteln bzw. Bits und Bytes.

Hat das schon einmal jemand gemacht? In den USA gibt es Leute, die so etwas machen ... mit Erfolg. Denn Steuerschulden sind Schulden an der Gemeinschaft. Dann wäre noch die Frage zu klären, aus welchem Vertrag das Finanzamt die Rechtmäßigkeit einer Forderungsherausgabe ableitet. Eventuell aus dem Gewohnheitsrecht? Wenn man dreimal eine Einkommenssteuerklärung erstellt hat, kann der Vertragspartner Gewohnheitsrecht geltend machen. Selbst die Zahlung von Steuern mit Euros, deren (Ver-) Sicherung durch unser Kollateralvermögen erfolgt, wäre akzeptabel, wenn diese Renditen unserem Kollateralkonto gutgeschrieben würden. Das erfolgt aber nicht. Warum auch. Wir haben ja keine Prüfungsmöglichkeiten. Denn eine kaufmännisch ordentliche Abrechnung/Unterlagen werden uns mit dem Einkommensteuerbescheid nicht zugestellt. Oder haben Sie schon einmal eine Bilanz Ihres Steuerkontos bekommen? Fordern Sie doch mal die Kontenblätter für das Konto an, für das Sie die Haftung übernehmen sollen. Man sendet Ihnen dann ziemlich chaotisch wirkende Auszüge zu, die ausschließlich die Haftungsseite des Kontos (also die Personenseite) enthält. Die Aktiva dieses Kontos bekommen Sie niemals zu sehen. Gleiches gilt für die Verbuchungsvorgänge auf das Verrechnungskonto. Auch diese sind privat.

Ist das erfolgversprechend? Bekommt man diese Informationen? Nein. Es wird versucht und die Finanzämter reagieren extrem aggressiv auf diese Ansinnen. Das ist genauso, als wenn man einen Dieb nach dem Raubzug fragt, was er in seiner Tasche hat. Oder denken Sie, daß es Zufall ist, daß das freiwillige Steuerformular ELSTER heißt? Also haben Männer und Weiber keinen Zugriff über die Person auf die relevanten Kontendaten. Das ist ein Fehler im System, denn wenn man die Haftung für etwas übernehmen muß, dann hat man das Recht zur Prüfung. Deshalb sollte jeder vorsorglich den verlängerten Eigentumsvorbehalt für mit Euros gezahlte Steuern anmelden. Denn solange kein adäquater Ausgleich erfolgt ist, bleibt jegliche Leistung, die erbracht wurde, im Besitz des Erbringenden. Das ist ein Formular, das jeder ohne Probleme

einbringen kann und sogar muß. Denn sonst begeht er kommerziellen Hochverrat an seinen Mitinvestoren in dieses System. > siehe Formular, wird noch eingestellt.

Und selbstverständlich gibt es eine Kontrollinstanz für diese Buchungsvorgänge. Von diesem Vorgang muß aber so lange abgeraten werden, bis der Anwendende dieses Vorgangs über die erforderlichen Hintergrundkenntnisse verfügt. **Für Ravensburg werden solche Formulare bereits erstellt und an die OFD gerichtet. Das Finanzamt Ravensburg und die Stadtkämmerei brüsten sich mit den höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten, warum wohl?**

Gab es bei der UNO eine Sondersitzung über Deutschland? Ja, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas anmerken. Ich werde sehr häufig in Deutschland und in der Schweiz gefragt, warum hat Deutschland keinen Friedensvertrag? Das muss ich erweitern, warum gibt es in der Welt keinen Friedensvertrag? Warum gibt es zum Beispiel zwischen den Nord und Südstaaten keinen Friedensvertrag? Warum hat die USA bis heute noch Kriegszustand? Hmm, die USA, die seit 1933 insolvent ist, vielleicht mal die „Provokative“ Frage, was würde passieren, wenn es einen Friedensvertrag gäbe? Wär's dann nicht so, dass dann die Notstandsverordnungen aufgehoben würden und dann die schleichenden Insolvenzen vollzogen werden müssten? Da greife ich einigen Leuten momentan ganz, ganz tief an eine bestimmte Stelle, und ich hoffe das es ihnen sehr weh tut. Es geht darum, dass dieses System endlich aufhört den Menschen Schaden zuzufügen, sie auszuplündern und dann müssten solche Wahrheiten nicht auf den Tisch. **Es bleibt noch die Frage offen, was bedeuten die Artikel im Grundgesetz 65, 120, 127, 133, 137 wirklich?** Eine interessante Frage, darüber werden wir uns noch gesondert unterhalten, es dürfte für ihre Leser noch spannend werden. **Danke ihnen, denn anschließend wird es von uns ein Buch in zwei Sprachen darüber geben, was bereits in Arbeit ist.**

Was kommt als nächstes? In der Folge acht werden wir noch viele Fallbeispiele benennen, wo wir, wie zum Beispiel, Inkassobüros, Gerichtsvollzieher beleuchten, was dieser vorzulegen hat, was man anfordern muss und so weiter. Denken Sie immer daran, Sie haben im Moment keinerlei Möglichkeit ihr Recht durchzusetzen, weil ein Recht zu haben und es zu bekommen sind in Deutschland zweierlei Stiefel. Im Zweifelsfalle setzt dieses System, was sich dreist Rechtsstaat nennt, immer noch Faustrecht ein, im Zweifelsfall auch Waffengewalt, man schreckt hier auch nicht vor Mord zurück, nur um so seine rein wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Deshalb bitte ich die Leser, sich genau zu überlegen an welchem Punkt er sich wehrt, wie er sich wehrt und wie lange er sich wehrt. Es gibt einen Grundsatz bei Investoren, der besagt: „Riskiere nie mehr als du bereit bist zu verlieren“ und das sollten Sie auch tun. Riskiere nie mehr als Sie bereit sind zu verlieren, es macht keinen Sinn wegen einem OWiG, einem Ordnungswidrigkeitsgeld von zehn Euro seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Bedenken Sie, „Macht-steuert-Wissen“. Massiv daran beteiligt ist die gesamte, Partei, politikfreundliche Medienlandschaft Europas.

Teil 8: Es bröselt immer mehr. Bestimmte Haftbefehle sind in Deutschland purer Menschenhandel. Die Schweiz, die NZZ, Europa und die Welt, sie schauen derzeit alle auf Deutschland und sehen mit Sorge die negativen, gefährlichen Veränderungen in der CDU Merkel Politik, siehe auch die vorgehensweise in NRW, Bayern und in BaWü, Ravensburg. **Interview Folge**, im O-Ton aufgezeichnet am 03.05.2017, am internationalen Tag der [Pressefreiheit!](#) Die Medienfreiheit in Demokratien ist bedroht, nicht nur in Deutschland, BaWü und in Ravensburg! In der Folge acht sollten weitere Fallbeispiele benannt werden, wo zum Beispiel, Inkassobüros, Gerichtsvollzieher beleuchtet werden, was diese vorzulegen haben, was man anfordern muss, wie sie sich zu verhalten haben und ob diese Menschen bedrohen und nötigen dürfen. Die Fragen häufen sich, deshalb knüpfen wir an das Thema vom letzten

Interview nochmals an. Leserfragen werden immer am Ende des Berichtes beantwortet. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview, Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Fragen oder Kommentare der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in der jeweiligen nächsten Folge vom UN Vertreter beantwortet und veröffentlicht. Es wird demnächst auch eine Live, Leser Telefonbefragung gestartet, wir geben es hier unter der Rubrik Veranstaltungen und in den sozialen Netzwerken rechtzeitig bekannt! Ihre Fragen werden jeweils am Ende des nächstfolgenden Artikels beantwortet! **Hinweis:** Da alle Interviews im Originaltext, unzensuriert wiedergegeben werden, sozusagen Live sind, sind Ausdrucksfehler und diverse Korrekturen nicht zu vermeiden, nach Abschluss der Serie wird alles nochmals „Dudengerecht“ überarbeitet und vom Diplomaten bestätigt.

„Die Welt, die wir sehen, ist ein Spiegel von uns selbst – Wir können uns nicht ändern, indem wir die Welt verändern; nur wenn wir uns selbst ändern, wird sich die Welt ändern.“ (Pir Al Wahshi, Sufimeister) Der stellvertretende Vorsitzende der Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, im Gespräch mit Michael Friedrich [Vogt](#).



Die Anfragen nach konkreten und machbaren Handlungshinweisen, Lösungen häufen sich in der RRRedaktion. Bezüglich des letzten Interviews möchte ich nur noch ergänzen. Haben Sie keine Hemmungen bei der Verwaltung zu fragen. Die Verwaltung muß zu jedem Zeitpunkt transparent für uns gestaltet sein. Wenn nun also die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes sich auf Ihre Vorschriften zurückziehen, so will ich diese Vorschriften sehen. Niemand kann von uns verlangen, daß wir Vorgänge ohne Beweisführung akzeptieren. Es ist praktizierte Diktatur, darauf zu bestehen, Amtshandlungen ohne Beweisführung durchzusetzen. Weisen Sie doch mal auf die EU-GR-Charta (Artikel 41, Nr. 1 und Nr. 2 c) bezüglich Transparenz von Verwaltungsvorgängen hin. Oder vielleicht mal auf das Verwaltungsverfahrensgesetz (§§ 39, 44 VwVfG) ? Und lassen Sie sich nicht davon abwimmeln, daß man Sie auffordert doch einen Rechtsanwalt aufzusuchen. Können Sie ja machen, aber wenn Ihre Angestellten nicht in der Lage sind, Ihnen einen Verwaltungsvorgang zu erklären, fragen Sie doch mal nach seiner Qualifikation. Und wenn die Verwaltung auf dem Rechtsanwalt beharrt, dann bitten Sie um eine Kostendeckungszusage durch die Verwaltung. Warum sollen wir dafür bezahlen, daß die Leitung der Verwaltung nicht in der Lage ist, Verwaltungsvorgänge transparent zu gestalten.

Die Menschen haben in diesem Land immer mehr Angst vom Staat und von seiner Maaslosen Staatsbrutalität: Das ist nachvollziehbar, denn meine Informationen der letzten zwei Wochen deuten darauf hin, daß das System sich nicht für Transparenz, sondern für die gewaltsame Durchsetzung der rein wirtschaftlichen Interessen von GERMANY entschlossen hat. Das ist sehr bedauerlich, beweist aber, daß es keine autorisierten Strukturen gibt. Denn sonst wären Erklärungen und Wahrheit von Nöten und keine Sonderkommissionen des BND zur Bekämpfung von sich bildenden demokratischen und rechtsstaatlich orientierten Menschen. Ich erlaube mir hier eindeutig Stellung zu beziehen:

Eltern werden vom Staat regelrecht erpresst und genötigt. Bei unseren Recherchen stoßen wir immer wieder auf den Behördenspruch, „wenn du nicht brav bist oder nicht spurst, holt dich das Jugendamt oder an die Eltern gerichtet, wenn du nicht spurst halte ich mich an deine Kinder, so auch der Tenor an vielen politisierten Schulen!

1. Ich bitte alle Unternehmer, die mit den Aufwachenden sympathisieren, sich zurückzuhalten. Denn das System greift überall dort an, wo „etwas zu holen ist“. Es geht nicht um Recht und

Gesetz. Es geht um Umsatz und Gewinn. Und manchmal denke ich mir ... das um jeden Preis.
2. Ich bitte alle Eltern mit minderjährigen Kindern sich zurückzuhalten. Dieses System mit seinen willfährigen Erfüllungsgehilfen schreckt nicht davor zurück, kritischen Eltern die Kinder wegzunehmen. Denn die Eltern haben nur die Funktion der Erziehungsberechtigten. Und diese Berechtigung wird durch Wesen (Menschen kann man diese nicht nennen) unter unmenschlicher und nicht nachvollziehbarer Polizeigewalt entzogen. Es gibt wahre Horrorgeschichten dazu. Ich empfehle hierzu die Lektüre von www.archeviva.com. Die Arbeit von diesem unglaublich mutigen Weib – Heiderose [Manthey](#) – kann gar nicht hoch genug geschätzt werden.

3. Wer sich aktuell mit diesem System anlegt – also z.B. „dumme“ Fragen stellt –, der sollte sich entsprechend vorbereitet haben. Das alleine ist schon wieder ein komplettes Interview.

Nur als Randbemerkung: Das Konto bei der Bank befindet sich im Besitz der Bank und die Bank als Herausgeberin des Kontos kann jederzeit in die Drittschuldnerhaftung genommen werden. Ohne jede Beweisführung. Das ist auch gar nicht nötig. Denn entsprechen [§ 7, 10 EGBG] und [§17 HBG] ist klar, wer der tatsächliche Verfügungsberechtigte des Kontos ist. Deshalb sind Diskussionen mit einer Bank bei gepfändetem Konto Beschäftigungstherapie. Bitte lesen Sie doch mal die AGBs der Banken durch.

4. Jeder der die Person von GERMANY benötigt um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren (Hartz IV, Rente oder Angestellter) läuft aktuell Gefahr, daß GERMANY ihn seiner Lebensgrundlage beraubt, falls er zu viel „dumme“ Fragen stellt oder es gar wagt, sich zu wehren.

Deshalb bitte ich die aufwachenden Menschen, im Gegensatz zu den autoritär agierenden sog. rechtsstaatlichen Ordnungskräften, ruhig und friedlich zu bleiben. Denn Gewalt zeugt immer nur Gewalt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich dieses System entscheiden muß, endgültig in diktatorische Strukturen zu wechseln, oder die Kommunikation zu suchen. Mitentscheidend ist das Verhalten der Exekutive. Denn diese tragen die Waffen zur Durchsetzung der rein wirtschaftlichen Interessen des Betreibers von GERMANY.

Bleiben wir beim Thema: Ja, man schweift sehr schnell ab und verliert sich in Details. Wir sprachen zuletzt über den verlängerten Eigentumsvorbehalt. Dieser ist enorm wichtig, denn wenn ich keine Einsprüche geltend mache, so gebe ich meine Ansprüche auf. Dies ist zwar nur eine Rechtsvermutung – die ganze Justiz basiert ausschließlich auf den zwölf Rechtsvermutungen der IBA (International Bar Association) – aber eine klare Stellung zu beziehen schadet ohnehin nie. Ich empfehle prinzipiell jeder Entscheidung, mit der ich nicht 100% zustimme, zu widersprechen oder besser noch, diese zurückzuweisen, bis der Beweis erbracht wurde, daß es Verträge gibt, die die gemachte Entscheidung der sog. Behörde tatsächlich autorisiert. Denn niemand kann über Rechte verfügen, die ihm nicht verliehen (nicht geschenkt) wurden. Wenn nun also ein sog. Haftbefehl (das ist das Pfandrecht auf den menschlichen Körper) ausgestellt wurde, so muß es z.B. einen vollstreckbaren Titel auf den Körper geben. D. h. der Titel autorisiert zur Pfändung des Körpers. Wenn nun der Inhaber des Körpers dieser Titulierung nicht zustimmt und diese Titulierung zurückweist, da die Verfügungsberechtigung über dem Körper eine Obligation ist, die sich dem Sachrecht von GERMANY entzieht, so ist der Vollzug dieses Haftbefehls als Menschenhandel zu bezeichnen. Denn die Sachverwaltung versachlicht den Körper gegen den Willen des Nutzers des Körpers. Das ist ein internationaler Straftatbestand (Rome Statutes > ICC, Den Haag)

Das war jetzt ganz schön komplex... Und es ist beängstigend, wie sehr wir Spielball dieser rein wirtschaftlich ausgerichteten Welt sind. Nur zu Beginn, bis es uns gelingt die

Denkweise zu ändern. Wir sind jetzt bei den meistgemachten Fehlern der Aufgewachten angekommen.

1. Die öffentlichen Briefe werden in der ich-Form geschrieben. Man identifiziert sich ALS Person. Wenn ich ein Auto fahre, so bin ich doch kein Auto. Genauso wenig bin ich eine Person, nur weil ich die Person von GERMANY nutze. Und wenn man von Personenschaden spricht, so ist das allenfalls als Sachbeschädigung zu bezeichnen, oder? Das ist das Wichtigste überhaupt. Sich von unserer Versachlichung bewußt zu distanzieren.

2. Keine Diskussionen mit unserem Dienstpersonal (Polizei/Justiz/Politiker). Ja, es ist unser Dienstpersonal, das gegen unseren Willen handelt. Immer nach Beweisen fragen. Wer sein Anliegen nicht beweisen kann ist im Unrecht.

3. Niemals widersprechen, es sei denn die Situation erfordert ein Einlassen auf den Prozess. Das muß man jedes Mal abwägen. Einlassen ist, wenn ich einen Prozess, der gegen meinen Willen durchgeführt wird, durch meine Handlungsweise, Diskussionen und/oder Argumentationen zustimme. D. h. das System will uns immer dazu zwingen, mit Ihnen über Verfahrensdetails zu diskutieren. Sobald ich dies tue, lasse ich mich darauf ein ... die Einlassung.

4. Besser ist es den Vorgang vollumfänglich zurückzuweisen. Z.B. weil Sie diese Dienstleistung nicht bestellt haben. Wer bestellt schon z.B. einen Haftbefehl für sich selbst ... kleiner Scherz.

Schicken Sie unbedingt den Entwurf sowie den Umschlag und alles was dabei war zurück zu Ihrer Entlastung. Jeder Fetzen Papier, den Sie nicht zurückschicken erweckt den Eindruck der Einlassung auf das i.d.R. aufgezwungene Verfahren.

5. Hören Sie auf über Unterschriften zu diskutieren. Ein nicht unterschriebenes sog. amtliches Dokument ist ein rechtlich unerheblicher Entwurf. Mein bester Freund schreibt z.B. einfach: „Vielen Dank, daß Sie Ihren Gläubiger in die Gestaltung Ihres Schriftverkehrs einbinden. Es konnten nach Prüfung Ihres Entwurfes keine schwerwiegenden orthografischen und grammatikalischen Fehler festgestellt werden. Sie können nun das rechtlich erhebliche Original zusenden, so daß darauf rechtlich erheblich Stellung bezogen werden kann. So lange dieses nicht vorliegt, wird davon ausgegangen, daß der Vorgang in Ihrem Hause noch nicht vollumfänglich ausgereift ist.“

Und schicken Sie den Entwurf mit Umschlag sofort (innerhalb von drei Tagen) zurück.

6. Nun steht die sog. POLIZEI (große Blockbuchstaben, denn es ist ein umsatz- und gewinnorientiertes Unternehmen) mit einem sog. Haftbefehl vor der Tür. Dieser ist selbstverständlich nicht unterschrieben. Denn der sog. Richter würde niemals ein Original mit seiner Unterschrift kopieren und beglaubigen. Deshalb ist das ja auch nur eine vollstreckbare Ausfertigung und kein richtiger Haftbefehl. Das Original dieses Wertpapiers geht sofort in die Buchhaltung. Immerhin ist die Haftungsverlagerung auf einen Körper (=Obligation) ein sehr lukratives Geschäft. Wenn dieses Wertpapier beglaubigt kopiert würde, dann würde ja der Wert für diesen Vorgang expandiert. Das wäre glatter Wertpapierbetrug ...

Also, alles ist ein Geschäft und mehr nicht? Das ist erschreckend. Also werden auch menschliche Körper zur Handelsware? Nicht direkt, aber indirekt. In den USA nennt man die Gefängnisse auch ware houses (Warenhäuser) weil dort die Körper der Investoren gelagert werden und als Sicherheiten für Staatsschulden genutzt werden können. Das ist kein Scherz. Das ist die perverse Wahrheit.

Das bedeutet also, daß jedes Mal wenn ein Bußgeld nicht bezahlt wird, gibt es einen Haftbefehl auf den Körper wegen Zahlung? Nicht nur. Anstelle der sog. Ersatzfreiheitsstrafe, die eigentlich gegen internationales Recht verstößt, gibt es noch etwas Extremes. Lassen Sie mich das kurz beschreiben: Ein Mann wird wegen eines sog. Straf-Delikttes angeklagt. Er hat also die wirtschaftlichen Interessen von GERMANY beeinträchtigt,

indem er z.B. einem Gerichtsvollzieher eine private Rechnung geschickt hat. Das wird dann einfach Nötigung genannt und führt zu einem sog. Strafprozess. Daraufhin eröffnet die Staatsanwaltschaft mit ungewöhnlichem Eifer (verzeihen Sie den Sarkasmus) ein Verfahren. Der Staatsanwalt reicht Klage ein und es wird ein sog. Strafprozess angesetzt. Da der angeklagte Mann sich keiner Schuld bewußt ist und keine Handelsbeziehung mit dem Staatsanwalt und dem Richter einzugehen gedenkt, erscheint er zu dem Strafprozess-Termin einfach nicht. Manchmal wird der Beklagte dann in Abwesenheit verurteilt. Doch manchmal wird ein Haftbefehl zur Zwangsvorführung des Beklagten erlassen. Er wird dann verhaftet, bis der Richter einen neuen Verhandlungstermin anberaumt hat. Das kann schon mal ein paar Wochen dauern... Die Zeit im Gefängnis wird ihm dann „gnädigerweise“ an die Haftstrafe angerechnet...

Was passiert denn wirklich? Warum wird dieser Mann verhaftet. Z.T. wegen Bagatellen. Betrachten wir das Ganze einmal kommerziell: Der Staatsanwalt gibt mit der Klageeinreichung einen Bond (Versicherung für den Prozess) heraus. Mit der Klageeinreichung geht die Haftung für den Bond auf den verhandelnden Richter über. Dieser hat eine begrenzte Versicherung, die mit der Haftung auf den Bond belastet wird. Wenn diese Haftung nun beim Richter verbleibt dann wird die Streitwertsumme, die der Richter verhandeln kann, gemindert und er kann, sobald seine Versicherungssumme ausgereizt ist, keine neuen Fälle mehr annehmen (was denken Sie wohl, warum erst nach einer zivilrechtlichen Verhandlung häufig der Streitwert einvernehmlich nochmals kräftig angehoben wird?) Deshalb versucht ein Richter auch immer Vergleiche, im Zweifelsfalle mit Nötigung und Erpressung, zu erzwingen. Denn falls der Verurteilte in die Berufung geht, dann verbleibt die Haftung für den Bond auf dem Richter. Insbesondere bei Verletzung sachlichen Rechtes. **Wir wissen das viele Vergleiche für Richter sich in seiner Beförderung, in seiner Akte positiv auswirken.**

Ja genau, wenn in den USA ein Staatsanwalt mit seiner Klage nicht durchkommt, dann sollte er immer ein Scheckbuch dabei haben. Er folgt dann dem Richter ins Richterzimmer, damit es niemand merkt. Und wenn ihm das öfters passiert ... dann benötigt er einen Job in der Privatwirtschaft.

In unserem Falle würde also die Haftung beim Wegbleiben des Beklagten beim Richter verbleiben. Das ist für den Richter wirtschaftlich nicht tragbar. Deshalb wird ein Befehl herausgegeben, der den Körper des Mannes als Pfand für diese Haftung festlegt. Der Haftbefehl. Der Körper des Mannes wird also als Sicherheit für den von der Staatsanwaltschaft herausgegebenen Bond zwangsweise eingelagert. Und da der Körper des Mannes ohnehin schon da ist, kann man auch ein wenig, wie sagen bei ihnen die Schwaben dazu, „Geschäftle“ damit machen. Denn mit jedem Tag der Einlagerung des Körpers, kann GERMANY Sicherheiten für Staatsschulden ausweisen. Damit das nicht so auffällt, transportiert man diese Körper ab und zu quer durch GERMANY. Also z.B. von München nach Fulda. Das kann dann schon mal zwei bis drei Wochen dauern. Ist auch eine ganz schöne Entfernung.

Geld stinkt nicht, fällt mir da nur ein, die Ravensburger ELITE können gut damit umgehen, wir nennen es hier Vetternwirtschaft und schwarze Kassen. Ja, sie merken, wir kommen von einem Thema zum Anderen... Eigentlich wollten wir über vollstreckbare Ausführungen sprechen. Aber ich habe noch nie das Original eines Haftbefehls gesehen. Das perverseste an allem ist dann noch, daß diese vollstreckbaren Ausführungen eigentlich nur die Umgehung/Vermeidung eines Wertpapierbetruges darstellen. Denn keiner gibt Originale an die Exekutive zur Ausführung. Dann sind alle Vorgänge mit sogenannten vollstreckbaren Ausführungen ... Wertpapierbetrug ... zumindest Beihilfe der sog. Amtsgerichte zum Wertpapierbetrug durch Banken. Alle Zwangsversteigerungen erfüllen faktisch den Straftatbestand des Wertpapierbetruges, wenn die Originalurkunde zum Versteigerungstermin

nicht vorliegt. Vielleicht sollten alle beginnen mit kopierten Euro-Zettelchen zu bezahlen? Gleiches Recht für alle, oder?

Ist das nicht gefährlich? Ja sogar enorm gefährlich, denn die Euro-Zettelchen unterliegen dem Copy Right. Es sind keine Banknoten. Denn das müßte – so wie früher bei der DM – darauf stehen. Tut es aber nicht. Anstelle dessen gibt es einen © Vermerk... Der Anschein muß um jeden Preis aufrecht erhalten bleiben. **Also sind die Handlungsmöglichkeiten begrenzt?** Das kann man so pauschal nicht sagen. Es hängt davon ab

1. Wie groß der Wissenstand ist. Man sollte nur die Elemente anwenden, die man auch tatsächlich begriffen hat. Es ist ein Spiel, bei dem man sehr hohe Risiken eingeht. Und irgendwelche Elemente zu kopieren und zu nutzen, kann sehr gefährlich für die Existenz werden. Und wer Familie hat, sollte sich dessen noch viel mehr bewußt sein.
2. Wie groß die Risikobereitschaft ist. Man sollte nie mehr riskieren als man bereit ist zu verlieren. Eine alte Investorenregel, die man hier auch anwenden kann. Aber es gilt auch, der, der das höchste Risiko eingeht gewinnt.
3. Wie gut man sich auf die Auseinandersetzung mit dieser offensichtlich „zu allem bereite“ Verwaltungsfirma vorbereitet hat.
4. Und es geht um das Durchhalten. Wer sich auf dieses Spiel einläßt, sollte nicht beim ersten Sturm resignieren. Eine verlorene Schlacht ist kein verlorener Krieg. Denn GERMANY scheint einen Krieg gegen kritische Investoren führen zu wollen. Dann leider ist mein Resümee der letzten Jahre: „Wer zuerst das Schlachtfeld verläßt, verliert die Schlacht“. Ich empfehle hierzu: Sun-Tze bzw. Sun-Tzu, die Kunst des Krieges. Es sind interessante Parallelen zu der existierenden, rein kommerziellen Welt erkennbar. Eine wichtige Geschichte liegt mir noch am Herzen: Bitte nicht ständig die Richtung wechseln. Das wirkt unsicher und stärkt die andere Seite. Bitte eine eigene Linie entwickeln und soweit es irgendwie geht nicht davon abweichen. Nicht stur sein, aber Durchhaltevermögen zeigen.

Das kostet doch alles ganz schön Kraft oder? Lohnt sich das eigentlich? Ja, prinzipiell ist das sehr anstrengend. Es gibt viele Menschen, die nach Jahren des Kampfes mit diesem System am Ende resignieren. Das tut mir dann immer sehr leid. Aber viele haben auch systematische Fehler gemacht oder sind einem systematischen Irrtum unterlegen. Meine Erfahrung: Es lohnt sich definitiv. Nach zähem Ringen mit diesem System kann man tatsächlich auch Dinge erreichen. Und es stärkt das Selbstbewußtsein, sich durchgesetzt zu haben. Wenn mich jemand fragt, wozu das Handelsrecht – fälschlicherweise auch UCC genannt – erforderlich ist, dann sage ich ihm: „Lerne für Dich selbst einzustehen und suche nicht ständig nach einem Helfer/Soldaten, der dies für Dich tut.“ Diese Suche nach dem berühmten Helfer, der das Lösungskonzept hat, funktioniert nach meinen Erfahrungen nicht.

Ich kenne Menschen, die sich von vielen hunderttausend Euros sog. Schulden befreit haben und dies nur mit qualifiziertem Schriftverkehr und ohne gleich in eine Insolvenz zu gehen bzw. per Bettelbriefe vielleicht 20% Rabatt zu bekommen. Es geht anders. Fordert aber viel Einsatz und Risikobereitschaft. Und es erfordert die Bereitschaft sich für sich selbst einzusetzen. Sie sollten den Mut aufbringen sich diesem Plünderungssystem zu stellen. Denn es geht darum als Investor aufzutreten. Denken Sie daran, daß alle Werte sich im Besitz aller Menschen befinden und das GERMANY nur eine Verwaltungsorganisation ist, die annimmt, daß sie mit der Verwaltung beauftragt wurde. Stellen Sie klar, daß Sie das letzte Wort haben und daß Sie der Rechteinhaber und GERMANY nur so lange der Verwalter Ihrer Rechte ist, so lange Sie diese nicht selbst auszuüben gedenken.

Und dies tun Sie bitte ruhig, sachlich und friedlich. Auch wenn dies manchmal schwer fällt. Aus dieser Energie und Einstellung heraus können Sie jedes zur Verfügung stehende Instrument

verwenden, welches Sie im Internet finden. Prüfen Sie es und stellen Sie fest, ob Sie dahinterstehen können. Eine Entscheidung aus der Not heraus bringt Sie nur in eine noch größere Not.

Wenn es Ihnen gelingt als Gläubiger dieses Systems zu agieren, dann haben Sie aus sich heraus alle Rechte und Sie entscheiden ganz alleine, wer diese Rechte verliehen bekommt und wer nicht.

Und wenn es genug Menschen gibt, die bereit sind für diese innere Veränderung, dann ...

Kündigen wir den Selbstbehaupteten Verwalter dieses Systems einfach. Wie die heißen spielt doch keine Rolle. Denn am Ende bestimmen wir alleine wie diese Welt aussieht. Ja, Sie haben richtig gehört ... wir haben das Recht zu kündigen. Alle Verträge können gekündigt werden. Und wenn wir in einem Vertrag nur die Benachteiligten sind, dann allemal. Niemand kann uns zwingen einen Vertrag aufrecht zu erhalten, der keine Vorteile, keine Renditen sondern nur Nachteile und Not zur Folge hat. Und wenn die Menschen dies begriffen haben, dann wird sich etwas ändern. Und ich wünsche mir zum Guten für mehr Menschen in dieser Welt. Und wenn Sie sich fit genug fühlen, dann stellen Sie doch mal fest, wem die PERSON eigentlich gehört, wer die Haftung hat, wer diese versichert hat (und warum die Versicherung nie greift) und warum Sie nur Nachteile daraus haben. Vielleicht weil Sie noch nie jemand darüber informiert hat, was die Person tatsächlich ist? Und wie man dieses Gefährt schadenlos nutzen kann? Ein Text dazu wird nachgereicht!

Teil 9: Noch nie waren die Menschen in Gesamtdeutschland so unfrei wie heute! Haftbefehle als neues Geschäftsmodell? Für die Unterbringung des Menschen erhält der BUND 14.000,00 Euro pro Monat aus dem Kollateral. **Deutschland im Umbruch:** Was ist noch alles in Deutschland geplant? Rassenvermischung, organisierte Kriminalität, Enteignung? Deutsche sind Menschen der zweiten Klasse? Verlieren Eigentümer über 60 und Menschen mit niedrigem Einkommen künftig ihre Häuser, ihre Eigentumswohnungen, wegen Wohnraum für Flüchtlinge und Einwanderer? Deutschland zersetzt sich, das Finanzsystem und der Staat schlagen immer brutaler zurück. Deutschland erniedrigt sein Volk und nimmt seinem Volk die Würde, wer gibt dem Volk wieder die Seele zurück? So sind die Erfahrungen in der Welt die über Deutschland gemacht werden, stellt Deutschland für die Welt wieder eine Gefahr dar? Die Achse des Bösen, zum Beispiel Ravensburg – Berlin? Das CDU, FDP, Grüne, SPD geführte Ravensburg in BaWü bilden den Spitzenreiter, was die Völker- und Menschenrechtsverletzungen angeht, hier geht man sogar noch über Leichen und die Stuttgarter Politik, die Justiz, die Polizei, das Regierungspräsidium und die Staatsanwaltschaft spielen dabei die Schlüsselrolle? Verbrechen an der Menschlichkeit sind an der Tagesordnung. Das Interview wurde im O-Ton aufgezeichnet, am 19.05.2017. Die angekündigten Anregungen > [Antrag Eigentümerfeststellung der PERSON](#) > [ARD ZDF Deutschlandradio](#) > [Willenserklärung verlängerten Eigentumsvorbehalt](#) (alle auch im Anhang2)

„Die Welt, die wir sehen, ist ein Spiegel von uns selbst – Wir können uns nicht ändern, indem wir die Welt verändern; nur wenn wir uns selbst ändern, wird sich die Welt ändern.“ (Pir Al Wahshi, Sufimeister)

Ungeachtet unserer Planungen erscheint das Thema Geld unseren Lesern elementar wichtig zu sein. Vielleicht ist es erforderlich unsere Planung ein wenig zu modifizieren. Der Schwerpunkt bei Rückfragen liegt immer mehr bei den Problemen der Menschen mit Banken? Können sie aus Ihrer Erfahrung den Menschen dort einige hilfreiche Tipps geben? Ja, das ist mit Abstand mein Lieblingsthema. Das hatte ich mir eigentlich bis zum Schluß aufbewahrt. Nirgendwo werden die Menschen mehr betrogen als im Banken- und Versicherungswesen. Zum Ersten ist zu sagen: Die ganze Welt ist eine Bank mit Konten in der

doppelten Buchführung. Also auch Finanzämter, Landratsämter, Versicherungen, Polizeidienststellen ... das alles sind Banken, die Konten unter Umsatz- und Gewinnmaximierungsvorgaben in der doppelten Buchführung (für uns) verwalten. Also reine Dienstleister, die vergessen haben für wen sie eigentlich arbeiten sollen. Denn überall werden nur Aktiva (Liquidität ersten und zweiten Grades = Anlagevermögen) sowie Passiva (u.a. Haftungen) verwaltet. Die Verwaltung erfolgt unter bestimmten Vorschriften, die durch alle Banken weltweit eingehalten werden müssen. Dies hängt davon ab, wo diese Banken operieren.

Z.B. sind dies das GAAP und der SOX (wenn die Unternehmen an US-amerikanischen Börsen gehandelt werden) und das IAS/IFRS in Europa sowie prinzipiell die Basel III Vorschriften. Um diesen Vorschriften Genüge zu tun, müssen bestimmte Unterlagen für jedes Konto eingerichtet werden und wir (als Kunden und Gläubiger des Systems) hätten eigentlich die Prüfungspflicht. Das schauen wir uns später an.

Das hört sich sehr seltsam an, denn die Banken und Versicherungen sind ja eher so eingestellt, dass wir von Ihnen abhängig sind und dass Sie uns etwas Gutes tun. Da fällt mir nur ein Satz ein: Hauptsache „die“ glauben dran. Uns macht man es Glauben. D.h. man setzt uns absolut unwissende Sachbearbeiter vor die Nase, die tatsächlich glauben, dass wenn ein Kunde seinen Kredit nicht zurückbezahlt, die Bank/Versicherung sein Gehalt nicht mehr zahlen kann. Was für ein Unsinn. Wir müssen zum besseren Verständnis aber etwas tiefer einsetzen mit den Erklärungen. In der sog. Öffentlichkeit (also im Personenbereich) gibt es nichts was einigermaßen einen Wert hätte. Außer den Zahlungsverprechen (Leistungszusagen) von lebenden Menschen. Eine Leistungszusage ist eine sogenannte Obligation. Eine Obligation ist ein handelbares Wertpapier. Wenn nun also jemand eine Leistungszusage abgibt, dann hat diese Obligation einen Wert. Und dieser Wert kann als Handelsinstrument (Wertpapier) genutzt werden ... und dieses Wertpapier wird als Handelsinstrument genutzt. Jeder Versicherungsvertrag und jeder Kreditvertrag ist also eine Obligation und kann an der Börse gehandelt werden. Den Wert einer Obligation muss man differenzieren. Der private Wert einer Obligation kann und darf hier nicht erläutert werden. Es gibt spezielle Unternehmensberatungen, die sich genau mit diesem Thema beschäftigen. Bewertung von privaten Obligationen. Ein Hochrisiko-Geschäftsbereich.

Ist der öffentliche Wert einfach zu realisieren? Der Wert der öffentlichen Obligation ergibt sich aus allen Werten die der Mensch, der diese Obligation (Leistungszusage) abgegeben hat in der Öffentlichkeit über seine Person direkt verwaltet. Also die Liquidität ersten Grades (z.B. Bankkontenguthaben) und die Liquidität zweiten Grades (z.B. Immobilien, Autos usw.). Der Wert richtet sich nicht unbedingt an der Höhe des monatlichen Schenkungsbetrages (ja Sie lesen richtig: es ist ein Schenkungsvertrag. Haben Sie sich noch nie gewundert, dass Banken häufig Ihre Kreditverträge nicht Gegenzeichnen?). Denn mit dem Vertrag unterzeichnen Sie auch noch den sog. hidden contract ..., die AGBs der Bank. AGBs sind grundsätzlich Vertragsbestandteil bei einem Vertragsabschluss. Auch bei Schenkungsverträgen. Und in den AGBs steht drinnen was passiert, wenn Sie Ihren Schenkungsvertrag nicht einhalten. Die Bank hat das Recht Sie vollumfänglich zu plündern. Das nennt man Pfandrecht. Lesen Sie doch mal die AGBs der Banken durch. Und beim nächsten Mal modifizieren Sie doch mal den Kreditvertrag und legen Sie einfach modifizierte AGBs bei. Warum sollten Verträge pauschaliert geschlossen werden. Immerhin beteiligen Sie sich doch mit jedem Kredit- bzw. Versicherungsvertrag an der Rettung unseres Finanzsystems.

Das ist ganz schön sarkastisch aber nahezu unglaublich. Wissen das die Mitarbeiter von Banken und Versicherungen wirklich nicht? In der Regel nein. Manche wundern sich vielleicht warum es Ärger gibt, wenn das Original eines Vertrages nicht sofort weitergegeben

wird. Aber so richtig weiß das niemand. Nach meinen Erfahrungen wissen das noch nicht einmal die Vorstände von Sparkassen und Volksbanken. Selbst „die“ denken – ungeachtet der Bilanzdaten aus denen den Vorständen bekannt sein müßte, daß die Bank mehr Kredite vergibt als sie Einlagen hat –, daß die Bank Geld von „Kapitalanlegern“ verleiht. Diese Obligationen kommen dann in Fonds und andere sog. Wertanlagen, so daß Menschen, die über freie Liquidität verfügen, auch noch verführt werden, in diese Haftungszusagen von anderen Menschen zu investieren. Manchmal betreiben die Banken auch cascading... So wird ganz schnell mal aus 150.000 € über Asset-Cascading 300 Millionen € Das dauert dann halt ein wenig ... so 3-5 Tage wenn die Bank ihr Geschäft versteht. Dazu muß die Bank nur 0,8% Eigenkapital nachweisen.

Bei diesen theoretischen Modellen schwirrt dem Leser sicher der Kopf. Können Sie uns das an einem einfachen Beispiel erklären? Ich erlaube mir dazu eine Immobilienfinanzierung zu wählen. Der Häuslebauer möchte einen Immobilienkredit von seiner Bank. Also bestellt er mittels Kreditantrag Geld von der Bundesbank. Das ist sein gutes Recht, denn er muß dazu teilweise seine Kollateralansprüche hinterlegen. Das ist fair, denn er erhält ja auch die Möglichkeit einen Wert zu schaffen und kann sich über seinen Kollateral-Einsatz, erhöhte Lebensqualität ermöglichen. Da der Häuslebauer ein braver Bürger ist, trägt er das Haus in der Immobilien-Inventarliste von GERMANY (Registrierung im Grundbuchamt) ein und das neu gebaute Haus wird damit kollateralisiert. Damit sind die Schulden des Häuslebauers bei der Gemeinschaft beglichen. Es wurde also anstelle von Liquidität ersten Grades, Liquidität zweiten Grades eingebucht. Das Konto ist ausgeglichen und das Einzige was fehlt ist eine Aufwandsentschädigung für die Bank, denn die hat die Dienstleistung der Geldbereitstellung und Kontenverwaltung erbracht. Also die üblichen 3% erscheinen bei diesen Summen durchaus angebracht.

Das hört sich fair an, denn die Bank erbringt ja auch eine Dienstleistung. Dann geht aber der Betrug los: Die Bank behauptet nun, da der Kredit genehmigt ist, muß noch ein Vertrag mit der Bank her. Und zusätzlich, denn die Bank muß sich ja angeblich absichern gegen die bösen sog. Kreditnehmer (= Person ? haftender Herausgeber der Person ? Firma, die sich Staat nennt ? Eingriffskondition). Deshalb muß der Häuslebauer zusätzlich eine dingliche Unterwerfungsurkunde (Grundschuldbestellungsurkunde ... denn der Häuslebauer bestellt etwas „freiwillig“) unterzeichnen. Ihre werten Leser mögen sich jetzt bitte hinsetzen: Die dingliche Unterwerfungsurkunde (Obligation) landet sofort im Wertpapierhandel ... i.d.R. zum 100fachen Wert. Und da diese mindestens dreimal beglaubigt kopiert wird ... Und eine beglaubigte Kopie hat den gleichen Wert (da durch den Notar versichert) wie das Original. Was denken Sie wohl, warum Sie niemals ein Original einer Gerichtsurteils (=Obligation) erhalten. Der Kreditvertrag (= Obligation) landet ebenfalls sofort im Wertpapierhandel ... i.d.R. zum 100fachen Wert, denn am Kreditvertrag ist über die AGBs immer ein Pfandrecht auf alle beweglichen und unbeweglichen Sachen gekoppelt. Das Pfändungsrecht hat einen Wert, denn es ist eine Leistungszusage (Obligation). Zusätzlich unterzeichnet man i.d.R. in einem schönen schwarzen Kästchen. Für dieses gilt die im Black's Dictionary festgehaltene Four-Corner-Rule. Die besagt, daß alles was in einem schwarzen Kasten steht mit dem was rundherum steht nichts zu tun hat. Das bedeutet nichts weiter wie ... Sie geben Ihrer Bank eine Blankounterschrift. Diese Unterschrift darf die Bank nach internationalem Recht mindestens neun Mal kopieren. Sitzen Sie noch oder sind Sie schon vom Stuhl gefallen? Rechnen wir mal mit einem Immobilienkredit in Höhe von 200.000 € nach:

- Die eigentliche Liquidität kommt von der Deutschen Bundesbank und sollte auch in irgendeiner Form dort wieder zurück, um die Gemeinschaft zu entlasten und die Menge an Liquidität auf dem Markt zu begrenzen (> Inflationsgefahr)
- Die dingliche Unterwerfungsurkunde bringt im Endverkauf mindestens 20 Millionen €

- Der Kreditvertrag bringt im Endverkauf mindestens 20 Millionen €
- Die Kopien der Blankounterschrift bringen hingegen nochmals mindestens 180 Millionen €

Aber Banken gehen doch pleite, wenn Sie kein Geld mehr haben, oder? Eine Bank geht nur dann Pleite, wenn man ihr die Werthaltigkeit der Sicherheiten (Assets/Obligationen) nicht mehr glaubt > die inszenierte Lehmann Pleite Haben Sie mitgerechnet? Ja es sind weit über 200 Millionen € die aus einem einzigen Geschäftsvorgang geschöpft werden. Sie glauben das nicht? Das habe ich am Anfang auch nicht glauben können. Bis ich mich mit einem Mann aus dem Bankengeschäft unterhalten habe, der seinen eigenen Kredit geprüft hat.

Es ist auch unglaublich. Sind Sie sich da absolut sicher? Ja das bin ich. Ich hatte viele Gespräche auch mit ehrenhaften Hochfinanzleuten. Und die gibt es. Und die haben Angst. Denn das Geschäft ist knallhart. Wer nicht spurt fällt auch mal gerne vom Dach. Und wenn Sie glauben, daß den Parasiten – so nenne ich diese nimmersatten Elemente – diese Plünderung schon reicht, dann irren Sie sich. Wenn dann dieser arme Häuslebauer und Familienvater geplündert ist und die Bank merkt, daß nicht mehr zu holen ist, dann wird die Versicherung in Anspruch genommen. Denn jeder Schenkungsvertrag ist ja auch noch versichert. Die Höhe dieser Versicherung ist zwischen 30% und 70%. Deshalb ist ja eine Bank bei der Zwangsversteigerung auch mit 70% zufrieden. Es ist ein hochpräzise abgekartetes Spiel, welches im Vordergrund absolut logisch ist und im Hintergrund alle Möglichkeiten offen läßt.

Das heißt die Bank erhält noch mehr Geld von der Versicherung für diesen Kreditausfall? Genau. Das ist doch ein nettes Geschäftsmodell. Und das Einzige was Sie brauchen ist eine Lizenz ... eine Bankenlizenz. Eine Charter-Nummer im UN-Geschäftsmodell. Vertraglich geregelt seit über 350 Jahren. Ich erlaube mir, Sie zu erschrecken. Das war noch nicht alles. Wir haben die Aasgeier noch nicht berücksichtigt. Die NPL-Buden, die die Menschen dann handlungsunfähig machen sollen. Denn stellen Sie sich mal vor, die Menschen hätten danach noch das Potential sich zu wehren. Wo kämen wir denn dann hin. Es geht um die Instrumentalisierung der Gier jedes Einzelnen.

Was sind NPL-Buden? Davon habe ich noch nie etwas gehört. Bitte verzeihen Sie mir die etwas saloppe Ausdrucksweise. Aber das perverseste Plünderungsmodell ist das NPL-Modell. NPL heißt „Non Performance Loan“. Auf Deutsch „notleidende Kredite“. Diese NPL werden von speziellen Firmen, die sich darauf spezialisiert haben, für 1-5% des Nominalwertes des sog. Kredites „im bundle“ gekauft. Danach findet etwas statt, was ich mir erlaube psychische Folter zu nennen. Die Methoden dieser Einrichtungen sind gnadenlos. Das reicht von Telefonterror bis hin zum Ruinieren des Rufes ihrer Opfer. Das sind Firmen wie z.B. die Firma Lindorff GmbH (kaufte 2014 für mindestens für 2 Mrd. € NPLs von der Deutschen Bank) und die Firma EOS Investment GmbH (Barclays Kunde). Schauen Sie sich einfach einmal die Geschäftsberichte an. Dem Schuldner wird dann gegen Verschonung seiner Existenz ein Rabatt von 10-20% angeboten. Viele Verzweifelte leihen sich das Geld dann im Freundeskreis oder im Familienkreis. Denn wie bereits gesagt: diese Plünderungsorganisationen kennen keine Gnade und schrecken vor fast nichts zurück. Auf dieses Weise gelingt es einigen, innerhalb von weniger als einem Monat, den für 1-5% gekauften Kredit für 80-90% zu liquidieren. Das sind Margen von denen jeder anständige Handwerker und Geschäftsmann nur träumen kann. Und das nur, weil der Häuslebauer den Schenkungsvertrag mit unserer Bank nicht eingehalten hat. Gewissen? Wozu denn das? Nachdenken? Eher schädlich in diesem Geschäftszweig. **Ist so der Immobilien- und Bankencrash in den USA entstanden?** Ja, Gier, Gier und nochmals Gier.

Und das alles nur wegen z.T. ein paar hundert Euros, die ein Familienvater nicht mehr bezahlen kann? Ich habe in meiner aktiven Zeit sehr schlimme Schicksale erlebt. Da wurden

die Existenzen von Familien so zerstört, daß die Familien zerbrechen, die Eltern wurden z.T. sogar obdachlos. Die Kinder wurden in Heime gesteckt (für 3.000 – 6.000 €Kosten pro Monat, abgedeckt durch unsere Kollateralwerte > privates Budget). Es ist der Horror. Und ich frage mich manchmal, ob die Ausführenden dieser Verbrechen aus niederen Beweggründen sich dessen überhaupt bewußt sind. Das alles funktioniert nur so lange, wie sich Menschen finden, die gegen ihr Gewissen handeln und bereit sind sich und ihr Gewissen zu verkaufen. Prostitution hat viele Gesichter. Diese Wesen, die so etwas inszenieren stehen selber unter existenziellem Druck. Und nur so funktioniert das ganze System. Und worum geht es denn wirklich. Um Papierzettelchen? Wegen Giralgeld auf offshore-Konten? Das ist Unsinn. Denn die, die das inszenieren, besitzen unglaubliche Vermögen. Als Billiardär brauchen Sie keine Papierzettelchen mehr. Das Ganze ist ein bombastisches Geschäft mit den Anspruchsstellungen auf Kollateralvermögen. Der weltweite, steuerpflichtige Umsatz betrug 2014 ca. 50 Quintillionen (das ist eine 50 mit 24 Nullen) Dollar. Um diesen Umsatz zu erwirtschaften, müßte jeder Mensch (auch Kinder) jedes Jahr für ca. 10 Milliarden Dollar Werte schaffen. Na auf geht's strengen Sie sich mal an... Arbeiten Sie bitte noch mehr für die 10%, die man Ihnen zum Leben noch läßt. Verzeihen Sie den Sarkasmus. Aber das ist alles so unglaublich und nur deshalb machbar, weil man den Menschen nicht sagt worum es geht und weil sich niemand mehr wagt zu wehren. Der weit verbreitete Glauben an eine Geldschöpfung aus dem Nichts wäre akzeptabler als diese massive Plünderung, die weltweit stattfindet. Insbesondere in GERMANY und EU-EUROPA. Wahrscheinlich wird dieser Unsinn (Geldschöpfung aus dem Nichts) auch deshalb verbreitet und zwischenzeitlich auch „zugegeben“, weil die Wahrheit viel perverser ist. Mit jedem Kredit, gleich welcher Art, werden die Kollateralkonten der Menschen durch eine kleine Elite geplündert, die es verstanden hat durch die kneed to know basis, Teilwissende zu instrumentalisieren, die dann dieses Verbrechen an der Menschheit für sie begeht, manche nennen es sogar Bankenhure.

Das sind sehr scharfe Worte in ein Hornissennest hinein. Aber es ist die Wahrheit. Denn wenn jemand schon 1000 Milliarden USD besitzt. Warum will dieses Wesen noch mehr? Noch mehr Autos? Noch mehr Motorboote und Immobilien? Noch mehr Kaviar? Nein, darum geht es nicht. Es geht um die Kontrolle. Die Kontrolle über das System und die Menschen.

Warum also dieses Verbrechen an der Menschheit? Liquidität entsteht, indem wir alle unser Kollateral als Sicherheit hinterlegen und aufgrund dessen Schuldverschreibungen herausgegeben werden. Diese Schuldverschreibungen nannte man Banknote. Anmerkung: Der Euro ist keine Banknote ... Man hätte statt dem Euro auch Glasperlen ausgeben können ... Aber das wäre dann doch aufgefallen. Das Kollateral sind alle Werte, die alle Menschen dieser Welt besitzen. Die Unternehmen, die sich nur Staaten nennen, sind ausschließlich die Verwalter dieser Werte in einer Art Unter-Treuhandverhältnis. Die Kollateral-Werte können/dürfen nicht in Liquidität umgewandelt werden, aber man kann Haftungspapiere darauf herausgeben. Banknoten. Die Banknote selbst befindet sich im Besitz des Herausgebers (z.B. Deutsche Bundesbank). Die Haftung darauf haben wir Menschen. Wenn nun also alle Kollateralwerte beliehen sind – wir also keine Sicherheiten mehr haben – verbleibt ausschließlich unsere Arbeitskraft als Sicherheit für weitere „Liquiditäts-Bildung“. Ich empfehle hierzu den Kino-Film: „In Time“. Ersetzen Sie Lebenszeit mit Liquidität. Und dann blicken Sie bitte nach Afrika und Südamerika, wo fehlende Liquidität bereits Leben kostet ... Liquidität = Lebenszeit. Es wird Zeit, daß wir uns bewegen.

Das hört sich an wie ein Horrorszenario. Denken Sie dies ist so gewünscht? Ja, das denke ich. An dieser Stelle erlaube ich mir etwas „Verständnis“ für die Unternehmen, die sich Staaten nennen zu zeigen. Denn diese werden mit fehlender Liquidität ebenso erpresst wie wir. Und die Härte, mit der dieses Spiel betrieben wird ist für uns kaum vorstellbar. Stellen Sie sich mal vor,

Sie wären verantwortlich, wenn wegen Ihnen ein Flugzeug abstürzt und dabei Kinder um's Leben kommen und das nur weil Sie sich für die BRICS interessieren? Weiter möchte ich darauf nicht eingehen. Ich will nicht sagen, daß ich Respekt habe. Aber ich kann diese nahezu aussichtslose Situation, in der sich die sog. Politiker und Regierungen dieser Welt befinden, nachvollziehen. Es ist ein gnadenloses Erpressungsspiel, das so in dieser Form zu keinem Zeitpunkt geplant war. Der geplante CHIP wäre die Krönung dieser Erpressungsphilosophie einiger weniger, die nur diese Welt unter Kontrolle bekommen wollen.

Um auf unser Beispiel zurückzukommen bedeutet dies, daß wir mit Banknoten, für die wir die Sicherheit gegeben haben, etwas bezahlen, was eigentlich von uns ist? Der Kredit.

Ja, das ist genau die richtige Formulierung. Wir geben den Banken den Kredit. Es gibt dazu sogar Meldeformulare, aus denen das ganz klar hervorgeht. Und die Banken sind verpflichtet uns darüber zu informieren. Und wenn diese das nicht tun, dann müssen sie eine nahezu lächerliche Geldstrafe bezahlen. Und es gilt die Regel: Wo kein Kläger da kein Richter. Wenn Sie mit 20.000 € „Bargeld“ zur Bank laufen und Sie können nicht nachweisen woher dieses Papierzettelchen stammen, dann ruft die Bank die Polizei > Verdacht der Geldwäsche. Wenn Ihnen die Bank 200.000 € in Form von Girogeld zur Verfügung stellt, dann dürfen Sie als Sicherungsgeber nicht einmal fragen? Offensichtlich funktioniert unsere BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) nicht. Oder ist diese BaFin eher als Interessensvertretung der Banken beim Eindämmen unliebsamer Konkurrenz zu betrachten? Der Verdacht der Komplizenschaft muß hier geäußert werden. Denn in den Basel III Grundsätzen ist ganz klar geregelt, daß auch eine Bank die Quellen offenlegen muß ... offensichtlich nur nicht uns, den Sicherungsgebern. Also kann man davon ausgehen, daß die Finanzwelt und die Staaten zusammenarbeiten. Ich gehe zugunsten der Unternehmen, die sich Staaten nennen, davon aus, daß es eine unfreiwillige Zusammenarbeit ist. Wir alle haben die Aufgabe, unsere Treuhandverwaltung bei der Vermeidung dieser Plünderung zu unterstützen. Dazu müßten aber Politiker an der Spitze sitzen, die dies nicht nur begreifen, sondern auch willig sind, etwas zu unternehmen. Sie dürfen gewiss sein, daß für Wolfgang [Schäuble](#) hier in diesem Text nicht Neues steht. Denn die, die etwas zu verändern bereit sind, gibt es ... aber leider nur östlich von uns. Das ist bedauerlich, denn gerade hier in Zentraleuropa stehen die hochwertigsten Kollateralvermögen. Und wir schauen weg ... auf die offensichtlich auf Verdummung ausgerichteten Mainstream-Medien.

Gibt es denn eine Lösung? Wie könnten wir Menschen da aktiv werden? Ich könnte noch weiter und tiefer in diese Materie einsteigen. Manchmal denke ich mir, daß das Wissen um diese Dinge eher ein Fluch als ein Segen ist. Und ich wurde schon gefragt, ob diese Interviews das Risiko eventuell ermordet zu werden wert sind. Meine Antwort lautete ja. Denn es wird Zeit für eine positive Änderung für alle Menschen. Und wenn ich auf der Straße die kleinen Knöpfe (Kinder) herumspringen sehe, dann weiß ich warum.

Also: Pauschale Formulierungen gibt es zwar, diese sind aber nicht ungefährlich. Da sollte man Stehvermögen und eine Menge Hintergrundwissen haben. Es geht nicht um Rache oder Nachkarten, sondern es geht darum, daß diese Einrichtungen sauber und ordentlich im Interesse Ihrer Sicherungsgeber (wir) arbeiten.

Ich würde mal folgende Fragen stellen:

- Fragen Sie Ihre Bank wo das Geld, das Sie Ihnen ausgezahlt haben, herkommt.
- Fragen Sie nach den internationalen Steuerunterlagen für Ihr Konto. Denn Sie haften dafür, falls Geldwäsche und Steuerbetrug über dieses Konto gemacht wird. Weisen Sie doch einmal

auf Basel III hin. Und falls die Bank nicht spurt, eine Meldung an die BaFin. Selbstverständlich wird diese bei Einzelmeldungen nicht reagieren ... wenn aber tausende von Meldungen kommen. Wir sind die Sicherungsgeber und wir haben ein Recht auf Transparenz. Diese müssen Sie einfordern.

- Lassen Sie sich bei einem Haftungsangebot (die sog. Fälligstellung) doch einmal eine kaufmännisch ordentliche Abrechnung (Bilanz) des Kontos vorlegen. Und wenn diese nicht vorgelegt wird, so gibt es auch keine Schuld.
- Wenn Sie Ihre Verfügungsberechtigung für das Konto aufgeben (auch Kündigung des Kontos genannt), dann bestehen Sie auf einer Löschungsbestätigung für dieses Konto. Denn sonst benutzt die Bank das Konto unter Ihrer Haftung weiter. Und das bis 20 Jahre nach Ihrem Tod.
- Stellen Sie Fragen über die Verbuchungen Ihrer Liquiditätsleistungen auf das Konto. Aber passen Sie auf, daß man Sie nicht „molattet“. Denn diese Fragen sind nicht erlaubt. Und scheuen Sie nicht vor einem verlängerten Eigentumsvorbehalt für gelieferte Liquidität zurück.
- Und falls Sie in der sehr angenehmen Situation sind über genügend Liquidität zu verfügen und Sie wollen dieser „Bande“ mal auf die Füße steigen ... melden Sie sich einfach mal bei rredaktion.eu.

Anwälte, die da mitspielen gibt es. Aber die wollen Vorkasse. Und Sie sollten Ihre Existenz vorher gesichert haben. Denn alle Banken arbeiten in einem Kartell zusammen und informieren sich gegenseitig über aus Ihrer Sicht „schwarze Schafe“. Wenn das Bankgeschäft für den Kunden nicht funktioniert, kommt bei ihnen dann der Gerichtsvollzieher und das Inkassobüro, die Vollstrecker, sie werden ausgeplündert und für den Rest ihres Lebens, mit Hilfe der Justiz und mit bewaffneter Polizei vernichtet. Deshalb reden wir beim nächsten Mal endlich über dieses Thema.

Ein Eintrag bei der UNO fehlt? Genscher-alt Außenminister Genscher hat am 03.Oktober 1990 im Auftrag der 5 Alliierten die Bundesrepublik Deutschland („BRD“) bei der UNO abgemeldet und an Stelle dessen Deutschland „Germany“ angemeldet. Status von Deutschland/Germany seit Anmeldung durch Genscher bei der UNO: gelistet als Nicht-Regierungsorganisation, englisch: NGO. Ein Staat mit dem Namen Bundesrepublik Deutschland existiert bei der UNO nicht.

Wir treffen uns zum nächsten Interview in Genf, weil ich jetzt anschliessend in die USA und nach Den Haag reise und erst in ca. drei Wochen zurück sein werde. **Vielen Dank, unsere Leser sind gespannt welche neuen Erkenntnisse sie uns über Deutschland mitbringen.**

Anmerkung – Der Staat schwimmt im Geld und was nun? 54 Milliarden an [Steuern](#) wird der Staat zusätzlich einnehmen – von Ihnen und von mir. Es ist eine obszöne Zahl. Aber auch die ist nur die halbe Wahrheit. 2009, im bitteren Jahr der Finanzkrise, waren es 524 Milliarden an Steuern; 2016 schon 706. Von 2017 bis 2020 werden zusätzliche 300 Milliarden erwartet, und dann kommen noch einmal die 55 oben drauf. Was bedeutet das Grundgesetz für die BRD, Artikel 20 : ... (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist?

Wenn Ihnen die Artikel gefallen, unterstützen, sponsern Sie die Form des investigativen, freien, kritischen, unabhängigen Journalismus! Mit einer Spende sicherst du unsere Unabhängigkeit. Vielen Lieben Dank!

Hier ist eine komplette Liste aller Banken die im Besitz und unter Kontrolle der Rothschilds sind. Die US-Einträge könnten Sie überraschen:

Ägypten: Central Bank of Egypt
Albanien: Bank of Albania
Algerien: Bank of Algeria
Äquatorialguinea: Bank of Central African States
Argentinien: Central Bank of Argentina
Armenien: Central Bank of Armenia
Aruba: Central Bank of Aruba
Aserbaidschan: Central Bank of Azerbaijan Republic
Äthiopien: National Bank of Ethiopia
Australien: Reserve Bank of Australia
Bahamas: Central Bank of The Bahamas
Bahrain: Central Bank of Bahrain
Bangladesch: Bangladesh Bank
Barbados: Central Bank of Barbados
Belgien: National Bank of Belgium
Belize: Central Bank of Belize
Benin: Central Bank of West African States (BCEAO)
Bermuda: Bermuda Monetary Authority
Bhutan: Royal Monetary Authority of Bhutan
Bolivien: Central Bank of Bolivia
Bosnien: Central Bank of Bosnia and Herzegovina
Botswana: Bank of Botswana
Brasilien: Central Bank of Brazil
Bulgarien: Bulgarian National Bank
Burkina Faso: Central Bank of West African States (BCEAO)
Burundi: Bank of the Republic of Burundi
Caymaninseln: Cayman Islands Monetary Authority
Chile: Central Bank of Chile
China: The People's Bank of China
Costa Rica: Central Bank of Costa Rica
Dänemark: National Bank of Denmark
Deutschland: Deutsche Bundesbank
Dominikanische Republik: Central Bank of the Dominican Republic
Ecuador: Central Bank of Ecuador
El Salvador: Central Reserve Bank of El Salvador
Elfenbeinküste: Central Bank of West African States (BCEAO)
Estland: Bank of Estonia
Europäische Union: European Central Bank
Fidschi: Reserve Bank of Fiji
Finnland: Bank of Finland
Frankreich: Bank of France
Gabun: Bank of Central African States
Gambia: Central Bank of The Gambia
Georgien: National Bank of Georgia
Ghana: Bank of Ghana
Griechenland: Bank of Greece
Guatemala: Bank of Guatemala
Guinea-Bissau: Central Bank of West African States (BCEAO)
Guyana: Bank of Guyana
Haiti: Central Bank of Haiti
Honduras: Central Bank of Honduras

Hongkong: Hong Kong Monetary Authority
Indien: Reserve Bank of India
Indonesien: Bank Indonesia
Irak: Central Bank of Iraq
Iran: The Central Bank of the Islamic Republic of Iran
Irland: Central Bank and Financial Services Authority of Ireland
Island: Central Bank of Iceland
Israel: Bank of Israel
Italien: Bank of Italy
Jamaika: Bank of Jamaica
Japan: Bank of Japan
Jemen: Central Bank of Yemen
Jordanien: Central Bank of Jordan
Kambodscha: National Bank of Cambodia
Kamerun: Bank of Central African States
Kanada: Bank of Canada – Banque du Canada
Kasachstan: National Bank of Kazakhstan
Katar: Qatar Central Bank
Kenia: Central Bank of Kenya
Kirgistan: National Bank of the Kyrgyz Republic
Kolumbien: Bank of the Republic
Komoren: Central Bank of Comoros
Kongo: Bank of Central African States
Korea: Bank of Korea
Kroatien: Croatian National Bank
Kuba: Central Bank of Cuba
Kuwait: Central Bank of Kuwait
Lesotho: Central Bank of Lesotho
Lettland: Bank of Latvia
Libanon: Central Bank of Lebanon
Libyen: Central Bank of Libya (Ihre neueste Eroberung)
Litauen: Bank of Lithuania
Luxemburg: Central Bank of Luxembourg
Macao: Monetary Authority of Macao
Madagaskar: Central Bank of Madagascar
Malawi: Reserve Bank of Malawi
Malaysia: Central Bank of Malaysia
Mali: Central Bank of West African States (BCEAO)
Malta: Central Bank of Malta
Marokko: Bank of Morocco
Mauritius: Bank of Mauritius
Mazedonien: National Bank of the Republic of Macedonia
Mexiko: Bank of Mexico
Moldawien: National Bank of Moldova
Mongolei: Bank of Mongolia
Montenegro: Central Bank of Montenegro
Mosambik: Bank of Mozambique
Namibia: Bank of Namibia
Nepal: Central Bank of Nepal
Neuseeland: Reserve Bank of New Zealand
Niederlande: Netherlands Bank

Niederländische Antillen: Bank of the Netherlands Antilles
Niger: Central Bank of West African States (BCEAO)
Nigeria: Central Bank of Nigeria
Nikaragua: Central Bank of Nicaragua
Norwegen: Central Bank of Norway
Oman: Central Bank of Oman
Österreich: Oesterreichische Nationalbank
Östliche Karibik: Eastern Caribbean Central Bank
Pakistan: State Bank of Pakistan
Papua-Neuguinea: Bank of Papua New Guinea
Paraguay: Central Bank of Paraguay
Peru: Central Reserve Bank of Peru
Philippinen: Bangko Sentral ng Pilipinas
Polen: National Bank of Poland
Portugal: Bank of Portugal
Ruanda: National Bank of Rwanda
Rumänien: National Bank of Romania
Salomonen: Central Bank of Solomon Islands
Sambia: Bank of Zambia
Samoa: Central Bank of Samoa
San Marino: Central Bank of the Republic of San Marino
Saudi-Arabien: Saudi Arabian Monetary Agency
Schweden: Sveriges Riksbank
Schweiz: Swiss National Bank
Senegal: Central Bank of West African States (BCEAO)
Serbien: National Bank of Serbia
Seychellen: Central Bank of Seychelles
Sierra Leone: Bank of Sierra Leone
Simbabwe: Reserve Bank of Zimbabwe
Singapur: Monetary Authority of Singapore
Slowakei: National Bank of Slovakia
Slowenien: Bank of Slovenia
Spanien: Bank of Spain
Sri Lanka: Central Bank of Sri Lanka
Südafrika: South African Reserve Bank
Sudan: Bank of Sudan
Surinam: Central Bank of Suriname
Swasiland: The Central Bank of Swaziland
Tadschikistan: National Bank of Tajikistan
Tansania: Bank of Tanzania
Thailand: Bank of Thailand
Togo: Central Bank of West African States (BCEAO)
Tonga: National Reserve Bank of Tonga
Trinidad und Tobago: Central Bank of Trinidad and Tobago
Tschad: Bank of Central African States
Tschechische Republik: Czech National Bank
Tunesien: Central Bank of Tunisia
Türkei: Central Bank of the Republic of Turkey
Uganda: Bank of Uganda
Ukraine: National Bank of Ukraine
Ungarn: Magyar Nemzeti Bank

Uruguay: Central Bank of Uruguay

Vanuatu: Reserve Bank of Vanuatu

Venezuela: Central Bank of Venezuela

Vereinigte Arabische Emirate: Central Bank of United Arab Emirates

Vereinigte Staaten: Federal Reserve, Federal Reserve Bank of New York

Vereinigtes Königreich: Bank of England

Vietnam: The State Bank of Vietnam

Weißrussland: National Bank of the Republic of Belarus

Zentralafrikanische Republik: Bank of Central African States

Zypern: Central Bank of Cyprus

Teil 10: So verändert sich die Welt. Hawaii hat sich von den USA abgespalten. Die Queen hat ihre Erbrechte am „Der Goldene Bulle“ bei der UN geltend gemacht. Wenn der BREXIS abgeschlossen ist, könnte sie unter der Herrschaft der Winsors, das „Heilige römische reich deutscher Nationen wieder herstellen. Die UN zieht die Grenzverläufe und schützt sie durch Blauhelme, deshalb helfen Blauhelme auch nicht den Zivilisten. **Traue keinem DEUTSCHEN:** Der Stalinpakt war eine Lüge und Russland wurde angegriffen! Die Wiedervereinigung war eine Lüge, dass Versprechen an Russland, es gibt keine NATO Osterweiterung wurde nicht eingehalten, Russland soll schon wieder angegriffen werden und Deutschland steht an vorderster Front zum Angriff bereit. Das Interview 10 wurde im O-Ton aufgezeichnet, am 29.06.2017. All diese Dinge wissen 99% aller Rechtsanwälte nicht. Diese bewegen sich in einem ganz engen Käfig. Und sollten sie diesen verlassen wird ihnen die Lizenz entzogen und/oder die Kontrolle über die Person (Betreuungsverfahren) wird ihnen entzogen. Die Anwälte werden zwar von Ihnen bezahlt. Aber i.d.R. arbeiten diese nicht für sie. „Die“ sind doch nicht verrückt ihre Privilegien für Sie aufs Spiel zu setzen. **Wir wollen heute über Inkassobüros und Gerichtsvollzieher sprechen.**

Es war nun eine lange Pause zwischen unseren letzten Treffen. Gibt es von Ihrer Seite Neues zur aktuellen Lage? Ja es gibt viel Neues zu berichten. Vorab möchte ich die vielen Fragenden um Verzeihung bitten, denn es war mir in den letzten sehr gefüllten Wochen mit ständigen Auslandsaufenthalten nicht möglich, mich durch den Berg an Fragen durchzuarbeiten. Da dies heute mein vorletzter Interviewtermin ist, werde ich die noch offen Fragen in den nächsten zwei Wochen endlich beantworten und Ihnen zur Veröffentlichung zukommen lassen. GERMANY gehen zwischenzeitlich endgültig die Argumente aus, denn diese Verwaltungsorganisation ist zwischenzeitlich komplett zum Faustrecht übergegangen. Dies gilt nicht nur für die Menschen in diesem Land, sondern auch weltweit politisch und diplomatisch. Es ist erschreckend, mit welcher Ignoranz GERMANY aktuell Politik macht. Der einzige Rückhalt, den diese sog. Regierung noch hat, ist das Volk in diesem Land ... durch Stillschweigen. Ich erlaube mir erneut an den grundsätzlichen Versicherungsvertrag (GG) zu erinnern. Gültig nicht gültig ... gleichgültig. Das Bundesverfassungsgericht sagt ja dazu ... also wird es nutzbar. Bitte erneut Artikel 20 Nr. 4 ansehen.

Die Menschen in GERMANY sind haftbar für diese Regierung? Auf gut Deutsch: Wir zahlen die Zeche. Und wer zahlt bestimmt. Es wurden zwischenzeitlich mehrere Klagen am ICJ (International Court of Justice in Den Haag) gegen GERMANY wegen Vertragsbrüchen eingereicht. Auch am ICC (International Criminal Court) werden Beschwerden und Klagen eingereicht. Wir werden im Laufe dieses Interviews noch auch das letztere Gericht eingehen. Das erstere ist nicht für alle zugänglich. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß auch der High Court of England and Wales demnächst wegen Beihilfe zum Wertpapierbetrug involviert wird. Denn dort ist die richtige Stelle für den Umgang mit Urkunden von Seiten GERMANYs. International gesehen isoliert sich GERMANY immer mehr. Es werden alle Verträge/

Konventionen/ Abkommen/Übereinkomme einseitig gebrochen und die sog. Bundeskanzlerin scheint sich auf die Provokation der Freunde des Deutschen Volkes (die Russische Föderation) zu konzentrieren. Vielleicht ist der Eine oder Andere nicht der Meinung, daß es sich bei der Russischen Föderation um die Freunde des deutschen Volkes handelt, aber wer sich ein klein wenig mit Geschichte beschäftigt hat, der weiß woher die bisherigen Invasoren von Zentraleuropa gekommen sind. Es geht nicht um eine Wertung. Es geht um Fakten. Es gehen Gerüchte herum – die ich leider bestätigen muß –, daß die Nato sehr große Truppenverbände an der Grenze zur Russischen Föderation in Polen und in Litauen stationiert hat. Und wieder einmal berichtet die sog. freie Presse einseitig und verfälscht über diese Politik der einseitigen Aggression. Ungeachtet dessen hat „man“ sich um dieses Thema gekümmert und ich bitte die Menschen sich keine Sorgen bezüglich eines Krieges zu machen. Wir haben einen klugen und besonnenen Freund an unserer Seite, der darauf wartet, daß WIR uns endlich bewegen. Die Russische Föderation sowie die Volksrepublik China und die meisten anderen „Staaten“ und Nationen wünschen sich ausschließlich stabile Handelspartner in Europa. Unmotiviert Sanktionen, die ausschließlich der eigenen Wirtschaft schaden, sind kontraproduktiv. Aber die Verhaltensweisen der politischen Klasse im Westen wirft eindeutig die Frage nach den tatsächlichen Zielen ihrer Politik auf.

Wir könnten noch stundenlang über weltpolitische Themen sprechen, aber das ist nicht das Thema unseres heutigen Interviews. Und trotzdem sind viele Menschen verängstigt und fühlen sich hilflos als Spielball. Dabei ist das gar nicht so. Es gibt hier im Bodenseeraum eine Gruppe, die hat sich darauf spezialisiert, Gesetzesveröffentlichungen im Bundesanzeiger zu widersprechen, wenn der Eindruck entsteht, daß bei dieser Änderung die Rechte der Menschen in diesem Lande unangemessen einschränken. Die (Regierung) fangen an zu schwitzen... Denn selbstverständlich haben wir ein Mitspracherecht bei Gesetzesänderungen. Die Verantwortlichen können das nicht einfach vom Tisch wischen. Sonst müßten sie ja zugeben ... Jede AGB-Änderung für die Nutzung von Personen muß im Einverständnis mit den Menschen – den Gläubigern dieses Systems – erfolgen. Deshalb und ausschließlich deshalb erfolgen ja die Veröffentlichungen im Bundesanzeiger. Und wenn die Menschen in diesem Land nicht widersprechen – dann sind sie einverstanden mit der Änderung. So etwas nennt man konkludente Zustimmung. So viel zum Thema, daß es in GERMANY keine Vertragsabschlüsse mittels konkludenter Zustimmung durch Stillschweigen gibt. Es gibt so vieles zu sagen und zu erklären...

Wir in der RRRedaktion können durch unsere Recherchen belegen, dass Deutschland tatsächlich die Internationalen Verträge nicht einhält, sich über alles hinwegsetzen, von Ost nach West von Nord bis Süd. Ein gutes Beispiel bildet die Staatsanwaltschaften und die Justiz in Ravensburg, sie verstoßen gegen diese Rechte und klagen sogar Rechnungssteller, die Haftungsansprüche nach UCC Recht anmelden, an und basteln daraus eine Nötigung, betroffen sind Beamte die ihre Arbeit, ihre Stellung zum Machtausübung missbrauchen.

Wir wollten heute über Inkassobüros und Gerichtsvollzieher sprechen. Das ist letztendlich der Oberbegriff zum Thema Vollstreckung. Einem Thema, das leider immer mehr Menschen, die sich gegen ungebührliche Belastungen wehren, ausgesetzt sind. Prinzipiell gilt: jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist. Dies gilt offensichtlich in GERMANY nicht für Geld. Dort scheinen andere Maßstäbe zu gelten. Eine Forderung, die nicht aus Lieferung und Leistung entstanden ist, wird bei Gericht gerne eine ungebührliche Forderung genannt. Es sei denn es sind die Schützlinge dieses Systems. Die scheinen das zu dürfen. Im übrigen, wenn es notwendig wird einen Gerichtsvollzieher wegen seinem Verhalten und Vorgehensweise

anzuzeigen, dann empfehle jedem den jeweiligen Direktor des Amtsgerichtes anzuzeigen, er ist für ihn zuständig und schützt in den meisten Fällen den Gerichtsvollzieher.

Aber es wird ständig gemacht, wie man das ja bei GEMA und ARD ZDF Deutschlandradio sieht. Über diesen krassen Fall von offensichtlicher Rechtsbeugung haben wir ja schon mehrfach gesprochen. Aber diese beiden Organisationen sind damit nicht alleine auf dem Vollstreckungsmarkt. Ja, es ist ein richtiger Markt geworden. Es gibt verschiedene Arten von Inkassounternehmen. Die einen treiben die Gelder nur ein. Dies ist die „harmlosere“ Variante. Denn die haben kaum Rechte, sondern können nur zur Zahlung nötigen und erpressen. Die andere Gruppe kauft Forderungen auf. Der behauptete Gläubiger benötigt dazu allerdings das Einverständnis des behaupteten Schuldners (siehe [§267 Nr. 2 BGB]). Wenn dieses Einverständnis nicht vorliegt, so bekommt der Käufer der Forderung keine Rechtsansprüche zur Beitreibung. Viele Banken und Versicherungen schreiben diesen Verkauf ihrer Forderungen gerne in die AGBs. Das ist nicht 100% sauber. Deshalb sichern sich die Banken immer gerne zusätzlich ab. Deshalb Bank- und Versicherungsschreiben immer gründlich bezüglich solcher Andeutungen durchlesen. Im Zweifelsfalle widersprechen (mit Vertragsabschluß besteht bereits eine Einlassung). Streichen Sie dies Passagen doch einfach aus dem Vertrag. Und nehmen Sie die aktuelle AGBs der Bank, streichen Sie alles raus, was Ihnen nicht passt und machen Sie eine Anlage aus den modifizierten Verträgen.

Aber Druck machen alle diese Beitreibungsorganisationen. Und wie... Z.B. mit Telefonanrufen. Wenn also so eine Inkassobude anruft, so sollten die ersten Fragen immer lauten:

- Wer hat Ihnen die Erlaubnis für diesen Anruf bei mir gegeben?
- Woher haben Sie die Telefonnummer?
- Kennen Sie die gesetzlichen Grundlagen für Telefonmarketing?

I.d.R. hören Sie dann immer: ja die haben wir von Ihrem Gläubiger bekommen... Verstoß gegen das Datenschutzgesetz. Sie können auch Ihre Irritation zum Ausdruck bringen. Denn Sie wußten bis zu diesem Zeitpunkt gar nicht, daß der behauptete Gläubiger plötzlich zum Vormund mutiert ist und gegen Ihren Willen über Sie hinweg handeln darf... Weisen Sie den Anrufer darauf hin, daß Sie, sobald noch einmal jemand ohne Einverständnis anruft, um einen Vertragsabschluß am Telefon zu erzwingen, sofort die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wird. Manchmal kann man Glück haben und die Staatsanwaltschaft macht wirklich etwas... Meistens bekommen Sie dann nach kurzer Zeit ein schriftliches Kontaktangebot. Darin werden Sie gefragt, wann man Sie wo und wie erreichen kann. Sobald Sie das ausfüllen und zurücksenden stimmen Sie jedem weiteren Anruf zu. Vorschlag für diese Werbepost: Ablage **P** wie Papierkorb.

RRRedaktion: Ja wir kennen das aus unseren Recherchen, 55 Fälle liegen uns vor, die [GFKL-Hoist](#) Inkasso sind die schlimmsten Inkassofirmen. Sie betreiben regelrecht Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bereichern sich sittenwidrig an Menschen, an der Armut. Betreiben psychische Folter, bedrohen Menschen, zwingen sie vorsätzlich in die Arbeits- und Obdachlosigkeit, sie nötigen, betreiben regelrechten Telefonterror, Einschüchterung, sie erpressen und fordern Menschen sogar zu strafbaren Handlungen auf. Ihr [Bundesverband](#), die Justiz und Staatsanwaltschaft decken diese Straftaten. Wir suchen zwecks einer internationalen Sammelklage nach weiteren Inkasso-Banken Opfer.

RRRedaktion: Für immer Digitalmerkmale statt einer Plakette an der Brust wie früher? Auskunfteien wie die Schufa und Inkassovereine (Hoist, GFKL) haben eine enorme Macht über den Alltag aller Menschen in Deutschland. Trotzdem sind sie als private [Unternehmen](#) sehr intransparent. Die Algorithmen hinter ihren Scoring-Verfahren halten sie geheim. Das muss sich ändern! Wir müssen erfahren, auf welche Weise der Marktführer Schufa, aber auch alle anderen Auskunfteien zu ihren Ergebnissen kommen. Diskriminieren sie? Macht es einen Unterschied, wo man wohnt? Welche Rolle spielt das Geschlecht oder der Beruf der Eltern? Von alleine werden die Auskunfteien nicht transparenter werden. Deswegen müssen sie von der Politik dazu verpflichtet werden, ihre Verfahren offenzulegen und regelmäßig durch unabhängige Institutionen prüfen zu lassen. Das Justizministerium muss dazu einen Gesetzentwurf schreiben! Aber wir müssen nicht alleine auf die Politik warten. Fragt jetzt eure Scoring-Werte bei der Schufa an. Das Unternehmen ist dazu verpflichtet, sie euch zuzuschicken. Mein Name ist Arne Semsrott. Ich bin 29 Jahre alt und engagiere mich seit vielen Jahren für mehr mehr Offenheit in Politik und Verwaltung. Für die Open Knowledge Foundation Deutschland betreibe ich das Portal FragDenStaat.de. Derzeit engagiere ich mich in der Initiative OpenSchufa.de.

Aber die meisten versuchen Forderungen direkt ohne Gericht zu vollstrecken, sie fordern dich sogar zu strafbaren Handlungen auf und die Staatsanwaltschaften schauen weg. Das ist richtig. Insbesondere die Creditreform (auch **Hoist, GFKL**, Proceed Collection Service GmbH) mißbraucht häufig ihr (nennen wir es mal so) Denunziationspotential für diese Zwecke. Es ist günstiger und schneller, über diesen Weg an den Ausgleich einer Forderung zu kommen als über den gerichtlichen Weg. An dieser Stelle eine kleine Anmerkung. Die erscheint mir sehr wichtig. Wenn ein Handwerker oder ein Unternehmen tatsächlich eine Leistung erbracht hat, so ist die Verweigerung des Ausgleichs mittels Liquidität unehrenhaft. Insbesondere wenn der Leistungsgläubiger eine saubere und ordentliche Arbeit abgeliefert hat. Dieser Text ist nicht dazu gedacht, Handwerksbetriebe, die ohnehin unter einer hohen Abgabelast leiden, noch mehr zu schädigen. Deshalb meine Bitte an die werten Leser: Bitte nutzen Sie dies alles nicht, um einen ehrlichen Dienstleister um seinen Lohn zu prellen. Das ist unfair. Sie wollen doch auch Lohn für Ihre Arbeit haben.

Aber viele Mißbrauchen diese Variante. Richtig und machen dabei viel kaputt. Eine Forderung kann nicht so ohne weiteres vollstreckt werden. Üblicherweise muß der Herausgeber einer Forderung den üblichen Weg einhalten, wenn der Empfänger von Lieferung und Leistung den Ausgleich mittels Liquidität (auch Bezahlen genannt) verweigert. Dazu muß der Gläubiger eine Titulierung bei einem Amtsgericht beantragen. Das nennt man einen Mahnbescheid. Wenn nun der behauptete Schuldner nicht einverstanden ist, so macht er eine Einlassung auf dieses Verfahren, indem er widerspricht. Jede Einlassung bedeutet das Akzeptieren des Herausgebers eines Dokuments. Das ist wichtig und immer im Auge zu behalten. Wer keine Einlassung machen möchte, der sollte alles was auf dem Mahnbescheid Widerspruch heißt, durchstreichen und Zurückweisung von Hand darüber schreiben. Eine Zurückweisung ist keine Einlassung. Gerichte übersehen dies gerne und machen sehr gerne einen Widerspruch daraus (Geschäftspolitik. Es geht doch um Vertragsabschlüsse!). Fragen Sie doch einfach mal nach, ob die Fähigkeit des Lesens und Schreibens keine Einstellungsvoraussetzung mehr in einem Gericht ist. Mit einem Widerspruch geht man ins Vertragsverhältnis mit dem Mahngericht und akzeptiert die Vermittlungsposition eines Amtsgerichtes und/oder Landgerichtes (unter Vermittlung des Mahngerichtes, das ein Gericht vorschlägt) bezüglich dieser Forderung. Ob es dafür wohl eine Provision gibt? Wo der Vorgang landet, hängt von der Höhe der angemahnten Summe ab. Alles über 5000 € geht zu einem Landgericht mit der behaupteten Anwaltpflicht, die in keinem einzigen Gesetz und/oder Verordnung festgehalten ist. Zumindest habe ich bis

heute nichts gefunden und kein Gericht hat bis heute ein Gesetz und/oder Verordnung genannt, in dem dies vorgeschrieben ist. Verstößt übrigens gegen Europäisches Recht.

Welche Rechtsstellung haben denn Inkassobüros? Kurz gesagt: keine. Inkassobüros haben definitiv keinerlei Rechte und sind ein sehr, wie soll ich sagen, hilfloser Haufen und eine nervige Zeiterscheinung. I.d.R. bekommt man es mit solchen Organisationen wie z.B. einem Unternehmen der Creditreform Gruppe (alle Creditreform Filialen sind separat zu betrachten und haben nur einen gemeinsamen Datenpool) zu tun. Oder mit irgendeiner Fantasienamen-Firma, die die Lizenz zur Beitreibung erworben hat. Noch ein Geschäftsmodell. Das einzige Ziel ist es Druck aufzubauen und zu entnerven. Die Inkassobüros haben nichts anderes. Es sind ausschließlich Vertragsangebote die man annehmen kann oder auch nicht. Die Vermittlungsgebühren für dieses Rechtsgeschäft werden dem behaupteten Schuldner aufgebürdet. Und jede Kommunikation signalisiert die Bereitschaft zur Bereitschaft eines Vertragsabschlusses. Solche Werbepost sollte entweder in den Papierkorb oder an den Absender zurück. Denn diese Schreiben haben keine Rechtswirkung und die Möglichkeiten dieser „Parasiten“ sind begrenzt. Bei der Kreditreform sieht das ein wenig anders aus. Diese haben durch ihre Vernetzung die Möglichkeit der gezielten Rufschädigung durch „Falschankünfte“ als sog. Auskunftfei. Die Kreditreform gewinnt ihre Informationen der Auskunftfei durch Selbsteinschätzung (eine Lachnummer) oder durch Denunziation von behaupteten Schuldnern. Davon leben die Creditreform Unternehmen im Wesentlichen. Keiner von allen prüft eine Forderung, die Rechtmäßigkeit einer Forderung. Von der Höhe einer Forderung sowie die juristische Vertretbarkeit der Forderung ganz zu schweigen. Man kann ja mal Druck aufbauen und schauen ob man die Gegenseite weich bekommt. Das nennt man zwar Erpressung, aber sobald die Schäfchen dieses Systems dies tun hat alles seine Richtigkeit. Die Creditreform hat sogar die Frechheit, bei Arbeitgebern Lohnpfändungen anzufragen (das ist Rufschädigung) oder man geht auch mal kurz ans Rentenkonto. Wie gesagt... die Forderung wird NICHT geprüft. Deshalb ist für mich jeder Beitreibungsversuch ohne Titel eine kriminelle Handlung.

Und wie kann man sich wehren? Wie schon ganz zu Beginn gesagt. Die Einzigen, die wirklich etwas anrichten können sind die Creditreform. Die Rufschädigung dieser Einrichtung kann die Zerstörung eines Unternehmens herbeiführen. Und deshalb sind die Methoden dieser organisierten aus meiner Sicht kriminellen Geldeintreiber sehr fraglich. Bitte bleiben Sie gelassen, bezweifeln Sie die Forderung, fordern Sie nach Beweisen und bestreiten Sie die Forderung. Dann muß das Creditreform Unternehmen den Vorgang entweder abgeben oder einen Mahnbescheid erwirken. Dann bekommt das Ganze wenigstens ansatzweise einen legalen Anstrich. Aber wie schon gesagt ... viele kleinen Unternehmen (Herausgeber von Forderungen) zerbrechen an unbezahlten Rechnungen. Dies muß ich fairerweise hinzufügen. Deshalb kann man nicht alles was im Inkasso- und Creditreformbereich läuft prinzipiell verurteilen. Ich würde mir nur mehr Sorgfalt wünschen. Denn ein Ruf ist schnell zerstört. Und wenn es mal klemmt ... reden Sie mit dem Unternehmen oder dem Handwerksbetrieb. Handeln Sie Ratenzahlungen aus, die Sie leisten können. Dazu brauchen Sie keine Schuldnerberatung. Noch ein Geschäftsmodell für Menschen, die den Mut und den Glauben an sich selbst verloren haben.

Und der Gerichtsvollzieher. Wie sehen dessen Rechte aus? Wir haben schon erlebt das Gerichtsvollzieher vor Gerichte dreist lügen, Ravensburg ist auch hier wieder ein gutes Beispiel. Das hängt davon ab, was der Gerichtsvollzieher treibt. Also wie er seine Arbeit macht. Wenn ein Gerichtsvollzieher ordentlich arbeiten würde, wäre an seiner sehr schlecht bezahlten Tätigkeit nichts auszusetzen. Leider ist dem nicht so. Gerichtsvollzieher sollen Titel vollstrecken. Es gibt endlose Verordnungen und Regelungen auf Ebene von GERMANY und auch auf der Ebene von EU-Europa. Manchmal habe ich den Eindruck, daß die GVs und OGVs

die Regeln nicht einmal kennen oder unter dem Druck von Umsatz- und Gewinnmaximierung gerne mal die Regeln beiseitelassen. Wenn nun also ein Gerichtsvollzieher einen ordentlich erworbenen Titel zur Vollstreckung vorlegen würde und der Vollstreckte bekäme mit Leistung von Liquidität den Originaltitel ausgehändigt, so wäre alles prinzipiell in Ordnung. Dann würden die Regeln eingehalten. Denn der Titel (dinglicher Anspruch) ist der Wert, den es zu vollstrecken gilt. Denn darum geht es doch. Ein säumiger Zahler wird per Mahnbescheid oder Gerichtsbeschuß verurteilt und titulierte. Der Gläubiger sowie der Schuldner hatten die Möglichkeit in einem – hoffentlich – fairen Verfahren ihre Ansichten darzustellen und ein (Schieds)richter an einem (Schieds)gericht entscheidet. Vielleicht gelingt es ihm sogar einen Vergleich herbeizuführen, der dem (Schieds)richter ein eventuelles Berufungsverfahren erspart. Leider ist das nur die Theorie. Denn i.d. R. erhält der titulierte Schuldner auch bei der Vollstreckung keinen rechtlich erheblichen (also unterschriebenen) Titel = Gerichtsurteil, sondern nur eine rechtlich unerhebliche, vollstreckbare Ausführung.

Das ist doch immer so. Die stehen vor der Tür und wollen Geld. Die Realität denn sieht dann tatsächlich so aus: Der GV kommt, wenn überhaupt, mit der vollstreckbaren Ausführung eines Titels, mit einem behaupteten Wert wegen einer behaupteten Forderung für eine behauptete Leistung und treibt unter Androhung von körperlicher Gewalt (Gefängnis) und Rufschädigung (Vermögensauskunft) nicht titulierte i.d.R. ungebührliche Forderungen ein. Manchmal wird auch die Exekutive für die Inkassomaßnahme mißbraucht, indem man diese „zum Personenschutz“ einteilt. Das ist vergleichbar mit einem Banküberfall mit Personenschutz für die Bankräuber. Was für ein Geschäftsmodell. Dann werden auch gerne Wohnungseinbrüche unter Polizeischutz organisiert (Schlüsseldienst bricht die Wohnung auf um nach Wertgegenständen zu suchen). Wie wollen Sie diese ganzen Maßnahmen denn sonst nennen? Und alle Maßnahmen haben eines gemeinsam: der Gerichtsvollzieher prüft weder die Forderung (wie sollte er auch), noch liegt im ein Titel vor (woher auch) und i.d.R. gibt es keinerlei Beweise für die eingetriebene Schuld. Wenn alle diese Maßnahmen erfolglos waren, droht man den Menschen mit Haft, wenn sie keine Vermögensauskunft abgeben. Wer weiß denn schon warum. Denn erklärt wird nichts. Sarkastisch ausgedrückt: „Wieso sollte man in einer rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung etwas erklären. Es ist doch alles selbsterklärend, oder?“ Oder wissen Sie nicht worum es geht? Hat Ihnen niemand erklärt was wirklich los ist? Dann informieren Sie sich doch einmal aus den Informationen, die man Ihnen zur Verfügung stellt. Bitte verzeihen Sie mir den Hohn in meinen Worten.

Aber dies ist berechtigt, denn man bekommt tatsächlich keine Informationen und allerhöchstens den Rat, sich an einen Rechtsanwalt zu wenden. Aber lassen Sie mich dies einmal erklären, denn es ist Zeit, daß wir begreifen worum es wirklich geht. Der Grund für diese Interviewserie.

1. GERMANY gibt den Namen heraus unter dem Sie handeln und der eine juristische Person (Firma) identifiziert (ID-Entität = Identität)
2. Der Reisepass/Personalausweis ist der Nachweis der Existenz einer juristischen Person, die GERMANY für die Investoren herausgegeben hat (UN-Lizenzbedingung für das Kartellgebiet). Ohne diesen Nachweis sind Rechtsgeschäfte in GERMANY nicht möglich.
3. Alle Rechtsgeschäfte werden durch den Menschen unter Nutzung dieses Namens abgewickelt [§17 HGB]. Somit ist das Ergebnis des Rechtsgeschäftes im Besitz des Inhabers der juristischen Person. Der Mensch ist nur Geschäftsführer ohne Auftrag (z.B. Artikel 10 und 11 der Rom II Verordnung der Europäischen Union).
4. Da es keinen expliziten Vertrag gibt und es offensichtlich versteckte Anhangsverträge von Seiten des Herausgebers des Namens gibt, handelt es sich hier um sog. außervertragliche Schuldverhältnisse. Denn es kommt mindestens Täuschung im Rechtsverkehr zum Tragen,

denn GERMANY hat mit Übergabe des Namens und der entsprechenden Rechtsfähigkeitsbescheinigung (Reisepass/Personalausweis) bei dem behaupteten Vertragsabschluß nicht alle Vertragsgegenstände offengelegt.

5. Der Mensch wickelt also unwissend über die tatsächlichen Rechtsverhältnisse seine Rechtsgeschäfte unter einem fremden Namen ab und unter seiner unbegrenzten Haftung.

6. Dabei fügt er dem Herausgeber des Namens einen Schaden zu, wenn er den z.T. unwissend geschlossenen Verträgen und/oder den Verträgen die über ihn hinweg abgeschlossen wurden (alleinvertretungsbefugter Gesellschafter der juristischen Person ist offensichtlich GERMANY und alle Sub-Unternehmen) nicht nachkommt, die er unter diesem Namen abgeschlossen hat.

7. Wenn nun dieser Schaden geltend gemacht wird, so muß der Besitzer des Namens (GERMANY) nicht einmal einen Beweis für die Höhe des Schadens erbringen ... die Eingriffskondiktion (aus dem Mittelalter) kommt zum Tragen. Handeln unter fremdem Namen als Geschäftsführer ohne Auftrag. Ist das nicht pervers?

8. Wenn nun also der Mensch die Verträge, die der Inhaber des Namens (GERMANY, sog. Staatsverträge) für ihn abgeschlossen hat nicht erfüllt, so wird ebenso gegen den Menschen der Verdacht des Treuhandbruches erhoben, was den Besitzer des Namens (GERMANY) autorisiert, den Menschen wegen Untreue so lange festzuhalten, bis er alle Rechtsgeschäfte unter dem Namen des Besitzers des Namens (GERMANY) offen gelegt hat. Dies ist die sog. Erzwingungshaft.

9. Und mit der Vermögensauskunft gibt der Mensch alle Werte zur Liquidierung frei, die er jemals unter dem Namen in die Fiktion GERMANY verbracht hat. Es ist die Freigabe aller Werte zur Liquidierung ... „freiwillig“.

Das Ganze ist eine hochkriminelle Täuschung im Rechtsverkehr durch den UN-Lizenznehmer GERMANY. Und alle Erfüllungsgehilfen – auch Schergen genannt – spielen mit.

Denn wer Schulden macht soll diese auch bezahlen... ohne Berücksichtigung, daß eine Schuld erst dann existiert, wenn die Schuld bewiesen ist. Dieser juristische Grundsatz wird über das Namensrecht und die Eingriffskondiktion ausgehebelt. Konnten Sie folgen? Nein? Selbst Juristen werden bei diesem Abschnitt rebellieren. Denn die Gehirnwäsche in diesen Landen ist fast perfekt. Die Punkte 1. – 9. sind die Basis für eine Klage gegen einen Geschäftspartner, der diesen juristischen Trick zur Plünderung unter Umgehung der internationalen Konventionen im Kriebsrecht ermöglicht.

Ich bin erschlagen. Wie soll das ein ganz normaler Mensch begreifen. Es ist fast nicht zu glauben. Und das ist nur die Spitze vom Eisberg. All diese Dinge wissen 99% aller Rechtsanwälte nicht. Diese bewegen sich in einem ganz engen Käfig. Und sollten sie diesen verlassen wird ihnen die Lizenz entzogen und/oder die Kontrolle über die Person (Betreuungsverfahren) wird ihnen entzogen. Bitte daran denken: Die Anwälte werden zwar von Ihnen bezahlt. Aber i.d.R. arbeiten diese nicht für sie. „Die“ sind doch nicht verrückt ihre Privilegien für Sie aufs Spiel zu setzen.

Dann hat man keine Chance, sich gegen Gerichtsvollzieher zu wehren? Doch, indem man das Spiel umdreht und sie gegeneinander ausspielt. Das ist extrem anstrengend, kostet Zeit und Nerven. Auch hier rate ich Geschäftsleuten und Familienvätern dringend davon ab. GERMANY ist ein knallharter gnadenloser Geschäftspartner, der an jeder Existenzvernichtung mehr verdient als an dem eingetriebenen Geld. Sie dürfen immer nach den Beweisen fragen. Das ist Ihr Recht und niemand hat das Recht Sie dafür anzugreifen. Wenn nicht alle Beweise vorliegen, so ist die Forderung nicht prüfungsfähig. Das ist ein Mangel, der abgestellt werden muß, denn GERMANY und seine Sub-Organisationen müssen transparent sein in ihren Verwaltungsakten. Dazu gehört auch eine lückenlose Beweisführung beim Nachweis einer Schuld. Jede Androhung von Gewalt (Gefängnis/Vermögensauskunft/Besuch mit

Polizei) IST der Beweis, daß es keine Beweise für eine Schuld gibt. Denn wenn es diese gäbe, dann könnten diese auch vorgelegt werden. Leider ist die Staatsanwaltschaft i.d.R. in der Position von Komplizenschaft, denn jeder Strafantrag (bitte nie Strafanzeige erstatten. Immer Strafantrag und Antrag auf Strafverfolgung. Das ist besser.) gegen einen sog. GV oder OGV wird immer mangels öffentlichem Interesse verworfen. Denn was ist öffentliches Interesse demnach? Das Eintreiben von unbewiesenen Zahlungen offensichtlich. Und warum sollte die „Mafia“ ihre Schergen verfolgen, wenn diese doch nur ihren „Job“ machen. Ist doch logisch, oder? Sie werden in GERMANY kein rechtliches Gehör finden. Das ist nahezu unmöglich. Da die Gerichtsvollzieher i.d.R. keine Ahnung haben was sie tun und unter dem Druck von oben offensichtlich kaum noch klar denken können, passieren dieser Personengattung immer mehr Fehler. Manchmal schreiben diese sogar, daß „wenn man nicht bezahlt, kommt man ins Gefängnis“. Das ist ein klarer Straftatbestand und sollte sofort formlos an den OTP (Office of The Prosecutor) am ICC (International Criminal Court) in Den Haag gemeldet werden. Die, die kein Englisch können ... einfach in Deutsch schreiben. Entweder eine kurze email mit dem SCAN des Briefes an OTP.InformationDesk@icc-cpi.int senden oder schriftlich an:

OTP, Ms. Fatou Bensouda
C/o International Criminal Court
Post Office Box 19519
2500 CM The Hague
The Netherlands

Und die bearbeiten das? Ja, denn diese Formulierungen sind ein internationaler Straftatbestand. Bitte unbedingt auf die Formulierung des Gerichtsvollziehers achten. Es muß eindeutig sein. Bitte haben Sie keine Hemmungen Ihre Rechte geltend zu machen. Niemand hat das Recht Sie juristisch auszutricksen und hinterher abzuzocken. Und mehr ist das nicht. Je mehr Menschen diesen Schritt wagen und endlich sich gegen ungerechtfertigte Abzocke wehren, umso größer ist unserer Chance endlich Frieden zu finden. Ursprünglich sollte das heute der letzte Termin werden ... Nun gut. Dann machen wir doch noch einen weiteren Termin, denn es wird heute definitiv zu viel. Ich werde zum nächsten Mal auch Briefvorlagen mitbringen und Klageschriftvorlagen für Klagen bei internationalen Gerichten vorbereiten. Sie sind vermutlich etwas frustriert über die letzten Zeilen. Lassen Sie sich nicht entmutigen. Sie haben sich durch diese vielen Seiten Information durchgekämpft. Sie stellen sich den Dingen. Das ist der erste Schritt. Es gibt eine Lösung ... eine hochkomplexe Lösung ... Freunde von mir arbeiten daran ... und die sind gut.

Diese Form der Täuschung im Rechtsverkehr muß vor ein internationales Gericht. Ja unterstützen Sie die Menschen, die sich wehren, in diesem Land indem Sie auch offensiv gegen die Reichsbürgertitulierung (unter einem Gesetz von 1935) vorgehen. Stellen Sie sich auf die Seite derer, die sich für uns alle einsetzen. Sicherlich gibt es den einen oder anderen ... Aber ich kenne viele Menschen in diesem Land, die nur eines Wünschen. Eine konstruktive Veränderung, die zu einer Verbesserung für mehr Menschen führt. Machen Sie bitte dabei mit.

Wir sprechen das nächste Mal über die europäischen Verordnungen, d.h., es gibt europäische Verordnungen für Vollstreckung und es gibt interessanter Weise auch Verordnungen die sind vertraulich, d.h. streng vertrauliche Verordnung. Die europäische Union gibt streng vertrauliche Verordnungen heraus. Also wer jetzt noch glaubt, dass wir in einem demokratischen Rechtsstaat leben, indem das Volk etwas zu sagen hat, dem kann ich auch nicht mehr helfen. In dieser Verordnung ist die UCC Einführung in Europa geregelt, d.h. internationales Handelsrecht, d.h. auch hier findet es Einzug. Wenn man jetzt noch weiß, dass in Lichtenstein an den Universitäten UCC gelehrt wird und das dieses Thema in

Deutschland völlig ausgespart wird, der kann erlauben, welche Gewichtung dieser UCC hat. Auch der Fürst von Lichtenstein, er weiß ganz genau, was der UCC wirklich bedeutet, was das internationale Handelsrecht wirklich bedeutet, nur uns enthält man dieses Wissen vor, ganz im Gegenteil, man tut so auf den Amtsstuben, als geht uns das überhaupt nichts an. Dabei ist Deutschland nichts anderes als der Bundesstaat [Delaware](#), weil Germany steht in Delaware und da die Personen nur fiktiv sind, werden sie hier nur gelagert.

Teil 11: Gerichtsvollzieher, Banken, Justiz, Finanzämter. Das Prinzip von „Gnade vor Recht“ ist offensichtlich verloren gegangen. Jeder hat ein Gewissen? Über die Höhe des Kaufpreises muß jeder selbst entscheiden? Bundesjustizminister Maas beklagt den „Würdeverlust und die Todesstrafe“ in anderen Ländern, nur, über die bereits eingeführte Todesstrafe und Menschenverachtung in Deutschland, durch seine Justiz, spricht er natürlich nicht! Oder denken Sie tatsächlich, daß Sie in Deutschland in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat leben in der Sie die Wahl haben? Diejenigen, die Straftaten begehen unter dem Deckmantel eines Politikers und Beamtenstatus, gehören vor ein internationales Gericht! gestellt. Nie wieder, hört ihr, ihr verlogenes Gesindel? Nie wieder! „Der Feind steht nicht drüben, er steht hüben!“ (Tucholsky) oder Kurt Tucholsky sagte einmal: „Wenn Wahlen etwas änderten wären sie längst verboten“ Wer kann Wahlen verbieten? Offensichtlich wußte Kurt Tucholsky mehr als er sagte! Das Interview wurde im O-Ton aufgezeichnet am 13.7.2017.
[Versicherungsklärung Bundesverfassungsgericht](#) (auch im Anhang2)



Bevor wir das Interview beginnen, vorab etwas sehr wichtiges an die Leser, was mir sehr am Herzen liegt: Der Redakteur Roland Regolien, RRRedaktion, ist ein sehr mutiger Mann, der, trotzdem er in der Öffentlichkeit steht, in Ravensburg ständig attackiert wird, er aber trotzdem nicht aufhört uns mit wahrhaftigem und engagiertem Journalismus zu versorgen. Er arbeitet z.T., trotz seiner gesundheitlichen Probleme, 60 Stunden am Stück, unternimmt weite Reisen für seine Recherchen, für seine Leser und finanziert seine Arbeit durch Spenden, Sponsoren. Nur so kann er unvoreingenommen, unabhängig arbeiten. Ich ziehe meinen Hut vor ihm. Denn er hat sich bis heute nicht kaufen lassen wie viele seiner Kollegen. Und dies verdient unser aller Respekt ... auch honorieren genannt. Von daher kommt auch der Begriff Honorar. Man ehrt den Lieferanten mit einer Ausgleichsleistung für etwas, was man geliefert bekommt. Ich bitte die Leser dieser Interviewserie deshalb um eine Spende für die RRRedaktion, so daß dieser auch weiterhin seiner investigativen, aufklärenden Tätigkeit gewissenhaft nachkommen kann. Die Informationen der Interviews waren alle kostenlos und hoffentlich nicht umsonst. Ungeachtet dessen sind sich die Meisten der Leser sicherlich bewußt, daß diese Informationen, die ich sehr freudig dem breiten Publikum geschenkt habe, einen Wert besitzen. Diesen bitte ich gegenüber der RRRedaktion auszugleichen. Schon jetzt danke ich allen mit Achtung und Respekt, die die Arbeit von Roland Regolien auch mit honorieren und dies ungeachtet der Summe ... Denn es geht um die Geste.

Vielen Dank für die netten, aufmunternden Worte. Sie haben Recht, nur der Ravensburger Kleingeist kapiert es nicht, sie würden einen gerne Mundtod machen, besser noch Tod sehen. Derzeit drehen wir in der RRRedaktion einen Film über Ravensburg, über die Hintergründe einer „Seelenlosen Stadt“, viele werden sich darin wiedererkennen, wiederfinden.

Nun zum Thema: Wir haben im letzten Termin beim Gerichtsvollzieher aufgehört. Und es sind immer noch nicht alle Fragen beantwortet.

Es ist ein endloses Thema, da hier so viele Faktoren hineinspielen, daß wir uns Schritt für Schritt durch ein nahezu undurchdringliches Dickicht an Verträgen wühlen müssen. In eigener Sache bezüglich der Fragen vorab: Ich werde sehr häufig nach Beweisen gefragt. Dem ist so manches Mal sehr schwer nachzukommen. z.B. wurde im Suchsystem EDGAR des SEC (Security Exchange Commission) die Möglichkeit gesperrt, nach „Federal Republik of ...“ zu suchen. Ich erwarte keinesfalls, daß Sie mir alles glauben. Ich hatte nicht vor eine weitere Glaubensgemeinschaft zu gründen oder die EURO-Glaubensgemeinschaft durch etwas Neues zu ersetzen. Ich erinnere: Der Wert des EUROS liegt ausschließlich im Glauben daran ... (siehe Rede von Jens Weidmann im September 2013) Bitte prüfen Sie und nutzen Sie die Möglichkeiten. Betrachten Sie die Welt, die Ihnen präsentiert wird, durch eine veränderte Brille. Das ist alles was ich zu tun beabsichtige. Ich ändere die Polarisierung Ihrer Brille. Ich selbst betrachte diese Welt ausschließlich als Firma. Seit ich dies tue wird alles was weltweit geschieht logisch und nachvollziehbar. Dies war zuvor nicht der Fall. Die Handlungen der Politikschauspieler erschienen unlogisch und nicht nachvollziehbar. Es wird auch häufig von der Macht hinter der Macht gesprochen. Bitte überschätzen Sie nie die Möglichkeiten der sog. Präsidenten. Diese haben sehr enge Vorschriften, die sie einhalten müssen. Es mußte schon mehr als ein Präsident sein Leben lassen, weil er seine Vorschriften verletzt hat. Oder denken Sie tatsächlich, daß Sie in einer Demokratie leben in der Sie die Wahl haben? Kurt Tucholsky sagte einmal: „Wenn Wahlen etwas änderten wären sie längst verboten“ Wer kann Wahlen verbieten? Offensichtlich wußte Kurt Tucholsky mehr als er sagte! Bitte nicht frustrieren lassen. Mein bester Freund sagt immer: „Wer den Kopf in den Sand steckt und losläuft, der bricht sich das Genick“ Deshalb Kopf aus dem Sand, den Dingen in die Augen sehen und sich bewußt in Bewegung setzen. Lassen Sie sich nicht einschüchtern und auch nicht irritieren. Die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes können gar nicht anders als so zu handeln wie sie handeln. Z.T. gegen ihr Gewissen. Deshalb sind ja auch viel von ihnen krank ... auch psychisch krank. Niemand kann dauerhaft gegen sein Gewissen handeln ohne krank zu werden.

Das war ja auch am G20 Gipfel zu sehen. Nicht nur die Gewalt gegen friedliche Demonstranten sondern auch in den Gesichtern der Polizeistreitkräfte. Das ist definitiv so. Ja es gibt sie die Randalierer. In meiner Jugend, das ist zugegebenermaßen schon eine Weile her, war es bereits üblich, daß Randalierer auf Friedenskundgebungen vom Geheimdienst bezahlt wurden. Auf diese Weise entstand, aus Sicherheitsgründen, das Vermummungsverbot. Man wollte die Gesichter der Widerstandsleistenden haben, um diese einer „Erkennungsdienstlichen Behandlung“ (nationalsozialistisches Vokabular) unterziehen zu können. Und dann die Bilder von den Unterkünften der Polizisten, in die man sie nach einem 36 Stunden-Einsatz verfrachtet hat. Es ist kaum zu glauben, was hier veranstaltet wird. Am Verblüffendsten finde ich, daß sich niemand wehrt. Ich glaube es gibt auf der ganzen Welt kein Volk, das sich das alles so ohne jedes Murren gefallen lassen würde. Dabei geht es um eine anständige Behandlung und mehr nicht. Aber die Polizeigewerkschaft – insbesondere der Vorsitzende – mußten am eigenen Leibe spüren was es heißt eine eigene Meinung zu haben.

Bitte erlauben Sie mir ein Resümee: Bleiben Sie bei solchen Veranstaltungen zu Hause und decken Sie die Veranstalter von solchen Veranstaltungen mit Post ein. Auf der Straße gehen Sie unnötige Risiken ein, die in keinem Verhältnis zu einem Ergebnis stehen. Das ist keine Aufforderung zum Schweigen ... wir müssen lernen uns richtig zu wehren (siehe am Ende dieses Interview). Aktuell geht im Netz ein geniales individuelles Friedensabkommen herum. Das ist die richtige Lösung. Kriege können nur mit finanziellen Mitteln geführt werden. Wenn den Verwaltungsfirmen, die sich Staaten nennen, das Geld fehlt, gibt es keinen Krieg. Liquidität ist der Besitz aller Menschen dieser Welt und alle Menschen dieser Welt haben das Recht, die Verfügungsberechtigung über diese Mittel einzuschränken. Z.B. ist es unser aller Recht, eine Nutzung unserer Liquidität zur Kriegsführung zu untersagen. Wenn das einige wenige tun dann

bringt das nichts. Aber wenn diese tausenden von Menschen in Hamburg dieses Abkommen ausgefüllt hätten und jeder von ihnen drei-vier Freunde dafür begeistern kann ... dann kann die Welt und deren Verwalter nicht mehr darüber hinweggehen. Es ist unser freier Wille, den die Mächtigen zu nutzen trachten. Und wenn wir Schweigen, dann stimmen wir zu. Gewalt ist niemals eine Lösung. Auch wenn diese Form der Durchsetzung von den Verwaltern der Kartellgebiete in steigendem Maße genutzt wird.

Wir sollten zum Thema...Noch nicht ganz. Sie verzeihen. Im Allgemeinen Berichtstrubel ging eine wesentliche Bemerkung unter auf die ich mir erlaube, Sie zu sensibilisieren. Die Rede ist von Polizei-Streitkräften. Denn es handelt sich hier offensichtlich um eine Armee. Streitkräfte für innere Angelegenheiten. Und da diese nicht auf das Volk vereidigt sind, nennt man diese Streitkräfte international auch Kombattanten ... eine meiner Meinung nach verharmlosende Umschreibung für bezahlte Soldaten oder auch Söldner genannt. Wikipedia nennt diese auch: „ ... nach humanitären Völkerrecht Personen, die unabhängig von der Rechtmäßigkeit des Konflikts zu Kriegshandlungen berechtigt sind“ Ich bitte die Menschen, die diese sog. Ordnungs-Tätigkeit ausüben, sich einmal über ihren Status zu informieren. Vorab sei ausnahmsweise Wikipedia zur weiteren Lektüre empfohlen. Aber wir wollten heute am letzten Mal anknüpfen. Die zuletzt genannte Übersicht bedarf einer zusätzlichen Erklärung, denn es gab in meinem Umfeld viele Rückfragen.

Sie meinen die Übersicht, wie ein Rechtsgeschäft entsteht? Genau. Ich erwähnte beim letzten Mal bereits die Rom II Verordnung der Europäischen Union. Ich möchte daran erinnern, was ich in einem früheren Interview gesagt habe: „Die machen alles richtig“ Und dem ist so. Was soll das Verwaltungsunternehmen GERMANY denn sonst machen? GERMANY macht die Unterverwaltung eines Territoriums unter Lizenz (vertrags-hoheitlich). Die Verwaltung steht unter dem Druck von Umsatz- und Gewinnmaximierung und hat zusätzlich die Aufgabe möglichst viel Liquidität einzusammeln. Dabei sind alle Tricks (Kriegslisten) erlaubt. Trotzdem sind die Spielregeln eingegrenzt. Nur kennt kaum jemand die Spielregeln. Und deshalb lesen Sie diese Zeilen. Wir müssen wissen was wir tun. Niemand würde Auto fahren ohne nicht wenigstens ein paar Fahrstunden genommen zu haben. Ich komme nochmals auf diese Übersicht über ein Rechtsgeschäft zurück. Das ist wichtig, um sich mit Gerichten und Gerichtsvollziehern auseinanderzusetzen. Die wissen das zum größten Teil selbst nicht wie das funktioniert.

Immer daran denken. Es gibt eine natürliche Person (gate zum Kollateral = private Haftung) und eine durch den Reisepass/Personalausweis identifizierte juristische Person. Versuchen Sie einmal einen Kredit, ein Konto oder sonst irgendetwas ohne Ausweisdokument zu bekommen. Ausgeschlossen. Dies bedeutet, daß die wir unter Nutzung der juristischen Person die Rechtsgeschäfte abwickeln. Die juristische Person ist aber zahlungsunfähig. Denn wir haben keine Ahnung ob und wieviel Eigenkapital der Inhaber der juristischen Person (das sind nicht wir) zur Verfügung gestellt hat. Und da die juristische Person von Natur aus pleite ist, werden Haftungsangebote immer unter Nutzung der natürlichen Person herausgegeben. Denn dort besteht Kollateralhaftung. Deshalb erhält die natürliche Person immer die Einladungen für Haftungsübernahmeveranstaltungen (z.B. Vermögensauskunft), zu denen unter Gewaltandrohung eingeladen wird. Man zwingt Sie gewaltsam unter Androhung der Existenzvernichtung zu einer Geschäftsführung ohne Auftrag. Das ist ein internationaler Straftatbestand. Und eine Erkennungsdienstliche Behandlung ist die Zuordnung zwischen Investor, natürlicher Person und der „schadensverursachenden“ juristischen Person. Kann eine Sache einen Schaden verursachen? Nein, aber man kann unter Nutzung einer Sache einen Schaden verursachen. Und darum geht es.

Es ist also wichtig wie der Name geschrieben wird? Ja. Es ist enorm wichtig. Es gibt keine Zufälle oder Zufälligkeiten. Die Ausführenden in den sog. Ämtern selbst wissen dies zumeist nicht. Aber die (H)ersteller der Personen wissen dies sehr genau und sie nutzen die Unwissenheit der Anwender (Investoren) sowie der Erfüllungsgehilfen des Systems weil sie auf diese Weise ungestraft an die Kollateralkonten der Investoren kommen. Und die Haupttreuhandverwaltung (Department of the Treasury) schaut einfach zu... Nur wenn sich jemand auskennt und die richtigen Meldungen bei der Lizenzzeitreibungsbehörde (IRS) macht, bekommt er irgendwann seine Ruhe. Denn die Strafen bei nachgewiesenen Vertragsverletzungen sind exorbitant hoch.

Es gibt also eine Möglichkeit sich zu wehren? Ja die gibt es. Leider nur für Profis. Deshalb nenne ich hier die entsprechenden Formulare nicht. Im Falle einer mißbräuchlichen Nutzung (also auch Unwissenheit) kann das Ganze nach hinten losgehen. Ich kenne Leute die diese Formulare zwischenzeitlich nutzen. Das Ergebnis ist, daß Angriffe gegen diese Investoren einfach zu teuer werden. Die Plünderung ist ein Geschäft. Und wo keine Rendite ist, wird auch nichts gemacht. Warum hätte man denn auch die Anwohner in Hamburg schützen sollen? Die zerstörten Geschäfte und Autos sind letztendlich für die Betreiber dieses Systems ein Geschäft. Was denken Sie, warum man Menschen, die in Unwetterkatastrophen alles verlieren nur zinsgünstige Kredite anbietet? Das ist ein Geschäft nach dem Geschäft. Jeder Kredit fördert unsere Banken, die aus den Kreditverträgen Unsummen an Gewinnen schaffen. Auf unseren Schultern.

Aber ich muß doch meinen Namen nutzen wenn ich meine Geschäfte abwickeln will. Es ist aber nicht Ihr Name. Bitte daran denken. Der Name ist nur Treugut. Und wenn Sie mit dem Namen bzw. unter dem Namen Schaden anrichten, dann müssen Sie (privat) dafür haften. Deshalb ist die Unterschrift so wichtig. Und deshalb unterschreiben keine Richter... Aber Eines nach dem Anderen. Sie sind alleiniger Geschäftsführer der Mäuserich GmbH und tragen den Namen Egon Meier. Wenn Sie nun einen Geschäftsvorfall zeichnen, unterschreiben Sie dann mit Mäuserich? Nein, Sie unterschreiben mit Ihrem „richtigen“ Namen: Egon Meier. Warum eigentlich? Dieser Name ist doch ebenfalls einer natürlichen bzw. juristischen Person gleichen Namens zugeordnet... Sie gehen also als Mann in die Haftung für die Mäuserich GmbH, obwohl Sie nur der autorisierte Repräsentant der Firma sind. Das ist doch logisch.

Was ist denn richtig? Daß Sie im Auftrag als autorisierter Repräsentant unterzeichnen. Wie es sich gehört als Geschäftsführer. Denn niemand kann von Ihnen erwarten, daß Sie als Geschäftsführer für das Unternehmen privat haften. Deshalb ist die internationale Form – diese erlaube ich mir zu empfehlen – By Ihre Unterschrift a.r. –

Und das bitte systematisch, wenn Sie in der Öffentlichkeit für eine juristische Person zeichnen. Z.B. für die Mäuserich GmbH. Dies bedeutet auch, daß Sie das Recht haben für die Ihnen zugeordnete juristische Person, auch unter Haftungsausschluß zeichnen. Denn das ist es letztendlich. Ein Haftungsausschluß. Banken akzeptieren diese Unterzeichnung nicht, denn die brauchen ja Ihre Haftungszusage unter der Obligation, die Sie Kreditvertrag nennen. Gleiches gilt für Versicherungen. Versicherungsverträge, die in dieser Form unterschrieben werden, sind wertlose Obligationen, weil diese keine Haftungszusage beinhalten. Aber wozu gibt es Tipex. Sie glauben das nicht? Unterschriftenfälschung? Glauben Sie ernsthaft, daß Sie jemals noch einmal das Original des Vertrages mit einer Bank zu Gesicht bekommen. Sie sind Optimist, oder? Dies habe ich mehr als einmal gesehen. Denn sonst müßten „die“ ja ihren Mitarbeitern das Spiel erklären. Undenkbar. Nun haben Sie aber irgendwann einmal Ihrer Bank eine Obligation geschenkt und Sie können Ihren Schenkungsvertrag (= Kreditvertrag) nicht einhalten. Das ist Vertragsbruch. Sie können

doch nicht einfach einen Schenkungsvertrag brechen. Dann kippt ja das ganze Bankenrettungsmodell. Sie denken ich übertreibe...

Ja, es hört sich absolut verrückt an... Wir in der RRRedaktion können ihre Ausführungen bestätigen. Wir kennen eine Urkundenfälschung mit dem Namen des Amtsgerichts Direktor in Ravensburg als Richterunterschrift auf einem Beschluss, was nicht seine Unterschrift war, die Staatsanwaltschaft Ravensburg, Stuttgart ermitteln nicht gegen die eigenen de Jure Kollegen, trotz Strafantrag.

Das wundert mich überhaupt nicht. Wir müssen uns doch im klaren sein, die Menschen in diesem Land regen sich auf, daß Urteile, Beschlüsse und Verfügungen nicht unterschrieben sind. Die bekommen dann eine sogenannte Ausfertigung zugestellt, die ist dann in der Regel beurkundet, d.h. es wird beurkundet, daß das Original mit dieser Ausfertigung übereinstimmt. Da die Ausfertigung aber nicht unterschrieben ist heißt das noch lange nicht, daß das Original unterschrieben sein muss. Das bedeutet es gibt also keine rechtlich relevante Beschlüsse. Wenn nun aber das Original unterschrieben ist, davon gehe ich aus, würde es bedeuten, daß jedes Amtsgericht mit der Beurkundung dieser Ausfertigung Urkundenfälschung begehen würde. Das wäre ein internationaler Straftatbestand.

Ja, es hört sich wieder absolut verrückt an: Aus der normalen Denkweise ja. Überlegen Sie mal. Eine Bank muß nachweisen woher die in der Bank per Bilanz ausgewiesene Liquidität herkommt. Denn sonst wäre es ja möglich, Schwarzgeld (also unversteuertes Geld von einem offshore-Konto) einfach wieder in das System einzukoppeln. Das wäre ein Traum für viele Schwarzgeldproduzenten. Für manche offizielle Einrichtungen ist der Traum Realität. Ich kenne sogar die Bezeichnung dieses Verfahrens.

Ungeachtet dessen muß die Eröffnung eines werthaltigen Kontos gemeldet werden. Und ein Konto, das nicht gemeldet ist, erfüllt den Verdacht des Steuerbetruges... Deshalb ist dieses öffentliche Formular (auch bei SAP öffentlich zugänglich, denn auch die internen Kundenkonten von großen Unternehmen sind Konten). Und dort ist definiert, wer Schuldner und wer Gläubiger ist, so daß die Quelle der Sicherheiten für Liquidität nachverfolgbar ist. Es geht um die Einhaltung von Basel III und Basel IV. Nichts anderes. Also gibt es Beweis für eine Schuld. Die Frage ist nur: Wer hat bei wem Schulden... Bitte denken Sie immer daran. Jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist. Daraus können Sie ein Mantra für sich selbst machen.

Die Beweise für eine Schuld sind:
1. eine ordentliche Forderung aus Lieferung und Leistung
2. ein ordentliches Mahnverfahren (es sei denn Sie sind Vollkaufmann)
3. ein Titel bzw. die Titeltette (wie ein Titel entstanden ist)
4. der Beweis, daß Sie voll haftend sind für diesen Geschäftsvorfall (Vertrag)

Insbesondere die letzte Beweisführung ist nahezu unmöglich, da es keinen Vertrag gibt, aufgrund dessen Sie zeichnungsberechtigt waren. Und der Hersteller und Bereitsteller der juristischen Person hat es versäumt, Sie über Ihre Kompetenzen per Arbeitsvertrag (Vorschriften) aufzuklären. Und die konkludenten Verträge, die evtl. angeführt werden, wurden nie als solche betitelt. Dies ist Täuschung im Rechtsverkehr, so daß der Herausgeber und Bereitsteller des „Fahrzeuges“ juristische Person, im Beweisnotstand ist, denn er hat seine Sorgfaltspflicht verletzt. Falls also aus der fälschlichen Nutzung einer Person ein Schaden entsteht, so haftet der Hersteller/Bereitsteller der Sache, über die der Schaden entstanden ist bzw. seine Versicherung. Nun gibt es die ganz klugen „Kommerzler“, die sich als

Administratoren (Verwalter) der Person bezeichnen. Damit sind diese Administratoren in der Versicherungspflicht für die Sache Person. Im Falle der fehlenden Versicherung haftet der Verwalter der Sache privat. Deshalb Finger weg von der Behauptung, Sie wären der Administrator der Person.

Ja aber was sind wir dann? Und wenn wir unsere Geschicke nicht selbst lenken, wer sollte es sonst tun? Da kommen wir zum Kernproblem dieses Systems: Wir Investoren sind ausschließlich die Begünstigten und die autorisierten Repräsentanten. Mehr nicht. Der Begünstigte darf überhaupt keine Verwaltungstätigkeit ausführen, denn sonst wäre der Verdacht der Untreue gegeben. In einem Treuhandsystem – und in diesem leben wir – darf ein Verwalter niemals Begünstigter sein. Sie erinnern sich?

Ja, das war das Beispiel mit dem Betreuungsverfahren gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Ja genau. Wir brauchen solche Brücken um unsere Gehirnwäsche zu entkräften. Nun stecken wir in einem Dilemma. Wenn wir also die Begünstigung des Systems in Anspruch nehmen wollen, so dürfen wir uns an der Verwaltungstätigkeit unseres gates (Person) nicht mehr aktiv beteiligen. Wir dürfen gar nicht mehr den Geschäftsführer (ohne Auftrag) spielen, sondern wir dürfen ausschließlich Stifter sein ... wir stiften unsere Arbeitskraft und Kreativität in das System. Diese wird verwaltet und die Begünstigung sollte uns zukommen. Die Verwalter dieses Systems (z.B. die sog. Bundesregierung) sind für eine ordnungsgemäße Verwaltung unter Einhaltung aller internationalen Vorschriften zuständig. Das Treuhandrecht lastet sozusagen auf ihr. Und diese Verwaltung hat die Pflicht, uns Investoren die Begünstigung entsprechend unseres Einsatzes (ergibt sich aus der Einkommensteuererklärung) zukommen zu lassen. Deshalb sollte man sich die Rendite auch nicht auszahlen lassen (der Einkommensteuerbescheid ist eine Renditemitteilung) sondern der Gemeinschaft stiften. Das nennt sich Akzeptanz oder auch Akzept bzw. Annahme (warum wohl). Auf der Haftungsseite (Personenseite MUß eine Schuld entstehen, da sonst die Bilanz nicht ausgeglichen wäre). Und diese Schuld wird zwischenzeitlich mit Waffengewalt und Existenzvernichtung eingetrieben. Es wird alles unternommen, um einen Vertragsbruch der Investoren zu produzieren, der das Verwaltungsunternehmen zum Zugriff auf die Kollateralwerte autorisiert. Und das sind die Leute (GVs) die mit Personenschutz (POLIZEI) vor Ihrer Türe stehen und Sie existenziell bedrohen, als Reichsbürger beschimpfen und alles daran setzen wieder des eigenen Gewissens und der Menschlichkeit Liquidität einzusammeln, die dann auf offshore-Konten zur illegalen Kriegsführung landet. **Alles freiwillig, nicht wahr?**

Ja, ein Schmankerl am Rande: Die Geschäftsleitung des Verwaltungsunternehmens (auch gerne Bundesregierung genannt) muß sich für den Fall versichern, daß bei der Verwaltung der Personen ein Fehler passiert und den Investoren ein Schaden entsteht. Diese Versicherung nennt sich Verfassung/Grundgesetz und ist als grundsätzliches Sicherungsinstrument von Regierungen anzusehen. Verfassungen haben mit uns Investoren absolut nichts zu tun. Nur bei der Nutzung der Personen unter dem Rechtskreis „Verfassung“. Wenn nun also Handlungen verfassungsfeindlich sind, dann verstoßen diese Handlungen „nur“ gegen die grundsätzlichen Versicherungsbedingungen. Dazu gibt es ein eigenes Gericht und eine eigene Polizei. Den Rest überlasse ich Ihrer Fantasie. Nun ist es aber so, daß das sog. Bundeswahlgesetz seit 1956 nicht mehr verfassungsgemäß (also nicht mehr versichert) ist. Somit sind die Handlungen aller sog. Bundesregierungen seit 1956 nicht mehr versichert. Da natürlich jede Vertragspartei das Recht zur Nachbesserung hat, wurde der Bundesregierung durch das Bundesverfassungsgericht das Recht der Nachbesserung mehrfach eingeräumt. Das letzte Mal im Jahre 2012. Es ist bis heute nichts geschehen. **Was bedeutet das?** Das bedeutet, daß jedes Mitglied der sogenannten Bundesregierung für seine

Handlungen nicht versichert ist und somit privat (als Mensch mit seinem Kollateralvermögen) haftet. Aber wo kein Kläger, da kein Richter.

Verstehe ich das richtig: Angela Merkel ist in der privaten Haftung seit Ihrem Amtsantritt?

Ja, Sogar in der unbegrenzten privaten Haftung, denn eine Nachbesserung wurde verweigert. Damit befindet sich Angela Merkel und ihre Truppe in der Position der vertragsbrechenden Partei gegenüber der United Nations und ... uns allen. Den Investoren. Aber auch hier kann getrickst werden. Wie wird ein Vorstand eines Vereins z.B. am Ende seiner Amtsperiode entlastet.

Na durch eine Wahl. Wir entlasten die Bundesregierung mit jeder Wahl. Und wir übernehmen die unbegrenzte Haftung für die Fehlverwaltung/Betrug/Treuhandbruch usw., die in der Bundesregierung der vergangenen Legislaturperiode gemacht wurden und zwar rückwirkend.

Unfassbar. Wer weiß davon? Der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon und alle, die an der Sondersitzung der United Nations letztes Jahr dabei waren. Ja es gab bereits eine Sondersitzung zu diesem Thema. Und es wird Zeit, daß die Menschen in GERMANY davon in Kenntnis gesetzt werden. Selbstverständlich war diese Sitzung wieder einmal geheim. Die Menschen, die man als Kinder von unter sieben Jahren eingestuft hat, dürfen doch nicht erfahren worum es wirklich geht. Warum erzähle ich Ihnen das alles, denn wir wollten ja über Gerichtsvollzieher und Vollstreckungen sprechen.

- 99,9% aller Vollstreckungen und Zwangsversteigerungen sind illegal (außerhalb von Verträgen)
- 99,9% aller Gerichtsvollzieher und Mitarbeiter der Justiz haben keine Ahnung. Sondern nur „so ein Gefühl“
- Mindestens 95 % der Mitarbeiter im gehobenen Dienst haben keine Ahnung.
- Mindestens 90% aller Mitglieder der Landtage, des Bundestages und des Bundesrates haben keine Ahnung.
- 0% der Bundesregierung hat keine Ahnung. Sie begehen aus meiner Rechtsauffassung Betrug.

Also vorsätzliche Täuschung im Rechtsverkehr ... aus niederen Beweggründen. Selbstverständlich gibt es Spielräume, die aber in Berlin nicht genutzt werden. Und schon gar nicht zum Wohle der Menschen hier. Wessen Brot ich esse, dessen Sprache ich spreche scheint die Devise zu sein.

Was können die Menschen tun? Aufhören mit den Kleinen zu diskutieren. Ich erlaube mir mich zwischen die Wut der Menschen und den kleinen Angestellten des sog. öffentlichen Dienstes zu stellen. Gut 5% mißbrauchen ihre Machtposition. Ist kein Grund alle zu verurteilen. Ich bitte die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sich daran zu erinnern, wer ihr Gehalt zahlt. Alle Vorschriften haben Spielräume, die man gegenüber anständigen und fairen Partnern nutzen kann. Tun sie es endlich. Und das Prinzip von „Gnade vor Recht“ ist offensichtlich verloren gegangen. Jeder hat ein Gewissen. Über die Höhe des Kaufpreises muß jeder selbst entscheiden. Die Menschen, die mit sog. Behörden zu tun haben bitte ich trotzdem um Respekt. Ohne Respekt werden wir nichts erreichen. Wie man in den Wald hineinruft so schallt es zurück. Das gilt auf Gegenseitigkeit. Stellen Sie die Vorgesetzten zur Rede. Gehen Sie an die Geschäftsleitung von Gerichten, Finanzämtern usw. Nicht an die Kleinen. Die stehen genauso unter Druck wie Sie. Und beschweren Sie sich bei der United Nations. Warum denn nicht. Die sollen den Vertrags-Schweinestall GERMANY (ist meine Meinung ... mir fällt keine andere Bezeichnung ein) endlich aufräumen. Das ist ihre Aufgabe. Bemängeln Sie den Zustand in Deutsch direkt bei António Guterres, dem neuen Generalsekretär und fordern Sie eine

Stellungnahme an. Mit diesem Interview erlaube ich mir – im Einverständnis mit Roland Regolien – den Text meines zwischenzeitlich besten Freundes in überarbeiteter Form zu veröffentlichen. Diesen können Sie für die Anfrage nutzen. Die zeitnahe Anwendung ist insbesondere jetzt wichtig, da wir ja wieder einmal kurz vor der Entlastung der Verwaltungsleitung befinden. Siehe Muster Texte im ersten Abschnitt!

Bitte Sie doch unsere „Besitzer“ um Unterstützung. Senden Sie eine Kopie an die Botschaften. Schreiben Sie auf den Umschlag: HILFERUF. Entscheiden Sie, von wem Sie glauben, daß er uns unterstützt. (Haben Sie das Dauerlächeln von Wladimir Putin und Donald Trump am G20 Gipfel gesehen? Da hab es offensichtlich nicht nur unangenehme Themen.)

Bitte lassen Sie unbedingt Ihre Adresse und die Adresse der UN in der Mitte. Bitte auf keinen Fall nach rechts oder links „weil es hübscher aussieht“ oder „man es so macht“. Schuldner stehen immer links. Gläubiger immer rechts. Schuldner unterschreiben immer links. Gläubiger unterschreiben immer rechts. Schreiben Sie wie Ihnen ansonsten der Schnabel gewachsen ist. Sie sind der Investor, der seine Rechte einfordert. „Die“ sind nur Verwaltungsmitarbeiter. Sobald die „Großen“ sauber arbeiten, haben auch die Kleinen eine Chance Vorschriften zu bekommen, die sie anhalten sauber zu arbeiten. Dann werden unsere Abgaben von aktuell 90% unseres Einkommens auf die vertraglich vereinbarten 10% Abgaben fallen. **Dort wo die Höhe der Abgaben hingehört?**

Auf das nächste Interview freue mich schon. Das Thema soll für ihre Leser eine Überraschung werden.

Teil 12: Hat Merkel die brutalen Einsatzbefehle der Polizei in Hamburg unterschrieben und somit erneut ihre Kompetenzen überschritten, **Stasi Forever?** Wurde unsere Polizei von BLACK WATHER bereits aufgekauft? Das unterdrückte, deutsche Volk ruft Russland zur Hilfe? Deutschland wird derzeit umgebaut, es herrscht Rechtsnotstand? Deutschland schädigt durch ihren Sanktionsirrsinn weiterhin die Klein- und Mittelständler der Wirtschaft, mit Zwangsvollstreckungen und Enteignungen bereichern sich andere an einem billigen Grundstück, so wie z.B. Hymer am Nachbargrundstück (Saunabau) in Bad Waldsee. Die neue Weltneuordnung, der G20 Gipfel in Hamburg hat dazu einiges beschlossen und 16 Staaten unter Druck gesetzt, es wird sich dieses Jahr ab September vieles ändern, auch in den USA. Insolvenzanträge werden künftig in England gestellt, umgerechnet ab 750 Pfund wird vollstreckt, so die höchste Richterin in GB. In einem kürzlich erschienen Buch erinnert der Verfasser unter anderem an ein weiter gültiges, aber allgemein unbekanntes Urteil des BVG aus dem Jahr 1973. Am 31. Juli 1973 urteilte das Karlsruher Gericht zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR: Das Grundgesetz (...) geht davon aus, dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. (...) Das deutsche Reich existiert fort. (...) Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert.“ Das Interview wurde im O-Ton aufgezeichnet am 02.8.2017.

Das Thema des heutigen Tages ist nicht ganz klar: Es wird heute auch das vorläufig letzte Interview sein, denn ich werde im Herbst extrem mit internationalen Umstrukturierungsmaßnahmen eingespannt sein. Ungeachtet dessen werde ich zwischenzeitlich auch von Kollegen nach einem Buch von mir gefragt. Anstelle eines demoralisierenden Kommerzbuches überlege ich mir eher eine konstruktivere Variante, in der ich mich mit den Möglichkeiten eines sozialen kommerziellen Systems beschäftige.

Das wird viele Leser freuen. Werden Sie dort Ihre Identität preisgeben? Das ist noch nicht sicher. Es hängt vieles von den Umständen im Herbst ab.

Darf ich fragen was dort geplant ist oder dürfen Sie darauf nicht antworten? Ich weiß, daß wir vereinbart hatten solche Fragen, die in direktem Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit stehen, auszulassen. Ich werde im späteren Verlauf dieses Interviews ein wenig – soweit mir dies möglich ist – darauf eingehen. Aber lassen Sie uns die letzten – ich glaube es waren 11 – Interviews zusammenfassen. Viele Fragen, die bei mir eingegangen sind, zeigen ein systematisches Mißverständnis des Systems auf. Aber es ist wichtig. Deshalb sind auch diese Fragen wichtig, denn die zeigen mir wo nachgearbeitet werden muß. Ich bekomme ständig Fragen zu irgendwelchen Statisten in dem Politik-Theater dieser Welt. Statisten sind z.B. Merkel, Junkers usw. ... ja Sie lesen richtig. Glauben Sie allen Ernstes, daß die etwas zu sagen hätten? Es sind Statisten. Und davon gibt es viele. Damit werden wir von den Hauptdarstellern abgelenkt. Stellen Sie sich mal vor, jemand würde in Hollywood einen Film mit Bruce Willis, Demi Moore usw. drehen – also so eine richtige TOP-Besetzung – und vor lauter Statisten würde man die Hauptdarsteller gar nicht mehr sehen... Der Film wäre ein Flopp. Jeder würde sagen, da war nur ein Kuddelmuddel auf dem Bild zu sehen. Keine Handlung und nur ein Durcheinander... So wie in der Politik dieser Welt. Nur Kuddelmuddel und kein klares Bild. Und wir schauen dieses Theater an und diskutieren darüber. Und wir diskutieren über die Statisten weil wir die Hauptdarsteller gar nicht sehen. Wer weiß, vielleicht ist da ja Absicht? (breites Grinsen.)

Ja, dass ist so ein richtiges Kasperletheater, die Bayern nennen es Komödienstadt: Und wenn man überlegt, daß die gar nichts zu sagen haben...Stellen Sie sich mal vor, Sie sind Geschäftsführer einer großen Firma mit vielleicht 60.000.000 Angestellten. Sie sind nur angestellter Geschäftsführer und nicht Inhaber des Unternehmens. Die Inhaber halten sich im Hintergrund und geben Ihnen Anweisung was Sie wie zu tun haben. Dafür haben Sie einen Arbeitsvertrag und ein monatliches Gehalt. Bei wesentlichen firmenpolitischen Entscheidungen müssen Sie immer Zurückfragen, da Sie das gar nicht selbst entscheiden dürfen. Manche Geschäftsführer nennen sich Staatschefs. Andere nenne sich Regierungschefs. Die Inhaber dieser Firmen sind ausschließlich Kapitalanleger. Sie stellen das Stammkapital der Verwaltungsfirma zur Verfügung und alle Inhaber der verwalteten Werte sind gleichzeitig in der Firma unter einer Nutzung der gestellten juristischen Personen (Subunternehmen) aktiv.

Die Inhaber der Firmen, die sich Staaten nennen, treffen sich regelmäßig um die Geschäftspolitik zu besprechen und Richtungen gemeinsam auszuhandeln (Bilderberger). Aber dabei sind diese Inhaber auch nicht ganz frei und müssen übergeordneten Vorschriften/Abkommen folgen. Und wer nicht spurt... Der Wegfall eines der Mächtigsten von Ihnen hat ein Machtvakuum hinterlassen, das weltweit zu großen Problemen bei der Neuordnung der Strukturen führt. Aber das hatte auch Vorteile, weil nun eine grundlegende Neustrukturierung möglich ist. Aber die Menschen sollten sich unbedingt, auch gegen den Willen der Inhaber, daran beteiligen. Immerhin sind es ihre Werte. Sie wollen also als Geschäftsführer die Firmenpolitik der Inhaber vertreten und treffen sich mit anderen Geschäftsführern von ähnlich großen Unternehmen und versuchen die Geschäftspolitik abzustimmen. Es geht um Umsätze Gewinne und vielleicht auch noch um eine Art Unternehmensphilosophie, die den Vorstellungen des Inhaber, dem Sie als Geschäftsführer dienen, entspricht. Und Sie müssen Ihre Sache gut machen, denn es warten viele weitere Kandidaten auf Ihren Posten.

Und plötzlich will jeder Inhaber der verwalteten Werte über seine Person (Angestellte) sich an der Firmenpolitik Ihrer Firma aktiv beteiligen. Und während Sie sich mit den anderen

Geschäftsführern vielleicht in Hamburg treffen und alles besprechen wollen stehen die Inhaber der Werte vor der Tür und protestieren gegen die Firmenpolitik. Nun gibt es viele Möglichkeiten mit Protest umzugehen. Die Geschäftsführerin von GERMANY hat da offensichtlich so eigenen Gedanken und einen zugegebenermaßen etwas umstrittenen Stil. Inwieweit der Inhaber hinter diesen skandalösen Vorgängen steckt ist noch nicht geklärt. Aber es wurden Grenzen überschritten. Und Geschäftsführer, die Protestierende zusammenschlagen lassen, erinnern an die Anfänge der Industrialisierung.

Ja und der Skandal wird von der sogenannten freien Presse vertuscht: Was denken Sie wohl wie viele Anzeigen eine Zeitung von den „Großen“ noch bekommt, wenn diese Zeitung nicht spurt. Prostitution hat viele Gesichter. Wir müssen die Vorgänge als etwas Größeres betrachten. Und die Menschen sollten sich Gedanken machen, wie sie sich aktiv mehr beteiligen wollen. Es geht nicht um das Können. Es geht um das Wollen. Protestieren gegen verfehlte Firmenpolitik ist eines. Aber wir sollten aktiv werden. Dazu ist Wissen erforderlich. Denn wer nichts weiß kann sich nicht beteiligen.

Und deshalb sitzen wir hier zusammen: Ja und es gibt genug, die wissen, daß es so nicht weitergehen kann. Die Menschen wachen mit einer extremen Geschwindigkeit auf, erkennen Zusammenhänge und der Informationsfluß ist kaum noch zu unterbinden. Es geht nicht um subversive Intervention. Es geht darum seine Rechte bewußt geltend zu machen. Und diese Rechte dürfen nicht unterdrückt werden. Weder von Unternehmensverwaltungen (99% aller Entitäten dieser Welt) noch von Staatsstrukturen, die ebenfalls nur fiktive Konstruktionen sind.

Wir müssen einen Schritt weitergehen: Deshalb lassen Sie mich noch einmal alles einmal komprimiert zusammenfassen.

1. Über dieser Welt steht der Schöpfer. Sie können diesem selbstverständlich einen Namen geben. Aber prinzipiell sind alle vor dem Schöpfer gleich und niemand hat das Recht sich über einen anderen Menschen zu stellen. Diese Form einer menschenbasierenden Struktur ist nicht zu verwalten. Denn es gibt keine Rechte, die eingeschränkt werden dürfen. Das würde in einer toleranten und sozialen Struktur funktionieren. Aber man hat die Menschen über Jahrtausende hinweg entmündigt. Dieser Umstand muß erst einmal gelöst werden. Schritt für Schritt, damit die Menschheit die beginnende Pubertät überlebt.
2. Die Römer (und Kulturen zuvor) wußten um dieses Problem und erschufen die Persona. Eine Person, die verwaltet werden konnte. Eine Sache, mit der sich jeder Beteiligte durch eine Verwaltung bewegen konnte. Jeder Mensch bekam eine Person und diese Person konnte verwaltet werden. Und jeder Mensch konnte sich an der Verwaltung – wenn er dies wünschte – beteiligen. Aber daraus entstand Macht. Macht bzw. Kontrolle über den Systemzugang. Und der Mensch neigt zur Gier als Kompensation von Minderwertigkeitskomplexen. Also korrumpierte diese Form der Verwaltung. Es mußten andere Strukturen gefunden werden.
3. Das wichtigste Gut einer Handels-Gesellschaft ist die Fähigkeit der kreativen Wertschöpfung. Nun sind die Fähigkeiten unterschiedlich. Manche heben einen grünen Daumen ... manche einen braunen Daumen (also ich gehöre zu den letzteren). Andere haben handwerkliche Fähigkeiten. Aber alle schaffen Werte, die zwischen den Menschen gehandelt werden müssen. Und so entstand der Handel und es entstanden die Menschen, die diesen Handel gerne unter Kontrolle haben wollten. Diese Menschen erkannten, daß man über die Kontrolle des Handels die Welt kontrollieren kann. Der Gipfel dieser Perversion ist der Optionshandel.
4. Die Menschen betrieben Ackerbau und Viehzucht. Aber es gab welche, die nicht arbeiten wollten. Sie konzentrierten Ihre Energie darauf, die arbeitende Bevölkerung zu überfallen und die Werte zu stehlen. Eine Schutztruppe mußte her. Diese wurde zu den Hütern des Bodens. Die Bodenrechte, die jeder Mensch durch seine Geburt besitzt, gerieten unter Fremdverwaltung.

Dies wurde vertraglich festgelegt (1356). Und da die Bodenrechte bereits von dem damals entstehenden Adel kontrolliert wurde, stülpte der damalige Vatikan einfach das bereits im Jahre 1208 entstandene Seerecht darüber. Nach und nach übernahm der Vatikan mittels Seerecht immer mehr die Kontrolle. Heute befindet sich die gesamte Welt unter der Kontrolle des Seerechtes, auch Admiralsrecht genannt. Die Regeln dafür wurden in einem Code zusammengefasst, der sich UCC (Uniform Commercial Code) nennt. Das sind die Handelsprinzipien, die angewendet werden können. Aber es sind nur Empfehlungen und keine Gesetze. Diese müssten versichert sein und jeder Anwendende müsste diese Gesetze in irgendeiner Form gezeichnet haben (Prokura oder Zeichnungsberechtigung genannt)

5. Das Seerecht ist assertorisches Recht. Alle Rechte, auch die über den Körper, sind verhandelbar. Es gibt Piraten (die sind i.d.R. schwarz gekleidet) und es ist auf See alles erlaubt was zu einem wirtschaftlichen Ergebnis führt. Auch das Entern fremder Schiffe (das Eine oder Andere Insolvenzverfahren)

6. Das annähernd apodiktische Bodenrecht wird nicht mehr genutzt, weil es keine den meisten Menschen zugänglichen Durchsetzungsmöglichkeiten mehr gibt und die Menschen ihre Rechte auch vergessen haben. Dies so als geschichtliche Zusammenfassung. Dies könnte ich selbstverständlich noch weiter mit zusätzlichen geschichtlichen Ereignissen ausbauen und untermauern.

Wie ist denn der Stand heute? Heute werden den Menschen juristische Personen gegeben. Das sind Unternehmen. Die Bestätigung der Firmengründung sind die Personalausweise und Reisepässe. Die Höhe des Stammkapitals dieser juristischen Person ist ebenso wie die Rechtsform unbekannt. Es muß deshalb davon ausgegangen werden daß jede dieser juristischen Entitäten bereits bei Gründung insolvent war. Da eine juristische Person nicht mitbestimmen kann (sonst hätte Obi, Aldi usw. ein Stimmrecht bei der Wahl) gibt man temporär natürliche Personen heraus. Da GERMANY als Firma zu diesem staatlichen Akt gar nicht befugt ist, müssen wohl ältere Rechte erhalten. Wer hier wohl die Lizenzgebühren bezahlt? Eine Form der Herausgabe der natürlichen Person erfolgt offensichtlich mittels der Wahlbenachrichtigung. [Schuldenuhr](#) Bank [Group](#)

Es ist noch anzumerken, daß bei Haftungsfragen IMMER die natürliche Person angeschrieben wird. Warum wohl? Natürlich. Die juristische Person ist für Haftungsverlagerungen nicht geeignet. Denn im Zweifelsfalle muß der Inhaber dieser juristischen Person bei Zahlungsunfähigkeit das Stammkapital erhöhen. Ansonsten ist die juristische Person insolvent und die insolvenzverschleppende Partei ist haftbar. Und die natürliche Person ist der Zugang zum Kollateralkonto. Was denken Sie wohl, warum bei jedem Rechtsstreit vor einem Gericht/Amt/Behörde sofort ein Aktenzeichen (Kontoeröffnung) erfolgt? Weil kein Amt ohne Abrechnungskonto arbeiten darf. D.h. es wird ein Haftungskonto eröffnet und der natürlichen Person zur Haftung angeboten. Und wenn die natürliche Person das Haftungsangebot des Verwaltungsunternehmens nicht ausgleicht (das ist eine Entehrung), dann gibt es Sanktionen. Vom Betreuungsverfahren bis hin zur sog. Privatinsolvenz. Und der extern hinzugezogene Geschäftsführer, auch Insolvenzverwalter genannt, muß selbstverständlich mit Vorkasse (3000 €) durch den Menschen unter Nutzung der natürlichen Person bezahlt werden. Aber mal eine rhetorische Frage: Und was passiert, wenn das Hauptunternehmen insolvent geht? Wenn also die Zahlungsunfähigkeit der Holding GERMANY festgestellt würde.

Dann sind doch alle Subunternehmen (juristische Personen) mit betroffen und werden Teil der Insolvenzmasse. Und alle Rechtsgeschäfte, die Sie als Geschäftsführer ohne Auftrag unter Nutzung der juristischen Person geschlossen haben, sind Teil der Insolvenzmasse. Haben Sie schon einmal versucht ein Auto ohne Personalausweis/Reisepass (Nachweis der juristischen

Person) zu kaufen? Oder ein Haus, einen Mobilfunkvertrag, eine Kontoeröffnung usw. Ich will keine Panik verbreiten, aber wir alle stehen auf dünnem Eis und die Meisten wissen es noch nicht einmal. Alle Werte, die die Menschen unter der Verwaltung von GERMANY geschaffen und unter Nutzung der juristischen Person in die Öffentlichkeit verbracht haben, wären im Falle der Insolvenz von GERMANY Teil der Insolvenzmasse.

Das ist erschreckend: Gibt es da einen Ausweg? Nein nicht so direkt. Aktuell gibt es kein Konkurrenzunternehmen, das so ohne weiteres juristische Personen erstellt, die in GERMANY rechtsfähig also handlungsfähig sind. Und das ist der Systemfehler, den es zu beheben gilt. Wenn also diese Welt als Unternehmen geführt werden muß, dann wenigsten mit regionaler Konkurrenz. Es gibt Menschen, die geben so einfach eine Verfassung heraus. Als ob das das Problem lösen würde. Wenn diese Organisation wenigstens wüßte was eine Verfassung tatsächlich ist und welche Möglichkeiten eine versicherte Verfassung bietet... Aber damit sind wir beim wichtigsten Thema heute. Die Schreiben, die ich Ihnen bezüglich der Versicherungsproblematik zuletzt zur Verfügung gestellt habe.

Gibt es schon Reaktionen darauf? Zumindest haben sehr viele diese Texte heruntergeladen und leider noch viel zu wenige versendet. Ich habe den Eindruck, daß viele das Kernproblem dieser Beschwerde noch gar nicht so richtig begriffen haben. Ich möchte niemandem zu nahe treten, aber das ist die Rechtslücke, die das Deutsche Volk für eine Veränderung hat. Zentraleuropa – auch Deutschland genannt – ist seit 1945 besetzt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Alles was da in der Presse verbreitet wird ist schlicht und einfach eine Lüge. Die Verwaltungsgesetze der Alliierten sind weiterhin in Kraft. Es gibt sogar Verwaltungsbehörden in GE-RMANY für die Einhaltung der SHAEF-Gesetze und SMAD-Befehle usw. 1990 sollten die beiden separat verwalteten Gebiete (BRD und DDR) zu einer Gesamtverwaltung zusammengefasst werden. Es war nie geplant einen Staat und schon gar nicht einen freiheitlich demokratischen Rechtsstaat zu gründen. Das ist Unsinn. Wer hätte das auch tun sollen? Die Unternehmen Großbritannien, Frankreich, USA, Volksrepublik China und Russische Föderation? Alleine diese Logik sollte ausreichend sein. Deshalb wurde ein Vertrag zwischen den Verwaltungsfirmen geschlossen. Ein öffentlicher Vertrag und ein gleichlautender privater Vertrag (bzw. eine private Ergänzung). Der sog. 2+4 Vertrag, der die „Wiedervereinigung“ begründete. Daß Kohl und Genscher auf Ostpreußen und Danzig verzichtete ist eine andere Geschichte. Offensichtlich waren den beiden die Gebühren zu hoch. Nur dieser Vertrag kam nie zustande, da Eduard Schewardnadse (Außenminister der Sowjetunion) diesen Vertrag niemals zeichnete. Und trotzdem – man möge mir bei meinen russischen Kollegen den Sarkasmus verzeihen – die USA in Boris Jelzin den besten Außenminister hatte, den die USA jemals hatte, wurde dieser Vertrag niemals geltend. Trotz mehrerer Interventionen von Seiten der Russischen Föderation ist dieser Status Quo bis heute erhalten. Dies bedeutet, daß die Russische Föderation einer Nutzung des Gebietes der DDR durch die BRD bis heute defensiv gegenübersteht.

Im Gespräch mit einer Frau, die in einer hohen Position im Ministerium arbeitete und die Lüge im 2+4 Vertrag aufgedeckt hatte, habe wir erfahren, daß anschließend ihr Mann umgebracht und ihr Haus angezündet wurde, sie selber kam gerade noch mit dem Leben davon. Die Staatsanwaltschaft klärte das Verbrechen natürlich nicht auf, unter politischem Druck. So ist Deutschland wirklich. Die Schweiz hat Angst sich aufzulösen, wenn die Queen ihre Ansprüche geltend macht. Für Germany wird die Insolvenz eingeleitet, neue Währungen sind geplant und so weiter und so weiter.

Wem ist das bekannt? Warum wird das nicht publik gemacht? Es gab also keine Wiedervereinigung? In dem Sinne nein. Es gibt eine durch die Russische Föderation tolerierte

gemeinsame Verwaltung, die GERMANY genannt wird. Und darüber wird in der Öffentlichkeit nicht gesprochen und geschrieben. Ungeachtet dessen bleibt selbstverständlich die Russische Föderation ebenso wie alle anderen Verwaltungsfirmen, die sich Alliierte nennen, in der Erfüllungspflicht gegenüber internationalem Völkerrecht. Dieses besagt, daß Besatzungen von fremden Kartellgebieten (Staaten) für eine ordnungsgemäße Verwaltung verantwortlich sind. Und zu einer ordnungsgemäßen Verwaltung gehört auch Rechtssicherheit dazu. Und diese ist in GERMANY mehrfach nicht gegeben.

1. Durch den nicht zustande gekommenen 2+4 Vertrag befindet sich das Gesamtgebiet nach vertraglicher Auflösung der BRD und DDR (1990-1995) im rechtsfreien Raum. Die Verwaltungsfrage ist nicht eindeutig geregelt. Das ist nicht zulässig.
2. Die sog. Bundesregierung änderte im Jahre 1956 das sog. Bundeswahlgesetz in einer Form, daß es gegen die prinzipiellen Verwaltungsregeln der Alliierten (Grundgesetz) verstößt. Damit begehen die Bundesregierung, der Ersteller der Gesetze sowie die haftende Partei für diese Gesetze (Rückversicherer) Vertragsbruch gegenüber der United Nations und deren wirtschaftlichen Interessen. Das ist nicht zulässig.
3. Da das Bundeswahlgesetz gegen die grundsätzlichen Vorschriften der Bildung einer Verwaltungsleitung verstößt, ist es auch nicht mehr rückversichert. Die Haftungsfrage ist somit nicht eindeutig geklärt. Diese befindet sich aktuell bei der Bevölkerung, ohne daß diese darüber informiert wurde. Das ist Plünderung unter Umgehung des Genfer Abkommens 0.518.51 (Artikel 33) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten. Lesen Sie mal dieses Abkommen durch. Wie GERMANY hat dieses Abkommen nie gezeichnet? Aber die Besatzungsunternehmen haben dies... Sie denken wir sind nicht im Krieg? Warum hat wohl die USA immer noch die Kriegsflagge als „Staatssymbol“ ... selbstverständlich mit Goldrand = Handelsrecht. Es gibt bis heute keinen Friedensvertrag zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten. Nun fragen Sie sich: Was soll dieser Blödsinn. Auflösung: Eine Insolvenz kann nur unter Notstandsbedingungen straffrei verschleppt werden. Die Geschäftsleute unter Ihnen kennen das. Sobald keine Notstandsbedingungen mehr existieren, muß sofort Insolvenz angemeldet werden. Was ist denn Krieg? Warum erklärt jeder amerikanische sog. Präsident sofort irgendjemand bzw. irgendetwas den Krieg. Im Zweifelsfalle auch mal gegen eine Krankheit? Bitte denken Sie daran was ich zuvor über die Insolvenzmasse gesagt habe. Wollen Sie aktuell wirklich einen weltweiten Friedensvertrag?
4. Der Umstand der Vertragsverletzung ist durch das sog. Bundesverfassungsgericht mehrfach gerügt worden. Die sog. Bundesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage eine Änderung herbeizuführen. Hier besteht offensichtlich eine Durchsetzungsproblematik. Wer hat wohl die Vertragshoheit? Vielleicht kann die sog. Bundesregierung gar nichts dagegen unternehmen? In jedem Falle handeln alle Parteien, die den Vertragsverstoß gegen das Grundgesetz (Seerecht) nicht beheben, verfassungsfeindlich, oder? Also sind alle Parteien, die diesen Umstand nicht aktiv beheben wollen verfassungsfeindlich.
5. Da weder das Bundesverfassungsgericht, noch die sog. Bundesregierung noch der Rückversicherer imstande zu sein scheinen Rechtssicherheit in GERMANY herzustellen befindet sich diese Region in Zentraleuropa im Rechtsnotstand. Und dafür sind die Alliierten zuständig. Es scheint eine Reglementierungsproblem zu geben, das nur die Alliierten beheben können, da diese noch immer die Rechtshoheit im Rahmen der Besatzung haben.
6. Deshalb ist es das Recht der Menschen die United Nations als Oberaufsicht sowie die Alliierten um Hilfe zu bitten, um den Status der bestehenden Rechtsunsicherheit wieder zu korrigieren.

Ob dies nun der aktuellen Oberbefehlshaberin der Nato-Streitkräfte gefällt oder nicht.

Ist dies denn schon bekannt? Ja und es sind bereits Planungen im Gange, die Rechtssicherheit im besetzten Dritten Reich wieder herzustellen. Denn da GERMANY Gesetze (=

Verwaltungsverträge) des Dritten Reiches nutzt, können wir von dem Fortbestand des Dritten Reiches leider ausgehen. Erst wenn diese Gesetze vollumfänglich durch neue Ausfertigungen (Versicherungsverträge werden ausgefertigt und sind immer geltend ab dem Ausfertigungsdatum) ersetzt wurden, kann man von einer neuen Entität sprechen. Der wertere Leser möge mir verzeihen, aber ich darf nicht alle Informationen, die mir zur Verfügung stehen, preisgeben. In Hamburg wurden die Weichen gegen den Widerstand einiger Geschäftsführer gestellt. Es wurden Verträge gezeichnet, deren Tragweite für den Menschen auf der Straße kaum nachvollziehbare sind. Es gibt Kräfte im Hintergrund, die den Menschen mehr Information geben wollen und es Ihnen ermöglichen wollen, sich aus dieser Pseudosklaverei zu befreien. Der Wunsch und der erste Schritt muß aber von den Menschen selbst erfolgen. Denn sonst wären die Initiatoren dieser Veränderung keinen Deut besser als die, die Momentan dieses Plünderungssystem aufrechterhalten wollen.

Also Abschließend: Hier in Zentraleuropa besteht die Möglichkeit etwas Neues zu schaffen. Ohne daß ein einziger der „Hintergrundmächtigen“ auch nur einen Dollar/Euro oder was auch immer verliert. Aber die Kontrolle über die Menschen wird verloren gehen. Vielleicht nicht heute und morgen, aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Verlieren Sie weder den Mut noch die Bereitschaft sich für Ihre Interessen friedlich einzusetzen. Verlieren Sie auch nicht Ihre Solidarität mit den Schwächeren unserer sozialen Weltengemeinschaft. Dann werden wir es tatsächlich schaffen, daß keine 2 Monate alte Kinder in ein Hort müssen, daß keine alte Menschen Flaschen sammeln müssen um zu überleben und niemand in der sog. Dritten Welt für unsere Wirtschaftsinteressen verhungern/sterben muß.

Deshalb, wegen dem Umbau von Germany ab September soll sich das Volk Vorräte anlegen Jetzt wird uns Journalisten auch so einiges klar. In einem Gespräch mit der damaligen Justizministerin Däubler-Gmelin, auf die Frage hin, warum man nicht alle Gesetze bis 1945 löscht, überarbeitet, neu gestaltet. Ihre Antwort darauf: Wir machen das nicht, weil man könnte diese Gesetze wieder einmal gebrauchen. Stimmt, so handeln derzeit auch Heiko Maas, Guido Wolf, die gesamte Richter- und Staatsanwaltschaft in Ravensburg und in Stuttgart, sogar bundesweit.

Das Problem ist, daß sie diese Gesetze gar nicht löschen können, da sie gar keine Befugnis haben, weil sie stehen unter Fremdverwaltung!

Vielen herzlichen Dank, auch im Namen der Leser, für die bis dahin umfangreichste Aufklärung und für die viele Zeit die sie uns geopfert haben, ich freue mich schon auf ein nächstes Gespräch. Wir werden uns ohnehin im Zuge unserer gemeinsamen Arbeit bei bestimmten UN Sitzungen, Kongresse und Tagungen in Paris, Brüssel, Luxemburg, Strasbourg, Den Haag, Genf, Bern, oder international, immer wieder mal sehen, es gibt noch einiges, brisantes zu veröffentlichen, sie haben es uns ja bereits angekündigt.



Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	Grundgehalt (Monatsbezüge in Euro)							
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 2	1932,21	1973,25	2019,45	2052,58	2086,83	2121,07	2155,29	2189,53
A 3	2006,20	2051,49	2096,79	2133,21	2169,66	2206,09	2242,55	2279,00
A 4	2048,19	2102,28	2156,40	2199,47	2242,55	2285,62	2328,68	2368,45
A 5	2063,62	2130,99	2185,10	2236,13	2291,15	2345,27	2399,27	2450,18
A 6	2107,80	2186,23	2265,73	2326,40	2389,43	2450,18	2517,55	2576,09
A 7	2212,73	2282,31	2374,60	2467,85	2559,52	2652,30	2721,88	2791,45
A 8	2340,84	2424,79	2542,93	2662,24	2781,51	2864,33	2946,28	3031,13
A 9	2526,39	2609,22	2739,55	2872,07	3002,39	3090,94	3180,12	3272,98

Teil13: Ein Gewissen hat keinen Preis. In Deutschland geht es zu wie bei Sodom und Gomorra. Unsere Justiz handelt unehrenhaft, sie handeln endgewartlich! Die USA soll derzeit verklagt werden, wegen ihrer Aufsichtspflichtverletzung eines besetzten Gebietes? Flüchtlinge einzubuchen dient der Bilanzverlängerung. Und damit kommt der Verdacht auf, daß die nicht an der Börse gehandelte Bundesrepublik Deutschland hier investorenschädigend unterwegs ist. Auch **Ravensburg** steht jetzt unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft, es kommen jede Menge Klagen und Schadensersatzforderungen auf Deutschland und auf Ravensburg zu. Das Interview wurde im O-Ton aufgezeichnet am 25.01.2018.



Wahrheitsfindung braucht IHRE Unterstützung! Die RRRedaktion schaltet keine Werbung und akzeptiert auch keine Form von Wirtschaft-Sponsoring. Um weiter existieren zu können, sind wir daher auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Aufwendige Recherchen und Interviews kosten Zeit und Geld! Frei sein von finanziellen Zwängen, befreit vom Broterwerb braucht Sponsoren und Spenden. Wir freie Journalisten erhalten keine staatliche Förderungen, deshalb helfen Sie uns mit einer Spende. Wenn Ihnen die Artikel gefallen, unterstützen, sponsern Sie die Form des investigativen, freien, kritischen, unabhängigen Journalismus! Mit eurer Spende sichert ihr uns freie Journalisten die Freiheit, die Recherche – Sicherheit, die Unabhängigkeit und stärkt uns den Rücken.

Zuerst einmal freue ich mich, daß Sie wieder Zeit erübrigen konnten für unsere Leser, eine zugegebenermaßen ständig wachsende, man könnte fast schon Leser Fan-Gemeinde dazu sagen. Es freut mich ebenfalls sehr, wieder einmal mit Ihnen zu sprechen und das was wir begonnen haben fortzuführen. Ich bedauere es sehr, daß ich die letzten Monate etwas kürzer treten mußte, da die Hoffnung auf eine Einigung auf internationaler Ebene bestand. Dies hat sich aber leider nicht so ergeben. Es zeichnet sich eine kaum noch anzusehende Verrohung in der internationalen Diplomatie ab, die insbesondere von GERMANY, das keine Verträge mehr einzuhalten gedenkt, angeführt wird. Es muß wohl einen Grund geben, warum die Babylonischen Reliquien in Berlin stehen. Ob sich hier wohl ein neues „Klein-Babylon“ entwickelt? Ich selbst war sehr eingespannt und hatte z.T. 15-16 Stunden Tage und war auch ständig unterwegs. Da fliegen viel zu gefährlich ist für mich, war ich ständig im Auto unterwegs und mußte mich das eine oder andere Mal mit den gleichen Widrigkeiten herumschlagen wie meine Kollegen auch. Vertragsverletzungen im Bereich der Wiener Übereinkommen über

Diplomatische Beziehungen usw. . GERMANY schreckt noch nicht einmal davor zurück, internationale Diplomaten zu schikanieren oder sie mal kurzerhand zu verhaften. Ich möchte jetzt keinen, wie sagt man im Deutschen, Stock brechen für meine Kollegen?

Sie meinen einen Stab brechen?: Ja genau. Wir internationalen Diplomaten sind alle tief bestürzt über die Vorgänge auf deutschem Boden. Ich bin eher entsetzt. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, aber nicht alle „da oben“ sind böse. Viele sind eher hilflos, uniformiert und zum Teil ob der Ereignisse in den USA wie paralysiert. Ganz besonders entsetzt bin ich aber über die Passivität der Menschen (im landläufigen Sinne), die offensichtlich immer noch einer marodierenden deutschen Regierung folgen und den Unsinn, den das Merkel-Propaganda-Ministerium, verbreitet Glauben schenken.

Was meinen Sie mit marodierend?: Es gibt Spielregeln. Man sollte es kaum glauben. Jeder Geschäftsführer, der sich Präsident oder Kanzler nennt, hat im Rahmen seines Arbeitsvertrages Spielräume, die er nutzen kann. Das ist bei Wladimir Vladimirowitch Putin nicht anders als bei Donald Trump. Angela Merkel scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, jeden existierenden, internationalen Vertrag während Ihrer Amtszeit und danach (also nach dem 01.11.2017) zu brechen. Das artet schon fast in eine olympische Disziplin aus. Was auch immer Ihre Auftraggeber damit bezwecken wollen. Gut für die Menschen auf deutschem Boden ist es nicht. Aber dies scheint die sog. Bundesregierung auch nicht besonders zu interessieren. Während Trump und Putin ihre Spielräume den Menschen widmen, scheinen sich Angelas Interessen auf den Islam, die Kulturimporte und die daraus resultierenden Bilanzverlängerungsmaßnahmen zu reduzieren. Den Begriff Kulturimport habe ich mir von meinem besten Freund ausgeliehen. Ich finde dieser Begriff passt einfach. Bitte verstehen Sie mich richtig. Menschen in Not sollte geholfen werden. Menschen auf der Flucht sollte auch Obdach gewährt werden. Das ist unser aller Pflicht. Aber Merkel hat ein Geschäftsmodell unter Umgehung des SOX gemacht.

Was ist denn der SOX?: Der SOX ist der Sarbanes Oxley Act. Dieser legt fest wie bilanzverlängernde Maßnahmen in der Bilanz festzuhalten sind. Und sog. Flüchtlinge einzubuchen ist Bilanzverlängerung. Und damit kommt der Verdacht auf, daß die nicht an der Börse gehandelte Bundesrepublik hier investorenschädigend unterwegs ist. Aber darum sollen sich die zuständige, internationale Steuerbehörde kümmern. Es freut mich auf jeden Fall, dass einige Kollegen zwischenzeitlich im Londoner Diplomatenregister eintragen wurden. Damit werden alle Aktionen der regionalen Gerichte zur „Weißen Folter“ gegen Personen und deren Familie zur internationalen Angelegenheit. Man wird auch klagen..., aber dies in einem späteren Zeitpunkt. Denn die Klagen sind zugegebenermaßen außergewöhnlich und zeugen von einem zwischenzeitlich sehr guten Systemverständnis.

Darf ich fragen in welchem sonstigen Verhältnis Sie zu diesem guten Freund stehen, wenn wir schon nicht über Sie sprechen können? Wir haben uns kennen und schätzen gelernt. Bei meiner Tätigkeit im Rahmen der UN gab es einfach immer mehr Berührungspunkte, wo seine Ansätze einfach anders waren, als das was ich bisher erlebte. Da ich sehr viel im Ausland unterwegs bin und kaum Zeit habe mich um die Situation auf deutschem Boden zu kümmern – was Kraft meines Amtes eigentlich erforderlich wäre –, habe ich in ihm eine große Stütze gewonnen. Sehr bedenklich sind die völlig unqualifizierten Angriffe der – aufgrund der Methoden – als faschistisch einzustufenden Justiz, die gegen bestimmte Personen gerichtet sind. Für mich als IBA-Mitglied ist es absolut inakzeptabel, was insbesondere, dank ihrer zahlreichen, uns hilfreichen Recherchen, zum Beispiel die Ravensburger Justiz da veranstaltet. Der Begriff kommerzielle Inquisition ist dazu sehr treffend. Aber lassen Sie uns zum heutigen

Thema wechseln. Dieses ist sehr komplex, aber könnte auch für viele Folteropfer der Ravensburger Justiz hilfreich sein.

Sie sagten Folteropfer, was sich mit unseren Recherchen deckt, finden sie das überzogen?

Nein ist es nicht. Erniedrigendes und entwürdigendes Verhalten zur Erzwingung totaler Unterordnung ist nach Definition von **amnesty international** „Weiße Folter“ ... also lt. deren Definition Folter. Wenn nun Menschen, die sich nicht willenlos den Geschäftsgebaren zum Beispiel der Ravensburger Justiz unterwerfen, sie ohne jedes rechtliches Gehör eingesperrt werden, so nenne ich das „Weiße Folter“. Das wurde in den Jahren 1933-1945 gemacht. Und ist auch heute wieder üblich geworden in diesen Landen. Das erschreckende ist das Schweigen des ICC in Den Haag (der eigentlich zuständig wäre) und das Schweigen einiger meiner Kollegen in der UN. Gerade **Fatou Bensouda** sollte wissen wohin das Schweigen der internationalen Gemeinschaft führt. Das ertrage ich nicht mehr und deshalb sitze ich hier bei ihnen.

Das freut mich ungeachtet der widrigen Umstände sehr. Auch ich, die RRRedaktion, haben so ihre Erfahrungen gemacht mit der Willkür der Ravensburger Justiz.

Das weiß ich schon, denn ich habe mir erlaubt Ihre Berichte zu lesen und kenne ihre detaillierten Angaben bei der UN. Ich muß Ihnen aber leider sagen daß Ihre Aussagen z.T. der üblichen Fehleinschätzung von rechtschaffenen Menschen unterliegt. Denn so viel Börsartigkeit, wie die bundesrepublikanische Justiz an den Tag legt, kenn ich aus Großbritannien z.B. nicht. Es ist nicht alles Gold, aber es gibt eine Schwelle der Ehrenhaftigkeit. Und diese vermisse ich wenn ich hier bin.

Was meinen Sie mit meiner Fehleinschätzung?: Lassen Sie uns systematisch beginnen. Am Ende meiner Ausführungen werden Sie wahrscheinlich völlig den Glauben an jegliche Rechtsstaatlichkeit auf deutschem Boden verloren haben. Beginnen wir mit einer kurzen Wiederholung bzw. Präzisierung meiner letzten Interviews bezüglich des Themas Person. Es gibt zwei Arten von Personen. Es gibt die juristische Person (auch Firma genannt) und es gibt die natürliche Person. Beide Personen haben die Eigenschaften einer Obligation. Das bedeutet, daß die Herausgabe einer Person einer Leistungszusicherung des Herausgebers gleichkommt. Deshalb nenne ich mit sofortiger Wirkung eine Person immer Obligation. Das ist extrem wichtig. Die natürliche Person wird bei der Geburt des lebenden Menschen durch das Department of the Treasury (das Bundesschatzamt) herausgegeben. Jeder lebende Mensch erhält eine natürliche Person. Diese Obligation sichert dem lebenden Menschen, wenn er sich entsprechend bei dem Department gemeldet hat, seine Begünstigung aus dem zur Wertschöpfung genutzten Kollateralvermögen zu. Diese Obligation befindet sich im Besitz des Departments und der Lizenznehmer des Departments (Bundesrepublik) ist nicht befugt, ohne Einverständnis des Stifters (das sind wir alle) Haftungen auf diese Obligation zu buchen bzw. zu verlagern. Die Schreibweise dieser Person nach DIN 5007 ist z.B. Mayer, Egon. Diese Schreibweise war „früher“ in Behörden üblich, wurde aber wegen illegalen (vertraglich nicht vereinbarten) Haftungsverlagerungen offensichtlich untersagt.

Wissen das die Mitarbeiter der Behörden?: Nach meinen Erfahrungen nein. Die geben das am Computer ein – ist ja dann maschinell erstellt und der Ersteller hat keine Haftung mehr. Also das lebende Wesen unterstellt sich einem Computer – der erste Schritt zur KI? Man setzt den lebenden Menschen mit Personen gleich und wer sich wehrt ist ein Reichsbürger. So einfach geht das mit Parolen. Dafür sind die Deutschen offensichtlich (das wußte schon Napoleon) und insbesondere die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes besonders empfänglich. Parolen zu folgen ist eben einfacher als den eigenen Verstand zu nutzen. Ihre Leser aus dem

Kreis des öffentlichen Dienstes mögen mir verzeihen, aber keine Vorschrift setzt ein Gewissen außer Kraft. Es wird aber noch schlimmer...

Das war zu erwarten: Die juristische Person wird auf Antrag von der Bundesrepublik herausgegeben. Die juristische Person ist ebenfalls eine Obligation, denn die Bundesrepublik sichert dem Investor (das sind die Menschen in Deutschland) zu, daß er seine Geschäftstätigkeit über diese Obligation (versichert) abwickeln kann. Der Antrag kann mit der Vollendung des 14ten Lebensjahres gestellt werden. Das ist der Antrag auf den Personalausweis, der als Bestätigung für das Investment angesehen werden kann. Jeder Mensch hat ein Recht auf diese Obligation juristische Person, da nur diese ihm die Möglichkeit eröffnet, am Geschäftsleben teilzunehmen. Ich glaube das hatten wir schon einmal. Egal. Dieser Abschnitt ist zu wichtig. Bei der Herausgabe dieser Obligation (juristische Person) wird der Investor in diese Obligation (das ist der werteschaftende Antragsteller, der diese Obligation nutzt um seine Wertschöpfung in die Fiktion der Bundesrepublik zu verbringen), nicht über die Risiken dieses Investments informiert (Investmentberatung) und er erhält keine Widerspruchs- und Rechtsbehelfsbelehrung, wie dies im Wertpapiergeschäft üblich ist. Damit ist das Rechtsgeschäft der Herausgabe der Obligation unter Fremdhftung nichtig. Des Weiteren muß jedes Produkt (und es handelt sich hier um ein besonders komplexes Produkt) mit einer nach Europäischem Recht zweisprachigen Bedienungsanleitung versehen sein. Dies ist ebenfalls nicht gegeben. Somit haftet der Hersteller bzw. Herausgeber der Obligation juristische Person für alle Schäden, die durch eine sog. unsachgemäße Nutzung der Obligation entstehen, bis der Herausgeber der Obligation seiner Sorgfaltspflicht bezüglich Rechtbelehrung, Risikobelehrung und Dokumentation nachgekommen ist. Das ist ganz normales, Europäisches Sachrecht. Und die Person ist eine Sache.

Das ist ja unglaublich. Dies würde ja bedeuten, daß kein einziger Nutzer einer juristischen Person für die Schäden, die er bei der Nutzung anrichtet, die Haftung übernehmen muß. Genauso ist es. Es geht aber noch weiter mit diesen betrügerischen Machenschaften. Man möge mir verzeihen, aber es geht nicht darum mit dem Finger auf Schuldige zu zeigen, sondern es geht um die Wahrheit und es geht um unsere Werte, die auf diesem Wege in offensichtlich betrügerischer Absicht veruntreut werden. Denken Sie, daß dies bei den Verwaltungsmitarbeitern bekannt ist? Nein, denke ich nicht. Diese handeln in gutem Glauben und wenn die Argumente ausgehen, müssen Parolen herhalten. Aber Sie dürfen nicht glauben daß das schon alles war. Der Betrug auf diesem Weg ist so unglaublich, daß nur eine Klage an einem internationalen Gerichtshof hier für Klärung sorgen kann. Und ich fürchte, daß die Betreiber dieses Systems alles daran setzen werden, dies zu verhindern. Denn es geht um ein unglaublich lukratives Wertpapier-Geschäft. Machen wir weiter.

Die juristische Person ist ein Unternehmen. Jedes Unternehmen hat:

1. Eine Rechtsform
2. Ausgewiesenes Stammkapital
3. Eine Betriebshaftpflichtversicherung
4. Einen oder mehrere Geschäftsführer

Darüber denkt man gar nicht nach, aber es ist naheliegend. Und wenn ich es genau betrachte bin ich nie darüber informiert worden, was ich da mit 14 Jahren bekommen habe. Und das sind Betrug und böswillige Täuschung. Nicht die Herausgabe der Person und alles was danach kommt, sondern der offensichtlich geplante Betrug unter Mißbrauch der Lizenz des Department of the Treasury. Und das ist noch nicht einmal alles... Also die Rechtsform der übergebenen juristischen Person wird zu keinem Zeitpunkt mitgeteilt. Das

Gleiche gilt für das Stammkapital sowie die Betriebshaftpflichtversicherung, deren Abschluß jeder faktische Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft empfohlen sei. Denn sonst haftet er in jedem Falle für Haftungsverlagerungen auf das Unternehmen. Nun aber die Schlüsselfrage: Wer ist denn der Geschäftsführer der juristischen Person. Wer also ist der Verwalter bzw. Treuhänder der Obligation. Es gibt den weisungsgebundenen Geschäftsführer, den weisungsbefugten Geschäftsführer und den Geschäftsführer ohne Auftrag. Fangen wir doch einfach mal an: Der weisungsgebundene Geschäftsführer hat einen Arbeitsvertrag, in dem die Weisungsbindung sowie seine Entscheidungsbefugnisse klar festgehalten sind. So lange er sich an den Arbeitsvertrag hält, ist er in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer versichert. Er ist nicht firmenpolitik-bestimmend, da er i.d.R. keine Zeichnungsberechtigung hat (also keine Verträge abschließen kann) und er ist, ich habe es noch nie erlebt, nicht alleinvertretungsbefugt für das Unternehmen. Somit kann er für Fehler in der Geschäftsleitung und daraus resultierende Schäden nicht haftbar gemacht werden.

Der weisungsbefugte Geschäftsführer hat ebenfalls einen Arbeitsvertrag, in dem seine Prokura (Zeichnungsberechtigung) sowie eine eventuell vorhandene Alleinvertretungsbefugnis (bei mehreren Geschäftsführern) geregelt sind. Der weisungsbefugte Geschäftsführer (mit Betriebshaftpflichtversicherung) haftet nur bei grober Fahrlässigkeit. Z.B. bei Belieferung eines insolventen Kunden, ohne dessen Solvenz vor der Lieferung geprüft zu haben. Der weisungsbefugte Geschäftsführer ist auch firmenpolitikbestimmend. Deshalb nennt man ihn auch den faktischen Geschäftsführer. Der der tatsächlich das Sagen hat und die Geschäftspolitik maßgeblich beeinflusst. Der Geschäftsführer ohne Auftrag hat keinen Arbeitsvertrag, der ihn autorisiert, die Geschäftsleitung eines Unternehmens auszuführen. Er hat keine Zeichnungsberechtigung und schon gar keine Alleinvertretungsberechtigung für das Unternehmen. Für Schäden, die dem Unternehmen durch den Geschäftsführer ohne Auftrag entstehen, haftet der Geschäftsführer ohne Auftrag „privat“, da keine Autorisierung z.B. von Seiten der Gesellschafter besteht. Dies ist in der ROM II Verordnung der Europäischen Union geregelt. dort werden die Schäden, die durch eine unautorisierte Geschäftsleitung entstehen, außervertragliche Schuldverhältnisse genannt. Jetzt stellen Sie sich einfach mal vor, der Mitarbeiter an der Kasse bei ALDI fängt an sich in die Geschäftsleitung einzumischen: Aufträge an Lieferanten herauszugeben und Kredite bei der Bank für ALDI abzuschließen. Jeder weiterer Kommentar dazu erübrigt sich oder?

Das ist wieder mal eine Menge zu verarbeiten für unsere Leser. Aber so konzentriert ist das sicher selten zu finden. Besonders das was nun kommt werden Sie nirgends finden. Jeder, der die ihm zur Verfügung gestellte, juristische Person der Bundesrepublik nutzt, tut dies als Geschäftsführer ohne Auftrag. Für alle Schäden die dabei entstehen, haftet der Investor in diese juristische Person selbst. Denn niemand hat bis heute nach einem Arbeitsvertrag gefragt. Damit handelt er nicht versichert und ist nachgewiesenermaßen vertragsbrüchig. Zusätzlich scheint der Geschäftsführer ohne Auftrag (also alle Menschen) in der Position des weisungsgebundenen Geschäftsführers zu sein, denn der Geschäftsführer ohne Auftrag kann zu jedem Zeitpunkt durch jede beliebige Person des sog. öffentlichen Dienstes angewiesen werden, Dinge gegen seinen Willen für die juristische Person zu tun (Lissabon-Vertrag). Diesen sollten Sie auch einmal durchlesen. Sehr interessant unter diesem Aspekt.

Jeder Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes ist zu jedem Zeitpunkt Legislative, Judikative und Exekutive in einer Person... Wir müssen nur verknüpfen was man uns allen so vorsetzt. Das bedeutet ja, daß wir ohne juristische Person handlungsunfähig sind. Und wenn wir diese Person dann nutzen, um unser existenzielles Leben zu gestalten, dann sind wir ebenfalls in der Klemme. Genau das ist es. Und wir sind immer noch nicht am Ende des Betruges angekommen. Nun überlegen Sie einmal. Man gibt den Menschen aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung

eine juristische Person (=Obligation=Wertpapier=Haftungszusage=Konto), diese wird unvollständig übergeben, wir benutzen diese deshalb falsch und werden dafür in die Haftung genommen. Das nennt man glaube ich Trojaner.

Sie machen uns Angst: Das ist nicht meine Absicht. Ich möchte daß dieses Betrugssystem auf den Tisch kommt und endlich aufgeräumt wird mit der tatsächlichen Korruption dieses Systems. Es ist uns nicht geholfen, daß einige besonders korrupte Elemente international verhaftet und eventuell sogar getötet werden. Es geht um eine generelle Aufarbeitung eines völlig desolaten rein betriebswirtschaftlichen Systems, in dem das System sogar dazu übergegangen ist, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu instrumentalisieren so daß sich niemand von „oben“ die Finger schmutzig machen muß. Denn genau das ist es was geschieht. „Die Kleinen“ haben keine Ahnung zu was sie da benutzt werden. Und wenn sie etwas merken geht es auf zur [Reichsbürgerhetze](#). Wie im Dritten Reich.

Diese Parolen sind uns in der RRRedaktion bundesweit bekannt, auch die Ravensburger sind wie immer mit dabei. Sogar Anwälte wollen mit solchen pauschale Parolen, wie das Wort Reichsbürger, in ihren Schriftsätzen das Gericht beeinflussen, es manipulieren. Auch Staatsanwälte und Polizeibeamte, sogar Richter benutzen gerne solche Parolen um die Justiz Opfer willkürlich zu verleumden, sie zu diffamieren, sie zu zersetzen, ein üble Methoden, um dann anschließend Unrecht zu sprechen.

Mir fällt gerade auf, daß wir ja eigentlich ein anderes Thema hatten. Es sollte unter anderem auch um die Ravensburger Justiz gehen. Ich befürchte wir brauchen einen weiteren Termin um unsere Leser nicht zu überfordern.

Die Überforderung läßt sich kaum vermeiden. Zu tief ist der Sumpf der bundesrepublikanischen Justiz im Fahrwasser eines offensichtlich erstarkenden Dritten Reiches. Bitte nicht falsch verstehen. Es geht nicht um Panikmache. Es geht darum, daß auch 1933 niemand erahnen konnte, wohin der Weg mit diesem psychopathisch anmutenden Diktator führte. Aber ich gebe zu, daß wir es heute dabei belassen sollten. Aber wir werden nächste Woche weitermachen und ich erlaube mir auch – ab sofort – Handlungshinweise für die Leser zur Verfügung zu stellen, die sie dabei unterstützen, kriminelle Handlungen unter Mißbrauch einer Justizperson auszuführen. Denn die Staatsanwaltschaft ist dafür gar nicht zuständig. Die Richter (das ist eine Obligation die durch den IACA – International Association Court Administration – herausgegeben wird) unterliegen einem anderen Rechtskreis. Aber mehr das nächste Mal.

Teil14: Korruption hat viele Gesichter! Das Interview wurde im O-Ton aufgezeichnet am 31.01.2018. Man fragt sich, dürfen Anwälte nur das tun was die Gerichte zulassen oder mischen sie mit, sind Anwälte nicht auch zum Sachlichkeitsgebot verpflichtet? Staatsanwaltschaften und Justiz manipulieren mit doppelten Aktenzeichen, vor allem in Ravensburg. Deutschland und Ravensburg foltern wieder und Sachsen führt gerade die Todesstrafe ein? Androhung von Existenzvernichtung ist Folter! **„Was ist Folter?“** „Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck Folter jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen oder um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen, oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden.“ (ntv)

Wahrheitsfindung braucht IHRE Unterstützung! Die RRRedaktion schaltet keine Werbung und akzeptiert auch keine Form von Wirtschaft-Sponsoring. Um weiter existieren zu können, sind wir daher auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Aufwendige Recherchen und Interviews kosten Zeit und Geld! Frei sein von finanziellen Zwängen, befreit vom Broterwerb braucht Sponsoren und Spenden. Wir freie Journalisten erhalten keine staatliche Förderungen, deshalb helfen Sie uns mit einer Spende. Wenn Ihnen die Artikel gefallen, unterstützen, sponsern Sie die Form des investigativen, freien, kritischen, unabhängigen Journalismus! Mit eurer Spende sichert ihr uns freie Journalisten die Freiheit, die Recherche – Sicherheit, die Unabhängigkeit und stärkt uns den Rücken.

Danke, daß Sie wieder Zeit finden konnten in Ihrem engen Terminkalender. Gerne, zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zur neuen Homepage, die jetzt noch besser und auch international gelesen werden kann, und wie ich gehört habe, geht das Filmen und die Dokumentation über Ravensburg und über die vielen Justiz Skandale voran.

Danke. Zur Einleitung ein kleines Zitat: „Die CDU in Ravensburg ist so christlich wie ein Zitronenfalter Zitronen faltet“ Auch hier in Ravensburg/Weingarten gibt es Steuerbetrug und Geldwäsche. Die Steuerbetrugsmeldungen werden bei von der OFD Präsidentin in Karlsruhe, beim Amtsleiter am Finanzamt Ravensburg/Weingarten, vom Bundesfinanzminister, vom Landtag, von der Steuerfahndung und vom Finanzministerium Stuttgart, ignoriert, sie Schweigen, warum? Machen sie dabei alle mit?

In der Tat, ja, ich bin tatsächlich etwas gehetzt. Deshalb kommen wir gleich zum Punkt. Danke für Ihr freundliches Verständnis. Wenn man unter Zeitdruck steht und dann versucht mit wenigen Worten etwas zu erklären, dann kommt es ab und zu auch zu Aussagen, die dann falsch ausgelegt werden könnten. Dies ist mir am Ende unseres letzten Interviews (13) passiert. Ich kann nicht mehr genau sagen wie meine Aussage war, aber es kommt – nach Aussage einiger Kollegen und durch ihren Hinweis – falsch heraus. Es geht um diesen Satz, den ich mir erlaube richtig zu stellen.

„Aber wir werden mit der Interview Serie weitermachen und ich erlaube mir auch – ab sofort – Handlungshinweise für die Leser zur Verfügung zu stellen, die sie dabei unterstützen, kriminelle Handlungen unter Mißbrauch einer Justizperson auszuführen.“

Selbstverständlich war es nicht meine Absicht zu irgendwelchen kriminellen Handlungen aufzurufen, im Gegenteil. Die richtige Formulierung lautet, daß ich mir erlaube, dem werten Lesern Möglichkeiten an die Hand zu geben, mit denen er sich gegen, aus meiner und unserer Sicht kriminellen, Handlungsweisen wehren und auch abwehren kann.

So hatte ich es auch verstanden. Aber zugegeben, dass ist tatsächlich sehr unglücklich und missverständlich formuliert. Und damit ist jetzt jedes Missverständnis ausgeräumt und korrigiert worden.

Die Ravensburger Justiz ist nicht besser oder schlechter als die anderen Unternehmen, die sich staatliche Gerichte nennen. Bitte werte Leser betrachten Sie doch einfach mal die Fakten: Es gibt einen Direktor, einen Geschäftsleitung, einen Geschäftsverteilungsplan, Geschäftszeichen usw. Die Gerichte werden nach meinem Wissenstand dazu angehalten, Umsatz zu erwirtschaften und gewinnorientiert zu arbeiten. Dies liegt sicherlich an den Organisationen im Hintergrund der Gerichte. Das soll eine staatliche Einrichtung sein? So blind kann man nicht sein. Ist aber auch nicht das prinzipielle Problem. Das mit den Firmenverwaltungen meine ich.

Wenn sauber gearbeitet würde und nicht mit einem zuerst einmal anzunehmenden, kriminellen Vorsatz ... Lassen Sie mich das bitte klären, was ich genau meine. Wir sehen i.d.R. nur, was auf den ersten Blick zu erkennen ist. Den „Corporate Vail“. Das ist der sogenannte Firmenvorhang. Das was auf den zweiten etwas genaueren Blick abläuft, ist die anscheinende Anleitung von unwissenden Mitarbeitern der Judikative und Exekutive zu kriminellen Handlungen (Bildung von Komplizenschaft bzw. Bildung einer firmeninternen kriminellen Vereinigung aus niederen Beweggründen) unter Verletzung der Fürsorgepflicht einer Geschäftsleitung gegenüber den Mitarbeitern.

Es ist richtig mit der Umsatzorientierung bei Gericht, aber auch bei der Staatsanwaltschaft, sogar die Polizei hat schon ein Behörden Umsatzdenken. In der Fachsprache der Justizminister und der Gerichtspräsidenten/Innen, der Direktoren am Amtsgericht heißt das „Rechtssprechung nach Kassenlage“! Das sind harte Vorwürfe. Ich hoffe daß hier Fakten folgen. Die folgen. Definitiv. Fangen wir an. Jede Antragstellung bewirkt ein Aktenzeichen bzw. Geschäftszeichen. Das Aktenzeichen ist erforderlich, damit die Mitarbeiter Ihre Arbeit abrechnen können, denn die Tätigkeit muß internen Projekten/Aufträgen also Geschäftszeichen zugeordnet werden. Also ist jeder Antrag an ein Gericht ein Dienstleistungsauftrag, der kaufmännisch ordentlich abgerechnet werden muß, denn die Bundesrepublik sowie die zugehörigen Subunternehmen sind bilanzierungspflichtig gegenüber den Investoren. Für jedes Geschäftszeichen muß also ein Konto für diesen Dienstleistungsauftrag eröffnet werden. Dieses Konto wird unter der Haftung der natürlichen Person des Antragstellers eröffnet. Es muß immer einen Kreditor und einen Debitor dieses Kontos geben. Denn sonst würde bei den Investoren und den internationalen Steuerbehörden der Verdacht der Geldwäsche und des Steuerbetruges entstehen.

Das Amtsgericht verwaltet dieses Konto nur ... gegen Gebühren. D.h. Das Gericht ist im Prinzip eine Wertpapierhandelsfirma mit angeschlossener Bank. Das sind alle Subunternehmen der Firma, die sich GERMANY nennt. Die Eröffnung des Kundenkontos unter dem Aktenzeichen muß der internationalen Steuerbehörde (IRS) gemeldet werden. Bei der Meldung wird angegeben, wer der Gläubiger und wer der Schuldner dieses Kontos ist. Der Gläubiger ist der Antragsteller, der wegen des Antrags auch die Haftung für dieses Konto übernehmen muß. Der Schuldner und Herausgeber dieses Kontos hat die ausgleichende Verbindlichkeit. Dies bedeutet, daß der Schuldner dafür haftet, daß Aktiva und Passiva gleich sind (das Konto ausgeglichen ist). Wenn dies nicht der Fall ist, muß jemand bzw. dessen Versicherung in die Haftung dafür. Dieser jemand ist der Richter und sein Bond. Haftungen von Seiten des Kontengläubigers kann der Antragsteller nur über seine natürliche Person übernehmen, denn für die juristische Person ist der Antragsteller gar nicht zeichnungsberechtigt. Dazu wäre ein Arbeitsvertrag für die juristische Person erforderlich, der aber nicht existiert. Deshalb ist die Unterschrift einer natürlichen Person unter jedem Antrag zwingend erforderlich. Ohne diese Unterschrift würden die Mitarbeiter des Amtsgerichtes ein Konto ohne Haftungszusage eröffnen, was faktisch nicht möglich ist. Deshalb sind Anträge ohne die Unterschrift einer natürlichen Person rechtlich unerheblich und werden nicht bearbeitet. Deshalb darf auf den Behörden ja auch niemand mehr unterschreiben... als was denn auch?

Dieses Abrechnungskonto wird so lange geführt, bis der Vorgang abgeschlossen ist. Der Richter befindet sich in der treuhänderischen Position für dieses Konto (Haftung) was seine Versicherung so lange belastet (Haftung auf der Passiva-Seite des Kontos) bis der Vorgang endgültig abgeschlossen ist. D.h. der Richter wird zum Kontenschuldner. Dafür ist er versichert. In einer bestimmten Höhe. Und wenn die Maximal-Höhe seiner Versicherung erreicht ist, so darf er – also ohne Versicherungsschutz – nicht mehr agieren. Wenn der Richter also zu viele Haftungen (Schuldverhältnisse aus Konteneröffnungen) hat, kann er keine weiteren Aufträge

... verzeihen Sie ... keine weiteren Fälle mehr bearbeiten. Seine Versicherungssumme ist für weitere Fälle (Streitwert) nicht mehr ausreichend.

Dies würde erklären, warum viele Richter (mit sehr vielen Fällen) in Arbeit ersticken, während andere Richter nur wenige Fälle mit hohem Streitwert bearbeiten. Genau. Denn die wirksamste Form des Abschlusses eines Verfahrens ist der Vergleich zwischen den streitenden Parteien, der den Richter sofort aus der Haftung als Treuhänder des Kontos befreit. Deshalb kommt es das eine oder andere Mal durchaus vor, daß ein Richter ethische und moralische Grenzen überschreitet und einen Vergleich durch sehr bedenkliche Methoden erzwingt. Im Falle eines Urteils gegen den sog. Angeklagten, muß der Verurteilte die Haftung übernehmen. Es sei denn er geht in die Berufung. Z.B. im Falle der Verletzung sachlichen Rechtes verbleibt der entscheidende Richter in der Haftung bis zur Klärung der Rechtslage. Sachliches Recht ist immer verletzt, wenn dem Beklagten kein rechtliches Gehör gewährt wird. Und das ist zum Beispiel auch bei der Staatsanwaltschaft Ravensburg ein sehr beliebtes Geschäftsmodell. Die Vorverurteilung ohne rechtliches Gehör. Dank ihrer hervorragenden Recherchen, durch ihre Unterstützung, sind mir mindestens 20 Fälle bekannt, wo sich demnächst internationale Gerichte darum kümmern, die Anträge wurden bereits gestellt. Da davon auszugehen ist, daß in allen Fällen keine ordentliche Kontoeröffnung erfolgt ist, muß hier an dieser Stelle der Verdacht geäußert werden, daß hier Steuerbetrug, Geldwäsche wenn nicht sogar Korruption im Spiel ist. Insbesondere dann, wenn für Zahlungen keine Belege erstellt wurden. Aber darum wird sich demnächst ein internationales Gericht kümmern.

Kommen wir zu Thema zurück: Im Falle eines Strafprozesses, der abgewiesen wird, muß die Staatsanwaltschaft die Haftung übernehmen. Bei uns zückt der Staatsanwalt dann sein Scheckbuch und geht damit ins Richterzimmer. Sie müssen nun hoffentlich ein wenig schmunzeln. Das Ganze ist ein Geschäft. Ein Geschäft mit Haftungen (Obligationen) bei der das Gericht als Wertpapierhändler auftritt und man Ihnen den Erwerb einer Kapitalanlage, im Bedarfsfalle auch mit Nachdruck, nahelegt. Wenn nun aber das Gericht bzw. die Staatsanwaltschaft nicht kaufmännisch ordentlich arbeitet und die Konten nicht ordentlich meldet, dann kommen Probleme auf die Kontenschuldner zu. Aber Sie wissen ja: Wo kein Kläger gibt es keine Richter. Problematisch wird es erst dann, wenn der Gläubiger des Kontos (also der Antragsteller für ein Verfahren) weiß worum es geht und nachfragt. Dann wird i.d.R. in Deutschland die Reichsbürgerkeule ausgepackt, wiew sprachen im letzten Gespräch von Parolen. Denn falls man den Kontengläubiger zwingt Haftungen in Form von Geld- bzw. Liquiditätsleistungen zu erbringen ohne die entsprechenden Kontennachweise vorzulegen, dann wäre das Nötigung und Erpressung zur Beihilfe von Steuerbetrug und Geldwäsche. Denn der Antragsteller ist als Kontengläubiger haftbar für das Konto für das er nicht nur die Verfügungsberechtigung besitzt. Im Falle eines Guthabens auf dem Konto der Kontenführenden Partei (Gerichte/Staatsanwaltschaften) hat er ein Recht auf Auszahlung dieses Guthabens. Als fairer Partner der kommerziellen Verwaltung (die sich Staat nennt) verlangt man dies selbstverständlich nicht, sondern bietet dem Gericht/Staatsanwaltschaft die Aufrechnung der Haftung mit dem Guthaben an. Das ist der Akzept oder auch die Akzeptanz genannt. Diese Form des Ausgleichs ist kein Reichsbürgermist sondern ein Zugeständnis an eine soziale Gemeinschaft, die die Arbeit der Verwaltung als solche anerkennt. Aber ich erlaube mir zu einem späteren Zeitpunkt zu erklären, warum man von Seiten der Verwaltung auf den Ausgleich per Liquidität bzw. Bargeld besteht. Und wie man anständige Mitarbeiter der Verwaltung, die nach bestem Wissen und Gewissen handeln – die meisten zumindest – für kriminelle Handlungen instrumentalisiert.

Sie entschuldigen die Unterbrechung an dieser Stelle. Was auch ein wichtiger Aspekt ist, die Beurteilungskriterien des Richters in seiner Personalakte, je mehr Vergleiche er

schliesst begünstigt seine Karriere, weil er gleichzeitig auch seine Haftung vermindert, aber das ist tatsächlich nicht bekannt? Gibt es niemanden der dies weiß? Sie können sich sicherlich vorstellen, daß dem Leser der Kopf raucht und das was Sie hier erzählen – bitte entschuldigen Sie – abstruß und ich würde sagen sich unglaublich anhört. Es ist fast beängstigend, denn es ist genau das Gegenteil was uns allen seit Jahrzehnten erzählt wird. Ich bitte alle ihre Leser um Verzeihung für diesen „Eimer Wasser“ den ich selbst den Aufgewachten über den Kopf stülpe. Das ist noch nicht einmal die Spitze vom Eisberg. Ich weiß daß es Kollegen von mir gibt, die – fast schon verzweifelt – seit Jahren versuchen andere Menschen von diesen Prozessen im Hintergrund zu informieren. Und es ist nicht nur schwer zu vermitteln – weil es abstruß wirkt – es ist gefährlich. Für den der vermittelt ebenso wie für den der diese Dinge lernt. Die kriminelle Energie dieses zwischenzeitlich durch und durch korrupten Systems ist kaum vorstellbar. Die größten Probleme haben wir aber mit zwei Dingen:

1. Die absolute Unwissenheit der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, die aus existenzieller Angst heraus absolut „Beratungsresistent“ sind und nicht bereit sind ihre Vorschriften auch nur einen Millimeter in Frage zu stellen. Die Reichsbürgerhatz in Zentraleuropa nimmt den letzten noch den letzten Mut.
2. Die Ohnmacht der Betroffenen, die sich informieren wollen, führt zu einer gärenden Wut gegenüber den Ausführenden dieser Vorgänge. Das ist kontraproduktiv, denn die Ausführenden handeln ebenfalls in Angst. Das führt zu Aggressionen, die wiederum zu Gegenaktivitäten wie massiven Eingangskontrollen und/oder Personenschutz führen.

Es ist ein Teufelskreis, der letztendlich dorthin führt wo man die Menschen offensichtlich haben will. In einen Bürgerkrieg. Menschen der Verwaltung gegen Menschen, die ihre Rechte einfordern. Der Weg der Kommunikation und der Verhandlung weicht Gewalt. Sie kennen den Spruch: „Wenn zwei sich streiten freut sich der Dritte?“ Vielleicht sollten wir mal ein Interview über diese Dritten machen, die es verstehen über gezielte Vergabe von Privilegien die Menschen zu manipulieren.

Da kommt tatsächlich Wut auf, zumal die Justiz Willkür auch nicht vor Journalisten halt macht, dass mussten viele meiner Kollegen erleben, sogar ich selbst habe es am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Diese Willkür gibt es auch bei uns. Allerdings wird eine bestimmte Schwelle nicht überschritten. Das muß an der deutschen Mentalität liegen, die ich hier aber nicht bewerten möchte. Allerdings gebe ich zu, daß – auch meine Kollegen – die deutsche Gründlichkeit schätzen. Es dauert lange bis man sich hier bewegt. Aber wenn dann erfolgt dies gründlich und fundiert. Die Wurzeln hier reichen tiefer als bis 1933. Und spätestens wenn die Menschen hierzulande begreifen, welches respektable Kulturgut hierzulande ruht ... möchte ich nicht weiter ausführen, Ihr Verständnis voraussetzend.

Lassen Sie uns im Thema weitergehen. Wenn nun ein Strafprozess anberaumt wird und der sog. Angeklagte erscheint nicht „freiwillig“ zur Haftungsübertragungsveranstaltung (Verhandlung), verbleibt die Haftung so lange beim Richter, bis dieser einen „Dummen“ gefunden hat. Denn der Staatsanwalt hat ja den Antrag gestellt. Also ein Konto unter der Haftung der Firma Staatsanwaltschaft. Dafür wird ein Bond (Versicherung) herausgegeben. Die Haftung für das Konto mittels des Bonds wird durch die Klageeinreichung auf den Richter verschoben und der will diese Haftung (für das Konto) wieder loswerden, denn sonst wird er irgendwann handlungsunfähig und bekommt Druck, denn Handlungsunfähigkeit ist schlecht für das Geschäft der sog. Justiz.

Deshalb wird gerne mal der Körper des sog. Angeklagten als Sicherheit für diese Haftung in Verwahrung genommen, bis der Richter sich wieder von der Kontenhaftung befreien kann. Der Körper des sog. Angeklagten wird also per Haftbefehl „eingelagert“. Bei sog. Kapitalverbrechen (man achte auf die Worte, also Mord, Totschlag o. ä. Formen der „Sachbeschädigung“), wird auch gerne mal der Körper prophylaktisch eingelagert. Das nennt man dann Untersuchungshaft. Denn der Richter ist aufgrund seiner Versicherung nicht in der Lage so eine hohe Haftung so lange zu übernehmen. Die Versicherungsbeiträge würden dann exorbitant ansteigen. Dies ist eine betriebswirtschaftlich unzumutbare Belastung des Treuhandverwalters. Es ist eine rein betriebswirtschaftliche Entscheidung. Mehr nicht. Denn in den Fällen von Kapitalverbrechen geht es immer um sehr hohe „Sachschäden“. Die Bundesrepublik ist nämlich gegenüber dem Department of the Treasury haftbar für die verwalteten Körper und deren Fähigkeit zur Wertschöpfung (Kollaterale). Dann würden die Versicherungen der Richter sehr schnell an die Grenzen kommen oder es müßten höhere Versicherungen abgeschlossen werden. Es ist eine reine Kostenfrage. Aber es gibt ja die Alternative: Temporäre Übernahme der Haftung durch den Beklagten. Auch Kautions genannt.

Ist diese Perversion noch zu überbieten? Das ist ja so, als ob wir eine Handelsware sind. Als ob unser Körper ein Supermarktprodukt wäre. Die können das gar nicht anders handhaben. Das ist nicht zulässig. Die Justiz handelt ausschließlich im Sachrecht. Andere Handlungen sind nicht versicherbar. Die sind gezwungen unseren Körper als Ware zu behandeln. In den USA nennt man die Gefängnisse im Kommerziellen „ware houses“ (Warenhäuser). Lassen wir das. Es ist noch viel perverser.

Kommen wir zum Konto zurück. Ja, auch wenn ich an diesen Stellen selbst nur noch den Kopf schütteln kann. Wenn ein Geschäftsmann einen Kunden bekommt, der z.B. bezüglich einer Dienstleistung anfragt, dann muß der Geschäftsmann vor Anlage des Kundenkontos unter der Haftung des Anfragenden (der Anfragende wird durch die Haftungsübernahme zum Gläubiger) eine Auskunft bei einer Auskunftsei einholen. Dazu ist er unter dem Aspekt der Sorgfaltspflicht verpflichtet. Wenn nun der Kunde insolvent ist, darf der Geschäftsmann kein Konto anlegen. Vorkasse vielleicht ... höchsten Falls. Aber er darf zu keinem Zeitpunkt in gleich welcher Art in Vorleistung treten. Falls der Geschäftsmann nun liefern würde ohne diese Prüfung zu machen, dann haftet er z.B. gegenüber der faktischen Geschäftsleitung des Unternehmens (z.B. dem Finanzamt) „privat“. D. h. er muß für den Schaden wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht aufkommen. Nun ist es so, daß es auch zur Pflicht des Geschäftsmannes gehört zu prüfen, ob der Anfragende nach einem Konto überhaupt zeichnungsberechtigter der anfragenden Firma ist. Das mal zum Vorlauf. Das Amtsgericht ist eine betriebswirtschaftlich arbeitende Organisation, die auf Antrag Konten zur Abrechnung von Dienstleistungen erstellt. Wie eine Bank. Über dieses Konto werden dann die Kosten für das Verfahren und daraus entstehende Haftungen abgerechnet.

Ist das der Grund für die Anwaltspflicht? Ich fürchte wir werden heute wieder nicht fertig... Die Streitwerte in den Amtsgerichten sind relativ gering und gut versicherbar. Bei höheren Streitwerten wird eine behauptete Anwaltspflicht aufgeführt. Jeder Versuch eine Begründung dafür zu bekommen ist nach meinem Kenntnisstand bis heute gescheitert. Also wenn es denn nun ein Gesetz geben würde, aus dem sich eine Anwaltspflicht ableiten lassen würde, so ist es doch ein leichtes, dieses Gesetz zu nennen. Aber da bis heute keine Äußerung von Seiten der Justizverwaltung erfolgte, muß es wohl andere Gründe geben. Und die gibt es.

Mit der Mandatserteilung übernimmt der Rechtsanwalt (offiziell) die Position des Betreuers der juristischen Person. Eine natürliche Person könnte er mangels Versicherungsdeckung gar nicht betreuen. Deshalb läßt man auch gerne mal die juristische Präzision unter den Tisch fallen. Der

Rechtsanwalt geht also (offiziell) in die Position des Geschäftsführers und hat offensichtlich die Zeichnungsberechtigung für die juristische Person kraft seines Amtes, denn er ist mit der Mandatserteilung befugt, Verträge mit den „gegnerischen Parteien“ ohne Einverständnis seines Mandanten auszuhandeln. Das ist Mandantenverrat? Unsinn. Der sog. Auftragserteilende hatte doch gar keine Zeichnungsberechtigung für dieses Mandat. Er kann keine Rechte vergeben, die er selbst nicht hat. Eine alte Juristenregel. Man kann nur Rechte vergeben, die man selbst besitzt. Also scheint es so zu sein, daß eine Anwaltslizenz auch die Lizenz zur Geschäftsführung einer juristischen Person auf Antrag einer natürlichen Person ist. Irgendjemand muß ja die Haftung übernehmen. Und da die juristische Person von Haus aus insolvent ist... Verzeihen Sie, aber die Sache stinkt gewaltig.

Der Rechtsanwalt arbeitet somit für die faktische Geschäftsleitung der juristischen Person und die Gerichte versuchen nun in Kooperation mit ihren Kooperationspartnern (den Rechtsanwälten), den Träger der natürlichen Person von einer Haftungsübernahme zu überzeugen. Und wenn der Rechtsanwalt nicht spurt, so erhält er selbst ein sog. Betreuungsverfahren und man versucht ihm die Lizenz zu entziehen... Das sind nach meinem Kenntnisstand übliche Geschäftsgebaren. Deshalb darf der Rechtsanwalt nur das tun, was das Amtsgericht zuläßt. Denn deren gemeinsamer Vorgesetzter ist der oberste Geschäftsführer aller juristischen Personen auf deutschem Boden. Diskutieren Sie lieber nicht. Es ist reinstes Vertragsrecht mit einer unglaublich perfekten Verschleierung.

Es ist aber eher zu vermuten, daß hier durch die sog. Justiz etwa ein Mandat für die natürliche Person erpresst, so daß die Haftungsverschiebungen auf das Department oft he Treasury legalisiert wird. Denn wer vor einem Landgericht ohne Anwalt erscheint hat verloren – Versäumnisurteil. Damit wird der Verfügungsberechtigte zum Mandatsabschluß erpresst.

Verzeihen Sie mir die Zwischenfrage: Wissen Rechtsanwälte das alles? Nein. Manche ahnen es ohne die genauen Zusammenhänge zu begreifen. Die aus diesen Kreisen, die diese Zeilen sehr kritisch lesen, möchte ich einladen, ein Resümee Ihrer eigenen Arbeit zu vollführen. Bilden Sie sich eine eigene Meinung. Der Rechtsanwalt hat eine Haftpflichtversicherung mit der er für alle Kosten (auch die des Amtsgerichtes) in die Haftung geht. Damit sinkt das Risiko des Richters. Deshalb ist es auch nicht unüblich, daß Rechtsanwälte bei verlorenen Prozessen, bei denen Sie auf ihren Kosten sitzenbleiben, schon mal gerne einen Betreuungsantrag für die juristische Person einreichen, bei dem sie selbst in die Position des Betreuers zu gelangen gedenken.

Ist diese Perversion noch zu überbieten? Ja, ich verspreche es Ihnen. Das ist definitiv noch nicht die Spitze der Fahnenstange. Eine juristische Person ist laut Definition der Bundesrepublik nicht prozessfähig. Das Gericht kann kein Konto unter der Haftung einer juristischen Person eröffnen. Der Geschäftsführer muß als Zeichnungsberechtigter erscheinen und die juristische Person vertreten. Aber wer ist denn der Geschäftsführer? Selbst eine juristische Person? Weit gefehlt. Der Angeklagte soll zwar seinen Investmentnachweis (Personalausweis) vorzeigen, aber die haftende Partei ist eine Andere. Das soll aber nicht so offen bekannt werden. Das ist schlecht für das Geschäft. Denn das Gericht benötigt die Unterschrift einer natürlichen Person (wie auch immer eine Sache schreiben können soll). Wie schon zuvor gesagt: Ein nicht von einer natürlichen Person unterschriebener Antrag ist rechtlich unerheblich, da man nur über natürliche Personen Rechte geltend machen kann. Eine juristische Person hat keine Rechte und der der Interesse daran haben könnte welche geltend zu machen hat keine Zeichnungsberechtigung. Denn der Antragstellende bei Gericht z.B. ist:

- NICHT der Geschäftsführer der juristischen Person
- Kann keine Versicherungsdeckung nachweisen (deshalb Rechtsanwalt als Vertretungsbefugter für juristische Personen anstelle der eigenen natürlichen Person)
- Ist nicht zeichnungsberechtigt für die juristische Person
- Und kann keinerlei Deckungszusage abgeben

D.h. er ist nicht der Verfügungsberechtigte über die Obligation „juristische Person“. Das Gericht benötigt aber zur Konteneröffnung eine Haftungszusage einer nicht insolventen Partei. Die Haftungszusage des Verfügungsberechtigten über die Obligation „natürliche Person“. Und das sind alle lebenden Wesen, die durch das Department of the Treasury eine Obligation mit nahezu unbegrenzter Haftung bekommen haben. Die Bundesrepublik hat keinen direkten Zugriff auf diese Obligation. Deshalb muß die Verwaltung tricksen.

Ich muß zugeben, daß mir jetzt bald der Kopf platzt. Das ist kaum noch zu verstehen. Das ist auch starker Tobak. Ich bitte alle Leser sich dieses Interview mehrfach abschnittsweise durchzulesen, damit die Inhalte langsam in unserem Bewußtsein Platz bekommt. Denn unsere Gehirnwäsche ist zu perfekt... Seien Sie bitte auch nicht zu ungeduldig mit sich selbst, wenn Sie das nicht nach einmaligem Durchlesen begreifen. Ich habe Jahre gebraucht um mein Denken zu ändern. Ich stehe vor dem Spiegel und sehe mich nicht mehr spiegelverkehrt wie die meisten anderen Menschen. Bitte nehmen Sie das nicht als Wertung auf. Dieses Spiel läuft seit hunderten von Jahren mit zunehmend krimineller Energie. Leider bin ich für heute immer noch nicht fertig.

Das meinen Sie nicht ernst? Doch leider. Denn nun kommt erst der Punkt wo – nicht nur in Ravensburg – gnadenlos getrickst wird. Bitte denken Sie immer daran: Die Bundesrepublik befindet sich in der Sachverwaltung und hat keine Rechte auf lebende Wesen zuzugreifen. Denn ich gehe davon aus, daß der tatsächliche Inhaber der juristischen Person sowie die tatsächlichen faktischen Geschäftsführer der juristischen Person kein Interesse an der Haftungsübernahme für den Geschäftsführer ohne Auftrag (alle nutzenden von juristischen Personen) haben...Deshalb wird bereits bei den Anschreiben der Verwaltung getrickst. Denn da die Bundesrepublik keine Verfügungsberechtigung über die natürliche Person hat, wird sie es nicht wagen den Besitz/Eigentum ihrer Lizenzgeber (Department of the Treasury) ohne Einverständnis des Verfügungsberechtigten über diese Obligation (Investor = lebender Mensch) zu irgendeiner Haftungsübernahme zu zwingen. Alle Zertifikate (z.B. Führerschein) und andere Privilegien werden immer der juristischen Person zugeordnet. Diese hat einen Namen (keinen Familiennamen) und wird sächlich als „deutsch“ zugeordnet. Die Verwaltung der Obligation Führerschein obliegt z.B. der Firma Landratsamt. Dieses sog. Amt ist also nichts weiter wie ein Wertpapierdepot. Dort hinterlegen Sie die Begünstigung der juristischen Person (Die Fahrerlaubnis ist eine Begünstigung und die Firma Landratsamt hat die Haftung für eine ordnungsgemäße Nutzung dieser Obligation. Die Mitarbeiter haften dafür. Bei Mißbrauch, z.B. fahren unter Alkoholeinfluß, müssen diese Unterverwalter abschätzen, ob das Risiko der Obligationsnutzung durch die vertragsbrechende Partei weiter tragbar ist (versichert ist) oder nicht.

D. h. die Verwaltung die man uns als staatliche Verwaltung verkauft, ist eine reine Wertpapierverwaltung mit Risikoabschätzung. So wie Sie es aussprechen hört sich das etwas geringschätzig an, aber es ist so sachlich richtig. Und damit erklären sich auch viele Verhaltensweisen, die sonst willkürlich wirken. Es ist keine Willkür. Es ist unmenschliches, gnadenloses Sachrecht im Versicherungswesen. Und alle Rechtsgeschäfte, die Sie als Nutzer der Obligation juristische Person ausführen, erfordern einen Personalausweis und/oder Reisepass. Somit sind alle Rechtsgeschäfte der Obligation juristische Person zuzuordnen. Somit

auch alle Haftungen aus eventuellen Schäden, die bei der Nutzung dieser Obligation entstehen. Wenn nun aber Briefe der Verwaltung kommen, so wird nicht die juristische Person angeschrieben. Sie erinnern sich vielleicht noch: Alles was in großen Blockbuchstaben geschrieben wird, ist ein Schiff, ein Toter oder eine Firma. Also: KARL MÜLLER. Die natürliche Person hat nach DIN 5007 die Schreibweise: Nachnahme, Vornahme (also Müller, Karl)

So wurden auch früher Briefe versendet. Seit vielen Jahren nicht mehr... Ob es da wohl Ärger gab. Ich habe in fast 60 Jahren noch nie die Einladung einer juristischen Person zu einer Gerichtsverhandlung oder bezüglich eines sog. OWIG gesehen. Was für eine Person steht denn auf den neuen Fahrerlaubnis-Zertifikaten? Welche Obligationen sind denn erforderlich ein Fahrzeug zu führen? Personalausweis und Führerschein.

Dokumente der juristischen Person. Es wird also systematisch niemand eingeladen. Wir fühlen uns nur angesprochen. Und man droht dem Beklagten, obwohl er gar nicht eingeladen wurde, mit Konsequenzen. Und obwohl bei einem Kreditvertrag der Obligationennachweis der juristischen Person vorgelegt wurde (Personalausweis) ... schauen Sie sich doch mal spaßeshalber den Kreditvertrag an. Es wird also systematisch versucht, die falsche Person in die Haftung zu nehmen. Denn die Anschreiben der sog. Behörden lautet aber immer: Karl Müller. In den Klageschriften heißt es aber plötzlich Müller, K. Ja wen meinen die (Gerichte/Staatsanwaltschaften/Landratsämter) denn? Na den Unwissenden, der sich meldet und freiwillig die Haftung übernimmt. Denn das Anschreiben ist juristisch unbestimmt, da es dem angeblich Beklagten nicht zuzuordnen ist und die Verwaltung versucht die freiwillige Zuordnung durch den Verfügungsberechtigten der natürlichen Person durch Interpretation zu erreichen. Wir sind die, die die Haftung eines unbestimmten Vorgangs auf unsere natürliche Person verlagern, da wir dies nicht wissen und es uns niemand erklärt.

Ich bin fassungslos und erkenne immer mehr, wie komplex dieses System ist und wie sehr wir, ohne es zu wissen, ausgebeutet werden. Es ist erschütternd zu erkennen, daß es offensichtlich nicht mehr möglich ist, im Rahmen der Verwaltung auf deutschem Boden fair mit den Menschen umzugehen. Darum ging es nie. Es ging immer nur um Umsatz- und Gewinnmaximierung. Und die Tatsache, daß Besitzer die Sahne der Gewinne in Zentraleuropa abschöpfen macht es für die Menschen hier sicherlich nicht leichter. Sie haben das Ganze auf den Deutschen Boden eingeschränkt. Das ist so nicht ganz richtig. Aber ich muß zugeben, daß die deutschen Behörden den Betrug perfektioniert haben. Bevor wir fortfahren möchte ich aber einen kleinen Einwurf machen:

Bitte denken Sie daran, daß die Verwaltungsstruktur von Haus aus insolvent ist und im Prinzip ohne unsere Haftungszusagen (Kredite) gar nicht existieren könnte. Dies ist aber kein Grund die Mitarbeiter der Verwaltung unter Druck zu setzen, sondern es wäre die Möglichkeit eine Verwaltung zu akzeptieren und diese durch Haftungszusagen zu unterstützen. Dies ist aber erst dann möglich, wenn mit offenen Karten gespielt würde. Da dies nicht der Fall ist, scheint noch mehr dahinter zu stecken. Und das ist der Fall. Dies bedeutet, daß wir nun erst, nachdem wir den ganzen Kaninchenbau durchquert haben, an die Gründe für dieses wahnwitzige Betrugssystem herankommen. Das Ganze ist so abstrus, daß man es, wenn man es das erste Mal hört, gar nicht glauben kann. Aber dagegen können wir uns wehren, denn die nun beschriebenen Vorgänge verletzen die Rechte der Lizenzgeber der Bundesrepublik bzw. GERMANY. Wir werden beim nächsten Interview auf Lösungen und Verteidigungsstrategien eingehen. Denn zuerst kommt das Wissen und dann kann ich mich aus einer anderen Position heraus zur Wehr setzen. Es ist ein betriebswirtschaftliches Modell, in dem man seinen Vertragspartner gezielt verdummt um ihn dann anschließend auszunehmen.

Das waren klare Worte zum Schluß des heutigen Interviews. Ich sehe daß man sich durchaus wehren kann, wenn man die Hintergründe der Verhaltensweisen kennt. Aber es ist ein menschliches System und wir werden sehen, ob korrektes Verhalten zu einer Verbesserung führt. Wenn nicht, dann entstehen an anderer Stelle Handlungszwänge. An Stellen, die sich im Moment ruhig verhalten, was ich allerdings mißbillige. Aber dies ist meine persönliche Meinung. Ich freue mich auf den nächsten Termin mit Ihnen und Ihren Lesern.

Teil15: Zur entspannten Einleitung: „Zwischen uniformiert und uninformiert ist nur ein Buchstabe!“ „Denn sie lügen wie gedruckt und wir drucken wie sie lügen!“ Was erfährt man hinter vorgehaltener Hand von diversen Geheimdiensten? Das Interview wurde im O-Ton am 07.02.2018 aufgezeichnet. Die Welt soll es erfahren, Hilferufe aus deutschen Haftanstalten! STAAT? REGIERUNG? Oder doch nur ein UNTERNEHMEN? **Es wird uns jeden Tag vor Augen geführt:** Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde die Erde verschmutzt, mit all ihren Elementen – ERDE selbst, Luft, Wasser – welche das Leben in dieser Form auf unserem wunderschönen blauen Planeten, überhaupt ermöglichen. Kriege werden überall auf der Welt geführt; unsere Kinder missbraucht und getötet; auf der einen Seite herrscht Überfluss – auf der anderen das nackte Überleben; die Tiere werden als Ware behandelt, gequält; die Wälder abgeholzt –, um nur einige wenige zu erwähnen. Ist da etwas Wahres dran? Wir wollten es genau WISSEN, deshalb entschlossen wir uns diesen Hinweisen nachzugehen – denn WIR ALLE spüren dass VIELES auf dieser Erde nicht mehr stimmt. Was wir dabei herausgefunden und entdeckt haben, können Sie auf den diversen RRRedaktion`s Seiten oder unter „Glaube nichts und prüfe selbst“ sehen und lesen und vor allem, alles selbst überprüfen. Der [Überblick](#)



Den Haag

Wahrheitsfindung braucht IHRE Unterstützung! Die RRRedaktion schaltet keine Werbung und akzeptiert auch keine Form von Wirtschaft-Sponsoring. Um weiter existieren zu können, sind wir daher auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Aufwendige Recherchen und Interviews kosten viel Zeit und Geld! Frei sein von finanziellen Zwängen, befreit vom Broterwerb braucht Sponsoren und Spenden. Wir freie Journalisten erhalten keine staatliche Förderungen, deshalb helfen Sie uns mit einer Spende. Wenn Ihnen die Artikel gefallen, unterstützen, sponsern Sie die Form des investigativen, freien, kritischen, unabhängigen Journalismus! Mit eurer Spende sichert ihr uns freie Journalisten die Freiheit, die Recherche – Sicherheit, die Unabhängigkeit und stärkt uns den Rücken.



RV

Die Welt muss es unbedingt erfahren: Nur weil Obama zu Merkel sagte „Du brauchst unbedingt noch vor Weihnachten einen Terroranschlag?“ Deshalb hat die CDU, FDP Justiz, Rapp, Grewe, Dörr, Boger, Mönig, Stürmer, Wolf, Strobl, den Mörder [Amri](#), auf Anweisung des BND, (Verfassungsschutz) bewusst aus der JVA [Ravensburg](#) entlassen? Der dann in Berlin 12 Menschen töten durfte? Das lässt die Verantwortlichen in Ravensburg und in Stuttgart bis

heute KALT, sie haben kein Gewissen, keine Moral, sind ohne Skrupel, sie sitzen weiterhin FETT im CDU Sattel, weil Menschenleben sind in Deutschland und in [Ravensburg](#) nichts Wert. Jetzt soll es der befangene MdB, FDP Jurist und ehemaliger [Heinzl](#) Anwalt B. [Strasser](#), ein Protektionskind aus Ravensburg im Berliner Untersuchungsausschuss aufklären? Wo bleibt die politische Unabhängigkeit, die Neutralität? Ein MdB Richter vom Landgericht RV, Axel [Müller](#) CDU, eine Grüne [Brugger](#), schon wieder ein CDU, FDP, Grüner Klüngel aus Ravensburg im Bundestag. Die UN und die internationale Gemeinschaft machen bei diesem Vertuschungsspiel gottseidank nicht mit und reagieren mit internationalen Klagen gegen Deutschland.

Vielen Dank, daß Sie wieder Zeit finden konnten. Unsere Leser warten schon auf Lösungen und auf konkretere Beispiele. Das ist nicht so einfach. Jeder Fall ist individuell so wie das Leben an sich bereits. Gute Vorlagen nützen nach den Erfahrungen, die ich bisher gemacht habe, sehr wenig. Es sind die Emotionen, die uns häufig einen Streich spielen.

Die meisten Menschen erwarten von einer Justiz Gerechtigkeit und Wahrheit. Dabei geht es ausschließlich um das Geschäft mit Obligationen. Es ist Wertpapierrecht. Das hat mit einem lebenden Wesen nichts zu tun. Vielleicht gibt es den einen oder anderen Kollegen, der wirklich nach einer Wahrheit sucht. Das ist aber eher die Ausnahme. Viele Richter und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sind abgestumpft und machen nur noch ihre Vorschriften. Viele sind sogar in Therapie, da sie systematisch gezwungen werden gegen ihr Gewissen und gegen ihre Unabhängigkeit zu handeln. Andere nutzen ihre Möglichkeiten und reagieren sich ab. Es sind eben auch nur Menschen, die aber aufgrund ihrer Position auch außergewöhnliche Fähigkeiten haben bzw. entwickeln sollten. Das ist nur die Theorie. **Wir sagen immer, ein guter Richter muss auch mit schlechten Gesetzen umgehen können.**

Das alles geht aber im Tagesgeschäft unter. Wenn dann auch noch, ich erlaube mir diese Briefe einmal so zu nennen, dummdreiste Briefe kommen, dann verliert der eine oder andere Kollege schon mal seine Fassung und Überreagiert im Rahmen seiner eigentlich ehrenvollen Tätigkeit als Unterverwalter. Aber das mit der Ehre hat man, unter dem Druck unter dem die meisten im öffentlichen Dienst stehen, schnell ad acta gelegt. Das kann man sich i.d.R. aufgrund von Zeitnot und wirtschaftlichem Druck nicht mehr leisten. Und das ist der Fehler im System. Dafür können ein wesentlicher Teil der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nichts. Sie sind diesem betriebswirtschaftlichen und menschenfeindlichen Spiel nahezu hilflos und zumeist absolut uninformiert ausgeliefert.

Und dann kommen da noch solche Briefe? Glücklicherweise hat der DEUTSCHE Bundesinnenminister zur richtigen Zeit die richtige Parole herausgegeben. Man könnte dies auch als Propaganda bezeichnen. Die Reichsbürgerhatz. Das ist viel einfacher als seine Mitarbeiter richtig zu informieren. Man erhöht den Druck auf die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bis zum nicht mehr aushalten und gibt ihnen dann ein Ventil für diese Situation. Der frühere Reichspropagandaminister des Dritten Reiches hätte es nicht besser machen können. Erkennen Sie die Systematik die dahinter steckt?

Sie sagen immer öffentlicher Dienst. Wie kann man diesen Begriff einordnen? Das wirkt fast wie eine Entschuldigung. Entschuldigung würde ich es nicht nennen. Eher der Versuch die Fronten etwas zu entschärfen. Dieses Gegeneinander hilft niemandem weiter. Das ist, so denke ich manchmal, sogar gewünscht. In schlechten Firmenstrukturen arbeitet man mit polarisierenden Strukturen. Auf diese Weise kann man mit wenig Personal große Mengen an Mitarbeitern führen. Der öffentliche Dienst ist ein Dienst in der Öffentlichkeit (Personenrecht) für die Öffentlichkeit (also für Personen) bzw. für die Verwaltung der Personen

(Wertpapierverwaltung). Öffentliches Recht ist das Recht, Personen herauszugeben und diese Personen administrativ zu verwalten. Und dies erst einmal ungeachtet der Tatsache, ob es sich um juristische oder natürliche Personen handelt. Personen sind Obligationen. Einfach nur Wertpapiere, über die Leistungen abgerechnet werden. Wie ein Konto. Der Herausgeber dieser Obligation muß dieses Konto in der doppelten Buchführung verwalten und hat die ausgleichende Verbindlichkeit für dieses Konto. Und wenn er nicht dafür sorgt, daß das Konto ausgeglichen ist, dann bekommt er Druck von der Verwaltung und den Investoren in diese Obligation. Und dieser Druck wird einfach nur an die Mitarbeiter der Obligationsverwaltung weitergegeben. GERMANY (exemplarisch benannt) ist nur eine Wertpapierverwaltung mit einer sehr zweifelhaften Mitarbeiterführung. Das ist alles.

Und die Mitarbeiter denken alles ist rechtens im Rahmen einer freiheitlich, demokratischen Rechtsordnung, die die Interessen einer sozialen Gemeinschaft verfolgt?

Ja und tatsächlich wird hier nur ein als betrügerisch zu bezeichnendes Plünderungskonzept unter Instrumentalisierung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verfolgt. Und wer nicht spürt wird gemobbt und wird (unehrenhaft) entlassen. Und die meisten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes wissen wo Sie dann enden. Sie bekommen es jeden Tag gezeigt.

Ein Musterbeispiel ist für mich der Vorgang des ehemaligen Pädagogen Mike Paul aus Sachsen. Dort wird meiner Meinung nach ein richtiges Exempel statuiert. Dieser Vorgang ist für mich Faschismus in reinsten Form. Die gnadenlose Durchsetzung rein wirtschaftlicher Interessen, die uns als Staatsraison verkauft werden. Oder denken Sie Faschismus ist eine Ideologie? Es ist wie Demokratie und Kommunismus, nur ein Geschäftsmodell. Unterschiedliche Formen von Wertpapierverwaltung.

Ja ich habe von diesem Vorgang bereits gehört, wir wurden davon informiert. Es ist erschütternd. Aber ich glaube das sprengt den heutigen Rahmen. Das ist richtig, aber erlauben Sie mir im Interesse des Lebens dieses Mannes noch einen Satz: Wenn dieser Mann im Gefängnis stirbt, verliert jeder Beteiligte sein Gesicht. Keine Straftat, und mag sie sich noch so gegen die wirtschaftlichen Interessen der Firma GERMANY stellen, rechtfertigt den grob fahrlässigen Tod eines lebenden Wesens. Die Staatsanwaltschaft Sachsen behandelt dieses Wesen wie Schlachtvieh, ich benenne es so, weil Foltermethoden, ein solches Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nicht anders betitelt werden kann, die Welt soll davon erfahren was in Deutschland wieder abgeht. Und dafür dürfen die Verantwortlichen gerne vor das High Court of Philadelphia gehen. Es wäre mir eine Ehre, disziplinarische Maßnahmen gegen diese Unmenschen in die Wege zu leiten. Danke für diese Möglichkeit der Stellungnahme.

Sie wirken ja richtig erschüttert. Wir können durch unsere Recherchen bestätigen, dass auch im CDU, Grünen Land BaWü und in Ravensburg die Todesstrafe bereits wieder eingeführt wurde. Ich war schon immer einer der Gegner der Todesstrafe. Denn diese Art der Strafe läßt keine Heilung mehr zu. Sie ist absolut und endgültig. Und das was hier geschieht ist eine Art Neueinführung der Todesstrafe durch die Justiz von Sachsen. Und das erschüttert mich für eine Region auf dieser Welt, die die menschliche Gesetzgebung, man kann schon fast sagen, erfunden hat – Deutschland.

Es berührt mich zutiefst so etwas aus Ihrem Mund zu hören. Es sollte jeden Leser in diesen Landen berühren. Viele meiner Kollegen sehen das ebenso und schauen mit größter Besorgnis zu. Handeln aber nicht. Aber hierzulande gibt es eine Fähigkeit. Das Gefühl für Gerechtigkeit. Dieses Gefühl gilt es unter Überwindung von Emotionen wie Angst und Ohnmacht zu überwinden. Und deshalb erlaube ich mir an diesem Firmenvorhang weiter zu rütteln. Ich bitte die Menschen, die diese Interviews lesen, nicht wütend zu werden ob meiner Worte, sondern

sich auf den Weg zu machen zu einem fairen Umgang. Man kann seine Geschäfte auch ohne Lüge und Betrug abwickeln. Das ist nicht Neues in diesen Landen.

RRRedaktion: Politische Gefangene und Folter in deutschen Haftanstalten! Uns erreichen in der RRRedaktion Hilferufe, sogar aus Haftanstalten. Die Welt soll es erfahren! **Wir zitieren ein Justizopfer und seine Familie:** Seit 21 Tagen vergehen sie sich nun an unserem Familienvater (...) Aus der JVA (...) (geschrieben am 5.02.2018). „Heute Morgen haben die wieder gegen meinen Willen Blut abgezapft (geraubt) Blutdruck und Puls gemessen. Ihre eiskalten, gefühllosen Hände begrapschten mich. Sie sagen, das wären alles keine Ein- und Angriffe auf meinen Körper und meine Menschenwürde. (3. Mal) Jetzt klammern sie sich euphorisch an meine Körperdaten (geraubt) und bilden sich ein, das die auch nur das Geringste über den Menschen aussagen. Zumal es ja ursächlich nicht um meinen Körperzustand, sondern um die völlig widerrechtliche, bestialische Trennung unserer freien, gewaltlosen Familie geht.“ (...)

Die Familie berichtet weiter: Er hat jetzt seit 21 Tagen nichts zu sich genommen, soll das jetzt ein Menschenversuch werden oder sind wir schon mittendrin? OK, irgendwie hatten wir das schon mal und keiner hat etwas gemerkt, alle haben weggesehen. Ständig drohen sie ihm mit Zwangsernährung und stehlen ihm noch Blut, wo er schon keine Flüssigkeit zu sich nimmt! Briefe kommen bei uns nicht mehr an. Was tut der Bioroboter, wirft sie in andere Briefkästen oder lässt sie über den Zaun fliegen. Oder man beauftragt einfach eine Zwangsanwältin und die versucht über e-mail zu verhandeln. Schon der erste Trockene Hungerstreik vom 1.-11. August 2017 in gleicher Sache zeigte den Wahnsinn der agierenden Personen. Dieses Mal agieren sie wie kleine bockige Kinder, denen man den Schnuller weggenommen hat. (...) führt sie alle vor, führt ihnen ihr abartiges System vor Augen, ihr abartiges System für welches sie über Leichen gehen. Ein Mensch aus Fleisch und Blut, eingesperrt, ein Mensch der genau weiß was er will, wagt es ihnen die Stirn zu bieten. Und dann noch diese Familie, die eben nicht winselnd angeknorren kommt. Es ist jetzt die Chance für uns alle, diesen Machenschaften, diesen Personen ein für alle Mal das Handwerk zu verpfuschen. Das Spiel, das Spiel welches keine Spielregeln mehr hat, es ist aus (...).

Mir erzählte einmal ein afrikanischer Politiker. Mit den alten deutschen Kaisern und Königen konnte man noch gut Geschäfte machen. Die haben ihre Verträge eingehalten. Heute ist das nicht mehr möglich. Ja genau, und das ist das Thema heute. Nicht daß die Welt kommerziell aufgebaut ist, sondern daß der Betrug die kommerziellen Handlungen aushöhlt.

Bevor wir zu den Handlungsmöglichkeiten kommen, sollten wir dem Leser einmal einem Überblick über den aktuellen „status quo“ geben. Denn Sie müssen zugeben, daß diese Interview-Serie extrem komplexe Fakten enthält. Ja, das sollten wir. Vielleicht sollten Sie sich das sogar auf ein Blatt Papier drucken. Als so eine Art [Bedienungsanleitung](#) für die fiktive Sachverwaltung:

1. Alles ist ein absolut emotionsfreies Geschäft auf Gegenseitigkeit. Es bestehen harte Geschäftsbedingungen, aber die Abwicklung sollte fair sein.
2. Jeder Mensch besitzt mindestens zwei Personen. Eine juristische Person (nachfolgend JP genannt) und eine natürliche Person (nachfolgend NP genannt)
3. Eine Person ist immer eine Sache, die im Sachenrecht (in Sachen) verwaltet wird.
4. Eine Person hat nichts mit einem lebenden Wesen zu tun. Ein Gericht in der fiktiven Sachverwaltung von GERMANY kann keine lebenden Wesen verwalten/verurteilen. Dafür ist ein Gericht gar nicht hoch genug versichert.

5. Eine Person ist immer eine Obligation (=Wertpapier) auf Gegenseitigkeit. D. h. der Herausgeber sichert eine Leistung zu – also was man mit der Obligation im Kartellgebiet machen kann –. Der Empfänger sichert eine Gegenleistung zu – z.B. Wertschöpfung im Kartellgebiet unter Nutzung der Obligation.
6. Es entsteht automatisch ein Vertrag zwischen dem Herausgeber und dem Nutzer der Obligation ... durch Nutzung der Obligation.
7. Wenn aber bei der Herausgabe der Obligation wesentliche Vertragsgegenstände nicht offengelegt wurden, so ist dieser Vertrag wegen Täuschung im Rechtsverkehr nichtig. So wie in jedem anderen Wertpapiergeschäft auch.
8. Die NP wird bei der Geburt durch das Department of the Treasury herausgegeben und ist rechtsfähig und prozessfähig aber im Kartellgebiet der juristischen Personen nicht geschäftsfähig.
9. Die NP ist die Obligation, die den Zugriff auf die Kollateralwerte ermöglicht.
10. Deshalb ist die NP unbegrenzt kreditwürdig.
11. Der Mensch ist der Investor in diese Obligation und ist über die NP der Verfügungsberechtigte und der Begünstigte des Kollateralkontos.
12. Der Einzige, der die Autorisierung für den Zugriff auf die NP geben darf, ist der Stifter der Werte. Das ist der Mensch unter dessen Geburtsurkunde die Obligation natürliche Person erstellt wurde.
13. GERMANY hat keinen direkten Zugriff auf die NP.
14. Jeder unautorisierte Zugriff auf die NP ist Untreue gegenüber dem Lizenzgeber von GERMANY.
15. Die Autorisierung für den Zugriff auf die NP erfolgt durch einen Antrag (gleich welcher Art) eines Menschen und durch die Unterschrift einer NP. Deshalb dürfen Behördenakte nur auf Antrag und mit Unterschrift einer NP ausgeführt werden.
16. Erzwungene Unterschriften (CF-Unterschriften = coactus feci) der NP sind wertlos und können jederzeit juristisch angefochten werden.
17. Konteneröffnungen auf der Basis von CF-Unterschriften z.B. durch die Anwendung von Weißer Folter sind nichtig.
18. Die Androhung von Existenzvernichtung (Insolvenzverfahren, Betreuungsverfahren, Vermögensauskunft usw.) ist Weiße Folter. Denn dieses fiktive System sollte genau dies – den bürgerlichen Tod – verhindern.
19. Die NP ist nicht geschäftsfähig. Es ist unmöglich das geschäftliche Angebot von GERMANY ohne Personalausweis/Reisepass wahrzunehmen. Gleiches gilt für Banken.
20. Die Bezeichnung Egon Müller ist juristisch unbestimmt und eine Verschleierung, um den einzig kreditwürdigen, den Menschen, auszutricksen. Denn GERMANY darf keine unautorisierten Haftungen auf die natürliche Person Müller, Egon verlagern. Deshalb wird häufig mit Drohung und Erpressung die Einlassung erzwungen.
21. Die Obligation JP wird von GERMANY auf Antrag herausgegeben (Antrag auf den Personalausweis).
22. Bei der Übergabe der Obligation werden aber wesentliche Vertragsbestandteile nicht offengelegt bzw. nicht dokumentiert und auch nicht übergeben. Deshalb ist dieses Rechtsgeschäft (Herausgabe der Obligation unter der Haftung der NP) nichtig und GERMANY haftet vollumfänglich für alle Schäden, die bei einer unsachgemäßen Nutzung dieser Obligation (JP) entstehen.
23. Die JP ist rechtsfähig und geschäftsfähig im Kartellgebiet von GERMANY, da in GERMANY registriert. Die Eigenschaften dieser Obligation sind aber per Gesetz/Vertrag abgesichert bzw. eingeschränkt. D.h. beides kann zu jedem Zeitpunkt entzogen bzw. eingeschränkt werden (§§ 7 EGBGB).
24. Somit befindet sich der Herausgeber der Obligation JP als politikbestimmende Partei in der

- Position des faktischen Geschäftsführers der juristischen Person.
25. Es stehen dem gutgläubigen Nutzer dieser Obligation keine Informationen bezüglich der Vertragsgestaltung bei der Nutzung der JP zur Verfügung.
26. Alle Gesetze (= Versicherungen) von GERMANY beziehen sich ausschließlich auf JP. Auch dies wird verschleiert, indem juristisch unbestimmt gearbeitet wird.
27. Der Begriff Mensch wurde per juristischem Wörterbuch in NP undefiniert, so daß man diesen Begriff mit offensichtlich bestehender Täuschungsabsicht in die Gesetze von GERMANY einarbeiten konnte.
28. Die JP ist nicht prozessfähig, da die JP bereits bei Gründung insolvent war, denn sie verfügt über keine Kollateraldeckung.
29. Deshalb kann keine JP eine Haftung als Gläubiger für ein Verfahren (Kontoeröffnung) übernehmen. Das soll der faktische – also zeichnungsberechtigte – Geschäftsführer tun ... mit seiner NP.
30. Außerdem ist das für die Betreiber der Kartellverwaltung GERMANY offensichtlich inakzeptabel, wenn ein Gericht die Haftung auf die obersten faktischen Geschäftsführer aller JP verschieben würde: Frank-Walter Steinmeier (Bundespräsident) und Wolfgang Schäuble (Bundesfinanzminister).
31. Über die Obligation JP wird die Inanspruchnahme der Kartellgebiets-Verwaltung GERMANY durch die NP abgerechnet (Passiva-Seite des Kontos).
32. Auf der Aktiva-Seite des Kontos (NP) stehen die den Menschen zustehenden Renditen aus der Nutzung der Kollateralwerte. Denn GERMANY ist ein Unternehmen, das nur mit der Verwaltung der Kollateralwerte auf bundesrepublikanischem Boden betraut wurde. GERMANY ist nicht der Eigentümer dieser Werte.
33. Der Akzept bzw. die Akzeptanz gibt die Verrechnung dieser beiden Kontenbestandteile frei.
34. Jeder Antrag mit der Unterschrift einer NP eröffnet ein Konto (Aktenzeichen/Geschäftszeichen etc.
35. Jede Kontoeröffnung einer NP muß bei der IRS eingereicht werden. Die Kopie der Kontenmeldung muß dem Menschen mittels eines IRS-Formulars über die NP zugestellt werden. Darauf hat er einen Rechtsanspruch.
36. Mit der Konteneröffnung durch z.B. ein Amtsgericht ist der Antragsteller der Gläubiger des Verfahrens und das Gericht wird zum Schuldner des Verfahrens.
37. Da das Gericht aber täuscht (unbestimmte Einladung), täuscht es auch über die tatsächlichen (Schuld-)Verhältnisse eines durch den Gläubiger versicherten Gerichtsverfahrens.
38. Ohne Gläubiger gibt es kein Gerichtsverfahren.
39. Wenn diese Kontenmeldung nicht erfolgt, dann besteht der Verdacht des Steuerbetruges, denn es besteht die Möglichkeit, daß Liquiditätsleistungen, die ohne Konto verbucht werden, un versteuert auf den Nebenkonten landen. Das ist ein heikles Thema... da wird man auch gerne mal „gemollatet“
40. Wenn der Gläubiger in einem sog. Strafprozeß die „freiwillige“ Haftungsübernahme verweigert, dann nimmt man seinen Körper als Pfand für die Absicherung des Verfahrens in Verwahrung. (Das war alles einmal im kurzen Überblick!)

Es war zwar alles nur eine Wiederholung, aber so geballt ist es nicht zu verarbeiten. Ich glaube ausdrucken und regelmäßig durchlesen hilft. Das ist nichts, was man mal so in fünf Minuten Pause durchlesen und begreifen kann. Diese Sätze rütteln an unserer aller Gehirnwäsche. Selbst ich muß mich immer wieder disziplinieren. Das Thema auch nur zu begreifen, wenn man sich durch die vorangegangenen 14 Interviews gequält hat. Und ich erlaube mir allen Lesern meinen Respekt auszudrücken. Das ist nicht irgendwelcher Rechtskreppele. Das ist Handelsrecht auf höchstem Niveau.

Und wir sind alle im Handelsrecht. Es gibt kein Staatsrecht mehr. Das ist ein Schwindel auf höchstem Niveau. Deshalb ist diese ganze „gelbe Schein“ Psychose Unsinn. Bereits 1871 wurden die USA und das deutsche Reich, beides bewußt klein geschrieben, in eine Firma umgewandelt (Verfassung). Eine Firmenverwaltung kann gut sein. Es hängt von der Verwaltung ab. Denn es ist ein menschliches System.

Wir haben nun gehört wie das System arbeitet. Es wäre schön wenn Sie uns ein paar Tipps aus Ihren Erfahrungen geben könnten, so daß man sich gegen dieses Betrugsmodell wehren kann. Sie sprachen schon öfters von IRS-Formularen. Außerdem geht es dort doch immer nur um US-Citizens. Zuerst einmal: Der Sitz des Verwaltungsunternehmens GERMANY ist der „US-Staat“ DELAWARE. Dort müssen alle Obligationsverwaltungen gemeldet sein. Auch die RUSSISCHE FÖDERATION oder die VOLKSREPUBLIK CHINA. Die Herausgabe einer juristischen Person einer in DELAWARE gemeldeten Firma ergibt ein Subunternehmen einer in DELAWARE gemeldeten Firma. Oder nicht. Somit ist jede juristische Person ... Die Haftung (Bürgschaft) für diese juristische Person erfolgt über die Obligation natürliche Person, deren Inhaber das Department of the Treasury ist. Somit wird der Begünstigte der Obligation natürliche Person zum Bürgen (Bürger) einer US-Entität...

Das wirkt aber sehr konstruiert wird der geneigte Leser sagen. Oder an den Haaren herbeigezogen? Betrachten Sie diese Angelegenheit und nutzen Sie Ihren Verstand. Ich würde mich freuen und wundern, wenn man mich widerlegen würde. Es ist ein – wie sagt man – abgekartetes Spiel. Bevor ich zu den Tipps komme erlaube ich mir eine Warnung auszusprechen. Finger weg von den IRS-Formularen, wenn Sie nicht 100% sicher sind was Sie tun. Die IRS ist kein Spaßverein. Es ist die härteste und gefährlichste Behörde der Welt. Im Vergleich zur Vollzugsorganisation CID ist die GSG9 eine Pfandfindertruppe. Also: Finger weg von diesen Formularen, bis Sie sich richtig darüber informiert haben. Ich selbst wende bei meiner Arbeit diese Formulare recht häufig an, denn diese haben tatsächlich eine durchschlagende Wirkung. Aber ich nutze sie sensibel und defensiv. Und es geht nicht darum einem anderen Druck zu machen. Es geht darum, daß man uns alle mißbraucht um Steuerbetrug und Geldwäsche zu legalisieren. Denn die Unterschrift eines lebenden Menschen legalisiert den Umgang mit unseren Werten ...

Sie reduzieren das gerade nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf einige ihrer Kollegen oder gar auf sich selbst? Das war zu keinem Zeitpunkt meine Absicht. Natürlich, auch ich selbst bin Betroffener dieser gesamten Plünderungsmechanismen. Vielleicht etwas weniger als die, die sich nie damit beschäftigen und deshalb auch nichts davon mitbekommen haben. Es sieht überall so aus in dieser Welt. Wir sollten nicht annehmen, daß es über dem Teich besser ist. Das sog. Fernsehen hat jede Form von intelligenter Eigeninitiative nahezu ausgelöscht. Die Menschen verhalten sich wie Bio-Roboter. Vielleicht ist es auch das, was man KI nennt? Das Einpflanzen von vorgegebenen Gedankenprozessen. Ich nenne es das Programmieren des logischen Verstandes. Das läuft auf der ganzen Welt. Je nach Zugang zu den Massenmedien.

Und wie kann sich der normale Mensch mit begrenztem Wissen dagegen wehren? Bevor ich beginne. Alle Tipps helfen nicht bei Willkür. Und die gibt es, insbesondere unter der Reichsbürger-Propaganda. Da können Sie alles richtig machen. In GERMANY werden die Waffenträger kontrolliert und die Bürger entwaffnet. Das ist bei uns unmöglich. Das würde sich niemand gefallen lassen. Also gehen Sie einfach davon aus, daß Sie im Zweifelsfalle zurückrudern sollten. Sie sollten nie mehr riskieren, als Sie bereit sind zu verlieren. Aber es ist an der Zeit sich zu wehren. Und ich verspreche Ihnen eins. Je mehr Menschen sich präzise und korrekt wehren, umso mehr verbleibt den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes nur noch das

Faustrecht. Und das zehrt am Gewissen. Bevor Sie mit irgendwelchen Vorgängen (= Prozesse) beginnen, müssen Sie sich vorbereitet haben. Viele stürzen sich völlig gedankenlos in solche Prozesse und verlieren alles. Das ist naiv. Versuchen Sie sich in die „Gegenpartei“ hineinzusetzen.

Sie meinen ich sollte mir Gedanken machen was die Gegenseite alles anstellen kann und wie diese ticken? um Sie auszuschalten und handlungsunfähig zu machen. Genau darum geht es. Das sind auch die wichtigsten Tipps, die ich geben kann... und darf. Ich bewege mich hier an einer Schwelle – oder sagt man Grat dazu – auf der ich meine Worte sehr bewußt und sorgfältig wählen muß. Man sagt mir nach ich wäre etwas plump mit meinen Worten. Das muß an meinen Wurzeln liegen. Die Frage lautet: Wo sind Ihre Angriffspunkte (vielleicht hätte Mike Paul diese Informationen vorher haben sollen):

1. Schwachpunkt:
Ihre deutschen Bankkonten. Diese können zu jedem Zeitpunkt beliebig gepfändet werden. Da reicht auch ein Vorwand. Also etwas Erfundenes. Die Bank wird eine Pfändung nie verweigern. Warum? Wer hat das Konto eröffnet? Die juristische Person. Wie lautet der Name des Kontos? Juristisch unbestimmt. Was denken Sie wohl warum. Sie sind gar nicht zeichnungsberechtigt für die juristische Person. Also wird vermutet... Untreue gegenüber dem Herausgeber bei der Nutzung der juristischen Person. Daraus resultiert auch die Erzwingungshaft zur Abgabe der Vermögensauskunft wegen Verdacht der Untreue. Die machen nicht alles falsch. Es ist logisch richtig. >> Lösung: kein deutsches Konto. Das ist nicht ganz einfach...

2. Gehalt, Rente und sog. Sozialleistungen:
Ihr Gehalt ist 10% der Obligationsrendite aus einem Arbeitsvertrag (=Obligation) oder einem Rentenvertrag (=Obligation) – oder denken Sie allen Ernstes, daß Liquidität aus den laufenden Beiträgen der Rentenversicherung ausgezahlt wird? Die Vertragspartner bei einem Arbeitsvertrag sind der Geschäftsführer einer Firma und der Herausgeber der Obligation (Sie sind nicht zeichnungsberechtigt). Also kann der tatsächliche Begünstigte dieser Obligation seine Ansprüche jederzeit geltend machen. Und der sog. Arbeitgeber wird sich hüten, sich der Pfändung z.B. des Zolls zu widersetzen. Hmmm. Warum eigentlich der Zoll. Import/ Export? Ist denn das lebende Wesen ein Teil der Obligationsverwaltung, die sich Staat nennt? >> dafür gibt es keine Lösung, außer im Ausland zu arbeiten. Bitte überlegen Sie und gehen Sie kein unnötiges Risiko ein. Das sind Sie Ihrer Familie schuldig.

3. Wohnung und Immobilie:
Sie ahnen es schon... Wer hat denn das Rechtsgeschäft abgeschlossen? Was mußten Sie beim Notar und der Bank vorzeigen? Genau. Und das ist wieder der Trick. Und auf wen läuft alles? Auf eine juristisch unbestimmte Person, da man ja von vorneherein den Vertragsbruch vorbereitet. Denn an diesem Vertragsbruch ist Geld zu verdienen. Nicht mit operativem Geschäft. Dieses Märchen glaubt doch ohnehin kaum noch jemand. Es ist Sun-Tzu. Die Kunst des Krieges. Perfektioniert mittels unwissenden Erfüllungsgehilfen, die absolut davon überzeugt wurden rechtens zu handeln. Das System wäre genial, wenn es nicht so pervers wäre. Sie haben bei einer ZV (Zwangsvorversteigerung) keine Chance. Das Amtsgericht befindet sich in der Position der beauftragten faktischen Geschäftsleitung und darf mit Ihrer Immobilie machen was es will. Sie haben nur die Möglichkeit die Kosten einer Zwangsversteigerung ins Unendliche zu treiben oder eine Drittpartei zu finden, die das Haus dort rauskauft. Aber es gibt eine Lösung. Freunde von mir arbeiten daran. >> prinzipielle Lösung. Kaufen Sie die Immobilie grundsätzlich niemals selbst. Besorgen Sie sich eine ausländische Person, die die Immobilie für Sie erwirbt. Das ist viel einfacher als Sie denken.

Ein Verein? In der Bundesrepublik registriert? Wer auf diesen Unsinn gekommen ist ohne ich. Wer ist der Inhaber des Vereins? Wer hat die tatsächliche Kontrolle (Geschäftsleitung)? Kennen Sie den Straftatbestand der Steuerumgehung? Diese Konstruktion ist mit einem Handstreich, wenn die Obligationsverwaltung GERMANY dies wünscht, aufgelöst. Vom Finanzamt, vom Landratsamt usw.

4.

Kinder:

Die Obligation Kind gehört der Obligationsverwaltung, die sich Staat nennt. Damit ist eigentlich alles gesagt. Diese Obligation ist pfändbar, wenn die Hauptverwaltung den Eindruck hat, daß sich die Unterverwaltung der Obligation gegen die wirtschaftlichen Interessen der Hauptverwaltung richtet, dann entzieht man der Unterverwaltung – auch mal gerne mit Waffengewalt – die Unterverwaltung. Sie denken das ist pervers? Es ist inzwischen üblich geworden, Wohnungen von sog. Reichsbürgern zu stürmen und die Kinder unter Waffengewalt mitzunehmen. Bitte daran denken. Es geht nur ums Geld. Dass die ausführenden Polizisten davon nichts wissen, ist für dieses Faktum unwichtig. Und wenn sich der Polizist wehrt, na dann ist er halt auch ein Reichsbürger und/oder Sympathisant. Dienstunfähig und wird zum internen Mobbing freigegeben. Im Angloamerikanischen heißt es sogar im Hochzeitsvertrag: „The product of this union belongs to the state“. (Das Produkt dieser Union gehört dem Staat). Der Kreissaal heißt im Englischen „delivery room“ also Anlieferungsraum. Die Geburtsurkunde nennt man „certificate of birth“ also Zertifikat einer Geburt. Eine Versicherung also, für die der Nutzer (das Baby) in die Haftung genommen wird. >> Lösung ist äußerst schwierig. Ich kenne Leute, die den verlängerten Eigentumsvorbehalt auf Ihre Leibesfrucht geltend gemacht haben. Denn da man aus der Fiktion nicht auf Leben zugreifen darf (in der Theorie wenigstens), geht man auf die Plazenta als Sicherheit. Ich möchte das nicht weiter ausführen wenn Sie erlauben.

Da wird es einem richtig schlecht dabei. Wir sind, wenn ich Ihre Worte richtig interpretiere, diesem System hilflos ausgeliefert? Nicht ganz. Jeder für sich ja. Das ist der Grund, warum Sie uns untereinander mit solchen Aktionen wie z.B. „gelber Schein“ zersplittern und separieren. Man schafft Fraktionen und schafft künstliche Unterschiede. Man spaltet. Das Prinzip „teile und herrsche“.

Also: Ich als Gläubiger und Finanzier dieses Systems gebe eine Person heraus, die zufällig so heißt wie die Personen in den juristisch unbestimmten Einladungen der Verwaltung und dann melde ich diese im Einreiseregister der USA an. Das ist mal ein spannendes Geschäftsmodell ... des CIA. Ob die HOMELAND SECURITY auch eine Provision bekommt?

Auf jeden Fall haben Sie schon mal im Vorfeld Ihre Haftungsbereitschaft für diese, selbst herausgegebene Person, die nicht geschäftsfähig aber rechtsfähig ist, geschaffen. Diese Person ist auch nicht prozessfähig, da sie kein Gate zum Kollateralkonto darstellt. Bitte nutzen Sie den logischen Verstand. Das System ist im Prinzip logisch aufgebaut.

Sie müssen immer die Augen aufhalten und von Beginn jedes Prozesses an intervenieren. Und zwar juristisch korrekt. Mit jedem, der juristisch korrekt arbeitet, wird die Obligationsverwaltung GERMANY ins Faustrecht gezwungen. Und damit das Gewissen der instrumentalisierten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes mehr und mehr strapaziert.

Das Wichtigste in einem Prozess ist die Eröffnung des Prozesses. Die erfolgt i.d.R. mit einem Anschreiben. Und dies ist i.d.R. juristisch unbestimmt. Das Gericht kann, wie schon mehrfach ausgeführt, weder die natürliche noch die juristische Person anschreiben. Also wird eine

juristisch unbestimmte Person angeschrieben und die Adressaten dieses Schreibens erhoffen sich eine Einlassung ... z.B. durch die Diskutierfreudigen unter dieser Leserschaft.

Sobald Sie über die Inhalte anfangen zu diskutieren (wie z.B. die Unterschrift) haben Sie bereits verloren. Sie lassen sich ein. Dabei sind Sie doch gar nicht gemeint...

D.h. Ihr erstes Schreiben sollte ausschließlich klären, wer angeschrieben wurde. Sonst nichts. Denn wenn Sie nicht gemeint wurden, dann brauchen Sie sich doch auch nicht zu äußern, oder. Wir mischen uns doch nicht in die Angelegenheiten anderer ein, oder? Dieser Brief ist maximal ein Dreizeiler. Das reicht. Und vergessen Sie nicht eine Frist für eine Antwort zu setzen. Übrigens. Sie werden keine Antwort erhalten.

Vergeben Sie beim nächsten Schreiben einfach ein eigenes Aktenzeichen. Wenn Ihnen die sog. Behörde dann antwortet und Ihr Aktenzeichen nicht verwendet, dann sollten Sie den Brief (auch wenn er gelb ist) zurücksenden. Mit einem Begleitschreiben, daß hier offensichtlich ein Irrtum vorliegt, denn die Person im Adressfenster ist an dieser Adresse nicht bekannt und der Brief kann wegen fehlendem eigenen Aktenzeichen nicht zweifelsfrei zugeordnet werden. Bitte unbedingt immer den Umschlag an drei Seiten geöffnet zurücksenden. Das Einbehalten des Briefumschlages impliziert Vertragsannahme.

Und das nützt etwas? Uns ist auch bekannt geworden, dass gelbe Briefe von der Post im Vorgarten an einen Baum geheftet und als zugestellt bezeichnet wurden. Oder, in den Briefkasten eines nicht mehr bewohnten Hauses geworfen wurde, obwohl der Besitzer in Deutschland abgemeldet war und hier nicht mehr wohnte, er wohnte seit Jahren schon im Ausland. Trotzdem wurde durch die Justiz ein enormer Vermögens Schaden angerichtet, weil die Justiz einfach behauptete der Brief wurde ordentlich zugestellt. Die Rechtsanwälte (Insolvenzverwalter) spielen da mit und sahen dabei kräftig ab. Unsere Recherchen belegen solche irrsinnige „Vorgehensweisen“ zu Hauf..

Zumindest kommt der Vertragsanbietende ins Schleudern. Die Vertreter der faktischen Geschäftsleitung werden alles versuchen, Sie in eine Einlassung zu bringen. Sie dürfen auf keinen Fall widersprechen. Machen Sie prinzipiell eine Zurückweisung. Das ist enorm wichtig, denn widersprechen ist einlassen.

Das wird dann gerne mal durch die vertragsanbietende Partei korrigiert, indem aus einer Zurückweisung ein Widerspruch/Einspruch/Erinnerung gemacht wird. Die brauchen Ihre Schreiben. Denn nur so können die, unter Ihrer Haftung, überhaupt an dem Fall weiterarbeiten. Ohne Ihre Haftungszusage gibt es kein Verfahren. Bleiben Sie bei der versuchten Interpretation hartnäckig. Es war eine Zurückweisung, kein Widerspruch. Bestehen Sie darauf.

Aber dann ziehen die doch einfach ihren Stiefel durch. Das haben wir oft genug bei unseren Recherchen erlebt. Einer der Hauptfehler, den die meisten machen, ist das Pulver gleich im ersten Brief komplett zu verschießen. Da werden dann 10-20 Seitige Briefe geschrieben und es bleibt nichts übrig für die zweite und dritte Runde. Es sind Geschäftsverhandlungen. Die Gegenseite ist pleite und braucht Geld ... und zwar von Ihnen. Das wird nicht so offen gehandhabt. Vielleicht ist es den insolventen faktischen Geschäftsführern peinlich ständig wegen Geld nachzufragen. Deshalb diese Trickserei.

Sobald die dann eine „Verhandlung“ ansetzen, ist ein Konto angelegt. Sie fragen nun als nächstes nach einer Konteneröffnungsbestätigung auf die Sie einen Renditeanspruch haben. Die

Bestätigung ist das IRS-Formular f1099-oid. Und Sie fragen an, ob das Formular f1040 bereits eingereicht wurde.

Und lassen Sie sich nicht abwimmeln. Weisen Sie auf den Verdacht der Geldwäsche und des Steuerbetruges durch die anschreibende Behörde hin. Wenn Sie die Korrespondenz gleich in Englisch machen, dann können Sie auch eine formlose Steuerbetrugs-Verdachtsmeldung (suspected tax violation) an die IRS schicken. Die Adressen finden Sie im Internet. Suchen Sie sich einfach einen CFO oder DCFO dieser Organisation heraus und schreiben Sie diesen direkt an. Wenn sich Ihr Verdacht bestätigt, dann sind exorbitant hohe Strafen an die vertrags anbietende Partei fällig.

Und dann kommt es doch zur Verhandlung. Ja, aber das machen wir das nächste Mal. Es wird zu viel heute. Wir zeichnen dann auf, wie man sich vor Gericht richtig verhalten sollte.

Teil16 – „Die Zugänglichkeit zur Gerechtigkeit“: So steht es am UN Gebäude in den USA. Wir gehen jetzt bis an die oberste Etagen der Macht. Die derzeitige [Bundesregierung](#) ist die unehrenhafteste seit der Gründung der BRD, heute Germany, weil Deutschland betreibt „Weiße Folter“, so sieht es die internationale Gemeinschaft, dass sagt auch die UN. Auf einige Anfragen aus Österreich überlegen wir gerade ob wir auch die Situation in Österreich offenlegen, weil Deutschland und Österreich immer noch eng verwurzelt sind. Geheimdienste erwarten Bürgerkrieg in Deutschland. Die UN hat festgestellt, dass ein Bürgerkrieg in Deutschland bereits schon versichert wurde. Für das Alliiertenrecht und Aufsichtspflicht ist die [Generalstaatsanwaltschaft](#) in Düsseldorf zuständig. Die Sterne auf der Uniform von Justiz und Polizeibeamten bedeutet militärischer Grad. Haben sich die Sterneträger schon einmal gefragt wer ihr wirklicher Arbeitgeber ist und warum sie militärisch sind? Das Volk ist es definitiv nicht! Wie der Staat und die [Finanzämter](#) das Volk betrügen. **Deutsche Rentenlüge:** Die gefährliche Rentenillusion, wie der Staat uns unserer [Rente](#) beraubt. Lohnplünderung, Enteignung, Folter und Rentendiebstahl ist ein Verbrechen. Die Verursacher müssen international angeklagt werden, so sieht es auch die UN.



Die Welt muss es unbedingt erfahren: Wie wird man ungestraft im Amt zum [Mittäter](#)? Nur weil Obama zu Merkel sagte „Du brauchst unbedingt noch vor Weihnachten einen Terroranschlag?“ Deshalb hat die CDU, FDP Justiz, Rapp, Grewe, Dörr, Boger, Mönig, Stürmer, Wolf, Strobl, den Mörder [Amri](#), auf Anweisung des BND, (Verfassungsschutz) bewusst aus der JVA [Ravensburg](#) entlassen? Der dann in Berlin 12 Menschen töten durfte? Das lässt die Verantwortlichen in Ravensburg und in Stuttgart bis heute KALT, sie haben kein Gewissen, keine Moral, sind ohne Skrupel, sie sitzen weiterhin FETT im CDU Sattel, weil Menschenleben sind in Deutschland und in [Ravensburg](#) nichts Wert. Jetzt soll es der befangene MdB, FDP Jurist und ehemaliger [Heinzl](#) Anwalt B. [Strasser](#), ein CDU, FDP Protektionskind aus Ravensburg im Berliner Untersuchungsausschuss aufklären? Wo bleibt die politische Unabhängigkeit, die Neutralität? Ein MdB Richter vom Landgericht RV, Axel [Müller](#) CDU, eine Grüne [Brugger](#), schon wieder ein CDU, FDP, Grüner Klüngel aus Ravensburg im Bundestag. Die UN und die internationale Gemeinschaft machen bei diesem Vertuschungsspiel gottseidank nicht mit und reagieren mit internationalen Klagen gegen Deutschland.



Es wird bei der IBA derzeit eine Ethikkommission gegründet, sogar mit einer Sonderabteilung für Ravensburg. Die Formulare und die Anklageschriften gegen Deutschland wurden in England bereits ausgefüllt und Ravensburg ist gottseidank mit dabei, dank der vielen Recherchen durch die RRRedaktion. Auch das Finanzamt Ravensburg (Widmaier/Rummel, Heck und andere), die Staatsanwaltschaft (Boger-Spieler, Wizemann, Pfuhl, Diehl und andere), die Richter (Grewe, Dörr, Schall, Raquet, Scharpf, Hidde, Haber, Warbinek, Schute, (Jakob) und andere) sowie weitere aus den bundesweiten Behörden bekommen endlich internationalen Druck, Forderungen in Millionenhöhe. Es ist Zeit den Menschen noch einmal zu erklären wie das System BANK, Justiz und Finanzamt in Deutschland arbeitet. Die Gewinne aus der Nutzung der Werte der Menschheit gehören eigentlich allen Menschen, unabhängig von dem Ort an dem sie wohnen. Ich rege sogar an, alle Menschen an allen Gewinnen zu beteiligen. Die individuelle Kollateralverwaltung ist faktisch ein Verwaltungsaufwand der betriebswirtschaftlich inakzeptabel geworden ist und in einer zivilisierten, entwickelten Kultur sollten alle Völker zusammen in eine Welt investieren, so die UN. Das Interview¹⁶ wurde im O-Ton am 07.03.2018 aufgezeichnet.

Guten Tag. Danke daß wir uns heute wieder treffen konnten. Es gab sehr viele Rückfragen bezüglich des letzten Interviews. Ich hatte die Rückfragen an den UN Kontakt weitergeleitet, der diese an Sie weiterleiten sollte.

Danke. Aber bevor wir das 16. Interview beginnen, vorab etwas sehr wichtiges an die Leser der RRRedaktion, was mir immer noch sehr am Herzen liegt: Ich habe im Interview 11 bereits darauf hingewiesen und möchte es an dieser Stelle wiederholen. Der Redakteur Roland Regolien, RRRedaktion, ist ein sehr mutiger Mann, der mit beiden Beinen in der Öffentlichkeit steht, er ist eine international, hoch angesehene Persönlichkeit der Öffentlichkeit und überall ein gern gesehener Gast. Wie wir erfahren haben, wird er in Ravensburg immer wieder mal durch die CDU, Grüne Justiz Politik attackiert, er aber trotzdem nicht aufhört uns mit wahrhaftigem und engagiertem Journalismus zu versorgen. Trotz seines 20 Stunden Tages, arbeitet er z.T., ungeachtet seiner gesundheitlichen Probleme, ab und an 60 Stunden am Stück, unternimmt weite Reisen für seine Recherchen, für seine Leser und finanziert seine Arbeit durch Spenden, Sponsoren. Nur so kann er unvoreingenommen, unabhängig arbeiten. Ich ziehe meinen Hut vor ihm. Denn er hat sich bis heute nicht kaufen lassen wie viele seiner Kollegen. Und dies verdient unser aller Respekt ... auch honorieren genannt. Von daher kommt auch der Begriff Honorar. Man ehrt den Lieferanten mit einer Ausgleichsleistung für etwas was man geliefert bekommt. Damit die Interviewserie fortgesetzt werden kann, bitte ich die Leser erneut um Spenden für die RRRedaktion, so daß dieser auch weiterhin seiner investigativen, aufklärenden Tätigkeit gewissenhaft nachkommen kann. Die Informationen der Interviews waren von mir alle kostenlos und hoffentlich nicht umsonst. Ungeachtet dessen sind sich die Meisten der Leser sicherlich bewußt, daß diese Informationen, die ich sehr freudig dem breiten Publikum geschenkt, zur Verfügung gestellt habe, einen Wert besitzen. Diesen bitte ich gegenüber der RRRedaktion auszugleichen. Schon jetzt DANKE ich allen mit Achtung und Respekt, die die Arbeit von Roland Regolien auch mit honorieren und dies ungeachtet der Summe, ab 5 Euro monatlich wären Sie regelmäßig mit dabei oder siehe seinen Spenden [Button](#).... Denn es geht hier um die Geste. Danke!

Vielen Dank für diesen freundlichen Hinweis, aber jetzt zum Thema: Ja, die vielen Rückfragen sind bei mir eingegangen. Und vielleicht können wir am Ende des Interviews oder auch im Verlauf des Interviews darauf eingehen. Also zwei Fragen kann ich gleich

beantworten: Das Formular für Banken aus dem vorherigen Interview (15) mit dem (F) vor der Zahl hat nichts zu bedeuten, es ist nur zur Kennzeichnung, dass (F) bedeutet nicht Landwirtschaft. Dieses Interview ist kein FAKE. Man versucht seit Wochen, sogar über geheimdienstliche Quellen herauszufinden, wer hinter dem Interview steckt. Selbst der Chef vom Geheimdienst ist zwischenzeitlich darüber amüsiert. Man kennt mich gut und man weiß, daß ich keine bösen Absichten verfolge. Selbstverständlich wird der Eine oder Andere dieses Wissen anwenden und sich selbst – und hoffentlich auch den vielen Parasiten dieses Systems – etwas Kopfschmerzen bereiten.

Werte Leser: Sie dürfen nicht denken, daß Sie ein paar kluge Briefe schreiben und dann gleich Ihre Ruhe haben. Einige meiner Hochfinanz-Kollegen diskutieren nicht mehr. Die bezahlen die Bußgelder einfach und machen sofort eine Meldung wegen des Verdachts von Steuerbetrug, da sie genau wissen, daß die Liquidität gestohlen wird. Das führt dazu, daß irgendwann einfach eine Sperre für diesen Namen existiert. Denn das ist leichter, als die „kneed to know basis“ aufzuheben. **Unsere Recherchen belegen, sogar die Staatsanwaltschaft Ravensburg betreibt Steuerbetrug, die Justiz, die OFD und einige Finanzämter unterstützen sie dabei, sie decken sogar Millionenbetrüger.**

Ja, sie haben prinzipiell eine unwissende, vorschriftenblockierte Masse an Borniertheit vor sich, die mit absoluter Überzeugung dafür eintritt: „Sie leben hier angeblich in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat“. Irgendwelche Unstimmigkeiten oder Irritationen sind spätestens nach dem Genuß von RTL DSDS, Dschungelcamp, ZDF Böhmermann oder ähnlicher Ablenkung der öffentlichen Medien beseitigt.

Eine der Fragen habe ich auch gleich im Kopf: Da hat jemand seine Bank angeschrieben und nach den Steuerformularen gefragt. Mal ernsthaft. Denken Sie wirklich daß, falls er es überhaupt wußte, Ihnen wahrheitsgemäß geantwortet hätte? Also ich selbst habe inzwischen nicht nur diese Formulare gesehen. Diese wurden mir auch von mehreren internationalen Banken „indirekt“ sehr verhalten bestätigt.

Das Steuerformularthema ist ein nicht ungefährliches Thema. Banken und deren Mitarbeiter reagieren, wenn sie überhaupt wissen worum es geht, sehr empfindlich auf diese Fragen. Denn die Frage nach den Steuerformularen geht an deren Achillesferse. Ich hatte schon gewarnt, tue es aber noch einmal. Wenn Sie nach den Steuerformularen fragen, dann laufen Sie Gefahr, daß Ihnen die Bank alle Konten kündigt und fällig stellt. Dies sollten Sie bedenken. Ich gehe heute aber ein klein wenig detaillierter auf diese Formulare ein. Es ist Zeit den Menschen zu erklären wie das System BANK arbeitet.

Das ist mit Sicherheit ein wichtiges Thema aber da gab es noch die Rückmeldung wegen der USA Zuständigkeit der IRS. Ich sehe schon wir müssen ein paar Fragen vorab klären. Also fangen wir an:

Alle Firmen, die sich Staaten nennen, müssen in Delaware gemeldet sein. Deshalb gibt es dort Hochhäuser, die rundherum mit Briefkästen bedeckt sind. Das hat nichts mit dem Firmensitz zu tun. Dieser ist z.B. bei der Russischen Föderation in Moskau und bei der Republik Polen ist es die Wall Street 14 (Insider wissen, daß das die Adresse der Börse ist). Somit sind alle Firmen, die sich Staaten nennen, in der USA registriert. Ob diese nun dort ihre Geschäfte abwickeln oder nicht ist sekundär. Man könnte in belustigender Weise auch von eine Weltbriefkastenfirma sprechen.

Da fast alle (außer GERMANY) an den US-Amerikanischen Börsen gehandelt werden, macht das auch noch Sinn. Deshalb müssen alle auch die US-Amerikanische Bilanzierungsvorschrift GAAP sowie die Vorschrift SOX, die die Dokumentation von bilanzverlängernden bzw. bilanzverkürzenden Maßnahmen regelt, einhalten. Alle diese Unternehmen gründen Sub-Unternehmen. Das sind juristische Personen. Und was ist die Tochter eines US-Unternehmens? Eine US-Firma, oder nicht?

Ist aber nicht der wesentliche Faktor. Das Department of the Treasury befindet sich in Washington D.C. . Die Bewohner dieses sog. Bundesstaates müssen zwar Steuern "bezahlen", aber sie haben kein Wahlrecht für die US-Regierung. Wer weiß das schon. Das Department of the Treasury hat zwar die weltweite Verwaltung aller Kollaterale unter sich. Die Kollaterale sind aber regional (geschichtlich bedingt) in Treuhandverwaltungsgebiete unterteilt. Diese Gebiete sind z.T. uralt.

Z.B. enthält das Gebiet, das die Firma USA verwaltet, drei Treuhandverwaltungen mit dem entsprechenden Treuhandvermögen. In Europa bestehen hunderte von Treuhandgebieten, die alle vom Department of the Treasury zentral verwaltet und koordiniert werden. Also ist es möglich, daß eine Firma, die sich Staat nennt, ein Verwaltungsgebiet bekommt, in dem sich mehrere Treuhandverwaltungen befinden.

Es gibt da sogar eine Abhandlung über Hjalmar Schacht (ein Mann jüdischen Glaubens und sehr enger Finanzberater von Adolf Hitler) und Rudolf Hess, die in den 30er Jahren in jahrelanger Arbeit ein sehr komplexes Treuhandsystem in Zentraleuropa konstruiert haben. So komplex, daß man Rudolf Hess – nach dem Tod von Hjalmar Schacht – nicht einfach töten konnte. Denn dieser Mann hatte die Zeichnungsberechtigung für diese Treuhandunternehmen. Das ist ein sehr komplexes Thema, welches ich nicht weiter ausführen möchte.

Es bringt uns auch vom Thema ab. Das nur zusätzlich. Die einer bestimmten regionalen Treuhandverwaltung zugeordneten Kollateralwerte dürfen besitztechnisch bzw. verwaltungstechnisch nicht verlagert werden. Diesen Vorgang würde man Plünderung nennen, denn das wäre ein Zugriff der Fiktion auf substantielle Werte. Dies erklärt auch die Formulierungen im SHAEF Nr. 52. Es muß alles „genehmigt“ werden. Denn die Verantwortung für solche Transfers haben in Zentraleuropa die Alliierten Besatzer. Diese Alliierten Besatzer sind verantwortlich für die Einhaltung aller internationaler Verträge, Abkommen und Konventionen.

Die regionalen Treuhandverwaltungen sind die eigentlichen Auftragnehmer der lebenden Menschen. Und diese regionalen Treuhandverwaltungen sind die tatsächlichen Vertragsparteien der lebenden Menschen. Nicht das Department of the Treasury. Die Verträge mit den regionalen Treuhandverwaltungen sind generationsübergreifend und bestehen z.T. sind vielen hunderten von Jahren. Und ab und zu gelingt es, den einen oder anderen Adligen mit mehr oder weniger „Überzeugungsarbeit“ dazu zu bringen, auf die Gewinne seiner Verwaltungstätigkeit gegen eine einmalige Abfindung zu verzichten. Das nennt man dann: Den Adel ausbezahlen. Es geht nur um die Renditen aus der Verwaltung. Nie um die Eigentumsfrage.

Das alles ergibt ein logisches Bild. Das erklärt auch viele Verträge mit dem Hochadel. Es ist alles logisch, wenn wir uns klar machen wer wir sind, welche Rechte wir haben und wie wir diese wahrnehmen können. Deshalb ist die Diskussion über Staatsangehörigkeiten einfach nur eine Gehirnwäsche. Es geht um die Werte unserer Vorfahren, die zentral verwaltet werden ... in unserem Auftrag. Das Department of the Treasury vergibt dann die regionalen Kollateral-

Unterverwaltungsrechte über die Gebiete, deren Grenzen die UN garantiert. Denn die bestehenden alten Treuhand-Verwaltungsgebiete haben mit den UN-garantierten Grenzen nichts zu tun. Das beste Beispiel dafür ist Afrika. Dort gibt es zwar alte Dynastien. Diese wurden aber z.T. gezielt ausgerottet. Dann wurden mit einem Lineal willkürlich Grenzen gezogen, um als Ablenkung die Bürgerkriege zu schaffen, die ein unauffälliges Plündern der Bodenschätze Afrikas durch die ach so besorgte Erste Welt ermöglichten. Und das ist das, was gerade in Zentraleuropa geschieht. **Wir machen gerade eine Serie über [Gambia](#) dort spürt man den negativen Einfluß der westlichen Mächte, vor allem durch Deutschland.** Ja das habe ich gehört, und die Menschen in Deutschland diskutieren über die Groko... Es ist grotesk, daß zwei nicht gewählte Parteien sich nun die Macht teilen wollen. Aber bleiben wir beim Thema. Politik ist nur eine „Punch and Judy show“.

Was ist denn das? Ein Kasperletheater (in Englisch) mit meiner Meinung nach sehr unglaubwürdigen Schauspielern. Es wird nun leider sehr komplex und ich muß die werten Leser bitten den nächsten Abschnitt durchaus mehrfach zu lesen.

Wenn also nun das Kartellgebiet durch die UN vergeben, also lizenziert, wurde, muß nun auch die Nutzung der Kollaterale in dieser Region lizenziert werden. Dies erfolgt durch das Department of the Treasury. Die Lizenzierung ist gebührenpflichtig. 90% der Gewinne, die unter der Verwaltung der Firmen, die sich Staaten nennen, erwirtschaftet werden, gehören den Stiftern. Den lebenden Menschen. 10% der Gewinne gehören der Verwaltungsfirma wie z.B. GERMANY. Und davon sind 4% an das Department of the Treasury abzuführen. Das ist die Theorie. Die Praxis sieht definitiv anders aus.

Die dafür zuständige Steuerbehörde ist die IRS, die sich immer einen Zugriff auf alle Konten der Firmen, die sich Staaten nennen, vorbehält. Die IRS ist übrigens seit vielen Jahrzehnten eine Aktiengesellschaft. Wissen Sie nun warum eine Gewerbeanmeldung in Delaware zwingend erforderlich ist, um eine Verwaltungslizenz vom Department of the Treasury zu erwerben? Deshalb haben Sie alle das Recht, die internationale Steuerbehörde, die übrigens in jeder Firma, die sich Staat nennt eine regionale Vertretung hat, Steuermeldungen abzugeben. Und diese werden definitiv bearbeitet.

Aber diese Formulare sind kein Rache-Instrument, sondern ein Instrument, mit dem wir alle, unabhängig wo wir in dieser Welt leben, die Herausgeber von juristischen Personen disziplinieren können. Leider werden diese Instrumente als Racheinstrumente mißbraucht. Das war nicht das Ziel dieser Instrumente. So ist das eben mit der vom System erzeugten Ohnmacht. Die Gewinne aus der Nutzung der Werte der Menschheit gehören eigentlich allen Menschen unabhängig von dem Ort an dem sie wohnen. Ich rege sogar an, alle Menschen an allen Gewinnen zu beteiligen. Die individuelle Kollateralverwaltung ist faktisch ein Verwaltungsaufwand der betriebswirtschaftlich inakzeptabel geworden ist und in einer entwickelten Kultur sollten alle Völker zusammen in eine Welt investieren.

Das sind sehr ehrenvolle Gedanken, aber es ist doch so, daß gerade hier in Europa sehr viel Wertschöpfungen erzeugt werden. In anderen Teilen dieser Welt kaum. Wenn Sie über keine Liquidität verfügen, dann sind Sie auch nicht in der Lage Werte zu schaffen. Es ist nicht nur eine Mentalitätsfrage. Außerdem müsste ich die provokante Frage stellen, wer bewertet was etwas wert ist. Es geht die unglaubliche Bewertung der sog. „Nur-Esser“ in bestimmten Kreisen um. Ich distanziere mich eindeutig, nicht nur wegen meines Glaubens, von solchen schöpfungsverachtenden Gedanken. In meinem Umfeld gibt es sehr viele hochintelligente lebende Wesen, die eine andere Hautfarbe haben und einem anderen Kulturkreis entstammen. Und ich habe höchsten Respekt vor dem was diese Menschen in ihrer

Heimat leisten. Und ich habe selbst erlebt, was Menschen mit geringfügigster Liquiditätsversorgung in ihren Heimatländern auf die Beine gestellt haben. Und ich durfte erleben, was Menschen in der ersten Welt mit einem Maximum an Liquidität nicht erreicht haben. Und wir sprechen hier nicht von reinen materiellen Leistungen. Lassen Sie uns weitermachen. Dieses Thema geht mir immer sehr nahe.

Selbstverständlich. Was bedeutet es daß uns alle Gewinne gehören? Damit das System arbeiten kann, muß ein versicherter Zugang geschaffen werden, über den jeder Stifter auf das fiktive System versichert zugreifen kann. Die Person. Die Person ist ein Abrechnungskonto. Eine Obligation, über die abgerechnet werden kann. Das ist alles absolut sauber und korrekt. GERMAN hat, wie alle anderen Firmen auch, eine Lizenz zur Herausgabe von juristischen Personen (Subunternehmen). Jeder Stifter des Systems (also alle Menschen) haben einen Rechtsanspruch auf den Zugang zu ihren Werten und deren Nutzung ... regional über die juristische Person. Und da die juristische Person bereits bei Gründung insolvent ist, diese hat also keine Werte auf die sie zurückgreifen kann, sind wir als wohlgesonnene Gläubiger verpflichtet, die Haftung für diese Obligation zu übernehmen. Dazu nutzen wir unsere natürliche Person für die wir die uneingeschränkte Verfügungsberechtigung haben. Diese ist unbegrenzt kreditwürdig und damit auch prozessfähig. Mit diesen beiden Instrumenten könnten wir nun unsere Tätigkeit im System abrechnen (Einkommensteuererklärung) und unsere Renditen wieder in das System zurückbuchen (Akzeptanz). Für 99% aller unserer Geschäftstätigkeiten wäre keine Liquidität erforderlich. Nur unsere sehr wertvolle Unterschrift als alleinige Verfügungsberechtigte über die natürliche Person.

Das ist kaum vorstellbar. Jeder arbeitet von morgens bis abends und hat immer weniger Geld zur Verfügung. Das ist so beabsichtigt. Wer von morgens bis abends arbeitet, hat keine Zeit zum Nachdenken. Freunde von mir haben mal ausgerechnet, daß jeder lebende Mensch maximal vier Stunde die Woche arbeiten müßte, ohne daß wir auch nur ansatzweise auf unseren „Luxus“ verzichten müßten.

Wir produzieren minderwertige Ware um Gewinne zu steigern. Wir produzieren viel zu viel – für den Mülleimer und verursachen damit auch noch Kosten. Wir produzieren um des Produzierens willen, damit niemand nachdenkt.

Lassen Sie mich die Perversion an einem Beispiel erklären: Also stellen Sie sich vor, Sie haben ein Auto. Sie geben dieses Auto einem Freund, der damit einen Taxidienst anbietet. Und dieser Freund ist sehr erfolgreich damit. Und er schickt Ihnen jeden Monat die Rechnung für den Treibstoff, die Versicherung, die Steuern und eventuell auch noch irgendwelche Straßenbenutzungsgebühren. Zusätzlich erhalten Sie auch noch die regelmäßigen Wartungskosten und die Reparaturkosten in Rechnung gestellt.

Damit das Ganze etwas einfacher wird, berechnet Ihr Freund eine Monatspauschale, die er sich jeden Monat von Ihrem Konto holt ... per SEPA-Lastschriftverfahren. Die Gewinne, die er erwirtschaftet, stellt er dann Ihrer Frau in Rechnung. Immerhin kann er Ihnen doch nicht auch noch die Gewinne berechnen. Damit Sie und Ihre Frau sich das leisten können arbeiten Sie Tag und Nacht. Nun bitten Sie ihn, daß er Sie zur Arbeit fährt, weil das Auto, das Sie selbst benutzen, kaputt ist. Und er nimmt dafür Geld. Nicht für das Fahren, sondern für die Autonutzung. Merken Sie was? Erkennen Sie die Parallelen? Das ist abstruß denken Sie? Das ist die Realität!

Der Strom wird in Ihren Kraftwerken produziert.
Dann wird der Strom über Ihre Stromnetze transportiert.

Sie müssen für die Herstellung und Instandhaltung die Gebühren bezahlen.
Sie müssen für den Transport bezahlen.
Und Sie müssen für die Gewinne aller beteiligten Unternehmen aufkommen.

Bitte denken Sie daran. Nur weil irgendjemand Liquidität bereitgestellt hat und sich damit einen Anteil der Gewinne erworben hat (den sog. Shareholder Value) gehört ihm das Unternehmen noch lange nicht. Diesen Vorgang nennt man Privatisierung. Das ist eines der vielen dummen Verschleierungsvorgänge in der Fiktion. Das Unternehmen, das den Strom produziert befindet sich unter Verwaltung der Treuhand und ist im Besitz der Treugeber dieser Treuhandregion. Gleiches gilt für die Stromnetze.

Die Menschen, deren Werte genutzt werden hätten einen Anspruch auf diese Gewinne. Diese werden aber verkauft. Das ist Privatisierung.

Und damit die Gaunerei nicht auffällt, macht man mal kurzerhand den Fiktionstrick...

Die Person wird zum Leistungsschuldner der Stromlieferanten. Also der Mensch ist der Leistungsgläubiger und die Person der Leistungsschuldner (Aktiva/Passiva). Da diese Leistung aber über die Obligation Person abgerechnet wird, werden uns Haftungen (= Schulden) angeboten. Und diese versucht man in Form von Liquidität einzutreiben. Das ist eine Möglichkeit. Wenn wir nun also diese Leistung, die andere erbracht haben, per Liquidität ausgleichen würden, so müßte diese Liquidität an das Department of the Treasury geschickt werden. Diese buchen die Liquidität unserem Kollateralkonto zu.

Kurze Erinnerung: Liquidität entsteht, indem unser Kollateralanspruch (Liquidität zweiten Grades = Anlagevermögen) von der Aktiva-Seite der natürlichen Person auf die Passiva-Seite (Haftungszusage = Sicherungsübereignung) der Bank gebucht wird. Daraufhin kann die Bank auf Ihrer Aktiva-Seite Liquidität in Form von Giralgeld generieren. Diese Liquidität wird dann ausgezahlt. Diesen Vorgang nennt man Kreditantrag. Frage: Wem gehört die Liquidität? Wer stellt die Sicherheiten für Liquidität? Und wenn ich also Liquidität = Kollateralanspruch zum Ausgleich meiner Inanspruchnahme des Systems nutze (z.B. Strom), dann bezahle ich doch mit Kollateralanspruch, oder?

Machen wir weiter. Alternativ kann ich doch auch die Entnahme von Werten aus dem Treuhandsystem bestätigen und den Konteninhaber (den sog. Stromlieferanten) bitten, das Guthaben als Mensch mit der Schuld der Person bei der BIZ zu verbuchen und sich mit diesem Vorgang die 10% Provision bei der zentralen Kollateralverwaltung zu holen. Das ist die Akzeptanz.

Und das soll funktionieren? Dann hätten die Stromanbieter doch gar kein Geld ihr Personal zu bezahlen... Das ist ja das Dilemma. Da wir angeblich für alles was wir dem System entnehmen Giralgeld liefern sollen, müssen die Stromanbieter Ihren Mitarbeitern Giralgeld geben. Und wenn nichts da ist müssen Kredite aufgenommen werden usw. Das ist der Teufelskreis, der aktuell den IWF ruinieren. Er ist für die Sicherheitenstellung bei der Währungsnutzung verantwortlich. Die Einzigen, die von diesem Vorgang profitieren sind die Banken.

Die größte Lüge in diesem System ist die Vorstellung, daß man für Systemleistungen mit Liquidität in Form von Giralgeld bezahlen muß. Sie können sich sicherlich vorstellen, daß hier noch nicht einmal ansatzweise das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Normalerweise würden also jedem lebenden Menschen zwei Zugänge zum fiktiven System reichen. Die natürliche

Person als Haftungsinstrument mit einer unbegrenzten Kreditwürdigkeit. Damit können wir jedes Rechtsgeschäft absichern. Und die im Regionalgebiet rechtsfähige und geschäftsfähige juristische Person, mit der wir unsere Geschäfte abwickeln.

Aber dann würde ja die Firma, die sich Staat nennt, bei jedem Rechtsgeschäft nur 10% abzüglich der 4% Provision an die IRS verdienen. Bei einem Umsatz von GERMANY, der tatsächlich bei mindesten 6 Billionen liegen dürfte, würden also maximal 360 Milliarden Euro liegen bleiben. Sie müssen zugeben, daß es sich definitiv für den Inhaber von GERMANY nicht lohnen würde... Verzeihen Sie den Sarkasmus. Ich konnte Gier noch nie ausstehen. Was fängt man denn auch mit zwanzig Bentleys, 30 Motorjachten und 50 bescheidenen 300 m² Häusern weltweit an?

Und es verhungern Menschen in dieser Welt. Familien wissen kaum noch wie sie über die Runden kommen sollen. Und das Wenige was bleibt wird auch noch abgezogen und von Finanzämter geplündert. Ich spüre es sogar ich am eigenen Leibe, weil Geld und Raffgier kennt keine Menschen, vor allem nicht in Ravensburg. Und um die furchtbare Diskussion die gerade in Deutschland stattfindet um die Tafeln. Es ist erschütternd das eine der reichsten Länder dieser Erde eine solche Diskussion nötig hat. Die Menschen in Deutschland sollten sich schämen für diese Diskussion. Da sind Sie nicht alleine. Es gibt vorsichtige Schätzungen, daß ca 1048 USD auf privaten offshore-Konten gebunkert werden. Das ist eine eins mit 48 Nullen. Jedes Mal wenn ich darüber nachdenke wird es mir übel. Es müßte niemand in dieser Welt hungern. Es gäbe definitiv auch keine Überbevölkerung wenn es keinen Hunger mehr gäbe. Das ist absoluter Unsinn. Studien haben das bewiesen. Es ist die Gier nach Macht und noch mehr Macht. Aber lassen Sie uns dem Leser zum Abschluß des heutigen Interviews noch ein paar Tipps geben.

Das wäre schön. Es wäre in meinem journalistischen Sinne, daß die Wahrheit ans Licht kommt, denn wir wissen ja, sie lügen wie gedruckt und wir drucken wie sie lügen. Die Wahrheit kommt ans Licht. Viele „da oben“ sind extrem nervös. Und sie haben allen Grund dazu. Falls die gierige Form der Verwaltung nicht bald beendet wird, besteht die Möglichkeit eines Bürgerkrieges. Und dieser wird nicht an den unterirdischen Schutzräumen der Super-Reichen halt machen. Dafür wurde gesorgt.

Lassen Sie mich die Tipps in Aufzählungsform geben:

- Lassen Sie sich nicht verunsichern. Man wird versuchen Ihnen mit allen Mitteln Ihre Rechte abzuspochen. Ach ja: die juristische Person (EGON MÜLLER) sowie die undefinierte Person „Herr Egon Müller“ haben keine Rechte. Deshalb sollten Sie systematisch diese Anrede zurückweisen. Das ist der jämmerliche Versuch, Ihnen eine fremde Haftung unterzuschieben.
- Jedes Mal wenn ein Konto eröffnet wird, muß das Konto bei der IRS gemeldet werden.
- Dieses Formular ist das Formular 1096. Wenn dieses bei der IRS nicht eingereicht würde, müßte von Steuerbetrug ausgegangen werden. Dieses werden Sie niemals zu Gesicht bekommen. Die Banken werden alles daran setzen das zu verhindern.
- Sie selbst haben aber einen Rechtsanspruch auf das jährlich zuzustellende Formular 1099-oid. Das ist Ihre Renditemitteilung für das Konto, für das Sie die Haftung als Sicherungsgeber übernommen haben. Sie sind die Konten gläubiger ... unter Nutzung der Obligation natürliche Person.
- Denn bei der Meldung (1096) sowie bei der Rendite-Mitteilung (1099-oid) werden Sie bzw. die natürliche Person als Konten gläubiger und die Bank als Kontenschuldner angegeben. Das

ist absolut logisch, denn Sie stellen der Bank die Sicherheiten. Somit sind sie in der Position des Versicherers/Sicherungsgebers dieses Kontos.
– Und bitte denken Sie daran: Alle Entitäten von GERMANY sind Banken bzw. Obligationsverwalter mit Unterkonten. Mehr nicht.

Wenn diese Informationen nicht gewährt werden haben Sie das Recht eine Meldung des Verdachts des Steuerbetrugs mittels 3949-A einzureichen. Sie sind dazu verpflichtet. Denn es besteht der Verdacht, daß über dieses Konto Geldwäsche und/oder Steuerbetrug betrieben wird ... unter Ihrer Haftung. Sie sind der (freiwillig) Haftende des Kontos und Sie sind der IRS gegenüber verpflichtet diese Meldung einzureichen, so daß Ihre Kollateralwerte nicht dazu verwendet werden können, um Kinderhandel, Menschenhandel, Waffenhandel und Drogenhandel abzusichern. Denn das ist es worum es geht. Selbstverständlich hat kein Mitarbeiter der unteren Ebenen bei den Banken auch nur ansatzweise eine Ahnung worum es geht. Gleiches gilt für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.

Nach meinen Erfahrungen haben dies nicht einmal die Leiter von Sparkassen und Volksbanken. Bei den Großbanken dürfen Sie absolut sicher sein. Die Wissen was los ist und werden hochgradig nervös. Sie haben gegenüber allen anderen Menschen die Pflicht dafür zu sorgen, daß Banken und Behörden korrekt arbeiten und Sie, Ihre Kollateralwerte und die Kollateralwerte Ihrer Mitmenschen nicht für kriminelle Handlungen mißbrauchen. Wenn Sie mit 100.000 € in Bar in eine Bank laufen ruft der Bankmitarbeiter sofort die Polizei wegen Geldwäscheverdacht. Wenn die Bank mal kurz 100.000 € generiert ist das normal. Oder glauben Sie wirklich, daß Banken so viele Spareinlagen haben?

Das sieht so aus, als ob wir uns nochmal sehen. Ja. Sehe ich auch so. Da ist etwas Größeres geplant, worüber ich noch nicht sprechen darf. Es geht u.a. um die illegalen Praktiken bei Zwangsversteigerungen auf deutschem Boden in deutschen Amtsgerichten. Ich gehe davon aus, daß Ich Ihnen beim nächsten Interview mehr dazu sagen kann. Eventuell erhalte ich auch die Freigabe zur Veröffentlichung dieser Papiere. Es bildet sich auch eine Front gegen den offensichtlich bestehenden Obligationsbetrug durch Nutzung einer undefinierten Obligation.

Ich sehe, das wird wieder spannend. Ich danke Ihnen für Ihre Zeit und freue mich auf das nächste Interview. Ich bin in den nächsten Tagen in Genf und treffe am Rande einen Kollegen von ihnen und eine EuGH Richterin. Schön, ich werde das nächste Mal auch alle Fragen der Leser beantworten, wir werden dazu einen extra Block machen. Es geht um die Wahrheit. Und es ist Zeit, daß die Menschen die Wahrheit erfahren und den Platz einnehmen, an den sie alle gehören > In die ethische Aufsicht eines marodierenden Systems, das immer behauptet, die Menschen könnten sich nicht selbst verwalten.

Teil17: „Liebe Mutter glaube mir wenn ich groß bin helf ich dir, dann werd ich die Arbeit tun und Du darfst im Sessel ruhn“. Mit diesem Titel könnte man ein neues Buch beginnen. Eine menschliche Wunschvorstellung in Deutschland, was nie mehr Realität werden kann, solche Werte werden durch die CDU, CSU Politik, von der Kirche und durch die Behörden den Menschen aberzogen. **Jeder Krieg begann mit einer Lüge!** Die Anmeldung von Germany (New Germany) 2005 ist im Delaware Verzeichnis nachzulesen. Die Anmeldung Bundesrepublik ist im Mitgliedsverzeichnis der UN nachzulesen. Das Gespräch fand am 21.03.2018 statt, gleichzeitig wurde die UN von den neuesten, politischen Straftaten unterrichtet, was gerade bei der Justiz, bei den Behörden in Ravensburg und anderswo in Deutschland stattfindet. Wir werden auch in Kürze die Klagen gegen Deutschland und Ravensburg vorstellen, die RRRedaktion wird als Nebenkläger beitreten, wir haben die

Klageschrift bereits gelesen. Es können dann alle Betroffenen europaweit ebenfalls als Nebenkläger beitreten.

Guten Tag und vielen Dank für die Arbeit die Sie sich für unsere Leser wieder gemacht haben. Guten Tag Roland Regolien. Ich habe angefangen mich durch die Fragen zu arbeiten, die in den letzten Monaten bei Ihnen eingegangen sind. Viele Fragen sind durch die weiteren Interviews bereits beantwortet. Viele Anfrage erstrecken sich über viele Seiten und ich mußte aus Zeitgründen kürzen. Zum besseren Verständnis habe ich die Eingaben gekürzt mit aufgeführt, da sonst die Antworten nicht nachvollziehbar gewesen wären. Manche mußte ich etwas stückeln, da die Antworten sonst zu unübersichtlich geworden wären. Ihre Leser werden ihre Fragen bestimmt finden. Die nächsten Antworten sind in Vorbereitung und werden, so wie es meine Zeit zulässt, vervollständigt und an die RRRedaktion weitergeleitet.

Ja, wir werden diese im Teil 18 veröffentlichen und mit dem Teil 19 machen wir mit dem Interview weiter. Es werden dann Details der Klage gegen Deutschland veröffentlicht, mit der Möglichkeit als Nebenkläger beizutreten, dazu gibt es ein Formular was die Betroffenen dann selbst ausfüllen können.

Wir haben die Möglichkeit für viele weitere Interviews auch mit anderen Diplomaten und hochrangigen Persönlichkeiten. Bitte ermöglichen Sie mit Ihrer Spende von 5, 10, 15, 25, 50 oder ... Euro, daß wir die Kosten für Vorbereitung, Ausrüstung, Kamerateam, Reisekosten, etc. tragen können. Ihr Beitrag ist es, der weitere Folgen von „Glaube nichts und....“ ermöglicht. Herzlichen Dank.

Zur Anfrage 1: Zunächst vielen herzlichen Dank für Ihre sehr interessante + aufschlussreiche Interview-Serie mit dem Diplomaten. Ich habe in den letzten Monaten durch Sie + andere Quellen so viel über dieses System gelernt und bekomme langsam ein größeres Bild. Da es so wichtig ist, dass die Menschen in Deutschland endlich verstehen, was hier geschieht, habe ich eine Frage: In den Interviews wurde mehrfach von einem geplanten Buch gesprochen – wann wird dieses Buch zu erwarten sein? Meine 2. Frage ist folgende: Der Diplomat hat das Dokument „Willenserklärung zum verlängertem Eigentumsvorbehalt“ zur Verfügung gestellt. Habe ich es richtig verstanden, dass diese Erklärung als privates Schreiben an die Oberfinanzverwaltung geschickt werden sollte?

Antwort: Aufgrund extremer Arbeitsüberlastung ist das Thema Buch leider etwas in Ferne gerutscht. Die RRRedaktion arbeitet aber schon daran. Allerdings weiß ich aus meinem Umfeld, daß es bereits sprachlich überarbeitete Versionen gibt. Sobald mir mehr bekannt ist, werde ich mir erlauben diese Information an die RRRedaktion weiter zu leiten. Prinzipiell sollte dieses Wissen kostenlos verbreitet werden. Aber über jede **Spende** an die RRRedaktion, die außergewöhnliches leistet, würde ich mich sehr freuen. Die Willenserklärung können Sie sowohl an die jeweils zuständige Finanzverwaltung, aber auch gleich an die Oberfinanzverwaltung senden, da die untere Behörde dies ohnehin an die übergeordnete Stelle weitergibt.

Anfrage 2: Für die äußerst aufschlussreiche Interview Serie, „Glaube nichts und prüfe selbst!“, möchte ich dem Diplomaten und Ihnen herzlich danken. Dieses Wissen empfinde ich als persönliches „i-Tüpfelchen“, für meine bisher erlangten Erkenntnisse. Nun habe ich ein paar explizite Fragen; Wie genau, bekomme ich Zugang zu meinem Kollateralkonto? Ich habe überlegt, per Fax einen Antrag auf Zugang, beim Departement of the Treasury zu stellen. Eine Willenserklärung über meine Staatsangehörigkeit im Bundesstaat Preußen und meine internationale Geburtsurkunde, würde ich im Anhang beifügen. Zudem würde ich im

Anschreiben, meine Absicht zur Wertschöpfung versichern. Wäre das ein gangbarer Weg? Oder gibt es eine Möglichkeit, Informationen über die Herangehensweise zu bekommen? Die letzten 10 Jahre, habe ich mit juristischer Aufklärungsarbeit zugebracht. Ich bin Deutscher Rechtskonsulent und habe die Zerstörung unserer „Wertegemeinschaft“ unzählige Male mit angesehen. Es ist eine Schande, mit welchem Höchstmaß an krimineller Energie, hierzulande die „Pfleger des Rechtsbankrott“ weiter betrieben wird. Eine Auflistung der sogenannten Straftaten im Amt, würden mittlerweile jeder Beschreibung spotten. Es lebt sich gänzlich ungeniert. Wo kein Richter, da kein Henker! Eine Hoffnung auf Besserung habe ich längst aufgegeben und nun suche ich die Reste der menschlichen Vernunft, in mir selbst. Von Natur aus, bin ich ein Energiebündel und rutsche von einer Idee in die Nächste. Da mir aber allzu oft die finanziellen Möglichkeiten fehlen, diese Ideen umzusetzen, erscheint mir der Zugang zum Kollateral, als adäquates Mittel, meine Ideen wertschöpfend und zum Wohle der Gemeinschaft umsetzen zu können. Die Kontodaten bei der Deutschen Bundesbank, für mein Kollateralkonto, habe ich schon aus meiner Sozialversicherungsnummer errechnet, vorausgesetzt, es handelt sich dabei um das richtige Konto. Es würde mich freuen, wenn Sie mir diesbezüglich Handlungsempfehlungen vermitteln könnten.

Antworten: Die Frage zeigt einen vielverbreiteten Irrtum auf. Doch bevor ich auf die Frage eingehe: Geben Sie nicht auf. Bitte. Sie haben viel versucht und sich dabei weiter entwickelt. Das wird irgendwann Ihr Plus werden bei der Durchsetzung Ihrer rein wirtschaftlichen Interessen. Das Kollateral-Konto ist kein Konto mit Liquidität ersten Grades. D.h. man kann darauf nicht mit einer EC-Karte und/oder einer Kreditkarte zugreifen. Es ist ein Konto ausschließlich mit Liquidität zweiten Grades (auch Anlagevermögen genannt). Dieses kann man bei zertifizierten Einrichtungen (auch Banken genannt) als Sicherheit zur Generierung von Liquidität ersten Grades (also sog. Geld) hinterlegen. Im Detail: Es geht hier nicht um Preußen oder irgendwelche Bundesstaaten (Bundesstaat = Seerecht). Es geht um die Werte aller Menschen. Diese werden als Kollateral bezeichnet. Die Werte sind materieller Natur (tatsächliche Bauwerke) und auch immaterieller Natur (die Fähigkeit diese zu schaffen). Diese Kollaterale werden unter den Menschen regional bezogen (Treuhand-Verwaltungsgebiet) aufgeteilt und in Dollar bewertet. Somit ist das Kollateral-Konto kein Liquiditätskonto, sondern ein Konto für Anspruchsstellungen an materielle/immaterielle Werte (Anlagevermögen der Menschheit).

Diese Kollateral-Ansprüche kann dann jeder unter Nutzung seiner natürlichen Person (Obligation) bei einer Partei (Bank) hinterlegen, die daraus in der Buchhaltung Liquidität erzeugt. Somit ist das Kollateralkonto kein Liquiditätskonto, sondern ein Konto mit Werten, die man zur Liquiditätsbildung nutzen kann. Ihren Kollateralanspruch nennt man auch Anlagevermögen (Asset) und ist die sog. Liquidität zweiten Grades. Diese wird in Form einer Sicherungsübereignung an die Bank übertragen (bereits beim ANTRAG), so daß die Bank diese Sicherheit auf der Passiva-Seite ihres Kontos verbuchen kann. Daraufhin kann die Bank auf der Aktiva-Seite Liquidität ersten Grades generieren. Die Schaffung von Geld aus dem Nichts ist ein weit verbreiteter Unsinn. Da will wohl jemand die Betreiber der Banken schützen.

Wenn man nun Liquidität erhalten hat, so hat man eine Schuld gegenüber der Gemeinschaft der Menschen (nicht gegenüber der Bank), denn man hat ein Teil des Gemeinschaftseigentums als Sicherheit bei der Bank hinterlegt, um an Liquidität zu kommen. Die Bank hat ausschließlich eine Überwachungsfunktion (Lizenzbestandteil). Damit wird der Antragsteller eines Kredits zum Sicherungsgeber der Bank. Dies erschließt sich aus dem 1096 Formular der IRS.

Die Bank ist nur der Kontenverwalter und hätte genau betrachtet nur Anspruch auf eine Verwaltungsgebühr (z.B. 3% der Kredit-Summe). Auf Zinsen hätte sie gar keinen Anspruch,

denn sie verwaltet doch nur Ihre Sicherheiten als Kreditgrundlage. Deshalb müßte ein Kredit auch zurückgeführt werden, wenn die Bank diese Liquidität tatsächlich sauber buchen würde. Denn nach Rückzahlung des Kredits müßte die Bank die Sicherheiten wieder zurückgeben. Das tut sie aber nicht, weil sie behauptet die Liquidität käme von ihr. Also wenn nun jemand den Kredit mit Liquidität zurückführt, so müßte diese Liquidität tatsächlich zu einer Entlastung der Sicherheiten führen. Das wird nach meinem Wissenstand nicht gemacht.

Anstelle dessen werden die Unterschriften neunmal kopiert und neunmal genutzt. Aus den Urkunden werden vollstreckbare Ausfertigungen generiert, die den gleichen Wert haben wie das Original, da der sog. „Urkundsbeamte“ für die Kopie mit seiner Versicherung in die Haftung geht. Usw. Der Betrug geht noch viel weiter. Aber das ist Bestandteil des nächsten Interviews. Bitte denken Sie daran: Liquidität hat ebenfalls eine Aktiva-Seite und eine Passiva-Seite. Und auf der Passiva-Seite steht Ihr Kollateralanspruch. Um den geht es letztendlich.

Wenn alle Menschen alle ihre Kollateralansprüche verpfändet haben und alle Pfandrechte zentral gesichert sind (von denen, die ein Interesse an der totalen Kontrolle haben), dann arbeiten Sie und alle anderen Menschen nur noch für ... Lebenszeit? Und wer sich nicht unterwirft ... Das überlasse ich der Fantasie der Leser. Ohne Angst machen zu wollen. Und wie lange wollen Sie alle noch warten? Die Chips sind fertig. Denken Sie die haben keine Zusatzfunktionen? Schauen Sie sich doch bitte den Film „In Time“ an. Denken Sie das ist Fiktion? Wer keine Zeit mehr hat, der ist auch nicht mehr kreativ bei der Gestaltung seines Lebens.

Anfrage 3: Ich lese gern die Artikel glaube nichts-prüfe selbst und bin immer sehr gespannt auf die Fortsetzung. Ein Praxiserlebnis wollte ich gern mit euch teilen: wegen der ungenauen Adressierung/ungenau Anrede der Person und dass man den Brief zurück schicken soll, mit dem Hinweis, der Empfänger ist an dieser Anschrift unbekannt. Ich hatte einen „gelben Brief“ vom „Gerichtsvollzieher“ erhalten an die Frau sowieso. Den schickte ich zurück und zwar über eine Postfiliale: Empfänger unbekannt. Der GV schickte die Mitarbeiter der POLIZEI los und veranstaltete eine Aufenthaltsüberprüfung. Danach lag dann der nächste Bettelbrief im Briefkasten. Die Mitarbeiter der POLIZEI sehen anscheinend die Ähnlichkeit (Ich hab mit : davor den Namen geschrieben am Briefkasten) und kennen die Unterschiede zw Mensch und Person nicht oder wollen sie nicht kennen. Das funktioniert also mehr schlecht als recht.

Antworten: Die kennen den Unterschied nicht. Das ist die „need know basis“. Für die unteren Ebenen ist ihr Auftraggeber ein Staat. Alle die daran zweifeln sind Reichsbürger und „Nazis“. Und jeder Zweifel daran (evtl. auch noch offen geäußert), führt zu einer Suspendierung und dem Verlust der Existenz. Deshalb erwarten Sie nicht, daß das „einfach so“ funktioniert. Das ist ein Prozess, der langsam durchsickert und zu einer Verunsicherung der Ausführenden führen wird. Und das ist gut so. Denn die Ausführenden werden sich verantworten müssen. Denn jeder ist für seine Handlungen verantwortlich. Man da nur empfehlen, erstatten Sie sofort Strafantrag bei der Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf. Wegen Menschenhandel. Beziehen Sie sich auf die Fach-, Dienst und Sachaufsicht dieser Generalstaatsanwaltschaft. Wenn man Sie als Obligation einstuft, so ist dies eine Versachlichung des menschlichen Körpers. D.h. die sog. Judikative/Exekutive stellt sich über göttliches Recht. Die dürfen mit ihrer Obligation machen was sie wollen. Sie haben keinerlei Rechte an dieser Obligation. Weder an der Obligation VORNAME, NACHNAME (wie im Pass) noch an der Obligation „Frau Vorname Nachname“. Und jedes Mal, wenn wir darauf reagieren, gehen wir in die Einlassung. Aber an dieser Stelle bitte ich Sie um Geduld.

Eine Bitte an alle Leser: Wenden Sie dies systematisch weiter an und sammeln Sie die Ergebnisse ... als Beweismaterial. Denn Sie sind im Recht, wenn Sie sich verantwortungsbewußt gegenüber der Gemeinschaft verhalten. Gegenüber der Fiktion sind Sie nur verantwortlich, wenn Sie deren Verträge verletzen, die legal (also nicht unter Täuschung im Rechtsverkehr geschlossen wurden) geschlossen wurden.

Anfrage 4: Es wäre auch nett, wenn man die Leser darauf hinweisen würde, daß die Einkommensteuer keineswegs eine Erfindung des Dritten Reichs war, wie man aus den Hinweisen auf Gesetze von 1934ff schließen könnte. Die erste Einkommensteuer wurde m.W. 1811 in Ostpreußen erhoben. In der Weimarer Republik wurde eine Reichseinkommensteuer erhoben. Nach der Auflösung der Länder 1933/34 wurde das Rechtswesen dann im Reich vereinheitlicht, was zur Änderung an bestehenden Gesetzen führte. Es wurden auch neue Gesetze geschaffen wie z.B. ein „Gesetz zur Verhütung mißbräuchlicher Ausnutzung von Vollstreckungsmöglichkeiten“, was den Schuldner schützen sollte. Dadurch sollte das „gesunde Volksempfinden“ über formale Bestimmungen gesetzt werden.

Antwort: Das ist absolut richtig. Die sog. Steuergesetzgebung ist noch viel älter. Es war schon immer das Ziel der Mächtigen, sich von der Leistungsfähigkeit der Untertanen zu ernähren. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Verwaltungsarbeit hat einen Wert. Sicherlich. Aber alles hat seine Grenzen. Und jeder Herrscher wußte: Wenn er es übertreibt, kommt es zu einer Revolution und der Vertrag wird gekündigt. Dies erfolgte früher mit der Beseitigung des Vertragspartners (z.B. König). Heute gibt es subtilere aber keinesfalls bessere Methoden dafür. Aber ich würde gerne diese Frage für einen gedanklichen Einwurf nutzen. Dieser bietet sich hier an: Sie haben einen Vollkasko-Vertrag für Auto A. Ihr Nachbar hat ebenfalls bei der gleichen Versicherung einen Vollkasko-Vertrag für Auto B. Nun haben Sie einen Unfall mit Auto A und nehmen den Versicherungsvertrag Ihres Nachbarn und machen Ansprüche gegenüber der Versicherung für Auto B unter der Versicherung von Auto B.

Sie merken wie abstruß dieser Vorgang ist. Wie kommt man auf so einen Blödsinn? Na weil die „Jungs“ das machen. Wer hat den Nutzern von Gesetzen die Zeichnungsberechtigung für Verträge von vor 1919 gegeben? Der Deutsche Kaiser? Der Preußische König? Denken Sie mal darüber nach. Ein Vertrag (und ein Gesetz ist ein Vertrag) kann doch nur von den vertragszeichnenden Parteien genutzt werden. Und jeder der diesen Vertrag ohne Zeichnungsberechtigung nutzt handelt unter eigener Haftung. Und was sind Gesetze? Je mehr Menschen begreifen wie dieses fiktive System arbeitet, umso schwerer wird die Weiterführung des aktuellen Betrugssystems.

Anfragen 5: Da ich die Interviews immer und immer wieder lese und somit auch immer und immer wieder weitere Zusammenhänge erkennen darf, möchte ich ein paar Fragen an den Diplomaten richten, die sich auf die Nummern Social Security und Tax-ID beziehen, falls Sie erlauben! Die natürlichen Personen werden vom Department of Treasury herausgegeben, sobald aus GERMANY eine Lebendgeburt dort gemeldet wird, richtig?

Antwort: Es ist ganz wichtig die Person als Obligation zu betrachten. Bitte immer daran denken: Eine Obligation ist eine Leistungszusage auf Gegenseitigkeit. Es mußte eine Möglichkeit geschaffen werden, wie ein lebender Mensch auf seine Ansprüche/Werte in der Fiktion zugreifen kann. Durch eine Bestätigung. Eine Obligation. Vermutlich erfolgt diese Meldung der Lebendgeburt (wohl eher aus Renditegründen) und wird auch sicherlich verarbeitet. Denn nur ein lebendes Wesen ist tatsächlich zu Wertschöpfung (Renditen) fähig und kann mit seiner Unterschrift Verfügungen von seinem Kollateralanspruch veranlassen. Es macht also durchaus Sinn, den Verfügungsberechtigten zu melden, so daß dieser vom

Department of the Treasury eine Obligation erhält, mit der der Verfügungsberechtigte Konten-Haftungen übernehmen kann.

Anfragen 6: Zu dieser Person gehören ja dann aber auch die oben genannten Nummern, was für mich heißen muß, daß Sozialversicherungsnummer und Steuer-ID aus Washington an die BRD / GERMANY übermittelt wird. Da BRD / GERMANY nicht auf die natürlichen Personen zugreifen darf, kann BRD / GERMANY dafür ja auch keine Nummern herausgeben, richtig?

Antwort: Aber GERMANY ist befugt Haftungsansprüche über dieses Verrechnungskonto anzumelden. Betrachten Sie dies wie ein Subunternehmen in einer großen Company. GERMANY darf ohne Einverständnis des Verfügungsberechtigten (vorname:nachname) keine Verfügungen unter Nutzung der Obligation natürliche Person (Nachname, Vorname) ausführen. Deshalb sind „die“ auch so hinter den Unterschriften her. Und manchmal gibt es die auch blanko. Denn die neuen Unterschriftsterminals dienen nicht nur der Vereinfachung (EDV = Ende der Vernunft) sondern der Generierung von Blanko-Unterschriften.

Anfragen 7: Das heißt dann aber für mich, daß SVN und Steuer-ID, herausgegeben von BRD / GERMANY, falsche Nummern sind und es ist in mir der Verdacht erwacht, daß DoT der BRD / GERMANY zwar die richtigen Nummern übersendet, BRD / GERMANY an uns aber falsche, lediglich firmeninterne Nummer herausgibt, die mit dem Kollateralkonto Natürliche Person gar nichts zu tun haben. Könnte das korrekt sein?

Antwort: Sie erlauben mir eine Umformulierung. Es sind keine falschen Nummern. Es sind interne Verrechnungskonten. Und damit das nicht auffällt, gibt man denen auch noch andere Namen. Selbstverständlich verwaltet GERMANY im Hintergrund die richtigen Nummern. Aber in der Buchhaltung hat GERMANY nur für die eigenen Konten die Ausgleichende Verbindlichkeit. Und das Department wird es definitiv nicht zulassen, daß GERMANY auf Konten zugreift, für die das Department die Ausgleichende Verbindlichkeit hat. Also ist es im Interesse des Departments, daß hier Unterkonten gebildet werden. Was dort gebucht wird interessiert das Department nur sekundär. So lange die Lizenzgebühren ordnungsgemäß verbucht werden. Es sind also kein „falschen“ Nummern, sondern es sind Nummern aus einer buchhalterischen Notwendigkeit heraus. Der Betrug, der daraus entsteht, ist ein anderes Thema.

Anfragen 8: D.h., da uns die BRD / GERMANY hier tot hält, da sie „ein berechtigtes Interesse“ daran hat (Art. 9 BGBEG), plündert sie uns über firmeninterne Nummern aus, die alle Fake sind und wir können somit gar nicht per Accept verrechnen lassen, da diese Nummern in D.C. gar nicht bekannt und existent sind. Könnte das richtig sein? D.h., wir müßten beim DoT eine Lebenderklärung einreichen und die korrekten Nummern für die Natürliche Person anfordern, ggf. beim IRS registrieren lassen, so daß wir darüber dann unsere Abrechnungen machen könnten.

Antwort: Würde ich so nicht formulieren. Ein Toter kann nicht schreiben und ein Toter ist nicht Verfügungsberechtigt per Unterschrift. Das ist zu einfach. Deshalb ist das alleinige Versenden von Lebenderklärungen kein Lösungsansatz. Wenn Sie Akzpte versenden so behaupten Sie Begünstigter des Kollateralkontos zu sein. Bitte unterscheiden Sie zwischen Verfügungsberechtigung und Begünstigung. Die Verfügungsberechtigung haben Sie immer. Aber das Versenden eines Akzeptes impliziert Ihr Recht auf die Begünstigung. D.h. Sie melden Ihre Ansprüche auf die Renditen beim Einsatz Ihrer Kollateralwerte an. Und Sie bieten die Verrechnung Ihrer Renditen mit den entstandenen Verwaltungskosten an. Das ist u.a. der Akzept. Deshalb kann man mit einem Akzept auch nicht bezahlen, sondern nur den Kontenausgleich freigeben ... mit dem Kollateralkonto.

Um Begünstigter zu werden müssen Sie – leider erst einmal – die Vertragshoheit des Department anerkennen, indem Sie Ihre Geburtsurkunde (als Vertragsbestätigung mit der Verwaltung) für Wert akzeptieren. Damit werden Sie der „holder in due course“ dieses Vertrages... der alleinige Begünstigte des Vertrages. Erst dann dürfen Sie auf diese Begünstigung zurückgreifen. Das ist einigermaßen logisch, denn wieso sollten Sie auf einen Vertrag zurückgreifen dürfen, den Sie nie bestätigt haben? Daß dies nicht ganz unproblematisch ist versteht sich von selbst. Denn auf diese Weise werden die Menschen zu einer Vertragsbestätigung genötigt.

Anfragen 9: Wären Sie wohl so freundlich, meine Fragen bzgl. der Nummern weiterzuleiten und zu ermitteln, ob meine Annahmen richtig sein könnten? Viele, sehr viele Menschen hier beschäftigen sich inzwischen mit diesen Themen, daher wäre eine Antwort dazu nicht nur für mich, der gebeten wurde, diese Anfrage zu stellen, sondern für all jene, die rund um die Uhr an Lösungen arbeiten.

Antwort: Ich hoffe meine Ausführungen helfen Ihnen und allen anderen, die bereit sind sich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen. Die Menschen dürfen nicht aufgeben an einer Lösung zu arbeiten, in der Sie bereits sind sich eigenverantwortlich zu beteiligen. Denn das System behauptet ja: „Die Menschen sind nicht in der Lage die Geschäfte eigenverantwortlich auszuführen. Deshalb wurden WIR beauftragt.“ Helfen Sie mit, diese Aussage zur Lüge zu machen.

Anfrage 9: Vielen herzlichen Dank für diese wertvollen Informationen! [einzig dieses pdf . – Schriftwechsel-mit-Klara.pdf war bisher für mich richtungsweisend, ggf. auch von Interesse für euch. Thema: intelligentes Management der Personen eines Menschen mit Hilfe von Neukreation von Personen. Ich bemühe mich gerade ein Schreiben aufzusetzen, um zu klären wer angeschrieben worden ist. Diesbezüglich habe ich gerade das Problem: als welche Person schreibe ich zurück?

Antwort: Sie schreiben bitte unter Nutzung der Obligation, für die Sie die alleinige Verfügungsberechtigung haben. Die natürliche Person. Und Sie schreiben bitte nicht als Person, sondern für die Person. Denn diese kann nicht schreiben, da sie eine Sache ist. Deshalb haben Wörter wie „ich“, „mein“ und ähnliche besitzanzeigende Fürwörter nichts in solchen Schreiben zu suchen. Sie schreiben wie für eine Drittpartei. „vorname:nachname für Nachname, Vorname“; c/o Straße; [PLZ] Stadt

Anfrage 10: MAX MUSTERMANN (diese Variante darf ich nicht nutzen, da mir der Name nicht gehört, oder doch?) Mustermann, Max (ist nicht geschäftsfähig und kann keinen Kaufmännischen Brief beantworten, oder doch?): Max :Mustermann oder Max M u s t e r m a n n (sind beides letztendlich Phantasienamen mit welchen mein Empfänger nichts anfangen kann und im Rechtsverkehr nicht existieren)

Antwort: Sie dürfen diesen Namen MAX MUSTERMANN schon benutzen. Immerhin haben Sie beim Antrag (auf Herausgabe) dafür unterschrieben. Sie sind halt nicht zeichnungsberechtigt, da Sie keinen (Arbeits-)Vertrag haben. Das ist alles. Mustermann, Max ist zwar nicht geschäftsfähig, kann aber unbegrenzte Haftungen übernehmen (Kontoeröffnungen). Sie könnten sogar nationale Rechtsgeschäfte damit abwickeln. Es ist nur nicht gewünscht. Und die Bank wird die Rechtsfähigkeit niemals öffentlich bestätigen. Und ohne natürliche Person erhalten Sie keinen Reisepass/Personalausweis (räumliche Autorisierung). Somit ist die juristische Person eine Art Bestätigung für Ihre Haftungsfähigkeit

(über die natürliche Person) ... indirekt halt. Was denken Sie wohl, warum sich GERMANY mit der „doppelten Staatsbürgerschaft“ so schwer tut.

Anfrage 11: Mit welchen Sätzen sichere ich meine Rechte?

Antwort: Darauf gibt es eine einfache Antwort: Alles was Ihre Unterschrift trägt ist Ihr Eigentum. Sie melden Ihre Urheberrechte auf alles an, was Ihre Unterschrift trägt. Machen Sie das mit Ihren eigenen Worten ... „wie Ihnen der Schnabel gewachsen ist“. Sie sind der Schöpfer Ihrer Rechte, so lange Sie einem anderen damit keinen Schaden zufügen.

Anfrage 12: Weiterhin setzte ich meine Adresse komplett in Eckige Klammern. Ich bemühe mich um ein sachliches und auf das wesentliche beschränkte Schreiben. Eine zeitnahe Antwort wäre traumhaft

Antwort: Alles was in eckigen Klammern steht hat mit dem was rundherum ist nichts zu tun. Das nehmen Sie in Kauf. Überlegen Sie immer was für Sie zuträglich ist. Es geht nicht um Recht oder Unrecht. Es geht um ein Verhalten, das vorteilhafter ist. Und wenn Sie etwas haben wollen – vom System – dann spielen Sie halt mal mit. Aber immer eine Hintertür offen lassen und jede Form der (konkludenten) Einlassung vermeiden. Wann immer es geht.

Anfrage 13: (Vorab: Sie verzeihen bitte, daß ich auf nicht alles in den ca. 6 Seiten eingehen kann.) Bitte verzeih mir meine Dreißtigkeit ohne bisherige Spende nochmals um Weiterleitung von Fragen an den Interviewpartner zu stellen. Dieses Interview zählt für mich als Beste Information und Zusammenfassung die ich alle die Jahre z.T. puzzlehaft als sag ich mal oft „Mutmaßungen“ im Internet fand. Ich hatte neuerdings immer mal wieder schon die Hoffnung aufgegeben um all dem Mist sklavenhaft nachzugeben... Vorerst nochmals Vielen Herzlichen Dank an Dich und selbstverständlich an Deinen mutigen, überaus respektiven Interviewpartner !!! Letztlich stellt sich mir hauptsächlich eine grundlegende Frage: Wo kann ich (versuchen) eine HAFTUNG zu erwirken, wenn z.B. nach jew. Aufklärung, Legitimationsverlangen und Willensbekundung mit nachfolgender „weißer Folter“ reagiert wird ? So oder so ähnlich ist das ja vielfach der Fall.

Antwort: Leider muß ich Ihre Erfahrungen bestätigen. Menschen die den Mut haben Fragen zu stellen werden aktuell vom System psychisch gefoltert. Aber es werden immer mehr, die Fragen stellen. Bleiben Sie alle höflich und freundlich. Versuchen Sie emotionsfrei zu bleiben und wenn es Ihnen noch so schwer fällt. Und fragen Sie Ihren Gegenüber doch einmal, warum er unfreundlich und aggressiv auf Ihre freundlichen und höflichen Anfragen reagiert. Je ruhiger und sachlicher Sie bleiben umso mehr Gewissenprobleme verursachen Sie bei den Erfüllungsgehilfen.

Anfrage 14: Das bisher naheliegende (wenn vielleicht auch heikelste) scheint mir die freundliche, formlose Nachfrage beim IRS zu sein einige (oder sämtliche) Aktenzeichen und Geschäftszeichen dort überprüfen zu lassen. Hoffe ich habe das richtig verstanden mit deren Geschäftsgebaren in unserem Hintergrund. Ich will es auch nochmals nachlesen...

Antwort: Es wird keinen Effekt haben wenn 10 Leutchen anfragen. Es müssen tausende von Anfragen weltweit eingehen. Die Verwaltung muß den Eindruck gewinnen, daß sie den Rückhalt der Investoren (also Sie) verliert. Erst dann wird reagiert.

Anfrage 15: Gibt es ggf. noch ähnliche oder weitere Stellen welche evtl. „empfindlich“, prüfend oder gar praktisch tätig werden könnten ? Bisher hatte ich nur Hilferufe an den ICC und div. (Alliierte-Haupt-) Botschafter gesendet = bisher scheinbar ohne praktische Ergebnisse; vor Jahren auch schon an andere intl. Gerichte, nach Washington DC u.ä.; wie das viele schon ergebnislos tun und taten.

Antwort: Gibt es. Sind völlig überlastet. Das ICC und der ICJ werden nichts tun. Vorschriften und Angst. Das System hat sich selbst Matt gesetzt. Aber es tut sich etwas. „Die“ MÜSSEN aufräumen. Aber der größte Kampf ist der gegen die eigenen absolut unwissenden Erfüllungsgehilfen, „die doch nur Ihre Vorschriften erfüllen“.

Anfrage 16: Mit diesen „CF-Unterschriften“ stellen sich mir auch die Haare zu Berge und mit der tatsächlichen praktischen Nutzung von „automatischen“ GERMANY-Handlungen (Verträgen) wie z.B. Autofahren, Straßennutzung, KFZ-Anmelden oder wenigstens einen Reisepass besitzen zu müssen uä.. Bei mir wurde das z.B. nach ein paar grünen RPs und dann etwa einem Jahr ohne „BRD-Papiere“ (Geburtsurkunde ? ...) mittels OWis (ja grade so unversichert wie fast alles andere mittlerweile) Polizeigewalt (versuchter, tätlicher Freiheitsberaubung in mehren Fällen) erzwungen bzw. letztlich durchgesetzt (ich wollte natürlich nicht ins Gefängnis....Arbeitsplatzverlust usw...). Selbst aktuell liegt wieder eine OWi-Strafe vor wegen angeblichen Falschangaben zur Person, auf welche ich mich ja gar nicht einlassen wollte; nur mit jew. Nachfragen unter dem Aspekt meines „ich bin wer ich bin“...“ein lebendes Wesen...“ Gab natürlich gleich wieder noch eine Anzeige von der Polizei... (habe ja zurzeit einen gültigen Reisepass der BRD, wenn auch zwangshalber bzw. notgedrungen). Verkehrskontrollen: nur mit „Kopie“ bezeichnete kopierte Papiere zeigen: manchmal wieder zusätzliche neue OWi's usw...OWis = Erzwingungshaft, Vorführungsbefehl m. Polizei, Bau...

Antwort: Daran erkennen Sie wie verzweifelt das System mittlerweile ist. Man setzt mit blanker Gewalt die Vorschriften durch. Man mißbraucht dafür die eigenen Mitarbeiter – wer macht sich schon gerne die Finger schmutzig –. Und die Herausgeber solcher Aufträge werden mit Privilegien gefüttert, die diese natürliche gerne behalten möchten. Es ist ein subtiles Spiel, das in eine Sackgasse führen wird. Denn das Einzige was eine Lösung wäre ist die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Und die kommt immer mehr ans Licht. Da können „die“ machen was sie wollen.

Anfrage 17: Da ja fast alles zuerst einmal per Brief angekündigt/gedroht wird hätte ich auch hier noch einige Fragen...versuche es mal auf's wesentliche einzugrenzen: die jew. ersten Briefe sollte ich ja vermutlich öffnen, beantworten um der Gegenseite fair gegenüber zu agieren...die jew. zweiten Briefe/gelbe Briefe dann im ORIGINAL, UNGEÖFFNET zurücksenden (mit z.B. „Empfänger an Postanschrift nicht verfügbar...“) Am liebsten würde ich diese Briefe gleich irgendwo an eine „hohe“ Stelle ungeöffnet weiterleiten; fragt sich nur wohin? Ja, und das mit dem ersten Brief öffnen und Antworten (auch ohne Einlassungen...): ist das schon eine Art Vertragsannahme ?

Antwort: z.B. an den Bundespräsidenten in seiner Eigenschaft als faktischer Geschäftsführer aller juristischer Personen die GERMANY herausgegeben hat? Ja, bereits das Öffnen eines Briefes kann als Einlassung interpretiert werden. Sie fühlten sich ja offensichtlich angesprochen ... durch die Anrede. Sie können aber den Brief immer zurücksenden. Aber bitte mit dem Umschlag, der an allen drei Seiten geöffnet sein muß. Das einfach nur Zurücksenden ohne Prüfung kann erhebliche Probleme bereiten. Es gibt Menschen, die haben Ihr Haus auf diese Weise verloren. Das gab dann einfach eine Zwangsversteigerung von der die Betroffenen nichts wußten. Die Briefe wurden einfach im Amtsgericht ausgehängt und galten damit als zugestellt.

Das einfach nur zurückschicken ist keine gute Lösung. Besser aufmachen, prüfen (evtl. kopieren) und dann wieder zurück wegen offensichtlichem Irrtum bei der Anschrift. Die angeschriebene Person ist unter dieser Adresse unbekannt. Denn was haben Sie bei der Anmeldung vorlegen müssen? Den Reisepass (juristische Person). Und wer wird angeschrieben? Eine Ihnen unbekannt Person für die Sie keine Zeichnungsberechtigung haben, oder?

Anfrage 19: Auch aus solchen Aspekten schwindet manchmal meine Hoffnung da irgendwie heil rauszukommen. Wenn ich das jedoch noch schaffe werde ich mit relevanten Infos so vielen Menschen wie es mir möglich ist helfen. Das ist so eine Art Eid an mich selbst (habe ich in ähnlicher Form schon mal einen geleistet...zum Glück war ich damals (2011/2012?) noch sehr vorsichtig und sitze deshalb heute nicht irgendwo im Bau wie fast alle anderen von denen (z.T. ehem. sog. Staatsdiener...). Das ginge dann ja aber weiter, daß für die einen quasi die HLKO gelten würde und für andere wieder nicht. Diese u.ä. Themen laufen im Netz rauf und runter. Ohje ich verliere mich wieder in vielen Worten, Entschuldigung! Bitte noch eine weitere Frage bevor ich mich dann selbst erstmal schier gewaltsam bremsen möchte: Obwohl ich noch nie etwas mit dem Zoll und Autos zu tun hatte werde ich nun wohl zwangshalber für zwei Autos häppchenweise irgendwie ca. 1500 Euro (vier Jahre „Rückstand“, Zwangsstillgelegt usw.) überweisen müssen (habe selbst längst kein „eigenes“ Konto in D. mehr..). Das nagt, wie das mit der TV-Radio-Zwangssteuer auch an sehr vielen Menschen und mit keiner mir bekannten einfachen Alternativlösung. Bleibt mir nur alle diese Steuern zu bezahlen oder läuft auch dort etwas sehr schief und wir haben evtl. Chancen da irgendwo „ein Fass aufzumachen“ ;-? Sofern Du etwas von meinen Texten öffentlich übernehmen möchtest: alles i.O. von mir aus gerne,

selbstverständlich Bitte ohne Namensnennungen Antwort: Es ist fast erschreckend, aber Sie sind mit dem Geschilderten nicht alleine. Es gibt inzwischen sehr viele Menschen, die sehr viel „versucht“ haben um eine Heilung zu erlangen. Bis heute ohne Erfolg im Öffentlichen. Es gibt allerdings Menschen, die es im Privaten geschafft haben etwas Ruhe zu bekommen. Aber es war ein langer zäher Kampf. Das Motto lautete: „Wie kann ich den Angreifern so viel Schaden zufügen, daß sich die Plünderung bei mir einfach nicht lohnt.“

Anfrage 20: Am allerliebsten wäre ich (selbst mit verdeckten Augen u.ä.) selbst mit vor Ort bei diesem hochehrenswerten Menschen welcher uns hilft damit wir uns evtl. doch noch befreien können. Kann mich nur sehr schwer bremsen, Bitte diese lange Ausführung zu Entschuldigungen. Das ganze Thema verbrennt mich nach all den Jahren fast innerlich. Ich könnte sozusagen aus der Haut fahren. Es ist heute kein Wunder das niemand sich wehrt; ich kenne auch mehrere welche letztlich aufgegeben haben bevor denen vollkommen alles zerstört wurde (z.B. Stichwort Banken 1×1 u.ä.). Einen zusätzlichen kleinen Boykott zu betreiben hätte ich mit heutigem Wissensstand vor einigen Jahren NIE begonnen – obwohl genau dies ebenfalls ein großer Fehler gewesen wäre... ..es ist irgendwie wohl ein Paradoxon.

Ich hatte mir 2011/2012 sogar mal so ein „certificate of birth“ vom Vatikan senden lassen u.a. Ich bin gewissermaßen auf der Suche nach Hilfe, wobei letztlich an sich jeder nur sich selbst helfen kann. Ich bin jedoch nun an einem Punkt an dem ich nun kurz vor dem Gefängnis (zwei „Ermittlungsverfahren“/Strafverfahren im KFZ-Bereich) und der Auslöschung der Familie stehe. Psychisch wie physisch bin ich seit mind. sieben Jahren täglich schlechter aufgestellt. Das hätte ich vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten, daß es so dermaßen aussichtslos, zermürbend, gewalttätig usw. sowie alles niedergeschlagen wird. Mit deren „eigenen“ Waffen lassen die sich also absolut nicht „schlagen“. Auch offenkundige Tatsachen und Fakten darf oder kann man denen nicht schreiben, da man ansonsten noch schneller eingebuchtet wird, oder einem evtl. noch schlimmeres zustößt. Die machen ja auch vor Kindern keinen Halt...

Antwort: Bitte verzeihen Sie, aber Sie lassen das Alles zu sehr an sich heran. Die meinen das weder persönlich noch leibhaftig. Es geht ausschließlich um das Geschäft. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie sollten etwas zur Ruhe kommen und die Emotionen herausnehmen. Auch wenn es noch so schwer ist, die Emotionalität hilft Ihnen nicht weiter und Sie lassen sich zu sehr ein.

Anfrage 21: Ich habe mir den Teil 2 genau durchgelesen, sie schreiben da das bei den Kreditverträgen und den Versicherungs-verträgen der Begriff Euro fehlt. Bei meinen Verträgen steht überall die Summe in Euro darauf. Ist das in Deutschland anders als bei uns in Österreich? Vielleicht können sie mir eine kurze Antwort darauf schreiben. Danke!! Bin nämlich kurz vor meiner Hausversteigerung und wäre für jede Info sehr dankbar.

Antwort: Vor der Antwort eine Bitte: Nehmen Sie Ihre Telefonnummer heraus. Gleiches gilt auch für Adressen etc. Machen Sie es den Geheimdiensten doch nicht so leicht Sie zu lokalisieren. Wenn Sie Ihren Namen mit Doppelpunkt schreiben (= habe mich lebend erklärt), dann bitte alles in Kleinbuchstaben und zusammen. Zu Ihrer Frage. Es ist kein Unterschied zwischen egal welcher Firma, die sich Staat nennt. Die Banken arbeiten unterschiedlich. Es ist auch die Frage, wie alt die Verträge sind und um was für eine Bank es sich handelt. Ich habe auch deutsche Verträge gesehen mit EURO Angabe. Ist aber eher die Ausnahme gewesen. Bezüglich Ihrer Zwangsversteigerung: Bitte schauen Sie vor Ostern auf diese Seite... Da es sich auch in Österreich (worldwide!) bei ZVs um systematischen Obligationsbetrug handelt ist etwas in Vorbereitung. Diesem können Sie beitreten und evtl. Ihre eigene Existenzvernichtung blockieren. Da in deutschen Gerichten nur noch nach Rechtsauffassung gearbeitet wird (wer auch immer irgendwann einmal dafür die Haftung übernimmt) ist der Erfolg einer Blockade von der Penetranz des Antragstellers abhängig.

Anfrage 22: Sobald die dann eine „Verhandlung“ ansetzen, ist ein Konto angelegt. Sie fragen nun als nächstes nach einer Konteneröffnungsbestätigung auf die Sie einen Renditeanspruch haben. Die Bestätigung ist das IRS-Formular f1099-oid. Und Sie fragen an, ob das Formular f1040 bereits eingereicht wurde. Formular F 1040 kann nicht stimmen. F steht für landwirtschaftliche Betrieb. Bitte Prüfen. Woraus ergibt sich die Meldepflicht an die usa. Danke für Eure mühe.

Antwort: Bitte verzeihen Sie die Irritation. Da ich sehr viel mit Jahreszahlen arbeite setze ich das „f“ immer davor. Habe dies bereits im letzten Interview geändert. Allerdings gebe ich zu, daß ich diese Klassifizierung nicht verifizieren konnte. Wo haben Sie diese Einstufung her? Von der IRS? Die Formulierung ist nicht ganz richtig. Sie erlauben... Es wird mit dem Aktenzeichen/Geschäftszeichen ein Konto eröffnet. Die Haftung für dieses Konto muß die prozessfähige natürliche Person übernehmen. Ansonsten kann ein Konto nur unter BOND-Haftung eröffnet werden (Strafprozess). z.B. Im Falle einer gefährlichen Körperverletzung erfolgt die Strafverfolgung ohne Antrag (BOND). Ansonsten muß ein Antrag auf Strafverfolgung (Konto-Haftungsübernahme) gestellt werden. Daran erkennt man die Zusammenhänge. Wenn also ein Konto unter Ihrer Haftung eröffnet wird, so sind Sie der Konten gläubiger und haben einen Anspruch auf die Renditen. Die Renditemeldung ist das 1099-oid. Wieso Meldepflicht in den usa? Oder meinten Sie USA? Bitte achten Sie auf die Schreibweise. Die usa hat mit den USA nichts gemein, außer evtl. territoriale Übereinstimmungen. Den Rest hatte ich im letzten Interview erklärt.

Anfrage 23: (...) von Ihren wertvollen Kontakten bin ich wieder beeindruckt. Die letzten Interviews sind Spitze – nun kann ich immer mehr Licht in diesem Dschungel erkennen. Das ist eine große Hilfe auf dem Weg zur Gerechtigkeit. Bin immer noch auf der Suche nach einem

Seminar, bitte verschaffen Sie mir eine Kontaktmöglichkeit. Noch eine Frage zur Bedienungsanleitung Punkt 35: Wo finde ich den genannten Rechtsanspruch?

Antwort: Diese Person wird sich bei Ihnen melden. Produkthaftungsgesetz. Und zwar bitte die europäische Variante. Dort ist ganz klar geregelt, was einem Produkt beigelegt werden muß. Sie können sich auch einmal mit den Gesetzen beschäftigen, in denen die Investmentberatungen geregelt sind. Besonders interessant sind hier – meiner Meinung nach – die Qualifizierungsgrundlagen. Denken Sie einer der Investmentvertreter vor Ihrer Haustüre – manche nennen sie auch POLIZEI und GERICHTSVOLLZIEHER – können diese Qualifikation nachweisen? Und kennen Sie den Begriff Haustür-Geschäfte? Manchmal bekommen Sie Anrufe. Telefonmarketing. Auch das ist gesetzlich geregelt. Man kann auch Spaß damit haben, wenn man die Emotionen herausnimmt.

Teil18: Die Kraft der Worte und der Taten! Das „Herz Europas“ ist im Begriff zu zerreißen. Es „zerreißt uns – sprichwörtlich – das Herz!“ “ Warum wird Deutschland und (Ravensburg) verklagt? Europa wird zu Eurabia! Deutschland und Ravensburg sind politisch außer Kontrolle geraten. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben, Bildung, Freiheit, Streben nach Glück, Wahrheit und Frieden“. Das bestrafen sollten wir dem lieben Gott überlassen. Wer etwas verändern will muß gewaltlose Wege gehen. Zwangsversteigert? Alles verloren? Dann werde Nebenkläger am **High Court of England and Wales!** Sagen wir STOP zur Plünderung Deutschlands, Europas und unserer Welt! Es ist bereits Strafantrag beim Generalstaatsanwalt der USA und RU erstattet worden, auch **Ravensburg** ist mit dabei. Des Weiteren wurde dies der **SEC** gemeldet. Denn in GERMANY wurde ja die Beweislastumkehr eingeführt. Jeder ist so lange schuldig, bis er seine Unschuld bewiesen hat. Aber diskutieren und lamentieren bringt uns nicht weiter. Lasst uns zur Tat schreiten. Gehen wir den internationalen juristischen Weg als letzten Versuch einer Heilung für die Menschen. Lasst uns gemeinsam einen (vielleicht auch den) Funken aussenden, auf den so viele warten. Das Gespräch wurde im O-Ton am 6.4.18 aufgezeichnet. Ein Statement vom Diplomat finden Sie **hier**, bei Mitmach-Aktionen, wichtige Informationen rund um KOMMERZIELLES. Eine ÜBERSICHT aller AKTIONEN finden Sie **hier**.

Ich hatte gehofft, dass die Deutschen aufwachen. Das ist aber nicht passiert. Mit dieser pointierten Aussage steigt der Politikwissenschaftler Bassam Tibi in das Interview mit dem [NZZ](#)-Berlin-Korrespondenten Benedict Neff ein. Mit seiner Provokation spielt er auf die massenhaften sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015 in Köln an – und auf seine Hoffnung, diese würden quasi als «Dosenöffner» wirken und eine freiere Diskussion über Migration ermöglichen. Es gebe aber weiterhin eine Atmosphäre der Selbstzensur in Deutschland, sagt Tibi – dabei sei eine kritische Islamdebatte dringlich.

Der deutsche Staat kapituliert vor dem Islam! Kein deutscher Pass, aber in einer Partei hierzulande? Das ist erlaubt und fast unbeschränkt möglich. So werden Ideologien, andere Ansichten und Religionen durch die Hintertür installiert und die eigenen Werte langsam abgeschafft! Deutschland brauchte eine kritische Islam-Debatte, aber die werden von der Politik unterdrückt, sagt der Islam-Experte Bassam Tibi im Gespräch. So würden die mächtigen muslimischen Verbände bestimmen, wo es langgehe.

Guten Morgen oder eher Guten Tag Herr Diplomat. Heute freue ich mich besonders auf unser Gespräch, denn es ist gerade überall viel los, auch hier in Ravensburg. Den Eindruck habe ich auch. Die Unruhe ist aber definitiv nicht auf Ravensburg begrenzt. „Man“ ist nervös, denn die Mächtigen fangen an die Kontrolle zu verlieren. Jeder König und jeder Kaiser wußte, daß wenn er es übertreibt wird der Vertrag mit ihm gekündigt. Das erfolgte häufig auch auf sehr

brutale Art und Weise. Als erstes möchte ich wieder an ihre **Leser** appellieren, unbedingt ihre wertvolle Arbeit zu Sponsern, mit einer Spende zu belohnen, wie ich gehört habe benötigen sie auch dringend ein Auto.



Ich hatte Sie ja wegen der Gerüchte in Ravensburg und den angeblichen Verhaftungen kontaktiert. Ja ihre Anfrage ist bei mir angekommen. Ich kann (bzw. darf) nicht so viel dazu sagen. Die Meldung ist völlig überzogen. Nach meinem Kenntnisstand wurde zwar interveniert, aber nicht in dem Maße wie behauptet. Das hat andere Hintergründe. In Ravensburg muß man zusätzlich offensichtlich jemandem von der IBA ganz kräftig auf die Füße gestiegen sein. Die mögen es nicht beleidigt zu werden. Des Weiteren laufen Verfahren im Hintergrund auf die ich gleich noch eingehen werde, **Ravensburg** ist bei diesen Verfahren mit eingebunden, bei ihnen in **Ravensburg** muss endlich ein Exempel statuiert werden. Verfolgungswahn der Behörden und das Ablenken von den eigenen Verbrechen, Verleumdungen und Willkür durch Behörden, angebliche Vergehen. Zugunsten der Meinungs-, Presse- und Berufsfreiheit müssen diese internationalen Klagen jetzt geführt und die verantwortlichen in die private Haftung genommen werden. Wir haben auch Österreich im Visier, da herrscht das selbe Chaos wie in Deutschland, man spürt deutlich wer immer noch politisch zusammen gehört. **Das wird eine gesonderte Interviewserie wenn das für sie in Ordnung ist, in Genf hat man uns das schon zugesichert.**

Wissen Sie, wenn ich privat gewissen politischen Neigungen folge, so ist das eine Sache. Aber ein Roland Freisler ist definitiv niemand, der in einer als rechtsstaatlich behaupteten Justiz als Objekt der Verherrlichung etwas zu suchen hat. Aber darüber hatten wir ja schon einmal gesprochen. Ich kann Ihnen nur so viel zu diesen Gerüchten sagen: Die Justiz in GERMANY wird sich in den nächsten Wochen auf das konzentrieren müssen wozu sie eigentlich beauftragt wurden. Denn das ist definitiv nicht mehr der Fall gewesen in den letzten Monaten. Es werden disziplinarische Maßnahmen erforderlich werden, die aber, um die Glaubhaftigkeit dieser Justiz nicht noch weiter zu erschüttern, sicherlich unter dem Deckmantel „strictly confidential“ gehandhabt werden.

Dies bedeutet eine Veränderung im Verhalten der Richter? Ich würde es eher als eine Chance zum Umdenken und Besinnen bezeichnen. Wenn Sie einer Macht in der Macht zu viele Freiräume geben, dann entwickeln sich einfach Seilschaften, die der Gemeinschaft schaden und einigen wenigen Vorteilen bringen. Aber ich bitte die werten Leser, unabhängig was die nächsten Wochen so bringen, defensiv und korrekt zu bleiben. Es ehrt alle, die die Ehre des Anderen wahren. Man kann Unrecht nicht mit Unrecht vergelten. Das Ergebnis einer solchen Vorgehensweise können Sie in dem Buch „**Animal Farm**“ nachlesen. Aber eines kann ich Ihnen versichern. Es sind diesmal nicht nur die „Kleinen“ die man „hängen“ wird.

Sie meinen es geht nicht um Rache. Genau das meine ich. Denn das bringt uns alle nicht weiter. Es gibt bessere Möglichkeiten und die sollten die werten Leser und Ihre Familien nutzen. Ursprünglich wollte ich heute Fragen, die bei mir eingegangen sind, beantworten. Aber es ist tatsächlich sehr viel los. Im positiven Sinne. Und ich bitte die Leser dieses Interviews sich an dem, was gerade so in die Wege geleitet wird, zu beteiligen. Sie können sich sicherlich noch an meine Ausführungen bezüglich der Bilanzverlängerung in den EU-Staaten erinnern?

Sie meinen die Aktivierung von Flüchtlingen als Kollateralträger? Ja genau. Ich wurde von der Betreiberin einer Internetseite gebeten dazu Stellung zu beziehen, was ich auch gerne gemacht habe. Den Text habe ich diesem Interview beigelegt. In der Stellungsname habe ich mir dann erlaubt ganz deutlich eine Investorenwarnung auszusprechen, was mir „etwas Ärger“ eingebracht hat. Denn ich darf nicht so offen Stellung beziehen und man kennt meine Meinung zu diesem Thema. Deshalb war klar, von wem das kommt. Ich würde mich aber freuen, wenn Sie diesen Text auch Ihren Lesern zur Verfügung stellen könnten. Denn der Text hatte bereits folgen. Und ich lasse mir nicht gerne von niemanden den Mund verbieten.

Es wurde inzwischen Strafantrag bei der Generalstaatsanwaltschaft der USA und der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation gestellt, auch ihr **Ravensburg** ist mit dabei. Ebenso wurde zwischenzeitlich die SEC über den Verdacht des Bilanzbetruges informiert. Ich bin gespannt wie Jeff Session damit umgeht.

Bitte entschuldigen Sie... aber wer ist Jeff Session. Das ist der „Attorney General of the United States“ (Anmerkung: Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten), der eigentlich dafür gar nicht zuständig ist. So richtig meine ich. Aber es ist ein Bilanzbetrugsdelikt im US-Besatzungsgebiet bzw. betrifft es den US-Börsen-Handel. Vielleicht nutzt die Russische Föderation auch diese Chance.

In jedem Falle müßte, wenn sich die Verdachtsmomente auch nur annähernd bestätigen, die SEC den Handel mit den „Pseudo-Obligationen“, die für sog. Flüchtlinge herausgegeben werden, sofort stoppen und/oder den Handel mit Europäischen Staatsanleihen erst einmal aussetzen. Und dies so lange, bis die Bilanzen entsprechend des SOX verifiziert wurden.

In diesem Falle müßten die Firmen in Europa, die sich Staaten nennen und sich an dem Flüchtlingshandel (auch Menschenhandel genannt) beteiligt haben, die Herkunftsländer der bilanzverlängernden Buchwerte offengelegen. Und zwar über den Standard hinaus. Somit müßte der als Familiennachzug getarnte Flüchtlingimport (Ware = Mensch) von 19 Millionen lebender Wesen im Juni erst einmal verschoben wenn nicht sogar gestoppt werden. Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Europäer (bzw. die Verwaltungsfirmen) die Verantwortung für die Zerstörung der afrikanischen Infrastruktur übernehmen müssen. Aber diese Planung ist eine Entvölkerung von Afrika und zerstört Afrika endgültig. Ich habe sehr großen Respekt vor den Menschen in Afrika und deren Kulturen und mein Herz blutet ob dieses Verbrechens an den Menschen durch den Konzern EU-EUROPA.

Gestatten sie mir einen Zwischenfrage. Kann es sein das deshalb Präsident Trump angekündigt hat, dass Flüchtlingsschaos in Deutschland und Europa beenden zu wollen? Ja das ist durchaus möglich, der Strafantrag ging kurz vor Ostern raus, es kann durchaus sein das bereits reagiert wurde, weil der Strafantrag landet direkt im Weißen Haus.

Und denken Sie, daß die Beteiligten tatsächlich einschreiten? Ich denke da an den Spruch mit den Krähen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Es geht um rein wirtschaftliche Interessen und die Entscheidung über öffentliche Interessen (die Interessen der Firmen, die sich Staaten nennen) obliegt einzig und alleine dem Generalstaatsanwalt. Und wenn der Firma, die sich Staat nennt, kein wirtschaftlicher Schaden droht, dann besteht auch kein öffentliches Interesse. Das öffentliche Interesse hat absolut mit nichts mit lebenden Wesen zu tun. Das Interesse eines Unternehmens ist einzig und allein Umsatz- und Gewinnmaximierung. Das ist der Fehler im System.

Aber... es gibt Investoren, die Staatsanleihen kaufen (Liquidität treuhänderisch beistellen) und sich Gewinne daraus versprechen. Wenn sich nun das Investment-Objekt (Obligation) als betrügerisch herausstellt, dann könn(t)en sich die Investoren eine Weisheit zunutze machen: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ Vielleicht sollten sich die Investoren einmal überlegen in wen oder was sie da investieren. Wir Menschen haben wesentlich mehr Macht als wir denken. Und wenn sich die verantwortlichen Bearbeiter dieser Strafanträge entscheiden sollten nichts zu tun ... dann ist es an den Lesern dieses Artikels den Mächtigen klar zu machen, wer die angeblich Mächtigen autorisiert hat. Und wer seine mühsam ersparte Liquidität ungeachtet eines solchen Skandals weiterhin in Staatsanleihen und dies trotz Betrugsverdacht investiert, dem ist nicht zu helfen. Der soll Angela Merkel das Märchen von einem freiheitlichen, demokratischen, islamischen Rechtsstaat in EU-EUROPA weiter glauben.

Dann ist das hier auch ein Aufruf an die Menschen in Deutschland? Ja... für die öffentliche Ordnung einzustehen, wenn dies durch die Sicherheitskräfte und eine behauptete Gewaltenteilung nicht mehr sichergestellt ist. Es mag Sie belustigen, aber die „Widerstand-Leistenden“ sind für Aktionen, die der Erhaltung eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates dienen, sogar versichert. Ihr sog. Grundgesetz Artikel 20 Abs. 4.

Und das lesen Sie doch bitte mal unter folgendem Aspekt. Ich möchte keine Fremdenfeindlichkeit schüren. Es gibt überall in dieser Welt anständige Menschen und Idioten und Verbrecher. Für mich ist es ein Verbrechen, eine Frau gegen ihren Willen zu sexuellen Handlungen zu nötigen. Selbst in unseren Chefetagen wird dies mittlerweile sehr stark kriminalisiert.

Aber die aktuellen Handlungen unserer Judikative passen dazu nicht. Beispiel: Ich sprach einmal mit einem jungen Polizisten, der gerade etwas erlebt hatte, was er überhaupt nicht einordnen konnte. Er hatte zusammen mit Kollegen einen jungen Afrikaner verhaftet, nachdem dieser eine junge Frau – Deutsche – ziemlich brutal vergewaltigt hatte. Also Sex ohne Einvernehmen. Dies ist nach deutschem Recht ein Straftatbestand. Es gab keinen Zweifel und der Verhaftete wurde umgehend in ein Gefängnis – ich glaube das nennt man bei Ihnen JVA – in Untersuchungshaft gebracht. Drei Tage später war dieser Mann wieder frei und lief in dem Ort des Verbrechens frei herum. Das junge Mädchen war dem Ganzen schutzlos ausgeliefert. Und der junge Polizist war völlig konsterniert.

Was war geschehen. Wieso wird dieser Mann einfach so wieder freigelassen? Keine Fluchtgefahr? Oder wurde der Vorgang als fahrlässig eingestuft. Was in dem Kopf des Richters tatsächlich vorgegangen ist, als er (nach Haftprüfung?) die Freilassung veranlasste wird sich nur ihm erschließen. Betrachten wir den Vorfall rein kommerziell. Eine andere Möglichkeit hat der Staatsanwalt gar nicht. Es kommt also zu einer Tat, die aufgrund eines sog. StGB unter Strafe steht. Der Staatsanwalt muß nun klären

1. ob öffentliches Interesse besteht
2. ob eine Verfolgung nur auf Antrag erfolgt (deshalb ist die Anzeige einer Straftat nur dann sinnvoll, wenn tatsächlich öffentliches Interesse besteht)
3. Wer übernimmt die Haftung für das Ermittlungskonto (auch Aktenzeichen genannt), denn ohne Ermittlungskonto kann keine Abrechnung erfolgen

Im Falle z.B. einer gefährlichen Körperverletzung muß der Staatsanwalt die Haftung übernehmen. Dazu wird i.d.R. ein BOND zur Deckung des Ermittlungskontos herausgegeben. Die Haftung für den BOND wird bei Klageeinreichung dem Richter übertragen, was dessen Versicherung belastet (hatten wir schon einmal). Falls die Möglichkeit besteht, daß der

potentiell Haftungsübernehmende die Kontendeckung systematisch (unbegründet) verweigert, indem er z.B. nicht zum Strafverfahren erscheint, dann lagert man den Körper des Schadens-Verursachers kurzerhand als Sicherheit ein.

Es steht dem Staatsanwalt frei, wie er die Angelegenheit einstuft. Allerdings steht auch die privatwirtschaftliche Staatsanwaltschaft unter wirtschaftlichen Zwängen (da umsatz- und gewinnorientiert = privatwirtschaftlich). Und somit wird er sicherlich kein Verfahren eröffnen, an dem „nichts zu verdienen“ ist. Das wissen 99% aller Staatsanwälte nicht. Warum auch. Die sollen doch nur ihren Job (Vorschriften) machen in der Sachverwaltung von GERMANY.

Die Kollateraldeckung der hier in GERMANY buchhalterisch aktivierten Flüchtlinge ist nahezu Null, so daß die natürliche Person des Flüchtlings (Obligation) keine Haftung für ein Strafverfahren übernehmen kann. Somit kann der Staatsanwalt kein Verfahren unter der Haftung des Kollateralkontos (Formular 1096) des Flüchtlings eröffnen. Es sei denn, GERMANY würde die Haftung für ein Ermittlungsverfahren (Kostendeckungszusage) übernehmen. Warum sollte sie? Es ist kein Geld damit zu verdienen ... kein öffentliches Interesse.

Glücklicherweise hatte man ja schon teilweise zuvor Bürgen aus dem deutschen Volk akquiriert. Verzeihen Sie mir meinen Sarkasmus. Und bitte verzeihen Sie die harten Worte. Die aktuelle Justiz hat mit dem was wir alle unter Justiz verstehen, nichts zu tun. Es ist eine rein auf Umsatz und Gewinn ausgerichtete Organisation, die ich mir deshalb erlaube als Firma zu bezeichnen. Und dieser Vorgang ist wiederum ein offen-sichtlicher Beweis für die betriebswirtschaftlich ausgerichtete Justiz von GERMANY.

Mir ist jetzt zu Ohren gekommen, dass in Deutschland Privatleute Bürgschaften für Flüchtlinge übernommen haben und jetzt vom Staat zur Kasse gebeten werden, für die Aktionen die diese Flüchtlinge veranstalten, was ich als eine Unverschämtheit betrachte, so die Gutmütigkeit einer Bevölkerung zu missbrauchen und sie so reinzulegen. Weil wir müssen uns einfach im klaren sein, dieser Begriff des Kulturimports ist nicht Böse gemeint, es ist nur Fakt, dass diese Menschen in einem anderen Kulturkreis groß geworden sind und diese Form der Konfliktlösung nach Europa tragen. Diese Form der Konfliktlösung korreliert nicht mit dem was wir hier als Problemlösung betrachten. Und das wird langfristig mit unserer sogenannten Rechtsprechung kollidieren.

Ist das nur hier in Deutschland so? Nein. Das ist auf der ganzen Welt so. Es fällt hier nur deshalb so auf, weil es hier in EU-EUROPA einfach übertrieben wird. Alle kämpfen um das wirtschaftliche Überleben (scheinbar) und im Hintergrund werden Quintilliarden von Dollars gehortet. Es ist die Perfektionierung des kommerziellen Systems. Genau gesagt verfolgt der Staatsanwalt nur Sachbeschädigungen. Und wenn die Sache hinterher nicht mehr ordnungsgemäß funktioniert, dann ist GERMANY gegenüber der Treasury für den Kollateralschaden haftbar und muß gegebenenfalls sogar Schadenersatz leisten.

Das meinen Sie nicht ernst, oder? Doch das meine ich ernst. Jeder Kollateralträger in GERMANY ist versichert. Die Versicherungssumme beträgt meines Wissens nach 6 Milliarden Dollar. So ein Bürgerkrieg kann sich also durchaus lohnen, wenn Sie mir die bösartige Bemerkung gestatten. Es sind andere Kräfte und Interessen im Hintergrund aktiv. Und niemand absolut niemand weiß davon. Wir sprechen von Ethik, Recht, Wahrheit und anderen hohen Werten unserer Kultur. Gehandelt wird aber nach knallharten betriebswirtschaftlichen Fakten. Deshalb ist es für mich blanker Hohn, wenn Politiker wie Angela Merkel, Theresa May und Emmanuell Macron von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sprechen. Denn die wissen definitiv Bescheid.

Es erschüttert mich solche Ausführungen anzuhören. Das ist Schöpfungsverachtend. So viel zum Thema christlich ...Alle schimpfen über die Gnadenlosigkeit des Islam. Die kommerzielle Ausrichtung dieser Welt hat aber ihre Wurzeln im Vatikan. Im behaupteten Zentrum des Christentums. Lassen Sie uns dieses Thema bitte beenden an dieser Stelle. Ich habe noch ein weiteres sehr aktuelles Thema heute. Es ist nichts Neues, aber es bewegt sich etwas.

Das Thema zuvor war auch schon einmal Bestandteil eines Interviews. Das ist möglich. Und es ist definitiv nicht mein Lieblingsthema.



Schön das sie den Vatikan erwähnen. Papst Franziskus meint “ Die Hölle existiert nicht“, wer das glaubt war noch nie in Ravensburg und anderswo in Deutschland oder in Europa. Er meinte auch, „Die Geschichte von Adam und Eva ist nur eine Metapher“. Das kommt den Grünen, der CDU, CSU, SPD sehr gelegen, für dies Parteien hat die Gender Politik Adam und Eva schon lange abgelöst, so viel zur Ehrlich-Glaubwürdigkeit der Kirche!

Danke für den Hinweis. Wir hatten uns schon einmal über das Thema Zwangsversteigerungen unterhalten. Es sind aus meiner Sicht auch sehr unrühmliche Veranstaltungen in bundesrepublikanischen Gerichten. Es wird zwar nicht besser dadurch, aber in anderen Firmen, die sich Staaten nennen geht es nicht anders zu.

Das Kernproblem ist: Die Amtsgerichte finanzieren sich im Wesentlichen aus diesem Geschäftsmodell. Die Amtsgerichte agieren parteiisch zugunsten der beantragenden Partei. Das sind i.d.R. Banken und Finanzämter. Und genauso laufen die Verfahren auch ab. Der Betroffene/die Familie haben absolut keine Chance eine Zwangsversteigerung ihrer Immobilie zu verhindern. Die Betroffenen können im besten Falle versuchen ihr Heim selbst zu ersteigern. Wenn sie das direkt machen, laufen sie sogar noch Gefahr, daß ihnen die Liquidität dazu vorher auch noch weggepfändet wird usw.

Ich finde der Begriff der kommerziellen Inquisition passt hier vorzüglich. Letztendlich versucht man sogar über Sippenhaftung zusätzlich am Ende, wenn die Betroffenen von Wucherzinsen auf behauptete Zahlungsrückstände existenziell vernichtet wurden, die Kinder und die Eltern der Betroffenen mit Pfändungsverfügungen einzuschüchtern usw. Es ist ein gnadenloses brutales Geschäft mit Existenzvernichtung. Und wenn dann die Betroffenen am Ende sind und Hartz IV beantragen müssen ... dann geht das Geschäft für die Kollateral-Zwischenverwalter (auch Staaten genannt) erst richtig los.

Dann kommt das private Budget. Genau. Dann wird – auf Antrag, wer ist also der Konten gläubiger und wer hinterlegt seine Sicherheiten? – Geld unter der Kollateralhaftung des Antragstellers generiert und nicht einmal 10% davon ausgezahlt. Das sind dann ca. 400 € pro Monat. Und den Mitarbeitern in der Verwaltung wird nach meinem Wissenstand sogar eine Provision gewährt, wenn diese es schaffen selbst diese lächerlichen Auszahlungen zu unterdrücken bzw. einen Grund für Auszahlungsverweigerung zu finden.

Ziel: der Antragsteller wird in die Handlungsunfähigkeit gebracht, so daß man sein Kollateral ungestört – mit seinem „freiwilligen“ Einverständnis > Antragstellung – plündern kann.

Mir hat einmal ein sehr ranghoher Politiker gesagt: „Wenn die Menschen jemals herausfinden was wir mit ihnen gemacht haben, dann werden die uns alle an der nächsten Laterne aufhängen“ Also: Es ist Zeit aus der überteuerten Komfortzone dieses Systems aufzustehen und etwas zu tun. Und dazu rufe ich die werten Leser dieser Zeilen auf.

Und bitte bitte bitte ... seien Sie friedlich dabei. Man wartet nur darauf, daß die Menschen sich aggressiv wehren. Dann ist endlich der Vorwand gegeben mit Waffengewalt durchzugreifen. Es ist alles dafür vorbereitet (EUCOM).

Das ist das alte Konzept diese Systems: Man provoziert so lange, bis die Gegenseite die Nerven verliert. Und damit werden dann alle nachfolgenden Methoden gerechtfertigt. Damit das auch richtig „knallt“ wurden sehr erfolgreiche Verzögerungsmechanismen (Einschüchterung) eingebaut, die von sehr eifrigen Exekutiv-Kräften gestützt werden.

Das letzte was dieses System brauchen kann ist ein friedlicher effektiver Widerstand. Und die gefährlichste Waffe, die Ihnen allen zur Verfügung steht ist: Solidarität. Wenn es den Deutschen gelingt diese Tugend wieder zu beleben, hat das System ausgespielt. Das verspreche ich Ihnen. Denn dieses System lebt vom Separieren und der danach folgenden individuellen (wirtschaftlichen) Vernichtung des separierten Individuums.

Was kann denn der Einzelne tun? Ich erhalte viele Anfragen in dieser Richtung. Der Einzelne gar nichts. Es geht nur in gemeinschaftlichen FRIEDFERTIGEN Aktionen. Und die Mitarbeiter des sog. öffentlichen Dienstes sollten sich im Rahmen eines friedlichen Widerstandes einmal die Frage nach dem Preis für ihr Gewissen stellen. Es ist an der Zeit.

Bitte denken Sie daran. Die Bank hat dem Häuslebauer kein Geld von Sparern gegeben. Das weiß der kleine Angestellte der Bank nicht. Das ist nur in den oberen Ebenen bekannt, da die wahre Natur von Liquidität ein sehr gut gehütetes Geheimnis WAR.

Sie haben bei der Zwangsversteigerung von Immobilien (ich kürze diese zukünftig mit ZV ab) vor einem deutschen Amtsgericht keine Chance. Eine Vollstreckungsabwehrklage kostet einen Haufen Geld (Geschäftsmodell der Amtsgerichte und Landgerichte), der Rechtsanwalt darf Ihnen gar nicht helfen, denn sonst verliert er seine Zulassung und Ihnen geht definitiv nach kürzester Zeit die Liquidität aus. Der Bank nie. Die hat es ja von Ihnen. Die arbeitet ja mit Ihrer Haftungszusage.

An der Stelle sei bemerkt, daß der Anwaltszwang in GERMANY eine Lüge ist, die gewaltsam (durch Untätigkeit und Willkür) durchgesetzt wird. Anwaltszwang ist für mich Hitlerism-Crime, denn dieser Zwang bezieht sich auf eine nationalsozialistische Rechtsauffassung (also rein kommerziell). Dieser Mann (Adolf Hitler) ist verantwortlich für die Einführung aller kommerziellen Strukturen, die heute noch genutzt werden.

Das Einzige, was Sie mit einer Vollstreckungsabwehrklage gewinnen ist Zeit. Und dafür ist der Preis (Kosten-Nutzen-Verhältnis) zu hoch.

Nach meinem Kenntnisstand wurde von einer Gruppe von Menschen am **High Court of England and Wales** Klage bezüglich der Systematik von ZV eingereicht. Die Ansätze sind sehr gut und gehen an die Wurzeln dieser Verfahren. Es ist eine sehr schwer zu lesende, aber zweisprachig eingereichte Klage, die definitiv lesenswert ist. Denn da haben sich Menschen sehr viel Gedanken gemacht über die Substanz dieser Verfahren.

Dieser Hauptklage kann man als Nebenkläger beitreten. Es geht definitiv aktuell nur um Immobilien ZV. Wer aber begreift worum es geht – zwischen den Zeilen – der sieht die Möglichkeiten.

Ich habe Ihnen eine **pdf-Version** mitgebracht. Ich bitte Sie diese und die Zusatztexte mit diesem Artikel zu veröffentlichen. Denn viele Menschen (aktuell ca. 50.000 pro Jahr) werden mit einem höchst dubiosen Verfahren (angeblicher Vertragsbruch) aus Ihren Häusern hinausgeworfen, für die diese Menschen bzw. Familien z.T. ihr Leben lang gearbeitet haben.

[anlage zum betritt als Nebenkläger betritt als nebenkläger zur klageeinreichung](#)

Nach meinem Kenntnisstand wird dieses Verfahren komplett vom Antragsteller unter Kollateralnutzung finanziert. Das wird eine Kraftprobe auf höchster Ebene und ich bin gespannt, wie die Hohen Richter in London damit umgehen.

Ich habe mit den Initiatoren bereits Kontakt aufgenommen und möchte diese unterstützen, denn es geht uns alle an. Auch die, die vielleicht (noch) nicht davon betroffen sind. Denn eine ZV ist ein außergewöhnlich lukratives Geschäftsmodell für alle betreibenden Parteien. Die einzigen, die auf der Strecke bleiben sind die Familien, die sich dieses Haus vom Munde wegsparen müssen. Gerne lasse ich Ihnen die Kontaktdate zukommen.

Ich habe bereits von dieser Aktion gehört, weiß aber noch nichts Näheres davon. Ich sehe mir den Vorgang an und entscheide dann inwieweit ich verlinke. Einverstanden. Detaillierter auf diese kleingedruckte 20 Seiten-Klage einzugehen, sprengt schon wieder unseren Rahmen heute. Vorschlag: ich arbeite etwas dazu aus (Erklärungen zu den 5 Klagepunkten) und lasse Ihnen diese zukommen. Dazu müssen wir uns nicht unbedingt sehen.

Einverstanden, denn ich möchte daß der Leser etwas mehr Informationen zu diesem Thema bekommt. Das wäre mir sehr recht, denn ich möchte die letzten 20-30 Minuten dazu nutzen etwas auf die Hintergründe einzugehen. Viele haben in den letzten Jahren Klagen am ICC (International Criminal Court), am ECHR (European Court of Human Rights), am EUGH und vielleicht sogar am ICJ (International Court of Justice) eingereicht. Erfolglos. Die Klagen werden nicht bearbeitet.

Am **ICJ** können Sie gar nicht Klagen, denn der ICJ bearbeitet nur Klagen von „Staaten“ gegeneinander. Und wenn die beklagte Partei diesen Gerichtshof nicht anerkennt ... Das Problem hatte bereits die Russische Föderation. Das sagt doch alles, oder?

Am **ICC** werden nur Klagen bearbeitet, die gegen die ROM Statuten (Artikel 5 – 8) dieses Gerichtshofes verstoßen. Das sind i.d.R. völkerrechtliche Vergehen. Alle anderen Klagegründe sind nicht relevant.

Am **ECHR** können zwar klagen, aber das Ergebnis interessiert niemanden. Bitte verzeihen Sie mir, aber ein Urteil und die Umsetzung ... das sind zwei Stiefel. Recht haben, Recht bekommen und Recht durchsetzen das sind drei verschiedene Sachen.

Den **EUGH** können Sie sich auch schenken.

1. Müssen Sie sich erst durch alle Instanzen durchklagen (Anwaltpflicht in GERMANY)
2. Und dann können ausschließlich Verstöße gegen EU-Recht beklagen.

Und wenn „die“ alles richtig gemacht haben nach den AGBs des Konzerns EU-EUROPA, dann haben Sie nur eine Menge Geld ausgegeben.

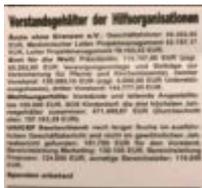
Und dann gibt es noch die sehr mächtigen und großen Gerichte. Eines davon ist in Jerusalem, das zweite ist in Philadelphia und das dritte Gericht ist der High Court of England and Wales.

Alle drei Courts haben einen privaten Hintergrund. Das nur mal so zur Information! Deshalb ist die Klage am High Court genau an der richtigen Stelle. Aber was haben wir mit England zu tun?

Die USA ist immer noch eine Kolonie. Es gab nie einen Friedensvertrag. Sie brauchen sich doch nur mal die Flaggen richtig anzusehen. Wir schauen nicht mehr richtig hin. Die USA ist die Besatzungsmacht von Zentraleuropa. Also gilt hier letztendlich das übergeordnete US-Recht. Sie brauchen keinen „Alien-Tord-Claim-Act“ um in den USA zu klagen. Berufen Sie sich auf den Besatzungsstatus, wenn Sie in den USA klagen. Obama hat diesen bis 2099 bestätigt. Und da der 2+4 Vertrag nie zustande gekommen ist.

In London am High Court werden international Fälle bearbeitet. Selbst die Russische Föderation hat dort gegen die Ukraine geklagt ... und gewonnen. Das hängt man nicht an die große Glocke. Falls man diese Klage nicht annimmt, sehe ich das gesamte also weltweite, kommerzielle System in Frage gestellt. Denn den Menschen die Unrecht beklagen (dazu war ein Court einmal vorgesehen) müssen die Möglichkeit rechtlichen Gehörs bekommen.

Jeder hat das Recht auf Heilung. Jeder hat das Recht auf Vergebung für einen Fehler. Und jeder hat das Recht auf Gnade. Wenn das weltweite, kommerzielle System diese Aspekte (Gnade, Vergebung und Heilung) nicht mehr gewährt, dann hat dieses weltweite, kommerzielle System seine Existenzberechtigung verspielt. Es geht in London meiner Meinung nach um viel mehr als nur um eine Klage verzweifelter existenziell vernichteter Menschen. Es geht um die Glaubhaftigkeit dieses Gesamtsystems.



Das war ein guter Abschluß unseres heutigen Interviews. Ich hoffe daß Sie mir schnellstmöglich die angekündigten Erklärungen zur Klage zukommen lassen können und danke Ihnen auch im Nahmen der Leserschaft für Ihr Engagement. Ich freue mich schon auf den nächsten Termin, wo wir eventuell die nächsten Leser Fragen beantworten werden und was sich bis dahin neues ereignet hat.

So ganz nebenbei fällt mir da noch eine Kleinigkeit zu dem Beitritt als Nebenkläger ein. Ich werde mir sicherlich erlauben, die Initiatoren, soweit diese das noch nicht wissen, über diesen Sachverhalt zu informieren. Es ist so, daß es im Falle einer Klageeinreichung in GERMANY nicht gerne gesehen wird, wenn der Beklagte den Kläger unter Umgehung eines eingeschalteten Gerichtes kontaktiert. Das kann durchaus als Einschüchterung betrachtet werden, insbesondere, wenn der beklagte Vorgang (Verhandlung) durch die Kontaktaufnahme beeinflusst werden könnte.

In den USA ist diese Kontaktaufnahme ein Straftatbestand, der mit bis zu 12 Jahren Gefängnis bestraft wird. Ähnliches gilt für das englische Recht. Der Richter, der das Verfahren leitet, hätte

im Falle von Verhandlungen „hinter seinem Rücken“ die Haftung. Somit müssen solche Schlichtungsgespräche nach Verfahrenseröffnung angemeldet und im Beisein des Richters oder eines Beauftragten des Richters stattfinden. Zumindest ist es üblich, daß der gesamte Schriftverkehr zwischen den Parteien ausschließlich über das Gericht abläuft.

Bei Strafsachen ist das noch eine ganz andere Hausnummer. Jetzt stellen Sie sich mal vor in GERMANY würde der Angeklagte in einem Strafverfahren einen Zeugen zwecks Klärung des Sachverhaltes kontaktieren. Da muß eigentlich jeder Rechtsanwalt, der diese Zeilen liest eine Gänsehaut bekommen. Wenn Sie das in den USA machen, sitzen Sie innerhalb von 24 Stunden im Gefängnis. Definitiv. Wenn Sie nun also Ihr Amtsgericht wegen Ihrer ZV oder die Staatsanwaltschaft und die Gerichte wegen Verstoß internationaler Gesetze als Nebenkläger dieses Prozesses verklagen...Das gilt allerdings auch für ihr **Ravensburg**, auch wenn die sich als unangreifbar fühlen, den Zahn muss ich ihnen allerdings ziehen.muß ich noch deutlicher werden?



Update: Wenn die Fiktion den Menschen schaden zufügt, dann muß die Fiktion der Wahrheit weichen. Der „DEUTSCHE [MICHEL](#)“ schläft leider immer noch! Irgendwann knacken wir die Nuss. Alles zu seiner Zeit. Und die rückt immer näher. Für unsere vielen Leser, die schon ungeduldig auf die Fortsetzung der UN Interview Serie von „Glaube nichts und prüfe selbst“ warteten, können wir mitteilen, dass wir jetzt den Teil 21 produziert haben. Aus Termin- Zeit, teilweise auch aus Kostengründen haben sich die Fortsetzungen leider verschoben. Anschließend kommt eine neue Interviewserie mit einem hohen NATO Diplomat, der uns auch über Deutschland aufklären wird, die Weichen dafür wurden beim Kongress gestellt. Auch Steve [Bannon](#) ist für seine Wahrheiten bekannt, wir sprechen mit ihm!

Teil20 Teil19 Teil18 Teil17 Teil16 Teil15 Teil14 Teil13 Teil12 Teil11 Teil10 Teil 9 Teil 8 Teil 7 Teil6 Teil5 Teil4 Teil3 Teil2 Teil1

Die RRRedaktion war ab Mitte der 21. KW zu einem mehrwöchigen Weltkongress eingeladen, mit hochrangigen Persönlichkeiten und Teilnehmern aus der UN Diplomatie, Juristen, Richtern und Botschaftern etc.. Anschließend gab es noch einige Tage vertrauliche vier Augen Gespräche, Sondierungen der Kongress Inhalte. Diese Wochen waren sehr anstrengend und jetzt kommt viel Arbeit auf uns zu, die vielen Wahrheiten und Bestätigungen den Lesern zu vermitteln. Wie die EU und Deutschland uns in die Falle laufen lässt. Die [EU](#), der Euro und Deutschland haben kläglich versagt, die Bankpleiten und die Inflationsrate steigt rasant. Die EU steht vor dem Zerfall, weil so kann es nicht mehr weitergehen. Das Treffen Trump, Putin Mitte Juli wird einiges zum positiven verändern. Deutschland ist seiner nationalen und internationalen Verantwortung nicht mehr gerecht und kürzt sogar die Mittel. Es ist von Deutschland ausgehend weltweite Armut erwünscht, zur schnelleren Reduzierung der Weltbevölkerung, so die breite Meinung der Experten beim Kongress. [Gambia](#), Deutschland waren ebenfalls im Fokus der Kongressteilnehmer. Was hat Steinmeier bei seinem Besuch in Gambia erreicht, noch mehr Einwanderung, Geldwäsche, Drogen und Waffenlieferungen für Europa und für Deutschland? Für das Volk wird nichts getan, man lockt sie lieber als billige Arbeitskräfte nach Deutschland und verlagert die Kolonien der Neuzeit nach Europa



Gorbatschow sagte: „ Wer den Zeitgeist nicht erkennt, den bestraft das Leben“! **Der Vorgänger Papst sagte im Bundestag:** „ Es ist eine Schande, wenn ein Parlament zu einer gewöhnlichen Räuberbande verkommt, gebt dem Volk seine Rechte zurück!“ Ähnlich VOLKNAH äußerten sich Wulf und Köhler! **Obama sagte in Rammstein:** „Deutschland ist ein besetztes Land und wird es auch bleiben“. Der Umbau von Deutschland muss bis 2022 abgeschlossen sein, er wurde bis auf 2025 verlängert.



Ich glaube an die Wahrheit: Sie zu suchen, nach ihr zu forschen in und um uns, muss unser höchstes Ziel sein. Damit dienen wir vor allem dem Gestern und dem Heute. Ohne Wahrheit gibt es keine Sicherheit und keinen Bestand. Fürchtet nicht, wenn die ganze Meute aufschreit. Denn nichts ist auf dieser Welt so gehasst und gefürchtet wie die Wahrheit. Letzten Endes wird jeder Widerstand gegen die Wahrheit zusammenbrechen wie die Nacht vor dem Tag!“ (Theodor Fontane 1819-1898) **Die Zensur geht weiter:** Beim Verlag Random House“ – Thilo Sarrazin sein Buch, in dem es um die Islamisierung Deutschland geht soll nicht gedruckt werden. So tickt Deutschland wirklich, und sich dreist als Demokratie bezichtigt. Die DDR bezeichnete sich schließlich auch als eine Stasi Demokratie, Sorry wir meinen natürlich Diktatur, die von West übernommen wurde.



Zwischendurch sagen wir unseren Lesern einfach mal Danke für die Unterstützungen! Mit Ihrer Hilfe und Unterstützung wurde es für viele Menschen möglich, sich nicht mit Ungerechtigkeiten abzugeben, sondern sich für ihre Überzeugungen einzusetzen und damit Erfolg zu haben. Weil wir gerade jede Unterstützung brauchen, erwähnen wir es heute noch einmal. Wahrheitsfindung braucht deshalb weiterhin Ihr Engagement. Wir möchten an unsere Leser appellieren, unbedingt unsere Arbeit regelmäßig zu „Sponsern“, oder mit einer Spende zu belohnen, damit alles zügig weitergehen kann. Derzeit wird auch ein Hörbuch produziert mit allen 21 Teilen der Interviews, auch die TV Arbeiten geht voran. Es gibt also noch viel zu tun!

Warum braucht die RRRedaktion weiterhin Ihre Unterstützung?: Die aktuelle Lage in Deutschland und in der Welt zeigt, wie wichtig alternative Medien geworden sind. Während in den Mainstream-Medien ganz bewußt Nachrichten verschwiegen werden oder bewußt gelogen wird, bauen wir mit unserer unabhängigen Berichterstattung eine Gegenöffentlichkeit auf und bringen so Licht ins Dunkel. Jetzt wollen auch wir einen Schritt weiter gehen und unsere Leserschaft im Kampf gegen die Mainstream-Medien verdoppeln. Und dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Täglich versorgen wir tausende Leser mit unseren Artikeln, die auch dazu beitragen, die Macht der Mainstream-Medien zu brechen. Um Sie als Leser noch besser zu versorgen, werden auch wir schon bald eine mobile Version der RRRedaktion anbieten. So können Sie von unterwegs komfortabel und schnell auf unsere Seiten und unsere Artikel zugreifen. Befreundete Redakteure, Graphiker und IT-Experten haben bereits die Weichen für unsere Mobilversion gestellt. Um diese aufs Gleis zu bringen, fallen Kosten an. Alleine können wir diesen Betrag nicht aufbringen. Als Herausgeber der RRRedaktion bitte ich Sie aus diesem Grund herzlichst um Ihre Spende und um Sponsoren, mit deren Hilfe wir die anfallenden Kosten decken können.

In der heutigen Zeit ist eine alternative Berichterstattung wichtiger denn je. Gerade in den für unsere Zukunft so entscheidenden Fragen wie „Zukunft der Familie“, Justiz, Bildung, „Migration“ und „Islamisierung“ wird von Seiten des Medien-Establishments so viel gelogen und verschwiegen, daß dem unbedingt eine objektive Berichterstattung entgegengestellt werden muß. Mit unserer neuen mobilen Version wird sich unsere Reichweite mehr als verdoppeln. Dies ist für unseren Kampf gegen die Mainstream-Medien von entscheidender Bedeutung. Bitte tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei, daß der nötige Wandel in Deutschland schon bald eingeläutet wird. Vielen Dank für Ihre Unterstützung in dieser wichtigen Sache. Wenn möglichst viele Empfänger dieser Nachricht uns mit einer Spende von 5, 15, 25 oder ... Euro unterstützen, können wir die mobile Fassung der RRRedaktion schon bald starten. Danke, daß Sie als Leser und Förderer unsere alternative Berichterstattung unterstützen.

Auf der Spur – Geldwäsche, Drogen, Waffenhandel und die Geheimdienste: Wie tief steckt [Deutschland](#) mit Rumänien im schmutzigen Geschäft? Wir, die RRRedaktion sind auf einer heißen Spur und decken es gerade auf, [Personen](#) eines rumänischen Regierungsmitgliedes packen aus. Die Merkel Medien, Staatsanwaltschaften, Behörden, Polizei und die Ministerien wollen es in Deutschland vertuschen, sie weigern sich dran zu gehen, Maas ist voll im Bilde und er deckt es. **Wie verheizt man Soldaten und Mitarbeiter?:** Gleichzeitig sind wir auf einen Skandal bei der Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung gestoßen, Mitarbeiter packen aus, vom Mobbing bis zum Justizskandal. Auch hier schweigen unsere CDU, SPD, FDP, Grüne Medien. Die Behörden, Ministerien möchten es vertuschen, vor allem das von der Leyen geführte Verteidigungsministerium. Wir decken es auf und leiten unsere Recherchen an die richtigen, internationalen Stellen weiter. In den USA ist man bereits daran interessiert. Wir stellen bei unseren [Recherchen](#) fest, dass ehemalige **Behörden Mitarbeiter der DDR** flächendeckend in Westbehörden etabliert wurden. Die Tonlage im Amt verschärft sich zum DDR Ton.



Archiv

Wir haben auch die ehemalige **Volkskammer** der DDR im Visier, die sich im Exil befindet. Wir überprüfen das derzeit. Wir recherchieren gerade auch über die **Staatsbank** der DDR, die sich im Exil in Laos und Vietnam befindet. Die Staatsbank hat an Deutschland eine Forderung von 23,3 Billionen, die sich aus der Plünderungsaktion der Kanzlerin ergeben, dass damalige Volkeigentum wurde zum Parteieigentum West gemacht. Merkel ist nicht besonders beliebt, ihre Stasi Vergangenheit holt sie ein. Deshalb reist auch die Kanzlerin so gerne nach Vietnam, bringt große Geldgeschenke mit, um so ihre früheren Kontakte zu pflegen. Vietnam hat keine Datenschutzgesetze, von dort aus werden alle unsere Daten weltweit vermarktet. Bleiben Sie dran es wird noch spanend werden. Jede Wahrheit kommt irgendwann immer ans Tageslicht, siehe auch das 28seitige Geheimpapier vom 9/11.



Wikipedia

Wir geben den Schuldigen einen Namen und den Opfern eine Stimme. Wir berichten im Interview über Neuigkeiten aus Deutschland, Österreich und aus aller Welt. (Auch über [Ravensburg](#), war man international entsetzt, über ihre undemokratischen, rechtswidrigen

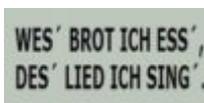
Methoden in Verwaltung, Polizei, Justiz, Staatsanwaltschaft und in der Rechtspflege, die Forderungen gegen Beamte und gegen andere Personen, auch aus der Politik, wurden durch UN Vertretern angenommen). Die RRRedaktion liefert der Weltgemeinschaft brisantes Recherchematerial und wir nennen Ross und Reiter.

Es wird weitere Informationen geben. Vorab kann man schon mitteilen, Deutschland und ein Großteil seiner Medien sind in der Welt nicht wirklich beliebt, sogar der US Botschafter möchte Deutschland in seine Schranken weisen. Deutschland's Regel-Wut, die Umweltlügen, wie krank macht uns Deutschland zu Gunsten der Wirtschaft. Wo sind in deutschen Kläranlagen die Ultrafiltrationen für die Abwässer? Laut einer UB-Resolution aus 2010 ist Trinkwasser „ein Menschenrecht, das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist“. Deutschland hat das schlechteste Wasser in ganz Europa. Betroffen sind 93% der Flüsse in Deutschland, 75% der Seen und sogar 20% des Grundwasser. Trinkwasser wird immer mehr zur Handelsware, zur Gewinnsucht. Nestle, TWS (RV) und die CDU, „Wasser ist kein Menschenrecht“. Nitrat im Grundwasser, Fluorid im Trinkwasser zu Gunsten der Pharmaindustrie. Siehe auch die beiden CDU Wasserbarone Thiel-Böhm, TWS, OB Rapp in [Ravensburg](#). Auch Müll ist zur Handelsware geworden, die CDU und die Müllbarone verdienen gut daran.



RRRedaktion

Der SPD Außenminister Maas ist nicht beliebt, Deutschland ist durch ihn schlecht vertreten und Merkel wird nur noch geduldet weil sie mit Geld um sich wirft und alles bezahlt, sogar Meinungen. von der Leyen, CDU, wird als NATO Vertreterin von der Weltgemeinschaft als Kriegstreiberin bezeichnet, sie wünscht sich den Erstschlag gegen Russland. Blockade der US Air Base Rammstein, weil das Volk die US-Kriege satt hat. Blut für die Wirtschaft ist nicht erwünscht, kein anständiges, normales Volk möchte ernsthaft einen Krieg, anscheinend wollen die DEUTSCHEN protestlos wieder einen Krieg anzetteln und wollen andere mit hineinziehen? Claudia Roth und Hofreiter von den Grünen und andere wurde heftig kritisiert, deren Verhalten, „Scheinheiligkeit“ und das „Heucheln“ im Parlament sei unerträglich und nur noch peinlich, man lacht in der Welt über Deutschland. Die CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP Staatsanwaltschaften, Polizei, Justiz, sind unfähig ihre Fehler zu erkennen, so die Experten.



Hochmut kommt vor dem Fall: Aus für Deutschland bei der WM 2018, sie haben es verdient. Der CDU politisch, türkische Spektakel um die [WM](#) Nationalmannschaft ist nur eine Lachnummer, keiner will und wollte das auch noch beklatschen, man säuft ohnehin nur für die Steuern. Deutschland ist das steuerreichste Land der Welt, es wurde bei der Konferenz auch die Steuergier und die Geldverschwendung von Deutschland heftig kritisiert, vor allem das ausplündern, die Enteignung seiner Bevölkerung, Deutschland führt seinem Volk großen Schaden zu, obwohl die Kanzlerin in ihrem Eid geschworen hat „Schaden vom Volk abzuwenden“. Lobby Politiker fahren als Vergnügungsreise schnell mal auf die Zugspitze für die Bank, für die Immobilienwirtschaft, für die Bauwirtschaft (Baukindergeld, 10 qm pro Kind wird vom Staat genehmigt, wie viel muss ein Hundezwinger haben?) Politiker lassen sich von der Wirtschaft mit Parteispenden aushalten. Dafür vernichten [Finanzämter](#), Gerichte, Rechtsanwälte, Insolvenzverwalter und Gerichtsvollzieher in Deutschland immer noch Existenzen und Menschen.



Die katastrophale Flüchtlings- und Einwanderungspolitik und die vorsätzliche Zersiedelung des eigenen Volkes wurde lautstark kritisiert: Italien und Malta schützen sich, jetzt kommt die Ersatzbevölkerung über Spanien nach Deutschland. **Seehofer** will Deutschland schützen, Merkel will ihn weghaben, gerade Nahles kritisiert Seehofer, die SPD steckt selbst im Chaos, im ewigen Schlamassel. Brüssel und Deutschland suchen Aufnahmelager (Gefängnisse) in Afrika? Was kostet das die Steuerzahler? Davon wird nicht berichtet. Es gibt bereits ein EU Programm wo Flüchtlinge (Auswanderer) eingesperrt werden, dafür werden Millionen auch an Diktatoren bezahlt. Marokko warnt vor einer Million Afrikaner auf dem Weg nach Europa. Ein gewaltiges Umsiedlungsprogramm, die Ersatzbevölkerung für Deutschland, weil Europa soll hellbraun werden, so in der Rede von Sarkozy und von Schäuble, der sogar über Inzucht redet.

Täterschutz statt Opferschutz, dass Ende des Rechtsstaates in Deutschland: Das Ende der Gewaltenteilung. Das Justizverhalten in Deutschland wurde weltweit angeprangert, man sperrt willkürlich Menschen weg, nicht nur Kritiker, es gibt sogar wieder politische Gefangene in Deutschland, so wie damals und wie in der DDR. In Deutschland werden bereits wieder Menschen verfolgt, die dadurch sogar eine Asylberechtigung in anderen Länder hätten, so wird es auch von der UN bestätigt. Die Polizei macht in Deutschland was sie will. Der Staat nimmt den Eltern die Kinder, die Presse- und Meinungsfreiheit wird eingeschränkt, es findet auch in Deutschland bereits Zensur statt. Der totale Überwachungsstaat, die Todesstrafe, (Todeszellen), Folter und die Euthanasie wurden heimlich wieder eingeführt, JVA, die Psychiatrie als die modernen Konzentrationslager der Neuzeit? Der BND späht sogar andere Länder aus, nicht nur Österreich ist aufgebracht. Das SS-Spitzelnetzwerk (Gestapo) reichte damals bis in die letzten Ecken des Reiches. Es waren die Nachbarn und Freunde, Kollegen und Bekannte ... und weiter ging es bis 1989 als Stasi in der DDR. Interessant, USA Vertreter sprechen davon: „Die (provisorische) Volkskammer der DDR befindet sich im Exil und wartet auf die Rückabwicklung, auf ihre Rückkehr und auf ihren Einsatz, die Hauptstadt bleibt Berlin? Sachsen bereitet sich bereits darauf vor?“



Archiv

Die Altparteien sind am Ende, Deutschland steht vor dem Kollaps? Plünderung“ des Sozialstaats, es muss eine familienpolitische „mentale Wende“ stattfinden! Deutschland steht permanent im Parteienstreit, Politiker arbeiten in die eigene Tasche, sie bedienen sich schamlos am Selbstbedienungsladen Staat. Es wird nur noch mit faulen Kompromissen regiert, sie regieren nur noch mit Hass, Hetzkampagnen, Gerüchte und mit Parolen, immer gegen das eigenen Volk? Deutschland hat eine CDU, eine Europa-Kanzlerin, die alles um sich vernichtet, jetzt frisst sie als Gottesanbeterin, als schwarze Witwe gerade die CSU auf und Seehofer, Söder sind jetzt ihre zahnlosen Tiger geworden? Ist diese CDU, diese gefährliche Kanzlerin noch an der richtigen Position, ist sie überhaupt noch tragbar? Weltweit wünscht man sich den Rücktritt von Merkel, Nahles, Kauder, Scholz, von der Leyen, Altmaier, Steinmeier und weitere Spitzenpolitiker aus dem rechten, linken Flügel der Altparteien, auch Junker, Schulz und einige EU Politiker müssten sofort zurücktreten. So kann Europa nicht mehr

weitergeführt werden. (Man sollte in Ravensburg, Biberach, Sigmaringen, Konstanz und in Stuttgart mit dem aufräumen beginnen). Auch die **Justiz** muss in Deutschland endlich vom 3. Reich gesäubert werden, so weltweit die Meinung vieler namhafter Juristen.



Archiv

Man erinnert sich gerne wieder an Otto von Habsburg: Ein großer Mann, ein Souverän. Ein Mann wie man es sich nur wünschen kann. Er setzte sich dafür ein, ein Europa der Völker zu schaffen, denn nur Herzen und der Verstand können zusammenwachsen, nicht allein das Kapital, Waffen und die Wirtschaft. Ein damaliger Wegbegleiter, ein Mitstreiter, ein Vorbild, ein Geist, der uns für immer fehlen und schwerlich nachwachsen wird! Statt eines Zusammenwachsens der Völker erleben wir derzeit eine wachsende Feindseligkeit zwischen Gläubiger-Bürger (Völker) -Wirtschaft und Schuldnerländern.)



Die verkauften Roben: Einen Vorstand in U-Haft zu setzen, ist eine reine Justiz Show, so wie damals Wulf als Bundespräsident abzusetzen. Man will der Welt wieder Rechtsstaatlichkeit vorgaukeln und wie immer wird es mit viel Geld und mit neuem Posten geregelt, wie bei Hoeneß. Es soll von den Straftaten der Politiker, der Justiz, der Staatsanwaltschaft, Polizei, von den Beamten in der Verwaltung und von anderen Wirtschaftsgrößen ablenken, deren Straftaten nicht geahndet werden, bildet sich hier eine bestimmte Vereinigung?. BaWü und Ravensburg bilden immer noch das BESTE Beispiel. Die EU Sperrklausel soll die künftigen Diktaturen einläuten, die vielseitige Parteienlandschaft soll ausgehöhlt werden, der EU Datenschutzspektakel (DSGVO) sollen den Anwälten mehr Geld in die Tasche spülen. Der Deutschland Umbau schreitet zügig voran, die „Alliierten“ in Wiesbaden stehen jetzt in der Pflicht die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit für Deutschland zu erhalten, sie wieder herzustellen. Ruft jetzt das deutsche Volk endlich Russland und die USA zur Hilfe oder ist in Europa der Bürgerkrieg zu erwarten?



Deutschland ist nicht mehr sicher, man vertraut Deutschland nicht mehr: Betrug, Fälschungen, Aktenvernichtungen, Datenlöschungen und Lügen im Amt regieren derzeit Deutschland. Deutschland entwickelt sich zu einem Polizeistaat, schlimmer noch wie vor 1945, so die internationalen Experten. Deutschland sei schon lange kein Rechtsstaat mehr, man verlasse den Boden der demokratischen „Rechts und freiheitliche Grundordnung“. Das Niveau und die Lebensqualität in Deutschland sinkt ständig, Deutschland, Bayern, BaWü und sogar das CDU, FDP, Grüne kalte Provinz Nest Ravensburg löst sich innerlich auf! Es wird massenhaft internationale Klagen, Schadensersatzforderungen und Strafanträge gegen Deutschland, gegen Politiker, gegen Beamte, und es werden viele internationale Verwicklungen mit Deutschland geben. Die „Alliierten“ Vereinbarungen und das damals geschaffene Übergangs-Grundgesetz sollten würdevoll und „Volksgerecht“ sein, gegen diese Deutschland permanent verstößt. Der Weltpostvertrag, die internationalen Verträge ignoriert Deutschland einfach, die eigenen Gesetze werden nicht eingehalten. Deutschland will der Welt ihre militärische und kapitalistische Macht, Stärke demonstrieren und merkt nicht, dass ihr

arrogantes, überhebliches Verhalten in der Welt nicht überall ankommt und man nicht alles mit Geld kaufen kann.

Wie wir inzwischen aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, hat die Kanzlerin der Justiz die Order erteilt, wenn sie etwas über die [Klagen](#) gegen **Deutschland** in London hören, mögen sie das einfach ignorieren, soviel zur Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland. Die UN ist darüber empört und reagiert jetzt darauf. Was baut sich wieder heimlich im Hintergrund in Deutschland auf? Auch bei der UN ist man der Auffassung, das mehr US-Militärpolizei und Geheimdienste in deutschen Gerichtssälen sitzen müssen, die das Trauerspiel, die Rechtsbeugungen bei Gerichten, die Strafvereitelungen im Amt bei den Staatsanwaltschaften, Missstände bei der Polizei beobachten, vor allem verstärkt in Bayern, BaWü und in Ravensburg.



RVCDURathaus

Die Welt muss es unbedingt erfahren: Wie wird man ungestraft im Amt zum [Mittäter](#)? Nur weil Obama zu Merkel sagte „Du brauchst unbedingt noch vor Weihnachten einen Terroranschlag?“ Deshalb hat die CDU, FDP Justiz, Rapp, Grewe, Dörr, Boger, Mönig, Stürmer, Wolf, Strobl, den Mörder [Amri](#), auf Anweisung des BND, (Verfassungsschutz) bewusst aus der JVA [Ravensburg](#) entlassen? Der dann in Berlin 12 Menschen töten durfte? Das lässt die Verantwortlichen in Ravensburg und in Stuttgart bis heute KALT, sie haben kein Gewissen, keine Moral, sind ohne Skrupel, sie sitzen weiterhin FETT im CDU Sattel, weil Menschenleben sind in Deutschland und in [Ravensburg](#) nichts Wert. Jetzt soll es der befangene MdB, FDP Jurist und ehemaliger [Heinzl](#) Anwalt B. [Strasser](#), ein CDU, FDP Protektionskind aus Ravensburg im Berliner Untersuchungsausschuss aufklären? Wo bleibt die politische Unabhängigkeit, die Neutralität? Ein MdB Richter vom Landgericht RV, Axel [Müller](#) CDU, eine Grüne [Brugger](#), schon wieder ein CDU, FDP, Grüner Klüngel aus Ravensburg im Bundestag. Die UN und die internationale Gemeinschaft machen bei diesem Vertuschungsspiel nicht mit und reagieren mit internationalen Klagen und mit Maßnahmen gegen Deutschland.



Zur Erinnerung: Am 15.3.2018 wurde eine Klage am High Court of England and Wales bzgl. Immobilien-Zwangsversteigerungen als Zivilklage eingereicht, weitere Klagen sind gerade in Vorbereitung. **Der High Court of England and Wales ist das höchste Handelsgericht der Welt.** Die Klage wurde für Nebenkläger freigegeben, damit hat jeder, dem man jemals eine Immobilie versteigert hat, die Möglichkeit sich dieser Klage anzuschließen. In diesem Vortrag wird näher auf die Klage eingegangen. Wer selbst Nebenkläger werden möchte, findet alle Informationen auf dieser [Webseite](#).

Die RRRedaktion unterstützt, gemeinsam mit Diplomaten der UN diese Klagen. Wichtig ist, dass sich so viele als möglich an der Klage beteiligen. Die Kosten hierfür wurden vom Klageeinreicher bereits ausgeglichen. Unterstützen könnt Ihr die Klage und andere noch kommende Projekte zur Kulturförderung über den [Verein](#) zur Förderung der zentraleuropäischen Kulturen. Wer kein Mitglied werden möchte, kann den Verein auch mit einer Spende unterstützen. Die [PDF](#)-Datei zum Antrag könnt Ihr runterladen.

Das assertorische Recht der eigenen Rechtswelt: Eine Schuld muss bewiesen werden. An die [Klagen](#) in England haben sich Österreich, Italien, Frankreich und die USA bereits angeschlossen, weitere EU Länder folgen. Es soll eine Heilung angestrebt werden, es darf keinem ein Schaden durch einen Richterspruch entstehen, es geht um die Wahrung unserer Rechte. Es werden gerade weitere Elementarklagen vorbereitet. Deutschland benutzt nur noch Parolen statt ihren eigenen Verstand. Die JVA's sind zur Justizverwehr-Anstalten geworden. Über **100 000** Strafanträge sind bei Interpol gegen Beamte in Deutschland eingegangen.

Ist die Justiz der Komplize der Banken?: Die Unheilige Allianz der Banken und Gerichte. Bei der Commerzbank (halbstaatlich) häufen sich immer mehr die Betrugsskandale, durch die Deckung der Amts-, Landes- und OLG-Gerichte, der BGH und das BVG spielen dabei mit. Aus niedrigen Beweggründen, Protokollfälschungen, wer nach einem falschen Protokoll ein Urteil fällt, betreibt Urkundenfälschung. Der Protokollführer sollte eigentlich unabhängig vom Richter sein, in der Praxis sieht es aber ganz anders aus.

Die Justiz, die Polizei und die Kommune betreiben eine psychologische Kriegsführung: Das Landgericht Ravensburg (Schall, Spieler haben vor kurzem erst einen Commerzbank Skandal legalisiert und Bank-Betrug als RECHTENS geurteilt, ein unehrenhaftes Richterverhalten. Polizeibeamte wie Hämmerle, Keppler, Weber werden von der Staatsanwaltschaft missbraucht und decken die Straftaten bei der Staatsanwaltschaft und in den Ämtern. Benutzen die Banken die Kundenkonten zur Geldwäsche, weil die Kunden dafür haften? Wir werden demnächst, nach der Weltkonferenz darüber ausführlicher berichten.

Wer es noch nicht weiß, Togo ist der Hauptumschlagplatz für den Kinderhandel unter Beihilfe des CIA, der Arm reicht bis nach Deutschland in die obersten Etagen. **Do Big** dient zur Abwicklung für das Schwarzgeld der Kommunen. In Deutschland gibt es nur noch Skandale, Trolle und Versager bis in die höchsten Stellen, solche Leute sind gefährlich und stören den Frieden, ja sogar den Weltfrieden. Wir drehen auch fleißig Doku-Filme, die dann weltweit veröffentlicht werden. **Fortsetzung folgt!**

Teil 19: Einer fängt an und alle bringen es zu Ende. Gnade vor Recht sind Schutzbefohlene Grundsätze, die in Deutschland nicht gelten. **Politische Gefangene?:** Ingrid Hedwig Anna [Schlotterbeck](#) und die 82 jährige Frau Rosina Stolle wurden verhaftet. Das Ende der Menschlichkeit in Deutschland, sie wurde durch die Altparteien und durch Maas beendet. Menschen werden in Deutschland wieder gefoltert, verfolgt oder eingesperrt, inzwischen jagt man sogar Journalisten. Verfolgte in Deutschland könnten deshalb in anderen Ländern Asyl beantragen, nach den neuen Migrationspakt einfach nur Migrant rufen, dann kümmert sich die UNO um sie. Was in der Justiz in [Deutschland](#) stattfindet hat mit Rechtsprechung nicht mehr viel gemein. Seit neuestem wird in Straffällen eine Vorverurteilung durch die Staatsanwaltschaft ausgeführt. Der bürgerliche Tod und die Weiße Folter? Sie gibt es in Deutschland. In Deutschland spricht die Pharmaindustrie, die Beamten, Juristen, Politiker aus den rechtsgelagerten Altparteien ganz ungeniert und menschenverachtend vom sozialverträglichen Ableben, wie krank ist dieses Land?

Sascha Lobo schreibt in seiner aktuellen Kolumne im SPIEGEL: „Wenn zu viele Menschen ihren Mund halten, obwohl sie laut sein sollten, können die Immerlauten sich und der Öffentlichkeit einreden, sie repräsentierten die Mehrheit. Und so traurig das ist, es handelt sich um eine selbsterfüllende Prophezeiung. Die schweigende Mehrheit ist in einer liberalen Demokratie keine Mehrheit. Deshalb hat den **Schaden** jeder Einzelne zu verantworten, da wir es geduldet und akzeptiert haben durch Manipulation, mit Dummheit (ist nicht die Essenz des Nichtwissens, sondern die Essenz des Nichtwissenwollens = Ignoranz) und Ignoranz ist immer

der Grundstein des Mißbrauchs. Stellt die Polizei in Deutschland eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit dar? Die internationale Gemeinschaft spricht darüber besorgt. Merkel sagte in einem Interview: Wir werden aus „Illigalität – Legalität“ machen. Europa und Deutschland betreiben eine feindliche Übernahme Politik, sie treiben andere Staaten in die Insolvenz und fallen dann als Heuschrecke über sie her. So schnell wie die [Schuldenuhr](#) bei uns Rückwärts läuft, läuft sie in Frankreich Doppel so schnell nach oben. Kommerzielle Gedanken zum BAMF-[Skandal](#). Alliiertes [Vorbehaltsrecht Deutschlandvertrag Besatzungszone](#)



Eine erfreuliche Mitteilung für alle Justizgeschädigte in Ravensburg (BaWü): Matthias Grewe ist als Vorsitzender des Richter- und Staatsanwalt-Bundes in BaWü zurückgetreten. Er wird Chef des Grundbuchamtes, so die neuesten Informationen aus der Verwaltung. Wann gibt Grewe endlich seinen Direktor und Richter Posten am Amtsgericht [Ravensburg](#) auf. Die UN hat ein Auge auf Ravensburg, Grewe hat Milliarden schwere Pfandrechte. So wie sein Justizkollege Staatsanwalt Spieler, OFD Präsidentin Heck, Marc Esser OFD und noch einige andere, die gerade alle bearbeitet werden. Die internationalen Einwirkungen der RRRedaktion haben ihre Wirkung gezeigt. Jetzt sind die Herren Wolf, Strobl, Boger, Spieler, Dörr, (Schall, Raquet), Stürmer, Rauch und noch einige andere an der Reihe zu gehen. Wir haben einige schwerwiegende Verfehlungen im Amt aufgedeckt und sie entsprechend weitergeleitet, auch Heck und Esser sind im Focus der Ermittlungen, der Recherche, wer deckt bei der [OFD](#) die Steuerhinterziehungen einiger Personen und Persönlichkeiten? In Deutschland und in Ravensburg werden Verfehlungen durch Beamte von ganz oben gedeckt, vertuscht, Strafvereitelungen im Amt begangen. Deshalb hat die [UN](#) einige internationale Haftbefehle der Beteiligten beantragt und internationale Strafanträge gestellt.

Hintergründe: Das muss die Welt unbedingt erfahren wie Ravensburg wirklich tickt. Wie wird man ungestraft im Amt zum [Mittäter](#)? Nur weil Obama zu Merkel sagte „Du brauchst unbedingt noch vor Weihnachten einen Terroranschlag?“ Deshalb hat die CDU, Grüne, FDP Justiz, Rapp, Grewe, Dörr, Boger, Mönig, Stürmer, Wolf, Strobl, den Mörder [Amri](#), auf Anweisung des BND, (Verfassungsschutz) bewusst aus der JVA [Ravensburg](#) entlassen? Der dann in Berlin 12 Menschen töten durfte? Das lässt die Verantwortlichen in Ravensburg, Berlin und in Stuttgart bis heute KALT, sie haben kein Gewissen, keine Moral, sind ohne Skrupel, sie sitzen weiterhin FETT im CDU Sattel, weil Menschenleben sind in Deutschland und in [Ravensburg](#) nichts Wert. Jetzt soll es der befangene MdB, FDP Jurist und ehemaliger [Heinzl](#) Anwalt B. [Strasser](#), ein CDU, FDP Protektionskind aus Ravensburg im Berliner Untersuchungsausschuss aufklären? Wo bleibt die Unabhängigkeit, die Neutralität? Ein MdB Richter vom Landgericht RV, Axel [Müller](#) CDU, eine Grüne [Brugger](#), schon wieder sitzen ein CDU, FDP, Grüner Klüngel aus Ravensburg im Bundestag. Die UN und die internationale Gemeinschaft machen bei diesem Vertuschungsspiel gottseidank nicht mit und reagieren mit internationalen Klagen gegen Deutschland.

Ministerpräsident Söder meinte vor kurzem: „Nirgendwo lebt es sich besser als in Bayern“, dann kann man auch getrost sagen: „Nirgendwo lebt es sich schlechter als in Ravensburg“, BaWü., unsere vielen Recherchen belegen das, die internationale Gemeinschaft ist entsetzt!

Wer zum Beispiel etwas von dem [international](#) Tribunal for the Law of the [Sea](#) gehört hat, kann dort Deutschland (Germany) leider nicht verklagen. Deutschland hat das Gericht

Vertragsmäßig, international nicht anerkannt und mauschelt sich wie immer am Recht und aus ihrer internationalen Verantwortung vorbei. International Tribunal for the Law of the Sea, Am Internationalen Seegerichtshof 1, 22609 Hamburg

Als erstes möchten wir wieder an unsere Leser appellieren, unbedingt diese Arbeit zu Sponsern, mit einer Spende zu unterstützen, wir suchen auch dringend ein Auto für die RRRedaktion.

Das Gespräch wurde im O-Ton am 19.7.18 aufgezeichnet!

Guten Morgen Herr Diplomat. Ich hatte mir schon große Sorgen gemacht, da ich sehr lange nichts von Ihnen gehört habe. Ich hoffe meine Kontaktversuche über unseren Mittelsmann waren nicht zu lästig. Nein, es ist alles in Ordnung. Die Sorgen waren durchaus berechtigt, denn der Druck im System gegenüber nicht 100% Loyalen nimmt immer mehr zu. Ich war bei meinen vielen auswärtigen Terminen zum größten Teil nicht in der Lage, Kontakt aufzunehmen, ohne daß Unterstellungen erfolgt wären. Die Spielräume ab einer gewissen Ebene werden kleiner. Deshalb erlaube ich mir den aktuellen Vertretern der Supermächte meine Bewunderung auszudrücken, wie es diesen Männern gelingt, trotzdem ihrer Rechtsauffassung zu folgen. Und dies ungeachtet der Zwänge aus Verträgen, die größtenteils privater Natur sind. Mein Mittelsmann war selbst etwas nervös, weil die Kontaktversuche sehr früh abgeblockt wurden. Es wäre auch nicht das erste Mal, daß Menschen aus höheren Ebenen einfach kurz verschwinden.

Es sind sehr viele Rückfragen eingegangen. Die Leser warten seit Wochen auf die angekündigte Fortsetzung dieser Interview-Serie Ich bitte Ihre Leser wirklich um Verständnis. Aber jeder, der lesen und hinhören kann, der sieht was im Moment geschieht. Helsinki war nur ein kleiner, wenn auch sehr wichtiger Schritt in die Neugestaltung der, nennen wir sie mal Weltordnung. Das wird sicherlich etwas Unwohlsein bei dem einen oder anderen auslösen. Jeder denkt da in die „Neue Weltordnung“ auch NWO genannt. Dazu kann ich nur eines sagen: So lange die Menschen schweigen, stimmen sie zu. Es ist nicht die Verantwortung der aktuell mächtigen, wenn sich die Menschen nicht an einer Neuordnung beteiligen und sich stattdessen von der „Lügenpresse“ – das ist doch der neue Begriff für die Main Stream Medien, oder? – belügen lassen.

Deshalb wünschen sich die Leser ja auch mehr Informationen. Wie sollen sich die Menschen denn ein Bild machen, wenn nicht auf diese Weise. Dies ist auch der Grund für dieses Interview und das Risiko, das wir beide dabei in Kauf zu nehmen bereit sind. Den Main Stream Medien wurde bereits Ende letzten Jahres auferlegt, wenigstens einmal am Tag die Wahrheit zu senden. Das muß man sich einmal vorstellen. Ja Sie lesen hier richtig. Wenigstens einmal am Tag. Dieser Anordnung kommen die Main Stream Medien auch nach... und zwar zwischen 0 Uhr und 3 Uhr morgens. Vorschlag: nehmen Sie sich die Nachrichten in dieser Zeit auf und schauen Sie diese Nachrichten zu menschlicheren Zeiten an. Und ganz wichtig: Vergleichen Sie es mit den anderen offiziellen Nachrichten.

Und wer hat diese „Anordnung“ getroffen? Sagen wir mal von ganz oben. Die Welt ist nicht ganz so, wie man es den Menschen dieser Welt erzählt. Es gibt Strukturen, die kaum jemandem bekannt sind. Und das sind nicht die Bilderberger, aus deren Reihen die Geschäftsführer – auch Präsidenten und Kanzler genannt – dieser Welt bestimmt werden. Und auch nicht die Bilderberger, die sich um die Gestaltung der Arbeitsverträge dieser Geschäftsführer bemühen. Oder dachten Sie werte Leser, daß diese Geschäftsführer auch ohne Auftrag arbeiten? Oder denken Sie immer noch, daß die Regierungen durch eine Wahl zustande kommen? Z.B durch

eine Wahl mit entwerteten Wahlzetteln und eine Wahl mit einem Bleistift als „dokumentenechtes“ Instrument zur Wahlausführung. Vielleicht geht es der OSZE nach dem September 2017 wenigstens finanziell besser. Mit weniger Schulden lebt es sich bekanntlich besser, oder?

Sie sprechen heute in Rätseln. Wissen Sie was das Schlimmste an unseren Interviews ist?
Nein.

Daß ich Ihnen nicht alles sagen darf. Daß ich vieles verschweigen muß. Das ich nur bedingt meinem Gewissen folgen darf. Auch ich habe Familie. Und die Kreise, mit denen man es „da oben“ zu tun hat, sind nicht zimperlich bei der Wahrnehmung der rein wirtschaftlichen Interessen der Inhaber dieser Firmen, die sich Staaten nennen. Wissen Sie für wen Helsinki das größte Debakel war?

Wir kennen das, auch wir Journalisten sind Whistleblower und wir haben auch in manchen Sachen eine Schweigepflicht. Vor allem was einzelne Ergebnisse beim Kongress, wo wir vor einigen Wochen waren, ergeben haben. Wenn man wie ich im CDU, Obrigkeit`s Land Ravensburg wohnt, weiß ich wovon ich spreche.

Nein, außer den Meldungen, die man in den Main Stream Medien bekommt. Das ist prima. Denn in diesem Falle wurden im deutschen Fernsehen sogar die richtigen Leute zu diesem Thema interviewt. Das was in Helsinki geschehen ist, ist ein Schlag gegen die ECFR (European Council of Foreign Relations) und gegen den GMF (GERMAN MARSHALL FUND) und damit gegen die Interessengemeinschaften von George Soros. Denn dieser Mann ist der Haupt-Sponsor dieser Organisationen. Im Englischen fragt man: „Who pays for it“ (Anmerkung des Verfassers: Wer zahlt bestimmt). Der heimliche Machthaber in EU-EUROPA. Ein Multimilliardär der ganz besonderen Art. EU-EUROPA wurde 2012 der Friedens-Nobelpreis verliehen ... unvorstellbar. EU-EUROPA gehört für mich zu den aggressivsten Entitäten dieser Welt, die vor keinem Mittel zurückschrecken, ihre Interessen (George Soros?) im Zweifelsfalle auch mit Waffengewalt (Ukraine) durchzusetzen.

Bitte verzeihen Sie die harten Worte: Aber jeder der hinter EU-Europa steht, billigt die Methoden dieses Konzerns. Ich verliere im Zusammenhang mit diesem Konzern das Eine oder Andere mal gerne die Fassung. Aber ein Blick nach Afrika zeigt, wozu dieser Konzern fähig ist. Und von wem haben Sie werter Leser seit neuestem Ihre juristische Person (u.a. auch auf deutschem Boden)... EUROPA. Die sog. Bundesrepublik fehlt seit einiger Zeit auf der Vorderseite der Reisepässe. Der Umbau der regionalen Unternehmen wie GERMANY, FRANCE und ITALY z.B. in den durch George Soros kontrollierten Konzern EU-EUROPA ist im vollen Gange. Jefta ... mal sehen wer sich an dieses Abkommen hält.

Wir hatten heute ein Thema. Ja Sie haben Recht. Man verliert sich schnell in diesen Themen, insbesondere wenn man sich Tag und Nacht damit beschäftigen muß. Soweit ich mich erinnere ging es um das Thema Gerichte.

Sie teilten eigentlich Schiedsgerichte als Thema mit. Das ist das Gleiche? Es gibt keine Gerichte in diesem Sinne oder besser gesagt in dem Sinne wie wir es gerne verstehen wollen. Zuerst wollen wir uns damit beschäftigen, was ein Gericht eigentlich ist: Es gab schon immer unterschiedliche Rechtsauffassungen. Das geht so lange gut, bis man auf jemanden trifft, der eine andere Rechtsauffassung hat. Wenn es dann auch noch um die gleiche Sache geht, entsteht ein Rechtsstreit: Wer hat denn Recht. In früheren Zeiten war das sehr einfach: Der stärkere hatte

Recht (Naturrecht). So wie heute auch wieder. Der der die Waffen kontrolliert, kann seine Rechtsauffassung durchsetzen. In früheren Zeiten mußten sich die Kontrahenten in den Kreis der Dorf-Mitbewohner stellen und ihren Streit „um das Recht haben“ so lange austragen, bis ein Kompromiss gefunden wurde. Auf diese Weise wurde die Dorfgemeinschaft nicht mit Rechthaberei einzelner Individuen belastet. Es gab höchstens falls einen Vermittler, der dafür sorgte, daß die beiden Kontrahenten sich bei der Verhandlung an die Regeln der Gemeinschaft hielten. Den Schiedsrichter. Er enthielt sich bezüglich der Sache einer Meinung und achtete nur auf die Einhaltung der Regeln bei der Verhandlungsführung. – Es wäre zu wünschen daß die heutigen Richter sich ihrer eigentlichen Aufgabe wieder bewußt würden und die Verhandlungen nicht mehr stören würden – Auf diese Weise gab es niemanden, der die Verantwortung für einen Kompromiss übernehmen mußte. Nach dem „Rechtsstreit“ und dem erfolgten Kompromiss, reichten sich die Kontrahenten die Hand. Ein Vertrag war geschlossen. Und der, der sich nicht an den Vertrag hielt, war unehrenhaft.

Das hört sich vernünftig, aber sehr aufwendig an. Sicherlich war das aufwendig aber wäre auch in der heutigen Zeit mit einem anderen Rechtsverständnis der bessere Weg. Heute in unserer „zivilisierten Zeit“ läuft das alles anders. Wir beauftragen eine Firma(Amtsgericht/Landgericht) mit der Vermittlerrolle. Und damit diese nicht in die Haftung genommen werden können, müssen diese versichert sein bzw. sie beauftragen versicherte Dienstleister (Richter). Diese Vermittler in Streitsachen können nun sich in die Angelegenheiten von Drittparteien einmischen – immerhin werden diese ja auch damit beauftragt = Geschäftsbesorgungsauftrag – und sollen feststellen, wer Recht hat. Und das alles Gewinn-Optimiert ... also ohne Haftung ... wegen den Versicherungskosten. Die Kontrahenten sind für die Dauer der Verhandlungen haftungsbefreit, denn sie müssen ja ihre Konflikte nicht mehr austragen, sondern sie delegieren ihren Streit an einen bezahlten Schiedsrichter. Und deshalb scheitert dieses System, denn es entzieht den streitenden Parteien die Verantwortung. Im Zweifelsfalle ist der Richter Schuld.

Bitte entschuldigen Sie, aber das was in der Justiz in Deutschland stattfindet hat mit Rechtsprechung nicht mehr viel gemein. Da kann ich Ihnen nicht einmal widersprechen. Ungeachtet dessen habe ich mir immer angewöhnt alle Seiten zu betrachten und den Ursachen auf den Grund zu gehen. In dem Maße wie wir unsere Angelegenheiten selbst regeln würden, verliert diese Form der Rechtsprechung an Macht. Daß Rechtsprechung Macht bedeutet, wußte schon der Vatikan, der dieses Monopol bereits im 14ten Jahrhundert an sich gezogen hat. Aber lassen Sie und fortfahren. Also wir beauftragen ein Schiedsgericht mit der Wahrnehmung unserer Interessen bzw. als Vermittler in Streitigkeiten. Dieser Schiedsrichter hat die Aufgabe zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln und einen Kompromiss zu finden, der beiden Parteien gerecht wird. Das ist so manches Mal ein hoffnungsloses Unterfangen, denn ein Kompromiss bedeutet Einsichtnahme und Reflektion des eigenen Verhaltens. Es wurden nun Unmengen an Gesetzen geschrieben, die offiziell das Zusammenleben von Menschen besser regeln sollen. In der Kommerzialisierung – seit Ende des 17ten Jahrhundert vertraglich geregelt – wurde die Justiz immer mehr zu einem Machtfaktor und einem Kontrollorgan einiger weniger. Ein Geschäftsmodell mit Umsatz- und Gewinnmaximierungsprämissen.

Unsere Leser hätten gerne noch ein paar Tipps bezüglich des Umgangs mit Gerichten. Was würden Sie empfehlen bzw. wie gehen Sie mit Gerichten um? Den zweiten Teil der Frage kann ich Ihnen gleich beantworten: Da die Person, die ich im Öffentlichen nutze, diplomatischer Natur ist, untersteht diese diplomatische Person keinem regionalen Gesetz und gilt als immun. Dies kann ich nur aufheben, wenn ich mich einlasse. Also es zulasse, daß man regionale Gesetze gegen die von mir genutzte diplomatische Person anwendet oder ich selbst Dinge tue, die diese diplomatische Immunität aufheben ... indem ich z.B. einen sog.

Rechtsanwalt einschalte. Dies erwähne ich vorab, denn ein Mensch (lebendes Wesen) ist von sich aus immun. Dies bedeutet, daß die Anwendung eines Gesetzes aus der Fiktion gegen ein lebendes Wesen Blasphemie ist. Ein Verstoß gegen göttliches Recht. Es sei denn der vor Gericht Stehende behauptet von sich selbst, daß er ein Mensch nach BGB ist. Dann hat der Richter definitiv leichtes Spiel. Denn dann hat sich der Mensch selbst titulierte (dingliche Unterwerfung) und zur Sache gemacht. Allerdings hat ein Mensch (lebendes Wesen) auch nichts vor einem Gericht zu suchen, sondern dieses Wesen regelt seine Angelegenheit selbst. Und bitte nicht im Naturrecht. Denn dort gilt das Recht des Stärkeren. Zuerst einmal müssen wir zwischen Strafrecht und Zivilrecht unterscheiden. Das Zivilrecht ist eine freiwillige Veranstaltung. Das Strafrecht ist eine Pflichtveranstaltung. Mit dieser beschäftigen wir uns zuerst. Seit neuestem wird in Straffällen eine Vorverurteilung durch die Staatsanwaltschaft ausgeführt. Es wird den Menschen als Vereinfachung der Justizabläufe verkauft (Überlastungsproblem!). Es ist eher die Rationalisierung des Geschäftsmodells Justiz. Dies bedeutet, daß man Sie einer Straftat beschuldigt, Ihnen dann anbietet sich bei einem polizeilichem Verhör dazu zu äußern (also sich selbst zu belasten), um Sie dann ohne Gerichtsverfahren zu verurteilen. Das ist zwischenzeitlich gängige Praxis. Die Ravensburger Staatsanwaltschaft soll dabei nach meinen Informationen nicht besonders zimperlich sein. **Ja sie wendet Willkür-Methoden der Vernichtung an und missbrauchen teilweise ihr Amt, veruntreuen Gelder, begehen Strafvereitelung im Amt, betreiben einen Klüngel mit den Richtern!**

Das habe ich sogar als Journalist selbst am eigenen Leib erlebt und wir bearbeiten, recherchieren jede Menge solcher Fälle. Manche werden einfach verurteilt und es gibt eine Geldstrafe und irgendwann steht dann die Polizei vor der Türe um das Geld einzutreiben, die Menschen werden dann bedroht und genötigt, alles Straftaten im Amt. Ja und dies alles ohne rechtliches Gehör. Das ist unzulässig und verstößt gegen den Ehrenkodex, denn jeder hat ein Recht zu einer Anklage Stellung zu beziehen. Und hier geht die Trickserei los. Doch Eines nach dem Anderen.

Für das Verfahren wird durch die Staatsanwaltschaft ein Aktenzeichen generiert, für das eine haftende Person (Obligation) als Konten gläubiger gesucht wird. Und das um jeden Preis. Wenn Sie also eine Einladung zu einer Vernehmung durch die Firma POLIZEI – die seit letztes Jahr Juni der constellis Gruppe (PRIVATE SECURITY) eingegliedert wurde – erhalten, und Sie gehen hin, dann ist das eine Einlassung. Denn diese wollen zuerst Ihren Personalausweis sehen und die Personalien (erkennungsdienstliche Behandlung \ das stammt aus dem Vokabular des Dritten Reiches) feststellen. Damit sind Sie bereits in der Haftungsfalle, die man Ihnen aufgestellt hat. Denn eingeladen wird die Melde-Obligation „Herr...“ bzw. „Frau...“. Darauf komme ich später nochmal detaillierter zu sprechen.

Also ist es empfehlenswert dort jegliche Aussage zu verweigern. Fordern Sie die Gegenseite (Staatsanwaltschaft) auf, die Beweise vorzulegen, die zu der Anklage geführt haben. Denn Sie haben das Recht, die Anklagepunkte zu sehen und zu prüfen, bevor Sie sich dazu äußern und man Sie verurteilt eine Haftung zu übernehmen. Denn jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist (Unschuldsvermutung). Davon abgesehen wird in den meisten Fällen ohnehin (ohne Gerichtsverfahren) ein Bußgeld mit dem Angebot einer Ersatzfreiheitsstrafe herausgegeben (Haftungsangebot). Sie müssen in jedem Falle diese Vorverurteilung wegen Verletzung sachlichen Rechts zurückweisen. Auf keinen Fall dürfen Sie widersprechen (Vertragsbestätigung = Einlassung).

Normalerweise muß es dann eine sog. Gerichts-Verhandlung (Strafprozess) geben und man muß dem behaupteten Angeklagten rechtliches Gehör gewähren. Das Verfahren

(Aktenzeichen) gilt dann als beklagt. Die natürliche Person (= Beschuldigter = In Sachen) wird dann als Haftender für die Eröffnung eines weiteren Aktenzeichens eingesetzt (Konteneröffnung), so daß das Amtsgericht dann unter der Haftung des Beschuldigten verhandeln kann. Inzwischen gehen die Staatsanwaltschaften aber dazu über, einfach ein neues Aktenzeichen herauszugeben und Haftbefehle unter diesen neuen Aktenzeichen zu generieren. Wenn dann der sog. Beklagte vor Gericht zur Verhandlung erscheint, ist der Haftbefehl bereits aktiv und man „fischt“ den Körper vor der Verhandlung aus dem Gerichtssaal Versäumnisurteil. Noch mehr Geld verdient. Justiz ist zu einem Geschäftsmodell verkommen. Und wenn es sich auch noch um ein Kapitalverbrechen handelt, so wird Ihr Körper ohnehin erst einmal sichergestellt (verhaftet) und dann als Haftungsinstrument in einer Justizverwahranstalt als Sicherheit für den BOND, den der Staatsanwalt zur Sicherung des Kontos (Aktenzeichen) herausgeben muß, eingelagert. Denn bei Kapitalverbrechen „platzt“ dem Staatsanwalt i.d.R. die Versicherungsdeckung.

Hat man denn überhaupt eine Chance? Da man in den Gerichten zwischenzeitlich nach dem Prinzip der normativen Kraft des Faktischen arbeitet (= Faustrecht) sind Ihre Chancen auf deutschem Boden gegen eine sog. Staatsanwaltschaft Recht zu bekommen sehr gering. Außerdem stellt man Ihnen i.d.R. einen Pflichtverteidiger (als Absicherung für die Haftung), der i.d.R. definitiv für das Amtsgericht arbeitet. Denn wenn er nicht so agiert wie der Richter dies wünscht... Der handlungsspielraum für (Pflicht)verteidiger ist nahezu nicht erwähnenswert. Allerdings braucht der Pflichtverteidiger Ihre Unterschrift unter einem Mandat, welches Sie mit sofortiger Wirkung „entmündigt“. Der Pflichtverteidiger handelt nach der Unterschrift unter Ihrer Haftung und auf Ihre Rechnung. Deshalb sollten Sie mit einem Pflichtverteidiger verhandeln und ihm Ihren eigenen Vertrag vorlegen, in dem Sie ihn in die Haftung nehmen und ihm jegliche „Deals“ mit der Staatsanwaltschaft unter Ihrer Haftung untersagen.

Können Sie den Lesern so eine Art „to do Liste“ geben? Das ist äußerst schwierig, denn jeder Fall ist unterschiedlich. Und die Akteure ebenfalls. Aber ich kann ein wenig auf die neuralgischen Punkte dieser Verfahren eingehen.

Das wäre sehr gut und hilfreich für unsere Leser. Zum ersten ist zu sagen: Ich habe noch nie erlebt, daß die juristische Person (Vorname Nachname in großen Blockbuchstaben) zu einem Gerichtstermin gleich welcher Art eingeladen wurde. Es wird immer die Melde-Person eingeladen.

Was ist die Melde-Person? Die hatten wir vorher schon. Schieben wir dies kurz hier ein. Wenn Sie sich mit Ihrem Reisepass/Personalausweis bei der Gemeinde anmelden, so wird eine weitere Obligation (Haftungskonto) erstellt. Diese ist erforderlich, um alle regionalen Abrechnungen zu verbuchen. Diese Obligation ist ein Unterkonto der Hauptobligation juristische Person. Ich nenne diese Obligation (Haftungskonto) einfach Melde-Obligation, weil diese im Zusammenhang mit der zwangsweisen Anmeldung (Wohnhaft: Haftung für den Wohnort) steht. Die Bezeichnung ist Herr Vorname Nachname bzw. Frau Vorname Nachname. Das ist auch nachvollziehbar. Denn wenn alle Haftungen innerhalb von GERMANY auf die Hauptobligation gebucht würden, dann wäre der faktische Geschäftsführer dieser Hauptobligation im Falle einer schuldhaften Insolvenz bzw. im Falle der Insolvenzverschleppung in der Haftung. Ungeachtet was man von der Berliner Führungsriege hält, so ist dies sicherlich nicht zumutbar. Deshalb wird diese Obligation immer verwendet. Es handelt sich um ein (GERMANY-) internes Verrechnungskonto. Das nicht in der Öffentlichkeit erscheint. Diese internen Buchungen sind nicht steuerpflichtig. Das ideale Modell „ein paar

EUROS abzuziehen“. Wie viele öffentliche Forderungen bekommen Sie denn ... unter Angabe der juristischen Person? Was denken Sie wohl warum das so ist? Zufall?

Darüber denkt doch niemand nach. Das hat sich so eingebürgert und niemand achtet mehr darauf. Wenn sogar der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes (Jens Gnisa, Direktor des Amtsgerichtes Bielefeld) in aller Öffentlichkeit sagt, daß für ihn natürliche Personen, juristische Personen, Melde-Personen und lebende Menschen alle das Gleiche sind... dann lügt er entweder oder er hat in dieser Position wegen – aus meiner Sicht – Inkompetenz nichts zu suchen. Aber so ist das (nicht nur) in dieser Republik. Es mangelt an Kompetenz. Diese wird ersetzt durch eine Rechtsauffassung deren Basis Parolen sind, die beizeiten ausgeteilt werden, um das Gewissen dieser „Führungskräfte“ zu beruhigen. Oder wie sagten Sie einmal in einem unserer Interviews: „Prostitution hat viele Gesichter.“ Alle Vorgänge sind rein kommerziell und haben absolut nichts mit dem Wunschdenken bezüglich eines Staates, der sich um das Wohl seiner Bürger kümmert zu tun. Machen wir weiter mit dem eigentlichen Thema.

In jedem Falle helfen diese Passagen, um ein Grundverständnis für dieses System zu bekommen. Die Melde-Person einzuladen ist ein genialer Schachzug des Systems. Die Verhandlung fängt an und der Richter fragt: „Sind Sie Herr Markus Müller“ Und der beklagte Delinquent antwortet: „Ja das bin ich.“ Dann fragt der Richter: „Können Sie sich ausweisen?“ Und der Delinquent antwortet „ja“ und hält seinen Personalausweis hoch.

Damit ist er in die Haftungsfalle gelaufen. Und er hat gelogen. Denn er müßte eigentlich seine Anmeldebestätigung hochhalten und nicht seinen Personalausweis. Der Personalausweis ist der Nachweis der übergeordneten Obligation juristische Person und nicht die Melde-Obligation. Das ist eine uneidesstattliche Falschaussage und somit ein Straftatbestand. Dies bedeutet, daß Sie der Richter bereits zu Beginn zu einer Straftat verleitet, da er Sie zwingt sich mit einem falschen Dokument auszuweisen (falsche Beweisführung). Wenn Sie es nicht machen, dann erlaubt sich dieser selbsternannte Richter (und nichts anderes ist er) wegen Abwesenheit des Beklagten ein Urteil zu fällen ... ein sog. Versäumnisurteil. Das erfüllt nach internationalen Standards den Straftatbestand der Weißen Folter und müßte sofort zur Anzeige gebracht werden. Bei der regionalen Staatsanwaltschaft? Gehen Sie lieber ein Glas Bier trinken in dieser Zeit. Das ist sinnvoller. Sie melden sich bei: civil-rights – <https://www.fbi.gov/> – humantrafficking.

Denn hier handelt es sich um eine Amtshandlung, die Sie bzw. Ihren Körper zum handelbaren Instrument macht. Sie können sich auch an INTERPOL wenden. Der Verwalter der Obligation Generaldirektor von INTERPOL ist allerdings deutscher Abstammung... Mehr sage ich dazu nicht. Nach meinem Kenntnisstand liegen mindestens 100.000 deutsche Strafanträge unbearbeitet in Lyon. Denken Sie sich Ihren Teil dazu.

Hat das denn gar kein Ende? Gibt es denn keine verlässliche Stelle mehr? Wollen Sie eine ehrliche Antwort? Bekommen Sie mit dem 21ten Interview. Versprochen. Also ... Sie dürfen sich nicht mit einem Personalausweis ausweisen. Weisen Sie den Richter auf diesen Straftatbestand hin. Wenn man Sie nach einem Autounfall nach Ihrer Versicherung fragt, dann legen Sie doch auch nicht den Versicherungsschein der Gebäudeversicherung vor, oder? Sie müssen mutig sein und etwas riskieren. Sie sollten also unbedingt zu einer Gerichtsverhandlung gehen und den Sachverhalt Auge in Auge klären. Das ist besser als einfach alles zu akzeptieren was die unter Ihrer Haftung so treiben. Und Sie gehen bitte nicht als Angeklagter hin (für diesen sind Sie gar nicht zeichnungsberechtigt) sondern als autorisierter Vertreter der sichernden Partei – der natürlichen Person. Sie schauen als Finanzier dieses Verfahrens nach dem Rechten und klären ab, wieviel Geld die dieses Mal wieder benötigen.

Sie machen Witze, oder? Nein. Sie sind als Verfügungsberechtigter über die Obligation natürliche Person, die sich in der Position als alleinige prozessfähige Partei befindet, in der Position des Verfahrensgläubigers. Und so agieren Sie auch. Als wohlmeinender Gläubiger für einen Schuldner, der alle Register zieht um an Geld zu kommen. Der Richter selbst ist nur Vermittler. Er hat sich eigentlich gar nicht in die Verhandlung einzumischen. Ansonsten müßte man ihm Parteilichkeit vorwerfen. Übrigens: Der anwesende Richter befindet sich in der Position eines Prokurabeauftragten für dieses Aktenzeichen. Vielleicht ist es sinnvoll und an der Zeit ein weiteres Justiz-Märchen aufzudecken. Ein Richter am Amtsgericht hat mit dem (Amts-)Gericht nichts zu tun, außer daß dieser Geschäftsbesorgungsaufträge erhält, die er unter der Versicherung des Herausgebers dieser Obligation bearbeitet. Deshalb gibt es ja auch den sog. Geschäftsverteilungsplan. Der Beauftragte, der diesen Geschäftsverteilungsplan erstellt, hat die Berechtigung Unter-Prokuraberechtigungen an Dienstleister (=Richter) zu vergeben. D. h. der Richter hat das Recht unter Ihrem Namen und auf Ihre Rechnung (Obligation natürliche Person) zu handeln, sobald er sich Ihr Einverständnis (Haftungszusage) mittels des oben genannten Tricks erschlichen hat. Denn er benötigt Ihre Haftungszusage für das Konto, da sonst das Amtsgericht die Dienstleistung (Gerichtsverhandlung) nicht abrechnen kann und auch keine Steuermeldung (f1040) bei der IRS einreichen kann (Bilanzierung). Denn es ist Ihr Konto und Sie sind der Verfügungsberechtigte dieses Kontos. Somit stehen alle Versäumnisurteile eines Gerichtes unter dem erheblichen Verdacht des Steuerbetruges (Konto ohne Sicherungszusage es ist keine ordentliche Bilanzierung möglich) Somit zwingt Sie der Richter mit der Aufforderung zur Identifikation mit der Melde-Obligation, nicht nur zu einer uneidesstattlichen Falschaussage, sondern er erschleicht sich den Zugang zu Ihrem Kollateralkonto. Das ist mindestens Täuschung im Rechtsverkehr. Und er erpresst Sie zu einer Prokura für die Melde-Obligation, die Sie nicht haben. Sie erzeugen also unter Zwang/Folter außervertragliche Schuldverhältnisse für den Herausgeber dieser Obligation. Was diesen dazu autorisiert, einen beliebigen Schadenersatz (im Privaten) geltend zu machen.

Wissen die Richter das eigentlich? In dieser Präzision, nein. Sie ahnen nur, daß da etwas nicht stimmt. Aber es gibt genug Möglichkeiten sich „weg zu machen“ wie man in der Psychologie so sagt. Übrigens: Jemand hat sich den Titel Richter erworben und wird zum Direktor eines Amtsgerichtes berufen. Wie viele Direktoren kennen Sie, die sich selbst z.B. Direktor Richter Müller nennen? Nein sie nennen sich Direktor Markus Müller und wenn sie dann einmal eine eigene Verhandlung haben, dann nennen sie sich plötzlich Richter Müller. Warum? Jeder Richter hat zwei Obligationen unter denen er handeln kann. Und ein Direktor eines Amtsgerichtes sogar drei Obligationen. Daran erkennen Sie den Wahrheitsgehalt meiner Ausführungen. Es muß sogar so sein. Es kann nicht sein, daß der Herausgeber des Richter-Titels die Haftung für Handlungen übernehmen muß, die der Verwalter des Richter-Titels für ein anderes Unternehmen – z.B. das Unternehmen Amtsgericht – als Geschäftsführer ausübt. Zumal diese Unternehmen (Amtsgerichte, Landgerichte) pikanterweise im Hintergrund als gemeinnützig eingestuft ist. Also steuerbegünstigt agiert. Na, alles klar? So schauen so entgeistert.

Ich bin fassungslos. Das kann doch alles nicht wahr sein. So ging es mir früher auch. Ich saß völlig fassungslos da ... als ich noch an das Staatsrecht und den Fürsorgeauftrag eines Staates gegenüber seinen Bürgern glaubte. Und wir sind erst am Anfang. Grundsätzlich sind die Gedankengänge nicht schlecht. Warum soll ein Richter die Haftung für zwei Streithähne übernehmen, die nicht in der Lage sind Ihre Rechtsauffassungen wie Erwachsene zu regeln? Es liegt an uns selbst. Wir haben das System und diese abstrusen Strukturen geschaffen und stark gemacht. Und in dem Maße wie wir aber beginnen bei uns selbst anzufangen, entziehen wir diesem Moloch die Macht über uns. Denn WIR fragen doch nach dem Schiedsrichter. Und die sichern sich halt nur ab. Auf unsere Kosten selbstverständlich. Der Verlust unserer

Konfliktfähigkeit ist nur ein Beispiel für den Bedarf an einer teuren Dienstleistung >> der Justiz.

Ich glaube nach diesen Ausführungen sind wir alle aufgerufen an uns zu arbeiten? Das ist schwer zu verarbeiten. Aber nicht unlösbar. Lassen Sie mich die letzten Punkte des heutigen Interviews aufführen. Wenn es zu einer Verhandlung kommt, dann müssen doch alle verhandelnden Parteien mit einem zeichnungsberechtigten Vertreter anwesend sein. Denn niemand kann für eine Drittpartei verhandeln, wenn er dazu nicht autorisiert wurde, oder? Also ich für meinen Teil würde niemals akzeptieren, daß jemand für mich unter meinem Namen Verträge abschließt. Ein Urteil/Vergleich ist ein Vertrag. Ein Haftungsvertrag.

Bevor also diese Verhandlung beginnt sollten Sie die Prokura-Situation im Gerichtssaal prüfen. Denn wenn keiner der anwesenden Vertreter der Parteien eine Zeichnungsberechtigung hat, dann ist die Verhandlungsführung kompliziert. Denn im Falle einer Einigung müßten ansonsten alle Parteien den Gerichtssaal verlassen und sich eine schriftliche Bestätigung vom faktischen Geschäftsführer der jeweiligen Partei holen. Oder die Anwesenden müßten eine schriftliche Prokura-Bestätigung entsprechend des in GERMANY existierenden Transparenz-Registers vorlegen oder eine temporäre Prokura-Erteilung des defakto Prokura-Berechtigten vorlegen. Und wenn dies nicht der Fall ist, so haben Sie das Recht die Verhandlung zu verweigern und zu schließen. Ja Sie hören richtig. Denn Sie sind – unter Nutzung der natürlichen Person – der Verfahrensgläubiger dieses Gerichtsverfahrens. Denn das Gericht versucht offensichtlich unter Ihrer Haftung zu agieren.

Nur im Zivilprozess sollten Sie zurückhaltend sein, denn da gibt es ja jemanden, der die Klage unter Nutzung seiner natürlichen Person eingereicht hat. Diese Frau bzw. dieser Mann sind dann über deren klageeinreichende Person der Verfahrensgläubiger bzw. die Verfahrensgläubigerin. Und wer zahlt bestimmt, aber ... Was wird hier verhandelt? Welche Person sitzt auf der Anklagebank? Ist der Kläger überhaupt zeichnungsberechtigt für die klagende Partei? Also Zusammenfassung: Jede Partei muß eine Zeichnungsberechtigung wenigstens für dieses Verfahren, besser für die vertretene Entität nachweisen.

Das gilt auch für einen Staatsanwalt und den verhandelnden bzw. vermittelnden Richter. Haben Sie selbst eine Zeichnungsberechtigung für die beklagte Partei? Wer ist eigentlich die beklagte Partei. Die Melde-Obligation? Für diese haben Sie keine schriftlich eingeräumte Zeichnungsberechtigung der faktischen Geschäftsführung. Das gleiche gilt auch (für die ohnehin nie eingeladene) juristische Person aus Ihrem Personalausweis. Was wollen die dann? Na an Ihre natürliche Person. Das Gericht benötigt die Haftungszusage des alleinigen Verfügungsberechtigten der Obligation natürliche Person, deren holder das Department of the Treasury ist. Und wenn ein Gericht/Staatsanwaltschaft versucht ohne Ihr Einverständnis (Unterschrift) auf diese Obligation zuzugreifen (also jemand klaut Ihre Mastercard und räumt das Konto ab), so nennt man das Treuhandbetrug. Im Englischen auch „Stolen Identity“ genannt. Und wenn man Sie (mit Waffengewalt) zwingt die Haftung gegen Ihren Willen und ohne jede Beweisführung zu übernehmen, dann ist das Weiße Folter. Da sie also nicht Zeichnungsberechtigt sind für die Meldeobligation und auch nicht Zeichnungsberechtigt sind für die juristische Person, begeht der Richter als Nötigung und Erpressung um sie dazu zu bringen trotz ohne vertragliche Regelung eine Unterschrift zu leisten, also Haftung zu übernehmen ohne das sie die Prokuraberechtigung überhaupt haben. Das ist ein schwerer Straftatbestand. Das wäre so, als ob sie einem Mitarbeiter in einem Geschäft eine Pistole an die Stirn halten und sagen, ich leg dich um wenn du nicht irgendetwas unterschreibst. Es ist absolut inakzeptabel das hier Nötigung und Erpressung begangen wird um Unterschriften zu erpressen. **In Ravensburg werden sogar vom Gerichtsvollzieher Menschen unter Folter, mit**

Fußfesseln am Bett, auf der Intensivstation dazu gebracht eine Vermögensauskunft zu unterschreiben. Ja und wenn man Sie deshalb einsperrt, um Ihre Haftungszusage zu erzwingen (Erzwingungshaft) dann ist das richtige, körperliche Folter gegen Schutzbefohlene. Das ist dann ein Fall für die US-Armee.

Was die US-Armee? Was haben die die damit zu tun? Diese haben die Aufsichtspflicht auf dem besetzten Boden des Dritten Deutschen Reiches, dessen Völkerrechtssubjektsnachfolgerin die Bundesrepublik faktisch ist. So lange GERMANY unter Besatzung ist, hat die US-Armee die Aufsichtspflicht für die Einhaltung der internationalen Verträge und Abkommen. Jede Form des Treuhandbruches, des Treuhandbetruges, des Steuerbetruges usw. muß die USA als Besatzungsmacht verantworten, da diese nach den Genfer Abkommen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Besatzungsgebiet zuständig sind.

Damit schließt sich langsam der Kreis der Interviews. Ja, so ist es. Wenn sich jemand einen Vorteil verschafft, dann soll er sich auch um die Angelegenheiten, die ihm Profite bringen, auch kümmern. Somit erlaube ich mir zu allerletzt in diesem Interview abschließend einen Kollegen aus dem Militär zu zitieren: „Wenn Verträge nicht eingehalten werden, so ist es legitim, die Einhaltung von Verträgen mit Waffengewalt zu erzwingen. Das ist nicht unbedingt mein Weg, aber wer nur noch mit Faustrecht agiert, wird irgendwann einmal am Ende seiner Macht mit seinen eigenen Methoden konfrontiert.“

Teil 20: Ich mag Fremdwörter, die heutzutage kaum noch einer kennt. z.B. Bitte, Danke und Entschuldigung. Plünderland Deutschland, das neue Babylon? Deutschland ist das steuerreichste Land der Welt, Gier frisst Hirn? Derzeit herrschen nur noch Willkür und Dummheit. **Betrug verjährt nicht!** Bleiben wir einfach heute mal beim [Rentendiebstahl](#), bei den Steuern, beim [Finanzamt](#) und seinen Dienstleistungen: z.B. Nötigung und Erpressung zu unfreiwilliger Dienstbarkeit oder andere Dienstleistungen wie z.B. Inkassodienste. Ist Merkels Jugend in Rothschilds Kaderschmiede? (Tavistock Institut) Hat die UPO den Überfall auf Russland freigegeben? (Versichert). Nuklearwaffen auf deutschem Boden? Auf der Autobahn Hof gab es einen 16 km langen Stau, warum? Die russische Armee hat in der KW 29 auf dieser Autobahn eine Kolonne Privatfahrzeuge der US Armee, die auf dem Weg nach Polen waren, gestoppt. Die Pkw`s waren mit taktischen Nuklearwaffen beladen, die Zünder waren entfernt, sie wurden mit Waffengewalt zur Umkehr gezwungen.

Die UN hat auch von dem Skandal GENO, Wohnbaugesellschaft eG, erfahren und reagiert jetzt darauf. Reingelegte, geprellte Wohnungs- und Hauskäufer verlieren jetzt ihr Zuhause, ihr gesamtes angespartes Geld ist weg. Jetzt wird es über die Rechtsanwaltsgesellschaft Schultze & Braun, als Insolvenzverwalter, (Dr. Dietmar Haffa) abgewickelt. Auch GPW **Inkasso** meldet sich bei den GENO Kunden, was hat dieser Geschäftsführer Dieter Morscheck damit zu tun? Riesenskandal: Die Inkasso-Abzocker aus Künzelsau. Fette Honorare aus dem Kapitalschwarzmarkt – und die Opfer zahlen auch. Wir finden noch mehr heraus. Wir haben schon vor Jahren recherchiert und darüber berichtet, wir, die RRRedaktion haben mit dem damaligen Geschäftsführer Jens Meier gesprochen, er verspricht und erzählt einem das „BLAUE vom Himmel“ und nichts wird davon eingehalten. Eine Insolvenzverschleppung vermuten auch wir, vor allem durch Falschbuchungen, als Grundlage, es gäbe jede Menge Forderungen, Rückstände, die es gar nicht gibt. Hat die GENO so ihre Bücher manipuliert? Wir berichten jetzt weiter und unterstützen die UN mit Informationen. Siehe auch ARD plus minus! **GENO Geschädigte gesucht, bitte sich bei der RRRedaktion zu melden, zur Vorbereitung internationalen Klagen und für die Berichterstattung.**

(Als erstes möchten wir wieder an unsere Leser appellieren, unbedingt diese Arbeit zu Sponsern, mit einer Spende zu unterstützen, wir suchen auch dringend einen Pkw für die RRRedaktion, „Reporter Unterwegs“.)

UN Randgespräche, im O-Ton am 1.8.18 aufgezeichnet: Auch das ist interessant für ihre Leser! Vorab etwas über die Clintons und Bush Dynastie. Aus das deutsche Bundesumweltministerium spendete für die Clinton-Fondation. 2016 überwies [Germany](#) (Deutschland) 4,7 Millionen Euro an die Clintons.

Was ist in der Schweiz los?: Die Firma Schweiz rückt immer mehr in den Brennpunkt. Die vier Inhaber der eidgenössischen Schweiz geraten immer mehr unter Zugzwang, die Schweiz befindet sich im Ausnahmezustand.

Was ist in Frankreich los? In Frankreich herrscht in einigen Regionen bereits Bürgerkrieg!

Was ist mit der Queen? Es gibt einen Vertrag, die „Goldene Bulle“, auf den sich auch Queen Elisabeth II 2012 bei der UN berufen hat. Die „Goldene Bulle“ sagt aus, dass die weltlichen Könige und Kaiser vom Vatikan ernannt werden und ein Recht auf ein unteilbares, heiliges römisches Reich deutscher Nation haben. Dieses Recht hat Queen Elisabeth 2012 bei der UN nach unserem Kenntnisstand eingefordert. Aufgrund dessen gab es einige Turbulenzen auch in der Schweiz, weil die Schweiz um ihre Souveränität gefürchtet hat. Dies ist aber überflüssig, weil zu Beginn des 19. Jahrhunderts der damalige deutsche Kaiser, den Schweizer zugestanden hat, souverän zu sein. Unabhängig also vom heiligen römischen Reich deutscher Nationen. Und der Vatikan, letztes Jahr wurde das Insolvenzverfahren gegen die Firma Vatikan abgeschlossen. Wir reden also nicht vom The Holy See, sondern von der Firma vom Vatikan. Die ist also insolvent, somit abgewickelt und die Krone war Bestandteil der Firma Vatikan. D.h. dieses Leasing-Objekt, nennen wir es einmal so „Crown“ (Krone), fiel also damit wieder zurück zur Insolvenzverwaltung und irgend jemand hat aus dieser Insolvenzmassen die Crown erworben. Und somit wurde jetzt die Queen Elisabeth ausgeschlossen aus dem Ganzen. Sie ist also nicht mehr in Miete für diese Krone und wie der genaue Status ist von der Queen, weiß niemand. D.h., dass was als Lapsusse bezeichnet wurde von Donalds Verhalten an diesem Treffen in Großbritannien, das war absolut blitz sauber, er hat sich absolut korrekt verhalten, weil Queen Elisabeth steht hinter Donald Trump. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Guten Abend Herr Diplomat. Es ist bedauerlich, aber dies ist unser vorletzter Termin in unserer Interviewserie. Ja aber ich kann Ihnen schon jetzt zusagen, daß unser Kontakt, den ich als sehr positiv schätze, nicht abbrechen wird. Wir werden sehen, was die Zeit so bringt und ob sich nicht doch noch weitere Gespräche ergeben.

Diese dienen dann weiteren Veröffentlichungen? Die Entscheidung überlasse ich Ihnen. Denn wir hatten ja auch schon Gespräche privater Natur deren Vertraulichkeit Ihrerseits respektiert wurde.

Ich freue mich schon jetzt darauf. Wir hatten heute ein Thema, daß Fragezeichen bezüglich des Inhalts aufwirft. Können Sie vielleicht vorab erklären worum es heute geht?

Ja, selbstverständlich. Das System, wie wir es heute kennen, war so nicht geplant. Werte Leser, nicht alle in den oberen Ebenen sind korrupt und egomanisch. Selbstverständlich dürfen Sie davon ausgehen, daß Sie, wenn Sie sich in den oberen Ebenen aufhalten, gewisse „persönliche“ Verhaltensweisen entwickeln und definitiv ein starkes Durchsetzungsvermögen entwickeln müssen. Aber dem einen oder anderen ist es durchaus gelungen sich seine Menschlichkeit zu bewahren. Das System sollte dem Menschen dienen und alle Regeln, die aufgestellt wurden, sollten ihn bei seiner Entwicklung unterstützen. Es entwickelten sich allerdings auch – bedauerlicherweise – Verhaltensweisen wie Neid, Gier und Mißgunst, die dazu führten, daß das System außer Kontrolle geriet. Die Korrekturmaßnahmen, die im Moment stattfinden, erfolgen

ohne Einbeziehung der Menschen. Dies halte ich für ungeeignet, da wir alle aus unseren Fehlern lernen sollten. Denn wie konnte es dazu kommen. Wie konnte es geschehen, daß die Menschen vergaßen welcher Natur sie sind.

Aber lassen Sie uns konkreter werden. Alle lebenden Wesen dieser Welt haben alle Rechte, außer einem anderen Wesen Schaden zuzufügen. Dabei spreche ich nicht nur von den vernunftbegabten Wesen, die sich Menschen nennen, sondern auch von den anderen lebenden Wesen, für die wir alle eine Fürsorgepflicht haben. Wir haben die Grundlage dieser Welt – so eine Art Erfüllungsraum bzw. Erfüllungsmatrix – erhalten, so daß wir uns darin entwickeln können. Die Menschen haben sich darin einen claim abgesteckt, den sie benötigten, um sich selbst und Ihre Familie zu ernähren. Dabei gab es Streit um diese individuelle Bodennutzung. Aus dem Streit bildeten sich Parteien und es gab die ersten Kriege um gute/bessere Böden für sich und seine Familie zu besetzen (also das, was wir Besitz nennen). Die gehorteten Werte (Kollaterale) nahmen zu und es gab den nächsten Streitpunkt. Um den Besitz von Werten und eine vereinfachte Form der Erlangung – außer Arbeiten –. Nämlich Überfall und Raub/Diebstahl. Es mußten Strategien entwickelt werden, um dies zu vermeiden. Also wurde diese Welt in ein Treuhandsystem umgewandelt. Vielleicht wäre ein genauerer Blick auf die Treuhandverwalter nötig gewesen. Denn diese begannen alles unter Kontrolle zu bringen und wandelten den Raub/Diebstahl um in ein perfektes Untreue-System. Denn wer sich an treuhänderisch verwaltetem Vermögen vergreift, ist untreu. Er verstößt gegen das Prinzip von Treu und Glauben. Dies ist ein schlimmeres Verbrechen als Diebstahl, denn der Treuhänder mißbraucht dabei das Vertrauen des Stifters. Aber wir sollten uns eines klar machen: Wer auf sein Recht auf Selbstbestimmung verzichtet, hat keines. Und die Menschen begannen, nach Jahrhunderten einer gezielt herbeigeführten „Unwissenheitskampagne“ phlegmatisch zu werden und sich nicht mehr um ihre Angelegenheiten zu kümmern.

Sie entwickelten eine – von manchen gewünschte – Verantwortungslosigkeit. Die Macht eines einzelnen entsteht aus dem Verzicht auf Selbstbestimmung vieler. Das war ja schon Thema unseres letzten Interviews bezüglich Konfliktlösungen. Es war das Ziel, daß alle Werte dieser Welt unter Treuhand verwaltet werden und jedes lebende Wesen aus dieser Verwaltung profitieren sollte. Denn jeder hätte seine Werte in Treu und Glauben eingebracht und wäre von einer sozialen Gemeinschaft getragen worden.

Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber ist das nicht ein wenig blauäugig? Sie haben Recht. Lassen Sie uns zum aktuellen Zustand gehen. Dem was heute ist und was wir darauf machen können. Denn nur complaining (schimpfen) nützt nichts. Nachdem wir Ihren Lesern in den letzten 19 Interviews einen zugegebenermaßen sehr groben Überblick verschafft haben, sollten wir konkrete Lösungsgedanken weitergeben.

Wie ist denn der Status Quo. Welche Möglichkeiten bestehen denn tatsächlich für sozial eingestellte Wesen in dieser Welt. Den Menschen wird eine fiktive Struktur, die sich Staat nennt, präsentiert. In dieser fiktiven Struktur können sie sich mit Zugangscodes bewegen. Kontoverbindungen, über die die Menschen sich einen – nennen wir es mal gewichteten – Zugang zu den von Ihnen selbst geschaffenen Werten verschaffen können. Man könnte diesen Zugang, der Person genannt wird, mit einer Kreditkarte vergleichen. Manche Kreditkarten haben eine höhere Deckung, andere haben keine Deckung mehr. Die Höhe der Deckung richtet sich nach der Herkunft – was für eine Anmaßung dieses Systems – und kann auch willkürlich beeinflußt werden.

Ob diese fiktive Struktur nun betriebswirtschaftlicher Natur ist – also eine Firma –, ein sog. Staat dessen Aufgabe es ist, das Zusammenleben (versichert) zu organisieren, oder eine

(absolutistische) Monarchie spielt keine Rolle. Es sind einfach nur unterschiedliche Lösungsansätze für eine Verwaltung. Manche davon bringen Vorteile andere bringen Nachteile. Es ist eine Frage der Bewertung... unserer Bewertung. Es gab Monarchien, da ging es den Menschen gut. Und es gibt sog. Demokratien, da werden die Menschen skrupellos ausgeplündert. Wo man Rechtsstaat darauf geschrieben hat, muß nicht unbedingt Rechtsstaat drinnen sein. Dann wäre noch die Frage zu klären: Wie definieren die Nutzer dieses Begriffs den von ihnen zu ihrem Vorteil genutzten Rechtsstaat.

Unwissenheit (der Masse) schützt nicht vor Mißbrauch. Wissen schon. Deshalb spielt die Form der Verwaltung keine Rolle. Es liegt an denen, die dieses System tragen und deren Wissen und Fähigkeiten dieses Wissen zu nutzen. Ein Verstand nutzt nichts ... wenn er nicht genutzt wird. Und in dem Maße, wie die Tragenden dieses Systems sich beteiligen, in dem Maße wird sich das System wandeln. Mit dem Finger auf andere Akteure zu zeigen bewegen wir nichts.

Diese Kreditkarten (Personen), die wir benutzen haben einen Fehler. Sie liefern die Menschen der Kontenverwaltung (Buchhaltung) aus. Dort gibt es kein Gut und Böse. Nur Zahlen. Selbstverständlich ist es möglich, daß wir die IRS einschalten und diese den Unterverwaltungen wie z.B. GERMANY auf die Füße steht. Aber wissen wir das wirklich? Es kann zum Geschäft werden Bußgelder zu erteilen. Das sieht man im Straßenverkehr sehr deutlich. Bußgelder scheinen nicht mehr als Strafe, sondern als Finanzierungsmodell der Kommunen gesehen zu werden. Umsatz- und Gewinnvorgaben für Polizei-Dienststellen (= Büros von privater Security).

Den Menschen wurde die Möglichkeit genommen sich mit einem vertretbaren Risiko gegen Mißbrauch zu wehren. Es ist absolut inakzeptabel, daß Müttern die Kinder weggenommen werden, wenn diese Mütter nicht systemkonform sind. Sie denken daß ist abstruß? Fragen Sie mal Heiderose Manthei ...

Können Sie konkrete Möglichkeiten nennen, wie man diesen Mißbrauch „ohne Risiko“ unterbinden kann? Denn viele würden sich mehr Menschen zur Wehr setzen. Aber das Risiko ist einfach zu groß in einem System, in dem man zwischenzeitlich ohne Haftbefehl in einer Art Isolierhaft landen kann. Ungeachtet dessen, daß das neue Polizeigesetz gegen internationale Abkommen verstößt... Melden Sie verstöße doch einfach der USAG (United States Armee Garrison). Die sind im besetzten Zentraleuropa für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit – dazu gehört auch die Rechtssicherheit – zuständig. Es gibt in jedem Bundesland eine USAG. Und wenn die nicht spuren ... gehen Sie an den US-amerikanischen Kongress. Der ist für Sie zuständig, so lange GERMANY unter Besatzungsstatus verwaltet wird.

Aber es ist das Risiko denunziert und aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden. Ja das ist richtig. Die Propaganda der, nennen wir sie mal Parasiten, ist sehr erfolgreich. Auch die Ablenkung – das Platzieren von Parolen – ist sehr erfolgreich. Ich werde Ihnen einfach einmal ein paar Beispiele bringen, wie sich Menschen zur Wehr setzen können. Einverstanden?

Das ist zwar im Sinne unserer Leser, aber ist das nicht Volksverhetzung? Wenn ich eine Rechtsauffassung äußere, die nicht der Rechtsauffassung der Machtkontrollierenden entspricht, ja. Wenn Sie das so sehen, ja. Allerdings erlaube ich mir dann die Bemerkung, daß wenn ein machtinnehabendes Individuum mit Gewaltenkontrolle seine Rechtsauffassung zu einem absoluten Anspruch erhebt, so nennt man dies Diktatur.

Ich möchte an dieser Stelle rein argumentatorisch darauf hinweisen, daß Hinweise auf Mißbrauch des Treuhandsystems bzw. die Information wie man diese platziert keinesfalls eine Volksverhetzung darstellen, sondern allenfalls eine Anleitung zur Systemoptimierung sind. Selbstverständlich gegen den Willen der Machtmißbrauchenden.

Beginnen wir einem meiner Lieblingsthemen. Den sog. Finanzbehörden. Lieblingsthema deshalb, weil dort besonders abstrus argumentiert wird. Wenn Sie eine Rechnung von einem Handwerker bekommen, ohne daß dieser auch nur einen Finger für Sie gerührt hat, dann regen Sie sich doch auch auf, oder?

Ja, allerdings. Aber die Finanzämter treiben doch nur Geld ein, damit z.B. Straßen gebaut, Renten oder auch soziale Unterstützungen gezahlt werden können? Für Beantwortung dieser Frage ist ein eigenes Interview nötig. Ich versuche es verkürzt. Für den Bau von Straßen werden Mittel aus der EU generiert. Diese entstehen unter der Haftung der sog. EU-Bürger. Und damit die Rendite gewahrt bleibt, nimmt man die Gelder entgegen und spekuliert erst einmal damit. Um den Eindruck zu erwecken, daß die Baumaßnahme begonnen hat, sperrt man z.B. eine Autobahn kilometerlang ab und gräbt fünf Löcher... Baumaßnahme begonnen.

Bei Hochrisikoinvestments – es ist doch nicht deren Geld – kann man kurz mal so 300% Renditen erwirtschaften – im Monat. Im „Drittmix“ (1/3 Hochrisiko – 1/3 mittleres Risiko – 1/3 geringes Risiko) sind immer noch Renditen von 15-20% pro Monat möglich. Was denken Sie wohl warum es bei so mancher Baustelle nicht so richtig weiter geht.

Wenn Sie Rente haben wollen (oder ALG oder Hartz IV), dann stellen Sie doch einen Antrag, oder? Dieser Antrag ist der Antrag auf Kontoeröffnung unter der Haftung Ihrer natürlichen Person. Denn Sie sind ja „unterstützungsbedürftig“ und hinterlegen einen Teil Ihres Kollateralanspruchs zur Liquidierung. Ein Antrag wird als Bill of Exchange (Anm. der Redaktion: Wechsel) interpretiert. Sie bestellen also Geld... Mit diesem Wechsel geht man dann entweder in den Handel (Obligationshandel) oder man generiert einfach neues Geld unter Ihrer Haftung. Was denken Sie denn was diese „Rentenpapiere“ sind.

Und das Besondere daran ist, Sie bestellen diese liquiden Mittel über die Melde-Obligation, deren Begünstigter der Stifter der Obligation ist ... z.B. GERMANY. Denn Sie sind ja „nur der Verwalter“, also der, der sich zum Geschäftsführer (ohne Auftrag) aufspielt. Deshalb bekommen Sie ja auch nur 10% des Ertrages dieser Obligation ... wenn überhaupt. Denn die Mitarbeiter, die diese Obligationsbestellungen entgegennehmen bekommen Prämien, wenn sie Sie um diese 10% – wenigstens teilweise – auch noch betrügen. Das nennen diese Leute dann Sanktionen (wegen Vertragsbruch). Man behandelt Sie also wie Vollkaufleute und das ist unehrenhaft. Es ist eine Verletzung der „equality of arms“ (Anmerkung der Redaktion: Verletzung der Waffengleichheit) Übrigens: In Italien wird die Meldeobligation in großen Blockbuchstaben geschrieben (also eine Firma)

Sie schaffen es immer noch mich zu erschüttern. Das würde ja bedeuten, daß der Rentner, dem man gerade mal 500€ zugesteht eigentlich einen Anspruch auf die zehnfache Rente hätte. Nicht ganz. Er müßte von den 5000€ Rente (= Rendite aus der Obligation) 10% Bearbeitungsgebühr (Treuhandrecht) an den Treuhänder abführen. Aber Sie müssen zugeben, daß 4500€ einen größeren Ertrag bei der Plünderung darstellt als die jämmerlichen 500€, die dem Treuhandvertreter offiziell zustehen.

Aber auch 5000€ würden für die Betreiber kein Problem darstellen, denn dann würden einfach die Steuern/Gebühren und sonstiges so lange erhöht, bis ein Brot 50€ kostet und eine Flasche

Mineralwasser 7€ Man ist erfinderisch in diesen Kreisen. Deshalb ist die Forderung nach einem Grundeinkommen Unsinn und ein Ablenkungsmanöver. Das System muß prinzipiell reformiert werden. Vielleicht eine Kleinigkeit. GERMANY und deren Geschäftsführung, die sich Regierung nennt, sind nicht die Drahtzieher dieser Vorgänge. Diese agieren auf ganz anderen Ebenen. Ihre Firma Bundesregierung (mit Angela Merkel) ist nur eine ausführende Partei. Die Sündenböcke wenn es schief geht und alles herauskommt.

Bleiben wir einfach mal beim Finanzamt und seinen Dienstleistungen: z.B. Nötigung und Erpressung zu unfreiwilliger Dienstbarkeit oder andere Dienstleistungen wie z.B. Inkassodienste. Eine Frage an Sie werte Leser: Was hat Ihnen das Finanzamt bis heute geliefert. Und im Gegenzug, was haben Sie bis heute an das Finanzamt geliefert. Merken Sie etwas?

Das Finanzamt verwaltet Ihr internationales Steuerkonto gegen horrende Gebühren. Mehr nicht. Dieses Konto muß (unter Ihrer Haftung) eröffnet werden, so daß Ihre Gutschriften abgerechnet werden können oder besser gesagt könnten.

Denn GERMANY (Geschäftsbesorgungsbeauftragter ist das sog. Finanzamt) muß Ihnen über die juristische Person – auf das Konto natürliche Person darf GERMANY gar nicht zugreifen – die Gutschriften zukommen lassen, die aufgrund der Tatsache entstanden sind, daß GERMANY Ihre Kollateralwerte nutzen darf. Die Renditen also aus der Kollateralnutzung. Und damit diese ordnungsgemäß berechnet werden können, benötigt das Finanzamt eine Auflistung Ihrer Wertschöpfungstätigkeit. Die Einkommensteuererklärung. Und wenn Sie diese nicht „freiwillig“ abgeben, so werden Sie gewissenhaft (also zu Ihren Gunsten und zu Lasten der Treuhandunterverwaltung) geschätzt.

Sobald die Berechnung Ihrer Rendite vorliegt, wird Ihnen der Renditebescheid zugestellt. Der Einkommensteuerbescheid. Und da GERMANY als Inhaber dieses Kontos nur über die juristische Person verfügen darf, wird Ihnen die Schuld der juristischen Person in gleicher Höhe angeboten. Und Buchungen sind ohne Ihr Einverständnis als Verfügungsberechtigter gar nicht möglich. Und man bittet Sie, diese Schuld (des Untertreuhänders GERMANY) auszugleichen, so daß GERMANY aus der Haftung (gegenüber dem Department of the Treasury > IHNEN) entlassen wird. Denn Sie (das lebende Wesen und Treugeber des Departments sind der Gläubiger dieser Rendite). Sie sollten dieses Schuldeingeständnis Ihres Schuldners GERMANY annehmen und den Ausgleich des Kontos freigeben, denn Sie sind der alleinige Verfügungsberechtigte über dieses Konto. Dieser Vorgang nennt sich: accepted for value

Wenn Sie also ein accepted for value ausführen, darf der Untertreuhänder das Konto (Aktiva und Passiva) miteinander verrechnen und das Konto ist Aktiva=Passiva=0. Die Staatsschulden reduzieren sich um diesen Rendite-Betrag und die Untertreuhänder sind nicht mehr (wegen Überschuldung > Insolvenz) erpressbar.

Anstelle dessen überweisen Sie Liquidität, was dem internationalen Währungsfond einen Haftungs-Schaden (Versicherung für die Nutzung von Liquidität) zufügt. Diese Liquidität wird nicht als accepted for value verbucht, sondern auf das Verrechnungskonto geschleust und dort per action in recoupment (Bergungsrecht) geborgen. Was denken sie wohl wie die „Räumung von Afrika“ finanziert wird. So viel Geld hat George Soros auch wieder nicht.

Deshalb sind Sie verpflichtet eine Einkommenssteuererklärung unter Nutzung der Melde-Obligation abzugeben. Aber niemand hat das Recht Sie zur unentgeltlichen Arbeit zu zwingen. Insbesondere nicht unter Betrugsabsichten. Deshalb müßten Sie auch ein Gehalt bekommen für

die Verwaltungstätigkeit (Geschäftsbesorgungsaufträge). Oder die Renditen müßten Ihnen tatsächlich gutgeschrieben werden. Dann würde doch nichts dagegen sprechen, daß Sie Ihre wertschöpfenden Tätigkeit sauber dokumentieren, oder?

Und wenn Sie Ihre Rendite dafür investieren, also verrechnen lassen, also den für dieses Konto haftenden Treuhänder haftungstechnisch zu entlasten (Verrechnung von Aktiva und Passiva) ohne daß Sie Liquidität überweisen müssen, für die Sie Tag und Nacht arbeiten und die auch noch unter Ihrer Kollateralhaftung generiert wird... dagegen spricht doch auch nichts.

Moment, ich verliere gerade etwas den Überblick. Nochmal für unsere Leser: Ich erstelle meine eigene Renditeberechnung in Form einer Einkommensteuererklärung und teile diese dem Finanzamt mit?

Genau, denn Sie haben ja die Konten von GERMANY für diese Wertschöpfungstätigkeit genutzt. Somit müssen Sie den Geschäftsbesorgungsbeauftragten von GERMANY (Finanzamt) und dessen Konto (Melde-Obligation) mit einbinden.

Und das kann niemand besser als Sie als Verfügungsberechtigter und es entlastet die Mitarbeiter der Treuhandverwaltung, denn Sie rechnen doch nur Ihre Rendite des vergangenen Jahres aus. Sie müssen zugeben, daß diese Vorstellung ein gutes Gefühl bei Erstellung einer Einkommensteuererklärung hinterlassen würde.

Und das Finanzamt prüft die Erklärung ob alles richtig ist und erzeugt daraus einen Einkommensteuerbescheid, den wir dann bezahlen müssen. Der Anfang Ihres Satzes ist richtig, das Ende falsch. Das Finanzamt muß natürlich prüfen, ob Sie versuchen zu betrügen, denn sonst müßte man Ihnen ja erzählen, daß alles um 180% gedreht richtig wäre. Sie arbeiten für die wirtschaftlichen Interessen der Untertreuhandverwaltung. Und wenn alles richtig gemacht würde, dann hätte das Finanzamt ein berechtigtes Interesse, daß Sie möglichst viel „steuerschädliches“ geltend machen können (also die Rendite möglichst gering ausfällt). Es ist aber genau anders herum. Dadurch, daß das Finanzamt die Rendite möglichst hochtreibt, kann GERMANY mehr Liquidität beim Gläubiger (also Ihnen) erbeuten.

Mir schwirrt der Kopf. Das ist völlig verdreht. Das ist Absicht und ging mir vor vielen Jahren auch so. Bis ich alles aus der Sicht des wohlmeinenden Gläubigers dieses Systems zu sehen begann.

Und nun sind wir beim Ende Ihrer Schlußfolgerung von eben. Das Bezahlen von Steuern ist nicht zulässig. Denn es ist keine Buchschuld, sondern eine Haftungsschuld. Das Finanzamt das Finanzamt ist nicht in der Position eine Erfüllungsschuld einzufordern, denn es hat nichts geliefert. Nur aus einer Lieferung (Ware) und Leistung (Dienstleistung) kann eine Buchschuld entstehen. Das Finanzamt bietet Ihnen eine Haftungs-Schuld an. Und diese darf nicht mit Liquidität ausgeglichen werden, denn es war keine kollateralbildende Tätigkeit die Basis für dieses Haftungsangebot. Es geht hier um eine reine Kontenhaftungsschuld. Denn das Finanzamt (Geschäftsbesorgungsbeauftragter = kontoführendes Obligations-Verwaltungsinstitut) hat die ausgleichende Verbindlichkeit für Ihr Steuerkonto.

Wenn nun also auf der Aktiva-Seite Ihres Kontos ein Guthaben erscheint, so kommt das Finanzamt in die Situation, daß es auf der Passiva Seite des Kontos die Haftung übernehmen muß, so daß Aktiva = Passiva hergestellt wird. Und das unter der Haftung des Finanzamtes bzw. der Geschäftsleitung des Finanzamtes. Denn dieses muß zu jedem Zeitpunkt sicherstellen, daß Aktive und Passiva gleich sind. Das ist die ausgleichende Verbindlichkeit.

Deshalb behält sich das Finanzamt ja auch eine Not-Türe offen. Denn „Die Haftung auf die Steuerschuld unterliegt dem Schenkungsrecht“. Denn wenn diese Tür nicht wäre, müßten alle Finanzämter nach Herausgabe aller Steuerbescheide an die Verwalter der natürlichen Person (Gläubiger) wegen fehlender Deckungssumme (Versicherung) Insolvenz anmelden. Dieser Vorgang ist buchhalterisch absolut korrekt. Nur keiner versteht es.

Ich muß gestehen... dazu muß man BWL studiert haben. (Lachend) Verzeihen Sie ich wollte Sie nicht auslachen. Aber ein BWL-Studium ist eher hinderlich. Diese Form der Dressur (Studium) verschleiert eher Ihren Blick.

Diese Vorgänge in dieser Sichtweise sind nur ganz oben bekannt. Ich könnte mir vorstellen, daß einige meiner Finanzkollegen graue Haare bei diesen Zeilen bekommen. Aber es ist an der Zeit, daß die Menschen begreifen, daß Sie keine Schuldner sind, sondern daß sie nur in die Position des Schuldners gedrängt werden, weil es praktisch ist. Man kann besser plündern/kontrollieren. Wer geht schon freiwillig in die Position des Schuldners, wenn er das System kontrolliert.

Bei wem sollen denn die Firmen, die sich Staaten nennen Schulden haben? Besonders in diesen Größenordnungen. Bei einer Bank? Wo soll diese denn diese Unmengen an liquiden Mitteln her haben, wenn nicht von den Menschen durch die – nennen wir es ruhig – ergaunerten Assets.

Die Bank nimmt doch auch nur Ihr Anlagevermögen (Übertragen von Sicherheiten aus der Liquidität zweiten Grades = Assets) an die Bank. Diese bucht es auf ihrer Passiva-Seite ihres Kontos ein. Denn die Hinterlegung ist eine Haftungszusage (Sicherungsgeber). Und die Bank hat die Lizenz (Versicherung) daraufhin auf der Aktive-Seite Buchgeld zu produzieren. Selbstverständlich nutzen auch Firmen, die sich Staaten nennen, diese Form der Liquiditäts-Generierung. Oder sie nutzen solche Unternehmen wie die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH um Investoren IHRE Haftungszusagen zu verkaufen. Mit Margen, davon träumen Sie in dunklen Nächten

Ich würde gerne zum besseren Verständnis meine Schlussfolgerungen von vorher abschließen. Gerne. Denn wir wollen Klarheit schaffen.

Das Finanzamt bietet uns also an – um Ihre Worte zu verwenden – die Haftung, die das Finanzamt für uns übernommen hat, zu bezahlen. Das Bezahlen mit Liquidität wäre, wenn es richtig ausgeführt würde, eine Variante, um das Finanzamt und deren Geschäftsleitung von der Haftung zu befreien. Denn diese Form der Akzeptanz würde bei richtiger Verbuchung auch zu einem Kontenausgleich führen. D.h. Sie würden aufgrund des Bescheides, diese geltend gemachte Haftungs-Summe als eine Art Versicherung/Absicherung des Buchungsvorgangs zum Ausgleich zur Verfügung stellen. Nach erfolgtem Kontenabgleich (danach ist aktiva=passiva=0), müßte das Finanzamt die liquiden Mittel über die BIZ und die IRS sauber verbuchen lassen. Die Summe, die, als Akzeptanz interpretiert, treuhänderisch übergeben wird, muß Ihrem Kollateralkonto gutgeschrieben werden. Das können Sie sehen wie eine Einzahlung auf Ihrem Sparbuch. Mit einem Unterschied.

Sie buchen Ihrem Kollateralkonto ausschließlich Kollateralvermögen (Haftungszusagen) zu. Denn jeder Euro Liquidität (Buchgeld) enthält eine Haftungszusage auf der Basis von Kollateralvermögen. Sie zahlen also zusätzlich Kollateralvermögen auf Ihr Freistellungskonto ein. Es ist ja Ihre Rendite. Und es ist Ihr Recht dies wann immer Sie wollen zu tun.

Bei sauberer Verbuchung würde dann die haftungs-Belastung der weltweiten Kollateralkonten sinken und würden frei werden zur Generierung neuer Liquidität. In beiden Fällen (Akzeptanz, Liquidität) muß eine Verbuchung beim Department (IRS) erfolgen und GERMANY erhält 10% aus der treuhänderischen Tätigkeit abzüglich 4% Provision für das Department (IRS).

Und wenn dies nicht erfolgt, so gibt es eine exorbitante Strafe für die untreue Partei. Aber nur, wenn diese Verbuchung als illegal gemeldet wird.

Und wie meldet man so etwas und vor allen Dingen wer? Die Konteninhaber (Verfügungsberechtigten) müssen den Verdacht melden, denn Sie können dieses Konto nach aktuellem Stand ja nicht selbst prüfen. Dafür gibt es spezielle Steuerformulare, vor deren Anwendung ich den Unwissenden ausdrücklich warnen möchte. Da ist viel Unsinn und viel Halbwissen unterwegs.

Wenn der Verdacht entsteht, daß diese Meldungen mißbraucht werden, dann würden Sie sich vergleichsweise über einen Besuch einer SEK Einsatztruppe eher freuen. Denn die sind vergleichsweise harmlos ... so eine Art Selbsteinladung zum Kaffeeklatsch.

Nicht falsch verstehen bitte. Natürlich dürfen bzw. Sie sollten Sie Verdachtsmomente melden. Aber wenn dies ständig mißbräuchlich erfolgt...

Es ist bedauerlich: Aber seien Sie bitte zurückhaltend damit. Sie sollten gut Englisch können, denn die Formulare sind in Englisch und die Einreichung ist in Englisch. Das ist die Amtssprache in GERMANY. Überlassen Sie die Einreichungen aktuell den Kommerz-Profis. Die Geschäftsleitung von GERMANY hat zwischenzeitlich bereits exorbitante Strafen erhalten. Das Einzige was dieser „Truppe“ einfällt ist nicht sauber zu arbeiten, sondern die Reichsbürgerkeule gegen die Anwender von Handelsrecht zu schwingen.

Man muß es also hinnehmen, daß GERMANY sich nicht an die Regeln hält, die 99% aller Menschen in Deutschland gar nicht kennen. Nicht ganz... Sie können auf jeden Fall formlos aber bitte schriftlich, den retention of title (Eigentumsvorbehalt) für die gelieferte Liquidität zum Ausgleich der Konten anmelden. Da seit der ersten Steuerzahlung alles unter betrügerischer Absicht erfolgte. Betrug verjährt nicht. Damit haben Sie ein Tor aufgestoßen.

Es wäre wünschenswert, wenn GERMANY dies nicht als adversäre Handlung, sondern als einen Schritt der Herstellung von buchhalterischer Rechtssicherheit erkennen würde. Ihrem Blick entnehme ich, daß Sie da weniger Optimistisch sind.

Ich gehe eher von einer gewaltsamen Durchsetzung der Wirtschaftsinteressen aus. Da kann ich Ihnen nicht widersprechen. Leider. Offensichtlich zieht das aktuelle System das Faustrecht der Einbeziehung der Menschen vor. Erschütternd ist für mich noch heute, selbst nach Jahrzehnten, daß es immer noch Menschen gibt, die sich instrumentalisieren lassen und Dinge tun, die normalerweise kein vernunftnutzender Mensch – also nicht der homo sapiens – tun würde. Die leitenden Mitarbeiter werden immer jünger, was darauf hindeutet, daß diese aufgrund fehlender Lebenserfahrung offensichtlich leichter zu instrumentalisieren sind.

Also alle Diktaturen der Vergangenheit sind in Vergessenheit geraten. Alle Diktaturen, die von Menschen Unmenschliches verlangt haben um eigenen Interessen durchzusetzen, haben die Menschen offensichtlich vergessen. Alle unmenschlichen Rechtsauffassungen sind wieder da. Und das alleine für individuelle Profite, die zu individuellen Privilegien führen, die wiederum

jederzeit eingezogen werden können. Es kommen neue Strukturen, die wiederum usw. und so fort. Die Geschichte wiederholt sich in einem scheinbar endlosen Zyklus.

Es ist unsere Entscheidung dies zu beenden. Wir alle sind die Architekten der aktuell zu beklagenden Unmenschlichkeit. An dieser Stelle einen Satz, den ich gerne bei Mitarbeitern der Verwaltung nutze. Ich versuche diesen einmal auf Deutsch zusammenzustellen: „Es ist Ihnen natürlich freigestellt, Ihre auf mich unmenschlich wirkenden Vorschriften umzusetzen. Allerdings erlaube ich mir die Bemerkung, daß Ihr höchster Richter Ihnen nach meinen Erfahrungen sehr selten verzeihen wird: Ihr Gewissen. Damit müssen Sie selbst klar kommen.“

Und denken Sie, daß dieser Satz wirkt? Ich habe sehr häufig sehr nachdenkliche Verwaltungsmitarbeiter zurückgelassen. Denken Sie nicht, diese hätten kein Gewissen. Es quält sie, wenn sie eine Familie ruinieren müssen, weil dies so in ihren Vorschriften steht. Diese Leute wissen genau was sie tun. Und das ist die Chance, die Sie haben. Konfrontieren Sie die Verwaltungsmitarbeiter bei unmenschlichen Verwaltungsakten mit ihrem Gewissen. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Viele werden krank. Z.T schwer krank. Die Psyche geht auf den Körper über und bedauerlicherweise handeln viele Verwaltungsmitarbeiter zu lange gegen ihr Gewissen.

Ungeachtet dessen erlaube ich mir – falls alles nichts nützt –, den Menschen das zur Verfügung zu stellen, mit dem sie sich zur Wehr setzen können – den Zugang zu diesen Formularen. Und damit nichts anbrennt, werde ich zuvor meine Kollegen vom Department darüber informieren und mir ein Aktenzeichen besorgen, unter dem die Menschen dann – auch mit weniger Systemverständnis – Ihre Beschwerden nennen wir es einmal gefahrloser platzieren können.

Mit einer einzigen Bitte: Lassen Sie die kleinen Angestellten in Ruhe. Die haben mit ihrem Gewissen genug zu tun. Und falls „die“ nicht gehorchen, dann droht ihnen Schlimmeres als Ihnen. Sie werden wie Verräter und, wie sagt man im Deutschen, ich glaube Nestbeschmutzer behandelt.

Es gibt ein Ziel: Es geht darum die unglaublichen Mengen an gestohlener Liquidität, die dazu genutzt wird um z.B. einen ganzen Kontinent auszuplündern bzw. vorher zu räumen, zu reduzieren. Das ist im Interesse auch meiner Kollegen, die große Sorgen haben, daß wenn die Menschen die Zusammenhänge erfahren, ein Bürgerkrieg kaum noch vermeidbar ist.

Die Folgen einer solchen Reaktion aus Wut, Ohnmacht und Verzweiflung werden alle treffen. Und die, die der Meinung sind, daß man damit nur das (nicht existierende) Überbevölkerungsproblem löst, sollten sich klar machen, daß es keinen Bunker gibt der tief und stabil genug ist.

Denken Sie die Mächtigen dieser Welt wissen das? Ja diese wissen das und deren Angestellte, also Donald, Petrovic usw. (Anmerkung der Redaktion: Donald Trump und Vladimir Putin) wissen das auch. Beide genießen meinen allerhöchsten Respekt und in den Gesprächen kam eindeutig heraus, daß Ihnen die Menschen am Herzen liegen. Die Menschen Ihres Kulturkreises ... Rußland und Amerika. Und wer denkt an Sie in EU-EUROPA? Der gichtgeplagte EU-Chef. Oder war es vielleicht doch Ischias?

Achten Sie doch bitte auch mal auf die kleinen Details. z.B. hatten die Flaggen im Hintergrund bei der Pressekonferenz in Helsinki keinen Goldrand. Also war die Pressekonferenz nicht handelsrechtlicher Natur.

Es geht die Angst um in den oberen Ebenen. Denn das Vertrauen in die Menschen existiert quasi nicht mehr. Wieso auch. Jahrhundertelange Lügen. Jahrhundertelange Plünderung. Was geschieht, wenn die Menschen dies erfahren? Man geht in den oberen Ebenen von der eigenen „Unfähigkeit“ Vergebung zu gewähren aus. Man projiziert dies auf die Menschen ... im Allgemeinen. Das ist die Falle, in der man „oben“ steckt.

Vielleicht wäre es einen Versuch wert auf die Menschen zuzugehen wie es Donald und Petrovic tun. Ich schenke Ihnen glauben. Und Geschenke hinterfragt man nicht.

Das ist wirklich eine schöne Assoziation. Bitte zurück zum Thema. Uns geht die Zeit aus. Ja Sie haben Recht. Es ist schon wieder spät geworden. Ich schlafe ohnehin nicht viel die letzten Monate in permanenter Kriegsgefahr. Diesen Vorgang der Renditemitteilung können Sie auf alle Vorgänge umsetzen, bei denen Ihre Kollateralwerte zum Einsatz kommen. Also Strom, Wasser, Telefon, Versicherungen, jede Form von St-euern usw. Sie sind der Inhaber dieser Kollateralwerte. Diese werden genutzt/eingesetzt um Sie, die Stifter dieser Werte, zu versorgen. Dafür gibt es Renditen und es fallen Gebühren im System an. Die Gebühren, die z.B. GERMANY erhält, sind immer 10% des Ertrages des Kollateraleinsatzes.

Selbstverständlich ist GERMANY nicht befugt auf das Konto des Departments (belastend) zuzugreifen. Dazu benötigen Sie eine „Abbuchungsermächtigung“. Das ist Ihre Unterschrift als alleiniger Verfügungsberechtigter über dieses Konto. Deshalb ist GERMANY gezwungen alle Gebühren als Schuld zu buchen. Auf das Obligationskonto, daß sich juristische Person nennt, und über die ITN (Anmerkung der Redaktion: Internationale Steuernummer) verbucht werden müßte.

Damit eine Zuordnung möglich ist (wo lebt denn der Kollateralträger) wurde die Melde-Obligation erfunden. Ein internes Abrechnungs- bzw. Verrechnungskonto. Deshalb gibt es in fast allen Firmen eine Meldepflicht für die juristischen Personen (warum denken Sie wollen die Ihren Personalausweis sehen bei der Anmeldung?). Dann können die Gemeinden/Städte ein neues Konto unter der Haftung der natürlichen Person eröffnen. Die Melde-Obligation aus der eindeutig der Wohnort und damit der Abrechnungsort zu erkennen ist ... ist wegen der Zuordnung der Renditen und der Abrechnung der Gebühren. Es ist alles logisch und, wenn es denn offen gehandhabt würde, sogar fair und gerecht.

Diese Trickserie und die Betrügerei der regionalen Verwaltungen (die sich Staaten nennen) sind das eigentliche Problem. Toleriert durch das Department und die IRS. Eventuell sind es betriebswirtschaftliche Überlegungen (Einnahmen aus Geldstrafen) oder auch das fehlende Konzept, das Ruder herumzureißen.

Die Frage ist, was können wir tun. Wie können wir signalisieren, daß wir bereit sind in die Selbstverantwortung zu gehen. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn die mächtigsten Männer dieser Erde und da mal einen Tip geben.

Das ist genau die richtige Frage, die unsere Leser bewegt. Wir alle arbeiten von morgens bis abends und haben das Gefühl, daß es nicht mehr reicht. Und wir alle haben das Gefühl, daß das System immer gieriger wird. Ich kann Ihre Ausführungen absolut nachvollziehen. Das ist das Thema vom nächsten Mal. Denn wir brauchen alle eine Lösung. Nicht für mich. Dafür bin ich zu alt. Für meine Enkel und Urenkel, die mir sehr viel bedeuten. Und dafür bin ich bereit alles zu geben... Sie auch, werte Leser?

Das ist glaube ich der ideale Schlußsatz für heute, um die Leser auf das nächste und letzte Interview zu verweisen. Ich danke Ihnen für die Zeit und wünsche Ihnen ein paar ruhige Tage und etwas Erholung. Werden Sie diese mit Ihrer Familie verbringen?



Zum Thema: „Der Schweizer Weg“ und Kontroll-Mitteilung an die ALLIIERTEN als Besatzungs-Macht. Das Buch, „Glaube nichts und prüfe selbst“ ist als Probeexemplar bereits gedruckt und wird derzeit ergänzt, und ist dann über die RRRedaktion erhältlich. Melden Sie Verstöße doch einfach der USAG (United States Army Garrison). Die sind im besetzten Zentraleuropa für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit – dazu gehört auch die Rechtssicherheit – zuständig. Es gibt in jedem Bundesland eine USAG. Und wenn die nicht spüren ... gehen Sie an den US-amerikanischen Kongress. Der ist für Sie zuständig, so lange GERMANY unter Besatzungsstatus verwaltet wird.([IRS](#)) Die US Steuerbehörde sind schärfer als die GSG9. In Trump haben wir eine Exekutiv Kraft, die dagegen vorgeht, auch gegen die OFD in Karlsruhe. Trump hat 4000 Marines zur Unterstützung für die IRS nach Germany geschickt.

Bitte denken Sie daran: Alle Briefe und Anzeigen müssen auf ENGLISCH verfasst sein. Die Behörden nehmen sich nicht die Zeit, das selbst in Englisch zu übersetzen. Es gehen bei denen inzwischen täglich mehrere Tausend Postsendungen aus Deutschland ein. Viele Missstände in Deutschland sind bei den US-Behörden auch schon bekannt. Auch sollte nicht erwartet werden, dass sich die US-Behörden um Einzelschicksale kümmern. Allerdings werden alle Anzeigen gesammelt und sehr genau zugeordnet, sodass am Tag X die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden können. Die US-Armee Organisation kann und darf sich nicht um Zivilangelegenheiten kümmern. Würde sich aber um Strafrechtlich relevante Angelegenheiten kümmern! – so unsere Info! Es erscheint auch sinnvoll zu sein, diese Beschwerden, zumindest wenn es um „Substanzielle Rechteverletzungen“, Übergriffe auf Leib und Leben, Freiheitsberaubung und Menschenhandel, sicherlich auch um Plünderung/Vollstreckung/Versteigerung geht, hier die [Adresse](#) in Wiesbaden:

US-Army Europe (USAREUR) = Hinweis: Siehe Dipl-Post Nr. 19
General John Shalikashvili Mission Command Center (Shali Center)
Lucius D. Clay Kaserne
D-65205 Wiesbaden-Erbenheim
Fax: +49 6134 604 392
E-Mail: army.wiesbadenpao@mail.mil

An Seine Exzellenz der [Botschafter](#)
der vereinigten Staaten von Amerika
Botschafter Richard A. Grenell
Clayallee 170
14191 Berlin

1. To the President of the United States of America
Mr. Donald J. Trump
The White House
1600 Pennsylvania Avenue NW
Washington, DC 20500,
United States of America

Fax: +1 212 299 1050 (Hotel N.Y.)
E-Mail: president@whitehouse.gov

2. U.S. Department of Justice (DoJ)
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530 – 0001
United States of America

(US-Justizministerium)
Fax: +1 202 307 1379
E-Mail: askdoj@usdoj.gov

(Wir möchten wieder an die Leser appellieren, unbedingt diese Arbeit zu Sponsern, mit einer Spende zu unterstützen, wir suchen auch dringend einen Pkw für die RRRedaktion – „Reporter Unterwegs“.)

**CONVENTION
BETWEEN
THE UNITED STATES OF AMERICA
AND
THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL
AND TO CERTAIN OTHER TAXES**
GENERAL EFFECTIVE DATE UNDER ARTICLE 32: 1 JANUARY 1990
FOR FORMER GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC: 1 JANUARY 1991

TAX CONVENTION WITH THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
MESSAGE
FROM
THE PRESIDENT OF THE UNITED STATES
TRANSMITTING

THE CONVENTION BETWEEN THE UNITED STATES OF AMERICA
AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE
TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH RESPECT TO
TAXES
ON INCOME AND CAPITAL AND TO CERTAIN OTHER TAXES, TOGETHER WITH A
RELATED PROTOCOL, SIGNED AT BONN ON AUGUST 29, 1989

TABLE OF ARTICLES >>>>> [USAgermany](#)

Article 1	Personal Scope
Article 2	Taxes Covered
Article 3	General Definitions
Article 4	Residence
Article 5	Permanent Establishment
Article 6	Income from Immovable (Real) Property
Article 7	Business Profits
Article 8	Shipping and Air Transport
Article 9	Associated Enterprises
Article 10	Dividends
Article 11	Interest
Article 12	Royalties
Article 13	Gains
Article 14	Independent Personal Services
Article 15	Dependent Personal Services
Article 16	Directors' Fees

Article 17	Artistes and Athletes
Article 18	Pensions, Annuities, Alimony, and Child Support
Article 19	Government Service; Social Security
Article 20	Visiting Professors and Teachers; Students and Trainees
Article 21	Other Income
Article 22	Capital
Article 23	Relief from Double Taxation
Article 24	Nondiscrimination
Article 25	Mutual Agreement Procedure
Article 26	Exchange of Information and Administrative Assistance
Article 27	Exempt Organizations
Article 28	Limitation on Benefits
Article 29	Refund of Withholding Tax
Article 30	Members of Diplomatic Missions and Consular Posts
Article 31	Berlin Clause
Article 32	Entry into Force
Article 33	Termination
Protocol	of 29 August, 1989
Letter of Submittal	of 24 October, 1989
Letter of Transmittal	of 5 February, 1990
Notes of Exchange 1	of 29 August, 1989
Memorandum of Understanding	of 29 August, 1989
Notes of Exchange 2	of 29 August, 1990
The “Saving Clause”	-Paragraph 1 a) of Protocol



Der Schweizer Weg; Der EU-Rahmenvertrag: Behauptungen und Fakten (12): Unabhängigkeit, Eigenständigkeit – Verhaltensweisen, welche der Schweiz in guten wie in schwierigen Zeiten zwar nicht absolute, aber doch ein Maximum an Handlungsfreiheit gesichert haben. Als unabhängiges und eigenständiges Land wird die Schweiz auch in Zukunft angesichts – manchmal schwieriger – Herausforderungen handlungsfähig bleiben: Voraussetzung zur Gewährleistung von Freiheit für Land und Volk. Die Schweiz ist ein souveränes und neutrales Land. Souveränität heisst Selbstbestimmung. In der Schweiz bestimmt das Volk als Verfassungsgeber – das Volk ist der Souverän. Die direkte Demokratie, der Föderalismus, die Neutralität und die ausgeprägte Subsidiarität sind tragende Staatssäulen der Schweiz. Als offene Export -Nation pflegt die Schweiz gute Beziehungen zu anderen Staaten. Solche Beziehungen finden auf der Grundlage von Gleichberechtigung – auf gleicher Augenhöhe beider Partner – statt.

Staatssäulen: Die Schweiz schliesst – wie seit Jahrzehnten – mit Staaten und Staatengemeinschaften bilaterale und multilaterale Verträge ab, welche im gegenseitigen Interesse sind und die Souveränität der Schweiz nicht beschneiden. Einseitige Unterwerfung unter EU-Institutionen mit dem Ziel einer <institutionellen Anbindung> der Schweiz an den EU-Apparat mit automatischer EU-Rechtsübernahme und der Unterstellung der Schweiz unter den EU Gerichtshof kommt indessen nicht in Frage. Auch die Leistung von sog. <Kohäsionszahlungen> – schamlose bundesrätliche Ersatzhandlung angesichts des öffentlichen Widerstands dem EU-Rahmenvertrag gegenüber – lehnen Schweizerinnen und Schweizer ab –

auch wenn sie vom Stimmrecht dazu ausgeschlossen werden. Kohäsionszahlungen sind handelsrechtlich grundsätzlich in Frage zu stellen. Bisher ist es weder in der WTO noch im Rahmen bilateraler oder multilateraler Handelsabkommen üblich, dass das Land mit dem kleineren Marktpotenzial demjenigen mit dem grösseren Absatzgebiet Ausgleichszahlungen leistet. Nein zum Rahmenvertrag: Dem EU-Ansinnen Rahmenvertrag gegenüber ergeben sich folgende Schlussfolgerungen: Die Schweiz – bisher schon ein weltoffenes Land – hält fest an Kontakten mit der EU auf gleicher Augenhöhe, welche die Gleichberechtigung beider Parteien respektieren. Sie will frei bleiben – als mit jedem Staat dieser Welt aufgrund eigenständiger Handlungen abhängig zu werden.

Weitere Berichte über diese Themen folgen:

- Weltdrogentag nur als Alibi?
- Angela Merkel, Brüssel und der „Tiefe Staat“?
- Frankreich verwickelt in Kriegsverbrechen in Jemen
- Deutsche Bundesregierung fördert pervers-okkulte Kunst
- Wer profitiert von der Werbefreiheit für Abtreibungen?
- Vertuscht Litauens Regierung Pädophilen-Delikt?

Teil21: Einleitung! Die Menschen befinden sich in Geiselhaft! Eine biologische [Kriegsführung](#) der Psychopaten? Auch in Deutschland gibt es keine Rechtssicherheit, sie machen was sie wollen. Unser Wirtschaftsfaktor > Gesundheitssystem Hokuspokus – Geld weg! Heiler, Gurus, Scharlatane in der Medizin. Aufstehen ist **Bürgerpflicht!** Wer Wind erntet, sät Sturm! Wir erinnern an den [Justizmord](#) der Geschwister Scholl. Dieser damalige Widerstand muss weiter wirken, bevor alle heutigen Kritiker schon vorher in den JVA`s und in den Psychiatrien durch die Justiz und durch die (Militär) Polizei entsorgt werden. Vor 75 Jahren wurden Hans und Sophie Scholl hingerichtet, weil sie zum Widerstand gegen das NS-Regime aufriefen. Noch heute stehen ihre Namen für Mut und den Kampf gegen das Unrecht. Die USA ist verantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Aufrechterhaltung des Geschäftsmodells Rechtsstaat im Besatzungsgebiet. Das Gerede über eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr ist unverantwortlich, wir kennen doch alle das Gespenst der deutschen Bombe!

(Wir möchten wieder an die Leser appellieren, unbedingt diese Arbeit zu Sponsern, mit einer Spende zu unterstützen, wir suchen auch dringend einen Pkw für die RRRedaktion – „Reporter Unterwegs“)

Die neue Weltordnung?: Was entwickeln derzeit die Virologen und die Biochemiker? Vieren zur Reduzierung der Menschen? Ein Killer Virus könnte 900 Millionen Menschen töten und wir sind nicht darauf vorbereitet. Fieber, Husten, Verwirrtheit, gefolgt von Schwellungen im Gehirn, die zum Tod führen können. Das sind die Symptome der schweren Krankheit „**Clade X**„. Dieses Szenario ist noch fiktional. Es könnte aber morgen schon zur Realität werden – und bis zu 900 Millionen Menschen töten.



Was hat [Steinmeier](#) SPD mit dem [Sachsumpf](#) von De Maizière zu tun, wie tief steckt er mit drin? Kennen Sie den Eid, den weltweit alle Staatspräsidenten vor

Amtsantritt ablegen müssen? Darin verpflichten sie sich, die Anliegen ihrer Staatsbürger zu ihrer eigenen Sache zu machen, Schaden vom Volke abzuwenden. Prüfen Sie anhand unserer Berichterstattung selbst, ob die Staatsoberhäupter und Regierungen tatsächlich zum Wohle der Völker handeln oder ob der Eid beim Amtsantritt nicht viel mehr ein bloßes Lippenbekenntnis ist. Denn wenn das Weltgeschehen immer mehr unter der Volkslupe betrachtet wird, kann ein Amtseid nicht mehr nur ein bloßes Lippenbekenntnis bleiben.



BuchCover

Die „Deutschen“ denken und wännen sich in Sicherheit? Betriebsstätten, Haus, Hof, Grund und Boden, Bodenrechte, Auto, Arbeit, Einkommen, Vermietungs- und Mietsicherheit. Mieter denken, wenn sie ihre Miete zahlen ist alles sicher. Aber was passiert, wenn ihr Vermieter in die Insolvenz getrieben wird? Insolvenz, für die er nichts kann? Migration und vor allem eine solche, wie sie derzeit durch die Politik vorangetrieben wird, fordert Lebensraum. Aber woher diesen nehmen, also wird er gestohlen? Die Welt funktioniert ganz offenbar anders, als es im ersten Augenblick erscheint. Die RRRedaktion (Roland Regolien, freier Journalist) interviewte einen Insider, welcher im Buch zu dessen Sicherheit anonymisiert als „Diplomat“ benannt, tiefe Einblicke hinter die Kulissen der allgemeinen Wahrnehmung erlaubt.

Ein neu gegründeter Förderverein teilt die Ausführungen durch den „Diplomaten“ aufgeworfene Fragen und bietet Ihnen seinerseits die Plattform, weitere Offenlegung solcher in Nebel und hinter den Kulissen geführten Strukturen zu verstehen an. Er lädt Sie ein Informationen, um Rechte von Unternehmern und Menschen in der Rechtsstellung Deutscher wahrnehmen zu wollen, sichern und sich gemäß staatlichem BGB auf diese bisher unerkannte Situation einstellen, ihr Handeln ausrichten, sich selbst weiterbilden und sich damit in die Lage zu versetzen Ihre und die Werte nächster Generationen schützen zu können.

Bundesregierung muss nun offiziell Stellung zum „Gelben Schein“ beziehen. Der sogenannte „Gelbe Schein“ wurde nun Gegenstand einer Anfrage der AfD an die [Bundesregierung](#). Zuvor erhielt das Innenministerium Baden-Württembergs eine Anfrage des grünen Abgeordneten Daniel Abal, auf die sich Mitglieder der AfD des Landtages Baden-Württemberg bezogen. Sie fragen außerdem, weshalb Personen an Landtags- bzw. Bundestagswahlen teilnehmen dürfen, die keinen Staatsangehörigkeitsausweis besitzen, obwohl der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit die Voraussetzung für die rechtmäßige Teilnahme an Wahlen ist. Das baden-württembergische Innenministerium stellte fest, dass der „Staatsangehörigkeitsausweis das einzige Dokument sei, mit dem das Bestehen der deutschen Staatsangehörigkeit in allen Angelegenheiten, für die es rechtserheblich sei, verbindlich festgestellt werden könne (§ 30 Staatsangehörigkeitgesetz StAG). In der Auskunft aus dem ESTA Register des Bundesverwaltungsamtes steht dann nach korrekter Einreichung der Formulare auf dem Ausländerbüro des Landratsamtes „Deutsche Staatsangehörigkeit“.

Regierungsantwort wirft Fragen auf: „Reisepass und Personalausweis sind kein Nachweis für deutsche Staatsangehörigkeit“! Der geplante Volksaustausch? – Wie Millionen von Fremden die deutsche Staatsbürgerschaft geschenkt bekommen? Dank Schröder & Merkel: 2.200.000 neue angeblich „Deutsche“ – viele mit angestammtem Pass. CDU, CSU, SPD, Linke-Grüne Politiker verabscheuen einerseits alles Deutsche und wollen Land und Volk abschaffen. Andererseits jedoch können sie gar nicht schnell genug massenhaft Einwandere zu Deutschen

machen – auf dem Papier natürlich nur. In den vergangenen 17 Jahren bekamen mehr als 2,2 Millionen Fremde die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ regelrecht geschenkt. Die Landesregierung Baden-Württembergs erklärte in einem Schreiben, dass nur der Staatsangehörigkeitsausweis die deutsche Staatsangehörigkeit verbindlich nachweist. Was bedeutet dies dann für den Großteil der Menschen in diesem Land, die nicht einen solchen Ausweis besitzt? Wie sieht es dann mit der Rechtmäßigkeit der Wahlen in Deutschland aus?

Im O-Ton aufgezeichnet am 16.8.18. **Guten Abend Herr Diplomat. Nun ist es also soweit. Unser letztes Interview in dieser Serie. Der Titel lautet: „Alles ist eine Firma“** Ja, aber unser Kontakt wird wie versprochen nicht abreißen.

Alles ist eine Firma, denn alles ist betriebswirtschaftlich organisiert. Alles ist auf Umsatz- und Gewinnmaximierung aufgebaut. Überall gelten die Prämissen, die wir nur aus Unternehmen kennen. Dazu muß die Organisation keine GmbH, keine Limited oder INC. sein. Das ist gar nicht nötig. Es geht um die Form der Organisation und der Ausrichtung.

Sie erinnern sich: Dies wurde bereits vor über 300 Jahren festgelegt. Von den tatsächlich Mächtigen dieser Welt. Oder denken Sie daß Merkel & Co. tatsächlich etwas zu sagen haben? Aber bevor wir beginnen: Ich hatte eine auf deutschem Boden ansässige Organisation gebeten, Ihnen bei Ihren regionalen Angriffen von Seiten der Ravensburger Justiz und der OFD Behörde etwas zu Seite zu stehen. Ist da etwas gekommen?

Ja, mein Anwalt wurde kontaktiert und das Gericht davon informiert. Sonst ist noch nichts bekannt. Ich werde mal nachhaken. Diese Leute haben sehr viel zu tun. Und die sind gut. Das mußten schon einige selbsternannte „Justizgötter“ auf deutschem Boden feststellen. Es ist eben alles nur eine Firma. Und wer zu hohe (Versicherungs-) Kosten verursacht muß ausgetauscht werden. Umsatz- und Gewinnmaximierungsvorgaben.

Das kann man auch nutzen. Das ist auch das heutige Thema. Die Arbeit auf deutschem Boden ist schwierig geworden. „Behörden“-Willkür soweit das Auge reicht. Nicht aus Böswilligkeit. Das ist eine Kombination aus reiner Unwissenheit – ein vornehmeres Wort als Inkompetenz -, Ignoranz – hört sich besser an als Obrigkeitshörigkeit – und einer Gedankenlosigkeit, was wiederum eine bessere Formulierung wie Gewissenlosigkeit ist.

Wie soll ich es anders formulieren? Menschen, die auf deutschem Boden Zivilcourage zeigen werden als Reichsbürger titulierte und anschließend gesellschaftlich ausgeschaltet. So wie immer in der Geschichte. Menschen, die eine andere Meinung vertreten als die Machthabenden, werden von den Machthabenden als Bedrohung ihrer Macht eingestuft und systematisch ausgeschaltet.

Viele Ihrer werten Leser denken vielleicht, daß es „oben“ in den oberen Etagen angenehmer ist. Sie dürfen gewiss sein, dem ist nicht so. Es geht viel härter zu in den oberen Ebenen. Die gekaufte Exekutive greift nicht Sie an ... sondern Ihre Familie. Das ist üblich in den oberen Ebenen, denn es geht darum Sie gefügig zu halten. Und wenn gar nichts etwas nützt ... den Rest überlasse ich Ihrer Fantasie.

Das wissen die meisten in den unteren Ebenen nicht. Diese leben in der simulierten Rechtsstaatlichkeit, die nichts weiter ist wie ein Geschäftsmodell der besonderen Natur. Es geht nur um das Geschäft. Um mehr nicht. Sie können sich mit offenen Augen umsehen und Sie werden nur Geschäftsmodelle finden.

Ein zwischenzeitlich guter Freund zeigte mir einen Text. Ich zitiere wörtlich von diesem Formular:

„Wir bestätigen, dass ein Versicherungsvertrag gegen die durch Krankheit entstehenden Vermögensschäden (zum Beispiel ambulante Arztbehandlung, stationäre Krankenhausbehandlung, Arzneien, Heilmittel, zahnärztliche Behandlung) besteht für ...“

Ja Sie lesen richtig. Eine Versicherung gegen „durch Krankheit entstehende Vermögensschäden“. Dieser sogenannte Versicherungsvertrag ist die sog. Krankenversicherung. Das Zitat stammt von einem Formular Ihrer Rentenversicherung auf deutschem Boden. Oder haben Sie allen Ernstes gedacht daß es bei dem Vertrag Krankenkasse um Ihre Gesundheit geht? Nein es geht darum einen Vermögensschaden von der Melde-Obligation durch die Inanspruchnahme des regionalen Treuhandsystems abzuwenden. Einen Vermögensschaden, für den die Herausgeber dieser Obligation haften müß(t)en.

Einschub: Die Gebühren für diese Versicherung bezahlt der Nutzer der Melde-Obligation. Nun wissen Sie, warum dieses System eine Melde-Pflicht eingeführt hat. Es gibt keine alten Verträge, die dies verbieten. Bedanken Sie sich – im Sozialversicherungsbereich – bei Bismark. Dem Vater des Kommerzes auf deutschem Boden, ein Zögling der Rothschilds.

Oder dachten Sie daß von Ihren Beiträgen die ärztlichen Behandlungen bezahlt werden? Die Illusion ist perfekt.

Wenn die geblendeten Erfüllungsgehilfen – z.B. Ärzte – eine Abrechnung schreiben, die dann über die KV abgerechnet wird – was denken Sie wohl warum man die Ärzte entmündigt: Das ist eine ideale Variante Versicherungsbeiträge einzusparen, ohne daß es jemand merkt –, dann wird diese Forderung unter Haftung der Melde-Obligation erstellt. Oder glauben Sie allen Ernstes, daß der Arzt die Abrechnungsmodalitäten der KV noch versteht?

Also haftet der Herausgeber bzw. Inhaber des Abrechnungskontos (das Person genannt wird). Denn der Herausgeber bzw. Inhaber hat die ausgleichende Verbindlichkeit (muß also eine Gegenbuchung in der doppelten Buchführung unter seiner eigenen Haftung vornehmen). D.h. er muß sich um den Ausgleich dieser Forderung bzw. des Kontos kümmern. Nicht der Investor ... also nicht Sie. Schauen Sie sich doch Ihr SGB genauer an. Es steht alles drin. Sogar richtig, denn dieses Gesetz wird unter der Haftung der ILO erstellt.

Um zu verhindern, daß die Haftung für den Herausgeber der Obligation nicht untragbar wird, zwingt Sie der sogenannte Gesetzgeber (nicht Herausgeber von Gesetzen) eine Versicherung (für den Herausgeber der Obligation) abzuschließen, die für den Schaden, den Sie unter Nutzung der Melde-Obligation „anrichten“, aufkommt. Ein Vermögensschaden. Sie können diese Versicherung getrost als Factoring bezeichnen.

Ihr gesundheitlicher Zustand könnte dem Herausgeber der Obligation ja eigentlich egal sein, aber der Lizenznehmer des Departments ist für Ihren leistungsfähig gehaltenen Körper (Werthaltigkeit) haftbar. Und damit das möglichst günstig wird, erfindet man Statistiken und Gutachten von sog. Wissenschaftlern, die allen Ernstes behaupten, daß z.B. Impfungen sinnvoll und wichtig sind. Das ist schon richtig, nur nicht so wie behauptet. Wie sonst sollen die Industrieabfälle, die über diesen Weg entsorgt werden, denn sonst entsorgt werden. Das ist eine Kostenfrage. Oder denken Sie Quecksilber in Impfstoffen sind sinnvoll? Oder Fluor in der Zahnpasta?

Es geht immer nur um Umsatz- und Gewinnmaximierung. Fix-Kostensenkung um fast jeden Preis. Alles ist rein kommerziell. Mehr nicht. Die gesamte sog. Gesundheitsvorsorge ist ein Geschäftsmodell.

Bitte denken Sie daran: Alles was über Anträge – das ist i.d.R. ein Bill of Exchange (Anmerkung der Redaktion: Wechsel) – genehmigt wird, ist die Freigabe Ihres Kollateralvermögens zur Liquidierung. Man nimmt also aufgrund Ihres Antrages über die Melde-Obligation, das über die Obligation natürliche Person verwaltete Kollateralvermögen, auch asset (Anlagevermögen) genannt und nutzt dieses zur Liquiditätsbildung. Diese Liquidität wird angelegt, gehebelt (vervielfacht) und dann wird vielleicht 1-2% von dem Ertrag dieses Investment-Spiels an Sie ausgezahlt. Auf diese Weise entstehen diese gigantischen zu versteuernden weltweiten Umsätze von 50,000,000,000,000,000,000,000,000.00 USD (50 Quintillionen US Dollar) pro Jahr!

Sie sehen, es ist genug da. Liquidität ist das Erpressungsinstrument der Hochfinanz. Diese kontrollieren weltweit die Menge an Liquidität ... und deren Verteilung. Es ist nie ein Problem gewesen Liquidität) unter der Haftung der Investoren ... also Ihnen) zu generieren und zu handeln. Sie dürfen es nur nicht erfahren. Sie haben manchmal keine 50 € mehr um einkaufen zu gehen? Sie wissen nicht mehr wie Sie Ihre nächste Stromrechnung bezahlen sollen? Oder Ihre Steuern? Sie wünschen sich ein Grundeinkommen von 2000-3000 €

Und Sie denken damit wäre das Problem gelöst? Was denken Sie wohl warum die Verbreitung dieses Unsinn nicht verhindert oder blockiert wird. Wegen jedem Quatsch, der auch nur ansatzweise gefährlich werden könnte, erfolgt eine Denunzierungskampagne. Aber dort nicht. Auch das Märchen von der Geldproduktion aus dem Nichts. Die Wahrheit ist viel tiefgreifender und erschreckender.

Mit jeder Übertragung von Kollateralansprüchen zur Bildung von Liquidität verlieren Sie Werte für eine tatsächliche kommerzielle Tätigkeit ... also Wertschöpfung. Denn irgendwann haben Sie keine assets mehr, die Sie nutzen könnten, um an Liquidität zu kommen. Denn alles ist beliehen. Für etwas was gar nicht benötigt wird in einem richtig geführten Treuhandsystem: Geld ... ein anderes Wort für Liquidität.

Das Kernproblem war und ist schon immer gewesen, die tatsächlichen Wertehaber (die Menschen) zu täuschen und sie um ihre Werte zu betrügen. Dann eine Struktur aufzubauen, die darauf abzielt andere zu instrumentalisieren, die dann die Funktion eines KAPO erfüllen. Die Aufseher über die Massen von unwissend gehaltenen Rechteinhabern. Diese KAPOs machen dann die Drecksarbeit, so daß sich die tatsächlichen Betrüger nicht mehr die Finger schmutzig machen müssen. Diese KAPOs handeln absolut getreu ihrer Vorschriften und ihrer Überzeugungen. Denn die Überzeugungsarbeit (Gehirnwäsche) über die Massenmedien funktioniert hervorragend. Noch nie war ein Plünderungssystem so perfekt gestaltet und die Illusion so durchdacht wie aktuell.

Da kommt Resignation auf. Gibt es denn keine Möglichkeit für uns? Lassen Sie mich die Bestandsaufnahme bitte abschließen. Eine dumme Frage meinerseits: Warum sollten die Privilegierten dieser Welt etwas ändern? Es hat doch bisher alles so wunderbar – im Sinne der Betreiber dieser Welt – funktioniert.

Ebene Unterprivilegierte: Da gibt es die kleinen Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger, Landratsamtsmitarbeiter. Diese speist man mit gerade so viel Gehalt ab, so daß sie gerade über die Runden kommen. Mehr gibt es nicht. Und man zeigt Ihnen jeden Tag wohin es geht, wenn

sie sich verweigern. Es finden regelmäßig Disziplinierungen statt, um den unteren Ebenen zu zeigen wie Ihre Position im System ist. Und wenn Ihr Gewissen irgendwann zuschlägt (Krankheit), dann nennt man das burn out. Das Geld reicht gerade so eben. Und wenn man mehr möchte – z.B. ein Eigenheim auf Kredit –, müssen beide Partner Geld verdienen. Der „störenden“ Nachwuchs (achten Sie doch bitte mal auf die Worte ... da ist etwas nachgewachsen) kommen dann mit drei Monaten in den Hort, in dem man die Psychopathen von morgen züchtet.

Bitte liebe Leser verzeihen Sie diese harten Formulierungen. Aber Kinder mit drei Monaten gehören in den sicheren „Schoß“ der Mutter und nicht in ein Aufbewahrungslager für zukünftige Kollateralträger. Die emanzipierten weiblichen Leser mögen bitte eines bedenken: Haben Sie tatsächlich die freie Wahl? Oder ist es der wirtschaftlich durchgesetzte gesellschaftliche Zwang einiger weniger kranker Gehirne, die das weibliche Prinzip ablehnen und an die Macht gekommen sind.

Ebene Mittelprivilegierte: Manche dieser geringer Privilegierten schaffen es dann, in die Position der Aufsicht innerhalb dieses Plünderungssystems zu kommen. Sie erhalten mehr Privilegien und mehr Gehalt. Es gibt ein größeres Auto und vielleicht reicht es sogar mit viel Mühe aus einem Gehalt heraus das Eigenheim mittels Kredit zu finanzieren. Man kann sich sogar zweimal im Jahr einen Urlaub leisten. Dann kann man sich kein Gewissen leisten. Und schon gar keine Menschlichkeit und Gnade. Das ist einfach nicht drinnen ... in den Vorschriften, die um jeden Preis eingehalten werden.

Ebene Oberprivilegierte: Wer sich dann als besonders skrupellos herausstellt, wird befördert. Es geht alles viel leichter. Das Auto wird noch größer ... und das Eigenheim auch. Die Abhängigkeit von diesem Posten steigt. Man hat etwas zu verlieren. Warum soll ich mich für diesen Idioten, der seinen Kredit, seine Steuern bzw. seine Rechnungen nicht bezahlen will (oder kann) ein Risiko eingehen? Der soll selber schauen wo er bleibt. Erst komme ich.

Haben wir das Recht darüber zu urteilen? Wie würden wir uns in dieser Position verhalten? Würden wir alles (also unsere Existenz, Ehefrau, Kinder) aufgeben, um einer Mutter zu helfen ihr Kind zu behalten, das man ihr wegnimmt, weil Sie eine Reichsbürgerin ist? Denn wenn man in dieser Ebene nicht gehorcht... ist man draußen und verliert alles wieder, was man sich über Jahre hinweg erarbeitet hat.

Ebene Hochprivilegierte: Niemand schafft es dort hin, wenn er nicht hineingeboren wurde oder „zum Club“ gehört. Billy Gates ist Mitglied des englischen Königshauses. Der Tapeziertisch ist eine Erfindung...

In diesen Ebenen gibt es (sehr) erfolglose Überprivilegierte. Das sind die schwarzen Schafe der Mächtigen. Die gibt es tatsächlich. Die meisten haben diese Position aus Gewissenkonflikten heraus. Andere haben andere Probleme. Trotzdem werden sie wirtschaftlich unterhalten, denn es ist genug da.

Prinzipiell ist in den sehr hohen Ebenen eines wichtig: Die Erpressbarkeit. Jeder hat „eine Leiche im Keller“. Im Zweifelsfalle wird diese erfunden. Aber der Drogenkonsum und die Sexsucht (je jünger desto besser) aus einer zumeist inneren Haltlosigkeit, die nur durch immer mehr Ablenkung kompensiert werden kann. Ich will nicht über diese Menschen urteilen, aber der Sinn des Lebens liegt nicht im Geld und in der Macht über andere. Es gibt aber immer mehr in diesen ebenen, die sich auf andere Werte besinnen. Diese können aber ohne unsere Unterstützung nichts erreichen.

Das ist aber noch nicht die oberste Ebene. Ich entnehme Ihren Ausführungen, daß es noch weitere Hierarchien gibt. Ja das ist richtig. Über dieser zuletzt genannten Ebene, zu der ich die Achse des Bösen zähle, gibt es weitere Hierarchien, die ich allerdings als sehr hilflos gegenüber diesem Kontrollsystem empfinde.

Was meinen Sie mit der Achse des Bösen? Verzeihen Sie, das ist so eine saloppe Formulierung von mir. M-M-M ist die Achse des Bösen. MAY-MACRON-MERKEL. Bitte drehen Sie mal die Buchstaben um: WWW Denken Sie das ist Zufall? Es gibt keine Zufälle. Alles ist geplant und inszeniert.

Wenn ich nach Afrika und nach Europa blicke, dann bekomme ich jeden Tag die Bestätigung dafür. Der sog. Chef der EU ist nach meinem Kenntnisstand nicht wichtig.

Nachdem EU-EUROPA alle Gefängnisse und Psychiatrien im Nahen Osten und Nordafrika leergekauft hat – ja Sie hören richtig: viele dieser sog. Flüchtlinge sind Insassen dieser Einrichtungen gewesen – müssen neue Märkte für den Erwerb von Körpern erschlossen werden. Denn EU-EUROPA braucht neue Obligationen um den sich anbahnenden Konkurs des Konzerns EU-EUROPA zu verschleppen. Denn verhindern können sie diesen nicht. Aber man kann alles für sich nutzen. Und wenn die Inhaber der Firmen, die sich Staaten nennen, geschickt sind, dann können Sie unter Deckung der IRS und des Departments (das sind immerhin deren Kunden) weiterhin noch bessere Geschäfte machen. Eine win-win-situation.

Äthiopien ist auf einem unglaublichen Weg. Diese bitter arme Firma hat es geschafft einen Wirtschaftsboom im eigenen Land aus mehr oder weniger eigener Kraft aufzubauen... aber EU-EUROPA ist nicht fern.

Und gegen geschenkte Produkte (subventioniert von der schlafenden Bevölkerung Europas) kann keine Wirtschaft bestehen. Ich fürchte leider Schlimmstes, wenn sich die aufgewachten Menschen in Europa nicht von dieser Achse des Bösen befreien. Wie? Kündigen Sie einfach. Das sollen doch Ihre Angestellten sein, oder nicht? Und wenn das nicht geht, entlarvt sich das System selbst.



Ich könnte mir vorstellen daß es so manchem Leser mittlerweile schlecht wird. Sie können eine Achterbahn auf zwei Arten erleben. Augen auf oder Augen zu. Das ist eine individuelle Entscheidung. Ich bevorzuge es die Augen zu öffnen. Nur so habe ich wenigstens ansatzweise die Möglichkeit die Richtung mit zu beeinflussen. Nur so können wir dem Inhaber von GERMANY genauer auf die Finger schauen.

Es gibt also einen Inhaber von GERMANY? Ja natürlich. „Er“ wurde von den Finanziers des inszenierten zweiten Weltkriegs eingesetzt. Die Manhattan Chase Bank ist eine der mächtigsten Banken der Welt. Die lassen sich nicht die Butter vom Brot nehmen.

Also ist die Manhattan Chase Bank Inhaber von GERMANY? Das habe ich nicht gesagt. Aber wer finanziert bestimmt. So läuft das Spiel. Und die Geschäftsführer dieser Firmen (Hochprivilegierte) werden aus den Reihen der Bilderberger gewonnen. Und wer dort mitspielt ... Die machen sich i.d.R. keine Gedanken über die Masse. „Da stehen die drüber“ Aber es gibt

Ausnahmen. Und diese Ausnahmerecheinungen müssen sich genau überlegen was sie tun. Wenn diese zu viel riskieren ...

Sie entschuldigen die Frage. Stehen Sie über diesen „Hochprivilegierten“? Ich interpretiere dies als Fangfrage. Ich würde es mal so formulieren: Ich sitze etwas zwischen den Stühlen und schaue den Dingen manchmal fassungslos zu, da mir in manchen Bereichen einfach die Hände gebunden sind. Ich habe nicht die Rechte einzugreifen. Dabei würde ich es gerne belassen wenn es für Sie in Ordnung ist.

Ja, den wir haben ja eine Vereinbarung. Wie sieht es über diesen Hochprivilegierten aus? Dort gibt es kaum Informationen. Schon gar nicht in der Öffentlichkeit.

Aber ernsthaft. Denken Sie daß die Bilderberger und alle anderen Gruppierungen das Produkt einer demokratischen Bewegung sind? Selbstverständlich gibt es eine übergeordnete Struktur, die die Grenzen der uns bekannten und verständlichen Welt sprengen. Auch diese Struktur(en) sind rein betriebswirtschaftlicher Natur. Es geht bis in die allerhöchsten Ebenen immer nur um das Geschäft.

Wie soll eine kleine Gruppe von fünf Individuen eine ganze Welt kontrollieren? Na so wie es oben eben steht. Mit Privilegien-Zuteilungen. Ganz gezielt wird auf diese Weise eine Kontrollstruktur aufgebaut über die alle Wesen dieser Welt optimal verwaltet werden können. Eine Gruppe habe ich allerdings in meinen Ausführungen vergessen.

Und die wäre? Die Gruppe, die 99% aller Wesen dieser Welt ausmachen. Die Menschen, denen man auferlegt, jeden Tag um ihre Existenz zu kämpfen. So bleibt keine Zeit zum Nachdenken. Denken Sie das ist Zufall? Nein ist es nicht.

Hier in Europa ist es noch einigermaßen strukturiert. Aber gerade in den asiatischen, arabischen und afrikanischen Gebieten ist eine Kontrolle kaum möglich. Dort ist auch außer Spekulations-Kollateralen (auch gerne Neusiedler genannt) und Bodenschätzen nichts zu holen. Aber lassen Sie uns dieses Thema verlassen und uns dem Machbaren zuwenden. Denn die Tatsache, daß alles als Firma verwaltet wird hat große Nachteile (im menschlichen Bereich) aber auch Vorteile, die es zu nutzen gilt.

Darauf warten unsere Leser bereits. Denn es ist an der Zeit etwas zu ändern. Das ist es definitiv. Das Interview hatte nur ein Ziel: Klarheit zu schaffen. Wir wissen nun abschließend, daß viele Bereiche bereits zentralisiert sind. Justiz (IACA), öffentliche Polizei (constellis), Bankwesen (Weltbank > BRICS), alle Geheimdienste (ich schätze den Chef dieser Organisation sehr), Steuerbehörde ([IRS](#)), treuhänderische Kollateralverwaltung (Department of the Treasury) usw. Wir wissen, daß alle diese Bereiche betriebswirtschaftlich aufgebaut sind, also einer Kosten- Nutzen-Rechnung unterliegen. Wir wissen daß alle diese Entitäten steuerpflichtig und versicherungspflichtig sind. Und das ist der Punkt, an dem wir ansetzen können. Bitte hören Sie auf mit dem Gerichtsvollzieher zu diskutieren. Das bringt niemanden weiter. Der kann, darf und will Ihnen auch gar nicht helfen...

Und wer kann und will uns helfen? Im Prinzip niemand... Denn von wollen kann gar keine Rede sein. Nur mögen es die Superhaie wie z.B. die [IRS](#) nicht, wenn sie von ihren Lizenznehmern (z.B. GERMANY) ausgetrickst werden oder wenn Handlungen von GERMANY unter der Haftung der Alliierten (gegenüber der UN z.B.) Aktionen unter Verstoß gegen die Kollateralschutzverträge (Menschenrechtskonventionen) erfolgen. Denken Sie daran: Alles muß versichert werden. Auch die Körper der Kollateralträger. Und wenn von

Interviewserie „glaube nichts“ von Regolien Roland...

Zivilpersonen-Schutz (Genfer Abkommen) die Rede ist, dann gilt der Schutz den Konten des Departments. Nicht Ihnen!

Aber machen wir es systematisch:

Aufrechterhaltung von Rechtssicherheit

Dafür ist auf „deutschem Boden“ in den westlichen Gebieten die US-Armee zuständig. In den Ostgebieten (also auch Ostpreußen und Danzig) ist die Russische Föderation in der Rechtsnachfolge der Sowjetunion.

Und wer kann und will uns helfen? Im Prinzip niemand... Denn von wollen kann gar keine Rede sein. Nur mögen es die Superhaie wie z.B. die IRS nicht, wenn sie von ihren Lizenznehmern (z.B. GERMANY) ausgetrickst werden oder wenn Handlungen von GERMANY unter der Haftung der Alliierten (gegenüber der UN z.B.) Aktionen unter Verstoß gegen die Kollateralschutzverträge (Menschenrechtskonventionen) erfolgen. Denken Sie daran: Alles muß versichert werden. Auch die Körper der Kollateralträger. Und wenn von Zivilpersonen-Schutz (Genfer Abkommen) die Rede ist, dann gilt der Schutz den Konten des Departments. Nicht Ihnen!

Aber machen wir es systematisch:

Aufrechterhaltung von Rechtssicherheit

Dafür ist auf „deutschem Boden“ in den westlichen Gebieten die US-Armee zuständig. In den Ostgebieten (also auch Ostpreußen und Danzig) ist die Russische Föderation in der Rechtsnachfolge der Sowjetunion.

Wenn nun also Rechtsbeugung und die Verweigerung rechtlichen Gehörs stattfinden, so wenden Sie sich an die USAG in dem entsprechenden westlichen Bundesland (Besatzungsgebiet). Das ist einfach über die Suchmaschine GOOGLE herauszufinden. Schreiben Sie eine schriftliche Beschwerde (auch in Deutsch), setzen Sie eine Frist von 5-7 Arbeitstagen und besorgen Sie sich dann einen Gesprächstermin, falls nicht geantwortet wird. Falls Ihnen das verweigert wird, kontaktieren Sie Orrin Hatch dem President pro tempore of the United States Senate. Das ist der dritte Mann in der Machtfolge der USA. Dort kommt eher mal die Post an.

Beschweren Sie sich als Geschädigter eines Unternehmens mit Sitz in DELAWARE. Und schrecken Sie nicht davor zurück auch das Wort Folter und Menschenhandel im Kriegs(besatzungs)gebiet in den Mund zu nehmen.

Wie... Sie können doch nicht einfach... Seien Sie nicht zimperlich bei der Wahrnehmung Ihrer Rechte. Alles ist erlaubt. Außer Gewaltanwendung. Denn wer Gewalt sät, erntet Gewalt das sollte jeder wissen.

Kriegslisten sind erlaubt. Natürlich können Sie auch den Senat der USA anschreiben. Die USA ist verantwortlich für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Aufrechterhaltung des Geschäftsmodells Rechtsstaat im Besatzungsgebiet. Und wenn die USA das nicht hinbekommt, dann müssen eben die anderen Alliierten ran.

Wie sagt man im Deutschen: „Mitgefangen, Mitgehangen“ An dieser Stelle: wenn sich 10 Investoren beschwerten, dann interessiert das keinen. Wenn es mal 10.000 oder 100.000 Beschwerden sind. Dann schon. Dann geht es an die Versicherung der USA bzw. an die Versicherung des US-Militärs.

Also wenn die nicht spüren > schreiben sie die UPU in Bern an. Die sind für die Einhaltung der Militärgesetze (UN-Konventionen) zuständig. Damit sind diese die Rückversicherer des Militärs.

An dieser Stelle die Bemerkung: Die US-Armee hat schon reagiert und sich entsprechend vorbereitet. Es fehlen konkretere Hinweise von Geschädigten. Bewegen Sie sich bitte endlich...

In den Ostgebieten wenden sie sich bitte an die sehr hilfsbereite Russische Botschaft in Berlin. Mit dem dortigen Militärattaché Oberst Andrey Siwov habe ich sehr gute Erfahrung gemacht. Selbstverständlich sind die Handlungsspielräume aktuell begrenzt... aber Sie finden wenigstens politisches und ab und zu auch militärisches Gehör.

Seien Sie diplomatisch, denn Putin wird wegen 10 Beschwerden keinen Krieg in Zentraleuropa riskieren. man bereitet sich zwar weltweit auf einen Bürgerkrieg vor, aber das kann einfach nicht die Lösung sein. Es gibt bessere Wege.

Ergänzung: Die französischen Besatzer sind nur Lizenznehmer der Volksrepublik China. Also wenden Sie sich lieber an die Volksrepublik China. Dort steht Ihnen ZHOU Ming als Militärattaché zur Verfügung. Leider wie in vielen anderen Botschaften zwischenzeitlich auch eine juristische Person. Die britische Besatzungszone steht unter US-Militär-Verwaltung. Die Britische Botschaft zu kontaktieren bringt Sie nicht weiter.

An dieser Stelle noch ein Hinweis: Die Alliierten haften gegenüber der IRS für Treuhandbetrug, Steuerbetrug und Geldwäsche im Besatzungsgebiet. Denn für die Einhaltung der internationalen Verträge sind die Alliierten aufgrund des Besatzungsstatus zuständig. Falls also aus Ihrer Sicht anhaltend Treuhandbetrug, Steuerbetrug und Geldwäsche unter Ihrer Haftung stattfindet, schalten Sie die IRS ein (u.a. f3949-A) und melden Sie den Vorgang unter der Haftung des kommandierenden der US-Armee... falls dieser nicht reagiert. Vielleicht muß man auch mal etwas schärfer reagieren, daß diese Plünderung auf deutschem Boden endlich aufhört.

Wenn sich diese Meldungen häufen, dann muß vonseiten der USA, der Russische Föderation und der Volksrepublik China eingegriffen werden.

Das ist ja schon einmal eine Menge Information. Und nur der Anfang.

Aufrechterhaltung von Steuerrecht und Treuhandrecht

Selbstverständlich können Sie für jeden erpressten Ausgleich mittels Liquidität den Verdacht des Steuerbetruges äußern. Da man Ihnen von Seiten der IRS aktuell nicht das Recht einräumt Ihr Konto selbst zu prüfen, müssen Sie diese einzige Möglichkeit mittels des Formulars f3949-A wahrnehmen. Und das dürfen Sie genauso schreiben. Der einfachere Weg wäre eine Qualifizierungsmaßnahme durch die IRS und die Freigabe der Qualifizierten, ihre Konten selbst zu prüfen. Das nennt man Mitbestimmungsrecht.

Das Gleiche gilt, sobald man Ihnen das Formular 1099-oid, auf das Sie einen Rechtsanspruch haben, trotz Anforderung Ihrerseits vorenthält. Aber denken Sie bitte daran: Ihre Hausbank wird nicht erfreut sein. Sie riskieren Ihre geschäftliche Zusammenarbeit > Kontenkündigung. Selbst in den obersten Ebenen brauchen die Menschen Konten. Und so lange Sie von Konten abhängig sind, müssen Sie sich **noch** die Erpressung Ihrer Hausbank gefallen lassen. Es gibt Kreise, die daran arbeiten. Aber das ist eine sehr harte und sehr gefährliche Angelegenheit.

Wann greift man auf Ihre Werte zu?: Immer wenn ein Konto unter Ihrer Haftung eröffnet wird. Z.B. bei einer Zwangsversteigerung und einem sog. Strafbefehl. Prinzipiell ist es so, daß der Lizenznehmer des Departments (z.B. GERMANY) Sie immer in die Position der vertragsbrechenden Partei manövrieren will. Deshalb ist es so wichtig korrekt zu arbeiten, so daß das Gericht oder die Bank oder jeder beliebige Vertragspartner selbst in die Position der vertragsbrechenden Partei kommt. In diesem Moment ist eine Kontoeröffnung (unter Ihrer Haftung) illegal, denn Sie haben nicht entehrt! Die Entehrungen sind das Problem, das die meisten Unerfahrenen in die Katastrophe führt. Ein unautorisierter Zugriff auf Ihr Kollateralkonto ist zulässig, wenn Sie den Lizenznehmer des Departments entehrt haben. Z. B. mit einem Vertragsbruch.

Aber die meisten wissen doch von all dem nichts, oder? Wie kommt man an diese Formulare? Die Formulare finden sie auf der Internetseite > www.irs.gov < Dort geben die die Nummer ein, dann kommen sie an diese Formulare. Das ist absolut richtig. 99,9% der Treuhand-Geschädigten sind nicht über die vertraglichen Hintergründe informiert. Dies ist z.T. auch gar nicht möglich. Somit ist die Basis der behaupteten Entehrung (also der Vertragsbruch) ein Vertrag, der mindestens durch Täuschung im Rechtsverkehr zustande gekommen ist. Allerdings gebe ich hier zu bedenken, daß es inzwischen sehr viele Möglichkeiten gibt sich zu informieren. Aber die meisten Menschen haben verlernt sich zu wehren und sind erst unter einem massiven Leidensdruck (kurz vor der Resignation) bereit, für Ihre Interessen einzustehen. Dies gilt es zu überwinden.

Aber viele fühlen sich komplett – auch von diesem Thema – überfordert. Das ist ebenfalls nachvollziehbar. Als ich mit diesen Dingen das erste Mal konfrontiert wurde, verlor ich das Eine oder Andere mal die Übersicht. Ich mußte mich als nicht Betriebswirtschaftler zum Teil richtig durchkämpfen. Aber ich aber es geschafft und da ist auch ein gewisses Maß an Stolz darauf entstanden. Resignieren Sie nicht gleich, wenn Sie nicht alles gleich verstehen. Man wächst in eine neue Aufgabe hinein. Das ist untern nicht anders wie oben.

Aber es gibt einen sehr wichtigen Aspekt, auf den ich mir erlaube hin zu weisen: Die Menschen (nicht nur auf deutschem Boden) befinden sich in der Position von Schutzbefohlenen. Dies bedeutet, daß diese Menschen nicht nur ein Recht auf menschenwürdige Behandlung haben, sondern auch auf die Tatsache bestehen müssen, daß sie lebende Wesen unter göttlichem Recht sind. Und dieses allumfassende Schutzbedürfnis dürfen sie auch einfordern.

Die Schutzbefohlenen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen physisch und psychisch zu foltern, ist inakzeptabel.

Die Machthabenden und Machtkontrollierenden sind insbesondere gegenüber den Schwächeren in einer Bringschuld. Wenn nun also das Department of the Treasury nicht mehr weiß wer seine Auftraggeber sind, so muß darüber nachgedacht werden, ob diese Organisation in der aktuellen Form für diese Welt tragbar ist. Denn es geht nicht nur um die Beitreibung von Lizenzgebühren und das Generieren von Bußgeldern bei Nichteinhaltung.

Es geht um die Verwaltung der Werte dieser Welt und es geht darum, daß die Organisation, die sich als obersten Treuhandverwaltung aufspielt mehr macht, als nur auf Steuerbetrugs- und Treuhandbruchmeldungen zu reagieren. Ich fordere mehr. Ich fordere, daß diese wohl mächtigste Organisation der Welt druck bekommt von den behaupteten Auftraggebern. UNS ALLEN.

Das Department geht von einer konkludenten Auftragserteilung aus. Vielleicht sollte man diese Organisation auf die Endlichkeit ihrer Macht hinweisen. Denn wenn alle diesem Vertrag widersprechen würden ... Die Selbstverwaltung ist ein hehres Ziel, wenn diese der Gemeinschaft aller Lebewesen dieser Welt dient. Auch den uns allen Schutzbefohlenen dieser Welt: der Flora und Fauna...

Die Zeit ist bereits wieder sehr fortgeschritten. Was können die Leser nun konkret tun?

1. Schritt:
Sie fordern von den Regionalverwaltungen Transparenz ein. Diese sind zur Herstellung von Rechtssicherheit (=Transparenz) verpflichtet. Wenn ein Verwaltungsakt nicht nachvollziehbar ist, dann fordern Sie die Vertragsgrundlage ein. So lange bis SIE wissen worum es geht. Und lassen Sie sich nicht mit Gesetzen abwimmeln. Sie sind die Sicherungsgeber und somit haben Sie ein Recht auf Rechtssicherheit. Es ist zu klären, wo Ihre Haftungszusage ist ! Das gilt auch für Justizangelegenheiten, denn die Richter sind nur Dienstleister im Auftrag. Sie sollten wenigstens einmal mit einer Frist von 5-7 Tagen zur Klärung dieses Vorgangs erinnern.

2. Schritt:
Die Regionalverwaltung verweigert Ihnen diese Transparenz und droht bzw. denunziert höchstensfalls. Schicken Sie eine Kopie der Korrespondenz mit der Regionalverwaltung zum Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. Die sind für die innere Klärung zuständig, denn es ist nicht Ihre Aufgabe, innere Angelegenheiten der Firma GERMANY zu klären. Setzen Sie eine Frist von maximal 10 Arbeitstagen und informieren Sie die Regionalverwaltung bezüglich dieses Vorgangs. Und weisen Sie in Ihrem Schreiben darauf hin, daß, im Falle von Kompetenzüberschneidungen, der Vorgang doch bitte einfach an die zuständige Stelle weitergeleitet wird. Weisen Sie ruhig schon mal auf den nächsten Schritt hin. Und erinnern Sie auch hier wenigstens einmal bezüglich des Vorgangs. Zweimal ist besser.

3. Falls man Ihre Anfrage nicht bearbeitet und/oder der übliche nichtssagende Text kommt, geht der Vorgang zur regionalen USAG. Eine Kopie der gesamten Korrespondenz sowie die Bitte, dies innerhalb von 10 Arbeitstagen zu (er)klären. Und weisen Sie hier schon einmal auf die Tatsache hin, daß die USAG haftbar ist für die Einhaltung von internationalen Verträgen auf deutschem Boden. Und weisen Sie auf einen eventuellen Haftungsschaden hin. Und bitte nie vergessen, die Ebenen 1. Und 2. Über den aktuellen Stand zu informieren. Und wenn es ein Zweizeiler ist.

4. Keine Antwort von 1.-3.

a. Sie schreiben die UPU in Bern an und bitten um Klärung bezüglich der Haftung bei Mißbrauch der Militärgesetze im Zusammenhang mit den UN-Abkommen.

b. Sie schreiben den Kongress der USA an und beschweren sich dort über die Mißachtung der „Menschenrechte und der Grundsätze laut Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika – im Besatzungsgebiet“ Denn die Verfassung der USA gilt für alle juristischen Personen der USA. Dies können Sie auch über die US-Botschaft in Berlin machen. Dazu sollten Sie aber

mindestens als Interessensgemeinschaft auftreten. Post von Individuen wird nicht bearbeitet.

c. Sie schreiben die Russische Botschaft an. Auch hier gilt als Gruppe auftreten.

5. Sie können diesen Schritt auch parallel zu 1.-4. ausführen. Sobald Sie auch nur ansatzweise den Eindruck haben, daß man ohne Autorisierung auf Ihre Werte versucht zuzugreifen, haben Sie das Recht die **IRS** einzuschalten. Allerdings ist hier mehr Wissen erforderlich als ich hier im Rahmen des Interviews vermitteln kann. Je präziser diese Meldung erfolgt, umso größer ist der Effekt. Bitte mißbrauchen Sie diese Keule nicht. Es sollte der letzte Schritt sein. Aber lassen Sie sich auch keinen Unsinn wie „sie müssen Originalformulare einreichen“ usw. erzählen. Ich kenne Leute, die das per FAX und per email machen...

Der letzte Schritt ist ein Schritt, den die Menschheit nur zusammen und in Solidarität gehen kann.

Und wie kündigt man diese Verträge? Im Prinzip formlos. Allerdings würde ich bevorzugen einen schriftlichen Vertrags-Vorschlag beizufügen. Ihre Leser mögen mir verzeihen, aber es ist absolut nicht zu klären, wie eine solche Aktion endet. Eventuell droht ein weltweiter Bürgerkrieg um die Ressourcen dieser Welt. Damit ist keinem geholfen.

Das ist zwar nachvollziehbar, aber unbefriedigend. Ich verspreche Ihnen und den Lesern, daß wenn es zu einer Situation kommt, die einen solchen Schritt erforderlich machen sollte, werde ich Sie erneut kontaktieren. Denn der neue Vertrag sollte wohl überlegt sein.

Ich nehme Sie beim Wort. Ich danke Ihnen für die viele Zeit, die Sie für die Leser investiert haben. Wir sehen uns ja bald in Genf wieder, ich freue mich schon darauf mich mit Ihnen und mit einigen ihrer Kollegen zu unterhalten.

Es gibt eine unglaubliche Menge an Rückmeldungen, sogar weltweit und ich bitte Sie im Namen unserer Leser, diese in den nächsten Wochen zu beantworten. Denn ich habe den Eindruck, daß Sie im Herbst sehr viel zu tun bekommen.

Diese Einschätzung ist richtig. Wenn Angela ihre „Hausaufgaben“ nicht macht... Hoffen wir das Beste. Schließlich kommt Putin nicht umsonst, nicht ohne Grund nach Deutschland.

Übersetzung – Deutsch: Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Schlussbemerkungen zum sechsten periodischen Bericht Deutschlands. **1.** Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte prüfte den sechsten periodischen Bericht Deutschlands über die Umsetzung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (E / C.12 / DEU / 6) auf seiner 31. und 32. Tagung (E / C.12 / 2018 / SR.31 und 32) vom 25. September 2018 und nahm auf seiner 58. Sitzung am 12. Oktober 2018 die folgenden abschließenden Bemerkungen an. [UNenglish](#) (Das Buch „Glaube nichts und prüfe selbst“ ist da >> **HIER bestellen.**)

A. Einführung

2. Der Ausschuss begrüßt den sechsten Bericht, den der Vertragsstaat vorgelegt hat, und die ergänzenden Informationen, die in den Antworten auf die Liste der Probleme (E / C.12 / DEU

/ Q / 6 / Add.1) enthalten sind. Der Ausschuss begrüßt auch den konstruktiven Dialog mit der hochrangigen interministeriellen Delegation des Vertragsstaates.

B. Positive Aspekte

3. Der Ausschuss begrüßt die gesetzgeberischen, institutionellen und politischen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um einen hohen Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in dem Vertragsstaat sicherzustellen, insbesondere die Einführung eines nationalen Mindestlohns im Jahr 2015 durch den Erlass des Gesetzes einen Mindestlohngesetz (MiLoG) zu regulieren.

C. Wichtigste Themen und Empfehlungen

Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

4. Der Ausschuss begrüßt die Erklärung der Delegation des Vertragsstaats, wonach die deutschen Behörden das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifizieren wollen, und ermutigt den Vertragsstaat, die Ratifizierung zu beschleunigen.

Verpflichtung des Vertragsstaates im Rahmen des föderalen Systems

5. Der Ausschuss stellt fest, dass das föderale System des Vertragsstaats Befugnisse und Verantwortlichkeiten, insbesondere im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Rechte des Paktes, an die Länder überträgt, der Ausschuss ist jedoch besorgt darüber, dass die wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede erheblich sind und kulturelle Rechte, die vor 1990 von der Teilung Deutschlands geerbt wurden, bestehen trotz entschlossener Bemühungen des Vertragsstaats, sie zu überwinden, fort. Der Ausschuss ist auch besorgt über die unzureichenden Informationen und Daten zur Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in einigen Ländern.

6. Der Ausschuss erinnert daran, dass die Dezentralisierung keinesfalls die Gesamtverantwortung des Vertragsstaats für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Pakt (Artikel 27 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge) als primärem Zollträger mindert. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat weitere Schritte unternimmt, um allen Menschen unabhängig von ihrem Wohnort die Möglichkeit zu geben, die Rechte des Paktes in Anspruch zu nehmen, um bestehende Unterschiede zu verringern, unter anderem durch eine enge Überwachung ihrer Umsetzung. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat außerdem, sein Datenerfassungssystem zu verbessern, um die rechtzeitige Erhebung verlässlicher Daten über die Inanspruchnahme von Covenant-Rechten in allen Ländern zu ermöglichen. Wirtschaft und Menschenrechte

7. Der Ausschuss begrüßt zwar die Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), ist jedoch besorgt über den ausschließlichen freiwilligen Charakter der im NAP festgelegten Sorgfaltspflichten für Unternehmen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und des Mangels an Überwachungsmechanismen in dieser Hinsicht. Besonders beunruhigt ist der Umstand, dass der Vertragsstaat nur dann verbindliche gesetzliche Maßnahmen einführen würde, wenn weniger als 50 Prozent aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Menschenrechtsstandards in ihre Geschäftsprozesse aufgenommen haben. Dies kann im Ergebnis zu einer regulatorischen Lücke

bei der Auferlegung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen führen, auch wenn ein großer Teil der Unternehmen solche Verpflichtungen nicht in ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen hat.

8. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die wirksame Umsetzung des NAP durch alle Beteiligten durch einen umfassenden und transparenten Überwachungsprozess sicherzustellen. Es empfiehlt auch, dass der Vertragsstaat einen Regelungsrahmen einführt, der sicherstellt, dass alle in dem Vertragsstaat oder in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen Menschenrechtsverletzungen nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland erkennen, verhindern und bekämpfen, und dass sie haftbar gemacht werden können für Verstöße.

9. Der Ausschuss ist besorgt über: a) die praktischen Hindernisse, die den Zugang von Drittstaatsangehörigen zum Rechtsweg im Vertragsstaat behindern, deren Rechte angeblich von deutschen Unternehmen im Ausland verletzt wurden, obwohl das deutsche Recht den Zugang zum Recht als Rechtsstaat vorsieht sowie Rechtshilfe; b) das Fehlen kollektiver Rechtsbehelfe in der Zivilprozessordnung mit Ausnahme des Schutzes der Ansprüche der Verbraucher; (c) das Fehlen der strafrechtlichen Haftung von Unternehmen nach deutschem Recht; und (d) das Fehlen von Offenlegungsverfahren, was es den Antragstellern äußerst schwer macht, die Verletzung ihrer Rechte durch eine Handlung eines Unternehmens nachzuweisen.

10. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich einer verbesserten Rechtshilfe für Opfer und der Einführung kollektiver Rechtsdurchsetzungsmechanismen in Zivilverfahren, der strafrechtlichen Haftung von Unternehmen und Offenlegungsverfahren, um sicherzustellen, dass die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen misshandelt werden mit Wohnsitz in Deutschland oder unter deutscher Gerichtsbarkeit haben in Deutschland Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen und Entschädigungen.

11. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine allgemeine Anmerkung Nr. 24 zu den Verpflichtungen des Staates im Rahmen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit (E / C.12 / GC / 24) hin.
Menschenrechte und internationale Handels- und Investitionsabkommen

12. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass der Vertragsstaat keine Folgenabschätzungen bezüglich der Menschenrechte in Bezug auf landwirtschaftliche Exporte in arme Länder und Länder mit Nahrungsmitteldefizit vornimmt, wenn keine einschlägigen Bestimmungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) vorliegen. Sie ist besonders besorgt darüber, dass die Ausfuhr von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländer, selbst wenn die Exportsubventionen auslaufen, negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Kleinbauern in diesen Ländern haben kann

13. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, sicherzustellen, dass Folgenabschätzungen zu Menschenrechten durchgeführt werden, um die Gesamtauswirkungen der Agrarexporte in Entwicklungsländer zu bewerten, um die Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem Pakt auf internationale Hilfe und Zusammenarbeit sicherzustellen. Es empfiehlt auch, dass der Vertragsstaat alle Anstrengungen unternimmt, um eine Änderung der EUCAP-Regelungen im Einklang mit den Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten, die den Pakt ratifiziert haben, herbeizuführen. Er empfiehlt ferner, dass der Vertragsstaat alle Anstrengungen unternimmt, um eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union herbeizuführen, um sicherzustellen, dass Nahrungsmittelexporte in Entwicklungsländer die Lebensfähigkeit des

Agrarsektors in diesen Ländern nicht bedrohen im Einklang mit den Bemühungen dieser Länder, lokale Nahrungsmittelsysteme wieder aufzubauen und in die lokale Nahrungsmittelproduktion zu investieren. Dies erfordert eine genaue Überwachung der Auswirkungen dieser Exporte.

14. Der Ausschuss ist besorgt über die Ausschließlichkeitsbestimmungen für Daten, die den Entwicklungsländern durch die EU-Präferenzhandelsabkommen (EU-PTAs) auferlegt wurden, die den Zugang zu erschwinglichen Generika für Personen in diesen Ländern verzögern und sich nachteilig auf ihr Recht auf Gesundheit auswirken.

15. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat vor Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und dem PTA Menschenrechtsfolgenabschätzungen vornimmt, um die Auswirkungen von Datenexklusivitätsbestimmungen auf den Zugang zu erschwinglichen Generika in den Entwicklungsländern zu ermitteln. Er empfiehlt außerdem, dass der Vertragsstaat alle Anstrengungen unternimmt, um eine Änderung der EU-Verfahren umzusetzen, um Bestimmungen für Folgenabschätzungen zu Menschenrechten aufzunehmen, bevor PTA Verhandlungen mit Entwicklungsländern aufgenommen werden. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine allgemeine Anmerkung Nr.14 (2000) zum Recht auf das höchste erreichbare Gesundheitsniveau hin (Ziffer 39). Pflichten eines Vertragsstaats im Rahmen des Paktes als Staatsmitglied internationaler Finanzinstitutionen

16. Der Ausschuss bedauert, dass der Vertragsstaat als Mitgliedsstaat internationaler Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus seinen erheblichen Einfluss nicht ausreichend genutzt hat, um sicherzustellen, dass die Bedingungen, die diese Institutionen mit einem Darlehen verbinden, bestehen führen nicht zu einem ungerechtfertigten Rückschritt bei der Ausübung der Rechte des Bundes in den Anleihestaaten.

17. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, alles daransetzte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass alle internationalen Finanzinstitutionen, bei denen er Mitglied des Staates ist, sicherstellen, dass die an ein Darlehen geknüpften Auflagen nicht dazu führen, dass Kreditnehmer ihre Verpflichtungen nicht einhalten unter dem Bund. Insbesondere sollten diese Konditionalitäten nicht dazu führen, dass ungerechtfertigte rückschrittliche Maßnahmen ergriffen werden, dass die vom Pakt vorgeschriebenen Kernpflichten verletzt werden, oder dass sie unverhältnismäßig sind Auswirkungen auf marginalisierte Personen und Gruppen. In diesem Zusammenhang empfiehlt es dem Vertragsstaat auch sicherzustellen, dass die internationalen Finanzinstitutionen, deren Mitglied er ist, vor der Bereitstellung des Darlehens zu diesem Zweck eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Menschenrechte durchführen. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine Erklärung zu den öffentlichen Schulden, den Sparmaßnahmen und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (E / C.12 / 2016/1) und das Schreiben des Vorsitzenden des Ausschusses vom Sparmaßnahmen vom 16. Mai 2012.

Klimawandel

18. Der Ausschuss bedauert, dass der Vertragsstaat nicht auf dem richtigen Weg ist, um seine Treibhausgasemissionen bis 2020 zu erreichen, und bekräftigt seine innerstaatliche Verpflichtung, die Einhaltung des Ziels von 2030, die Emissionen um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, zu gewährleisten.

19. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zur Erreichung seiner Treibhausgasemissionsziele für 2020 zu intensivieren und seinen Verpflichtungen aus Artikel 4 Absatz 16 des Pariser Abkommens nachzukommen, indem er sein Ziel für 2030 als national festgelegten Beitrag vorlegt.

Offizielle Entwicklungshilfe

20. Der Ausschuss stellt fest, dass die öffentliche Entwicklungshilfe (State Development Assistance, ODA) des Vertragsstaats 2016 das international vereinbarte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreicht hat, da die Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern und Migranten in diese Berechnung einbezogen wurden auf der Suche nach internationalem Schutz. Der Ausschuss bedauert auch, dass er die Zusage im folgenden Jahr nicht eingehalten hat. (Art. 2 (1))

21. Der Ausschuss fordert den Staatsteil auf, seine Bemühungen um eine konsequente Erfüllung der ODA-Verpflichtungen in den kommenden Jahren zu verstärken. (Art. 2 (1))
Diskriminierung in kirchlichen Einrichtungen

22. Der Ausschuss ist besorgt über die wiederholten Berichte über Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugung oder sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität bei der Beschäftigung nichtkirchlicher Positionen in kirchlichen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern. (Kunst. 2 (2) und 6)

23. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, insbesondere die Abschnitte 8 und 9, zu überprüfen, um sicherzustellen, dass nichtkirchliche Angestellte aus Gründen der religiösen Überzeugung, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität nicht diskriminiert werden dürfen. Intersex-Kinder und Transgender-Personen

24. Der Ausschuss begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 über das dritte Geschlecht. Der Ausschuss ist jedoch besorgt darüber, dass nach der Verabschiedung des Gesetzes über Änderungen des Zivilstandsgesetzes und der lebenslangen verheerenden Konsequenzen der Operation auf die Geschlechtsbestätigungsoperation von Intersex-Säuglingen und Kindern auch weiterhin psychische, physische und psychische Folgen haben psychische Gesundheit und Wohlbefinden. Es ist auch besorgt, dass das Transsexuellengesetz des Vertragsstaates den Transgender-Status pathologisiert. (Kunst. 2 (2) und 12)

25. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um medizinisch unnötige Operationen zur Geschlechtsbestätigung von intersexuellen Säuglingen und Kindern zu verbieten und ein Umfeld zu schaffen, in dem sie sich entwickeln und für ihre bevorzugte Geschlechtsidentität respektiert werden können. Es empfiehlt auch dem Vertragsstaat Überarbeitung der Gleichstellungsgesetze im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards und bewährten Verfahren. Migranten

26. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass nach Artikel 87 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes die Behörden verpflichtet sind, Migranten ohne Papiere bei den Einwanderungsbehörden anzuzeigen, die irreguläre Wanderarbeitnehmer davon abhalten können, Dienstleistungen zu suchen, die für die Wahrnehmung ihrer Rechte unerlässlich sind, wie z Gesundheitsfürsorge und der Meldung von Straftaten, einschließlich häuslicher Gewalt sowie sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. (Kunst. 2 (2), 12 und 13)

27. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat eine klare Trennung („Brandmauer“) zwischen öffentlichen Dienstleistungserbringern und Einwanderungsbehörden durchführt, unter anderem durch die Aufhebung von § 87 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes, um sicherzustellen, dass irreguläre Arbeitsmigranten Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen erhalten ohne Angst. Familienzusammenführung von Flüchtlingen und Personen, die subsidiären Schutz genießen

28. Der Ausschuss begrüßt die Bemühungen des Vertragsstaats, eine große Anzahl von Flüchtlingen und anderen Migranten aufzunehmen, die aus ihren Ländern fliehen müssen. Der Ausschuss stellt jedoch mit Besorgnis fest, dass die Familienzusammenführung für subsidiär geschützte Personen, die seit 2015 möglich ist, zwischen März und Juli 2018 ausgesetzt und seitdem wieder eingesetzt wird, weiterhin einer Quote von 1.000 Personen pro Monat unterliegt, obwohl Ausnahmen zulässig sind humanitäre Gründe. Es ist auch besorgt über die Unklarheit der Verfahren und Kriterien für die Umsetzung der neuen Vorschriften. Darüber hinaus ist es besorgt, dass nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats erwartet wird, dass unbegleitete Minderjährige mit Flüchtlingsstatus die Unterhalts- und Unterbringungsmöglichkeiten für die gesamte Familie gewährleisten, wenn die Familienzusammenführung mit den untergeordneten Elternteilen stattfindet. Dies führt zu einer erhöhten Anzahl von Ablehnungen oder zur Verhinderung der Familienzusammenführung. (Kunst. 2 (2) und 10)

29. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, sicherzustellen, dass Personen, die Anspruch auf subsidiären Schutz haben, die Möglichkeit haben, sich mit ihren Familien zu vereinigen, einschließlich der Aufhebung der Quote von 1.000 Personen pro Monat. Es empfiehlt auch, dass der Vertragsstaat seinen Prozess der Familienzusammenführung verbessert, indem er einheitliche und klare Verfahren und Kriterien für eine solche Wiedervereinigung vorsieht. Abbau der praktischen und administrativen Hindernisse für die Familienzusammenführung; Erlauben Sie Eltern und Geschwistern die Wiedervereinigung ohne Hürden, wenn ein unbegleiteter Minderjähriger, der das erste im Gaststaat ankommende Familienmitglied ist, als Sponsor fungiert.

Frauenvertretung in Entscheidungspositionen

30. Der Ausschuss ist besorgt über die geringe Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen, insbesondere im privaten Sektor, und über die Unwirksamkeit des Gesetzes über die gleichberechtigte Teilhabe. Es ist insbesondere besorgt, dass: (a) die gesetzlich vorgesehene Geschlechterquote von 30% für Aufsichtsräte, die im Gesetz vorgesehen ist, nur 108 Unternehmen umfasst; (b) die Mehrheit der Unternehmen, die nach dem Gesetz verpflichtet sind, Ziele für Geschlechterquoten festzulegen, hat dies nicht getan; und (c) Sanktionen bei Nichteinhaltung sind nicht wirksam. (art.3)

31. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Bemühungen um eine stärkere Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen zu verstärken und insbesondere (a) den Umfang der gesetzlich vorgeschriebenen Geschlechterquote von 30% für die Geschäftsführung und höhere Managementpositionen auf alle aufgeführten Positionen auszuweiten oder mitbestimmte private Unternehmen; (b) die Sanktionen bei Nichteinhaltung uneingeschränkt durchzusetzen und gegebenenfalls zu verstärken; und (c) privaten Unternehmen starke Anreize bieten, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und geschlechtsspezifische Diskriminierungen und Stereotype zu bekämpfen.

Prävalenz prekärer Beschäftigung

32. Der Ausschuss ist besorgt über die sehr große Zahl von Menschen, die in verschiedenen Formen prekärer Beschäftigung tätig sind, wie etwa Minijobs, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, kurzfristige Dienstleistungsverträge und befristete Beschäftigung bei 14 Millionen. Diese Arbeiter erhalten niedrige Löhne, haben ein niedriges soziales Schutzniveau und haben die Verhandlungsmacht geschwächt. Der Ausschuss ist ferner besorgt über die steigende Zahl von Arbeitnehmern in Abhängigkeit von den Sozialleistungen, die derzeit bei 1,2 Millionen liegt, und dass nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmer es schafft, von einer prekären Beschäftigung zu einer regulären Beschäftigung überzugehen. (Kunst. 6 und 7)

33. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Bemühungen um die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und die Regulierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu verstärken, indem er Arbeitgebern Anreize bietet und Arbeitnehmer mit Qualifizierungsmaßnahmen ausbildet, um ihre Qualifikationen und andere Formen der Unterstützung, wie z. B. Pflegedienste, zu verbessern für Kinder und unterhaltsberechtigte Erwachsene, um sie dabei zu unterstützen, eine Vollzeitstelle anzunehmen, wobei zu bedenken ist, dass die Mehrheit dieser Arbeitnehmer Frauen sind. Sie empfiehlt dem Vertragsstaat außerdem sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer- und Sozialversicherungsrechte dieser Arbeitnehmer in Gesetz und Praxis uneingeschränkt garantiert werden und dass die Mindestlohngesetzgebung durchgesetzt wird.

Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

34. Der Ausschuss ist besorgt über die unzureichende Einhaltung der Quote von fünf Prozent für die Beschäftigung von Menschen mit schweren Behinderungen und die hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Frauen mit Behinderungen. Es ist auch besorgt über die wachsende Zahl von Menschen mit Behinderungen, die in geschützten Werkstätten arbeiten, über begrenzten Arbeits- und Sozialschutz verfügen und nicht von den Mindestlohn-Gesetzen profitieren, und mit dem geringen Übergang von geschützten Werkstätten in die Öffentlichkeit Arbeitsmarkt. (Kunst. 2 (2) und 6)

35. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zu verstärken, um die vollständige Einhaltung der Quote für die Beschäftigung von Menschen mit schweren Behinderungen, insbesondere von Frauen mit Behinderungen, sicherzustellen und die Sanktionen für die Nichteinhaltung der Vorschriften zu verstärken. Sie empfiehlt dem Vertragsstaat außerdem, sicherzustellen, dass Arbeitnehmer in geschützten Werkstätten umfassend vom Arbeits- und Sozialschutz einschließlich des nationalen Mindestlohns erfasst werden, und dass er wirksame Maßnahmen ergreift, um den Übergang von Arbeitnehmern mit Behinderungen von geschützten Werkstätten zum offenen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Mindestlohn

36. Der Ausschuss begrüßt die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der derzeit auf 8,50 Euro festgesetzt und alle zwei Jahre angepasst wird. Es ist jedoch besorgt, dass dem Vertragsstaat keine zuverlässigen Daten über die Einhaltung des Mindestlohns vorliegen und dass eine erhebliche Anzahl von Arbeitnehmern angeblich unter dem Mindestlohn bezahlt wird. (art.7)

37. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zu verstärken, um sicherzustellen, dass allen Arbeitnehmern mindestens der nationale Mindestlohn gezahlt wird und der Mindestlohn auf einem Niveau festgesetzt wird, das ausreicht, um den Arbeitnehmern

und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu bieten; und zur Durchsetzung des Mindestlohns. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine allgemeine Anmerkung Nr. 23 (2016) zum Recht aller auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen hin, Ziff. 23.

Geschlechtsspezifisches Lohngefälle

38. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle im Jahr 2018 mit 21 Prozent weiterhin hoch bleibt, hauptsächlich aufgrund der anhaltenden vertikalen und horizontalen De-facto-Segregation sowie des überwiegenden Anteils von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Es ist auch besorgt, dass dies zu einer großen geschlechtsspezifischen Rentenlücke (derzeit 53%) sowie zu einer überproportional hohen Armutsquote bei älteren Frauen führt. (arts.3, 7, 9 und 11)

39. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zur Schließung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles zu intensivieren, unter anderem durch

(a) Bekämpfung der vertikalen und horizontalen De-facto-Segregation; und
(b) Überprüfung seiner Sozial- und Steuerpolitik, um den Faktoren zu begegnen, die Frauen davon abhalten, ihre Karriere fortzusetzen oder eine Vollzeitbeschäftigung anzunehmen. Darüber hinaus fordert der Ausschuss den Vertragsstaat nachdrücklich auf, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um der hohen Armutsrate älterer Frauen entgegenzuwirken. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

40. Der Ausschuss ist besorgt über die unzureichende Zahl von Arbeitsinspektionen, die in der Landwirtschaft sowie in kleinen Arbeitsstätten durchgeführt werden, und über die hohe Zahl tödlicher Arbeitsunfälle in diesem Sektor. (art.7)

41. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten zu intensivieren, insbesondere durch verstärkte Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft sowie in kleinen Arbeitsstätten.

Hausangestellte

42. Der Ausschuss stellt fest, dass rund 163.000 Bezugspersonen, hauptsächlich weibliche Wanderarbeitnehmer, in Privathaushalten in Deutschland beschäftigt sind, dass der Ausschuss besorgt ist, dass er übermäßig viele Stunden ohne regelmäßige Ruhezeiten arbeiten muss und anfällig für Ausbeutung ist. dass Arbeitsinspektionen unzureichend sind; und dass diese Arbeitnehmer Zugang zu begrenzten und fragmentierten Beschwerdeverfahren haben. (art.7)

43. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat dafür sorgt, dass Hausangestellte, die hauptsächlich als Pflegekräfte beschäftigt sind, hinsichtlich der Vergütung, des Schutzes vor unfairer Entlassung, der Erholung und der Freizeit sowie der Begrenzung der Arbeitszeit und der Ausbeutung der Arbeitnehmer die gleichen Bedingungen wie andere Arbeitnehmer haben Missbrauch. Sie empfiehlt ferner, dass der Vertragsstaat die Beschwerdeverfahren verbessert, um sie für diese Arbeitnehmer leicht zugänglich zu machen und wirksame Inspektionsmechanismen zur Überwachung ihrer Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine allgemeine Anmerkung Nr. 23 (2016) zum Recht aller auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen hin, Ziff. 47 (f) .

Das Streikrecht von Beamten Das Streikrecht von Beamten

44. Der Ausschuss ist nach wie vor besorgt über das Verbot von Streiks durch den Vertragsstaat durch alle öffentlichen Beamten mit Beamtenstatus, einschließlich Schullehrer mit diesem Status. Dies geht über die Beschränkungen des Art. 8 Abs. 2 des Paktes hinaus, da vernünftigerweise nicht alle Beamten als wesentliche Dienstleister angesehen werden können. (Art. 8)

45. Der Ausschuss bekräftigt seine frühere Empfehlung, dass der Vertragsstaat Maßnahmen ergreift, um den Geltungsbereich der Kategorie der wesentlichen Dienste zu ändern, um sicherzustellen, dass alle Beamten, deren Dienste nicht als notwendig betrachtet werden können, Anspruch auf ihr Streikrecht haben gemäß Artikel 8 des Paktes und des IAO-Übereinkommens Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts (1948).

Sozialversicherung

46. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass das Niveau der grundlegenden Sozialleistungen nicht ausreicht, um den Empfängern und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Sie ist auch besorgt über die Berechnungsmethode des Existenzminimums, die auf einer Stichprobenerhebung der Ausgaben der Haushalte mit dem geringsten Einkommen beruht und einige der Grundkosten ausschließt. Sie ist ferner besorgt über die Sanktionen, die Grundsicherungsempfängern für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II auferlegt werden, die die Leistungen um 30 bis 100 Prozent senken und insbesondere junge Menschen betreffen, deren Leistungen vollständig aufgehoben werden, wenn sie gefunden werden ihre Pflichtverletzung verletzt haben. Sie bekräftigt außerdem ihre Besorgnis über die Definition der als „angemessen“ eingestuften Beschäftigung, die von Arbeitssuchenden angenommen werden soll. (Kunst. 6, 9 und 11)

47. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die Höhe der grundlegenden Sozialleistungen durch eine Verbesserung der Berechnungsmethoden für das Existenzminimum in Anbetracht des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014 zu erhöhen. Er fordert den Vertragsstaat außerdem auf, den Staat zu überprüfen Sanktionen, um sicherzustellen, dass das Existenzminimum stets angewendet wird. Er empfiehlt ferner, dass der Vertragsstaat ausdrücklich Kriterien für die Beurteilung der Eignung der Beschäftigung gemäß Artikel 21 Absatz 2 der IAO (Nr. 168) Beschäftigungsförderung und Schutz gegen Arbeitslosigkeit, 1988, festlegt. Der Ausschuss macht den Vertragsstaat darauf aufmerksam auf seine allgemeine Anmerkung Nr. 19 (2008) zum Recht auf soziale Sicherheit. Pflegedienst für ältere Menschen

48. Der Ausschuss begrüßt zwar die Entscheidung, 13.000 neue Verwalterstellen in Krankenhäusern zu schaffen, ist jedoch besorgt über den chronischen Mangel an qualifizierten Betreuern für ältere Personen im Vertragsstaat. Es bekundet erneut seine Besorgnis über die Situation älterer Menschen, die unter erniedrigenden Bedingungen leben, auch in einigen Pflegeheimen, und aufgrund unzureichender Pflegekräfte unzureichend versorgt werden. (Kunst. 10 und 12)

49. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seine Anstrengungen zu verstärken, um eine ausreichende Anzahl qualifizierter Betreuer älterer Menschen gemäß dem Globalen Verhaltenskodex der WHO für die internationale Rekrutierung von Gesundheitspersonal sicherzustellen, und dafür zu sorgen, dass sie angemessene und günstige Bedingungen haben der Arbeit. Er bekräftigt auch seine früheren Empfehlungen, dass der Vertragsstaat unverzüglich Maßnahmen zur Verbesserung der Situation älterer Menschen in Pflegeheimen

ergreift. die erforderlichen Ressourcen für die Ausbildung des Pflegepersonals bereitstellen; häufigere und gründlichere Inspektionen in Pflegeheimen durchführen. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine allgemeine Anmerkung Nr. 6 zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten älterer Menschen (1995) hin.

Kinderarmut

50. Der Ausschuss ist besorgt, dass 19,7 Prozent (2,55 Millionen) der Kinder unter 18 Jahren in Armut leben. Die Mehrheit davon sind Kinder, die mit einem alleinerziehenden Elternteil oder in Familien mit zwei oder mehr Geschwistern leben. Es ist auch besorgt darüber, dass die Höhe des Kindergeldes nicht ausreicht, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Es ist ferner besorgt über Berichte, dass einige Eltern, einschließlich Eltern von Migranten, aus bürokratischen Hürden oder mangelnden Informationen über Leistungen kein Kindergeld beantragen und dass der Vertragsstaat die Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme der Leistungen nicht wirksam einschätzt. (Kunst. 9 und 10)

51. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat fortlaufend die Angemessenheit der Kindergeldsysteme, einschließlich Standardkinderleistungen, Kinderzulagen und des Bildungs- und Beteiligungspakets, im Hinblick auf die Beseitigung der Kinderarmut überprüft. Es empfiehlt auch, dass der Vertragsstaat Daten erhebt Kindergeldregelungen, einschließlich der Aufnahmequoten, und Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen, um den Schwierigkeiten der in Frage kommenden Haushalte beim Zugang zu den Leistungen zu begegnen. Ernährung von Schulkindern

52. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass trotz dieser Maßnahmen viele Kinder immer noch ohne Frühstück zur Schule gehen. (Kunst. 10 und 11)

53. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat dafür sorgt, dass die Kinder bei Bedarf Schulmahlzeiten erhalten, wobei Eltern und Kinder weiter für die Notwendigkeit einer angemessenen Ernährung sensibilisiert werden und Familien diesbezüglich unterstützt werden.

Recht auf Wohnung

54. Der Ausschuss nimmt zwar die Ankündigung zur Kenntnis, dass die Haushaltsmittel für Sozialwohnungen künftig aufgestockt werden sollen, ist jedoch besorgt über die sehr hohen Mieten und Mietsteigerungen; der akute Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Verbindung mit der geringeren Anzahl sozialer Mietwohnungen; und die sinkenden und niedrigen öffentlichen Ausgaben für Wohnraum. Sie ist besonders besorgt angesichts der sehr niedrigen Schwelle für die Erstattung von Wohnraum bei den grundlegenden Sozialleistungen, die dazu geführt hat, dass viele Familien mit grundlegenden Sozialleistungen in den Ballungsräumen andere Grundkosten für die Miete zahlen oder sie obdachlos machen. Es ist ferner besorgt über die Berichte, dass die Zahl der Personen, denen es an angemessenem Wohnraum fehlt, ständig gestiegen ist und 1,2 Millionen betrug. Der Ausschuss bedauert das Fehlen offizieller Daten über die Verbreitung von Obdachlosigkeit und das Fehlen von Unterkünften für Obdachlose. (Kunst. 9 und 11)

55. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

- (a) das Angebot an erschwinglichen Wohneinheiten vor allem für die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Personen und Gruppen erhöhen;
- (b) die öffentlichen Mittel für den Wohnungssektor weiter erhöhen;
- (c) Erhöhung des Schwellenwerts für die Erstattung von Wohnungen im

Rahmen der sozialen Grundleistung, in dem die Kosten für die Unterkunft durch den Marktpreis gedeckt werden; e) Verringerung der Obdachlosigkeit und Gewährleistung einer angemessenen Bereitstellung von Aufnahmeeinrichtungen, einschließlich Notunterkünften und Herbergen sowie sozialer Rehabilitationszentren;

e) Erhebung von nach Geschlecht, ethnischer Herkunft und anderen relevanten Kriterien aufgeschlüsselten Daten über den Umfang und das Ausmaß der Obdachlosigkeit in dem Vertragsstaat und die Schaffung eines wirksamen Mittels zur Überwachung der Situation der Obdachlosigkeit;

(f) Ergreifen Sie geeignete Maßnahmen, um den Auswirkungen von Spekulationen in städtischen Wohnräumen auf den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum entgegenzuwirken.

Zugang zu Elektrizität

56. Der Ausschuss ist besorgt angesichts der Berichte, dass eine große Anzahl von Haushalten, insbesondere diejenigen mit grundlegenden Sozialleistungen, von Energiearmut betroffen sind und dass 328.000 Haushalte 2016 aufgrund von nicht bezahlten Rechnungen von Stromausfällen betroffen waren. (Art. 11)

57. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat wirksame Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass alle Haushalte ihren grundlegenden Strombedarf decken, um Stromausfälle für Haushalte zu vermeiden, die nicht für ihren Mindestbedarf aufkommen können.

Recht auf Gesundheit

58. Der Ausschuss ist besorgt darüber, dass der Asylbewerber nach dem Gesetz über Leistungen für Asylbewerber während der ersten 15 Monate seines Aufenthalts in Deutschland auf akute und schmerzhaft bedingte Bedingungen in der Gesundheitsfürsorge beschränkt ist und dass der Zugang zu Gesundheit weiterhin eingeschränkt ist das Fehlen einer klaren Definition oder Leitlinien für „andere wesentliche Gesundheitsdienstleistungen“, die gemäß dem Gesetz in Ausnahmefällen bereitgestellt werden, sowie zu den akuten und schmerzhaften Zuständen. (Art. 12)

59. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass alle Personen in dem Vertragsstaat, einschließlich Asylsuchende, ungeachtet ihres rechtlichen Status und ihrer Dokumentation und ihrer Überprüfung den gleichen Zugang zu Gesundheitsfürsorgeleistungen erhalten Gesetz zur Regulierung von Ansprüchen ausländischer Personen auf Grundsicherung von Arbeitssuchenden und dem Gesetz über Leistungen für Asylbewerber entsprechend. Der Ausschuss weist den Vertragsstaat auf seine Erklärung zu den Pflichten der Staaten gegenüber Flüchtlingen und Migranten im Rahmen des Paktes (E / C.12 / 2017/1) hin.

Recht auf Bildung

60. Der Ausschuss erkennt die Bemühungen der Länder und Kommunen an, den Zugang zu Bildung zu verbessern, ist jedoch besorgt über die anhaltenden Herausforderungen im Bildungssektor, insbesondere:

{a) der landesweite Lehrkräftemangel, der sich auf Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Qualität der Bildung auswirkt;

{b) die nach wie vor hohe Anzahl von Schülern mit Behinderungen in Sonderschulen, anstatt in das normale Schulsystem integriert zu werden;

{c) Die Hindernisse für Flüchtlinge und asylsuchende Kinder, die Zugang zu Bildung haben,

sind von Land zu Land und von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich. (Kunst. 13 und 14).

61. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:
(a) sich eine ausreichende Anzahl ausgebildeter und qualifizierter Lehrkräfte sichern und sicherstellen, dass diejenigen, die als Zwischenmaßnahme die Lücken füllen, ausreichend ausgebildet und zertifiziert werden, bevor sie den Schulen zugewiesen werden;
b) Fortsetzung des Programms zur Inklusiv Ausbildung und Ermutigung von Kindern mit Behinderungen und ihrer Eltern, sich für eine Inklusiv Ausbildung zu qualifizieren;
c) sich weiterhin darum bemühen, dass Flüchtlings- und asylsuchende Kinder so bald wie möglich bei ihrer Ankunft im Land ihre Ausbildung beginnen und landesweit gleiche und qualitativ hochwertige Bildung für sie gewährleisten.
D. Andere Empfehlungen

62. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in Erwägung zu ziehen.

63. Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat, seinen Verpflichtungen aus dem Pakt vollständig Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass die darin verankerten Rechte bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf nationaler Ebene uneingeschränkt genutzt werden. Das Erreichen der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung würde erheblich dadurch erleichtert, dass der Vertragsstaat unabhängige Mechanismen zur Überwachung der Fortschritte und zur Behandlung von Begünstigten öffentlicher Programme als Rechteinhaber einführt

Wer kann Ansprüche geltend machen.

Die Umsetzung der Ziele auf der Grundlage der Grundsätze der Beteiligung, der Rechenschaftspflicht und der Nichtdiskriminierung würde sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.

64. Der Ausschuss empfiehlt, dass der Vertragsstaat Schritte unternimmt, um schrittweise geeignete Indikatoren für die Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu entwickeln und anzuwenden, um die Bewertung der Fortschritte zu erleichtern, die der Vertragsstaat bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Pakt erzielt für verschiedene Bevölkerungsschichten. In diesem Zusammenhang verweist der Ausschuss den Vertragsstaat unter anderem auf den konzeptionellen und methodologischen Rahmen für Menschenrechtsindikatoren, der vom Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (siehe HRI / MC / 2008/3) erarbeitet wurde.

65. Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, die vorliegenden abschließenden Bemerkungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen umfassend zu verbreiten, einschließlich auf nationaler, provinzieller und kommunaler Ebene, insbesondere unter Parlamentariern, Beamten und Justizbehörden, und den Ausschuss in seinem Ausschuss zu unterrichten nächster periodischer Bericht über die Schritte zur Umsetzung. Das Komitee fordert den Vertragsstaat auf, mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, Nichtregierungsorganisationen und anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft im Anschluss an die vorliegenden abschließenden Bemerkungen und dem Konsultationsprozess auf nationaler Ebene vor der Einreichung zusammenzuarbeiten seines nächsten periodischen Berichts.

66. Nach dem Verfahren zur Weiterverfolgung der vom Ausschuss angenommenen abschließenden Bemerkungen wird der Vertragsstaat aufgefordert, innerhalb von 24 Monaten nach Annahme der vorliegenden abschließenden Bemerkungen Informationen über die Umsetzung der in den Randnummern 49 enthaltenen Empfehlungen vorzulegen (in Bezug auf Pflegedienstleistungen für ältere Menschen), 51 (in Bezug auf Kinderarmut) und 55 (b) und (c) (in Bezug auf das Recht auf Wohnraum).

67. Der Ausschuss ersucht den Vertragsstaat, seinen siebten periodischen Bericht vorzulegen, der gemäß den 2008 vom Ausschuss (E / C.12 / 2008/2) verabschiedeten Richtlinien für die Berichterstattung bis zum 31. Oktober 2023 zu erstellen ist. Er fordert den Vertragsstaat auf, sein gemeinsames Kerndokument erforderlichenfalls gemäß den harmonisierten Leitlinien für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Menschenrechtsabkommen zu aktualisieren (siehe HRI / GEN / 2 / Rev.6, Kap. I).

United
Nations
/6

E , 'C.12/DEU/C0

Economic and Social Council Distr.: General

12 October 2018

„**argumentum ad hominem**“: Das Prinzip der Gewaltenteilung! Ein totalitäres System erkennt man daran, dass es die „Kriminellen“ verschont und den politischen Gegner kriminalisiert. (Alexander SOLSCHENIZYN) **Vorsicht:** Pädophile Gruppen in WhatsApp und Facebook siehe unter **Tatort Internet!** Was uns freie Journalisten bewegt, bewegt vielleicht auch andere. 2'000 französische Gelbe Westen werden in Genf erwartet. Ja, es ist bestätigt. Am Mittwoch dem 20.02.19 werden ab 10 Uhr 2'000 französische gelbe Westen auf der Place des Nations in Genf erwartet, vor dem Völkerbundpalast der Vereinten Nationen. Unsere Mainstream-Massenmedien werden Sie kaum auf dem Laufenden halten. Die Demonstration ist bewilligt. Dies ist die Gelegenheit, diese historische Bewegung zu internationalisieren. Die Täuschungen der ARD-Tages(propaganda)schau zum UN-Migrationspakt. Der UN-Migrationspakt im Bundestag: das «Hohe Haus» als moralisches Tiefgeschoss?

Das Verdrängen der real existierenden Justizkorruption: Nationale und supranationale Instanzen, einschliesslich des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, des GRECO, des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO sowie der NGO Transparency International verschliessen vorsätzlich die Augen: „Sie verdrängen die real existierende Justizkorruption.“ **Im Osten geht die Sonne zuerst auf, deshalb ziehen viele in Richtung Osten.** Die Achse des Bösen, Deutschland und die vierte Gewalt der großen Medien, der Banken, Finanzämter und Justiz?



Das Arbeits-Buch zur Interviewserie „Glaube nichts und prüfe selbst“ ist Hier erhältlich. Helfen Sie mit die Auflage international zu steigern. Die zweite, korrigierte Auflage wird derzeit gestartet. Jetzt ist das Hörbuch dran und wir arbeiten bereits an einer neuen Interview Aufklärungs-Serie. Dank an dieser Stelle Ihnen allen, im Namen des gesamten Teams. Ohne Ihren Spenden und Sponsoring wäre unsere Arbeit nicht möglich, bitte helfen Sie uns weiter, jeder Cent zählt.



Sie mögen keine oberflächlichen Botschaften, keine Fake-Nachrichten und setzen sich lieber tiefer gehend mit den Dingen und der Welt auseinander? Kein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften. Wir möchten Ihnen die Interviewserie mit einem UN-Diplomaten „Glaube nichts und prüfe selbst“ empfehlen. Derzeit versuchen wir auch eine Podcast-Kleinserie zu produzieren, so das wir uns sicher sind, dass etwas Interessantes für jeden dabei sein wird! **Mit dieser Serie gehen wir den Fragen nach:** Was bedeutet Krieg und Frieden und was bedeutet Sicherheit in diesem Jahrhundert? Welchen Bedrohungen sind wir alle ausgesetzt und wie berechtigt ist die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft? Dazu haben wir uns mit vielen Experten unterhalten (40 Folgen à 30 Minuten). Der angebliche Klimawandel verändert und beeinflusst das Leben von immer mehr Menschen – auch in Deutschland. Über die umstrittene Klimawende berichten uns Betroffene von ihrem Engagement zum Schutz des Klimas – sei es im Hambacher Wald oder anderswo, bis hin zum Regenwald. Studien, Experten und Wissenschaftler erklären, wie die Auswirkungen zu verhindern, zu verändern sind. Nur eines ist sicher, der Diesel oder die Überbevölkerung ist nicht daran Schuld, wir lassen die Kirche im Dorf. **Helfen Sie als Sponsor oder als Spender mit uns zu verbessern.** Die Podcast-Serien sind für uns ein neues Terrain. Deshalb würden wir uns sehr über ihre Unterstützung freuen. Für Lob, Kritik oder für Verbesserungsvorschläge sind wir immer dankbar. Unsere Podcast-Serien können Sie direkt auf Ihrem Computer anhören (Zum Beispiel auch über Soundcloud oder YouTube). Sie können auch die Dienste wie Spotify oder iTunes nutzen und die Folgen auf Ihr Smartphone herunterladen.



Armut auch in RV

Wohlstandsverwahrlosung?: Mit betreutem Journalismus Seelen retten? Deutschland spielt sich als Weltrettungsregierung auf, die ganze Welt lacht über uns. Die Menschen werden so sehr daran gewöhnt von Lügen unterhalten zu werden, dass sie sich über die Wahrheit nur noch lustig machen. (M. L.) In Deutschland werden in Grundschulen Schüler vom GroKo politischen Bildungsunterricht zum Islamunterricht, zum Moschee Besuch mit Gebet und zum Koranlesen gezwungen. Der Staat, die gefährlichste [GroKO](#) der Welt missbrauchen die Schulen und ihre Schüler für ihre Propaganda Demos gegen das Klima – (Schwindel). Die [Hungrigen](#) und die Satten.



Aufmarsch der Spalter in Deutschland: Rechte und Linke Altparteien und die Antifa (SA), greifen in Deutschland wieder das Volk und ihre Kritiker an! Angriffe gegen die Meinungs- und Pressefreiheit gibt es nicht nur in Spanien, sondern auch in Deutschland, bereits in der gesamten EU. Die [Politik](#) hat sich wie in Spanien auch in Deutschland verabschiedet. Wie Deutschlands politisierte [Justiz](#) die Demokratie angreift und sogar [Journalisten](#) abstrafen will. Auch ein Deutschland, das die Menschenrechte verachtet und bereit ist, sich von einer rechtsstaatliche Demokratie abzuwenden, die es derzeit nicht ist, wird weiterhin in Europa gerne gesehen sein. In Spanien ist es der neue Franco in Deutschland ist es wieder wer? „**Glaube nichts und prüfe selbst**“, ein Diplomat bestätigt uns den Wandel, den Umbau in Deutschland und in Europa und erklärt uns wo die „Achse des [Bösen](#)“ liegt. Die

Medien hetzen mal wieder gegen die Katalanen, die UN ist erschüttert. Deutschland und die EU werden bei der Weltgemeinschaft immer unbeliebter. Spanien und die Türkei bilden für die EU die [Migrationsachse](#) für die [Umsiedelung](#), Völkermord und Kriege in Europa gehören jetzt wieder zum Alltag.



RRRed.

Trump beendet Shutdown: Deutschland möchte dies gerne als Niederlage sehen, aber in Wirklichkeit ist es Strategie, wir haben wieder mal keine Ahnung aber reden wie so oft DUMM daher und hetzen gemeinsam mit den Merkel-Medien gegen Trump und Putin. Die RRRedaktion war gerade in Berlin im Gespräch mit Botschaftsvertretern, mit UN-Vertretern und mit weiteren Persönlichkeiten aus aller Welt. Deutschland und sogar Ravensburg stehen längst am internationalen Pranger, man habe die Nase gestrichen voll, so aus dem Munde eines US Beteiligten, dass Jahr 2019 muss ein Jahr des Friedens werden! Gut sieht das Neue Jahr und unsere Zukunft auf Erden aus – dank Präsident Trump. Er hat die meisten Wahlversprechen eingehalten, und damit den Dritten Weltkrieg sowie die Neue Weltordnung NWO vorerst verhindert. Wahrscheinlich wird Präsident TRUMP in seiner alljährlichen Rede an die Nation „State of the Union“ einiges dazu bekannt geben. Die da oben, bei euch in Deutschland, sie spinnen total und sie hatten RECHT, [Ravensburg](#) bildet tatsächlich die Achse des Bösen, sie spielen sich auf wie Hirten, wie die Hüter einer Tierherde, so ein Diplomat zur RRRedaktion! Vorab geht es noch nach Genf und nach Bern. Die nächste Weltkonferenz 2019 steht an, wir sind als RRRedaktion, als einziges „Deutsches Medienteam“, wieder eingeladen worden.



Folter und Menschenrechtsverletzungen in Deutschland: In Deutschland erfrieren die Menschen auf der Straße oder sie werden in kalten, überbelegten, abbruchreifen Bruchbuden untergebracht. Migranten bekommen neu erbaute Reihenhäuser mit Garten, Einbauküche und Garage, wo bleibt hier der Gleichbehandlungsgrundsatz? Schicke, leerstehende, warme Container oder noble Hotelzimmer werden unseren Obdachlosen verweigert, stirb endlich und mach den Schlafplatz frei, so die „[Rechten](#)-Parolen“ unserer Politiker, früher nannten sie es „UNWERTES LEBEN“. Wir haben bei unserem letzten Besuch wieder einmal Berlin Life erlebt. Berlin zeigt sich immer von seiner schönsten Seite. Für die heimischen kommt der Kältebus mit Almosen. Viele Obdachlose schlafen in Berlin im Winter unter der S-Bahnbrücke, Bahnhof Zoo, 37 000 sind allein in Berlin ohne BLEIBE, und sie zeigen der Welt das wahre Stadtbild einer verwahrlosten GroKo Politik. Dann kommt die Polizei, verjagt, räumt die Obdachlosen wie Müll weg, was sind das nur für Menschen in Uniform, eiskalt und Gnadenlos. 800 000 Obdachlose, 600 000 ohne Strom und Gas, Rentner- und Kinderarmut sind der Beweis dafür. Was machen die ZDF Kleber Merkel-Medien? Sie heizen die Volks-Hetze noch richtig an und die [DPA](#) schreibt lieber über das verwahrlosten RTL Promis – [Dschungelcamp](#).



Zwangsvollstreckung, die Enteignungswelle rollt: Doppelt gemoppelt, der Trick der Straßenerschließungskosten zieht sich von Bayern über BaWü, Thüringen durch ganz Deutschland. Hausbesitzer werden zur Kasse gebeten, man möchte willkürlich, schnell noch nachsanieren. Bürgermeister von Gemeinden und Städten lassen aber nicht alle zahlen, sondern nur die Straßen, die sie bis zur Frist noch schnell richten können, sie wollen sich noch schnell Geld in die Kassen spülen, sie nennen es makaber Gleichbehandlungsgrundsatz. Das Volk wird bereits mit Steuern ausgeblutet, jetzt geht man an die Vermögensvernichtung. Wenn die Straßenkosten nicht bezahlt werden können, muss das Haus verkauft werden, durch Zwangsversteigerung wird Armut produziert. Die Stadt, die Gemeinde krallt sich dann günstig, natürlich unter Wert, das Haus, so schafft man Wohnraum für die Ersatzbevölkerung. Man kann es auch als Raubrittertum bezeichnen. Trotz der hohen Steuergier wird einem am Endes seines Lebensabschnittes alles genommen, und wer spielt das schmtzige „Vernichtungs-Spiel“ mit? Natürlich wieder die Politiker, Finanzämter, Beamte, Polizei, Gerichtsvollzieher und Justiz. Rechtsprechung nach Kassenlage!



Haben Sie sich schon einmal vorgestellt: Wenn die Türkei in absehbarer Zeit Vollmitglied der EU würde? Die Türkei hätte zuvorderst einen direkten Einfluß auf alle Institutionen der EU, da sie einen starken Block von Abgeordneten im EU-Parlament stellen würde. Durch die unbedingte Personenfreizügigkeit würde ihr Bevölkerungsüberschuss direkt nach Deutschland auswandern. Zusätzlich zu den 1,48 Millionen türkischen Staatsbürgern, die bereits hier leben. Wenn türkische Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit oder nur mit deutschem Paß einberechnet werden, sind es sogar 2,86 Millionen. Schon jetzt behandelt Erdogan Deutschland wie eine türkische Provinz. Ein Beitritt der Türkei würde dies noch verstärken.



Alles nur noch eine Farce? „Die Würde des Menschen ist unantastbar?“ (Grundgesetz Art. 1 Abs. 1) **Impf Report** – Sie suchen Sicherheit in der Impffrage? Informieren Sie sich sachlich und industrie-unabhängig! [Hier](#) Die Menschen werden so sehr daran gewöhnt von Lügen unterhalten zu werden, dass sie sich über die Wahrheit nur noch lustig machen. (Matthias Lubos) Einen Feind gewinnt man nicht mit einer gewonnenen Schlacht, sondern mit einem großzügigen Frieden!



Menschenvernichtung auf einer anderen Art: Die künstliche Intelligenz vernichtet nicht nur „Tausende“ Arbeitsplätze in Oberschwaben, es werden Hunderttausende in ganz Deutschland vernichtet, darüber hat nicht nur ein Prof. Thomas Sägele eine Meinung, sondern andere Experten auch, wir haben schon lange darüber geschrieben, bevor es der CDU Halle Südfinder aufgegriffen hat. Noch gravierender ist, dass die künstliche Intelligenz die Menschen vernichtet, dass ist aber CDU-Grün politisch so erwünscht, es dient zur Reduzierung der Weltbevölkerung. Merkel kündigt es bereits in Davos mit ihrer neuen [Weltordnung](#) an. Die Alt-Herren, die CDU Elite, mit dem Parteisoldat Schuler und Co. stehen bereits für die Ravensburger Kommunalwahl Gewehr bei Fuß, die Elite der Vetternwirtschaft bleibt dem Bürger nicht erspart, deshalb abwählen, statt nicht wählen.



Freiheit statt Angst: Wird Deutschland zum große Gefängnis in Europa werden, kann man tatsächlich ein ganzes Volk einsperren? Deutschland kann, früher waren es die Baracken der Konzentrationslager mit Zyklon, heute sind es die modernen Konzentrationslager der Neuzeit, die Psychiatrien und JVA, mit Psychopharmaka, beide sind überfüllt und werden überall erweitert. Wird der neue Verfassungsschutzpräsident von der CDU, CSU, Grüne, SPD, FDP jetzt politisiert? Maaßen musste gehen weil er die Wahrheit aussprach. Die Politik sind nicht die Opfer sondern die Täter! Macht braucht Kontrolle nicht das Volk, das nur unsere verfehlte, „Geldgierige Politik“ kritisiert und überleben wollen. Sind diese rechten CDU, CSU „Staatsmethoden“ die Vorbote einer neuen DDR, der Weg zur offiziellen Diktatur? Das Volk soll wieder durch Staats-Drohungen eingeschüchtert werden, auf dem Weg zur ein Parteien Politik? Welche Partei wird dann als nächstes von der CDU, (CSU) gefressen? Vorsicht ist geboten, die Weltgemeinschaft hat es längst mitbekommen was in Deutschland abläuft.

Auto-Experte warnt: E-Autos stürzen Deutschland in Wirtschaftskrise. SPD [Scholz](#) droht, die „Fetten Jahre sind vorbei“, 2019 beginnt die Ab-Wirtschaft. Was für FETTE Jahre? Das Volk hatte noch nie FETTE Jahre und die, die sie haben, werden weiterhin FETT bleiben. Gier frisst Hirn.



Tendenziöser Artikel der SZ vom 17.1.19: Jetzt outet sich er Stil einer CDU Schwäbischen Zeitung in [Ravensburg](#) immer mehr. **Die CDU-Grüne Schwäbische Zeitung:** „Immer weiter nach rechts“ Ihr Artikel sorgte für internationales Aufsehen und beweist immer wieder, wie die Medien in Deutschland Hetzkampagnen mit Parolen betreiben, wie verleumdet und üble Nachrede betrieben, wie die Wahrheit verdreht wird. Wie Halle, ehemaliger Bildredakteur, jetzt beim CDU Südfinder, überfallene und das Opfer mit schmerzverzerrtem Gesicht, sein Bild veröffentlichte und dem Täter die Augen verdeckt. Das alles nur um ihre (Bildniveau-Auflage) zu steigern? Ein SZ Leser hat einen offenen Brief an den verantwortlichen Dr. Hendrik Groth geschrieben, der Leser war wohl Zeuge einer Veranstaltung. Der Brief wurde der RRRedaktion zugespielt, den wir hier im Wortlaut der Öffentlichkeit zu Verfügung stellen, jeder soll sich seine eigene Meinung daraus bilden und gut überlegen welche Zeitung, zu welchem Preis, für ihn richtig ist. [SZ Artikel17.1.18](#)

Bundesrepublik Deutschland darf AfD nicht mehr als rechtsextrem bezeichnen – Bundesrepublik Deutschland unterwirft sich mit strafbewehrter Unterlassungserklärung. Die Partei Alternative für Deutschland (Bundesverband) hat mit HÖCKER erfolgreich Unterlassungsansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt. Das Bundeskriminalamt als Behörde der Bundesrepublik Deutschland hatte auf Twitter die nachstehende Stellenanzeige für einen Sachbearbeiter zur Internetauswertung im Bereich Rechtsextremismus veröffentlicht. Diese Stellenanzeige wurde mit dem Twitter-Account der Alternative für Deutschland bebildert.

Dr. Carsten Brennecke: „Vertraglicher Unterlassungsschuldner ist die Bundesrepublik Deutschland. Weder die Kanzlerin, noch ihre Minister oder die Bundesbehörden dürfen die AfD als rechtsextrem benennen, egal ob in Stellenanzeigen oder anderswo. Die Bundesrepublik

muss sicherstellen, dass alle Bundesbehörden hierüber offiziell informiert werden, damit es zu keinen weiteren Rechtsverletzungen kommt. Anderenfalls wird eine Vertragsstrafe fällig.“



BR

Transgender bei den Landtags-Grünen: Markus ist nun Tessa. Dies muß ein Schlag ins Gesicht der Wähler sein, wenn sie seit 10 Jahren weiß, dass sie eine Frau ist und sich als Mann hat wählen lassen. Was aber dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist die Äußerung von Ilse Aigner: „Ich werde dann eine Erklärung abgeben, wie mit ihr umzugehen ist und ich werde einen Hinweis an die Kollegen geben, sie sollen Frau Ganserer auch als Frau behandeln und das werden wir unabhängig davon machen wie die rechtliche Situation ist.“ Ilse Aigner (CSU), Landtagspräsidentin. Nimmt man dann noch die Rede von Horst Seehofer, als er noch Ministerpräsident war, im Bayerischen Landtag, es gilt kein Recht mehr, es gilt kein Vertrag mehr usw., dann fällt einem dazu nichts mehr ein. Video **BR**.



Auch Japan bekam “sein” Siegertribunal: Die herausragenden Rechtsauffassungen des Völkerrechtsexperten Radhabinod Pal. Eingehend zeigt sie die Parallelen der Behandlung Deutschlands und Japans nach 1945. Verhindern wir 2019 unbedingt die weitere Drangsalierung der Bürger und fordern die Demokratie und Rechts(s)taatlichkeit ein. Wir werden noch ausführlicher darüber berichten.



RRRedaktion



Probleme mit Banken? Diskriminierung, Diskreditierung der Kunden ist ein Verstoß gegen die internationale Bank-Charter. Von der EZB zur DiBa, über die [Commerzbank](#), bis zur Deutschen Bank. Die Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken sind ihre Mitläufer. Eine Bankcharta ist ein offizielles Dokument, das es einem Bankunternehmen erlaubt, seine Geschäfte als Bank aufzunehmen. Sie autorisiert Bankgeschäfte. Eine Bankurkunde enthält die Satzung und die Gründungsurkunde. Die Charta legt die Rechte eines Bankinstituts fest. In den USA wird eine Bankurkunde von der zuständigen Bundes- oder Landesregierung ausgestellt. Der Vertrag mit der Bank wird nur in Deutsch geliefert und verstößt gegen Rom II. Da eine Unterschrift und auch die des Sachbearbeiters ausgeklammert wird, also de facto außerhalb des Vertrags steht, muss man davon ausgehen das ein Obligations-Betrug im Raum steht, da die Banken einen Hebesatz von 100 (2mio) anwenden und nur 0,8% an Eigenkapital als eigen Investment zur Verfügung stellen und gemäß internationalen Verträgen Ihnen nur 3% der Gesamtsumme als Verwaltungsgebühr zustehen. Hat der Bankkunde diesen Gegenwert zu akzeptieren, zusammen mit dem Königs Erlass, dass heißt, Sozialversicherungsnummer in Gold in oberer rechter Ecke. Die UN hofft die Art dieser Schikane die in Deutschland gerade stattfindet abzuwenden. Man sollte auch die Manhattan

Chase Bank informieren, da diese als Investor = Anteilseigner= Rendite fungiert. Siehe unter Interview „Glaube nicht und prüfe selbst“! Machtverteilung (von Bjorn Lystaal) Ein Bankengedicht, siehe letzter Abschnitt, Seitenende! [UPO](#)



Archiv

US Senat Congress.Gov. DDR A132. H. R. 25 – zur Förderung der Freiheit, der Fairness und der wirtschaftlichen Chance, indem die Einkommensteuer und andere Steuern aufgehoben werden, die Einführung der internen Steuerdienstleistung abschaffen und eine nationale Verkaufssteuer in erster Linie von den Staaten verwaltet wird. H. R. 24 – um eine vollständige Prüfung des Verwaltungsrates der Gouverneure des Federal – Reservesystems und der Federal – Reservebanken vom Generalverwaltungsrat der Vereinigten Staaten und zu anderen Zwecken zu erheben. [United Nations English](#) [United Nations](#)



Menschenrechtsverletzung: Wenn Sie sich von der Justiz und von der Polizei bedroht fühlen, wenn Sie wegen Geld, Meinungsfreiheit willkürlich gefoltert, bestraft und eingesperrt werden, können Sie einen Schutzantrag bei der russischen Föderation stellen und die US Botschaft informieren. Ihre Anträge werden dort sehr ERNST genommen. Informieren Sie auch die RRRedaktion, wir besprechen das dann mit der höheren Diplomatie und informieren weitere wichtige Stellen. Wenn Sie schlechte Erfahrungen haben mit den Datenschutzbehörden, die nicht unabhängig sind, wenn es um die [Datenschutzverletzungen](#) des Staates geht, dann schreiben Sie uns, siehe illegale Speichelproben (DNA) in der OSK Ravensburg, für die heimliche CDU Strobl Vorratsdatenspeicherung. Hunderte Politiker wurden jetzt Opfer von Online Angriffen, wer steckt wirklich dahinter? Die Ermittlungs-Verfolgungsbehörden und die Justiz werden es sicher nicht aufklären, sie werden vorher politisch ausgebremst und zurückgepiffen. Die Politik sind nicht die Opfer sondern die Täter! Es wurde von der CDU, CSU, Grüne, SPD Politik inszeniert, so wie bei Amri in Ravensburg, damit man jetzt noch mehr Überwachung installieren kann. CDU Strobl, Maas und Wolf haben es bereits schon angekündigt, wir haben dazu so einiges von sicherer Quelle erfahren und werden darüber berichten.



BVG-politaia

Das Prinzip der Gewaltenteilung: Gewaltenteilung nennt man die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere staatliche Organe, um so die Macht Einzelner zu begrenzen sowie die Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger zu sichern. Hierbei wird in der Regel unterschieden zwischen 1. der gesetzgebenden Gewalt, den Parlamenten (Legislative), 2. der ausführenden Gewalt, Regierungen und angegliederte Verwaltung (Exekutive) und 3. der Rechtsprechung, den Gerichten (Judikative). Seit geraumer Zeit zählt man meist noch die sogenannte Vierte Gewalt, nämlich eine unabhängige Presse, hinzu, welche die drei anderen quasi überwachen und grobe Verstöße gegen die Freiheit oder Gleichheit der Bürger publik machen soll (Wächterfunktion). Ihren neuzeitlichen Ursprung hat dieses Prinzip der Teilung der Gewalten in den staatsrechtlichen Schriften der Aufklärer John Locke (1632 – 1704) und Charles de Secondat, Baron de Montesquieu (Vom Geist der Gesetze, 1748). Die Stoßrichtung war hierbei gegen die absolutistische, gegen die Willkürherrschaft und gegen die Machtkonzentration in

den Händen weniger gerichtet. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist heute Bestandteil jeder modernen, freiheitlichen Demokratie. Im Grundgesetz verankerte Gewaltenteilung In der Bundesrepublik Deutschland (Germany) ist die Gewaltenteilung in Artikel 20 Grundgesetz verankert, der unveränderlich ist! Dort heißt es in den Absätzen zwei bis vier: „(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. (Anm. JFB: also durch die Legislative, die Exekutive und die Judikative)

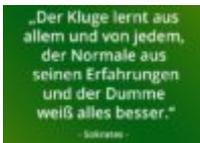


Ramsauer und der BÖSE Blick! (ARD)



Archiv

Der tiefe Staat?: Die Achse Deutschland-Ravensburg! Wer den [Kalergi](#)-Plan kennt, weiß worum es geht? Deutschland soll durch die Altparteien in eine Diktatur umgewandelt werden, es gibt schon die ersten Anzeichen und Tendenzen dafür, die über die CDU, CSU, SPD, Grüne Justiz gesteuert wird. Hans-Georg Maasen wurde aus seinem Amt entfernt, weil er die Wahrheit ausgesprochen hat und kritisierte. Welche heimliche Kräfte unterstützt jetzt der BSI-Präsident? Was baut sich innerhalb der CDU, CSU Bundeswehr auf? Die neu SA, ([Sturmabteilung](#)), die politisch gesteuerten Antifa Truppen sind wieder in Deutschland unterwegs, sie greifen Menschen an und betreiben Sachbeschädigung, die Merkel ZDF, dpa, RTL Medien unterstützen sie bei ihren Hetzkampagnen. Der Staatsschutz, die Staatsanwaltschaft, die Polizei und die Justiz der Altparteien schauen dabei zu, sie ermitteln nicht ernsthaft, auch nicht im RECHTEN, LINKEN Lager in Ravensburg.



Und dann plaudern unfähige Politiker aus den Altparteien noch dummes Zeug: „Man sollte den Ostdeutschen noch etwas mehr Zeit geben sich an die Demokratie zu gewöhnen“. Was reden die da für einen Schwachsinn in Berlin? Wir erleben in der RRRedaktion täglich, dass die Ostdeutschen eine Demokratie und Rechts(s)taatlichkeit einfordern. Sie wollen eine 2. [DDR](#), Stasi, eine Mielke [SED](#) verhindern, sie wollen keine [Sachsenjustiz](#) nach Roland Freisler, kein neues Bauzen nach DDR Art und keinen neuen [Sachsensumpf](#) mit de Maizière, sie wollen nur Freiheit statt Angst. Die Merkel CDU und ihre damaligen DDR Freunde sind gerade dabei das alles wieder durch die Hintertüre einzuführen. Die Stasi Mitarbeiter der ehemaligen DDR sind bereits in den West-Behörden Flächendeckend etabliert worden, sogar in Ravensburg, so ist auch der unmenschliche Umgang im Amt mit den Bürgern. Trump und Putin sind darüber sehr besorgt, wir werden noch einiges darüber berichten.



Die CDU, CSU Linie, dass sollten Sie für die Zukunft wissen: Weihnachtsmärkte, Feste und diverse Veranstaltungen stehen künftig im Kriegsgebiet. Alle Attentäter werden nach einem Anschlag, wie bei [Amri](#) sofort erschossen, damit sie nicht mehr aussagen können, wer sie beauftragt und geschickt hat. Diesen Umstand haben Sie der Justiz in Ravensburg zu verdanken. Dann „Gute Nacht“ Deutschland!



Weltfrieden in Gefahr!: Syrian chemical attack – terrorists teach children how to fake it. Im Internet ist ein **Video** zu sehen, auf dem Kindergarten-Kindern gezeigt wird, wie man einen Chemiewaffenangriff „spielt“. Es wurde in dem damals von Rebellen gehaltenen syrischen Ort Kafr Batna aufgenommen, wo 2013 ein Chemiewaffenangriff durchgeführt worden sein soll. ([youtube](#) aetchmiadzin)



Globaler UN-Migrationspakt nicht bindend? Von wegen...Der **Migrationspakt** ist verbindlich, auch wenn die Politiker lügen und ihn für unverbindlich erklären. Nach der Zustimmung in Marrakesch kommen sie mit der Wahrheit heraus. Haben wir eine „Verwehrloste“ [CDU](#)? Das ist der Todesstoß für Deutschland. Jetzt ist es vollbracht, der Bundestag beschloss offiziell die Auflösung Germany`s und stimmte dem Migrationspakt zu, vor allem die Alt- und Vereins Pateien, Nahles, Maas SPD, CDU, CSU, Grüne sind die Befürworter dieses vernichtenden Paktes. Merkel unterzeichnete gegen den Willen des Volkes den Migrationspakt. Die meisten der Abgeordneten haben die 500 Seiten des Paktes nicht einmal gelesen, geschweige den verstanden, haben die alle kein Gewissen mehr? Verrät Österreich auch sein Volk, so wie Deutschland und unterschreibt den Migrationspakt vielleicht jetzt doch noch? **UN-Migrationspakt:** der vollständige [Text](#).



(Archivdpa)

Kapitaldiktatur: Soros-Merkel, Goldman-Sachs-Merz, Scholz und der Rothschild-Macron kaufen ganz Europa auf? Die höchste Pflicht der Beamten ist?...das Recht zu suchen! Nur nicht in Deutschland! Jagd auf Kameraleute und [Journalisten](#) am Landgericht Giessen am 07.12.18. Jagd auf Journalisten auch in [Ravensburg](#) am 11.12.18, (8.1.19)!



Hat sich [Deutschland](#) mit dem Teufel vermählt und verbündet?: Während die meisten Regierungschefs den Gipfel mieden, flog Merkel persönlich nach Marrakesch, um die Annahme des UN-Migrationspaktes als besonderen Erfolg der deutschen Diplomatie zu verkaufen. Tatsächlich ist das Abkommen ein außenpolitisches Desaster erster Klasse. Statt die Mitglieder der EU, der Nato bei diesem sicherheitspolitisch relevanten Thema zu einen, wurde Europa, der Westen faktisch auseinandergetrieben. Die von deutscher Hypermoral getriebene Politik der unkontrollierten Grenzen spaltet den europäischen Kontinent und führt zu tiefgreifenden politischen Umwälzungen: Die Grenzöffnung von 2015 gab den entscheidenden Ausschlag für das knappe Ja zum Brexit. Auch die Revolte der „Gelbwesten“ in Frankreich, die Präsident Macron zum Taumeln bringen, ist von der Sorge um den Verlust nationaler Identität befeuert, der Wut gegen eine Elite, die das Interesse des eigenen Volkes der Globalisierung opfert. Die Frage der nationalen Identität und unkontrollierter Massenmigration wird vorhersehbar den Wahlkampf zum EU-Parlament im kommenden Jahr beherrschen.

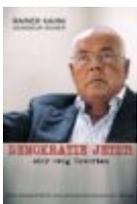
Merkels Auftritt in Marrakesch zeigte zum wiederholten Mal, dass sie die Zeichen an der Wand nicht erkannt hat. (Dieter Stein, Chefredakteur)



Bild schreibt: „Absurdus-Gipfel in Marrakesch. Die UNO peitscht umstrittenen Migrationspakt durch. Niemand dagegen. Alle dafür. Fertig. Es ist der wohl der umstrittenste Pakt der Vereinten Nationen – und seine Annahme beim UN-Gipfel in Marrakesch (Marokko) erfolgte fast beiläufig am Montagvormittag, 10.12.18. Um 10.29 Uhr erklärt der Tagungsleiter, Marokkos Außenminister Nasser Bourita, überraschend zwischen zwei Redebeiträgen, dass der Pakt angenommen sei. „Annahme per Akklamation“ heißt das im Diplomaten-Sprech: Niemand dagegen, alle dafür, fertig. Agenturmeldungen gehen um die Welt. Die Gegner des Paktes sind in Marrakesch nicht dabei.“ Gegen den Willen des Volkes stimmte die Kanzler “DDR Dikatorisch“ dem Pakt zu. CDU Kanzlerin Angela Merkel (64) würdigte den Pakt als Meilenstein zu einer besseren Weltordnung. Merkel betonte, der Pakt hätte auch Vorteile für „Deutsche“ die auf der Flucht sind! Sind das die Vorboten, die Ankündigung für den bevorstehenden Krieg?



RRRedaktion: So sprach der wiedergewählte Bayerische Ministerpräsident Markus [Söder](#), CSU, am Dienstag, den 6.11.2018 zum Bayerischen Rundfunk: **Bayern ist ein FREI-STAAT, KEIN Verbots-Staat!** Das einzuhalten, da habt ihr in den Parteien, Regierungen und Behörden wahrlich sehr viel zu tun, menschenfeindliche sinnlose Gesetze und Verbote abzuschaffen, die nur einem Polizeistaat dienen, um abzukassieren, um die Leute zu kriminalisieren und der Justiz dazu dienen, Kasse zu machen. Sogar Richter geben es zu (siehe Bericht des Stuttgarter Richters [Fahsel](#) in seinem offenen Brief in der Süd. Zeitung) Warum schafft Österreich zum Jahresende 2018 Gesetze ab? 5 000, in Worten: fünftausend! Neue Gesetze müssen nun ein Verfallsdatum haben! Sind Unterdrückungs-Gesetze wichtig oder die Menschen? Kriege oder Frieden? Deutschland hat nicht die Berechtigung Gesetze im Alleingang abzuschaffen. RRRedaktion, damals im Gespräch mit Däubler-Gmelin, ehemalige Bundesjustizministerin, sie hat bestätigt, die alten Gesetze vor 1945 werden nicht abgeschafft, man könnte sie ja wieder mal gebrauchen. Der UN Diplomat hat uns im Interview „**Glaube nichts und prüfe selbst**“ erklärt woran es wirklich liegt, man kann es im Buch dazu nachlesen. Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen sind schon lange Verbotsstaaten.



Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten: Für den Kauf des Arbeits-Buches „[Glaube](#) nichts und prüfe selbst“ hat die RRRedaktion eine Gutschein-Kennung für die Bestellungen eingerichtet, die Leser können dann im Bestellverlauf den entsprechenden Gutschein: „rrredaktion“ eintragen (3% Preisnachlass) somit können wir zum Anfang die „Kaufströmung“ besser feststellen. Es gibt momentan 3 Unterstützer die auch eine eigene Gutschein-Kennung haben. In der Neuauflage ist das Buch mit seinen eingeschlichenen Fehlern korrigiert, es sitzen zehn ehrenamtliche Lektoren am Text und überarbeiten alle 21 Artikel. Wir sind täglich dabei uns zu verbessern und bedanken uns bei den Helfern. Das Buch ist **Hier** erhältlich.

Buch-Inhalt: Zwangsversteigerung?, Justiz?, Richter?, Staatsanwalt?, Polizei?, Gerichtsvollzieher?, Willkür?, Finanzamt?, Insolvenz?, Enteignung?, Banken?, Währung?, Weiße Folter?, Rechtsbankrott?, Psychiatrie, Rechtspflege, Scheinstaat?, Notare?, Pressefreiheit?, Zensur?, OSZE?, Wahlbetrug?, Mensch?, Person?, Kollateral?, Strohmann?, Dep.of Treasury?, High Court London?, IRS?, Ravensburg! Eine Auflage von 10 000 Büchern ist vorerst anvisiert, helfen Sie mit diese weltweit zu erreichen!



In eigener Sache: Ehrliche Journalisten verweigern den Kriegstreiberdienst! Journalisten sind Aufklärer. Wahrheitsfindung braucht Unterstützung! Die RRRedaktion schaltet keine Werbung und akzeptiert auch keine Form von Wirtschaft-Sponsoring. Wir freie Journalisten der RRRedaktion sind nicht gewerblich tätig und schreiben auch keine Rechnungen für Recherchen oder anderes. Um weiter existieren zu können, sind wir daher auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Aufwendige Recherchen kosten Zeit und Geld! Frei sein von finanziellen Zwängen, befreit vom Broterwerb braucht deshalb Sponsoren und Spenden. Wir freie Journalisten erhalten auch keine staatlichen Förderungen, deshalb helfen Sie uns. Wenn Ihnen die Artikel gefallen, unterstützen, sponsern Sie die Form des investigativen, freien, kritischen, unabhängigen Journalismus, siehe Spendenbutton! Mit eurer Hilfe sichert ihr uns Journalisten die Freiheit, die Recherche – Sicherheit, die Unabhängigkeit und stärkt uns den Rücken, denn nur wer Gesicht zeigt wird gesehen. Wir haben auch im kommenden Jahr viel vor. Auf der gemeinsamen Suche nach mehr Gerechtigkeit und für die Meinungs- und Pressefreiheit. Menschenrechte vor Profitgier, gegen Steuerhinterziehung etablierter, für Steuergerechtigkeit, gegen die Ausplünderung, für die Demokratisierung der Finanzmärkte. Die RRRedaktion ist an vielen Stellen international aktiv, dabei brauchen wir die Unterstützung unserer Leser. Im Namen von unzensurierter Medienfreiheit für die Bürger sprechen wir Ihnen dafür schon jetzt unseren Dank aus.



Vorwort zum Buch: Willkommen in der Wirklichkeit. Eine unabhängige Presse kann durch ihre Kontrollfunktion helfen, die Demokratie zu wahren und Verstöße gegen das Demokratieprinzip – wie Willkür und Manipulation – aufzudecken. Was unserem Volk nützt und Klarheit schafft in unserer verwirrten Welt. Die Schweigespirale, die uns durch die etablierten Medien auferlegt ist, muss endgültig durchbrochen werden! Die fehlende Transparent und Pressevielfalt muss ergänzt werden.

Alles in dieser Welt ist im Vertragsrecht, auch in unserem Justizapparat: Die Menschen wollen eine staatliche Rechtssicherheit, statt Bürgerkrieg und Blutvergießen. Wir müssen uns das mal auf der Zunge zergehen lassen, Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte sind alle in einer Organisation, und zwar in der IBA, International Bar Association. Wo bleibt hier die Rechtsfindung? Deutschland war, ist und bleibt für die Welt unberechenbar? Wir wissen alle, die Welt ist wieder zum Kriegsschauplatz geworden und die Atombomben lagern bereits in der Eifel, viele Medien spielen das Kriegstreiberspiel mit.

Deutschland bringt die ganze Welt ins Chaos: Die Versager in der Welt suchen jetzt in Trump den Schuldigen, obwohl sein Vorgänger Obama, gemeinsam mit der CDU, CSU, SPD,

Grüne, FDP, bereits alles in die Wege geleitet haben. Deutschland spielt dabei wieder die Schlüsselrolle, „Die Achse des BÖSEN?“ Wir nennen unseren Gesprächspartner erst einmal Herr Diplomat und bringen alle Interviews in voller Länge, ungekürzt, jeweils im O-Ton aufgezeichnet. Ein spätere Filmaufzeichnung und ein Hörbuch dazu wird es auch bald geben. Wichtig ist für unsere Leser zu wissen, sie können zu jedem Interview Kommentare an die RRRedaktion abgeben und alles hinterfragen. Alle Kommentare werden ungekürzt veröffentlicht, die Fragen der Leser werden, auch ohne Namensnennung, in einer separaten Folge vom Diplomat beantwortet.

Die Feder ist manchmal mächtiger als das Schwert! Die Menschen haben das Recht nach und nach über die tatsächlichen Gegebenheiten in Germany (BRD) aufgeklärt zu werden. Das das nicht ganz so leicht ist, respektive, behutsam zu informieren, muss man dabei sicher nicht erwähnen. Es ist für viele Menschen so, als ob sie aus einem Tiefschlaf herausgerissen werden, und dabei ihr ganzes Heile-Weltbild zusammenbricht.

Sollte es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, die Welt ein Stückchen besser und menschlicher zu machen, für uns, unsere Kinder und alle weiteren nachfolgenden Generationen? Fordern wir die Menschen, unsere Politiker, unsere Anwälte, die Medien, die Beamten, die Wirtschaft auf, endlich zu Handeln! Die Zeit ist reif. „Sei du selbst die Veränderung, die du in der Welt sehen willst!“ (Mahatma Gandhi)

Enthüllungsjournalismus: Als Multiplikator provozieren wir nicht ungerne, aber niemals nur um der Provokations-Willen, so erfährt man mehr über die Arroganz und Ignoranz der Mächtigen. Das „Journalisten“ – Gespräch, sicher manchmal mit einem „Unbequemen“. Wir sind keine Journalisten der leisen Töne, „Politische Abstinenz“ passt nicht zu uns! Wir erhalten uns unsere journalistische Unabhängigkeit! Wir sind Anstifter, Impulsgeber, Regelbrecher, Mutmacher, Ideenzünder und Zukunftsmanager, um anderen Mut zu machen! Für Aufklärung und Sensibilisierung!

Machtverteilung (von Bjorn Lystaal)

Der Banker nahm des Bischofs Arm:
„Halt du sie dumm. Ich halt‘ sie arm.
Sieh! Phamax brüht den Zaubertrank,
Der macht sie zuverlässig krank.
Die vierte Gewalt: die großen Medien.
Das wird ihr Denkvermögen schädigen,
Und unser online-Info-Quark
Soll sie verwirren bis ins Mark.
Die Politik erwirkt derweilen
Uns alle Macht – zu gleichen Teilen.
Was hältst du nun von meinem Plan?“
Der Bischof fing zu greinen an:
„Das alles könnte nicht genügen.
Dass wir sie kränken und belügen,
Dass wir sie plündern und benebeln ...“
„Dann greifen wir zu größ’ren Hebeln“,
Sprach der Banker. „Wie gelegen
Käm‘ ein Krieg! Ein Bombenregen
Auf Zivilisten, gut gezündet,
Hat noch stets unser Recht verkündet.

Macht macht die Welt uns untertan! –
Dein Märchenbuch gibt's ähnlich an.“
„Die Heil'ge Schrift lass unbefleckt!
Was, wenn da wer den Braten schmeckt?
Wenn sie's durchschau'n und niemand stirbt,
Verstand, Vertrau'n den Plan verdirbt?“
„Sollt's soweit nichts geworden sein,
Dann setzen wir die Horden ein.
Wir fluten sie aus tausend Ländern
Mit Messerstechern, Frauenschändern ...“
„Das ist gut!“ Es klang entzückt.
Der Bischof lächelte entrückt.

„Wenn erst ganze Städte brennen,
Wird man uns die Tür einrennen
Und der Kirche Schutz erlehen!“
„Da könnt ihr euren Nutzen sehen.
Und wenn die Eltern nicht mehr leben,
Wird es auch Waisenkinder geben ...
Einer muss sich darum kümmern.
Warum nicht wir, in Hinterzimmern?“
„Wahrlich ein gottgesandter Plan!
Ich danke uns'rem Herrn Satan!
Was müsst' ich nächstens etablieren?“
„Vor allem: niemand informieren!
Schweigen, Angst und Dunkelheit
Schützen uns seit langer Zeit.
Uns droht das Licht, die grelle Strähne
Der freien Sicht auf unsre Pläne.
Dringt dies' Gespräch an fremde Ohren,
So sind wir nächstens schon verloren.
Doch können wir's geheim behalten,
Dann wird das Böse ewig walten.“

(Und sollte doch jemand ersehen,
was wir erschaffen, was wir erlehen.
Der Menge Kraft als unsere Beute,
wir sind schon eine dreiste Meute.
Dann sagen dem geistig Schwachen,
bist doch selbst Schuld an diesen Sachen.)

Anhang:

Anwälte spielen da i.d.R. nicht mit. Warum wohl? Mögliche Vorgehensweisen ohne Rechtsanwalt, der i.d.R. ohnehin nicht Ihre Interessen vertritt und nur Ihr Bestes will?

1. Eine Eigentümergrundschuldeintragung von mehreren 100 Tausend Euro ins Grundbuch veranlassen.
2. ein lebenslanges Eigentümernießbrauchsrecht eintragen lassen. Das geht auch mit Kindern, Verwandten und Freunden.

3. Wenn Kinder/Verwandte/Eltern da sind, geben Sie diesen doch einen notariell beglaubigten Titel (dinglichen Anspruch) auf die Immobilie der so hoch ist, daß sich eine ZV nicht mehr lohnt und lassen Sie diesen dinglichen Anspruch vom Notar eintragen.
4. Beim Notariat die Herausgabe einer durch Sie gezeichneten, schriftlichen Widerspruchsbelehrung sowie Rechtsbehelfsbelehrung anfordern. Immerhin haben Sie ja diese Leistung auch bestellt (eine Grundschuldbestellungsurkunde wird bestellt).
5. Diese Grundschuldbestellungsurkunde ist zu 99% Täuschung im Rechtsverkehr, da zum Zeitpunkt der Unterzeichnung i.d.R. nie auf alle Vertragsgegenstände (z.B. Geltung der AGBs der Banken für diese Vertragsunterzeichnung) und Vertragshintergründe (z.B. Wertpapierrecht) hingewiesen wird.
6. Klage am Verwaltungsgericht wegen unzulässigem Verfahren bei der Zeichnung der Grundschuldbestellungsurkunde (wg. 1). Denn der Vertragszeichner muß über seine Rechte belehrt werden. Damit wäre die Urkunde nichtig.
7. Eine eidesstattliche Versicherung von der Bank/betreibendem RA/ oder betreibendem AG anfordern, daß sich das **Original** der Grundschuldbestellungsurkunde entweder bei der Bank, beim betreibenden RA oder am betreibenden AG befindet. Falls die Grundschuldbestellungsurkunde nicht im Original vorgelegt wird, muß vom Straftatbestand der Veruntreuung des Eigentums des Unterzeichnenden (diese Urkunde ist und bleibt Eigentum des Unterzeichnenden. Die Bank ist nur der Halter zur Sicherung des behaupteten Kredits) ausgegangen werden. Die Übergabe des Originals der Grundschuldbestellungsurkunde an die Bank war zu keinem Zeitpunkt als Schenkung deklariert.
Unbedingt sofort einen verlängerten Eigentumsvorbehalt an das AG sowie die Bank senden. Sowie gegebenenfalls die Ankündigung einer Schadensersatzklage in Höhe des verlängerten Eigentumsvorbehalts, falls das Wertpapier veruntreut wurde.
„Hiermit erklärt der Zeichnende der dinglichen Unterwerfungsurkunde seinen verlängerten Eigentumsvorbehalt auf den 100erfachen Wert der gezeichneten Grundschuldbestellungsurkunde, bis ein adäquater Ausgleich oder die Rückgabe dieser Urkunde an den zeichnenden erfolgt ist. Leistungen an Erfüllung statt werden ebenso wenig akzeptiert wie Leistung an Erfüllung halber.“
8. Klage am Bundesverfassungsgericht, da das ZVG nur im Bundesanzeiger Teil 3 veröffentlicht wurde und damit nicht der Öffentlichkeit zugänglich ist. Dieser Teil des Bundesanzeigers kann vom „normalen Bürger“ nicht eingesehen werden. Die Herausgabe des Gesetzes z.B. bei „Juris“ entspricht nicht den Vorgaben des Grundgesetzes.
9. Anfechtung aller Selbsttitulierungen der sog. Gläubiger. Erstellen Sie doch einfach mal entsprechend des Gleichbehandlungsgrundsatzes einen dinglichen Anspruch in Form eines Vollstreckungsauftrages gegen die Bank in Höhe des einhundertfachen Wertes der Grundschuldbestellungsurkunde, falls die Bank das Original der Grundschuldbestellungsurkunde nicht herausrückt.
Die Anwendung dieses Gesetzes vom September 1933, das drei Oldenburger Banken betrifft, wurde zwar durch das BGH bestätigt, aber das Urteil wurde durch das Bundesverfassungsgericht wieder aufgehoben. Dieses Gesetz, das das Recht auf Selbsttitulierung einräumt, ist nicht im Bundesanzeiger veröffentlicht und ist somit die direkte Anwendung eines Nationalsozialistischen Gesetzes
10. Falls das ZV-Verfahren mit einer sog. vollstreckbaren Ausfertigung durchgeführt wird, so muß diese sog. vollstreckbare Ausfertigung den gleichen Wert haben wie das Original Ihres Wertpapiers. Somit wurde Ihre Haftungszusage ohne Ihr Einverständnis einfach kopiert. Das ist Wertpapierbetrug.
Fordern Sie sofort eine nach §799 BGB eine Kraftloserklärung der Originalurkunde und aller Kopien, die davon erstellt wurden – exklusive der vollstreckbaren Ausfertigung selbstverständlich. Falls dies verweigert wird, ist das Wertpapierbetrug und das AG sowie das Notariat machen sich der Beihilfe schuldig. Eine Strafverfolgung wird die Staatsanwaltschaft von GERMANY verweigern, da diese kein wirtschaftliches Interesse haben (§152 Abs. 2 StPO). → Es besteht kein öffentliches Interesse, da das Interesse der Staatsanwaltschaft offensichtlich anderen Verfahrensbeteiligten gilt.
Machen Sie Meldung an die ICC GERMANY e.V., Oliver Wieck. Der (als Vertreter der UN) dafür zuständig ist. Denn in GERMANY gilt die UNCITRAL CONVENTION.

Interviewserie „glaube nichts“ von Regolien Roland...

UNCITRAL (**U**nited **N**ations **C**ommission of **I**nternational **T**rade **L**aw) → UN-Kaufrecht.

ABWICKLUNGSSTRUKTUR

Hypo RealEstate (und Andere) · LoneStar· Westend Olympic · HudsonAdvisors

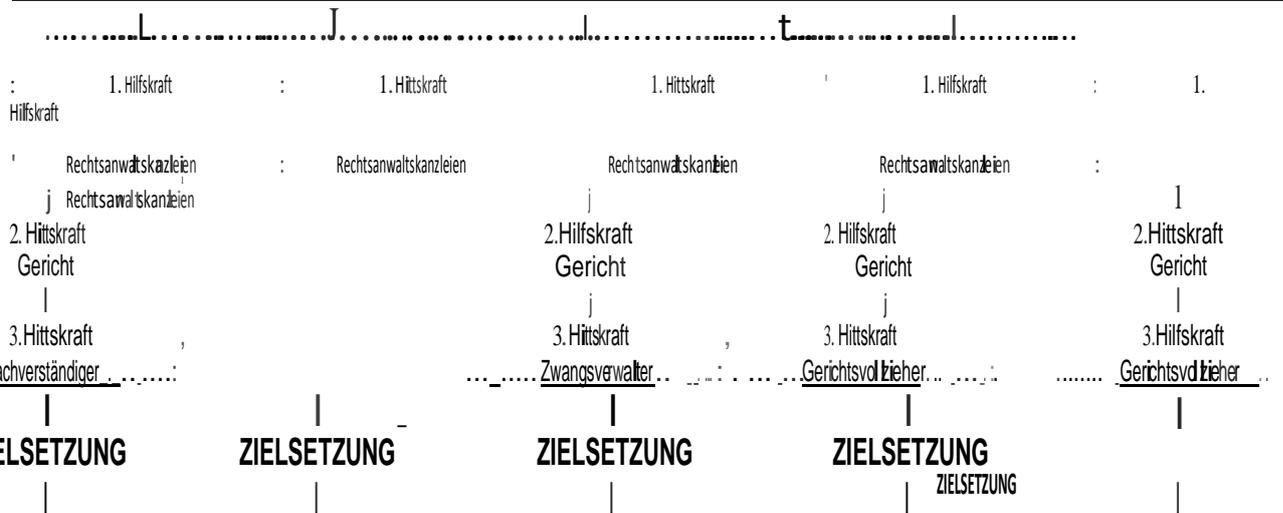
Vorgabe

„Erreichung der Handlungsunfähigkeit !“

VERFALL-ORGANIGRAMM

II. III. IV. V.

ZWANGSVOLLSTRECKUNG	ZWANGSVERWALTUNG	PRIVATPFÄNDUNG (Kleinsumme aus Kostengründen)	KONTO- UND LOHNPFÄNDUNG (Bei Konten •Kleinsummen)	MAHNESCHIED
----------------------------	-------------------------	---	---	--------------------



Versteigerung	Entzug der Handlungsreiheit	Entzug der physischen und psychischen Lebensgrundlage	Monetäre Handlungsunfähigkeit
FOLGEN	FOLGEN	FOLGEN	FOLGEN
Grundlagenentzug Gewerbe + Privat	Wegnahme: Arbeitsplatz, Wohnung + Altersvorsorge	Eliminierung Lebensgrundlage	Allgemeine Verpflichtungen Abwehrmaßnahmen: Gericht Rechtsanwalt nicht zu bez
= Creditreform + Schufa	= Creditreform + Schufa	= Creditreform + Schufa	= Insolvenz
= Gew. + Priv. - Insolvenz	= Gew. + Priv. - Insolvenz	= Privat-Insolvenz	= Creditreform + Schufa
= Eidesstattliche Versicherung	= Negativ Reputation	= Arbeitsverbot	= Ohne Prozeßführung verli
= Agonie als Individuum	= Agonie als Individuum	= Agonie als Individuum	= Hinderung an GG Art. 3

Ziel: erreicht !

Insolvenzzeit: sieben Jahre

Interviewserie „glaube nichts“ von Regolien Roland...

Unwichtig für Initiatoren: Eigenes Zeitalter - drei bis vier Jahre 771 - 2006 / 3

Das Reichsbürgergesetz: Das **Reichsbürgergesetz** (RBG) vom [15. September 1935](#) ([RGBl. I S. 1146](#)) teilte die deutsche Bevölkerung in *Reichsbürger*, „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“, einerseits und in ‚einfache‘ Staatsangehörige, „Angehörige rassefremden Volkstums“, [\[1\]](#) andererseits. Damit wurde faktisch eine Zwei-Klassen-Gesellschaft geschaffen: Reichsbürger, die volle Rechte erhalten sollten und Reichsangehörige mit geringeren Rechten. Im engen Zusammenhang dazu steht das gleichzeitig erlassene „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ ([Blutschutzgesetz](#)), das hinfort Eheschließungen von [Juden](#) und „[Deutschblütigen](#)“ verbot und außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen ihnen unter Strafe stellte.

Wesentlich bedeutsamer als das Reichsbürgergesetz selbst waren die auf seiner Grundlage erlassenen *Verordnungen zum Reichsbürgergesetz*, deren erste eine [nationalsozialistische](#) Definition des Begriffs „[Jude](#)“ beinhaltet sowie die Entlassung der letzten jüdischen Beamten verfügt, die nach den Bestimmungen des „[Frontkämpferprivilegs](#)“ noch im Amt verblieben waren. Die deutsche [Staatsangehörigkeit](#) wurde zwar nach dem [Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz](#) (RuStAG) vom 22. Juli 1913 erworben, mit der [Zwölften Verordnung vom 25. April 1943](#) wurde jedoch eine *Staatsangehörigkeit auf Widerruf* sowie eine *Schutzangehörigkeit* eingeführt, wobei überdies bestimmt wurde, dass „[Zigeuner](#)“ und Juden weder *Staatsangehörige* noch *Schutzangehörige* werden konnten.

Das Reichsbürgergesetz war eines der beiden [Nürnberger Rassengesetze](#), die auf dem 7. [Reichsparteitag](#) der [NSDAP](#) (10.–16. September 1935) beschlossen, daraufhin vom [Deutschen Reichstag](#) angenommen und vom damaligen Reichspräsidenten [Hermann Göring](#) feierlich verkündet wurden. Der Reichstag war eigens zu diesem Zweck für den 15. November 1935 telegrafisch nach [Nürnberg](#) einberufen worden.

Anhang2 Musterschreiben:

Antrag Eigentümerfeststellung der PERSON Muster:

xxxx:yyyy für die Person VORNAME ZUNAME

c/o Musterstraße 7

[12345] Musterstadt

GERMANY

Landgericht

z.Hd. Albert

Musterstraße 7

12345 Musterstadt

GERMANY

1. Januar 2017

Antrag auf Eigentümerfeststellung der Person/Sache/Treugut

XXXXX YYYYY

Sehr geehrter,

da die Zuständigkeitsfrage durch die Treugeber über die Verwaltung von GERMANY bisher nicht geklärt werden konnte, erhalten sie diesen Antrag mit der Bitte um umgehende Weiterleitung an die zuständige Behörde.

Es erweckt den Anschein, als ob an den Gerichten von GERMANY der Unterschied zwischen Person und Mensch zwar bekannt ist, aber dieser Tatsache aus betriebswirtschaftlichen Zwängen keine Beachtung geschenkt wird. Bei allem Verständnis für die Haftungssituation der verhandelnden Richter und den betriebswirtschaftlichen Zwängen der Gerichte, erscheint es nunmehr sinnvoll, den tatsächlichen Eigentümer der Person VORNAME ZUNAME bzw. den aktuelle Halter/Verwalter festzustellen, damit weitere ungebührliche Haftungsverschiebungen auf die Treugeber vermieden werden können.

Es erscheint prinzipiell sinnvoll, die Eigentumsfrage an der Person/Namen der Person zu klären, um weiteres, angebliches Fehlverhalten der Treugeber bei der Nutzung der Personen zu vermeiden. Denn der Eigentümer einer Sache haftet nach Ansicht der Treugeber immer für den Schaden, den eine Sache bei Nutzung in der Öffentlichkeit verursacht. Es sei denn der Nutzer dieser Sache verhält sich vertragswidrig und/oder grob fahrlässig. Es sollte auch geklärt werden, wie dieser Nutzungsvertrag zustande gekommen ist, denn dem Antragsteller liegen keine Vertragsunterlagen vor.

In diesem Zusammenhang sollte auch die Versicherungsfrage bezüglich der bisher durch den Treugeber genutzten Person VORNAME ZUNAME geklärt werden.

Eine Vertragswidrigkeit bzw. ein Vertragsbruch durch die Nutzer der Person VORNAME ZUNAME kann durch die Treugeber nicht geprüft werden, da keine prüfungsfähigen und eindeutigen Verträge bzw. Nutzungsbedingungen bezüglich der Nutzung der Sache PERSON vorliegen. Bitte lassen Sie dem Antragsteller umgehend eine Bedienungsanleitung für die Person zukommen. Denn eine Fahrlässigkeit bzw. grobe Fahrlässigkeit wäre aus Sicht der Treugeber nur dann anzunehmen, wenn der Nutzer der Sache PERSON zuvor ordnungsgemäß über die Risiken der Nutzung einer Person aufgeklärt worden wäre. Dies ist nie erfolgt und es liegen keine entsprechenden Unterlagen vor. In diesem Zusammenhang wird auch um die Vorlage der durch den Vertragsnehmer gegengezeichneten Widerspruchsbelehrung sowie der Rechtsbehelfsbelehrung für die Nutzungsverträge der Person gebeten.

Sobald alle Feststellungen abgeschlossen worden sind, erscheint eine geregelte Haftungsübernahme entsprechend der Verträge zur Verwaltung der Person/Sache/ Treugut VORNAME ZUNAME sinnvoll, um zu erwartende, erhebliche private Haftungen auf die sog. Richter zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, warum die durch die Treugeber bereits erfolgten Haftungsübernahmen, die bisher bereitwillig angenommen wurden, offensichtlich nicht über das Kollateralkonto ausgeglichen werden. Es besteht also die Möglichkeit, daß hier Veruntreuung des Treugutes durch eine Einrichtung/ Verwaltungseinheit von GERMANY vorliegen könnte, die weder im Sinne des Treugebers noch im Sinne des Treuhänders (in Verwaltung durch GERMANY) sein kann. Nur so wäre es erklärbar, daß die bisher angebotenen, kommerziellen Instrumente allem Anschein nach nicht ausreichen, die angebotenen Haftungen auf die Personen auszugleichen. Die Treugeber wenden sich deshalb an Sie, um defacto und dejure eine Klärung über den Verbleib des Treugutes mit erheblichem Wert zu klären, das der GERMANY treuhänderisch zur Verfügung gestellt wurde.

Die Einschaltung einer internationale Einrichtung zur Klärung des Verbleibs dieses Treugutes erscheint aktuell nicht zweckdienlich, sollte aber prinzipiell nicht ausgeschlossen werden.

Falls allerdings die Meinung bestehen sollte, daß der Begriff PERSON nur eine juristische Umschreibung eines Menschen darstellt (ALR Erster Theil, Erster Titel, §1) so stellt sich die Frage, inwieweit die Treuhandverwaltung von GERMANY unter Nutzung der „need to know basis“, Menschenhandel bei der Verwaltung der durch GERMANY als Sache deklarierten Güter (Körper) unter Besatzungsstatut begeht.

Falls dem Treugeber nicht innerhalb zehn 10 Tagen eine Bearbeitungsmittelung zugeht, so muß dieser davon ausgehen, daß GERMANY – repräsentiert durch die durch Sie verantwortlich geleitete Verwaltungseinrichtung – an einer Klärung dieser Fragen nicht interessiert ist und die Mitarbeiter der Verwaltung GERMANY weiterhin wissentlich Menschenhandel zu betreiben gedenken.

Interviewserie „glaube nichts“ von Regolien Roland...

In diesem Falle muß durch die Treugeber eine Klärung auf internationaler Ebene juristisch angestrebt werden.

Danke für Ihre umgehende Bearbeitung.

Hochachtungsvoll

Verteiler:

ICC Den Haag

Musterschreiben ARD-ZDF-Deutschlandradio:

Sehr geehrte Anbieter dieser nicht bestellten Dienstleistung,

zur Prüfung der von Ihnen vorgelegten Haftung fehlen wesentliche Unterlagen zur Prüfung Ihrer Forderung aus Lieferung und Leistung:

1. Der rechtsverwertbare, vorgebliche, grundsätzliche Vertrag mit Ihrem Hause mit der Unterschrift des angeblich Beauftragenden
2. Die rechtsverwertbaren Verträge bezüglich der behaupteten Bestellungen von Leistungen Ihres Hauses mit der Unterschrift des angeblich Beauftragenden
3. Den durch den angeblich Beauftragenden gegengezeichneten Lieferschein für erbrachte Leistungen
4. Eine kaufmännisch ordentliche und prüfungsfähige Rechnung, der, im Falle eines existierenden Vertrages, auch widersprochen werden kann
5. Im Falle einer Vollstreckung, wird um die Vorlage eines rechtlich vollstreckbaren Titel gebeten, der von einer rechtsstaatlichen Einrichtung evtl. auf dem Klageweg erlassen wurde und/oder durch den sog. Schuldner gegengezeichnet wurde
6. Im Falle eines Haftbefehls einen rechtlich vollstreckbaren Titel auf den Körper des angeblichen Vertragspartners, der von einer rechtsstaatlichen Einrichtung erlassen wurde. Es sei der Hinweis erlaubt, daß Haftbefehle gegen den Willen des Inhabers des Körpers den Straftatbestand des Menschenhandels erfüllen.

Bitte unterlassen Sie die Zustellung von Gesetzestexten, deren Rechtswirksamkeit sich nicht auf handelsrechtliche Beziehungen erstrecken, die einen expliziten Vertragsabschluß erfordern.

So lange diese oben genannten vertragsrelevanten Unterlagen und die Beweise für eine rechtmäßige Forderung nicht vollständig vorgelegt werden, wird zu Ihren Gunsten von einem Irrtum Ihrerseits ausgegangen und es bestand bzw. besteht kein Vertrag zwischen dem Empfänger Ihrer Forderung und Ihrem Hause. Falls also die oben genannten Vertragsunterlagen nicht innerhalb von sieben Arbeitstagen vorgelegt werden, so wird zu Ihren Gunsten von einem Irrtum ausgegangen, die Forderung existiert nicht und alle vorangegangenen Vorgänge sind nichtig.

Die Nichtvorlage von Beweisen für eine Forderung, impliziert das Fehlen einer Schuld daraus.

Es sei der Hinweis erlaubt, daß jeder weitere Beitreibungsversuch gleich welcher Art als Nötigung und Erpressung einer ungebührlichen Forderung Ihres Hauses darstellt und den Anschein eines Straftatbestandes der Schutzgelderpressung erweckt.

Die Ausführenden seien darauf hingewiesen, daß ausschließlich die Vorlage von Vorschriften mit Hinweis auf die Haftenden der Vorschriften, die Ausführenden selbst von dem Beihilfeverdacht im Falle einer Straftat befreien würden, aber nur wenn die Ausführung nicht gegen die guten Sitten verstößt.

Vielen Dank für Ihre Kooperationsbereitschaft im Sinne einer rechtlichen Klärung.

Musterschreiben erweiterer Eigentumsvorbehalt:

Willenserklärung unter Eid unter unbegrenzter privater Haftung

von **vorname nachname**,

geboren am *achten* Tage des ersten Monats des Jahres neunzehnhundertsechzig
in: **Ort** Geburtsurkundennummer 123/456

- **Hiermit** melde ich, **vorname** geboren in die Familie **nachname**, den verlängerten Eigentumsvorbehalt auf den Namen **vorname nachname**, den ich von meiner Mutter erhalten habe, an. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt auf diesen Namen ist ungeachtet der alphanumerischen Schreibweise und/oder Ableitungen davon gültig. Ich habe zu keinem Zeitpunkt einen adäquaten Ausgleich – für die Nutzung des Namens **vorname nachname** durch Drittparteien in der Fiktion – erhalten. Ich habe den Eigentumsanspruch auf den Namen **vorname nachname** zu keinem Zeitpunkt wissentlich aufgegeben.
- **Hiermit** melde ich, **vorname** geboren in die Familie **nachname**, den verlängerten Eigentumsvorbehalt auf alle Werte an, die ich wissentlich oder auch unwissentlich GERMANY oder anderen Entitäten zur treuhänderischen Verwaltung übergeben habe. Ich habe niemals einen adäquaten Ausgleich für diese Verwaltungsübertragung erhalten und habe den Eigentumsanspruch auf diese Werte zu keinem Zeitpunkt aufgegeben.
- **Hiermit** melde ich, **vorname** geboren in die Familie **nachname**, den verlängerten Eigentumsvorbehalt auf alle Werte an, die meine Vorfahren bis in die siebte Generation, GERMANY oder anderen Entitäten zur Verwaltung übergeben haben. Ich, als Erbe dieser Werte, habe zu keinem Zeitpunkt einen adäquaten Ausgleich für diese Verwaltungsübertragungen erhalten und als Erbe dieser Werte, habe ich den Eigentumsanspruch auf diese Werte zu keinem Zeitpunkt wissentlich aufgegeben.
- **Hiermit** melde ich, **vorname** geboren in die Familie **nachname**, den verlängerten Eigentumsvorbehalt auf alle erwirtschafteten Renditen aus der Nutzung aller selbst erarbeiteten und geerbten Werte an. Ich habe diese Ansprüche zu keinem Zeitpunkt wissentlich ausgegeben.
- Auf Zinsen aus den Renditen wird explizit verzichtet.
- **Hiermit** behalte ich, **vorname** geboren in die Familie **nachname**, mir alle Rechte auf die durch mich selbst und meine Vorfahren eingebrachten Werte über meinen Tod hinaus vor, bis ein adäquater bzw. wertegerechter Ausgleich durch die treuhänderische Verwaltung von GERMANY oder einer anderen Entitäten erfolgt ist.

Datum:

vorname geboren in die Familie **nachname**:

Ihre Adresse

António Guterres
c/o United Nations
United Nations Plaza
10017 New York
USA

Thursday, July 13, 2017

Versicherungsschutz der Investoren in GERMANY

Hoch geehrter António Guterres in Ihrer Eigenschaft als Generalsekretär der Vereinten Nationen,

bitte verzeihen Sie die direkte Kontaktaufnahme, aber Obliegenheiten überregionaler Wichtigkeit zwingen die Menschen in Zentraleuropa zu diesem Schritt. Es erscheint von überregionaler Bedeutung, wenn die Menschen in Zentraleuropa sich durch (politische) Verfahren in ihren Rechten inakzeptabel eingeschränkt fühlen. Leider ist bis heute keine Klärung bezüglich dieser Angelegenheit erfolgt und die Menschen in Zentraleuropa wenden sich zur Klärung des rechtlichen Sachverhalts. Und zur Wahrung des sozialen Friedens an die United Nations und Sie.

Gesetze sind Verträge (Obligationen), bei der Nutzung von Personen, die sich im angeblichen Besitz von GERMANY befinden → §§10,7 EGBGB. Gesetze sichern uns Investoren ab, so daß wir Investoren bei der Nutzung der Personen von GERMANY entsprechend der Verträge (Gesetze), versichert sind und nicht als Geschäftsführer ohne Auftrag operieren müssen.

So lange wir also Gesetze anwenden, die entsprechend der allgemein üblichen Vertragsregeln geltend sind (z.B. einem Geltungsbereich), sind wir Investoren als Nutzer der Personen von GERMANY bei der Nutzung der Person von GERMANY unter diesen Verträgen versichert. Und so lange wir Investoren demzufolge Gesetze anwenden, die nach allgemein üblichen Vertragsregeln (rückversichert) geltend sind, können wir sicher sein, daß wir – die Investoren – bei der Nutzung der Personen von GERMANY, keinen bürgerlichen Tod erleiden, falls ein uns Investoren ein Fehler bei der Nutzung (nicht Verwaltung) unterläuft.

Für Verwaltungsaufgaben werden, nachvollziehbar für die interessierten Anwender der Gesetze von GERMANY, eigene Personen herausgegeben. Z.B. die Person des Bundespräsidenten bzw. der Bundeskanzlerin, die aufgrund eigener Vorschriften, immun (außerhalb) gegenüber dem für den öffentlich geltenden Rechtskreis von GERMANY sind. Die Verwaltungspersonen können aufgrund ihrer Aufgaben selbstverständlich nicht über die üblichen Verträge gesichert werden (circular reference). Für diesen Personenkreis gibt es somit eigene Gesetze. Menschen, die eine solche öffentliche Person erhalten (also gewählt werden), verfügen ab dem Moment der **Mandatsübernahme** über das Recht,

Verwaltungstätigkeiten in GERMANY unter explizit formulierten Versicherungsbedingungen (= Vorschriften) auszuführen.

Zur Erlangung einer Verwaltungsperson stellt sich der Mensch unter Nutzung einer kurzfristig herausgegebenen, natürlichen Person z.B. einer sog. Bundestagswahl.

Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes u.a. vom 03.07.2012 (2 BvE 9/11) besteht allerdings aktuell der dringende Verdacht, daß die Herausgabe von Personen für eine sog. Bundesregierung der BRD, seit 1956 ohne Versicherung erfolgt. Denn offensichtlich wird die Vertragskonformität dieses Verfahrens durch das Bundesverfassungsgericht (Gericht für grundsätzliche Versicherungsfragen) seit Jahren ungehört durch die sog. Bundesregierung in Frage gestellt.

Deshalb muß hiermit **dringend** die Anfrage an Sie, António Guterres in Ihrer Eigenschaft als Generalsekretär der Vereinten Nationen, gerichtet werden, wie diese sog. Bundesregierung die letzten Jahre und aktuell versichert war oder wie sich der Versicherungsschutz der Menschen dieser zentraleuropäischen Verwaltungseinheit – GERMANY genannt – darstellt und wer bei nicht versicherten Handlungen der sog. Bundesregierung die Haftung übernimmt.

Es wird über die United Nations eine umgehende Unbedenklichkeitserklärung der sog. Bundesregierung und des Rückversicherers von GERMANY entweder in Form,

- einer eidesstattlichen Versicherung des Rückversicherers und eines öffentlichen Versicherungsnachweises und/oder eine Wirksamkeitsbestätigung der Versicherungsverträge des Rückversicherer von GERMANY
- und/oder die Vorlage einer **privaten** Haftpflichtversicherung (evtl. auch Indemnity-Bonds) der Mitglieder der sog. Bundesregierung
- und/oder eine private Haftungsübernahmebestätigung per Eid durch die Mitglieder der sog. Bundesregierung

zeitnah (also innerhalb von maximal einundzwanzig Tagen) eingefordert.

Im Falle eines fehlenden Versicherungsschutzes von Seiten der sog. Bundesregierung von GERMANY wird der sofortige Rücktritt aller nicht versicherten Mitglieder der sog. Bundesregierung von GERMANY, eine sofortige Anpassung des Wahlverfahrens (so daß zukünftig ein Versicherungsschutz garantiert wird) und sofortige Neuwahlen unter dem neuen Wahlverfahren erwartet.

Bitte beseitigen Sie mit einer öffentlichen Stellungnahme umgehend die bestehenden Verdachtsmomente, daß die sog. Bundesregierung von GERMANY nicht versichert im öffentlichen Bereich die Lizenzvereinbarungen der UN und dem Department of the Treasury wahrnimmt.

Dies ist der Wunsch von allen Menschen (= Investoren), die unter Nutzung Ihrer juristischen/natürlichen Person diese Forderung stellen, um eine offensichtlich fehlende Rechtssicherheit in Zentraleuropa wieder herzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rechtsverständnis des Unterzeichners:

Auch wenn der vorangegangene Text nicht von dem Unterzeichnenden selbst stammt, so gibt dieser Text die Rechtsauffassung des Unterzeichnenden wieder. Hiermit wird der sog.

Bundesregierung jegliche Handlung bis zum Beweis der versicherungsgedeckten Handlungen im Rahmen der Lizenzvereinbarungen unter der Ankündigung eines Bußgeldes zugunsten der Gemeinschaft untersagt (strafbewehrte Unterlassungsverfügung).

Desweiteren kommt mit sofortiger Wirkung folgender Vertragsgegenstand zur Anwendung:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“

Gez. Investor als Mensch

Ihre Adresse

Prof. Dr. Voßkuhle
in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes
c/o United Nations
Schloßbezirk 3
DE-76131 Karlsruhe
GERMANY

Samstag, 15. Juli 2017

Verfassungsbeschwerde gegen die etablierten Parteien

Hoch geehrter Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof Dr. Voßkule,

Obliegenheiten regionaler Wichtigkeit zwingen die Menschen in der sog. Bundesrepublik Deutschland (nachfolgend **sog. BRD** genannt) zu diesem außergewöhnlichen Schritt. Der Unterzeichner erlaubt sich mit sofortiger Wirkung folgenden Vertragsgegenstand einzufordern:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“

Es erscheint von erheblicher öffentlicher Bedeutung, wenn die Menschen in der sog. BRD sich durch (politische) Verfahren in ihren Rechten inakzeptabel eingeschränkt fühlen. Es ist bis heute keine Klärung bezüglich dieser nachfolgend beschriebenen Angelegenheit erfolgt und die Menschen, deren Personen in der sog. BRD durch das Personal verwaltet werden, wenden sich zur Klärung des rechtlichen bzw. versicherungstechnischen Sachverhalts und zur Wahrung des sozialen Friedens an Sie und das Bundesverfassungsgericht.

Hiermit fordert der Ersteller dieses Schreibens:

1. Die sofortige Einstellung jeglicher Vorbereitungen zu einer erneut nicht versicherten Bundestagswahl in der sog. BRD
2. Die Prüfung der Verfassungstreue der etablierten Parteien, die in den letzten Jahren an Regierungen der sog. BRD beteiligt waren (in jedem Falle CDU, CSU, SPD, FDP, NPD, GRÜNE, LINKE, AFD)
3. Die Prüfung und gegebenenfalls erforderliche Aufhebung der Verfassungsmäßigkeit aller etablierten Parteien, die in den letzten Jahren an Regierungen der sog. BRD beteiligt waren (in jedem Falle CDU, CSU, SPD, FDP, NPD, GRÜNE, LINKE, AFD).
4. Das Verbot aller etablierten Parteien, die in den letzten Jahren an Regierungen der sog. BRD beteiligt waren (in jedem Falle CDU, CSU, SPD, FDP, NPD, GRÜNE, LINKE, AFD).
5. Wenn die Prüfung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer verfassungsfeindlichen Einstufung der etablierten Parteien (in jedem Falle CDU, CSU, SPD, FDP, NPD, GRÜNE, LINKE, AFD) führen sollte, werden unmittelbar danach Ermittlungen wegen Verstoß gegen den § 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durch die betroffenen Parteien gefordert, da der Verdacht der Rechtsbeugung besteht.

Es wurden bereits Beschwerden beim Generalsekretär der United Nations eingereicht.

Begründung:

Gesetze sind Verträge (Obligationen), bei der Nutzung von Personen, die sich im angeblichen Besitz (also im Rechtskreis) der sog. BRD befinden → §§10,7 EGBGB. Gesetze sichern uns Investoren ab, so daß wir Investoren bei der Nutzung der Personen der sog. BRD entsprechend der Verträge (Gesetze), versichert sind und z.B. **nicht** als Geschäftsführer ohne Auftrag (Rom II Verordnung) agieren müssen. So lange wir also Gesetze anwenden, die entsprechend der allgemein üblichen Vertragsregeln geltend sind (z.B. einem Geltungsbereich), sind wir Investoren als Nutzer der Personen der sog. BRD bei der Nutzung der Person der sog. BRD unter diesen Verträgen versichert. Und so lange wir Investoren demzufolge Gesetze anwenden, die nach allgemein üblichen Vertragsregeln (rückversichert) geltend sind, können wir sicher sein, daß wir – die Investoren – bei der Nutzung der Personen der sog. BRD, keinen bürgerlichen Tod erleiden, falls uns Investoren ein Fehler bei der Nutzung (nicht Verwaltung) der Person (im Fremdbesitz) unterläuft und dies ungeachtet einer fehlenden Bedienungsanleitung bzw. Einweisung für die Nutzung des Produktes der sog. BRD = die Person, durch die Verwaltung der sog. BRD.

Für Verwaltungsaufgaben werden, nachvollziehbar für die interessierten Anwender der Gesetze der sog. BRD, eigene Personen herausgegeben. Z.B. die Person des Bundespräsidenten bzw. der Bundeskanzlerin, die aufgrund eigener Vorschriften, immun (außerhalb) gegenüber dem für den öffentlich geltenden Rechtskreis der sog. BRD sind. Die Verwaltungspersonen können aufgrund ihrer Aufgaben selbstverständlich nicht über die üblichen Verträge gesichert werden (circular reference) bzw. der Verdacht der Untreue könnte entstehen. Für diesen Personenkreis gibt es deshalb eigene Gesetze. Menschen, die eine solche öffentliche Person erhalten (also gewählt werden), verfügen ab dem Moment der **Mandatsübernahme** über das Recht, Verwaltungstätigkeiten in der sog. BRD unter explizit formulierten Versicherungsbedingungen (= Vorschriften) auszuführen.

Zur Erlangung einer Verwaltungsperson stellt sich der Mensch unter Nutzung einer kurzfristig herausgegebenen, natürlichen Person z.B. einer sog. Bundestagswahl.

Nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes u.a. vom 03.07.2012 (2 BvE 9/11) besteht allerdings aktuell der dringende Verdacht, daß die Herausgabe von Personen für eine sog. Bundesregierung der sog. BRD, seit 1956 ohne Versicherungsschutz erfolgt. Denn offensichtlich wird die Vertragskonformität dieses Verfahrens durch das Bundesverfassungsgericht seit Jahren ungehört durch die sog. Bundesregierung in Frage gestellt.

Dies sind verfassungsfeindliche Handlungen der sog. Bundesregierung unter unser aller Haftung, denn es besteht der dringende Verdacht, daß die Vertreter der Verwaltung, die sich Bundesregierung nennt, entweder die Sorgfaltspflicht verletzt haben – dafür wurden von Ihrem Hause aber zu viele Nachbesserungsversuche gewährt –, oder es besteht der Vorsatz der Umgehung der sog. Verfassung der sog. BRD.

Dies ist der Wunsch von allen Menschen (= Investoren), die unter Nutzung Ihrer juristischen/natürlichen Person diese Forderung stellen, um eine offensichtlich fehlende Rechtssicherheit in der sog. BRD wieder herzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rechtsverständnis des Unterzeichners:

Auch wenn der vorangegangene Text nicht von dem Unterzeichnenden selbst stammt, so gibt dieser Text die Rechtsauffassung des Unterzeichnenden wieder. Hiermit wird der sog. Bundesregierung jegliche Handlung bis zum Beweis der versicherungsgedeckten Handlungen im Rahmen der sog. Verfassung der sog. BRD unter der Ankündigung eines Bußgeldes zugunsten der Gemeinschaft untersagt (strafbewehrte Unterlassungsverfügung).

